Westrußland

in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas

Verlag B. G. Teubner · Leipzig & Berlin

Westrußland

in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas

Mit einer Einleitung von

M. Sering

BG 4-A
5180

Verlag und Druck von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin 1917

Est. A
Bibliotheca Universitatis Tartuensis
1935 : 14
28079

Schutzformel für die Vereinigten Staaten von Amerika:
Copyright 1917 by B. G. Teubner in Leipzig.

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechts, vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Seite

Das überkommene europäische Staatensystem ist durch die Erschließung der kulturlosen Gebiete gemäßigten Klimas erschüttert worden S. XII—XV. — Es sind Weltreiche europäischer Zivilisation entstanden mit der Tendenz, die politisch schwächeren Gebiete zu unterwerfen oder in Abhängigkeit zu bringen S. XV—XVII. — Der Zusammenschluß der in Europa verankerten Weltreiche unter Englands Führung und unter Hinzutritt der nordamerikanischen Republik richtet sich nicht nur gegen die Kernmächte von Mitteleuropa, sondern gefährdet die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der auf ihr altes Siedlungsgebiet beschränkt gebliebenen europäischen Nationalstaaten und der kleineren Völker überhaupt S. XVII—XX. — Das Nebeneinander vieler selbständiger Nationalstaaten bildet aber die Grundlage des reichen europäischen Kulturlebens. Die Riesenstaaten bieten dafür keinen Ersatz, sie nivellieren alle nationalen Unterschiede, die Uniformierung aber wirkt geistig verflachend S. XX—XXIV.

Vor der Erdrückung durch die Riesenreiche kann nur ein Bündnis schützen, welches jedem von ihnen wirtschaftlich, militärisch und maritim gewachsen ist. Selbst kein Imperium, stellt das Bündnis jedem Teilnehmer die selbständige Entfaltung seiner Eigenart sicher S. XXIV—XXVI.

Als östliches Kriegsziel ist die Befreiung der besetzten Gebiete von der großrussischen Gewaltherrschaft und ihre Angliederung an Mitteleuropa, zu dessen altem kulturellen Besitzstand sie gehören, anzusehen S. XXVI. — Formen und Bedeutung der Angliederung S. XXVII. — Die nicht besetzten Gebiete. Nachtrag S. XXXII.

Finnland.

I. Die geographischen Grundlagen 1

Topographisches S. 1. — Bevölkerung. — „Groß-Finnland“ und seine Grenzen S. 2. — Die Bedeutung der Seen und Kanäle als Verkehrsstraßen S. 4. — Finnlands Schiffahrt. — Reiche industrielle Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft S. 5. — Holzausfuhr und Forstwirtschaft. — Die Trockenlegung der Moore. — Die Mineralschätze Finnlands S. 6.

II. Das wirtschaftliche und kulturelle Leben 7

Die Bevölkerung: Statistik der Bevölkerung nach Muttersprache und Konfession S. 7. — Behauptung des Volkscharakters gegenüber dem Russentum. — Finnland — ein zweisprachiges Land mit einheitlicher Kultur S. 8.

Seite

Die Landwirtschaft: Verteilung der bearbeiteten Bodenfläche S. 9. — Die geographische Verarbeitung des Anbaues der Feldfrüchte S. 10. — Rückgang der Erzeugung von Brotgetreide; Zunahme der Einfuhr S. 11. — Steigende Produktion von Futtermitteln. — Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte. — Die Bedeutung der Vieh- und Milchwirtschaft S. 12. — Die soziale Notwendigkeit einer Reform der finnländischen Landwirtschaft: großzügige Kolonisation und rationelle Verteilung der Wirtschaftsbetriebe S. 13.

Industrie und Handel: Zahl der Industriearbeiter S. 14. — Die Bedeutung der einzelnen Industrien und ihr Anwachsen in den Hafenorten S. 15. — Aufschwung des finnländischen Außenhandels S. 18. — Wachstum der finnländischen Handelsflotte. — Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Finnland seit den Tagen der Hansa bis heute S. 19. — Entwicklung des Bankwesens und der Geldwirtschaft S. 20.

Das Schulwesen: Vorwiegende Bedeutung der Volksschulen in Stadt und Land S. 21. — Helsingfors — die wichtigste Bildungsstätte des Landes. — Enge wissenschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland S. 22.

III. Der Staat 22

Geschichtlicher Überblick von der Schwedenzeit bis zum finnisch-russischen Kriege 1808 S. 22. — Angliederung Finnlands an das russische Reich als autonomes Staatswesen unter Alexander I. 1809 S. 23. — Stillstand der politischen Entwicklung bis zur Einberufung des neuen Landtags 1863. — Die finnländische Heeresorganisation von 1878 S. 24. — Grundzüge der Staatsverfassung Finnlands S. 25. — Der Staatshaushalt S. 26. — Staatseisenbahnen und Post.

IV. Finnlands politische Stellung 27

Die jahrhundertealten Kämpfe gegen die Russen S. 27. — Die Bedrückung Finnlands durch die russische Regierung. — Finnlands erbitterter Widerstand S. 28. — Europas Teilnahme für Finnland. — Die Bedeutung eines freien Finnlands für die Vorherrschaft an der Ostsee S. 29. — Die Ålandsinselfrage S. 30. — Finnland — als Brücke zwischen Rußland und der Atlantis. — Das neue Großfinnland — der Eckpfeiler eines erweiterten Mitteleuropas S. 31.

Die baltischen Provinzen.

I. Die geographischen und wirtschaftlichen Grundlagen 32

Das Baltikum — ein natürliches Hinterland Ostpreußens S. 32. — Geologische Gestaltung S. 33. — Gliederung der baltischen Küste. — Feuchtes mildes Seeklima S. 34. — Verteilung von Wald und Ackerflächen S. 35. — Roggen und Kartoffeln — die wichtigsten Feldfrüchte. — Durchschnittliche Ernteerträge. — Viehbestand S. 37. —

Seite

Waldwirtschaft S. 38. — Dünne Bevölkerung S. 40. — Günstige Bedingungen für eine zukünftige Besiedlung des Landes und eine intensive Bodennutzung S. 41. — Die Besiedlung Litauens S. 42. — Die baltische Industrie und die Ursachen ihres schnellen Aufblühens S. 43. — Die Entwicklung der einzelnen Industriezweige S. 46. — Handel und Schiffahrt S. 50. — Die Haupthandelszweige S. 52. — Die baltischen Häfen und der innerrussische Markt S. 53.

II. Geschichtlicher Überblick 53

Ethnographisches S. 53. — Gründung und Entwicklung der livländischen Kolonie zwischen Ostsee und Peipus und ihre Einbeziehung in den abendländischen Kulturkreis S. 54. — Die Zeit der Russenkämpfe S. 55. — Die Angliederung Livlands an das russische Reich unter Peter dem Großen auf Grund des Privilegium Sigismundi Augusti 1710. — Die Angliederung Kurlands 1795 S. 56.

III. Der Kampf gegen die Russifizierung 56

Die deutsche Kultur der Ostseeprovinzen: Schulwesen; Landesverwaltung; Gerichtsbarkeit; Kirche S. 57. — Beginn der Russifizierung unter Alexander III. 1888 S. 58. — Aufhebung der deutschen Verwaltung S. 59. — Einführung der russischen Unterrichtssprache S. 60. — Fortbestehen des Deutschtums in Haus, Familie und privaten Schulzirkeln. — Die baltische Frau als Hüterin deutschen Wesens S. 61. — Die lettisch-estnische Revolution von 1905 und ihre günstigen Folgen für das Erstarken des baltischen Deutschtums S. 63. — Die drei „Deutschen Vereine“ und ihre kulturellen Leistungen 1906 bis 1914 S. 65. — Gründung deutscher Schulen. — Neuer Widerstand der russischen Regierung S. 67.

Litauen.

I. Die wirtschaftlichen Verhältnisse 69

Der landwirtschaftliche Charakter des Landes S. 69. — Die Verteilung des Grundbesitzes: Großgrundbesitz, Kleinbesitz und Domänen. S. 70. — Der extensive landwirtschaftliche Betrieb S. 72.

II. Die ethnographische Gliederung 73

Das ethnographische litauische Gebiet kleiner als die drei „litauischen“ Gouvernements (Kowno, Grodno und Wilna) S. 73. — Das Vorherrschen der Litauer in Kowno, der Weißrussen in Grodno und Wilna S. 74.

III. Geschichtliches 74

Gründung des Großfürstentums Litauen im 13. Jahrhundert. — Die Großfürsten Mindowe, Gedimin, Olgerd und Jagello S. 75. — Litauen mit Polen vereinigt. — Personalunion und Realunion. S. 76.

IV. Das Polentum in Litauen 76

Die Vormachtstellung des Polentums: bedingt durch Besitz und Geschichte S. 76. — Polonisierung des staatlichen Organismus und der

Seite

Oberschicht der Bevölkerung S. 78. — Begründung der polnischen Universität in Wilna. — Umschwung der russischen Polenpolitik seit 1830: Aufhebung der Universität Wilna und Verbot der polnischen Unterrichtssprache S. 79. — Einführung des russischen Rechts und der russischen Gerichtssprache. — Verfolgung der römisch-katholischen Kirche: Säkularisation der kirchlichen Güter. — Verschärfung der Russifizierung seit 1863 S. 80. — Die russische Regierung spielt den litauischen Bauernstand dem polnischen Großgrundbesitz gegenüber aus S. 81. — Ansiedlung großrussischer Bauern S. 82. — Das Polentum erhält seit 1905 größere Bewegungsfreiheit S. 83. — Einführung der Semstwo-Organisation unter Stolypin in den sechs Westgouvernements: Schwächung des polnischen Großgrundbesitzes S. 84.

V. Die Weißrussen 85

Katholisierung der Weißrussen im westlichen Teile Grodnos und Wilnas S. 85. — Das Weißrussentum im alten litauischen Staat bis ins 16. Jahrhundert das kulturell überlegene Element S. 86. — Wiedererwachen einer weißrussischen Bewegung seit 1905/06. — Erschwerung der weißrussischen Bewegung durch die konfessionelle Spaltung: Orthodoxe und Katholiken S. 87.

VI. Die Litauer 87

Die Litauer keine Slawen: eine besondere indogermanische Völkergruppe S. 87. — Niederlitauen und Oberlitauen. — Die Litauer — ein Bauernvolk; Adel und Bürgertum zum größten Teil polonisiert S. 88. — Die litauische Bewegung zieht sich nach Preußisch-Litauen zurück S. 90. — Die „Gemäßigten“ und die „Radikalen“: erstere für eine Versöhnungspolitik mit der russischen Regierung, letztere schroff anti-russisch S. 91. — Anschluß der jüngeren Geistlichkeit an die nationale Bewegung S. 92. — Aufhebung des Verbots der lateinischen Schrift. — Forderung einer litauischen Autonomie 1905 S. 98. — Kampf um die Kirchensprache mit dem Polentum S. 94. — Erfolge der litauischen Bewegung S. 95.

Polen.

I. Geographisches 97

Polen als Bestandteil von Mitteleuropa. — Die Grenzen Kongreßpolens willkürlich: weder ethnographisch noch geographisch gerechtfertigt S. 97. — Die geographischen Verhältnisse S. 98. — Landwirtschaft: Möglichkeit einer Produktionssteigerung durch Intensivierung der Betriebe. — Verteilung der Nationalitäten S. 100.

II. Geschichtlicher Überblick 101

Vereinigung Polens mit Litauen S. 101. — Ausbreitung Polens nach Osten. — Beseitigung der königlichen Macht durch die Adelsherrschaft S. 102. — Die Teilung Polens: als Abwehr gegen das

Seite

vordringende Russentum. — Das wiedererrichtete Königreich Polen als Bollwerk Mitteleuropas gegen Rußland S. 103.

III. Kongreßpolen 104

Das Herzogtum Warschau S. 104. — Kongreßpolen. — Eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtswesen. — Errichtung einer Zollgrenze gegen Rußland S. 105. — Aufstand von 1830. — Die Partei der „Weißen“ und der „Roten“ S. 106. — Polnische Emigration ins Ausland. — Die Versöhnungspolitik des Grafen Wielopolski S. 107. — Aufstand von 1863. — Säkularisation des Vermögens der katholischen Kirche. — Einführung der „10 Weichselgouvernements“. — Verleihung von Grundbesitz an die polnischen Bauern durch die russische Regierung. — Verschärfung der Russifizierung unter Alexander III. S. 108. — Die national-polnischen Tendenzen der Revolution von 1905 S. 109.

IV. Die Parteien in Kongreßpolen 109

Die drei polnischen Orientierungen: die französische, russische und österreichische S. 109. — Ihre historische Begründung S. 110. — Die beiden Hauptströmungen: die konservative (früher Weißen) und die demokratische (früher Roten). — Die Versöhnler für einen Ausgleich mit Rußland S. 111. — Österreichische Orientierung. — National-Demokraten S. 112. — Die Partei der polnischen Sozialisten: beide Kampforganisationen gegen Rußland. — Wandlung der national-demokratischen Partei durch Eintreten gemäßigter Elemente: für eine Aussöhnung mit Rußland S. 114. — Einschränkung der Vertretung Polens in der Duma durch Stolypin S. 115. — Erstarken der Partei der polnischen Sozialisten S. 116.

V. Kongreßpolen während des Krieges 116

Der Aufruf des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch vom 14. August 1914. — Weitere Maßnahmen des zarischen Rußlands in der Polenfrage S. 117. — Opportunismus der Haltung des Polentums S. 118. — Glaube an den Sieg der Entente; Feindschaft gegen Deutschland S. 119. — Einfluß der kriegerischen Erfolge der Mittelmächte. — Errichtung der polnischen Universität und Technischen Hochschule zu Warschau. — Streben nach völliger, allseitiger Unabhängigkeit. — Wandlungen im Parteiwesen nach Proklamierung des Königreichs Polens S. 120. — Chaotische Zustände S. 121. — Sicherheiten für Deutschland S. 122.

VI. Ist Kongreßpolen wirtschaftlich von Rußland abhängig? . 123

Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Produktion Polens durch die russische Konkurrenz. — Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion S. 123. — Künstliche Niederhaltung der städtischen Entwickelung durch die russische Regierungspolitik S. 124. — Ersetzung des russischen Marktes durch Hebung des inneren Marktes für die polnische

Seite

Industrie S. 124. — Eine Umfrage der Zeitung Swiat: „Los von Rußland“ S. 125. — Bedeutung der Industrie in Polen, ihre Beziehungen zu Deutschland und Rußland, ihre Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen Mitteleuropas. — Lodz, das „polnische Manchester“ S. 126. — Gute Aussichten der Eisenindustrie und Kohlenproduktion S. 127. — Verfeinerungsindustrie S. 129. — Natürliche Stellung Polens als Durchfuhrland zwischen West- und Osteuropa. S. 129. — Russophile Polen für Errichtung einer Zollgrenze zwischen Kongreßpolen und Rußland. — Kulturelle Zugehörigkeit Polens zu Westeuropa S. 131.

Die Ukraine.

I. Die geographischen und wirtschaftlichen Grundlagen . . . 132

Die geographischen und ethnographischen Verhältnisse S. 132. — Die Ukrainer durch Abstammung, Sprache, Siedlung und Kultur von den Russen scharf unterschieden S. 134. — Die wirtschaftlichen Verhältnisse: Ackerbau, Viehzucht, Handel und Industrie S. 137.

II. Die Geschichte des ukrainischen Staates 139

Begründung des ukrainischen Staates durch die Normannen im 9. Jahrhundert S. 141. — Zusammenbruch des Kiewer Staates durch die Tatareneinfälle S. 142. — Vereinigung der Fürstentümer Halitsch-Wladimir. — Kiew unter Litauen und Polen. — Polonisierung der Ukraine S. 143. — Bildung des Kosakentums S. 144. — Anschluß der Ukraine an Moskau durch den Vertrag von Perejaslawl 1654 S. 145. — Teilung der Ukraine durch Moskau und Polen im Vertrag von Andrussow 1667. — Aufstand der Ukraine unter Doroschenko S. 146. — Bündnis Karls XII. mit Mazeppa gegen Peter den Großen S. 147. — Galizien das ukrainische „Piemont“ S. 148.

III. Moskaus Russifizierungspolitik in der Ukraine 149

„Kleinrußland“. — Verbot ukrainischer Schriften seit Peter dem Großen. — Verfolgung der unierten Kirche S. 149. — Einführung der Leibeigenschaft durch Katharina die Große S. 150. — Entstehung einer ukrainischen Bewegung. — Die Bauernunruhen 1901—1906 S. 151. — Die nationalen Tendenzen der Revolution von 1905 in der Ukraine. — Forderung der ukrainischen Autonomie S. 152. — Der russische Liberalismus für die Russifizierung der Ukraine S. 155.

IV. Die Ukraine und der Krieg 156

Galizien als Kriegsgrund für Rußland S. 156. — Erstarken der antirussischen Bewegung in der Ukraine S. 159.

V. Kann die Ukraine einen eigenen Staat bilden? 164

Die Möglichkeit einer ukrainischen Staatsbildung: ihre wirtschaftlichen Grundlagen S. 165. — Die Lostrennung der Ukraine als einzige Rettung von der russischen Gefahr S. 167.

Seite

Das deutsche Kolonistentum in Rußland 170

Die drei Hauptgruppen: die Kolonisten an der Wolga, in Südrußland und Wolynien S. 170. — Entstehung und Entwicklung der Kolonien seit Katharina II. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts S. 172.

I. Die Wolgakolonien 175

Gemeinschaftsbesitz, nicht Einzelbesitz, und seine nachteiligen Folgen S. 176. — Extensive Bewirtschaftung. — Mühlenwesen und Heimarbeit S. 178. — Kirche und Schule deutsch, trotz aller Russifizierungsversuche S. 180.

II. Die südrussischen Kolonien 182

Gesundere Agrarverhältnisse: Landeigentum S. 182. — Umfang des deutschen Landbesitzes und seine Verteilung S. 183. — Extensive Bewirtschaftung S. 185. — Kirchen- und Schulwesen S. 186.

III. Die wolhynischen Kolonien 187

Schwere Existenzbedingungen: kurzfristige Pachtverträge und unstetes Wanderleben S. 187. — Geringer Landbesitz. — Intensive Bewirtschaftung S. 188. — Kirchen- und Schulwesen S. 189.

IV. Der deutsche Charakter der Kolonisten und ihr Kampf gegen das Russentum 190

Festhalten an der deutschen Sprache und an deutschen Bräuchen S. 190. — Maßnahmen der russischen Regierung gegen die Kolonisten seit 1871 S. 192. — Aufhebung der Kolonistengesetze S. 193. Auswanderung der Kolonisten nach Amerika, Kanada und Brasilien S. 194. — Aufhebung der Pachtverträge in Wolhynien seit 1885 S. 195. — Begründung des Fürsorgevereins für Rückwanderer S. 196. — Liquidation des Grundbesitzes der deutschen Kolonisten durch das Gesetz vom 15. Februar 1915 S. 197. — Rückgewinnung der deutschen Kolonisten — ein deutsches Kriegsziel S. 198.

Die kulturpolitische Bedeutung des Deutschtums in Rußland 201

Die führende Stellung der Deutschen am russischen Hofe, in der Diplomatie, Verwaltung und Heer seit Peter dem Großen S. 201. Der Kampf gegen das Deutschtum seit Erwachen der nationalen Bewegung in Rußland S. 205. — Schwinden des politischen und Fortbestehen des kulturellen Einflusses der Deutschen S. 207. — Der Deutsche als Kulturpionier in den freien Berufen S. 213. — Der Kampf der Deutschen um ihre nationale Selbsterhaltung. — Die evangelische Kirche und die deutschen Schulen als Grundlage des Deutschtums S. 214. — Die Begründung zahlreicher deutscher Schulen in den baltischen Provinzen seit 1905 S. 218. — Die Universität und das deutsche Studententum in Dorpat S. 220. — Die technische

Seite

Hochschule in Riga S. 222. — Die deutsche Presse in Rußland S. 223. — Das deutsche Vereinswesen in den baltischen Provinzen S. 224.

Die Stellung der deutschen Reichsangehörigen und ihre Bedeutung für das russische Wirtschaftsleben S. 228. — Der Deutsche als Lehrmeister der russischen Industrie S. 230. — Deutsche Kapitalanlagen in Rußland S. 235. — Die gefährlichen Folgen beider Erscheinungen in nationaler Hinsicht: deutsche Kraft im Dienst unserer Feinde S. 236.

Die Ostjudenfrage 239

Das Nomadenschicksal des hebräischen Volkes S. 239. — Die zersetzende Wirkung des jüdischen Elements als hervorstechende Rasseneigentümlichkeit S. 240. — Der Zug der Juden nach den Industriezentren und ihre Verschmelzung mit den Wirtsvölkern. — Die Ukraine — ein Sammelbecken für das Ostjudentum S. 241. — Ursprung der Ostjudenheit aus dem Kasarenstamm im 8. Jahrhundert n. Chr. — Die Sonderstellung der Juden im polnischen Staate, „dem Judenparadiese". — Die „jiddische" Mundart — Der Niedergang des polnischen Judentums als Folge des Verfalls des polnischen Staates S. 242. — Der Antisemitismus des polnischen Bürgertums. —Die russische Judengesetzgebung; die Ansiedlungsrayons; soziale Beschränkungen. — Statistik der polnischen Juden S. 243. — Die Juden Litauens. — Die „deutsch-kultivierten" Juden Kurlands. — Das Judentum in den deutschen Ostmarken; sein Rückgang S. 244. — Juden der russischen Ukraine; starke durch „Pogrome" veranlaßte Auswanderung. — Die Juden Österreich-Ungarns; Entstehung eines gebildeten Judenproletariats S. 245. — Vergleichende Statistik der Gesamtjudenheit und der Ostjuden S. 246. — Die ostjüdische Massenauswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika S. 247. — Die Lage der Juden in Amerika; Verschärfung der Einwanderungsgesetze. — Geringe ostjüdische Auswanderung nach Australien. Voraussichtliche Ablenkung des ostjüdischen Wanderstroms nach dem Kriege auf das Deutsche Reich S. 248. — Das Schicksal der polnischen und litauischen Juden nach dem Kriege; Aufgaben der deutschen Verwaltung S. 249. — Die theoretischen Grundlagen einer nationalen Autonomie der Ostjuden S. 250. — Ihre mutmaßliche Rückwirkung auf die Autonomieansprüche der preußischen Polen. — Regelung der Lage der polnischen Judenschaft. — Die Verbesserung der unter russischer Herrschaft verbleibenden Ostjuden — ein notwendiger Gegenstand der Friedensverhandlungen; Aufhebung der Beschränkungen S. 252. — Die Juden als Vermittler des deutschen Handels nach Asien S. 253. — Die Juden als Ackerbauer. — Der Zionismus und seine wünschenswerte Förderung im deutschen und türkischen Interesse S. 254. — Die Stellung des Judentums in Deutschland. —

Seite

Statistisches. — Ein ostjüdischer Massenstrom — eine Gefahr für die deutschen Assimilationsjuden. — Notwendigkeit rechtzeitiger Vorkehrungen gegen die ostjüdische Zuwanderung S. 255.

Agrarfrage und Agrarreform in Rußland . . 256

Die historischen Grundlagen: Zu geringe Landversorgung der Bauern bei der Aufhebung der Leibeigenschaft von 1861 S. 258. — Die Bevölkerungszunahme erhöht den Landmangel. — Die Feldgemeinschaft („Mir") macht eine intensive Bewirtschaftung unmöglich S. 259. — Differenzierung und Verarmung des Bauernstandes S. 261. Bauernunruhen von 1901—1905: ihr wirtschaftlicher und politischer Charakter S. 263.

Die Agrarreform: Hauptziel der 1905 eingeleiteten Agrarreform: die Begründung des persönlichen Einzeleigentums S. 266. Aufhebung der Feldgemeinschaft in den Gemeinden mit und ohne Umteilung. — In den Dörfern mit Umteilung dürfen die Bauern auf eigenen Antrag als Einzelbesitzer ausscheiden. — Auflösung der Feldgemeinschaft auf Mehrheitsbeschluß in den Gemeinden S. 268. — Einzelorganisation (direkte Aufteilung in Einzelhöfe) und Gruppenorganisation (Übergangsstadium und Einzelwirtschaft) S. 271. — Die zwei Typen des Einzelhofes: Chutor (Wohnhaus und Ackerland vereinigt) und Otrub (Wohnhaus und Ackerland getrennt) S. 272. Die innere Kolonisation: Ankauf und Parzellierung privater und Apanagegüter und Domänen S. 273. — Die Zusammensetzung und Auseinandersetzung bäuerlichen Anteillandes durch die Agrarkommissionen (Kreis- und Gouvernementskommissionen). — Die innere Kolonisation durch die Bauernbank S. 275.

Die Ergebnisse der Reform: Statistische Daten und Tabellen über die Reformtätigkeit bis zum Januar 1911 S. 275. — Erweiterung der Tätigkeit der Kommissionen durch das am 15. Oktober in Kraft getretene Gesetz vom 29. Mai 1911 S. 279. — Die Tätigkeit der Bauernbank: sie erwirbt bis 1912 über 5,7 Millionen Deßjatinen und vermittelt durch Darlehnsgewährung den direkten Ankauf von 4,1 Millionen S. 284. — Der politische Zweck der Agrarreform: Schaffung eines konservativen besitzenden Bauernstandes S. 285. — Das eigentliche Ziel der Agrarreform noch nicht erreicht: die Bildung von Chutors nur in kleinem Maßstabe verwirklicht S. 287. — Erfolge der Reform trotzdem bedeutend. — Hebung der landwirtschaftlichen Kultur und Steigerung der Produktion durch Einführung des Einzelbesitzes S. 288.

Einleitung.

Wir sind nicht in den Krieg gezogen, um Eroberungen zu machen, sondern unsere Heimat zu verteidigen, unserem Volke die Freiheit zur friedlichen Entwicklung seiner Kräfte und die ihm versagte Gleichberechtigung unter den Großstaaten zu erkämpfen. Aber der Sieg des Geistes über die Masse hat unsere Truppen weit in Feindesland geführt und unser Landgebiet verdoppelt. Allein im Osten haben wir eine Fläche im ungefähren Umfang von $^3/_5$ des Deutschen Reiches erobert und vertrauen, das weite Gebiet gegen das Aufgebot der ganzen Welt behaupten zu können. Wie ist seine Zukunft zu gestalten?

Das erste Ziel ist unsere und unserer Verbündeten Sicherung gegen erneuten Angriff; deshalb hat zunächst der Stratege ein entscheidendes Wort zu sprechen. Aber es wäre nicht deutsche Art, Völker und Länder lediglich als Festungsgelände zu behandeln, eine erweiterte Staatseinheit herzustellen, der die innere Festigkeit fehlt, weil die Teile auseinander streben. 20 Millionen Einwohner lebten vor dem Kriege in den von uns besetzten westrussischen Gebieten und erwarten nun die Bestimmung über ihr Schicksal. Wird das Gebiet endgültig von Rußland getrennt, so gilt es schöpferische und Leben spendende Formen zu finden, welche die Bewohner innerlich mit uns verbinden.

Hier das Rechte zu finden, setzt eine genaue Kenntnis des Landes und seiner Bewohner voraus, und dazu will dieses Sammelwerk beitragen. Doch ist die Zukunft von Westrußland ein Teil des großen Problems der Neuordnung, welche der ungeheure Krieg der europäischen Menschheit bringen muß. Die notwendigen weiteren Gesichtspunkte vermag deshalb nur zu gewinnen, wer den Sinn der gewaltigen Katastrophe erkannt hat, indem er sie in die weltgeschichtlichen Zusammenhänge einordnete.

Der jetzige Weltkrieg ist nach seiner Bedeutung für die Entwicklung der Menschheit vergleichbar den Kämpfen, welche aus den örtlich gebundenen Gemeinschaften des Mittelalters die europäischen Nationalstaaten emporwachsen ließen und in der Errichtung des italienischen Königreichs, des Deutschen Reichs, der Balkanstaaten ihren letzten starken Ausklang fanden. In die Kämpfe um die politische Neuordnung in Europa ist jetzt wie in den ersten Jahrhunderten des modernen

Staats der ganze Erdball einbezogen, doch sind die Rollen anders verteilt, und die veränderte Technik hat die kriegerische Auseinandersetzung örtlich und zeitlich zusammengedrängt. Auf der Grundlage des Nationalstaats sind Mittel- und Westeuropa zu der reichen Entfaltung ihrer Kräfte gelangt, welche sie zum Sitz der höchsten Kultur erhoben. Das diese Ordnung beherrschende Prinzip der freien Entfaltung nationaler Eigenart machte auch Mittel- und Kleinstaaten zu fruchtbaren, weil selbständigen Gliedern der Kulturgemeinschaft. Denn die starken und aktiven Träger der auswärtigen Politik, die Großstaaten, hatten aus langen Kämpfen eine ungefähr gleiche Ausstattung mit ansiedlungsfähigem Boden, damit an physisch-militärischer Kraft davongetragen, und ihre Interessen gingen soweit auseinander, daß sie sich gegenseitig in Schach hielten. Der große Territorialbesitz Rußlands war vor dem späten Ausbau seiner Eisenbahnen eher ein Hindernis als der Nährboden staatlicher Machtentfaltung. Nur England nahm eine Sonderstellung ein durch die unbeschränkte See- und Kolonialherrschaft, die es in wenig unterbrochenen Eroberungskriegen mehrerer Jahrhunderte unter geschickter Benutzung der Gegensätze unter den Festlandsstaaten errungen hatte. Nach dem Schlußakt jenes Eroberungszuges, den napoleonischen Kriegen, erstreckte sich sein Kolonialreich über alle Erdteile und war an allen Küsten vom meerbeherrschenden Mutterlande aus zugänglich. Durch Ausbeutung der farbigen Bevölkerung in den Tropen, den Handel mit Kolonialwaren und die auf weltweiter Grundlage erwachsene Großindustrie wurde England zum reichsten Lande der Erde. Aber seine militärischen Kräfte wuchsen nicht über das Ausmaß der anderen europäischen Großmächte hinaus, weil die kühleren Wohngebiete der neuen Welt mit der Technik des Frachtwagens und Ruderbootes nur an den Küsten und den Wasserläufen besiedelt werden konnten, und Englands einzige große Siedlungskolonie der älteren Zeit in Nordamerika verloren ging.

Das Gleichgewicht unter den Landmächten auf der einen, das absolute Übergewicht der britischen See-, Kolonial- und Kapitalmacht, sein Monopol der Handelsschiffahrt und Großindustrie auf der anderen Seite bildeten die Voraussetzungen für jenes unter Englands Führung entstehende System der Handelsfreiheit und friedlichen Annäherung, das England den größten Vorteil brachte, aber auch das Interesse der europäischen Festlandsstaaten wahrte, die damals England mit Er-

zeugniſſen des Ackerbaues verſorgten und von ihm Induſtriewaren bezogen. Das Syſtem berührte ſich eng mit dem Ideenkreis des politiſchen Liberalismus und ſeiner Lehre vom Selbſtbeſtimmungsrecht der einzelnen wie der Völker. England hat in dieſer Zeit ſeine Eroberungen draußen fortgeſetzt und ſeine Kolonien ausgebaut, aber es kam dadurch nur mit einer europäiſchen Macht in Streit, als es im Bunde mit Frankreich dem Vordringen der Ruſſen zum Mittelmeer im Krimkriege erfolgreich Widerſtand leiſtete. Es konnte damals die Theorie aufkommen und Glauben finden, daß aller kollektive Kampf um Macht und Reichtum dem friedlichen Wettbewerb der einzelnen weichen müſſe.

Aber die moderne Verkehrstechnik hat im Laufe der beiden letzten Menſchenalter die Machtverteilung auf dem Erdball und die internationalen Beziehungen durchaus verändert. Die Eiſenbahnen erſchloſſen die kulturloſen Teile der gemäßigten Zone. Die größte Völkerwanderung aller Zeiten überſpann ſie in der nordamerikaniſchen Union und Kanada, im öſtlichen Rußland und Sibirien, in Auſtralien, am La Plata, in Süd- und Nordafrika mit einem in ſich jeweils eng verknüpften Netz von europäiſchen Anſiedlungen. So entſtanden Volkswirtſchaften und Staaten europäiſcher Ziviliſation vom Umfange ganzer Kontinente. Rußland und die Vereinigten Staaten wuchſen mit ihrem wirtſchaftlichen und ſozialen Körper in den bisher allzuweiten ſtaatlichen Mantel hinein. Sie ſtehen dem britiſchen Reiche an Mannigfaltigkeit ihrer Hilfsmittel wenig nach und übertreffen es weitaus durch die Zahl ihrer weißen Bewohner und die Geſchloſſenheit ihres Beſitztums. Den drei Rieſenreichen gegenüber erſcheinen die anderen europäiſchen Großſtaaten nach ihrer territorialen Ausſtattung nur noch wie Mittelſtaaten. Iſt doch das britiſche Reich dreimal, Rußland doppelt, die nordamerikaniſche Union ebenſo groß wie ganz Europa. Nur noch das kinderloſe Frankreich hat unter Förderung durch Deutſchland ſeit 1871 wieder ein Kolonialreich zu erwerben vermocht, welches an Ausdehnung dem europäiſchen Kontinent gleichkommt und neben heißen auch kühlere Gebiete in Nordafrika umfaßt, die zur Anſiedlung von Weißen geeignet ſind. Alle anderen Feſtlandsſtaaten ſind mit ihrem Siedlungsgebiet auf den alten engen Raum beſchränkt geblieben; abgeſehen vom belgiſchen Kongoſtaat, fiel jedoch Deutſchland und Italien ein beſcheidener Anteil an den Tropen Afrikas oder der Südſee zu.

Die Konſolidation der Weltreiche und ihr Imperialismus gaben

dem Zeitalter der Eisenbahnen das politische und wirtschaftliche Gepräge. Die planmäßige Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Hilfsquellen durch eine entschlossene Verkehrs-, Siedlungs- und Produktionspolitik machte die neuen Kolonialgebiete zu Lieferanten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nicht nur für England, sondern auch für die dicht bevölkerten Staaten des europäischen Festlandes, und erhob diese nach Maßgabe der wirtschaftlichen Energie ihrer Bevölkerungen, in erster Linie Deutschland, zum Schauplatz einer großartigen Entwicklung der Industrie und Seeschiffahrt. Unter allmählicher Lösung vom britischen Umschlag verbreiterte und verzweigte sich der Warenstrom, der die engräumigen Gebiete intensiver Kultur mit den weiträumigen einer extensiven Wirtschaft verbindet. Auf der anderen Seite gelangte in jedem der großen Reiche und Siedlungskolonien — ganz wie in den Nationalstaaten zur Zeit ihrer Bildung — das Ideal der wirtschaftlichen Autarkie mehr oder weniger zur Herrschaft: Man suchte die Abhängigkeit von fremder Industrie, Schiffahrt und Gläubigerschaft abzustreifen und große Stapelindustrien zu entwickeln, um die Rohstoffe des eigenen Landes zu Gegenständen des Massenverbrauchs zu verarbeiten, statt sie auszuführen. Die Vereinigten Staaten, Rußland und Frankreich errichteten hohe Zollmauern zum Schutz ihres industriellen Absatzes, nicht weniger Kanada und Australien. Auch England hat mit dem Prinzip des Freihandels insofern gebrochen, als es seine heimische Industrie in den Kolonien unter einen Sonderschutz stellen ließ.

Mit der Konsolidation im Innern und dem Abschluß nach außen verbanden die Riesenreiche eine mehr oder weniger gewaltsame Politik der politischen und wirtschaftlichen Expansion.

Sobald das Bewußtsein der Macht aus den unbegrenzten Möglichkeiten der weiträumigen Staaten erwachte, ist jeder von ihnen darauf aus gewesen, die eigene, schon übergroße Herrschaft durch neue Eroberungen auszuweiten oder durch politisch-wirtschaftlichen Druck neue Interessengebiete zu erwerben. In echten Eroberungskriegen hat Nordamerika die ungeheuren mexikanischen Gebiete von Texas und dem südlichen Felsengebirge bis zum Stillen Ozean 1845—47 und den Rest der spanischen Kolonien im Jahre 1898 erworben. Mit List und Gewalt bemächtigte sich die Union 1903 des Territoriums, dessen sie zum Bau des Panamakanals bedurfte, und ist im Begriff das Karibische Meer zu ihrem eigenen Mittelmeer zu machen. Die abgewandelte Monroedoktrin verkündet in kaum noch verhüllter Weise die Hegemonie

der nordamerikaniſchen Republik über die mittel- und ſüdamerikaniſchen Länder. Rußland dehnte ſeine Herrſchaft über Mittel- und Oſtaſien aus. Aber beide Länder wurden in Schatten geſtellt durch den Eroberungszug der Engländer, die ſeit den 80er Jahren in Ägypten, Hinterindien, im tropiſchen Afrika und durch Unterwerfung der Burenrepubliken nicht weniger als 8,5 Mill. qm dem britiſchen Reiche eingliederten.

So lange die großen Reiche getrennt voneinander vorgingen und ihre Intereſſen ſich kreuzten, entſtand für die europäiſchen Nationalſtaaten aus der veränderten Machtbilanz keine unmittelbare Gefahr. Aber es iſt in aller Erinnerung, wie es Eduards VII. ſtaatsmänniſcher Kunſt und dem von England geleiteten internationalen Großkapital gelang, die Gegenſätze unter den erobernden Weltreichen auszugleichen und eine Gruppierung zuſtande zu bringen, welche die Staaten der europäiſchen Mitte matt zu ſetzen beſtimmt war.

Nachdem England die Franzoſen auf ihrem Vormarſch gegen den Sudan bei Faſchoda (1898) und durch das verbündete Japan (1905) die Ruſſen bei ihrem Vordringen zum Gelben und Japaniſchen Meere gedemütigt hatte, warf es mit großem Geſchick das Steuerruder ſeiner Politik herum, um ſich gegen den deutſchen Rivalen zu wenden. Wir hatten uns ſeit der Herſtellung der politiſchen Einheit mit friedlicher Arbeit begnügt und an der allgemeinen Jagd nach kolonialem Erwerb in den kulturloſen Gebieten nur inſoweit beteiligt, als es ohne Streit mit anderen ziviliſierten Mächten möglich war. Statt durch Eroberungen haben wir durch fleißige und kühne Entwicklung der Induſtrie, des Außenhandels, der Schiffahrt und durch auswärtige Unternehmungen einen gerechten Anteil an den Bodenſchätzen der Erde in unſere Häfen und Städte zu lenken verſtanden. Der deutſche Mitbewerb aber ſtörte die Ruhe der im alten Beſitz bequem gewordenen Engländer, und die offene Feindſchaft gegen uns erwachte, als wir es wagten eine Kriegsflotte zu bauen, welche nur halb ſo groß wie die britiſche, zu einem Angriff gegen England ungeeignet, doch unſere weltweiten Intereſſen nachdrücklich ſchützen, einen Angriff zu einem gefährlichen Unternehmen machen und unſere Gleichberechtigung als Großſtaat zum Ausdruck bringen ſollte. England hat von jeher die nächſt ſtarke Seemacht als zu vernichtenden Feind angeſehen, hat im Laufe von drei Jahrhunderten nacheinander Spanien, Holland, Frankreich in Gemeinſchaft mit deren kontinentalen Gegnern

niedergekämpft, sie ihrer Schiffe und besten Kolonien beraubt. Es folgte seiner Überlieferung aus der merkantilistischen Zeit, als es die Politik der kontinentalen Bündnisse wieder aufnahm, zunächst in tastender Weise, um allmählich das Band zu festigen und im kritischen Moment die Schlinge zuzuziehen.

Die Grundlage für die Entente wurde die Verständigung über die „politischen Depressionsgebiete" einer alten, aber minderen Kultur, die sich von Marokko bis China erstrecken. Wir vertraten den Grundsatz der offenen Tür, des freien Wettbewerbs aller Fremden in diesen Gebieten bei Aufrechthaltung ihrer politischen Unabhängigkeit und forderten als gleichberechtigte Macht zugezogen zu werden, wo man es unternahm, zur Liquidation des einen oder anderen der bisher freien Staatswesen zu schreiten. Die Ententemächte aber teilten weite Gebiete trotz erheblicher dort bestehender deutscher Interessen unter sich auf, als gäbe es nur noch Engländer, Russen und Franzosen auf unserm Planeten. Schon anläßlich des Marokkostreites drohte England mit der Anwendung von Gewalt, doch gelang es, ein Kompromiß zu schließen, weil Frankreich noch nicht fertig und die deutsche Regierung der Ansicht war, daß ein Krieg um Marokko dem deutschen Volkswillen nicht entspräche. Die Spannung blieb, die Hetze gegen Deutschland ging weiter; was sich vorbereitete, war klar, als Frankreich 1913 den Entschluß faßte, jeden halbwegs waffenfähigen Mann für drei Jahre in die Kaserne zu kommandieren. Der immer deutlicher in Aussicht gestellte englische Beistand — 1912 wurde die Art der Kriegshilfe festgelegt, die England Frankreich in einem Kriege leisten wollte — entfachte die französischen Revanchegelüste zur Siedehitze. Sie waren im französischen Erziehungswesen, in der Presse und Literatur zu einem haßerfüllten Glauben geworden, an dem sich das alternde Volk aufrichtete: Wiederherstellung der 1870 gekränkten Ehre durch Wiedereroberung der alten deutschen Territorien an Oberrhein und Mosel. Nicht minder ermunterte England die tiefeingewurzelten Expansionsgelüste, die die Bewohner der großrussischen Ebenen erfüllen, indem es den Eroberungsdrang von Osten ab auf das alte Ziel der Rechtgläubigen ablenkte, auf Konstantinopel und den Weg dorthin über Galizien und den Balkan. Das Vordringen Rußlands zum Mittelmeer erschien ungefährlich, wenn es gelang, den seit Eduards VII. Thronbesteigung immer sichtbarer hervortretenden Plan zu verwirklichen: ein geschlossenes Reich, das sich vom

Nil über Arabien, Mesopotamien und Südpersien nach Indien erstreckt. So wurde die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und die Aufteilung der Türkei allmählich zum gemeinsamen Programm Rußlands und Englands. Die Gruppe, die eine Verständigung mit Deutschland wollte, verlor an Einfluß, das Versprechen der britischen Flottenhilfe (1914) entfesselte schließlich den Krieg, als Serbien es wagte, gegen unseres Bundesgenossen staatliche Existenz durch Aufhetzung und Mord anzugehen, und nun Rußland für seinen Vasallen einsprang.

Aber die weltgeschichtliche Bedeutung des Krieges tritt in ihrer ganzen Größe erst hervor durch das Verhalten des vierten der Weltreiche, der Nordamerikanischen Republik. Sie hat sich von Anfang an unseren Gegnern zugesellt, die Neutralität durch die Umstellung ihrer Industrie auf riesenhafte Waffen- und Munitionslieferungen an unsere Feinde gebrochen und ist nun vom versteckten in den offenen Krieg übergegangen, indem sie uns das Urrecht jedes Menschen, die Notwehr, gegenüber der britischen Seesperre abspricht, die Nordamerika selbst durch seine formalen Proteste als völkerrechtswidrig anerkannt hat. Die Notwehr würde den deutschen Tauchbootkrieg rechtfertigen, wenn er nicht durch die generelle Warnung ohnehin legale Formen wahrte. Die hochtönenden Phrasen von Recht, Freiheit und Humanität verhüllen nur schlecht das Wesen des Vorgangs.

Das Bündnis, dem Nordamerika als Elfter oder Zwölfter mit einem recht geringen Aufwand von ritterlichem Empfinden beitritt, ist bestimmt, die absolute Weltherrschaft der Riesenreiche zu vollenden. Setzen wir theoretisch den Fall, daß die Mittemächte geschlagen werden, so trifft die Niederlage nicht nur uns, sondern die sämtlichen Staaten der Erde, welche an militärischer Macht der unseren nicht gleichkommen. Die europäischen Küstenstaaten werden nach dem Muster von Portugal und Belgien zu Trabanten Englands, die mehr kontinentalen Rußlands; die Republiken von Mittel- und Südamerika sind rettungslos der Befehlsgewalt der Nordamerikanischen Union verfallen. Das Schicksal der asiatischen Länder ist vollends besiegelt, auch derjenigen, die jetzt gezwungen Gefolgschaft leisten. So ist der Bund der Riesenreiche ein Syndikat zur Unterdrücknng der europäischen Nationalstaaten und der kleineren oder schwächeren Völker überhaupt. Wegen der geringen Zahl der Teilnehmer — denn die Mitläufer spielen eine bloße Bedientenrolle — wird das Syndikat verhältnismäßig leicht aufrecht zu erhalten sein und sein Ziel um so vollstän-

diger erreichen. Von ſeinen Abſichten und Wünſchen gab die Pariſer Wirtſchaftskonferenz ein deutliches Bild. England und ſeine Verbündeten haben von Anfang an den Krieg nicht nur gegen Heer und Flotte, ſondern unter Verletzung aller Grundſätze des bisherigen Völkerrechts, gegen die einzelnen deutſchen Anſiedler, Kaufleute, Reeder und Induſtriellen geführt, ſie aus ihrem Beſitztum vertrieben, ihrer Habe beraubt und ihre Handelsbücher verbrannt. In dieſem Geiſte des brutalſten Merkantilismus ſoll die Wirtſchaftspolitik weitergeführt, das Privileg des Bodenbeſitzes von den landreichen Völkern gegen die landarmen durch Handels- und Preispolitik ausgebeutet, ſollen die Bewohner Mitteleuropas durch ſchwerſte Belaſtung und allgemeinen Boykott zu Heloten der Herrſchervölker gemacht werden.

Aber auch wenn es nicht gelänge, dieſe Abſichten in vollem Umfange zu verwirklichen: Schon die Ausſchaltung der kräftigeren Kernſtaaten Europas aus der aktiven Teilnahme an den großen Fragen der auswärtigen Politik, die daraus folgende faktiſche Herabdrückung aller mittel- und weſteuropäiſchen Länder in die Gefolgſchaft der Weltreiche würde ihre Lebenskräfte an den Wurzeln treffen. Die volle Entfaltung der geiſtigen Individualität eines Volkstums iſt nur in Staaten möglich, die ihre Anſprüche und Intereſſen als gleiche unter gleichen zur freien Geltung bringen. Ginge die ausſchließliche Führung auf die Rieſenreiche über, ſo gäbe es nur noch zwei ſouveräne Sprachgemeinſchaften europäiſcher Wurzel, die engliſch-amerikaniſche und die ruſſiſche. Die franzöſiſche fände zwar noch ein Ausbreitungsfeld bei den Farbigen Afrikas vom Mittelmeer bis zum oberen Zambeſi. Aber ſie bleibt an einen Staat gebunden, deſſen Bevölkerung ſich nicht vermehrt und deſſen leidenſchaftliche Politik es ſchon jetzt zum Vaſallen Englands gemacht hat.

Die Vereinigung von politiſch-territorialer und wirtſchaftlich-kapitaliſtiſcher Macht in den drei Weltreichen würde alle ſchwächeren Staaten zwingen, ſich den Herrenvölkern mehr und mehr auch innerlich unterzuordnen und anzugleichen. Gewiß würden in den nachgeordneten Ländern noch große Forſcher, Erfinder und Künſtler geboren werden, aber der freudig aufwärtsſtrebende Mut, der aus dem innerſten Eigentum ans Licht ſchafft, was in des eigenen Volkes Seele weiterſchwingt, wäre gebrochen, weil mit der Freiheit das Volkstum ſelbſt zerbrochen wäre.

Der Niedergang des national-gegliederten europäiſchen Geiſtes-

lebens würde in den Imperien keinen Ersatz finden. Herrscht in den engräumigen Staaten Europas jene Mannigfaltigkeit der Nationen, Stämme, Sprachen und Dialekte, die den Reichtum europäischer Kultur bedingt, so in jedem der großen Reiche die äußerste Uniformität des Lebens und aller seiner Formen.

Jenseits der litauischen oder polnischen Grenze durch ganz Rußland bis an die Küste des Stillen Ozeans schließt sich ein holzgraues Reihendorf mit seinen gleichmäßig vermessenen Fluren an das andere, überall die gleiche byzantinische Kuppelkirche und überall derselbe Bahnhof. Der Stamm der Großrussen hat alle anderen unterjocht, mit den härtesten Mitteln ihre Eigenart auszutilgen versucht und, abgesehen von den Ländern germanischer Kultur an der Ostsee, überall dasselbe trostlose Einerlei des Mangels an Schulen, Wegen, gesundheitlichen Einrichtungen hervorgerufen.

Anderer Mittel und Formen bedient man sich in den Reichen englischer Zunge, aber die nivellierende Wirkung war noch stärker als in Rußland, wo die geschlossen angesiedelten Fremdstämme des Westens und Südens ihr eigenes Gepräge nicht ohne Erfolg zu verteidigen vermochten. In den britischen Siedlungskolonien kennt man wohl Rechte der Individuen, nicht aber Rechte einer fremden Nationalität, abgesehen von den Konzessionen, die mit dem Bewußtsein ihrer geringen Wirksamkeit den Franzosen am St. Lorenz und den vor kurzen unterworfenen holländischen Bauern Südafrikas notgedrungen gemacht wurden. Fast noch schlimmer sieht es in den Vereinigten Staaten aus. Wohl gibt es zahlreiche deutsche oder skandinavische Schulen und Kirchen, aber ein starkes Eigenleben vermochten die nationalen Minderheiten nirgends zu entfalten. Denn man hat die Entstehung geschlossener fremdsprachiger Gemeinwesen in der Union wie in Kanada durch die Art der Verteilung des öffentlichen Landes planmäßig unterbunden. Auf dem Lande Einzelhöfe derart, daß der fremde Ansiedler überall sich einer Mehrheit von Eingeborenen gegenübersieht, welche in Staat und Gemeinde, in Gesellschaft und Wirtschaft schon deshalb den Ton angeben, weil sie zuerst da waren. Die Nivellierung wird gesteigert durch die Lebensformen der amerikanischen Demokratie mit ihrem Zweiparteiensystem, das alle feineren Unterschiede auslöscht und die Minderheiten ausschaltet, durch die alle menschlichen Beziehungen durchdringende unduldsame Gewalt der gesellschaftlichen Konvention und die Tatsache, daß die Kultur erst

mit den Eisenbahnen in das Binnenland eindrang. An den Verkehrszentren Riesenstädte und Riesenunternehmungen, in denen das Oberkommando Großunternehmern und Berufspolitikern zufällt, die die Presse, die Massenversammlungen und durch sie auch das platte Land beherrschen. Die sozial und geistig unabhängigste Klasse, das wertvollste Element der ganzen Bevölkerung, die Farmer, klagen in den Vereinigten Staaten nicht weniger als in Frankreich über das verständnislose Regiment der städtischen Advokaten. In diesem Lande, sagte mir ein alter hochgebildeter deutscher Farmer, der seit 50 Jahren im Staate Ohio hauste, wird kein Gedanke zu Ende gedacht. Alles ist zugeschnitten auf das oberflächliche Verständnis der Masse, die Zeitungen, die Kirche und selbst die Universitäten.

Nirgends habe ich den Wert deutschen Wesens tiefer empfunden, als in Nordamerika. In jeder deutschen Landschaft eine eigene Stammesart, geschützt durch ein eigenes Agrarrecht, ein freies Gemeindeleben und bundesstaatliche Einrichtungen. Welcher Reichtum der ländlichen und städtischen Bauformen, des geistigen und künstlerischen Lebens in den Hauptstädten der Provinzen, in den großen und kleinen Residenzen; welche Buntheit und Kraftfülle in der Gesellschaft mit ihrer starken, freien Bauernschaft, den stolzen und aufstrebenden Gewerkschaften der Arbeiter, dem unternehmenden Großbürgertum und den berufstreuen Handwerkern, der mannhaften Landaristokratie, den Künstlern und den Gelehrten in den höchsten Stätten geistiger Bildung, die sich einer im freien Amerika unbekannten Selbständigkeit erfreuen. An inneren Werten und echter Freiheit ist unser Land reicher als das unifizierte Frankreich, reicher als Altengland und vollends reicher als die Riesenstaaten des Ostens und des Westens. Die demokratischen Formen, mit denen jene sich brüsten, geben als solche nur dürftige Bürgschaft der Freiheit des einzelnen. Die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts zeigen in allen hier beteiligten Großstaaten die Entartung der Demokratie in ein oligarchisches Klassenregiment und bestätigen das Urteil Montesquiens, daß die Demokratie ihrem Wesen nach kein freies Staatswesen sei.

Der Einklang zwischen dem Staats- und dem Volkswillen ist in der inneren Gesetzgebung bei uns ebenso gut, in den großen Fragen der auswärtigen Politik aber besser gesichert als in den demokratisch regierten Ländern — nicht, weil ohne Bewilligung der Mittel durch den aus dem volkstümlichsten Wahlrecht hervorgehenden Reichstag kein Krieg geführt werden kann, sondern weil die Regierung weiß,

daß unſer Volksheer ſich nur für eine Sache gut ſchlägt, die es als gerecht erkannt hat, und weil keines der großen Völker und Volksheere dem deutſchen an geiſtiger Bildung und individueller Freiheit des Gewiſſens gleichkommt. Das deutſche iſt das kritiſchſte Volk der Erde: Phraſen, mit denen jeder Schwätzer die romaniſche oder die engliſch-amerikaniſche Seele zu bewegen vermag, erregen leicht Mißtrauen oder Heiterkeit. Die geſellſchaftliche Konvention hat geringes Gewicht, wo jeder Stamm ſeine eigene Geſchichte und politiſchen Einrichtungen beſitzt, das Volk in zahlreiche Parteien und Gruppen zerſplittert iſt. Eine einheitliche öffentliche Meinung läßt ſich ſchwer herſtellen, ein großer Krieg nur entfeſſeln, wenn überwältigende Gründe der Selbſterhaltung alle Gegenſätze überbrücken. Daß ein Miniſter wie Mr. Grey ohne Fühlung mit dem Parlament Bündnisverpflichtungen für einen Angriffskrieg übernimmt, wäre in Deutſchland kaum denkbar.

Letztlich ſind alle dieſe Unterſchiede darin begründet, daß der Freiheitsbegriff und das Verhältnis des einzelnen zum Staate andere ſind als bei den weſteuropäiſchen Völkern oder den Amerikanern. Deshalb verſteht man uns dort auch nicht. Das ſtarke, aus innerſtem Empfinden erwachſene Pflichtverhältnis zum Staate bedeutet uns keinen Abbruch an der Freiheit, wohl aber die Verlumpung breiteſter Volksmaſſen, die man neben aufgehäuften Reichtümern in England oder gar Irland, in den großen Städten der nordamerikaniſchen Union und durch ganz Rußland findet — eine Folge der Vernachläſſigung der Pflichten, die wir dem öffentlichen Gemeinweſen auferlegen. Uns iſt der Staat nicht wie in den weſteuropäiſchen oder amerikaniſchen Demokratien eine Anſtalt zum Schutz der individuellen Intereſſen, ſondern Träger ſelbſtändiger Aufgaben von Ewigkeitswert. Stärker als dort durchdringen pflichtmäßige Verantwortlichkeiten der Volksgenoſſen gegenüber der Geſamtheit, der ſtaatlichen Funktionäre gegenüber dem Volke unſer öffentliches und privates Leben. Die Freiheit iſt uns nicht „Willkür, tun und laſſen zu dürfen, was uns gefällt, ſondern Kraft und Gelegenheit wachſen zu dürfen nach den Anlagen, die in uns ſind.“ Deshalb iſt auch nirgendwo der Boden beſſer als in Deutſchland bereitet für den echt kosmopolitiſchen Gedanken, daß jedes Volkstum auf ſeine Art dem Ziel der Entfaltung unſerer Gattung zuſtrebt (Maurenbrecher). Und gegen uns wagt man den Kampf mit dem Motto der Freiheit und des Rechts der kleineren Völker zu führen.

Öſterreichs Zertrümmerung wird gefordert, weil es die Nationali-

täten unterdrücke. Dort, wo sie durcheinander wohnen, wie nirgendwo sonst, hat sich eher ein Exzeß der Nationalitätenpolitik herausgebildet, sofern man über der sorgfältigen Pflege jeder Eigenart die Machtgrundlagen des Staates durch Ausschaltung der Staatssprache und Lockerung des Heeresgefüges gefährdete.

In dem Krieg um die eigene Selbstbehauptung kämpfen also die europäischen Kernvölker um wahrhaft freie Lebensformen im Sinne der Philosophie des deutschen Idealismus, Formen, welche der Eigenart des einzelnen wie der Stämme und Nationen die selbständige Entfaltung gestatten. Aus solcher Freiheit sind die großen Schöpfungen europäischen Geistes entsprungen; deshalb gilt unser Krieg auch der Zukunft der europäischen Menschheit.

Das Ziel ist die Aufrichtung einer Macht, welche sie vor der Erdrückung durch die Riesenreiche zu schützen vermag.

Jetzt ist die letzte Gelegenheit gekommen, die Gefahr zu beschwören. Wohl haben wir einer fünffachen Übermacht im Bunde mit drei tapferen Staaten der Mitte siegreich standgehalten und hoffen auch der neunfachen gewachsen zu sein. Doch der Unterschied des in den Riesenreichen verfügbaren Raumes ist so groß, daß in der Zukunft ein Staat wie das Deutsche Reich seine Freiheit erst recht nicht für sich allein zu verteidigen vermag. Noch sind große Teile der Weltreiche wirtschaftlich unentwickelt, und die inneren Kräfte des großrussischen Volkes durch die Nachwirkungen der kommunistischen Agrarverfassung niedergehalten. Aber im Jahre 1950 wird Rußland gegen 290 Millionen, die Nordamerikanische Union 180 Millionen, das britische Reich statt 66 etwa 100 Mill. weiße Einwohner, neben den Farbigen (schon jetzt 385 Millionen) zählen. In Rußland hat die unten zu behandelnde Agrarreform mit großer Energie begonnen, die gebundenen Kräfte durch Herstellung des Privateigentums der Bauern am Ackerlande zu lösen, und für Rußlands großkapitalistische Organisation werden die Ententefreunde sorgen, die den Krieg benutzt haben, um die Hand auf die mineralischen Schätze des Landes mehr noch als bisher zu legen.

Es gibt keine andere wirkliche Sicherung gegen die sich entwickelnden Imperien und keine andere Bürgschaft zur friedlichen Wahrung der Gleichberechtigung als die Herstellung eines dauernden wirtschaftlichen, militärischen und maritimen Gleichgewichts. Doch widerspräche es unserem und unserer Nachbarn innerstem Wesen, ein Imperium nach Art der drei anderen anzustreben, vielmehr gilt es, die Staaten der euro-

päischen Mitte um den durch den Krieg gefestigten Kern zur gemeinsamen Wahrung ihre Unabhängigkeit zusammenzuschließen. In solchem Wehrverbande ist die Grundlage für die gleichberechtigte Anteilnahme und freie Entfaltung auch der kleineren Völker gegeben, weil die stärksten Bundesgenossen, wie sie selbst, ihre Zukunft an ein kleineres Territorium gebunden sehen, während jede Anlehnung an eins der Imperien vermöge des quantitativen Unterschieds der Territorien und Bevölkerungen, die Gefahr der Unterdrückung und Unifizierung verewigen würde. Der Wehrverband wird durch ein wirtschaftliches Bündnis für diejenigen Völker zu ergänzen sein, welche durch Nachbarschaft und dichtere Verkehrsbeziehungen die Voraussetzungen für solch engere Gemeinschaft besitzen. Freilich gilt es im einen wie im anderen Falle vorsichtig und schrittweise vorzugehen, viel Takt und Geduld zu betätigen. Denn jeder der Teilnehmer muß die Notwendigkeit des Zusammenschlusses für sich selbst deutlich erkannt haben. Viel wird durch die elastischen Formen freier Wirtschaftsverbände zu erreichen sein. Das Hauptmotiv für eine handelspolitische Gemeinschaft liegt in der Kraft der Abwehr von Schädigungen durch Länder, die übergroße Teile der Erdrinde für sich monopolisierten. Die Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit der Nordamerikanischen Union haben uns gelehrt, wie schwer es für einen Industriestaat ist, seine Rechte gegenüber den großen Rohstoffgebieten zu wahren. Mitteleuropa aber ist reich an fruchtbarem Boden und Mitteln zu seiner künstlichen Befruchtung, und die wunderbar entwickelte Kunst des Landbaues wird uns in bezug auf die Nahrung ziemlich selbständig machen können. An wichtigsten Rohstoffen wie Kohle und Eisenerz fehlt es nicht. Andere Rohstoffe oder Ersatz dafür hat die Not des Krieges aufzufinden gelehrt. Vorderasien vermag unseren Bedarf an Baumwolle allein unter allen Ländern der Erde dereinst zu befriedigen. Doch bedürfen wir für uns und den Bund der Ergänzung durch tropische Kolonien. Gewiß wird Mitteleuropa so wenig wie die großen Weltreiche jemals eine vollständige Autarkie besitzen oder herbeiführen wollen. Aber die Unabhängigkeit in den wichtigsten Lebensnotwendigkeiten wird den Bund der Mitte vor der Vergewaltigung in Krieg und Frieden schützen.

Nun sind die Gesichtspunkte gewonnen, unter denen die im Osten besetzten Gebiete betrachtet werden müssen.

Es handelt sich um die Befreiung von der ihnen gewaltsam auferlegten großrussischen Herrschaft und ihre Einbeziehung in das mitteleuropäische Schutz- und Trutzbündnis. Diese Aufgabe wird durch die Demokratisierung des benachbarten Reiches nicht berührt. Denn die veränderte Verfassung wird schwerlich seine Eroberungslust dauernd zum Verschwinden bringen. Das Ausdehnungsverlangen war von jeher nicht allein vom Zaren und seiner Armee, sondern — ganz wie in den Vereinigten Staaten — gerade auch von der breiten Masse der Bauernschaft und seit seinem Aufkommen vom Großkapitalismus getragen. Die edelmütige Anerkennung der von den siegreichen Mittemächten verkündeten staatlichen Selbständigkeit Polens durch die provisorische Regierung ist von geringer Tragweite, da jede Aussicht auf Polens Wiedereroberung in diesem Kriege geschwunden ist. Auch weiß niemand, wie sich die politischen Verhältnisse in Rußland nach dem Kriege gestalten werden. Das heutige Rußland hat 170 Millionen Einwohner gegen 116 der beiden verbündeten Kernmächte. Bleibt die Grenze unverändert, so wird Rußland 1930 2½ Millionen 20jähriger Männer zählen gegen 1,3 Millionen in Deutschland und Österreich-Ungarn — eine Übermacht, welche die schwerste Versuchung zur Unterdrückung der Nachbarn einschließt. Werden die eroberten Gebiete von Rußland abgetrennt, so ergibt sich eine ungefähre Verminderung seiner Bevölkerung um ⅛ und bei Anschluß der Trenngebiete an Mitteleuropa eine Schwächung der russischen Militärmacht um ¼. Es wird ein ungefähres Gleichgewicht erreicht.

Für die Eingliederung der besetzten Gebiete in Mitteleuropa sind alle Bedingungen gegeben. Sie sind ganz überwiegend von „Fremdstämmigen“ bewohnt und gehören nach ihrer Geschichte und der Eigenart ihrer Bewohner durchweg dem westeuropäischen Kulturkreise an. Kurland hat vom deutschen Orden ebenso deutsches Gepräge erhalten, wie das benachbarte Livland und Estland, die in russischer Gewalt blieben. Das übrige Besatzungsgebiet gehörte einst zu den vereinigten Königreichen Litauen und Polen. Aus diesen Gründen bildet von der Ostsee bis zu den Karpathen schon vom Mittelalter her das Privateigentum am Ackerlande die Grundlage der gesellschaftlichen Verfassung und gab ihr den individualistischen Zug, der Westeuropa von Großrußland scheidet. In Kurland herrscht die evangelische, in Litauen und den Stammsitzen der Polen westlich des Bug die römisch-

katholiſche Kirche. Sie fand aber auch bei den Weißruthenen öſtlich und nördlich des Fluſſes einen breiten Anhang und hat traditionelle Neigungen auch dort hinterlaſſen, wo die ruſſiſche Regierung die mit Rom „unierte“ Kirche gewaltſam ausrottete. Rom und Byzanz bildeten tiefe Gegenſätze der Lebensanſchauung und Lebensführung aus. In dem ganzen Gebiet iſt die ruſſiſche Herrſchaft nicht älter als 100—140 Jahre. Sie hat trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen das weſteuropäiſche Weſen nicht auszulöſchen vermocht, ihr Wegfall würde keine ziviliſatoriſche Lücke hinterlaſſen und nur von wenigen bedauert werden, obwohl es die Ruſſen verſtanden haben, nach dem Grundſatze „Teile und Herrſche“ die Intereſſen der unteren Klaſſen auf dem Lande gegen die Oberſchichten wahrzunehmen.

Über die Formen der Angliederung läßt ſich vor dem Abſchluß des Krieges nichts Endgültiges ſagen. Nur die objektiven Grundlagen laſſen ſich feſtſtellen. Doch will ich mit meiner perſönlichen Auffaſſung nicht zurückhalten. Die Vorausſetzungen für die Bildung eines ſelbſtändigen Nationalſtaates ſind nur in dem alten Wohngebiet der Polen an der Warthe und Weichſel mit dem Bug und dem Narew gegeben. Nur dort herrſcht eine annähernde nationale Geſchloſſenheit; abgeſehen von dem litauiſchen Hauptteil des Gouvernements Suwalki, deſſen Vereinigung mit dem neuen Polen nicht in Frage kommen kann, ſind $^3/_4$ der Bewohner polniſch. Die tauſendjährige Geſchichte des einſt mächtigſten Staatsweſens von Oſteuropa hat ihnen ein feſtes Gepräge gegeben; ſie haben ein eigenes reiches Geiſtesleben entfaltet und um die Wiedererlangung der polniſchen Selbſtändigkeit in zwei blutigen Revolutionen gekämpft. In den Univerſitäten Lemberg und Krakau fanden ſie auch in der ruſſiſchen Zeit die in der Heimat verſagten nationalen Bildungsſtätten. Als ſozialer Körper iſt Kongreßpolen am höchſten entwickelt unter allen Gebieten nicht bloß des alten litauiſch-polniſchen, ſondern des ganzen ruſſiſchen Reiches, abgeſehen von den baltiſchen Provinzen. Das Land iſt im inneren Weichſelbogen ſo dicht beſiedelt wie Württemberg oder Schleſien, im äußeren wie Poſen. Die Mehrzahl der Bevölkerung treibt Landwirtſchaft. Doch hat ſich über die agrariſche Geſellſchaft im Laufe des letzten halben Jahrhunderts eine großkapitaliſtiſche Organiſation der Induſtrie, des Bankweſens und des Großhandels erhoben und Polen die ihm bisher fehlende bürgerliche Ober- und Mittelſchicht gegeben.

Die einst allmächtige Landariſtokratie beſitzt noch $^3/_{10}$, mit Einſchluß des verbauerten Kleinadels $^4/_{10}$ der Geſamtfläche. Die Bauernſchaft hat ihren Anteil durch Ankauf von parzelliertem Gutsland raſch ausgedehnt; ſie wird bald zu einer tüchtigen Mittelklaſſe werden, wenn ſie durch eine pflichtgetreue Regierung der Unbildung entzogen wird.

Aus ſolchen Elementen läßt ſich ein lebensvolles Staatsweſen aufbauen. Was Polen zu einer kräftigen Entwicklung fehlt, iſt eine gute Regierung und Kolonialland. Die Bauernſchaft leidet unter der Überfüllung vieler Landgebiete und großer Zerſplitterung des Grundbeſitzes. Denn das Land gibt bei unvollkommenem Anbau nicht genug aus, und bis 1905 war allen Perſonen polniſcher Herkunft, ja allen Katholiken der Erwerb von Grundbeſitz in den an Kongreßpolen grenzenden Oſtgebieten verboten. Die polniſche Induſtrie war ebenfalls in ihrer Entwicklung durch die ruſſiſche Wirtſchaftspolitik eingeengt und vermochte den zahlreichen Nachwuchs nicht aufzunehmen. Sie gewann zwar in einem Zweige (Webſtoffinduſtrie) eine treibhausmäßige Entwicklung, wurde aber im Intereſſe der ruſſiſchen Konkurrenz gerade in der Ausnutzung der eigenen mineraliſchen Bodenſchätze unterbunden. Dies alles zwang die Kinder der Kleinbeſitzer ihr Brot als Wanderarbeiter in Deutſchland zu ſuchen. Zu einer ſtattlichen Erweiterung der territorialen Grundlage Polens wäre in dem beſetzten Gebiet öſtlich vom Bug Raum gegeben. Aber auch dann wäre Polen mit 14—15, künftig 20 Mill. Einwohnern nicht groß genug, um ſich ſelbſt zu verteidigen und eine eigene Volkswirtſchaft auszubilden. Es bliebe zu ſchwach, ſelbſt wenn es alle Polen (jetzt etwa 20 Mill.), auch der gemiſchtſprachigen deutſchen Provinzen vereinigte — eine für uns unmögliche Ausſicht, weil ihre Verwirklichung die Verbindung von Preußen und Schleſien zerreißen und des Reiches Beſtand erſchüttern würde. Polen bedarf der Anlehnung an einen mächtigen Nachbar. Wir Deutſchen haben in Polen nur ein wirkliches Lebensintereſſe: die abſolute Sicherung gegen den Oſten, und darauf haben wir durch die mit dem Blut von Hunderttauſenden unſerer Söhne erkaufte Befreiung Polens von der ruſſiſchen Herrſchaft und ſeine Verſelbſtändigung ein Recht erworben. Die Sicherung ſchließt die Gewähr dafür ein, daß Polen nie die Waffen gegen ſeinen Befreier erhebt und deſſen eigenen Beſitzſtand bedroht. Es ergibt ſich alſo die Forderung eines dauernden, eines verfaſſungsmäßigen Wehrverbandes zwiſchen Deutſchland und Polen. Solcher

Wehrverband läßt dem Lande eine größere Selbständigkeit als sie irgendein Staat des Deutschen Reichs, der Nordamerikanischen Union oder der Schweizer Eidgenossenschaft besitzt und sichert den Bestand des polnischen Staates und Volkstum vollkommener als die Bündnislosigkeit oder gar die Angliederung an den russischen Koloß, dessen Zukunft überdies noch im Dunkeln liegt. Daß die Rechte der nationalen Minderheiten gewahrt, den mehr als 0,5 Mill. Deutscher in Polen die Erhaltung ihrer nationalen Eigenart gesichert werden muß, bedarf keiner Begründung. Gewiß haben wir auch erhebliche wirtschaftliche Belange in Polen. Aber die anzustrebende Wirtschaftsgemeinschaft liegt mehr noch im polnischen als im deutschen Interesse.

Die Bedingungen für die Ausbildung von geschlossen nationalen Staatswesen liegen außerhalb des polnischen Hauptwohngebietes durchaus ungünstig. Die Bevölkerung der östlich von Polen und Preußen besetzten Landschaften ist ethnographisch stark durcheinander gewürfelt und besteht aus kleinen Stämmen oder Volksteilen, die eine eigene Kultur nicht zu entwickeln vermochten. In Kurland hausten vor dem Kriege 7—800 000 Letten auf einem Gebiet, so groß wie die Rheinprovinz. In den übrigen Gebieten besteht die Menge der Bevölkerung im Norden aus Litauern (etwa 2 Millionen), in der Mitte Weißruthenen (etwa $1^3/_4$ Millionen), im Süden aus (weniger als 1 Millionen) Ukrainern oder „Kleinrussen". Dazu kommen gegen 800000 Polen, weniger als 300000 Großrussen und etwa 200000 Deutsche. An vielen Stellen gehen die Wohngebiete ineinander über und haben sich Inseln fremder Nationalitäten gebildet. Zu der nationalen Differenzierung in horizontaler tritt eine solche in vertikaler Richtung. Über die lettische Bevölkerung in Kurland erhebt sich ein deutsches Herrentum auf dem Lande und eine kräftige deutsche Bürgerschaft in den Städten. Ähnlich ist der Aufbau in dem Gebiete des alten polnisch-litauischen Reiches: eine zahlreiche Klasse von polnischen oder polonisierten Großgrundbesitzern, und an Stelle der deutschen Bürgerschaft des Nordens Juden mit etwa 1 Million Köpfen. Die fremdsprachige Oberschicht bringt zum Ausdruck, daß keine der Bevölkerungen des Ostens eine selbständige Geschichte zu gestalten vermochte, oder daß die eigene Geschichte — wie die an Kriegsruhm reiche der Litauer seit der Vereinigung mit Polen — abgerissen ist. Durchweg ist das Land fast rein agrarisch und mit 40—47 Menschen auf dem

Quadratkilometer überaus dünn beſiedelt. Die größeren Städte Wilna, Grodno, Kowno ſind bis zur Gegenwart mehr Zentren der ſtaatlichen und kirchlichen Verwaltung, als ſolche von Handel und Gewerbe. Nur in Bialyſtok hat ſich ein Mittelpunkt der Textilinduſtrie gebildet. Im übrigen herrſcht der Typus der kleinen, ſchmutzigen und elenden Judenſtädte mit ihrer Überfüllung des Klein- und Hauſierhandels und einem jämmerlichen Handwerk. Der agrariſche Charakter wird ſich auch kaum ändern, da Steinkohle und Erz fehlen. Der Landbau iſt im ganzen überaus rückſtändig geblieben.

Die Vorausſetzung aller höheren Entwicklung iſt die dichtere Beſiedlung des Landes durch eine Bevölkerung, welche mit den Methoden intenſiveren Ausbaus vertraut iſt. Das Bedürfnis des Landes kommt deshalb dem ihrer weſtlichen Nachbarn entgegen, der Polen im Süden, der noch viel dichter geſiedelten Deutſchen im Norden: die agrariſche Grundlage ihres Volkstums auszuweiten. Die Gewinnung von Siedlungsboden iſt uns aber auch eine heilige Pflicht gegen die nach Hunderttauſenden zählenden deutſchen Koloniſten in Rußland, die man zum Dank für ihre treue Arbeit und zuverläſſige Geſinnung während des Krieges von ihren Höfen vertrieben und ihres Eigentums beraubt hat. Ich halte keinen Friedensſchluß für denkbar, der nicht dieſen Leuten eine reichliche Entſchädigung ausbedingte und jedem der 2 Millionen Deutſchen Gelegenheit gäbe, das ungaſtliche Land mit einer geſicherten Heimat zu vertauſchen.

Schon die ruſſiſche Regierung hat es unternommen, Koloniſten beſonders in Litauen und Kurland in bedeutendem Umfange anzuſiedeln. Es waren aber Leute, die beſſer der natürlichen Richtung in den kulturaren Oſten gefolgt wären. Sie waren nach Wirtſchaftsweiſe und Bildungsſtand keineswegs berufen, den Eingeborenen ein Vorbild zu geben, und fielen deshalb der allgemeinen Mißachtung anheim.

Die Koloniſation wird in der Hauptſache Beſiedlung von Gutsland ſein. Schon hat ſich der kuriſche Großgrundbeſitz bereit erklärt, einen großen Teil ſeines Landes für Beſiedlungszwecke herzugeben. Auf keine andere Weiſe läßt ſich auch der ſoziale Gegenſatz beſeitigen, der bisher das ganze Oſtland durchzog und beunruhigte.

Das Bedürfnis der Koloniſation bedingt einen engeren politiſchen Anſchluß nach Weſten. Während aber Rußland ſeine Koloniſation in Litauen mit der abſcheulichſten Unterdrückung des heimiſchen Volkstums verband, wird Deutſchland den Eingeborenen die Gelegenheit zur

Pflege und Entfaltung ihres Volkstums in den Schulen, im Vereinsleben, in der Presse usw. gewährleisten.

Die engere politische Anlehnung schließt die Einbeziehung in das Verkehrssystem und Wirtschaftsgebiet des Hauptlandes ein. Die litauische Bauernschaft weiß auch sehr genau, welche außerordentlichen Vorteile ihr aus solcher Öffnung des deutschen Marktes erwachsen würden. Deutschland aber böte die Verbindung mit dem weiten im Osten besetzten Gebiete nicht bloß Siedlungsland und Stärkung der militärischen Sicherung, sondern auch die bessere Versorgung mit Brotgetreide, Futtermitteln (Hafer, Gerste), Flachs und Hanf, Erzeugnissen der Viehzucht und Waldwirtschaft.

Auch die polnische Landwirtschaft würde bei rechter Pflege auf erweitertem Territorium wieder exportfähig werden und des deutschen Marktes bedürfen. Andererseits hat die polnische Industrie von jeher einen erheblichen Absatz nach Litauen und Kurland gehabt, er würde sich mit den Erträgen und der Bevölkerung rasch verdoppeln und verdreifachen. Die oberschlesischen und polnischen Mineralschätze ergänzen einander, ihre Gewinnung und Verarbeitung würde auf beiden Seiten der Grenze durch Wegfall der künstlichen Schranken einen bedeutenden Aufschwung nehmen. Endlich bedarf die polnische Industrie der gesicherten Verbindung mit dem Weltmarkt, und dorthin geht der Weg über die Häfen der Ost- und Nordsee, aus denen Polen schon jetzt die große Menge seiner industriellen Rohstoffe bezieht. Die besten Kenner der polnischen Industrie nehmen an, daß sie durch die Entwicklung der Hilfsquellen im eigenen und den benachbarten Gebieten, den Absatz auf dem Weltmarkt und durch die wirtschaftliche Verflechtung mit dem starken und unternehmungsfrohen Deutschland nach einer Zeit des Überganges einen reichlichen Ersatz für den teilweisen Verlust des russischen Marktes finden werde.

So drängt alles auf die Herstellung einer Wirtschafts- und Verkehrsgemeinschaft, welche allerdings Zwischenzölle zum Schutze schwächerer polnischer Industrien nicht ausschließen dürfte. Der Wehr- und Verkehrsverband stellt allen beteiligten Völkern und Stämmen eine glückliche Entwicklung in sichere Aussicht.

Die tiefsten Quellen der Kraft liegen freilich nicht in äußeren Veranstaltungen, in Bodenbesitz und Volkszahl, sondern in den Menschen und Völkern selber. Sie sollen sich stets die Worte Fichtes (13. Rede an die deutsche Nation) zur Richtschnur nehmen:

„Die geistige Natur vermochte das Wesen der Menschheit nur in höchst mannigfaltigen Abstufungen an Einzelnen und ... im großen und ganzen an Völkern darzustellen. Nur wie jedes dieser letzten, sich selbst überlassen, seiner Eigenheit gemäß ... sich entwickelt und gestaltet, tritt die Erscheinung der Gottheit in ihrem eigentlichen Spiegel heraus".

Ich habe hier nur für mich selbst gesprochen, wie jeder der Verfasser dieses Sammelwerkes. Es fehlt dem Werke die volle Einheitlichkeit der politischen Auffassung. Einig waren wir nur in dem Bestreben, die Verhältnisse wahrheitsgemäß darzulegen. Daß wir über die besetzten Gebiete hinausgriffen, ergab der sachliche Zusammenhang. Denn es ist nur ein Teil der von Rußland unterworfenen Gebiete westeuropäischer Kultur von unserem Heere erobert worden. Finnland besitzt so gut wie Polen die Bedingungen für einen selbständigen Nationalstaat. Wir bringen seinem Freiheitsstreben dieselbe Sympathie entgegen wie dem der Ukrainer und gedenken mit Sorge des Schicksals der Deutschen im Baltikum, im Innern Rußlands. Wir wollten aber auch an der großen Agrarreform, die Rußlands Bauernschaft in höhere Lebensformen versetzt, nicht achtlos vorübergehen.

Seitdem das Vorhergehende geschrieben wurde, hat die auf Verlangen des Rates der Arbeiter und Soldaten erlassene Erklärung der provisorischen Regierung eine neue Lage geschaffen. Unzweifelhaft wird das englisch-amerikanische Unterdrücker-Syndikat den geforderten Verzicht auf Eroberungen und Entschädigungen nicht leisten. Dann wird sich zeigen, ob es den Russen Ernst ist mit ihrem Friedensprogramm. Haben sie die Kraft, die Fesseln ihrer Geldgeber und Ausbeuter abzustreifen, so wird eine Verständigung auf Grundlage der Gleichberechtigung der Nationalitäten unschwer zu erzielen sein und ein mitteleuropäisch-russisches Bündnis entstehen, das dem „angelsächsischen" Weltherrschaftsblock die Wage halten, der Menschheit dauernd Freiheit und Frieden geben würde. Ziehen sie aber vor, in der Knechtschaft zu verharren, so wird die Neuordnung gegen sie durchzuführen sein.

Finnland.

Von Richard Pohle in Berlin.

I. Die geographiſchen Grundlagen.

Das politiſche Finnland (ſchwed. Finland, finn. Suomi) liegt zwiſchen 59° 48′ und 70° 6′ nördlicher Breite; in langgeſtreckter Form dehnt es ſich, aus breiter Baſis allmählich ſchmäler werdend, weit nach Norden hinaus. Die wichtigſten geographiſchen Charakterzüge — felſiger Untergrund von Urgeſtein mit vielfach ſteinigen Böden, ein ungemeiner Reichtum an Seen, Nadelwälder und Birkenhaine, Moore, häufig in Geſtalt weiter Moosmoräſte, — verleihen der Landſchaft ihr eigenartiges Gepräge, das im Süden ſowohl wie im Norden wenig voneinander abweicht. Gewiſſe Unterſchiede zeigen ſich in der Höhenſchichtung: das Land ſteigt allmählich nach Nordoſten, mehr noch nach Norden hin — bis zu 700 m — an, um mit ſeiner äußerſten Nordweſtſpitze, dort, wo es ſich norwegiſchen Fjorden auf etwa 30 km nähert, die größte Höhe von ungefähr 1350 m zu erreichen, während Süd- und Mittelfinnland im allgemeinen unter 250 m bleiben. Bedeutendere Unterſchiede weiſt natürlich das Klima auf. In den am Finniſchen Meerbuſen liegenden, ſüdlichen Teilen des Landes herrſchen Julitemperaturen von 16—17° C; hier gedeihen edle Laub- und Obſtbäume. Die mitten in der Oſtſee liegenden Ålandsinſeln beherbergen ſogar einen Baum des atlantiſchen Klimas — die Eibe —, der zu ſeinem Fortkommen langer Sommer und kurzer, milder Winter bedarf. Im äußerſten Norden dagegen gibt es — ganz abgeſehen von den eigentlichen Bergen — ſchon bei geringer Höhe über dem Meere waldloſe, oder mit Birkenbüſchen beſtandene Höhen, die Fjelde (finn. tunturi).

Indeſſen, das politiſche Finnland mit ſeinen 373600 qkm bildet nur den Teil einer größeren, klar und ſcharf umgrenzten geographiſchen und ethnographiſchen Einheit, die ſich vom Bottniſchen Meerbuſen

bis an das Weiße Meer erſtreckt und mit der felſigen Küſte der Halbinſel Kola in das Nördliche Eismeer hineintaucht. Es gibt alſo ein größeres Finnland[1]), deſſen Flächeninhalt 560000 qkm beträgt; mit der ſkandinaviſchen Halbinſel feſt verwachſen, ſtellt es das öſtliche Glied jenes Ländergebietes dar, das die ſkandinaviſchen Gelehrten „Fennoſkandia“ nennen. Überall in Großfinnland finden wir gleichartigen geologiſchen Bau, die Übermenge von Seen, die gleichen, meiſt aus Gneisfelſen oder -blöcken beſtehenden Küſtenbildungen. In dem geſamten nach der Schattenſeite zum Weißen Meer hin abfallenden Landſtreifen, der ſich vom Onegaſee nach der Murmanküſte hinzieht, und politiſch zur Zeit den ruſſiſchen Provinzen Olonez und Archangel zugehört, wohnen blondhaarige Finnen. Dort wird die gleiche kareliſche Sprache geredet, wie im größeren Teil des politiſchen Finnland; auf Kola wandern dunkeläugige Lappen mit ihren Renntieren von Fjeld zu Fjeld, ebenſo wie in den benachbarten ſkandinaviſchen Gebirgen; Ruſſen dagegen leben nur in kleinen, weit auseinander liegenden Anſiedelungen unmittelbar an den Ufern des Meeres. Wir werden weiterhin ſehen, wie wichtig es iſt, den Begriff „Großfinnland“ ein- für allemal feſtzuhalten. Auch die Südgrenze bildet eine ſcharfe Trennungslinie; ſie läuft vom Oſtufer des Finniſchen Meerbuſens quer durch die Seen Ladoga und Onega im Bogen zum Weißen Meer, indem ſie die dazwiſchenliegenden Landengen durchſchneidet. Sie ſcheidet ein Land ſkandinaviſcher Natur von der im Süden anſtoßenden ruſſiſchen Tafel, die mit ihren Sedimentärgeſteinen, ihren großen, langſam dahinſtrömenden Flüſſen, ihrem Mangel an Seen einen gänzlich anderen Charakter trägt, den man im nördlichen Teil (in Hinſicht auf die Pflanzenwelt) ſibiriſch nennen kann. Die Südgrenze von Großfinnland wird vorausſichtlich in Zukunft in politiſcher und militäriſcher Beziehung eine wichtige Rolle ſpielen.

Wenn man eine Linie vom Oſtufer des Ladoga bis hinauf zu den jetzt ſo wichtigen Grenzſtädten Haparanda und Torneå zieht, ſo ſchneidet man vom Geſamtkörper ein Dreieck ab, das an den beiden Seiten von der Oſtſee (auch der Ladoga war ja einſt ein Teil derſelben) beſpült wird. Auf dieſer Landfläche hat ſich eigentlich das wirtſchaft-

1) Vgl. Hettner, Grundzüge der Länderkunde I, Seite 178: „Finnland mit Lappland und Kola“.

liche, kulturelle und politische Leben abgespielt; von ihr wollen wir reden, denn das übrige Finnland ist Zukunftsland. Vergleicht man das Dreieck mit den auf gleicher Breite liegenden Teilen der Nachbarländer, so fällt des Günstige von Lage und Beschaffenheit unmittelbar ins Auge. Zwar sind Norwegens Küsten warm, aber das Hinterland ist Hochgebirge und arm an „Böden"; Nordschweden liegt — mit landeinwärts gebogener Küstenlinie — auf der Schattenseite; Nordrußland fällt zum kalten Meere ab und wird von vorherrschend nördlichen Winden bestrichen. Im Gegensatz hierzu genießt das finnländische Dreieck von Natur mannigfache Vorteile. Das Gefälle des Landes ist nach Südwesten, nach der Sonnenseite, gerichtet; von Westen und Süden kommen die vorherrschenden Winde als wichtigste klimatische Faktoren. Das Land ist also nach Süden geöffnet. Wenn man den Lauf seiner Küstenlinien verfolgt, so weisen auch sie nach Südwesten. Dorthin wendet Finnland sein Gesicht. Durch diese geographischen Momente entsteht eine Tendenz, ein Zug nach Mitteleuropa, der maßgebend gewesen ist — für die gesamte Entwickelung des Landes.

Mit seiner vorspringenden Landmasse ragt Finnland tief in die Ostsee hinein. Dabei zeigen seine Küsten die Eigenart, daß ihnen zahllose Klippen, Riffe und Inseln, die Schären (schwed. skär) in Reihen, Ketten oder ganzen Schwärmen vorgelagert sind. Diese nähern sich im Westen der schwedischen Küste bis auf 40 km, während sie im Süden weit in die offene Ostsee hineinreichen. Indem die Schären für den fremden Seefahrer drohende Gefahren bergen, bieten sie dem einheimischen Seemann willkommenen Schutz und Schlupfwinkel. Kein Wunder, daß die Finnländer hervorragend tüchtige Seeleute und Fischer[1]) sind, deren Schiffe man auf allen Meeren der Erdkugel finden kann. Für die Bedeutung von Finnlands Schiffahrt und Handel sind folgende Zahlen maßgebend: im Jahre 1913 zählte die finnländische Handelsflotte 4201 Schiffe und insgesamt 426307 t, während die russische Handelsflotte in der Ostsee demgegenüber nur 963 Schiffe von 186129 t aufzuweisen hat.

Finnlands Felsboden ist durchlöchert wie ein Sieb. Schon die Bezeichnung „Land der tausend Seen" weist auf große Mengen derselben

1) Der Fischfang auf der Ostsee ergab im Jahre 1912 eine Ausbeute von 10589427 kg (in der Hauptsache Ostseeheringe).

hin; natürlich ist diese Zahl viel zu niedrig gegriffen. Die finnischen Süßwasserseen bedecken einen Raum von 41659 qkm oder mehr als 11% der Landfläche; sie bilden im Inland gewissermaßen die Fortsetzung jener zahllosen Salzwasserbecken, die vor der felsigen Küstenlinie zwischen den Schären liegen. Auch sie bergen einen großen Reichtum an Fischen.[1]) Allein, nicht etwa darin liegt ihre hauptsächliche Bedeutung. Durch Kanäle miteinander verbunden, sind sie die natürlichen Wasserstraßen des Landes, die den Mangel an großen Flüssen trefflich ersetzen. Die östliche, größte der drei großen Seengruppen läßt ihre Gewässer allerdings dem Ladoga zuströmen. Doch hier hat der finnische Staat die Natur korrigiert. Durch den in den Finnischen Meerbusen mündenden Saimakanal wird die gesamte sich über mehr als zwei Breitengrade erstreckende Seenmasse für den Verkehr mit Westeuropa nutzbar gemacht. Die finnischen Kanäle beförderten:

1865	9669 Fahrzeuge	1890	19020 Fahrzeuge
1880	15848 „	1900	31770 „
1912	46671 „		

Diese Zahlen illustrieren indirekt die Bedeutung der Seen als Verkehrsstraßen, während sie gleichzeitig zeigen, welcher Wert Kanälen selbst in nordischen Ländern mit relativ kurzen Sommern zusteht.

Finnlands Flüsse sind im allgemeinen als natürliche Verbindungsglieder der Seen von geringer Länge; da sie die Niveauunterschiede der letzteren zum Ausdruck bringen, bilden sie in der Regel eine fortgesetzte Reihe von Stromschnellen und Wasserfällen, d. h. sie repräsentieren große Werte an Wasserkräften. Weil die Oberfläche des Landes einem gewölbten Schilde gleicht, dessen Ränder mehr oder weniger plötzlich zum Meere abfallen, besitzen die Flüsse gerade in der Nähe der Küste das größte Gefälle. Mit anderen Worten: die erwähnten geographischen Momente konzentrieren die Wasserkräfte an Punkten, die von Natur entweder an den Wasserstraßen des Inlands oder aber an den großen Adern des Weltverkehrs — den Meeren — liegen. Und zwar obwalten die gleichen Verhältnisse im Bereich der Ostsee, des Weißen Meeres und des Nördlichen Eismeers. Es ist klar, daß hiermit, bei völligem Mangel an Stein-

1) Der Fang in Seen (und Flüssen) lieferte im Jahre 1912 3806742 kg Fische.

kohlen, ganz besonders günstige industrielle Entwickelungsmöglichkeiten für die Zukunft vorliegen. Wenn dem Lande einmal reichliche Kapitalmengen zuströmen sollten, so können nahezu alle Betriebe — auch die der Bahnen — elektrisch gemacht werden. Allein die Flüsse Wuoksen, Kymmene und Kumo stellen gegen 924000 Pferdekräfte zur Verfügung, von denen in der Industrie bisher nicht mehr als etwa 49000 zur Ausnutzung gelangen. Die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Pferdekräfte beträgt 3 Millionen, von denen noch nicht einmal 5% ausgebeutet werden. Für Großfinnland im ganzen würde sich dieser Wert zum mindesten verdoppeln lassen.

Kiefer, Fichte und Birke sind die wichtigsten Waldbäume; mehr als 57% des Bodens steht unter Wald. Die Verarbeitung von Holz zu Brettern, Zellstoff, Papier und Pappe (nebenbei im Kleinbetrieb zu Holzessig, Harz und Teer) übertrifft weit alle anderen Industrien des Landes, und gerade hier gelangen Wasserkräfte in größerem Maßstabe zur Verwendung. Finnlands Ausfuhr an Holz und den daraus erzeugten Produkten betrug:

1890 . .	45000000 Finn. Mark		1909 . . .	180700000 Finn. Mark	
1900 . .	134500000 „	„	1913 . . .	307400000 „	„
1905 . .	158600000 „	„			

Als wichtigster Einfuhrhafen Deutschlands steht für diese Erzeugnisse Lübeck an erster Stelle; seine Einfuhr aus Finnland hat diejenige aus Schweden bereits überflügelt.

Für die Erträge der finnischen Staatsforsten gelten folgende Zahlen:

1890 . . .	1384106 Finn. Mark	1900	3940311 Finn. Mark
1910 . . .	9300000 „	„	

Bau und Oberflächengestaltung des Landes zugleich mit den unter so nördlichen Breiten obwaltenden klimatischen Verhältnissen bedingen den Reichtum an Mooren, die 102228 qkm oder 30,8% der Gesamtfläche bedecken. Es ist erklärlich, daß sie an Zahl und Größe nach Osten und Norden hin zunehmen. Während die Moore im äußersten Südwesten mit 6—13% an der Fläche beteiligt sind, beträgt ihre Ausdehnung im weiten Norden, in Finnisch-Lappland 39%. Nach Schybergson wurde die Trockenlegung von Sümpfen und Moräſten schon am Ende des 18. Jahrhunderts eifrig betrieben. Diese Arbeit hat natürlich in neuerer Zeit erst recht nicht geruht. Wie groß das Areal

kultivierten Moorbodens ist, darüber fehlen jedoch statistische Angaben. Dank dem finnländischen Moorkultur-Verein sind die Moorflächen zur Zeit nicht nur kartographisch aufgenommen, sondern auch bis in den höchsten Norden wissenschaftlich untersucht. Die Nutzbarmachung der Moore in großem Stil erscheint vor allem als Kapitalfrage, deren Lösung der Zukunft angehört.

Vorherrschend sind in Finnland mehr oder weniger steinige Böden glazialer Schutt- und Moränenablagerungen. Sande finden sich an der Küste des Bottnischen Meerbusens im nördlichen Teile und auf dem karelischen Isthmus (Provinz Wiborg) in größeren Flächen, während kleinere Gebiete hier und da im Binnenlande verstreut sind. Fruchtbare Lehmböden bleiben in ihrem Vorkommen auf Süd- und Westfinnland beschränkt, und zwar handelt es um tonige Meeresablagerungen aus der Eiszeit. Daher finden wir sie eben in den Küstengebieten, die zugleich vom Klima am meisten begünstigt werden.

Finnischer Granit schmückt die Monumentalbauten und Häuser der schönen Hauptstadt Helsingfors; dasselbe Material gelangt seit der Gründung Petersburgs in immer steigendem Maße für die gleichen Zwecke in dieser Stadt zur Verwendung. Finnlands Granitblöcke und Pflastersteine versorgen überhaupt die russischen Ostseeländer in ihrer Gesamtheit. Ein Land, in dem man bei jeder Wanderung auf anstehenden Fels oder riesige Gesteinsblöcke stößt, sollte doch auch Erze führen. Trotzdem galt Finnland bisher für arm an nutzbaren Mineralien. Erst in den letzten Jahren sind gerade im Norden Funde von hochwertigen Eisenerzen gemacht worden. Es ist anzunehmen, daß hier ähnliche Reichtümer lagern, wie im schwedischen Norrland (Kiruna z. B.). Wahrscheinlich stehen die Fundstätten miteinander in Zusammenhang. In Finnisch-Lappland, im Süden des Enaresees, wird in unbedeutender Menge Gold gewaschen. Geologische Untersuchungen haben neuerdings ergeben, daß dieses Metall hier auch in der Kluft anstehend vorkommt. Dasselbe durch industrielle Großbetriebe in größerer Menge zu gewinnen, bleibt lediglich Kapitalfrage. In anderen Teilen von Großfinnland sind Erzadern längst bekannt. Peter der Große ließ Gold und Silber aus den Gesteinen am Flusse Uiku (russ. Wyg), Silber und Kupfer am Onegasee gewinnen. Auf der Halbinsel Kola haben sich die Fundstätten für Silber-, Kupfer- und Bleierze in neuerer Zeit ständig vermehrt. Nur eine derselben ist einmal kurze Zeit hindurch ausgebeutet worden, dann ruhte

der Betrieb. Wir müssen aber daran erinnern, daß die norwegischen Kupfergruben zu Kirkenaes, in nächster Nähe der russischen Grenze, in großem Maßstabe ausgebeutet werden; und zwar geschieht das z. T. unter Verwendung von Wasserkräften. Die Arbeit der Schweden und Norweger auf diesem Gebiet in Norrland und Finnmarken bietet einen Fingerzeig dafür, was man in Finnland wird leisten können, wenn nur die erforderlichen Kapitalmengen zur Verfügung gestellt werden.

II. Das wirtschaftliche und kulturelle Leben.

Die Bevölkerung.

Die Gesamtbevölkung des Landes zählte

im Jahre	1750	421537	Einwohner	= 1,8	auf 1	qkm,
„ „	1800	832659	„	= 2,9	„ 1	„
„ „	1850	1636915	„	= 4,9	„ 1	„
„ „	1900	2712562	„	= 8,2	„ 1	„
„ „	1910	3115197	„	= 9,4	„ 1	„

Für das Jahr 1915 läßt sich die Einwohnerzahl auf rund 3300000 schätzen (= 9,6 pro qkm), denn die jährliche Zunahme der Bevölkerung beträgt 1,38 %; der Zuwachs ist also größer, als in den meisten europäischen Ländern.

Nach ihrer Muttersprache verteilt sich die Gesamtbevölkerung in Prozenten wird folgt. Es reden:

Finnisch	88,02 %	Russisch	0,25 %
Schwedisch . . .	11,69 %	Deutsch	0,06 %
Andere Sprachen	0,07 %		

Nach den Konfessionen gesondert, verteilt sich die Gesamtbevölkerung im Jahre 1910 folgendermaßen:

Evangelisch-Lutherische .	98,15 %	Baptisten	0,14 %
Methodisten	0,02 %	Griechisch-Katholische .	1,67 %
Römisch-Orthodoxe	0,02 %		

Aus dieser Übersicht geht vor allem eine Tatsache klar hervor: obgleich das Land einen Bestandteil des russischen Reiches bildet, ist die Zahl der Russen verschwindend gering. Die große Masse der Bevölkerung besteht aus Finnen, die in zwei Stämme — Tawasten und

Karelen — zerfallen, deren Sprache dem finnisch-ugrischen Zweig der ural-altaischen Sprachen angehört. Während die ursprünglich finnische Bevölkerung von ganz Nord- und Mittelrußland — mit Ausnahme der Bewohner des Petschoralandes — von den Russen im Lauf der Zeiten teils vernichtet, teils aufgesogen worden ist, sitzen die Finnen zwischen Ostsee und Weißem Meer noch in geschlossener Menge, indem sie sogar mit einem kleinen Zipfel auf rein schwedischen Boden hinübergreifen. Durch die geographische Eigenart des Landes, vor allem durch die natürliche Grenze der Linie: Finnischer Meerbusen—Ladoga—Onega—Weißes Meer, haben sie Sprache und Sitte vor dem von Südosten andringenden Russentum bewahren können. Eingeschlossen in die Zahl der Bewohner finnischer Nationalität bleiben etwa 1660 Lappen, die alle der finnischen Sprache mächtig sind. Die schwedisch sprechenden Finnländer sind mit noch nicht einmal 400000 Köpfen nicht sowohl durch ihre Zahl, als vielmehr durch ihren Einfluß von Bedeutung, denn es handelt sich in der Hauptsache um die Nachkommen jener Schweden, die dem Lande die Kultur gebracht haben. Aus einem, vom schwedischen Mutterlande in finnischen Felsboden verpflanzten Reis ist mit der Zeit ein eigener, mächtiger Baum erwachsen, dessen Schatten über die politischen Grenzen hinaus bis an das Ufer des Weißen Meeres reicht, denn so weit machen sich finnische Einflüsse geltend. So ist Finnland zum zweisprachigen Lande geworden, in dem schwedisch und finnisch gleichberechtigt nebeneinander hergehen. Denn beide Sprachen werden von einer Nation gesprochen; in beiden findet eine Kultur ihren Ausdruck, die weder schwedisch noch finnisch, sondern national-finnländisch ist — eine Frucht, im Lande der tausend Seen erwachsen, dessen Bürger sie aus eigener Kraft, ohne fremde Hilfe, zur Reife gebracht haben. Wohl hat es an inneren Zwistigkeiten nicht gefehlt. Es gab eine Zeit, da „Svekomanen“ und „Fennomanen“ einander hart bekämpften. Doch handelte es sich damals um den Kampf zweier Parteien, deren jede ihrer Muttersprache zum Recht verhelfen wollte. Mit nichten war es ein Streit zweier Rassen oder Nationen, in dem etwa, wie man es in anderen zweisprachigen Ländern findet, verschiedene, einander schroff gegenüberstehende Weltanschauungen miteinander um den Sieg rangen. Im gemeinsamen Erleben einer eigenen Geschichte ist Finnlands Kultur im Lauf der Jahrhunderte entstanden, fest umschlungen vom unzerreißbaren Bande eines Glaubens. Die Sprachenkämpfe

sind niemals zum Kulturkampf ausgeartet; sie konnten auch gar nicht dazu werden. Denn sie wurzelten ja in dem glühenden Streben, die vorhandene Kultur zur höchsten möglichen Höhe zu entwickeln. Als bester Beweis dafür mag die Tatsache gelten, daß jeder innere Zwist verstummte mit dem Zeitpunkt, da der russische Druck das Heiligtum des Volkes, seine Kultur, mit roher Hand zu zerstören drohte.

Die Landwirtschaft.

Mehr als 70 % der Bevölkerung findet in der Landwirtschaft ihr Brot. Die geographischen Zusammenhänge kommen in der prozentualen Verteilung des bearbeiteten Acker- und Gartenlandes zum Ausdruck. Obenan stehen die am Meere[1]) liegenden Provinzen: Nyland mit 20,1 %, Åbo-Björneborg mit 17,0 % und das östlich landeinwärts daran grenzende Tawastehus mit 14 %. Diesen Werten entsprechen geringe Prozente für die Moorflächen, nämlich 6 %, 13,5 % und 13,6 %. Lehme kommen dann noch in der gleichfalls teilweise am Meere liegenden Provinz Wasa vor; doch gibt es hier viel steinige Böden und Moore, so daß die bearbeitete Bodenfläche nur noch 10,7 % beträgt. Es folgen die Provinzen von Ost- und Mittelfinnland: Wiborg mit 7,7 %, St. Michel mit 6,9 % und Kuopio mit 3,8 %, während der dünn bevölkerte Norden (2 Einwohner pro Quadratkilometer), die Provinz Uleåborg, ein Gebiet von 167971 qkm — mit 0,7 % an letzter Stelle steht. Diese Werte gelten für das Jahr 1910. Für das gesamte Finnland liegen folgende Zahlen vor:

	%
Bearbeitetes Acker- und Gartenland	5,7
Natürliche Wiesen	2,8
Waldbedecktes Land	57,1
Unbearbeitetes Land (hauptsächlich Moore) .	34,4

Unter den Getreidearten reicht die Gerste am weitesten nach Norden; sie kann noch über den 68. Breitengrad hinaus allgemein an-

1) Vgl. das oben auf Seite 6 über die Verteilung der Böden Gesagte. Gerade hier sitzt die schwedisch sprechende Landbevölkerung in geschlossener Menge.

gebaut werden. Für sie wird die Vegetationsperiode durch die größere Lichtmenge im Norden verlängert: auf Åland reift Gerste in 116 Tagen, in Lappland hingegen genügen 63 Tage. Der allgemeine Anbau von Roggen erstreckt sich bis zum 66. Breitengrade. Die Nordgrenze dagegen des Hafers bleibt zurück; diese Feldfrucht gibt in der Provinz Uleåborg nicht mehr regelmäßige Ernten. Der Weizenbau bleibt auf den äußersten Südwesten, d. h. auf die Provinz Åbo-Björneborg beschränkt.

Die Nordgrenze feldmäßigen Anbaus der Kartoffel fällt ungefähr mit der Roggengrenze zusammen; der Bedarf wird durch eigene Produktion im Lande gedeckt. Ein wichtiges Nahrungsmittel bildet eine einheimische Kohlrübe (schwedisch Svedjerofva), deren Anbau schon lange vor Bekanntwerden der Kartoffel betrieben wurde und heute bis weit über den 68. Breitengrad hinaus gepflegt wird. Als wichtigste Hackfrüchte für Futterzwecke kommen Turneps in Betracht; die beste, in Finnland gezüchtete Sorte „Österſundom" gibt noch nördlich vom 65. Breitengrade gute Ernten. Flachs, einstmals von größerer Bedeutung (Leinwand wurde im 15. Jahrhundert von der Landbevölkerung im südlichen Finnland verfertigt, sie war im Handel unter dem Namen Åboleinwand bekannt), wird zur Zeit nur in der Umgebung von Tammerfors für die in dieser Stadt liegenden Spinnereien angebaut.

Es hat Zeiten gegeben, da Finnland imstande war, Getreide auszuführen. Während des 15. Jahrhunderts wurde das südwestliche Finnland zur Kornkammer für Stockholm. „Die Zahl der Landgüter war in den südlichen Küstenstrichen gegen Ende des Mittelalters ebenso groß oder gar noch größer, als viele Jahrhunderte später; ein Umstand, welcher einen beachtenswerten Beweis für die beträchtliche Ausdehnung der Kultur in den südlichen bebauten Gegenden am Schluß des 15. Jahrhunderts liefert" (Schybergſon). Im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts betrug die Ausfuhr jährlich gegen 45000 Tonnen. Das ist nun heute nicht mehr der Fall, wie die folgenden Ziffern beweisen. Die Erzeugung von Brotgetreide vermochte, aus weiter unten ersichtlichen Gründen, mit der Zunahme der Bevölkerung nicht Schritt zu halten.

	1896—1900			1901—1905		
	Ernte	Einfuhr	Es verbleiben pro Kopf [1]	Ernte	Einfuhr	Es verbleiben pro Kopf [1]
	Millionen-kg		kg	Millionen-kg		kg
Weizen	4,7	84,19	33,5	3,32	111,93	41,0
Roggen	312,78	244,00	192,9	274,06	355,07	207,7
Gerste	110,32	16,80	39,1	101,35	19,79	35,0
Hafer	307,41	12,15	90,0	297,50	22,44	88,3
Kartoffeln . . .	446,68	7,34	144,8	517,26	8,01	159,1

	1906—1910			1912		
	Ernte	Einfuhr	Es verbleiben pro Kopf [1]	Ernte	Einfuhr	Es verbleiben pro Kopf [1]
	Millionen-kg		kg	Millionen-kg		kg
Weizen	3,58	150,51	51,2	3,26	165,77	53,1
Roggen	286,94	304,87	183,7	283,28	310,11	168,1
Gerste	107,79	17,40	34,0	107,70	10,13	29,4
Hafer	341,94	20,51	97,7	370,80	30,35	101,6
Kartoffeln . . .	614,58	9,85	179,9	645,28	13,00	178,2

Wir sehen: der Anbau von Weizen nimmt ab, die Einfuhr wird nahezu verdoppelt — nebenbei ein Beweis steigenden Wohlstandes. Auch der Anbau von Roggen ist zurückgegangen, während die Einfuhr sich in aufsteigender Linie bewegt. Am meisten wächst der Anbau von Kartoffeln. In der Zunahme der Erzeugung von Hafer kommen Moorkulturen zum Ausdruck. Interessant ist es, wie die Anbauflächen für Roggen, Gerste und Hafer sich im Laufe der Jahre verändert haben:

	Roggen %	Gerste %	Hafer %
1861—65	48,9	26,6	24,5
1871—75	49,4	25,9	27,7
1881—85	40,7	21,4	37,9
1891—95	36,4	16,4	47,2
1901—05	33,3	14,8	51,9

Aus diesen Zahlen ergibt sich vor allem eines: die Erzeugung von Brotgetreide ist zurückgegangen zugunsten der Produktion von Hafer und Kartoffeln, also von Futtermitteln.

[1]) Nach Abzug der ausgeführten und zur Saat verbrauchten Menge.

Die Verteilung der einzelnen Gewächse über die gesamte Ackerfläche Finnlands war im Jahre 1910 folgende:

Gewächs	ha	%	Gewächs	ha	%
Weizen	3 193	0,2	Buchweizen . . .	270	0,01
Roggen	239 583	12,8	Flachs	4 954	0,3
Gerste	110 457	5,9	Hanf	1 624	0,1
Hafer	399 414	21,4	Gemisch von Wicke, Hafer und Gerste .	27 188	1,5
Gemisch von Hafer u. Gerste zur Saat	6 738	0,4	Gemisch von Klee u. Gras	744 192	39,9
Erbsen (Bohnen) .	7 658	0,4	Brache	232 298	12,4
Wicke	1 376	0,1	Gesamtfläche	1 864 694	100
Kartoffeln	73 319	3,9			
Futterrübe u. andere Wurzelfrüchte . .	12 434	0,7			

Aus dieser Tabelle geht die Bedeutung der Futtermittel klar hervor; das wird noch deutlicher, wenn wir die Ausfuhrziffern für landwirtschaftliche Produkte in Betracht ziehen. Dieselben betrugen in Finn. Mark:

1890	1900	1905	1909	1913
15 Mill.	25,3 Mill.	41,5 Mill.	53,9 Mill.	49,6 Mill.

Davon gelangte Butter zur Ausfuhr:

	1890	1900	1905	1909	1913
Finn. Mark	13628000	23455000	37485000	29390000	35270000
kg	8016000	9824000	15056000	11632000	12640000

Diesen Zahlen entsprechend ist auch der Bestand an Milchkühen gewachsen: im Jahre 1865 betrug derselbe 670000 Stück, 1910 — 1164229 Stück.

Der Gesamt-Viehbestand zeigt für das Jahr 1910 folgende Ziffern:

Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Renntiere
365967	1603720	1330769	422180	11801	125724

Hieraus wird bereits ersichtlich, welche Rolle die Vieh- bzw. Milchwirtschaft in der Landwirtschaft Finnlands spielt. Tatsächlich wurde von maßgebender Stelle in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts systematisch auf Stärkung dieses einen Zweiges hingearbeitet. Es konnte eben Brotgetreide in beliebiger Menge eingeführt werden. Daß diese Rechnung nicht richtig war, hat erst der Weltkrieg gezeigt. Für die Zukunft wird eine völlige Umordnung vor sich gehen müssen. Wir werden darauf bei Gelegenheit der Besprechung einer wichtigen

ſozialen Frage zurückkommen. Es hat indeſſen in Finnland immer Männer gegeben, die danach ſtrebten, das Land unabhängig zu machen von der Einfuhr aus dem Auslande, beſonders aus Rußland. Das beweiſen die Verſuche, den Anbau der Zuckerrübe in weitgehendſtem Maße durchzuführen. Für dieſe Feldfrucht kommen natürlich nur die im äußerſten Süden und Südweſten gelegenen fruchtbaren alten Kulturböden in Frage, die ja auch in bezug auf das Klima am günſtigſten gelegen ſind. In den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren die Verſuche ſo weit gediehen, daß man es für zeitgemäß hielt, eine Fabrik für Verarbeitung im Inlande erzeugter Rüben zu gründen. Jedoch, als die Zuckerfabrik im Jahre 1900 in Betrieb geſetzt wurde, zeigte es ſich ſofort, daß nicht genügend Rohmaterial beſchafft werden konnte. Daran ſcheiterte das Unternehmen. Aber gerade dieſer Mißerfolg führte zu erneuten, umfangreichen Verſuchen, die immer wieder durch eine kraftvolle Propaganda belebt wurden. Durch zielbewußten Anbau von Hackfrüchten für Futterzwecke hat man weite Flächen beſten Ackerlandes in hohen Kulturſtand gebracht. Nachdem weitere 15 Jahre energiſcher Arbeit ins Land gegangen ſind, beſteht heute die feſte Überzeugung, daß die neue, nach dem Krieg zu eröffnende Zuckerfabrik nicht an Material zu kurz kommen wird. Bei den Verſuchen iſt die deutſche Rübenſorte „Kleinwanzleben“ mit durchweg 16—17 % Zucker als Siegerin hervorgegangen.

Bei all' ihrer Leiſtungsfähigkeit bedarf die finnländiſche Landwirtſchaft doch grundlegender Reformen. Und das umſomehr, als es in Finnland eine große Menge von Leuten gibt, die entweder als Tagelöhner von der Hand in den Mund leben, oder aber als Pächter auf fremdem Boden ein kärgliches Daſein friſten. Dieſe Elemente bilden eine Gefahr für die gedeihliche Fortentwickelung des Landes und auch für die Landwirtſchaft ſelbſt. Hier handelt es ſich um eine ſoziale Aufgabe, deren Löſung, da es an freiem Lande nicht fehlt, lediglich eine Kapitalfrage bleibt. Dazu bedarf es aber nicht nur einer Summe von ungefähr 60 Millionen Finn. Mark, ſondern auch eines freien politiſchen Horizontes; bisher war die ruſſiſche Regierung das böſe Prinzip, das jede Regung zur Betätigung auf dieſem wichtigſten Gebiet der Sozialpolitik lähmte. Da auch die Wirtſchaftsformen ſelbſt in andere Bahnen geleitet werden müſſen, ſo handelt es ſich um zwei Dinge, die ſehr wohl gleichzeitig vorgenommen werden können. Einer-

seits um das Unternehmen einer großzügigen Kolonisation, zum andern Teil um eine bessere Verteilung der Betriebe nach Klima und Bodenzonen. Süd- und Südwestfinnland mit den von Natur am meisten begünstigen Verhältnissen müßten vor allem dazu bestimmt sein, wertvolle Hackfrüchte und Brotgetreide in bedeutend größerem Maße zu erzeugen, als bisher. In Mittel- und Ostfinnland kann der Anbau von Roggen, Hafer und Kartoffeln noch gesteigert werden, obgleich hier die Milchwirtschaft schon mehr in den Vordergrund treten sollte. Nordfinnland endlich muß das Hauptgewicht auf die Viehzucht legen, die bei Verwandlung der vorhandenen nährstoffreichen Grünmoore in Kulturwiesen ganz bedeutender Erweiterung fähig sein wird. Aber hier kann auch eine Zunahme der Anbaufläche für Roggen, Kartoffeln und namentlich von Gerste erzielt werden, wenn man der Nachtfrostgefahr dadurch zu entgehen trachtet, daß man geneigte Bodenflächen verwendet, von denen die kalte Luft in natürlichem Gefälle abströmt. Mit einem Wort: es gilt den Schwerpunkt der Erzeugung von Brotgetreide gleichmäßiger über den Süden zu verteilen, während die Butterproduktion mehr nach Norden hin zu verschieben wäre. Überall im höheren Norden gibt es eine Zone, in der die Landwirtschaft (bezw. Viehzucht) durch die Renntierwirtschaft abgelöst wird. Dadurch erleidet ganz naturgemäß die Zahl der Bewohner, die auf einer bestimmten Landfläche Raum und Unterhalt finden kann, eine Verringerung. Es ist aber, unter Ausnutzung der Errungenschaften moderner Wissenschaft und Technik möglich, die Zone landwirtschaftlicher Betriebe, und damit auch eine größere Menge der Bevölkerung, weiter nach Norden hin zu verlegen, als bisher. Dazu kommt nun noch der Umstand hinzu, daß gerade im Norden zahlreiche Wasserkräfte brach liegen, und auch Erzfundstätten der Erschließung harren. Daß die zum Betriebe notwendigen Arbeitermassen durch die Produktion des Nordens verpflegt werden können, ist natürlich wünschenswert. Daher wird die vorzunehmende Kolonisation eine nördliche Richtung einschlagen müssen.

Industrie und Handel.

Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter betrug:

1909	88822	1911	97222
1910	92928	1912	102751

Dazu kommen Personen in leitender Stellung (Ingenieure, Büropersonal und Meister):

1909	4923	1911	5652
1910	5384	1912	6197

Die Bedeutung der einzelnen Industrien geht aus der Anzahl der Kraftzeuger und der zur Verwendung gelangender Pferdekräfte hervor. Dieselben betrugen im Jahre 1908 — wenn wir nur die wichtigsten Zweige anführen:

	Mit Dampf betr. Motoren		Mit Wasserkraft betr. Motoren		Insgesamt (einschl. Explosions- und Elektromotoren)	
	Zahl	Pferdekr.	Zahl	Pferdekr.	Zahl	Pferdekr.
Papierindustrie	76	8439	342	66728	505	75615
Holzindustrie (Sägewerke)	519	24967	145	3986	737	29704
Textilindustrie	66	13971	49	4478	132	18666
Metallindustrie	167	8283	158	7070	325	15353
Elektrotechnische Industrie	58	6161	17	3639	87	10376

Die Gesamtzahl aller im Jahre 1908 in der Industrie verwendeten Motore betrug — 2811, die der Pferdekräfte — 167788.

Aus dieser Tabelle geht nun ganz klar hervor, daß die Papierfabrikation vorzugsweise mit Wasserkräften arbeitet, während die Sägewerke und Webereien unter Benutzung eingeführter Steinkohle Dampfkraft verwenden.

Sehr interessant ist, wie sich die Zahlen der Wasser- und Dampfkräfte zueinander verhalten, wie sie ferner im Laufe der Jahrzehnte zugenommen haben. Das ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

	1875	1890	Zunahme für 15 Jahre 1885 bis 1890	1902	Zunahme für 12 Jahre 1890 bis 1902	1908	Zunahme für 6 Jahre 1902 bis 1908
Zahl der durch Dampf erzeugten Pferdekräfte	5059	14745	191%	48061	216%	73979	54%
Zahl der durch Wasser erzeugten Pferdekräfte	24168	44000	71%	60300	37%	89037	48%
Insgesamt	29227	58745	101%	108361	83%	163016	50%

Wir sehen, es gab eine Zeit, als der größte Teil der Industrie mit Wasserkräften betrieben wurde, dann traten Dampfkräfte immer mehr in den Vordergrund. Das bedeutet eine ständige Zunahme der Steinkohleneinfuhr — vorzüglich aus England — und ein Anwachsen der Industrie in den Hafenorten.

Die größten Holzsägewerke, die ausschließlich mit Dampfkraft arbeiten, liegen naturgemäß am Meere; wir erwähnen hier vier Orte, die als wichtigste in Betracht kommen: Kotka am Finnischen Meerbusen (8 Werke, Bruttowert der Produktion 11920000 Finn. Mark), Björneborg am Bottnischen Meerbusen (vier Werke — 8600000 Finn. Mark), Kemi und Uleåborg an demselben Meerbusen (4 bzw. zwei Werke — 3740000 und 2250000 Finn. Mark). Im ganzen gab es 1907 — 611 Werke mit 25820 Arbeitern und einem Bruttowert der Produktion von 101370000 Finn. Mark. Für die Fabriken und Werkstätten, die Metalle bearbeiten, kommen wiederum in erster Linie Hafenstädte in Betracht: Helsingfors (16 Werke mit 9670000 Finn. Mark Bruttowert der Produktion), Åbo (3 mit 6790000 Finn. Mark), an dritter Stelle steht Tammerfors (4 mit 2700000 Finn. Mark). Der Bruttowert der Gesamtproduktion betrug im Mittel der Jahre 1905 bis 1907: 30540000 Finn. Mark. Die größten Zellstoffabriken liegen am Kymmenefluß in Südfinnland nicht weit vom Meere; es sind 3 Werke mit einem Bruttowert der Produktion von 4770000 Finn. Mark. Im Jahre 1907 gab es im Inlande im ganzen 13 Fabriken mit 1550 Arbeitern, deren Gesamtproduktion den Wert von 12650000 Finn. Mark darstellte. Die Erzeugung von Papier

beschäftigte im Jahre 1907 insgesamt 22 Fabriken mit 8510 Arbeitern und einer Produktion von 20880000 Finn. Mark. Auch hier sind die am Kymmenefluß gelegenen Werke (3 mit 7710000 Finn. Mark) die wichtigsten; dann folgt Tammerfors mit rund 3100000 Finn. Mark Bruttowert der Produktion. Von den 6 im Lande arbeitenden Zuckerraffinerien (770 Arbeiter, 30020000 Finn. Mark) liegen 3 in Helsingfors. Diese ergaben 1907 einen Bruttowert der Produktion von 12070000 Finn. Mark. Durchweg am Meere liegen auch die Tabakfabriken des Landes und zwar ist die Fabrikation an die Städte Åbo, Jakobstadt, Helsingfors und Wiborg gebunden; im Jahre 1907 waren 3960 Arbeiter in 25 Fabriken tätig. Der Bruttowert der Gesamtproduktion betrug 20780000 Finn. Mark. Der Verarbeitung von Baumwolle dienten 1907 im ganzen 7 Industriewerke mit 6980 Arbeitern und einer Gesamtproduktion von 33380000 Finn. Mark. Für dieses Gebiet steht Tammerfors obenan (2—16750000 Finn. Mark). Hier ist die einzige Fabrik für Verarbeitung von Flachs, die im Jahre 1907 1530 Arbeiter beschäftigte, mit einer Produktion von 4040000 Finn. Mark. Auch für die Verarbeitung von Wolle zu Tricots, Tuchen usw. kommt Tammerfors mit 3 Fabriken und einer Produktion von 7060000 Finn. Mark an erster Stelle in Betracht Die Gesamterzeugung Finnlands in 31 Fabriken mit 4280 Arbeitern ergab im Jahre 1907 den Bruttowert von 23240000 Finn. Mark.

Damit haben wir die wichtigsten Industriezweige und -orte vorgeführt. Ein großer Teil der Industrie ist also an die Küstenplätze gebunden. Schon um das Jahr 1800 war die südliche Küstenstrecke zwischen Åbo und dem Kymmenefluß der Hauptsitz der finnländischen Industrie. Åbo, die alte Hauptstadt des Landes mit einem großen Handelsverkehr, verfügte damals über 11300 Einwohner. Die heute rund 170000 Bewohner zählende Hauptstadt Helsingfors hatte damals mit einer Bevölkerungsziffer von 4337 und einigen Fabriken eine geringere Bedeutung im Handel als das nordische Uleaborg. Das an der Grenze von Süd- und Mittelfinnland gelegene Tammerfors — jetzt Finnlands bedeutendstes Industriezentrum, war im Jahre 1800 ein kleiner Marktflecken mit 600 Bewohnern.

Die Papier- und Zellstofffabriken, auch ein Teil der geringeren Sägewerke liegen im Binnenlande, und zwar ist ihre Lage von der Verteilung der Seen als der natürlichen Verkehrsstraßen, ferner den Stromschnellen und Wasserfällen abhängig. Jedenfalls greift die In-

duſtrie z. Z. noch nicht über das finnländiſche Dreieck hinaus. Der Norden iſt eben Zukunftsland; erſt durch die kommende Koloniſation und durch den Bau von Bahnen wird er erſchloſſen werden.

Für den ungemeinen Aufſchwung, den Finnlands Induſtrie in den Grenzen eines Menſchenalters erlebt hat, ſind folgende, den Bruttowert der Geſamtproduktion darſtellende Zahlen maßgebend:

	Finn. Mark		Finn. Mark
1887	113520000	1905	392540000
1890	162120000	1910	612480000
1895	189150600	1911	615120000
1900	339590000	1912	684420000

Gleich der Induſtrie weiſt auch Finnlands Außenhandel ein ſtetiges Wachstum auf:

	Einfuhr	Ausfuhr
	Finn. Mark	Finn. Mark
1860	22700000	43400000
1880	123100000	138800000
1890	92400000	140600000
1900	197700000	270700000
1910	290100000	384100000
1911	319500000	444500000
1912	340000000	470000000
1913	404800000	495400000

Die wichtigſten Gegenſtände der Ausfuhr — Holz und Holzerzeugniſſe, ſowie landwirtſchaftliche Produkte, haben wir ihrem Werte und ihrer Bedeutung nach bereits kennen gelernt. Für die Einfuhr kommen Getreide und Mehl an erſter Stelle in Betracht, ſodann folgen Kolonialwaren, Spinnereierzeugniſſe und Gewebe, ferner Metalle, Maſchinen und Maſchinenteile. Der auswärtige Handel verteilt ſich im Jahre 1913 folgendermaßen auf die einzelnen Länder:

	Einfuhr	Ausfuhr
	Finn. Mark	Finn. Mark
Rußland	140198000	113301000
Schweden	27521000	16768000
Dänemark	29353000	11916000
Deutſchland	202535000	52151000
Großbritannien	60660000	108565000
Frankreich	7113000	38528000
Niederlande und Belgien	18452000	40078000
Spanien	2692000	12180000
Andere Länder	6910000	11332000
	495400000	404799000

Der Zunahme des auswärtigen Handels entspricht das Wachstum von Finnlands Handelsflotte; sie zählte:

	Segelschiffe		Dampfschiffe	
	Zahl	Tonnen	Zahl	Tonnen
1886	1835	251142	318	17058
1895	1955	236928	418	28770
1900	2411	287154	588	53561
1905	2750	301348	663	59509
1910	3171	333299	828	77520
1911	3252	333344	845	76775
1912	3349	349026	852	77281

Sehr bedeutend ist der Verkehr zwischen Deutschland und Finnland. Es handelt sich hier um eine sehr alte Verbindung, die weit ins Mittelalter, auf die Tage der Hansa zurückreicht. Im 15. Jahrhundert waren Reval, Lübeck und Danzig diejenigen deutschen Hansastädte, die den lebhaftesten Verkehr unterhielten. Finnland führte Pferde, Butter, Hafer, Leder, Häute, Seehundsspeck, Fische, Fleisch und Eisen aus; es erhielt dagegen von Deutschland (z. T. aus den Ländern des Deutschen Ordens): Roggen, Hopfen, Malz, Bier, Gewürze und Industrieerzeugnisse verschiedenster Art. Damals lebten deutsche Handelsreisende in beträchtlicher Menge in den Hafenstädten Finnlands, wo sie unter dem Namen der „Jungen“ oder „Gäste“ bekannt waren. „Das Deutsche war die Sprache des Handels und als solche in den Städten allgemein angewendet“ (Schybergson). Ja, sogar die Verwaltung in den Städten wurde nach deutschem Muster eingerichtet. Wie der Handelsverkehr zwischen Finnland und Deutschland sich seit 1897 entwickelt hat, zeigt folgende Tabelle (Werte in Reichsmark):

	Einfuhr	Ausfuhr
1897	35500000	10400000
1905	54500000	22000000
1910	102400000	26800000
1911	109200000	33300000
1912	116600000	39200000
1913	160500000	41600000

Finnlands Einfuhr aus Deutschland steht also mit mehr als 40% der Gesamteinfuhr zu Buche. Es muß betont werden, daß die deutsche Ausfuhr nach dem „Lande der Tausend Seen“ den gleichen Wert hat, wie Deutschlands Ausfuhr nach der Türkei. Wir werden auf diese wichtige Tatsache

später noch zurückkommen, um zu zeigen, daß sich mancherlei bedeutungsvolle Parallelen aufstellen lassen.

Auf die Entwickelung des Bankwesens weisen folgende Werte hin:

Die Staatsbank („Bank von Finnland") 1871—1913.

Jahr	Kapital	Davon Goldbestand	Umlaufendes Papiergeld
1871	60280338	44911762	42017203
1880	86408247	63229688	59454001
1890	96617322	52442173	64681006
1900	135841120	71203484	89270532
1910	233771053	138020879	149701634
1911	247390628	146036846	159857769
1912	247732119	127742770	150219470
1913	260610786	146571033	143124297

Die Privatbanken 1862—1913.

Jahr	Kapital
1862	5044462
1870	26649050
1880	61780293
1890	133913475
1900	414151492
1910	761584703
1911	822005782
1912	878656077
1913	898327892

Die Einlagen in den Sparkassen des Landes haben von 1880 bis 1912 folgendermaßen zugenommen:

	Zahl der Sparkassen	Einlagen Finn. Mark		Zahl der Sparkassen	Einlagen Finn. Mark
1880	107	14445225	1905	309	139034609
1890	138	41349534	1912	391	279441844
1900	193	77616963			

Wie gegen Ende des 19. Jahrhunderts das gesamte Wirtschaftsleben sich in aufsteigender Linie vorwärts bewegt, darauf weisen auch die Lebensversicherungsgesellschaften mit den bei ihnen Frage kommenden hin; die letzteren zeigen folgendes Anwachsen:

	Mill. Finn. Mark		Mill. Finn. Mark
1893	109455,9	1911	641000,9
1900	203874,9	1913	799919,5
1908	406596,5		

Die Anfänge des Genossenschaftswesens datieren aus dem Jahre 1899. Nach 10jähriger Tätigkeit gab es im Jahre 1909 — 1816 Genossenschaften mit 200000 Mitgliedern und einem Gesamtumsatz von 100 Mill. Mark.

Das Schulwesen.

Wenn wir die Leistungen der Nation in Landwirtschaft, Industrie und Handel überblicken, so können wir nicht umhin, einen allgemeinen, nahezu beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung festzustellen. Worin liegen nun die Ursachen für diese, so erfreuliche Tatsache begründet? Letzten Endes gewiß in den Charaktereigenschaften des Volkes, das die Geschichte zur geschlossenen, einheitlichen, fest im Boden der eigenartigen Heimat wurzelnden Masse zusammengeschweißt hat. Ein derartiger Aufschwung war aber nur möglich bei einmütigem Zusammenarbeiten von Nation und Staat. Und diese gemeinsame Arbeit findet ihren besten Ausdruck vor allem im Schulwesen des Landes; hier arbeiten die Hebel zum gewaltigen Aufstieg, den das nordische Volk seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erlebt hat.

Der Entwicklungsgang der Volksschulen in den Städten:

	Anzahl der Lehrer	Anzahl der Schüler		Anzahl der Lehrer	Anzahl der Schüler
1875—1876	180	6813	1906—1907	1113	34765
1885—1886	448	14966	1909—1913		
1899—1900	867	28586	in den 38 Städten Finnlands	1372	40370

Die Volksschulen auf dem Lande:

				Kleinkinderschulen:	
	Anzahl der Schulen	Lehrkräfte	Schüler	Zahl	Schüler
1875—1876	285	294	11421	—	1888
1885—1886	667	683	24305	—	13627
1899—1900	1757	2022	76552	1416	38924
1906—1907	2518	2989	107630	1512	38080
1912—1913	3079	4061	143597	—	—

Das Volksschulwesen hat also eine bemerkenswerte Höhe erreicht. Dem entspricht, daß die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen mit 1,48% gering erscheint, während das russische Reich, wenn man die Ostseeprovinzen und Kongreßpolen nicht berücksichtigt, einen Prozentsatz von 70—80 Analphabeten aufweist. Als wichtiges Moment kommt hinzu, daß der finnische Sprachunterricht erst im Jahre 1841

an den Elementarschulen zur Einführung gekommen ist. Dadurch erhält die Tatsache einer geringen Zahl von Analphabeten erhöhten Wert.

Bei Betrachtung des höheren Schulwesens gelangen wir über 136 Mittelschulen — im Jahre 1909/10 — mit 1852 Lehrern und 23128 Schülern zu den Hochschulen, die ihren Sitz in der Stadt Helsingfors haben. In den Räumen der Universität und der Technischen Hochschule sammeln sich 279 Lehrende mit 3849 Studenten und Studentinnen zu einer Gemeinde, der auch die Studierenden der Forstakademie und der landwirtschaftlichen Hochschule angehören. In Helsingfors vereinigt sich alles, was nach Betätigung in Literatur und Kunst strebt. Hier ist der Schauplatz eines regen wissenschaftlichen Lebens, das sich nicht nur innerhalb der Hochschule, sondern auch in einer Reihe von gelehrten Gesellschaften abspielt, an deren Spitze die Sozietät der Wissenschaften thront.

Ein beträchtlicher Teil von Jüngern finnländischer Wissenschaft sucht alljährlich, alter Tradition folgend, deutsche Bildungsstätten auf. So knüpft die Wissenschaft ähnliche Bande zwischen Deutschland und Finnland wie der Handelsverkehr. Bezeichnend dafür erscheint die Menge gelehrter Abhandlungen, die in Finnland in deutscher Sprache verfaßt und veröffentlicht werden.

Neben Hoch-, Mittel- und Volksschulen gibt es nun auch eine große Zahl von Fachschulen für alle möglichen Berufe, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

III. Der Staat.

Durch die Eroberungs- und Kreuzzüge der Jahre 1157, 1249 und 1293 gelangt das von Finnen und — in seinen inneren, damals schwer zugänglichen Teilen — von Lappen bewohnte „Land der Tausend Seen“ in den Besitz der Krone Schweden. Charakteristisch ist nun sogleich, daß es sich weniger um Kämpfe mit den Eingeborenen des Landes handelt, als um einen Kampf im Interesse der Vorherrschaft an der Ostsee, der zwischen Schweden und Russen ausgefochten wird. Hier ringen Germanen unter dem Banner der römisch-katholischen Kirche mit Slawen, die ihrer griechischen Kirche zur Herrschaft verhelfen wollen. Durch den Vertrag von Nöteborg kommt im Jahre 1323 eine feste Grenzlinie

zuſtande, die indeſſen keineswegs einen dauernden Frieden mit dem öſtlichen Nachbarn gewährleiſtet.

Im Zeitalter Guſtav Waſas beginnt eine neue Periode, die Ausbreitung der Reformation; mit der Zeit fällt das ganze Land der Lehre Martin Luthers zu. Dieſe bildet dann die Grundlage, auf der ſich Finnlands Kultur weiter entwickelt. Im Jahre 1581 wird der Provinz der Namen „Großfürſtentum“ verliehen. Damit ſind weder Sonderrechte, noch Verfaſſung verbunden; aber man kann dieſe Handlung als einen Taufakt betrachten, der die Individualität der Provinz zum Ausdruck bringt, als offizielle Sanktion der Eigenart eines Landes, das, vom Mutterlande Schweden durch den Bottniſchen Meerbuſen getrennt, begonnen hat, ein eigenes Leben zu führen mit einer Nation, die nicht nur aus Leuten ſchwediſcher Abkunft, ſondern größtenteils aus Finnen beſteht. In der Zeit des 30jährigen Krieges erhält Finnland die Möglichkeit, ſeine Eigenart der Außenwelt gegenüber weit von der Heimat kund zu tun: national-finniſche Regimenter kämpfen tief drinnen in Mitteleuropa unter den Fahnen Guſtav Adolfs. Ihre beiſpielloſe Tapferkeit gewährt ihnen als Beweis beſonderen Vertrauens des Monarchen den Ehrenplatz am rechten Flügel der Kampfſtellung.

Nun kommen die Jahre, in denen Schweden ſeine Großmachtſtellung einbüßt. Darunter leidet Finnland am meiſten; in den Friedensſchlüſſen 1721 und 1743 gehen im Südoſten an Rußland Teile verloren, die der heutigen Provinz Wiborg im Umfang etwa gleichkommen. Im Jahre 1808 beginnt das letzte Drama — der finniſch-ruſſiſche Krieg. Dieſe Bezeichnung hat ihre volle Berechtigung. Schweden iſt machtlos; es kann Finnland nicht nur keine Hilfe bringen, ſondern ſchädigt es geradezu durch völligen Mangel an Organiſation. Die national-finnländiſchen Truppen ſind ganz auf ſich angewieſen; ſie erneuern den alten, auf den Schlachtfeldern Mitteleuropas und deſſen öſtlichen Grenzländern erworbenen Ruhm; und dennoch müſſen ſie nach heldenmütigen, zum Teil ſiegreichen Kämpfen die Waffen ſtrecken.

Im Jahre 1809 wird Finnland als autonomes Staatsweſen dem ruſſiſchen Reiche angegliedert. Zu Borgå am Finniſchen Meerbuſen eröffnet Alexander I. den Landtag; dort leiſten die vier Stände ihren Huldigungseid; der Zar erläßt die Verſicherungsakte an die „ſämtlichen Einwohner Finnlands“, die folgenden Wortlaut trägt:

„Wir Alexander I. von Gottes Gnaden Kaiſer und Selbſtherrſcher über ganz Rußland, Großfürſt von Finnland uſw. uſw. tun kund und zu wiſſen: Nachdem wir nach der Schickung der Vorſehung das Großfürſtentum Finnland in Beſitz genommen, haben Wir hiermittelſt die Religion und die Grundgeſetze des Landes bekräftigen und beſtätigen wollen, ſamt den Privilegien und Gerechtſamen, die ein jeder Stand im beſagten Großfürſtentum inſonderheit und alle ſeine Bewohner im allgemeinen, ſowohl höhere als niedere, bisher gemäß der Konſtitution genoſſen haben; und Wir geloben, alle dieſe Vorrechte und Geſetze feſt und unverrückt in ihrer vollen Kraft aufrecht zu erhalten. Zu mehrerer Gewißheit haben Wir dieſe Verſicherungsakte mit Unſerer eigenhändigen Unterſchrift verſehen.

Gegeben in Borgå, den 15./27. März 1809."

Damit hatte ſich ein Ereignis vollzogen, demzufolge Finnland, ſo kann man ſagen, „wie es ging und ſtand" vom ruſſiſchen Reiche übernommen ward, d. h. mit einer Verfaſſung, deren Grundgeſetze zum Teil auf das Jahr 1442 zurückgehn, mit ſeiner ſchwediſchen Rechtsordnung — den im allgemeinen Geſetzbuch von 1734 verzeichneten Geſetzen — endlich mit den Standesprivilegien des Adels und der Geiſtlichkeit von 1723, der Bürgerſchaft und des Bauernſtandes vom Jahre 1789.

Von 1809—1863, dem Jahre der Einberufung des Landtages — ſchleicht dann die Zeit träge und ſtill dahin. Es fehlt im Lande Betätigung und jegliche Entwicklung auf politiſchem Gebiet. Dann erſt beginnt das konſtitutionelle Leben zu ſchlagen, das zur neuen Landtagsordnung von 1869 führt; im Jahre 1886 wird dem Landtag die (1789 genommene) Befugnis zuteil, Geſetzesvorſchläge einzubringen. Dem Staat ward unterdeſſen im Jahre 1878 ein neues, wichtiges Geſetz beſchert, das die allgemeine Wehrpflicht und eine vollſtändige finnländiſche Heeresorganiſation einführte. Finnland erhielt ſein nationales Militär, das aus finniſchen Staatsbürgern beſtand und dem Oberbefehl des Generalgouverneurs gehorchte.

Das Weſen des Staates bietet nun gemäß ſeiner Verfaſſung folgendes Bild: der jeweilige Zar iſt eo ipso Großfürſt von Finnland; bei Regierungsantritt erläßt er, zufolge ſeiner verfaſſungsmäßigen Pflicht, die feierliche Zuſicherung an ſämtliche Einwohner, die Grundgeſetze, Privilegien und Rechte aufrechtzuerhalten. Als Oberhaupt des finnländiſchen Staates übt er die öffentliche Gewalt Finnlands, nicht Rußlands aus. Dabei liegt in ſeinem Verhältnis zum Lande keine Perſonalunion vor; ebenſo wenig iſt Finnland mit Rußland

durch Realunion verbunden. Ein unmittelbar vom Zaren ernannter Miniſter-Staatsſekretär trägt dem Monarchen alle Angelegenheiten vor, die nach dem Geſetz von deſſen eigener Prüfung und Beſchlußfaſſung abhängen. Der Staatsſekretär übergibt die Befehle und Beſchlüſſe des Zaren an den Vorſitzenden des Senats. Als oberſte Behörde iſt der Senat dem Monarchen und Großfürſten in der Regierung Finnlands behilflich, und zwar teils als beratende, teils als ſelbſtändig beſchließende Behörde, die ihre Funktionen im Namen des Monarchen ausübt. Seiner Aufgabe nach entſpricht der Senat im weſentlichen einem Miniſterkollegium. Die Senatoren werden vom Monarchen auf Vorſchlag des Miniſter-Staatsſekretärs ernannt; wie jeder Staatsbeamte müſſen ſie finniſche Staatsbürger ſein. Vorſitzender des Senats iſt der Generalgouverneur von Finnland, der vom Monarchen ernannt wird; obgleich er in ſtaatsrechtlicher Hinſicht finniſcher (und nicht ruſſiſcher) Beamter iſt, ſo gilt herkömmlich die Ausnahme von der allgemeinen Regel, daß das Amt auch mit einem ruſſiſchen Untertanen beſetzt werden kann.

Der Landtag iſt ein unmittelbares Staatsorgan Finnlands, und nimmt, ſoweit ſeine Zuſtändigkeit dem Monarchen gegenüber reicht, an der Ausübung der finniſchen Staatsgewalt teil. Wenn ſomit durch übereinſtimmende Beſchlüſſe des Landtags und des Monarchen ein Geſetz zuſtande kommt, ſo liegt hierin ausſchließlich eine Ausübung der finniſchen Staatsgewalt, und wenn der Kaiſer und Großfürſt innerhalb der Grenze ſeiner Zuſtändigkeit eine Verordnung erläßt, ſo kommt ebenfalls ein Akt des finniſchen Staatswillens zuſtande. Ruſſiſchen Staatsorganen kann der Monarch keine ihm als Großfürſt von Finnland zukommenden Befugniſſe abtreten oder übertragen.

Jeder finniſche Staatsbürger ſteht kraft ſeiner Staatsangehörigkeit unter finniſcher Staatsgewalt, gleichviel, ob er ſich im Lande oder außerhalb desſelben — in Rußland — aufhält. Auf Grund der im Jahre 1809 begründeten Ordnung haben die Finnländer unmittelbar nur den finnländiſchen Geſetzen und der mit dieſen Geſetzen übereinſtimmenden Obrigkeit zu gehorchen. Vom ſtaatsrechtlichen Standpunkt ſind alſo die finniſchen Staatsangehörigen von den ruſſiſchen Untertanen ſtreng verſchieden — nicht aber völkerrechtlich. Dem Auslande gegenüber werden die Intereſſen der Finnländer ebenſo wie die-

jenigen russischer Untertanen vom russischen Ministerium des Äußeren vertreten.

Um einen gewissen Einblick in die Verhältnisse des Staatshaushaltes zu gewinnen, geben wir hier die Staats-Einnahmen und -Ausgaben für das Jahr 1913 wieder:

A. Ordentliche Einnahmen.

a) Einnahmen von den Domänen u. a. Staatsvermögen:		
1. Von den Domänen	1713665,37	
2. Von den Fischereien	92480,50	
3. Von den Staatsforsten	16115353,79	
4. Von den Staatsbahnen	58593922,44	
5. Kanalabgaben	1179684,88	
9. Zinsen	1902361,20	79597468,18
b) Direkte Steuern:		
1. Grundsteuern	3650399,58	
2. Gewerbesteuern	594353,57	
3. Kopfsteuern	2281604,47	6529357,62
c) Indirekte Steuern:		
1. Zolleinnahme	58324697,82	
2. Akzise	13933072,64	72257770,46
d) Diverse Steuern		5332573,35
e) Abgaben für die Benutzung von Staatsanstalten		11512125,83
f) Diverse Einnahmen		6016448,19
Summe ordentlicher Einnahmen		181245743,63

B. Ordentliche Ausgaben.

a) Dispositionssumme des Kaisers	429900,—
b) Landtagskosten	682123,95
c) Die Regierungsbehörden	3106590,91
d) Die Rechtspflege	5432813,31
e) Die Zivilverwaltung	15309993,70
f) Die Finanzverwaltung	4016991,62
g) Die Staatsdomänen und Staatsrevision	5926622,80
h) Militärausgaben	14183522,36
i) Kirche, Unterricht, Wissenschaft und Kunst	20944310,67
k) Landwirtschaft und Landvermessung	7783041,32
l) Wege- und Wasserbauten, Eisenbahnen und Post	51120408,35
m) Lotsenwesen, Fachschulen, Handel und Industrie	7497482,67
n) Pensionen	5571460,48
o) Diverse Ausgaben	8736999,46
p) Die Staatsschuld (die Annuitäten)	8027550,48
Summe ordentlicher Ausgaben	158769812,08

Die Entwickelung der Staatseisenbahnen ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Jahr	Länge [1]) km	Einnahmen in 1000 Finn. M.	Ausgaben in 1000 Finn. M.	Nettogewinn in 1000 Finn. Mk.
1862	107	—	—	—
1864	110	464	540	— 76
1870	483	1475	1422	+ 53
1881	852	7234	4815	2419
1890	1895	11831	7163	4668
1900	2650	27698	20545	7152
1912	3421	53479	38673	14815

[1]) Die Kilometerzahl der Privatbahnen ist unbedeutend (335 km).

Dazu kommt dann endlich das Postwesen:

Jahr	Anzahl der Postanstalten	Anzahl der Angestellten	Anzahl der Postsendungen	Durchschnittl. pro Einwohner	Einnahmen	Ausgaben	Überschuß
					in 1000 Finn. Mark		
1890	421	1320	18240011	7,66	1609	1433	176
1895	694	1785	25388241	10,13	2171	1979	192
1900	1001	2601	44888771	16,64	3379	2839	540
1905	1421	3912	73379162	25,32	4734	3846	888
1913	2316	6406	134308437	41,48	8355	7349	1006

IV. Finnlands politische Stellung.

Wenn man der Geschichte Finnlands in ihrem Laufe folgt, dann erscheint es nicht schwer festzustellen, daß eigentlich jedes Geschlecht einen Krieg mit Rußland erlebt hat. Zuerst strebten die Nowgoroder an die Ostsee; sie waren daran gewöhnt, den Flüssen entlang sich auszubreiten — kein Wunder, wenn sie danach trachteten, auch den kurzen Lauf der Newa in ihren Besitz zu bringen. Jedoch, es ward ihnen leichter, den langen Weg in nordöstlicher Richtung bis zum Eismeer zurückzulegen. Dort hatten sie keinerlei Widerstand seitens militärisch organisierter Kräfte zu überwinden; im Westen dagegen stellte Schwedens Macht unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Diese Hindernisse zu durchbrechen, ward auch den Moskowitern, als Erben und Nachfolgern von Groß-Nowgorod, nicht leicht gegeben. Erst Peter der Große wandelte jahrhundertealte Träume in Wirklichkeit um; Alexander I. vollendete sein Werk. Nun hätte, so möchte man meinen, Ruhe eintreten sollen an der Ostsee. Aber nicht einmal

drei Menſchenalter hindurch konnte Finnland in Frieden leben, dann gab es wieder Krieg. Allerdings keinen Krieg mit den Waffen in der Hand, keine blutigen Ruſſeneinfälle mit Brand und Verheerung wie in früheren Jahrhunderten, ſondern einen Kampf roher Gewalt gegen eine vielfach überlegene Kultur. In den 90er Jahren beginnt die ruſſiſche Regierung, verſtärkt durch das nationale Ruſſentum, mit der Vergewaltigung von Finnlands Autonomie; die friedlichen Bürger des Landes nehmen den Kampf auf — in dem Bewußtſein ihrer Würde, mit dem Willen, den äußerſten Widerſtand zu leiſten, den die Geſetze des Landes zulaſſen, in der Überzeugung, ihre angeſtammten Rechte verteidigen zu müſſen, ſolange ihre Kraft ausreicht. Ein ungleicher Kampf wird hier ausgefochten; und doch hat Rußland bisher noch nicht ſiegen können. Dem Selbſtherrſchertum iſt es nicht gelungen, den Geiſt der Nation niederzuringen, wenngleich Hunderte von Beamten, die das Geſetz des Staates nicht brechen wollten, ihrer Poſten enthoben oder ins Gefängnis geworfen wurden, wenn ferner weitere Hunderte von freien Bürgern den langen Weg in die Einöden Sibiriens antreten mußten. Nun iſt Finnlands Autonomie zum traurigen Schatten geworden, und doch konnte ruſſiſches Weſen keinen Fuß breit Boden im Lande der Tauſend Seen gewinnen, trotzdem die ruſſiſche Sprache als Lehrfach den Mittelſchulen und neuerdings den Seminaren für Volksſchullehrer aufgezwungen wurde.

Daß der Widerſtand ungebrochen weiterlebt, verkündeten erſt kürzlich die Ergebniſſe der Landtagswahlen in Finnland. Mehr als 100 Sitze hat die finniſche Sozialdemokratie jetzt inne. Und wenn die Kammer auch all' ihrer aktiven Rechte beraubt iſt, dieſes Reſultat der Wahlen möge nicht nur als Beweis ungeſunder ſozialer Verhältniſſe erſcheinen. Die Sozialdemokraten ſind ebenſo deutſchfreundlich geſinnt wie die übrigen Parteien Finnlands; ſie ſtehen der ſchwediſchen ententefreundlichen Sozialdemokratie Brantingſcher Gefolgſchaft als ſcharfe Gegner gegenüber; ſie kämpfen mit allen Kräften gegen das Ruſſentum an.

Überall, wo man Finnlands wirtſchaftliche und Geiſteskultur ſchätzte, d. h. in ganz Europa, hat man gegen das Verfahren der ruſſiſchen Regierung Einſpruch erhoben. Damals, als die Vergewaltigung begann, in feierlichen Petitionen an den Zaren, ſpäter, als Stolypin mit der Reichsduma gemeinſchaftlich gegen Finnland vorging, in lauten Proteſten, an denen ſich die großen Geiſter nicht

nur Deutſchlands, ſondern auch unſerer heutigen Feinde beteiligten. Dieſe Proteſte erregten in Rußland allgemeinen Unwillen; ſie wurden, auch auf liberaler Seite, als unberechtigte Eingriffe in die innerpolitiſchen Verhältniſſe des Reiches erklärt. Seit Beginn des Weltkrieges hat ſich auf Seiten der Entente niemand mehr im Intereſſe Finnlands verwandt, obgleich die Bedrückung dieſes Landes gerade im Kriege ganz ungeheuerliche Dimenſionen angenommen hat. Wenn wir, als Deutſche, heute ein ganz beſonderes Intereſſe an dem Verhältnis Finnlands zu Rußlands nehmen, ſo geſchieht es, weil wir gelernt haben, daß Vorgänge ruſſiſcher innerer Politik in ganz beſtimmten, geſetzmäßigen Beziehungen zu den Richtlinien der ruſſiſchen großen Politik ſtehen. Wir denken heute nicht mehr daran, in der Vernichtung der finnländiſchen Verfaſſung und der angeſtrebten Ruſſifizierung nur mehr Akte halbaſiatiſcher Willkür zu ſehen.

Als Schweden Finnland beſaß, konnte es Beſitz ergreifen von Liv- und Eſtland. Nachdem Rußland die Oſtſeeprovinzen erobert hatte, mußte es auch Finnland in Beſitz nehmen. Nur wer in Finnland herrſcht, kann die Oſtſee beherrſchen. Und um die Herrſchaft über die Oſtſee haben Schweden und Rußland miteinander gerungen, nachdem die Tage der Hanſa und des Deutſchen Ordens gezählt waren.

Wir Deutſchen aber, wir brauchen freie Bahn auf der Oſtſee. Darum bedürfen wir eines freien Finnlands als eines ſelbſtändigen Staates, deſſen Daſeinsberechtigung durch die Geſchichte des 19. Jahrhunderts, durch die Würde und die Kraft, mit der Finnland um ſeine Exiſtenz gekämpft hat, vollauf erwieſen iſt. Unſere realen Lebensintereſſen an der Oſtſee ſind es, die laut nach Befreiung dieſes Staates vom ruſſiſchen Joch rufen. Was dagegen die ruſſiſche Politik mit der Knechtung Finnlands bezweckt, das lehren die geſchichtlichen Vorgänge im Gebiet der Oſtſee.

Alexander I. hat Finnland erobert. Nikolaus I. nahm 1826 ein norwegiſches Landſtück am Varangerfjord, das er ſeinem Reiche einverleibte; im Jahre 1850 ſuchte er Streit mit den ſkandinaviſchen Ländern und trat in Unterhandlungen ein — wegen Abtretung neuer Gebiete im Norden von Finnland, indem er die Wanderungen der nomadiſierenden Lappen zum Vorwand benutzte. Damals ſchob ſich der drohende Krimkrieg als rettendes Moment dazwiſchen; er führte dazu, daß Rußland 1856 im Pariſer Frieden ein Servitut auferlegt

wurde, demzufolge die Ålandsinseln nicht befestigt werden durften. Nikolaus I. tat die ersten Schritte zur Russifizierung der baltischen Provinzen; seine Maßregeln wurden dann von Alexander III. zum Abschluß gebracht. Alle Versuche der Einbürgerung russischen Wesens in den baltischen Provinzen sind sonderbarerweise bis in die neueste Zeit als innere Angelegenheiten des russischen Reiches betrachtet worden; in Wirklichkeit müssen sie doch angefaßt werden als Handlungen, die den russischen Einfluß in den Grenzländern für den Fall eines Krieges mit den Mittelmächten stärken sollten, demnach als Maßregeln, die ins Gebiet der äußeren Politik fallen. Im Jahre 1900 arbeitete der damalige russische Kriegsminister Kuropatkin einen Plan aus, der die Auflösung von Finnlands nationalem Militär und die Einführung der russischen Wehrpflichtsordnung bezweckte. Die in der Kuropatkinschen Denkschrift begründeten Pläne waren der großen Politik angepaßt; sie fanden Gehör beim Zaren Nikolaus, weil Kuropatkin auf die Notwendigkeit einer kommenden Gebietserweiterung auf Kosten des skandinavischen Norrland hinwies. Die Auflösung des finnischen Militärs erfolgte im Jahre 1901. Gleichzeitig begann die Belegung Finnlands mit Massen russischen Militärs und die Errichtung fester Plätze im Innern des Landes. Im Jahre 1908 machte Rußland den Versuch, die Ålandsinseln zu befestigen; dank dem einmütigen Widerstande des schwedischen Volkes und dem Einspruch anderer Mächte (u. a. Deutschlands) scheiterte diese gegen Schwedens Unabhängigkeit gerichtete Maßregel. Im Jahre 1912 erfolgte zum Schaden der Schiffahrt die Auflösung des finnländischen nationalen Lotsenwesens und seine Ersetzung durch russische Lotsenkommandos. Das Jahr 1913 bringt dann die Errichtung der „Festungswerke Peters des Großen“ auf der Linie Reval—Porkala (nahe Helsingfors). Dieser Schritt könnte von unbefangenen Gemütern als Schutzmaßnahme für Petersburg hingenommen werden. Einer derartigen Auffassung widerspricht indessen der Umstand, daß weder von Seiten Schwedens noch einer anderen Ostseemacht auch nur der Schein einer Kriegsgefahr für Rußland in Betracht kam. Der wahre Zweck einer Befestigungslinie quer durch den finnischen Meerbusen wird durch den mißglückten Versuch des Jahres 1908 zur Genüge enthüllt; es handelte sich nur um eine Etappe auf dem sicheren Wege nach den Ålandsinseln. Erst im Jahre 1915 konnte Rußland ungehindert an die Aufgabe der Befestigung dieser Inseln herantreten.

Heute liegt die vollendete Tatsache vor; damit hat Rußland ein neues Problem gelöst: die Beherrschung der nördlichen Ostsee.

Daraus ergeben sich nun zwei Dinge:

Erstens: Finnland bildet die Brücke, mit deren Hilfe das russische Reich während des Krieges von seinen Verbündeten über Schweden all' diejenigen Waren und Produkte einführen kann, an deren Herstellung es zur Zeit behindert ist; zu dem Zweck hat Rußland im Verlauf des Krieges einen neuen, durch die Mitte des Landes nach Petersburg laufenden Schienenstrang gelegt.

Zweitens: Finnland bildet die Brücke, mit deren Hilfe das russische Reich, sobald es den Zeitpunkt für gekommen hält, seine Hand auf Nordschweden legen kann, um den seit langem gewünschten Ausgang an das ewig offene, fischreiche Atlantische Nordmeer zu finden.

Mit anderen Worten: ohne es zu wollen, ohne irgendwelche Vorteile zu genießen, ist Finnland als Gegenstand brutaler Vergewaltigung von seiten der russischen Regierung — zum machtlosen Werkzeug der russischen großen Politik geworden, deren Endziel in der Schädigung unserer Lebensinteressen gipfelt. Das russische Endziel im Norden, die Besetzung eines Teils von Schweden, muß mit mathematischer Sicherheit dazu führen, daß uns nicht allein der Weg zur Ostsee, sondern auch der Ausgang in die Nordsee verriegelt wird. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, eine Änderung der politischen Stellung Finnlands von Grund aus herbeizuführen. Wir möchten Gelegenheit nehmen, an die Türkei zu erinnern. Es ist der gleiche geopolitische Zwang, der uns zu friedlicher Betätigung nach Südosten über den Balkan in die Türkei, der uns nach Nordosten über die Ostseeprovinzen hinweg, weiter nach Finnland zieht. Dort unten im Südosten — das freie Osmanische Reich, ein Friedhof alter Kultur, der, umgeackert, reiche Ernte zeitigen muß. Oben dagegen, zwischen Ostsee und Eismeer — ein freies Großfinnland, ein junges Kulturland mit einer Fülle jungfräulichen Bodens als Feld der Betätigung für Deutschlands Handel und deutsches Kapital. Als neuer Staat würde Großfinnland dann der Eckpfeiler eines erweiterten Mitteleuropa; indem es mit seiner natürlichen und strategischen Grenze den rechten Flügel Rußlands umfaßt, sichert es sich, und uns, und den anderen Ostseevölkern freie Bahn auf dem Baltischen Meer, das für den Norden die gleiche Rolle spielt, wie das Mittelländische Meer für Südeuropa.

Die baltiſchen Provinzen.

Von * * *

I. Die geographiſchen und wirtſchaftlichen Grundlagen.

Die baltiſchen Lande hängen in ihrem ſüdlichſten Teil und durch deſſen natürliches Hinterland Litauen organiſch mit Oſtpreußen und dadurch mit dem Deutſchen Reich zuſammen. Wenn man von Oſtpreußen nach Kurland oder Litauen hinübertritt, bewegt man ſich in einer Landſchaft völlig gleichen Charakters; dasſelbe iſt der Fall, wenn man weiter nach Norden, nach Livland hinein, vordringt. Auch hier gibt es keine geographiſchen Trennungslinien. So wachſen die Oſtſeeprovinzen als Küſtenland in natürlicher Weiſe aus dem oſtdeutſchen Tieflande heraus. Und ganz ebenſo, wie Oſt- und Weſtpreußen nach Süden, werden die baltiſchen Provinzen und Litauen nach Oſten hin durch eine Seenplatte und Moränenzone abgeſchloſſen. Das iſt der einheitliche Charakter der Grenze. Der Baltiſche Hügel- und Seenrücken bildet den Firſt, von dem aus das Land nach Weſten zur Oſtſee hin abfällt. Dieſe natürliche Trennungslinie erhält nun in Liv- und Eſtland noch eine bedeutende Verſtärkung, die ſie zur ſtrategiſchen Grenze erſten Ranges macht. Es handelt ſich vor allem um eine ausgedehnte Waſſerfläche, den Peipus mit dem Pleskauer See, aus dem ſich der Narwafluß in den Finniſchen Meerbuſen ergießt. Zwiſchen Pleskau und der Düna liegt eine ſumpfige bewaldete Niederung, die eine ähnliche Bedeutung hat, wie die erwähnte Waſſerfläche.

Wo eine natürliche Abgrenzung ſolcher Art vorliegt, iſt es eigentlich kein Wunder, daß die baltiſchen Provinzen und Litauen bisher kein Siedlungsgebiet der Ruſſen geworden ſind. Es kommt aber noch einiges hinzu. Wenn man die Ausbreitung der Ruſſen vom frühen Mittelalter an verfolgt, ſo ſieht man, wie ſie in ihren Wanderungen an große Flüſſe: Wolga, Oka, Dwina, Onega, gebunden waren. Dieſe Flüſſe ſind ungemein fiſchreich; ſie beſitzen Berg- und Wieſenufer und natürliche überſchwemmte Wieſenflächen von gewaltiger Ausdehnung,

die das Halten einer verhältnismäßig großen Menge von Vieh ohne Anwendung von Mühe und Arbeit ermöglichten. Derartige geographischen Charakterzüge von Mittel- und Nordrußland fehlten dem baltischen Küstenland vollständig; auch in Litauen waren sie nicht vorhanden. Der Russe konnte ja wohl aus dem Pleskauer Lande über den Peipus fahren. Um sich aber in Livland seßhaft zu machen, mußte er roden und arbeiten — und das war seiner Natur zuwider. Der in tiefem Bett sich langsam dahinschlängelnde Embach bietet mit seinen sumpfigen Uferflächen keine natürlichen Wiesen dar. Die Düna, ein mächtiger, wasserreicher Strom, fließt über Schwellen mit zahlreichen Stromschnellen in malerischer Umgebung zwischen felsigen Ufern der Ostsee zu; auch dieser Fluß kennt keine natürlichen Wiesen in der Art der russischen Ströme und Flüsse. Mit den übrigen baltischen Gewässern verhält es sich ähnlich.

Die Unterlage unseres Gebietes besteht aus kambrischen, silurischen und devonischen Ablagerungen, Kalk- und Sandsteinen und Dolomiten, die im südlichen Teile nur stellenweise durch die Flüsse angeschnitten werden, im Norden dagegen, in Estland und auf der Insel Oesel zuweilen an die Oberfläche treten, so daß der Boden hier und da von kleinen Felstrümmern erfüllt ist. Im allgemeinen wird aber das ganze Land von mehr oder weniger mächtigen glazialen Ablagerungen bedeckt. Gerade so, wie in Ostpreußen, sind es Geschiebemergel und Lehme, die in Kurland, in weiten Gebieten von Livland und auch in Estland Böden von großer Fruchtbarkeit geschaffen haben. Wo das unterlagernde Gestein zutage tritt, wird es in Gestalt von Kalkfliesen zu Bauzwecken verwendet; Kalksteine und Dolomite werden zu Kalk und Zement verarbeitet, Gipslager werden ausgenutzt; ihnen verdanken die berühmten Heilquellen, die Schwefelbäder Kemmern und Baldohn ihren Ursprung.

Die baltische Küste in den Grenzen unseres Gebietes ist im Süden wenig oder gar nicht, im Norden dagegen stärker gegliedert; Estlands Meeresufer, das als „Glint“ mit Höhen von 25—50 m in steilen Kalkfelsen plötzlich abstürzt, zeigt ebenso wie die Küsten von Oesel und Dagö eine Reihe von kleinen Halbinseln, Buchten und natürlichen Schlupfwinkeln, die sehr dazu beigetragen haben, die Schiffahrt zu entwickeln und die estnische Uferbevölkerung zu Seefahrern ersten Ranges zu machen. Der übrige Teil des Landes erfährt seine Gliederung durch eine einzige Bucht, den tief nach Süden einschnei-

denden Rigaiſchen Meerbuſen. Nur dort, wo die Düna mündet, konnte ein Hafen entſtehen, dafür aber ein Hafen, wie er beſſer nicht gedacht werden kann. Die Schöpfung der Stadt Riga an der Stelle, wo die Düna kurz vor ihrem Ausfluß ins Meer ihre Strömungsgeſchwindigkeit plötzlich verlangſamt, eine Tiefe erreicht, die es großen Seeſchiffen ermöglicht, bis vor die Stadt ſelbſt zu gelangen, war eine überaus glückliche. Die Düna ſtrömt durch Weißrußland, berührt Litauen, Liv- und Kurland; in ihrem Mündungsgebiet liegen bedeutende Seen, und dort vereinigen ſich mit ihr die beiden Flüſſe Aa, von denen der eine halb Livland, der andere einen bedeutenden Teil Kurlands durchfließt.

Vom Klima des Baltenlandes gibt die folgende Tabelle der wichtigſten Temperaturen eine Vorſtellung.

Weſt- und Oſtpreußen				Baltiſche Provinzen			
Ort	Jahr	Januar	Juli	Ort	Jahr	Januar	Juli
Danzig . .	7,6	—1,5	17,9	Libau . . .	6,5	—3,5	16,8
Konitz . . .	6,6	—3,2	17,3	Windau . .	5,8	—4,0	16,1
Thorn . . .	7,8	—2,5	18,1	Goldingen .	5,8	—4,8	16,9
Memel . .	6,6	—3,2	17,2	Riga . . .	6,0	—5,2	18,0
Tilſit . . .	6,4	—4,3	17,7	Dorpat . .	4,3	—8,1	17,3
Königsberg .	6,8	—3,2	17,4	Reval . . .	4,4	—6,4	16,6
Lyck	6,3	—5,1	17,7	Narwa . .	4,1	—8,2	17,3

Es ſind eine Reihe von Orten aus Oſt- und Weſtpreußen zum Vergleich herangezogen, die da zeigen, daß die nördlichen Landesteile wohl in den mittleren Jahren und Januartemperaturen, weniger aber durch die Werte für den Juli abweichen. Für an der Küſte liegende Orte, wie Libau, Windau und andere muß bemerkt werden, daß bei ihnen die höchſten Sommertemperaturen auf den Monat Auguſt fallen. Sie kennzeichnen einen Landſtrich, der durch mildes Klima, vor allem durch einen langen Herbſt ausgezeichnet iſt. Das wird auch durch die Pflanzenwelt bewieſen, inſofern als ſogenannte atlantiſche Pflanzen, wie Eibe und Efeu nur im Gebiet der Oſtſeeküſte an natürlichen Standorten gedeihen. Natürlicherweiſe erleidet die Vegetationsperiode nach Norden zu eine Verkürzung; ſo tritt der Frühling in Eſtland etwa drei Wochen ſpäter ein als in Kurland, und der Winter beginnt dementſprechend früher. Um das Klima unſeres Gebietes noch weiter zu charakteriſieren, können wir nichts Beſſeres tun, als wichtige

Kulturpflanzen zu dem Zweck erwähnen. In allen drei Provinzen gedeihen alle Obſtarten, und zwar in zahlreichen am Orte entſtandenen Sorten. Zum Vorteile des Klimas von Kurland ſpricht es, daß hier der Wallnußbaum ſogar in der Nähe von Tuckum noch Jahr für Jahr ſeine Früchte trägt. Darum kann edles Tafelobſt in allen Teilen dieſer Provinz mit Erfolg im Freien gezogen werden. Nahezu das Gleiche gilt für die Südhälfte Livlands, wo man noch Blutbuchen und andere edle Zierbäume vielfach angepflanzt findet.

Das Meeresufer der baltiſchen Lande wird faſt überall von mehr oder weniger breiten Niederungen umſäumt, die ſich nicht höher als etwa 30 m über den Meeresſpiegel erheben, während die höchſten Teile des Landes weiter landeinwärts, mehr nach der Süd- und Oſtgrenze hin belegen ſind, indem ſie im Durchſchnitt nicht über 300 m anſteigen. So bewegt ſich das Gefälle der Oſtſeeprovinzen im ganzen nach Weſten. Von Weſten her kommen aber die vorherrſchenden Winde, wodurch dem Lande ein feuchtes, mildes Seeklima zuteil wird.

Mit der Oberflächengeſtaltung ſtimmt nun bis zu einem gewiſſen Grade die Verteilung des Waldes und der Ackerflächen überein. Wenn wir die Räume betrachten, die mehr als 50 % Wald und Moor enthalten, ſo ſehen wir, daß ſie im allgemeinen auf die Niederungen fallen, wo es viel Sande und große Moräſte gibt. Das trifft auch für jene große Depreſſion zu, die, von der Ewſt durchfloſſen, die Düna mit dem Pleskauer See verbindet, und ſich in einer Meereshöhe von 60—120 m hält. Eine Ausnahme macht nur die im Süden von einem Endmoränengürtel abgeſchloſſene ungemein fruchtbare Mitauer Ebene. Die höher gelegenen Teile wiederum, die ihre Erhebung über dem Meeresſpiegel den hier aufgeſchütteten glazialen Ablagerungen verdanken, enthalten wohl ſtellenweiſe recht viel Seen, aber nur kleine und unbedeutende Moorflächen; es ſind das eben vorherrſchend fruchtbare z. T. ſehr ſchwere Lehmböden, die ſchon ſehr früh gerodet wurden.

Livland hat im Mittelalter gerade unter der Herrſchaft des Deutſchen Ordens eine Zeit des Friedens und daher hoher Blüte erlebt. Damals galt Altlivland, ſo nannte man die drei heutigen Provinzen, als die Kornkammer Deutſchlands. Daß die baltiſchen Provinzen mit Litauen in nicht zu ferner Zukunft wieder eine ähnliche Rolle zu ſpielen imſtande ſein werden, daß dieſe Länder das Deutſche Reich, mit dem ſie organiſch zuſammengehören, in erſter Linie mit Brot und

Fleiſch verſorgen können, dazu ſind alle Vorausſetzungen gegeben. Ehe wir indeſſen auf dieſes Thema übergehen, erſcheint es nötig, den Stand der Landwirtſchaft, wie er vor dem Kriege war, kurz zu ſchildern.

Für das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege ergibt ſich die folgende Verteilung der Ausnutzung der Bodenfläche in Prozenten des geſamten Areals:

	Acker	Wieſe	Weide	Wald	Unland
Kurland (1906)	26,0	32,0		31,0	11,0
Livland (1911)	27,54	18,57	14,06	25,53	14,30
Eſtland (1900)	18,09	28,02	18,71	19,74	15,44
Dagegen					
Königreich Preußen (1900) .	50,7	9,4	5,9	23,7	—

Betrachten wir das genutzte Ackerland, ſo ergibt ſich, daß es an Fläche verhältnismäßig gering iſt, d. h. mit etwa 24 % kaum die Hälfte deſſen ausmacht, was im Deutſchen Reich unter dem Pfluge ſteht. Dabei beruht aber die Leiſtungsfähigkeit der baltiſchen Landwirtſchaft auf dem Ackerlande. Wenn man genauer zuſieht, ſo erhält das Bild noch eine Verſchiebung dadurch, daß, namentlich in Eſtland, ſehr viel Kartoffeln angebaut werden, ſo daß die für den Anbau von Getreide ausgenutzte Landfläche noch bedeutend kleiner wird.

Einen großen Raum, nämlich 37 % oder mehr als ein Drittel der Geſamtfläche, nehmen Wieſen und Weiden ein, gegenüber 16 % im Deutſchen Reich. Hier kommt nun nicht allein das feuchte, den Graswuchs fördernde Seeklima zur Geltung. Die als Wieſen und Weiden angeführten Ländereien laſſen ſich mit denen Deutſchlands gar nicht vergleichen, weil ſie ſich vielfach völlig im Naturzuſtande befinden, und mehr oder weniger mit Buſchwerk oder niedrigen lichten Baumbeſtänden bedeckt ſind.

Die mit bedeutendem Prozentſatz als Unland bezeichneten Böden ſind entweder Moore oder mit Geſtrüpp bedeckte Weiden, die aber keineswegs als nicht kulturfähig betrachtet werden dürfen, ſondern im Gegenteil in Zukunft eine recht bedeutende Fläche von Kulturland zu liefern imſtande ſein werden.

Die wichtigſte Feldfrucht unter den Getreidearten des Landes iſt der Roggen; ihm folgen Hafer und Gerſte, während Weizen hauptſächlich in den fruchtbarſten und vom Klima am meiſten begünſtigten Gegenden Kurlands angebaut wird. Welche Bedeutung der Kartoffel zukommt, zeigt die untenſtehende Tabelle; ſie liefert das Roh-

material für etwa 240 Brennereien, und trägt dazu bei, daß viel Maſtvieh unterhalten wird.

Die durchſchnittlichen Ernteerträge im Jahrfünft von 1905—1909 weiſen folgende Ergebniſſe auf:

	Roggen	Weizen	Gerſte	Hafer	Kartoffeln	Hülſenfrüchte
Kurland	136 581	33 213	72 855	135 689	265 821	10 529
Livland	165 675	16 609	135 904	139 262	469 130	8 751
Eſtland	72 797	4 128	50 335	40 118	479 018	3 044
Zuſammen:	375 053	47 950	259 694	315 069	1 213 969	22 324

Im Jahre 1910 wurden in den baltiſchen Provinzen 735 367 ha mit Verpflegungsgetreide — Roggen, Weizen und Gerſte — bebaut. Demgemäß betrug die Hektarernte im Durchſchnitt für unſer Gebiet, und im Vergleich damit in benachbarten Teilen des Deutſchen und Ruſſiſchen Reiches:

In den baltiſchen Provinzen	1141 kg	In Oſtpreußen	1976 kg
Im Deutſchen Reich	1893 „	In Weſtpreußen	2063 „
In den an die baltiſchen Provinzen grenzenden Teilen Rußlands			800 „

Wenn in den hier angegebenen Zahlen die ungenügende landwirtſchaftliche Ausnutzung des Bodens infolge von ungünſtigen wirtſchaftlichen, politiſchen und ſozialen Verhältniſſen zum Ausdruck kommt (für Litauen ſtellen ſich die entſprechenden Werte noch geringer), ſo weiſt unſer Gebiet dennoch, trotzdem ſich Wieſen und Weiden immer noch in einem gewiſſen Naturzuſtande befinden, einen verhältnismäßig hohen Viehbeſtand auf.

Für das Jahr 1910 ſind die folgenden Zahlen maßgebend:

	Pferde	Rinder	Schafe und Ziegen	Schweine
Kurland . . .	122 886	323 209	258 195	147 923
Livland . . .	179 439	587 720	424 790	278 620
Eſtland . . .	73 330	226 962	197 573	81 203
Zuſammen	375 655	1 137 891	880 558	507 746

Auf je 100 Einwohner der ländlichen Bevölkerung entfielen im Jahre 1910 in

	Pferde	Rinder	Schafe und Ziegen	Schweine
Kurland . . .	22	58	46	26
Livland . . .	18	57	41	27
Eſtland . . .	19	59	52	21
	19	58	46	26
Dagegen im Europäiſchen Rußland	20	30	65	10

Wenn man die Geſamteinwohnerſchaft in Betracht zieht, ſo entfallen auf je 100 Einwohner für

		Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
Die baltiſchen Provinzen (1910)		14	42	33	19
Das Deutſche Reich (1912)		7	31	14	33
Litauen (1910)	Prov. Kowno . .	21	46	31	Schafe 21
	„ Suwalki .	18	21	23	und 12
	„ Wilna . .	17	36	24	Ziegen 19

Wenn man berückſichtigt, daß die Zahl der Städtebewohner in den baltiſchen Provinzen ſtärker als in Litauen iſt, ſo verſchieben ſich die Ziffern zum Vorteile der baltiſchen Provinzen.

Die mit Wald beſtandenen Flächen der einzelnen Provinzen verteilten ſich in folgenden Zahlen nach dem Beſitz in Hektaren:

	Staatsforſten	Privatforſten	Wälder der Ritterſchaften, Städte uſw.	Geſamtwaldfläche
Kurland . . .	425 701	470 908	2 388	898 997
Livland . . .	213 976	760 841	31 897	976 714
Eſtland . . .	3 760	336 556	7 465	347 781
Zuſammen	643 437	1 538 305	41 750	2 223 492

Die wichtigſten Waldbäume des Baltikums ſind Kiefer und Fichte, wobei erſtere hauptſächlich an die ſandigen Flächen des niedrigliegenden, in der Nähe des Meeres ſich ausbreitenden Landes gebunden ſind. Die nordiſche Kiefer, allen deutſchen Forſtleuten und Holzhändlern unter dem Namen der „Riga-Kiefer“ bekannt, ſtellt durch ihre Geradſchäftigkeit, den hohen ſchlanken Wuchs der walzenrunden Stämme, einen beſonders wertvollen Baum dar, deſſen Eigenſchaften eine Nutzholzausarbeitung von 70—80% ermöglichen. Dann folgen nach Wert und Häufigkeit als nächſtwichtige Waldbäume — Birke, Eſpe und Schwarzerle, zu denen ſich ferner Grauerlen, Ebereſchen und verſchiedene Weidenarten geſellen. Letztere haben keine techniſche Bedeutung, können aber als Buſchholz zu Brennzwecken verwertet werden. Die Eiche iſt in Kurland noch am zahlreichſten vorhanden, wo ſie ſtellenweiſe in Gemeinſchaft mit der Fichte beſtandbildend auftritt. In Livland gab es noch im Mittelalter große Mengen von Eichen, die leider im Laufe der Zeiten der Vernichtung anheim gefallen ſind. Wertvolle Nutzhölzer ſind Eſchen und Ahorne, die ſtellenweiſe, beſonders an Hängen, in kleinen Beſtänden vorhanden ſind.

Ein Teil der Wälder der Oſtſeeprovinzen ſtockt auf mehr oder weniger ſumpfigen oder verſumpften Böden, die ohne große Mühe

trocken gelegt werden können, um dann bedeutend höhere Erträge zu liefern. Hier handelt es ſich in der Hauptſache um Beſtände von Birken und Erlen, die in verſchiedenem Verhältnis mit Nadelbäumen gemiſcht vorkommen. Wir haben bereits oben von den ſehr ausgedehnten Flächen geſprochen, die in der Tabelle über die Bodenverteilung nach Nutzungsarten als Wieſen- und Weideland angeführt wurden. Beſonders im nördlichen Livland und in Eſtland ſind dieſe Flächen immer mehr oder weniger ſtark mit Holz beſtanden, ſodaß ſie auf den unbefangenen Beſchauer ohne weiteres den Eindruck von Niederwäldern hervorrufen. Sie müſſen daher in Berechnung gezogen werden, wenn man über die in den baltiſchen Provinzen vorhandenen Waldmengen zu einem richtigen Urteil kommen will. Nach unſerer obigen Tabelle ſchwankt der Anteil des Waldes zwiſchen 19,75 und 31%; er beträgt im Mittel etwa 24,3%. Wieſe und Weide umfaſſen im Mittel 35,3%. Da ſie zum überwiegenden Teile, wenn auch nur locker, mit Bäumen beſetzt ſind, muß man ſie etwa der halben Fläche Waldes gleich ſetzen. Unter dieſer Vorausſetzung würde ſich die Waldfläche auf etwa 43% des Geſamtareals beziffern. Stellt man dem gegenüber, daß die Geſamtforſtfläche des Deutſchen Reiches nach der Aufnahme von 1900 = 13995869 Hektaren war, d. h. nur 25% vom Areal des Reiches betrug, ſo ſieht man erſt, welche Bedeutung der Wald für das Baltikum hat, welche nutzbare Kräfte hier bisher ungehoben ſchlummern.

Berückſichtigt man die nur offiziell als ſolche bezeichneten Waldflächen, ſieht man von den ſehr zahlreichen bewaldeten Wieſen, Weiden und Moräſten vollſtändig ab, ſo würden die Oſtſeeprovinzen in den nächſten 20 Jahren nach Berechnung eines bewährten Fachmannes für das Jahr folgend Einkünfte liefern:

	Waldfläche	Jährliche Hiebfläche	Zu erwartende Holzmaſſe auf der jährlichen Hiebfläche	Davon:			Geldertrag für das Jahr	Durchſchnittsertrag der Geſamtfläche pro ha
				Nutzholz	Brennholz			
					I. Kl.	II. Kl.		
	ha	ha	fm	fm	fm	fm	Mk.	Mk.
Kurland	898997	1030657	2720190	1667600	731950	320640	26325392	29.2
Livland	976714	1108380	2584331	1379000	868000	337331	22157700	22.7
Eſtland	347781	403000	785270	267425	374860	142985	6367750	18.3
Zuſ.	2223492	2542037	6089791	3314025	1974810	800956	54844842	

Betrachten wir nun immer in dem Gedanken an die zukünftige Ausnutzung des Landes auf dem Wege der Landwirtſchaft — die Bevölkerung der Oſtſeeprovinzen, vorläufig nur nach ihrer Zahl und in ihrer prozentualen Zuſammenſetzung, um zuerſt ein Urteil in ganz großen Zügen zu gewinnen, ſo ergibt ſich die folgende Zuſammenſtellung. Es wohnten in den Baltiſchen Provinzen um die Wende des Jahrhunderts (nach der ruſſiſchen Volkszählung von 1897) in:

	Deutſche	Letten	Eſten	Ruſſen	Polen	Litauer	Juden	And. Nation.	Insgeſamt
Kurland	51017	505994	—	38276	19688	16531	37689	4839	674034
Livland	98573	563829	518594	69614	15132	6594	23728	3301	1299365
Eſtland	16037	472	365959	20899	1237	86	1269	6757	412716
Zuſ. i. d. 3 Oſtſeeprovinzen	165627	1070295	884553	128789	36057	23211	62686	14897	2386115

Demgemäß verteilt ſich die Bevölkerung nach Prozenten folgendermaßen:

	Deutſche	Letten	Eſten	Ruſſen	Polen	Litauer	Juden	And. Nation.	Insgeſamt
Kurland	7,57	75,07	—	5,68	2,92	2,45	5,59	0,72	100
Livland	7,57	43,06	39,91	5,36	1,16	0,51	1,83	0,76	100
Eſtland	3,90	0,11	88,67	5,07	0,29	0,02	0,31	0,76	100
Zuſ. i. d. 3 Oſtſeeprovinzen	6,94	44,84	37,08	5,39	1,51	0,97	2,65	0,61	100

Die vorliegende Zahlenaufſtellung ſoll nun vorläufig nicht weiter beſprochen werden. Von der Verteilung der Bevölkerung nach Nationen oder Berufen oder überhaupt auf die einzelnen Räume wird ſpäter die Rede ſein. Dieſe Zahlen ſind ja auch durch die Zeit bereits überholt; es ſind Veränderungen im Lande vor ſich gegangen, die noch vor Beginn des Krieges entſprechende Veränderungen z. B. in der Verteilung des Deutſchtums zu Wege gebracht haben.

Nach der Zählung des Jahres 1910 betrug die Einwohnerzahl 2664000 Seelen bei einem Areal der Baltiſchen Provinzen, das ohne Seen etwa 91500 qkm oder nahezu ein Sechſtel vom Umfange des Deutſchen Reiches umfaßt. Es kommen ſomit auf den Quadrat-Kilometer:

In den baltiſchen Provinzen	28,8 Einw.	In Weſtpreußen	66,7 Einw.
In Oſtpreußen	55,8 „	In Pommern	57,0 „

Im Deutſchen Reich 120,0 Einwohner

Daraus ergibt ſich, wie dünn die Bevölkerung im Oſtbaltikum iſt, zugleich und vor allem, wieviel Raum dort noch zu Verfügung ſteht, wieviel Menſchen noch angeſiedelt werden können, wenn auch nur die Abſicht beſteht, die Bevölkerungsdichte auf jene Höhe zu erheben, die heute in den öſtlichen Küſtenländern in den Grenzen des Deutſchen Reiches vorhanden iſt. Woher der Raum in den Baltiſchen Provinzen für eine dichtere Bevölkerung genommen werden kann, wird aus den oben angeführten Zahlen über die Verteilung der nutzbaren Flächen, ferner über die Größe des unter Wald ſtehenden Gebietes ohne weiteres erſichtlich. Auch für die Beſiedlung des Landes in Zukunft ſind die Richtlinien zum Teil ſchon gegeben.

Das Jahr 1906 bedeutete einen Wendepunkt in der Geſchichte der kulturellen Entwickelung des baltiſchen Deutſchtums. Trotz des Widerſtrebens der ruſſiſchen Regierung und des Widerſtandes der öffentlichen Meinung Rußlands gelang es dem baltiſchen Stamm durch zielbewußte Organiſation und unbeſchränktes Opfern von Geldmitteln, ſich zuſammenzuſchließen, um poſitive Arbeit zur Erhaltung und Verbreitung deutſcher Geſinnung, deutſcher Sitte uud Kultur zu leiſten. Weit in die Zukunft ſchauende Männer beſchritten damals einen Weg, den in früheren Jahrhunderten deutſche Pioniere in weiten Teilen von Oſtdeutſchland gewandelt waren. Sie verkleinerten ihren Großgrundbeſitz und ſiedelten deutſche Koloniſten, vor allem aus den Weſtgebieten des ruſſiſchen Reiches, auf ihrem Lande an. So konnte es geſchehen, daß von 1906 bis 1914 gegen 20000 Deutſche in Kurland und einzelnen Teilen Livlands ſeßhaft wurden, in der Hoffnung, hier im Zuſammenſchluß und durch Verwachſen mit dem baltiſchen Deutſchtum ihre nationalen Eigenſchaften bewahren zu können. Die Anſiedlung der deutſchen Koloniſten, die ſich durch urwüchſige Unverdorbenheit der Sitten, zähen Fleiß, Ausdauer und einen großen Kinderreichtum auszeichnen, war ein Verſuch, der bei allen Hinderniſſen und trotz größter Schwierigkeiten glänzend geglückt iſt. Ganz beſonders wichtig erſcheint dabei der Umſtand, daß die eingeborene Landbevölkerung in keiner Weiſe eingeengt oder ſonſt irgendwie benachteiligt wurde.

Für die zukünftige Beſiedlung in großem Maßſtabe käme in erſter Linie das Domänenland in Frage. Im letzten Kapitel dieſes Buches, das von der deutſchen Siedlung im Oſtland handelt, iſt die Summe aller hierher gehörigen Fragen zuſammenhängend behandelt, und wir können uns hier damit begnügen, auf jene Berechnungen zu verweiſen.

Nur die Überzeugung möchten wir ſchon an dieſer Stelle ausſprechen, daß dem Deutſchtum in ſeinem alten Koloniallande, wenn Glück und feſter Wille dahinter ſind, noch eine große Zukunft bevorſteht. Wird die von deutſchen Männern ſchon vor dem Kriege begonnene Siedlung der baltiſchen Provinzen mit deutſchen Bauern durchgeführt, um damit eine völlige Erſchließung des Landes zu erreichen, ſo würde eine auf etwa 4,5 Millionen Seelen angewachſene Bevölkerung reichliche Verſorgung finden. Außerdem würden die Bewohner ſo viel produzieren, daß ſie dem deutſchen Mutterlande an landwirtſchaftlichen Erzeugniſſen jährlich liefern könnten: 1) 1 Million Tonnen Getreide (Roggen, Weizen, Gerſte und Hülſenfrüchte), 2) 100000 Stück Pferde, 3) 100—120000 Stück Rindvieh, 4) 800 bis 900000 Stück größere Schweine, 5) 36 Millionen Liter Spiritus (aus den Gegenden, in denen bereits bisher der Überſchuß an Kartoffeln im landwirtſchaftlichen Nebenbetriebe zu Spiritus verbrannt worden iſt). Welche Bedeutung den hier angeführten Mengen landwirtſchaftlicher Erzeugniſſe zukommt, geht aus der Tatſache hervor, daß das Deutſche Reich vor Ausbruch des Krieges gezwungen war, einzuführen: 1) Ungefähr 1 Million Tonnen Brotgetreide (nach Abzug der Ausfuhr von Brotgetreide und Mehl), 2) 3 Millionen Tonnen Futtergerſte, 3) 140000 Stück Pferde, 4) 250000 Stück Rindvieh. Hieraus iſt erſichtlich, wie die Oſtſeeprovinzen imſtande ſein können, zu einem maßgebenden Faktor zu werden, nämlich in bezug auf die Selbſtverſorgungsmöglichkeit oder *Autarkie des Deutſchen Reiches*, die, wie dieſer Krieg gelehrt hat, als wichtigſte Forderung für den Fortbeſtand dieſes Reiches in Zukunft gelten muß.

In Litauen liegen die Verhältniſſe anders, als im Oſtbaltikum. Hier kommen die bisherigen Gouvernements Kowno, Suwalki und ein Teil des Gouvernements Wilna in Frage. Die Größenverhältniſſe ſind folgende: Kowno umfaßt 37674, Suwalki 11547 qkm; rechnet man die litauiſchen Teile der Gouvernements Wilna und Grodno hinzu, ſo erhält man eine Fläche, die derjenigen von Oſt- und Weſtpreußen zuſammengenommen etwa gleichkommt oder zwei Drittel vom Areal der baltiſchen Provinzen umfaßt. Die deutſche Siedlungspolitik in Litauen muß einheitlich mit derjenigen im Baltikum geregelt werden, ſoweit die Verhältniſſe das erlauben; auch hierüber findet ſich das Notwendige im Schlußkapitel geſagt.

Während in den baltiſchen Provinzen die Landwirtſchaft dazu berufen ſcheint, in Zukunft eine ganz bedeutende Rolle zu ſpielen, während auf dieſem Gebiete die Verhältniſſe ganz klar liegen, ſo läßt ſich das von der Induſtrie nicht ohne weiteres ſagen. Vor allem iſt eins zu betonen. Der baltiſche Induſtriebezirk, vor dem Kriege ein wichtiger Beſtandteil der Induſtrie des ruſſiſchen Reiches, hat aufgehört zu exiſtieren.

Nach dem vom ruſſiſchen Miniſterium für Handel und Induſtrie im Jahre 1911 herausgegebenen Rechenſchaftsbericht der Fabrikinſpektoren ergeben ſich für die Anzahl der Fabriken und der Induſtriearbeiter für das Jahr 1910 die folgenden Zahlen:

Kurland	164	Fabriken mit	15757	Arbeitern
Livland	393	„ „	67368	„
Eſtland	111	„ „	21757	„
Zuſammen	668	Fabriken mit	104364	Arbeitern.

Zum Zentrum der baltiſchen Induſtrie konnte ihrer geographiſchen Lage und Vergangenheit nach nur die Stadt Riga werden. Von der Bedeutung Rigas erhalten wir einen Begriff, wenn wir die nachſtehende Aufſtellung betrachten:

Betriebsgröße der Fabriken in Livland im Jahre 1910.

Beſchäftigungsziffer	Fabriken	Arbeiter
bis 100 Arbeiter	258	10911
100— 500 „	109	24669
500—1000 „	16	11112
über 1000 „	10	20676
Zuſammen	393	67368

Es läßt ſich daraus erſehen, daß in Livland bedeutende Anſätze zur Entwicklung einer Großinduſtrie vorhanden waren. Im Jahre 1910 hatte Riga 259 Fabriken mit 51640 Arbeitern, d. h. mit der Hälfte aller baltiſchen Arbeiter und nahezu $^5/_6$ der Arbeiterſchaft Livlands. Während Riga im Jahre 1903 40547 Arbeiter zählte, betrug die Zahl derſelben zehn Jahre ſpäter, alſo 1912 62687; das bedeutet für dieſen kurzen Zeitraum eine Zunahme von ungefähr 50 %; aber die plötzliche ſtarke Entwickelung der Rigaſchen Induſtrie begann ſchon früher. In den Jahren 1897—1900 ſind in Riga 22 Aktiengeſellſchaften mit einem Kapital von rund 46 Millionen Mark entſtanden. Um dieſelbe Zeit erhielt die Induſtrie im Mündungsgebiet der Düna

bedeutenden Zuwachs durch Gründung einer Reihe von reichsdeutſchen Unternehmen. Um ein klares Bild darüber zu gewinnen, welches die Urſachen dafür ſind, daß die Induſtrie im Baltikum ſo ſchnell wächſt, und daß gerade Riga zum Zentrum wird, betrachten wir die folgende Tabelle:

Die Verteilung der baltiſchen Induſtrie im Jahre 1907 nach ihrer Jahreserzeugung in Millionen Mark.

	Kurland	Livland	Eſtland	Zuſammen	In % der ruſſiſchen Geſ.-Erzeugung unter Ausſchluß von Finnland
Metallverarbeitung . .	12	72	13	97	6 %
Textilinduſtrie	8	38	15	61	2,2 %
Holzverarbeitung . . .	1	25	11	42	15 %
Chemiſche Induſtrie . .	—	32	4	36	12 %
Papierinduſtrie . . .	6	17	8	26	11 %
Nahrungsmittelinduſtrie (ohne Zuckerinduſtrie, Brauerei u. Brennerei)	17	5	1	23	7 %
Verarbeitung tieriſcher Produkte	2	12	1	15	6 %
Verarbeitung von Mineralien	3	7	3	13	6 %
Zuſammen	49	208	56	313	—

Wir ſehen, daß Metallverarbeitung und Textilinduſtrie an erſter Stelle ſtehen, und das ſind Zweige, deren Rohſtoffe nur zum geringſten Teil im Lande ſelbſt erzeugt werden können. Es iſt alſo die geographiſche Lage der baltiſchen Provinzen, mit Riga als wichtigſtem Hafenort, die den billigſten und bequemſten Bezug ausländiſchen Rohmaterials über See gewährleiſtete — ein Grund für die ſchnelle Treibhausentwickelung eines großen Teiles der baltiſchen Induſtrie, trotzdem dieſelbe ihre Produkte zum Teil in weit entlegenen Gebieten des ruſſiſchen Reiches abſetzen mußte. Derartige Verhältniſſe konnten natürlich nur dort walten, wo hohe Schutzzölle die Produktion ſicherſtellten und förderten. Es kommt indeſſen noch ein weiterer Geſichtspunkt in Frage: die baltiſche Induſtrie iſt eine Leiſtung deutſcher Arbeit; in ihr kommt der ganze Wert der deutſchen Kultur zum Ausdruck. Die Rigaer Induſtrie arbeitete in hohem Grade mit reichsdeutſchem Kapital; etwa 80 Millionen Mark ſind dort angelegt worden; aber nicht nur nach Riga, ſondern auch nach Reval, Pernau und Libau floſſen die Gelder aus dem Deutſchen Reich; unter 160 namhaften

Firmen des baltischen Industriebezirks arbeiteten 141 mit reichsdeutschem oder baltischem Kapital, in den übrigen 19 Firmen überwog anderweitiges, ausländisches Kapital das russische ganz bedeutend. Als Fabrikbesitzer und -Leiter, Ingenieure und Techniker kommen überhaupt nur Deutsche, entweder aus dem Reiche oder aus den baltischen Provinzen in Frage. Seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bestand dort eine Technische Hochschule, das „Rigaer Polytechnikum", das lediglich aus Mitteln des Landes unterhalten wurde, das in seinem Lehrkörper fast ausschließlich reichsdeutsche Kräfte verwendete; auch eine landwirtschaftliche Abteilung enthielt diese Anstalt. Die Hochschule hat natürlich das Ihrige dazu beigetragen, die Entwicklung der Industrie zu fördern, und ihr gleichzeitig den deutschen Charakter zu wahren. Das Arbeitermaterial bezog die baltische Industrie aus der Landbevölkerung der drei Provinzen, d. h. die Arbeiterschaft rekrutierte sich in der Hauptsache (in Riga fast völlig) aus Letten, sodann aus Esten, während Russen nur zu einfacheren Arbeiten zu verwenden waren. Namentlich die Letten sind gelehrige und fleißige Arbeiter, denen es nicht selten gelang, sich zu Werkmeistern heraufzuarbeiten, deren Posten im allgemeinen aber durch Deutsche besetzt wurden. Fassen wir das Gesagte kurz zusammen. Das schnelle Aufblühen der baltischen Industrie ist verursacht worden:

1. Durch Schutzzölle.

2. Durch die günstige Lage der Orte am Meere, die den Bezug solcher Rohstoffe wie Kohle, Baumwolle, Kautschuk usw. erleichterte und gleichzeitig für die Ausfuhr gewisser Produkte, wie Holzwaren, Ölkuchen, Mineralöle u. a. sorgte.

3. Durch günstige Eisenbahnverbindungen nach dem Innern Rußlands und natürliche Wasserwege im Lande selbst, die allerdings nur die leichte Anfuhr einer Art von Rohmaterial, nämlich von Holz gewährleisteten.

4. Durch die Verwendung deutscher organisatorischer Arbeitskraft, deutschen und baltischen Kapitals.

5. Durch eine einheimische, kulturell die Bevölkerung Rußlands weit überragende Arbeiterschaft, deren Leistungsfähigkeit darin ihre Begründung findet, daß Letten und Esten in einem von deutsch-evangelischem Geiste geleiteten Lande in Generationen zu einem Kulturelement geworden sind.

Es iſt daher kein Wunder, wenn die Produkte der baltiſchen Induſtrie auf dem ruſſiſchen Markt eine gewiſſe Vorzugsſtellung genoſſen, denn ſie galten eben allgemein als Erzeugniſſe „deutſcher Arbeit“ und wurden als ſolche bewertet. Über die Zukunft der baltiſchen Induſtrie ein Urteil zu fällen, iſt eine ſchwierige Aufgabe, die auch dadurch nicht erleichtert wird, daß das baltiſche Zentrum Riga ſeine Betriebe verloren hat, die ja wie bekannt zum größeren Teile nach Rußland fortgeführt, zum Teil einfach von den Ruſſen vernichtet wurden, damit ſie nicht in die Hände Deutſchlands gelangten.

Wir betrachten nun zunächſt diejenigen Betriebe, deren Exiſtenz in der Hauptſache auf inländiſche Rohſtoffe gegründet war, und verweiſen dabei auf die oben erwähnten ziffernmäßigen Daten. Obenan ſteht natürlich die Holzverarbeitung; in bezug auf die Holzinduſtrie nehmen die Oſtſeeprovinzen in den Grenzen des ruſſiſchen Reiches nach Finnland die zweite Stelle ein; dann folgt die Papierinduſtrie, die trotz des ſcharfen Wettbewerbs von ſeiten des durch billige Waſſerkraft, billigeres Kapital und weſentlich niedrigere Zölle auf Maſchinen und gewiſſe Chemikalien bevorzugten finnländiſchen Produktionsgebietes eine beachtenswerte Entwickelung erlangt hatte. Hervorragende Leiſtungen erzielte auch die mit deutſchem Kapital gegründete Zellſtofffabrik Waldhof bei Pernau. Sie ſetzte etwa die Hälfte ihrer Jahreserzeugung im Auslande ab, indem ſie vor allem norddeutſche Papierfabriken verſorgte. Auch Waldhof wurde von den Ruſſen vernichtet, als im Herbſt 1915 ein deutſches Geſchwader in den Rigaiſchen Meerbuſen vorſtieß, das die ruſſiſchen Behörden in eine allgemeine Panik verſetzte, die eine Landung deutſcher Truppen mit einem darauf folgenden Vormarſch auf Reval und Petersburg fürchteten. Die baltiſche Nahrungs- und Genußmittelinduſtrie zerfällt in Getreidemüllerei mit einer Reihe großer Dampfmühlen und einer Unzahl kleinerer Waſſer- und Windmühlen; ſie enthält eine beachtenswerte Konſervenindustrie, ein ſtark entwickeltes Braugewerbe mit ſechzehn Großbrauereien; als wichtigſter Zweig iſt die Branntweinbrennerei zu betrachten. Dieſe bildet das am weiteſten verbreitete landwirtſchaftliche Nebengewerbe; in etwa 240 Brennereien wurden 36 Mill. Liter Spiritus d. h. nahezu $^1/_{10}$ der Spirituserzeugung des Deutſchen Reiches hergeſtellt. In der Verarbeitung tieriſcher Produkte ſteht an erſter Stelle die Lederinduſtrie, die indeſſen drei Viertel des Rohmaterials und auch die nötigen Chemikalien aus dem Auslande be-

zog. Dann folgt die Licht- und Seifeninduſtrie. Die Verarbeitung von Mineralien beſchränkt ſich auf zahlreiche im Lande zerſtreute Ziegeleibetriebe, ferner einige im größten Maßſtabe arbeitende Zementfabriken, ſodann die Glas- und Tonwareninduſtrie. Wenn dieſe Zweige auch hinſichtlich des Wertes ihrer Erzeugung an letzter Stelle zu ſtehen kommen, ſo nehmen ſie immerhin, was die Zahl der Arbeiter anbetrifft, in der baltiſchen Induſtrie mit 11891 Menſchen die vierte Stelle ein. Im Rahmen der chemiſchen Induſtrie wäre die Herſtellung pflanzlicher Öle zu erwähnen, die Leinöl und andere Öle aus inländiſchem und ruſſiſchem Material herſtellte, dafür aber in beträchtlichem Umfange Ölkuchen ausführte. Auch die Erzeugniſſe der Petroleumraffinerie haben in der Induſtrie der Stadt Riga eine bedeutende Rolle geſpielt. Von der Textilinduſtrie wären nur zu erwähnen: die Betriebe zur Verarbeitung von Flachs, Hanf und Jute — 17 an der Zahl mit 3731 Arbeitern, die doch vorzugsweiſe binnenländiſches Rohmaterial benutzten. Alle die hier genannten, mit heimiſchen oder ruſſiſchen Rohſtoffen arbeitenden Zweige ſind in Zukunft einer größeren Entwickelung fähig, die abhängig ſein dürfte in erſter Linie von der Steigerung der land- und forſtwirtſchaftlichen Produktion in den Oſtſeeprovinzen ſelbſt. Wir haben bereits geſehen, daß das Land imſtande ſein wird, bedeutend größere Mengen an Holz, Getreide, Kartoffeln und Vieh zu liefern. Kohlen fehlen den baltiſchen Provinzen, aber in den ausgedehnten Torfmooren, die meilenweite Flächen von Nordlivland und Eſtland bedecken, ſind unerſchöpfliche Vorräte an Torf enthalten, deſſen techniſche Verwertung gerade in jenen Gegenden in den letzten Jahren große Fortſchritte aufzuweiſen hat. Eine Steigerung der Produktion in denjenigen Betrieben, die ihr Material (man denke an Holz, Getreide, Flachs und Hanf) dem Lande ſelbſt, und dem ruſſiſchen Hinterlande in unbegrenzter Menge entnehmen können, erſcheint aber unmöglich, ohne den ſyſtematiſchen Ausbau des Eiſenbahnnetzes und der Waſſerſtraßen. Alle Flüſſe der Oſtſeeprovinzen ſind korrektionsbedürftig, Kanäle müſſen gebaut werden. Die wichtigſte, bisher nur für Holzflößung benutzte Waſſerſtraße iſt die Düna, deren Schiffbarmachung ohne weiteres möglich erſcheint, ſobald die politiſchen Verhältniſſe des Landes ſich geändert haben werden. Bei der Korrektion der Düna und auch der Windau können große Waſſerkräfte gewonnen werden, die ſtädtiſchen und landwirtſchaftlichen Betrieben zugute kämen. Die livländiſche Aa, deren Mündung nicht

weit vom Ausfluß der Düna liegt, iſt durch eine künſtliche Verbindung, den ſchmalen Düna—Aa-Kanal zum Nebenfluß des Hauptſtromes von Liv- und Kurland geworden. Wenngleich vom ſozialpolitiſchen Standpunkte eine allzu große Anhäufung, vor allen Dingen eine künſtliche Vermehrung der Induſtriebetriebe in Riga kaum wünſchenswert erſcheinen dürfte, ſo wird dieſer Ort ganz naturgemäß wiederum zum großen Zentrum werden — einerſeits wegen der Bahnlinien, die dort münden, und dann infolge der Vereinigung der ſchon mehrfach genannten Waſſeradern. Außerdem grenzt das Weichbild der Stadt im Norden an große Seen, die mit der Düna in Verbindung ſtehen, deren Ufergelände daher zur Anlage von Fabriken im höchſten Grade günſtig gelegen iſt. Bisher gab es in den Oſtſeeprovinzen nur wenige Kanalverbindungen; auch ſie müſſen in Zukunft geſchaffen werden. Die wichtigſte künſtliche Waſſerſtraße wird ein Kanal ſein, der den Embach bzw. Wirzjärwſee mit dem Pernaufluß verbindet, ein Kanal alſo, der, im Norden Livlands in genau oſt-weſtlicher Richtung verlaufend, die große Waſſerfläche des Peipus mit dem nördlichen Teile des Rigaiſchen Meerbuſens, der Bucht von Pernau, in Verbindung ſetzt. Nach Schaffung des genannten Kanals werden die baltiſchen Provinzen über zwei Hauptmagiſtralen verfügen, die zur Erſchließung des ruſſiſchen Hinterlandes das Ihrige beitragen können.

Wir haben bisher von einem Induſtriezweig noch gar nicht geſprochen, der den Oſtſeeprovinzen völlig fehlte; das iſt die Herſtellung ven Rübenzucker. Vorausſichtlich wird ſich in Zukunft mit der allgemeinen Intenſivierung der Landwirtſchaft und der dichteren Beſiedelung des Landes der Anbau von Zuckerrüben in größerem Maßſtabe einbürgern. Kurland und Litauen haben natürlich die günſtigſten klimatiſchen und Bodenverhältniſſe für die Kultur dieſer Feldfrucht aufzuweiſen, die indeſſen in allen Provinzen angebaut werden kann, wie ſeit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Finnland ſyſtematiſch angeſtellte Verſuche lehren. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß Schweden ſeinen Zuckerbedarf zum größten Teil durch eigene Produktion deckt, und in Schweden liegen die Verhältniſſe, was Klima und Boden anbetrifft, ähnlich wie in den baltiſchen Provinzen. Ganz anders nun verhalten ſich die Dinge in bezug auf diejenigen Induſtrien, die ſich mit Metallverarbeitung, ferner mit der Herſtellung chemiſcher Produkte, von Gummi- und Textilerzeug-

nissen beschäftigten. Werden diese künstlich ins Leben gerufene Betriebe auch in Zukunft eine Existenzberechtigung im Baltikum finden? Die Frage in ihrem ganzen Umfange zu beantworten, erscheint unmöglich. Es ist ohne weiteres verständlich, daß nach Beendigung des Krieges die Nachfrage nach Erzeugnissen der Industrie in Rußland eine ganz ungeheure sein wird. Das russische Reich muß in allererster Linie bestrebt sein, seine Agrarreform durchzuführen, um auf landwirtschaftlichem Gebiete die größte Leistungsfähigkeit zu erreichen, da eben doch das Gleichgewicht im russischen Budget auf der Getreideausfuhr ruht. Rußland wird daher vor allem Motoren und landwirtschaftliche Maschinen brauchen. Ferner wird dieser Staat, in dem Bestreben auf industriellem Gebiete unabhängig zu werden, eine Reihe von neuen Industrien und Industriezentren schaffen müssen. Dazu gehört viel Zeit, und Rußland dürfte zunächst völlig auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen sein. Und nun kommt natürlich alles auf die zukünftige Gestaltung der politischen Lage an: ob Rußland von der Ostsee zurückweicht oder nicht, und welche Handelsverträge Deutschland mit der russischen Regierung abschließt. Davon wird es abhängen, ob in den baltischen Provinzen Industrien erstehen können, die hauptsächlich für Befriedigung des russischen Marktes arbeiten, wie z. B. die Eisenindustrie, die unter Ausnutzung der günstigen Lage am Meere mit Hilfe schwedischer und finnischer Erze und deutscher Kohle das Rohmaterial für Maschinen aller Art im Lande selbst erzeugt. Die Industrie in Litauen tritt gegenüber der Bedeutung des baltischen Industriebezirkes dermaßen in den Hintergrund, daß eine nähere Beleuchtung völlig unnötig erscheint. Wir brauchen nur an die oben erwähnten Momente zu denken, die für die Entwickelung der baltischen Industrie maßgebend gewesen sind, um uns darüber klar zu werden, daß auch für die nähere Zukunft alle Grundlagen fehlen, die in Litauen eine selbständige starke Industrie hervorrufen könnten.

Wenn man von der baltischen Industrie mit Recht sagen konnte, daß ein Teil derselben sich treibhausartig zu unnatürlicher Höhe emporgeschwungen hätte, so trifft das für den Handel nicht zu. Die Entwicklung des baltischen Handels hat einen stetigen und regelrechten Verlauf genommen; seine Bedeutung beruht auf der geographischen Lage der Provinzen, dessen bedeutendste Städte als deutsche, d. h. westeuropäische Gründungen mit dem Gesicht nach Westen schauen,

während ſie durch künſtliche Verkehrsſtraßen, Eiſenbahnen, mit weitentfernten Teilen des ruſſiſchen Reiches in Verbindung ſtehen. Die wichtigſten Handelsſtädte der baltiſchen Provinzen ſind Seeſtädte. Nach den Ergebniſſen der ruſſiſchen Volkszählung von 1897 zählte Riga 282230 Einwohner, dann folgt in Livland die binnenländiſche Stadt Dorpat mit 42308 und an dritter Stelle das am Meere liegende Pernau mit 12898 Einwohnern. Alle anderen Städte Livlands mit Ausnahme von Walk erreichen die Zahl 10000 nicht. In Kurland iſt Libau mit 64489 Einwohnern die bedeutendſte Stadt; dann folgt Mitau, die alte Hauptſtadt des Landes mit 35131 Seelen; Mitau wäre bei weiterem Anwachſen des Rigaer Induſtriebezirkes in nicht mehr als einem Menſchenalter mit dieſem Zentrum verſchmolzen und ſchließlich zu einem Vorort Rigas geworden. Die übrigen Städte Kurlands bleiben in ihrer Einwohnerzahl unter 10000 ſtehen. In Eſtland ſteht die Hafenſtadt Reval mit 64572 Einwohnern obenan, die anderen Städte bleiben mit ihrer Bevölkerung gleichfalls hinter der Zahl 10000 zurück. Nun ſind auch dieſe Ziffern ſchon veraltet, und durch die Entwickelung längſt überholt; aber gerade in den Seeſtädten hat die Einwohnerzahl ſeit 1897 am ſtärkſten zugenommen. Riga z. B. beſitzt vor dem Kriege infolge ſeiner zunehmenden Bedeutung als Handels- und Induſtrieſtadt mit ſeinen Vororten mehr als 500000 Einwohner.

Die baltiſchen Häfen ſind geradezu von der Natur beſtimmt, einem großen Teil des ruſſiſchen Außenhandels als Ein- und Ausgangstore zu dienen. Ein Vergleich der Ein- und Ausfuhr der fünf baltiſchen Seeſtädte Riga, Reval, Windau, Libau und Pernau mit dem geſamten Außenhandel des europäiſchen Rußlands veranſchaulicht dies deutlich, wie folgende Tabelle zeigt:

Ein- und Ausfuhr im Jahre 1911 (in Millionen Rubel).

	Europäiſches Rußland	5 baltiſche Häfen	
Einfuhr	960	291	= 30,3 %
Ausfuhr	1340	361	= 27,0 %
	2300	652	= 28,3 %

Wenn man nun bedenkt, daß Rußland für ſeine Ein- und Ausfuhr eine lang ausgedehnte Landgrenze, eine Reihe wichtiger Häfen am Schwarzen Meer, und endlich im Norden noch Petersburg zur Verfügung hat, ſo wird einem die Bedeutung der baltiſchen Häfen vollends

klar, die mit einem Umsatz von 1,4 Milliarden Mark nahezu den dritten Teil des russischen Außenhandels auf ihren Schultern tragen. Gegenüber den Seestädten der Ostseeprovinzen, unter denen Libau, Windau und Reval nahezu oder völlig eisfreie Häfen besitzen, während Riga höchstens einen Monat im Jahre vom Eise blockiert werden kann, ist die Bedeutung von Petersburg in den letzten Jahren beständig zurückgegangen, weil dessen Hafen für eine Dauer von etwa fünf Monaten durch Eismassen geschlossen wird.

Wie das deutsche Kapital und deutsche Arbeitskraft in der baltischen Industrie eine große Rolle spielte, haben wir schon gesehen; in noch weit stärkerem Maße ist das im baltischen Handel der Fall gewesen, wo russische Kaufleute stets nur als Kleinhändler in Frage gekommen sind. In großem Maßstabe ist auch die deutsche Schiffahrt am baltischen Handel beteiligt. Das ergibt sich aus folgender Aufstellung für das Jahr 1912:

Ein- und ausgegangene Schiffe.

	Zahl		Tonneninhalt	
	Deutsche	Englische	Deutsche	Englische
Reval	326	171	243805	182865
Riga	1353	664	873940	711848
Libau	715	153	384292	133984

Dieses Übergewicht über die englische Schiffahrt ist erst in den letzten Jahren erreicht. So entfielen z. B. von der Gesamttonnage Revals auf die englische und deutsche Flagge in den Jahren:

	1885—89	1890—94	1895—99	1900—04	1905—09
Deutsche Flagge . .	23,7 %	22,7 %	26,9 %	25,2 %	29,8 %
Englische Flagge . .	14,7 %	48,6 %	35,7 %	32,4 %	33,0 %

Es steht also einer fallenden Tendenz für die englische Tonnage das Anwachsen der deutschen gegenüber — bis, wie oben erwähnt, im Jahre 1912 das absolute Übergewicht schon Deutschland gehört. Die deutsche Schiffahrt bedient nicht nur den gesamten deutsch-russischen Handelsverkehr, sondern vermittelt auch den Handel Rußlands zum Teil mit den anderen Staaten, z. B. England. So entfielen von den 1353 deutschen Schiffen des Rigaischen Hafenverkehrs im Jahre 1912 nur 932 mit einem Tonnengehalt von 502505 auf den Verkehr mit deutschen Häfen und 113 Schiffe mit 101073 Tonnen auf englische Häfen, während umgekehrt kein einziges englisches Schiff dem Ver-

Ex Mus. univ. Tor.

kehr Rigas mit deutſchen Häfen diente. Betrachten wir nun die Haupthandelszweige näher, ſo fällt vor allem ins Auge, daß die wichtigſten Ausfuhrgegenſtände ſamt und ſonders Stoffe betreffen, die in Land- und Forſtwirtſchaft erzeugt werden. Über Riga, Reval und Libau wurden im Jahre 1911 ausgeführt:

Getreide, Holz und Felle . .	im	Werte	von	mehr	als	80	Millionen	Mark
Flachs und Eier	„	„	„	„	„	60	„	„
Saaten	„	„	„	„	„	20	„	„

Wie ſtark Riga an dieſen Gegenſtänden beteiligt iſt, geht aus der folgenden Aufſtellung hervor. Es werden über Riga im Jahre 1911 ausgeführt:

Holz	im	Betrage	von	27 %	der	ruſſiſchen	Geſamtausfuhr
Eier	„	„	„	35 %	„	„	„
Flachs	„	„	„	44 %	„	„	„
Felle	„	„	„	65 %	„	„	„
Saaten	„	„	„	17 %	„	„	„

Wenden wir uns nun der Einfuhr über die genannten Häfen zu, ſo ergibt ſich, daß unter den Rohſtoffen — Kautſchuk, Kohlen und Koks, Metalle, Rohhäute und Baumwolle, unter den Induſtriewaren — Maſchinen, unter den Verzehrungsgegenſtänden — Heringe und Tee die Hauptrolle ſpielen.

Da der baltiſche Handel von je her in deutſchen Händen geweſen iſt, ſo erſcheint es nicht verwunderlich, daß deutſcher Bürgerſinn in gemeinſamer Arbeit alles dazu getan, die Häfen aus eigenen Kräften ohne Beihilfe der ruſſiſchen Regierung in Stand zu halten. Sie entſprechen allen Anforderungen inſofern, als ſie durchweg eine Tiefe von 5—7 m am Kai aufweiſen, während an den Eingängen die Tiefe von 7 m überſchritten wird.

Die geographiſche Lage der Oſtſeeprovinzen bringt es mit ſich, daß die Seeſtädte, alſo die wichtigſten Stätten des Handels auf einer Linie belegen ſind, die von Norden nach Süden läuft, während die Richtungen der Handelswege dieſe Linie in oſt-weſtlicher bzw. weſt-öſtlicher Bahn ſchneiden. Im Mittelalter haben alle baltiſchen Städte dem mächtigen Bunde der Hanſa angehört. Die Zeugen ſind noch nicht verſchwunden! Wer heute in den Hafen von Riga oder Reval einfährt, erblickt ſchon von weitem die ſpitzen Türme der hoch in die Luft ragenden evangeliſchen Kirchen, die Städtebilder hervorrufen,

wie wir ſie von den ſüdlichen Küſten der Oſtſee her gewohnt ſind. Männer aus Lübeck und Bremen haben das meiſte dazu beigetragen, die Stadt Riga zu erbauen, und auch heute noch erinnert das Ausſehen Rigas aus der Ferne nicht wenig an Lübeck. Über die baltiſchen Provinzen beſorgten die Kaufleute der Hanſa den Handel mit dem Innern Rußlands, und Umſchlagsplätze für den binnenruſſiſchen Markt ſind die baltiſchen Seeſtädte geblieben bis in die jüngſte Zeit. Darin liegt ihre ungeheure Bedeutung für die Zukunft.

Laſſen wir das über die wirtſchaftlichen Verhältniſſe der Oſtſeeprovinzen und Litauens Geſagte an unſerem Auge vorübergehen, und kommen wir auf den Kernpunkt der Sache zu ſprechen, ſo erſcheint klar, wie viel in Zukunft von der Geſtaltung der politiſchen Lage dieſer Gebiete für das Deutſche Reich abhängen wird. Es handelt ſich vor allem um einen ausgedehnten Raum mit fruchtbaren und jungfräulichen Böden, der imſtande ſein würde, dem Reich an wichtigſten Nahrungsmitteln nahezu alles zu bieten, was ihm bisher fehlte, deshalb aus dem Auslande herangeführt werden mußte. Ferner: die baltiſchen Häfen in ihrer Geſamtheit bilden die Pforte, durch die nahezu der dritte Teil des ruſſiſchen Handels zu paſſieren gezwungen iſt. Die geographiſche Lage der baltiſchen Küſtenlinie zum Innern des ruſſiſchen Reiches gibt demjenigen, der dieſe Küſten beherrſcht, das Schickſal eines bedeutenden Teiles des ruſſiſchen Marktes in die Hand. Freilich nur dem, der die Küſtenlinie in ihrer Geſamtheit beherrſcht. Eine Teilung derſelben würde alle Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft zu nichte machen. Nur unter den genannten Bedingungen kann der deutſche Handel auf natürlicher Grundlage und freier Bahn durch Ausnutzung der geographiſchen Verhältniſſe tief in den binnenruſſiſchen Markt eindringen, kann ſich eine neue blühende baltiſche Induſtrie entwickeln, kann die deutſche Schiffahrt über die Oſtſee die engliſche Konkurrenz ganz verdrängen und jene Zeiten wieder heraufbeſchwören, die im Mittelalter in den Tagen der Hanſa hier walteten.

II. Geſchichtlicher Überblick.

Wie das baltiſche Land in geographiſcher Hinſicht durch eine See- und Sumpf-Barrière vom oſteuropäiſchen Flachlande ſcharf geſchieden iſt, ſo ſtellt es auch in ethnographiſcher und hiſtoriſcher Hinſicht ein vom großruſſiſchen Oſten völlig geſondertes Gebiet dar. In Eſtland

und der nördlichen Hälfte Livlands wohnen die Eſten, ein den Finnen verwandter Stamm; im ſüdlichen Teil Livlands und in Kurland die Letten, den Litauern verwandt, ariſchen Urſprungs. Am Nordrande der kuriſchen Halbinſel hat ſich noch ein Reſt von Liven erhalten, eines mit den Eſten verwandten Volksſtammes, der einſt die Küſte Liv- und Kurlands und auch weiter ins Land hinein das Gebiet beſiedelte und ihm ſeinen Namen gab. Außer dieſen und den lettiſchen Stämmen der Lettgallen, Selen und Semgallen ſaßen hier im Mittelalter auch die Kuren, ein finniſcher Stamm, der von der See her ins Land eindrang und deren Namen auf das Land übertragen wurde.

Es iſt nun überaus wichtig, daß dieſe Völkerſchaften nicht in die Geſchichte des oſteuropäiſchen Flachlandes, ſondern in die des katholiſchen Weſtens eingezogen wurden, und zwar durch Lübecker Kaufleute, die das Land aufſegelten, und denen bald deutſche Prieſter und Ritter folgten. Wohl hatten bereits ruſſiſche Fürſten von Nowgorod, Pleskau und Polozk aus ihre Fühler nach Weſten ausgeſtreckt, Jurjew, das ſpätere Dorpat am Embach gegründet und an der Düna Tribut erhoben; von einer dauernden Abhängigkeit kann aber keine Rede ſein, da die Eſten ſchon früh die ruſſiſche Gründung zerſtörten, und die Fürſten von Polozk nur zeitweilig Tribut erhoben und von dem Lande ſelbſt nie Beſitz ergriffen haben.

Der eigentliche Gründer der livländiſchen Kolonie war Biſchof Albert, Domherr zu Bremen, der 1201 am Rigebach an der Düna den Grundſtein von Riga legte, den Orden der Schwertbrüder ins Leben rief und durch zahlreiche Fahrten ins Mutterland und unermüdliches Werben an allen Orten der jungen Kolonie friſche und immer neue Kräfte zuführte und ſie vor dem Untergang rettete. Nachdem die Liven unterworfen waren, begab ſich Biſchof Albert im Frühjahr 1207 an den Hof des Königs Philipp, trug ihm das eroberte Livland auf und empfing es von ihm als Lehen. Damit wurde er Fürſt des Reiches und Livland — Reichsland.

Die nächſten Jahrzehnte ſind von ununterbrochenen Kämpfen erfüllt: gegen die Liven, Letten, Semgallen, Eſten und vor allen Dingen gegen die kriegeriſchen Litauer mußte ſich der Orden wehren. Verhängnisvoll war es, daß dieſer Volksſtamm nicht unterworfen werden konnte und ſich als dauernde Trennungsmauer zwiſchen Preußen und Livland behauptete: Livland blieb dadurch überſeeiſches Land, Kolonie. Der deutſche Bauer iſt dem Kaufmann, dem Prieſter

und dem Ritter nicht über das Wasser gefolgt. So wurde der Deutsche wohl Herr des Landes, ohne aber, wie in Preußen, durch geschlossene Bauernsiedlungen sein Herrenrecht in eigener Volkskraft verankern zu können.

Erfolgreicher waren die Kämpfe im Norden. Wohl hatte der Orden zunächst auf Estland zugunsten Dänemarks verzichten müssen, doch durch die Eroberung Dorpats (1224) hatte er seine Macht wesentlich erweitert, so daß er bald darauf einen Vorstoß über den Peipus wagen konnte: 1240 wurde Pleskau bezwungen. Hier aber trat ihm der russische Fürst Alexander Newski entgegen. Auf dem Eise des Peipussees beim Krähenstein wurde das Ordensheer am 4. April geschlagen. Dieser erste Zusammenstoß mit der russischen Macht hat die Grenze der deutschen Kolonisation gegen Osten festgelegt. Über den Peipus ist sie nicht weiter vorgedrungen.

Zwischen Ostsee und Peipus entwickelte sich nun die livländische Kolonie, deren inneres Leben durch leidenschaftliches Ringen zwischen Erzbischof, Orden und der Stadt Riga, und deren äußere Schicksale durch unaufhörliche Kämpfe mit den Nachbaren erfüllt sind. 1330 mußte Riga vor dem Orden kapitulieren, der bald darauf (1346/47) durch Kauf Estland erwarb und dadurch seine Macht auch im Norden erweiterte. Hiermit hatte die Kolonie die räumliche Ausdehnung gewonnen, über deren Grenzen sie nicht weiter hinausgewachsen ist.

Zur selben Zeit, als Livland in den Kreis der abendländischen Geschichte eingezogen wurde, erhielt Moskau durch das Tatarenjoch sein asiatisches Gepräge. Moskau wurde zum geistigen Erben der tatarischen Staatsidee, die von ihrem neuen Träger frische Eroberungsimpulse erhielt. Mit Iwan III., der die Freistaaten Pleskau und Nowgorod vernichtete, den deutschen Handelshof zu Nowgorod schloß und die dort verkehrenden deutschen Kaufleute nach Moskau verschleppte, begann für Livland die furchtbare Zeit der verheerenden Russenkämpfe.

Wohl gelang es noch der überragenden Persönlichkeit des livländischen Ordensmeisters Wolter von Plettenberg, vom Reich im Stich gelassen, durch Aufbietung aller im Lande verfügbaren Kräfte in zwei glänzenden Schlachten 1501 und 1502 die Übermacht der Russen in die Flucht zu schlagen. Ein halbes Jahrhundert später mußte aber die livländische Selbständigkeit unter den furchtbaren Anstürmen Iwans des Schrecklichen zusammenbrechen: Kurland kam

als Herzogtum, Livland mit Riga unmittelbar unter Polen; Eſtland unter ſchwediſche, Oeſel unter däniſche Schutzherrſchaft.

Erſt unter Peter dem Großen gelang es Rußland ſich an der Oſtſee feſtzuſetzen und Livland dem ruſſiſchen Reich anzugliedern. Kurland iſt erſt bei der dritten polniſchen Teilung 1795 zu Rußland gekommen.

So hat das baltiſche Gebiet ein halbes Jahrtauſend politiſch dem europäiſchen Weſten angehört. Seine kulturelle Zugehörigkeit zu Deutſchland hat es ſich aber bis in die jüngſte Zeit, bis auf den heutigen Tag zu erhalten gewußt. Denn es iſt von grundlegender Bedeutung, daß Livland nicht durch Eroberung, ſondern durch Vertrag an Polen, Schweden und zuletzt an Rußland kam. Laut dieſem Vertrage, dem ſog. Privilegium Sigismundi Augusti, das ſowohl Guſtav Adolf 1621, als auch Peter der Große 1710 beſtätigten, wurde dem Lande Gewiſſensfreiheit, deutſches Recht und deutſche Sprache zugeſichert. Polen und Schweden brachen ihr Wort und verloren das Land. Peter der Große hat daher mit allem Nachdruck die verletzten Rechte wiederhergeſtellt, und Livland ſo ſehr als deutſches Gebiet betrachtet, daß er ſelber als deſſen Herr um eine Stimme auf dem deutſchen Reichstag geworben hat.

Peters Nachfolger haben das von ihm gegebene Wort anfangs gehalten. Erſt mit dem Erwachen des Panſlawismus begann um die Mitte des 19. Jahrhunderts der letzte verzweifelte Kampf des baltiſchen Deutſchtums um ſeine Exiſtenz.

III. Der Kampf gegen die Ruſſifizierung.

Bis um das Jahr 1885 waren die baltiſchen Provinzen deutſches Land. Deutſch war die Univerſität Dorpat, deutſch war die Techniſche Hochſchule zu Riga, deutſch ſämtliche höheren und mittleren Lehranſtalten. Nur die Volksſchule auf dem flachen Lande hatte lettiſche bezw. eſtniſche Unterrichtsſprache, ſtand aber durchweg auch unter deutſchem Kultureinfluß, da ihre Lehrerſchaft in deutſch-baltiſchen Lehrerſeminaren ausgebildet wurde und die Kontrolle und Organiſation der Volksſchulen in den Händen der deutſchen Geiſtlichkeit und der Landesverwaltung lag. Auf die Bedeutung und die Erfolge des deutſch-baltiſchen Schul- und Hochſchulweſens einzugehen, erübrigt ſich wohl. Auch bei uns im Reiche dürfte inzwiſchen ſo manches darüber bekannt geworden ſein. Schon die Tatſache, daß an unſeren

reichsdeutſchen Hochſchulen zur Zeit nicht weniger als etwa 50 Balten als Lehrer wirken, darunter Männer von Weltruf, die alle ihre Ausbildung in Dorpat erhalten haben, ſpricht eine beredte Sprache. — Auch die Landesverwaltung der Oſtſeeprovinzen war rein deutſch. Sie wurde von der Ritter- und Landſchaft ausgeübt, d. h. von den adligen und bürgerlichen Großgrundbeſitzern, deren (alle drei Jahre zuſammentretenden) „Landtagen“ die Fürſorge für die ſozialen und wirtſchaftlichen Verhältniſſe des Landes, für Kirche und Schule oblag und die zur Auferlegung von Grundſteuern berechtigt waren. Eine in der Tat veraltete Verfaſſung, die jedoch, trotz mehrfacher von baltiſcher Seite ausgehender Reformvorſchläge, von der ruſſiſchen Regierung aufrecht erhalten wurde, weil dieſe, nach dem Prinzip divide et impera, die nationalen und Klaſſengegenſätze im Lande abſichtlich eher verſchärfen als mildern wollte. — Deutſch war auch das Eiſenbahnweſen, waren Poſt und Telegraph, — ſo ſehr, daß der ins Land kommende Reichsdeutſche ſich noch innerhalb ſeiner Grenzpfähle zu befinden glaubte, da nicht nur die Amts- und Umgangsſprache der Beamten deutſch war, ſondern auch alle Aufſchriften auf Bahnhöfen, Fahrkarten uſw. ausſchließlich in deutſcher Sprache angebracht waren. Deutſch waren ſelbſtverſtändlich auch Handel und Induſtrie, deutſch war das geſamte Gerichtsweſen des Landes. Aus dem lübiſchen und Hamburger Stadtrecht hervorgewachſen, hatte ſich ein ſelbſtändiges „Rigaſches Recht“ herausgebildet, das auch von den anderen baltiſchen Städten übernommen worden war. Das alte deutſche (insbeſondere ſächſiſche) Recht blieb auch nach Loslöſung der baltiſchen Provinzen vom deutſchen Reiche beſtehen und wurde 1710 bei der Angliederung Liv- und Eſtlands an Rußland von Peter dem Großen ausdrücklich anerkannt. 1845 und 1864 erſchien ſodann als beſonderes Geſetzbuch das ſich ans „Deutſche Recht“ eng anlehnende „Provinzialrecht der Oſtſeeprovinzen“, welches offiziell vorſchreibt, „das gemeine deutſche Recht zur Erläuterung des Provinzialrechts heranzuziehen“ und ſich hoch über das im Innern Rußland geltende „Ruſſiſche Recht“ erhebt. Das baltiſche Privatrecht iſt noch bis auf den heutigen Tag in Kraft, wird aber von den inzwiſchen eingeſetzten ruſſiſchen Richtern (die Geſetzbücher ſind deutſch geſchrieben) nicht beherrſcht und zeitigt daher nur allzu häufig ſchiefe, unklare und praktiſch nicht durchführbare Urteile. Deutſch war ſelbſtredend auch die Kirche und deren Verwaltung, da die Bewohner der baltiſchen

Provinzen, auch Letten und Eſten, ja ſo gut wie ausnahmslos den evangeliſchen Glauben bekennen und die Paſtoren ihre Ausbildung ausſchließlich an der deutſch-evangeliſchen Fakultät Dorpats erhielten und erhalten. Auch nach der Ruſſifizierung der Univerſität mußte die evangeliſche Fakultät deutſch bleiben, da es weder evangeliſche Profeſſoren ruſſiſcher Nationalität, noch ruſſiſche evangeliſch-theologiſche Lehrbücher gibt. Erſt jetzt während des Krieges, vor wenigen Monaten, hat ein kaiſerlicher Ukas auch die Ruſſifizierung der evangeliſchen Fakultät Dorpats angeordnet. Ein Befehl, der von den betroffenen Profeſſoren mit dem Entlaſſungsgeſuch beantwortet wurde. Schafft der Friede hierin nicht Wandel, ſo iſt die evangeliſche Kirche Rußlands, die etwa 4 Millionen Mitglieder zählt, damit auf immer vernichtet, da eine Ausbildung evangeliſcher Geiſtlicher in ruſſiſcher Sprache praktiſch nicht durchführbar iſt und das ruſſiſche Geſetz ein an einer reichsdeutſchen Hochſchule erworbenes Diplom nicht anerkennt. Doch — das führt uns ſchon in die Gegenwart. Damals, vor 1885, war, wie wir ſahen, das ganze Land deutſch. Bürger und Edelleute — deutſcher, Bauern — lettiſcher und eſtniſcher Nationalität. Rückte der Bauer aber in die höheren Geſellſchaftsſchichten auf, ſo wurde er von ſelbſt auch Deutſcher, da Deutſchtum und Bildung als gleichbedeutend empfunden wurden. Einen nationalen Gegenſatz zwiſchen der herrſchenden und den beherrſchten Klaſſen gab es nicht; einen ſozialen ſoweit, als die urſprünglichen Verhältniſſe von anno dazumal ihn aufkommen ließen. Das Verhältnis von Bauern zum Gutsherrn darf als durchaus gut bezeichnet werden, zumal die Leibeigenſchaft auf Initiative der baltiſchen Ritterſchaft faſt gleichzeitig mit Preußen und 50 Jahre früher als im Innern Rußlands aufgehoben worden war, und der tüchtige und intelligente lettiſche und eſtniſche Bauer ſich bald zu einem erheblichen Wohlſtand heraufgearbeitet hatte.

In dieſes friedliche, auf hoher Kulturſtufe ſtehende, dem Reiche treu ergebene Land warf Alexander III. die Brandfackel. Hatte Nikolai I. ſchon 1832 den erſten Schlag gegen die baltiſchen Deutſchen geführt, indem er die evangeliſche Kirche ihres Charakters als „Landeskirche“ beraubte und ſie zu einer bloß „geduldeten Religionsgemeinſchaft“ herabdrückte, ſo ſuchte der humanere Alexander II. die ſchroffen Maßnahmen ſeines Vorgängers doch nach Möglichkeit zu mildern. Der Regierungsantritt Alexanders III. (1881) aber ſchuf

eine durchaus neue Situation. Dieſer „ruſſiſche Bauer auf kaiſerlichem Thron“, deſſen Parole „ein Reich, ein Zar, ein Volk, ein Glaube“ war, der ging nun ſyſtematiſch ans Werk, um den deutſchen Charakter des Landes endgültig und auf immer zu vernichten. Wir wollen uns bei der Schilderung der nun folgenden, furchtbar ſchweren Leidenszeit der Balten, die ihnen alles an Kulturgütern und Rechten nahm, was ihre Ahnen in vielhundertjähriger Arbeit erworben hatten, kurz faſſen. Alexander III. machte „reinen Tiſch“, begnügte ſich nicht mit Halbheiten. — Die deutſche Verwaltung wurde aufgehoben. Ruſſen wurden ins Land geſchickt. Kein Deutſcher hat ſeitdem als Staatsbeamter ſeiner baltiſchen Heimat dienen können. Wollte er die Verwaltungslaufbahn einſchlagen, ſo mußte er in das Innere des Reiches auswandern, ging dem Deutſchtum (und damit auch dem Baltentum) verloren. Gegen ihren Willen hat die ruſſiſche Regierung dadurch einer Erhaltung des Deutſchtums in den Oſtſeeprovinzen Vorſchub geleiſtet, indem die Balten ſich nunmehr in der überwältigenden Mehrzahl vom Staatsdienſt fernhielten, freien Berufen nachgingen, ſich eng zuſammenſchloſſen und ſich dadurch vor einer Berührung und Miſchung mit dem landfremden ruſſiſchen Element bewahrten. Was heute an Trägern deutſcher Namen in der ruſſiſchen Beamtenſchaft und im Militär anzutreffen iſt, ſtammt — ſoweit ſie baltiſcher Herkunft ſind — von ſolchen dem Baltentum verlorenen und im Ruſſentum aufgegangenen Auswanderern ab. Die Mehrzahl dieſer Ruſſen mit deutſchem Familiennamen iſt aber reichsdeutſcher, nicht baltiſcher Abkunft.[1]) Die deutſchen Richter, die mit der eingeborenen Bevölkerung in lettiſcher bezw. eſtniſcher Sprache verhandelten, wurden abgeſetzt. An ihre Stelle traten Ruſſen, die, der Landesſprachen unkundig, auf Dolmetſcher angewieſen waren. Wie viel Unheil allein dieſe eine Maßregel geſtiftet hat, braucht nicht betont zu werden. — Verwaltung und Gericht waren ruſſifiziert. Seinen

1) Von während des Krieges bekannt gewordenen Perſonen z. B.: Ewerth der Führer der ruſſiſchen Zentrumsarmeen, von Hartwig, der verſtorbene ruſſiſche Geſandte in Belgrad, Slavophile und Urheber der Balkanwirren; Stürmer, der abgeſetzte Miniſterpräſident; Rittich, der neue Landwirtſchaftsminiſter und viele andere. Ein belehrendes und warnendes Beiſpiel für uns, in Zukunft unſere Volkskräfte nicht dazu herzugeben, fremde Länder zu gefährlichen Feinden Deutſchlands heranzubilden. — General Rennenkampff dagegen iſt ein verrußter Sproß einer im übrigen rein deutſchen baltiſchen Familie. —

Hauptſchlag führte der Zar jedoch gegen die deutſche Schule, gegen die „Brutſtätte deutſcher Kultur“. An der Wurzel ſollte das Deutſchtum getroffen werden. Schnitt man ihm den Quell ab, der ſein geiſtiges, ſein Gefühlsleben ſpeiſte, — dann mußte es (nach des Zaren Meinung) um die Zukunft des Deutſchtums geſchehen ſein. Ein Ukas vom 10. April 1887 ordnete die Einführung der ruſſiſchen Unterrichtsſprache vom Schuljahr 1887/88 in allen höheren Lehranſtalten an. Die Ritterſchaften beantworteten dieſe Verfügung mit der Schließung der von ihnen unterhaltenen Schulen. Sie zu Ruſſifizierungszwecken herzugeben, — dafür war ihnen die Sache zu heilig. Die ſtaatlichen Schulen jedoch mußten ſich fügen, — trotz des verbrieften und verſiegelten und von den Zaren beſchworenen Rechts der Balten auf ein deutſches Schulweſen. 1890 kamen die Töchterſchulen daran, gleich darauf auch der Stolz der Oſtſeeprovinzen, die alte, berühmte Univerſität Dorpat, 1893 umgetauft in Jurjew. — Hochſchule, höhere und mittlere Lehranſtalten waren der Ruſſifizierung anheimgefallen. Doch auch die von den Deutſchen gegründeten lettiſchen und eſtniſchen Volksſchulen mußten verſchwinden. An ihre Stelle traten ruſſiſche, mit ruſſiſch vorgebildetem Lehrerperſonal. Der Erfolg dieſer „Kulturleiſtung“ wirkt ergötzlich, — wenn er nicht ſo traurig wäre. Im Jahre 1881, vor der Ruſſifizierung, waren 2% der ſchulpflichtigen lettiſchen und eſtniſchen Kinder ohne Schulunterricht geblieben; im Jahre 1899, nach der Ruſſifizierung, 20%. Ruſſiſcher Fortſchritt!

Von 1881 bis 1906 währt die ſchwerſte nationale Leidenszeit der Balten. Das Deutſchtum der Oſtſeeprovinzen, das ſich bisher im öffentlichen und privaten, im Staats- und Wirtſchaftsleben frei und ungehindert entfalten, ja herrſchen konnte, es war mit einem Male ausgeſchaltet, an die Wand gedrückt worden, ſah ſich auf Haus und Familie, auf private Vereinigungen und Veranſtaltungen angewieſen und beſchränkt. Nicht kampflos hatte es das Feld geräumt. Schritt für Schritt aber mußte es der Übermacht weichen. Am längſten noch hielt es ſich im Schulweſen, dem Lieblings- und nunmehr Schmerzenskinde der Balten. Nach Ruſſifizierung der ſtaatlichen, kommunalen und landſchaftlichen Schulen flüchtete es ſich in die privaten Lehranſtalten. Auch ſie aber mußten ihre Tore ſchließen. Dann hat der deutſche Unterricht noch einige Jahre in kleinen privaten Schulzirkeln, den ſogenannten „Kreiſen“, ein geheimes Daſein gefriſtet. Trotz der ſchweren finanziellen Opfer, trotz der drohenden Strafen haben Hun-

derte und Aberhunderte von baltiſchen Familien ihre Kinder in dieſen geheimen „Kreiſen“ unterrichten laſſen, — bis einer nach dem anderen von der Polizei entdeckt und geſchloſſen wurde. Dann endlich war es auch mit ihnen zu Ende, und die ganze baltiſche Jugend ſah ſich — etwa von 1895 an — gezwungen, in ruſſiſchen Lehranſtalten ſich ihre Bildung zu holen. Nun wurde die Familie alleiniger Hort des Deutſchtums, und die baltiſche Frau ſeine vornehmſte Trägerin. Die eigenartigen geſellſchaftlichen Zuſtände in den Oſtſeeprovinzen kamen ihr hierbei zu Hilfe. Die breiteren Lebensformen, die größere Ellbogenfreiheit, der wenig ausgeprägte Kampf ums Daſein haben von jeher dort im Oſten ſowohl dem Mann als auch der Frau viel Zeit und Muße zur Pflege des Allgemein-Menſchlichen, zur Pflege von Kunſt und Wiſſenſchaft, zur Vertiefung der Bildung gelaſſen. Vor allem der baltiſchen Frau kommt dieſes zugute. Sie iſt, bei der Billigkeit der Dienſtboten, der zeitraubenden perſönlichen Mitarbeit in Küche und Stube enthoben. Nur die Oberaufſicht im Haushalt liegt in ihren Händen, vor allem aber die Kindererziehung, die voll und ganz ihr Bereich iſt. Das Inſtitut der „Fräulein“ iſt im Baltenlande ſehr wenig entwickelt. Die Mutter iſt dort die vornehmſte Bildnerin ihrer Kinder. Wenn die heutige baltiſche Jugend noch durch und durch deutſch iſt, — der baltiſchen Mutter verdankt ſie es. Die baltiſche Mutter hat ſie die deutſchen Kinderreime und -Spiele gelehrt, hat ihnen die deutſchen Märchen und Sagen erzählt, hat mit ihnen die deutſchen Lieder geſungen, hat ſie eingeführt in deutſche Dichtung, deutſche Geſchichte, in deutſches Leben. Daß die Mutter dieſes alles aber konnte, eben das verdankt ſie der eigenartigen Stellung, die die baltiſche Frau in der Geſellſchaft einnimmt; das verdankt ſie auch der den baltiſchen Provinzen eigentümlichen Geſelligkeit. Dieſe ſpielt ſich faſt ausſchließlich im Hauſe ab. Das primitive, ungemütliche Reſtaurantleben des Landes lockt die Balten nicht. „Stammtiſche“ ſind ihnen eine ungewohnte Erſcheinung. Und dieſe Gaſtlichkeit der baltiſchen Familie bringt es mit ſich, daß die Frau an allen Regungen des geiſtigen Lebens der Männer teilnimmt. Vom politiſchen Leben und von aller ſtaatlichen Tätigkeit ausgeſchloſſen, konzentrieren ſich die Intereſſen der Balten auf Geiſtiges und Künſtleriſches. Da finden ſich Männer und Frauen im Familienkreiſe und bereichern ſich gegenſeitig im Austauſch der Gedanken. Es iſt kein Zufall, daß ein Land mit einer deutſchen Bevölkerungs-

ziffer, die etwa der von Sachſen-Altenburg oder Kiel oder Mannheim gleichkommt, nicht weniger als 50 gleichzeitig lehrende Hochſchulprofeſſoren aus ſeinen Reihen allein an Deutſchland abgeben konnte! Nicht umſonſt bezeichnen auch die reichsdeutſchen Verlagsbuchhändler die baltiſchen Provinzen als ihr beſtes Abſatzgebiet, und nicht umſonſt haben die wiſſenſchaftlichen Vereine — trotz jeglichen Mangels an ſtaatlicher Unterſtützung — dort eine ſo hohe Blüte erreicht. Denn neben der Familie ſuchte das verfolgte, von jeglicher öffentlichen Betätigung ausgeſchloſſene Deutſchtum in dieſen ſeinen Vereinen einen zweiten Hort. Auch in der Liebe zum Vereinsweſen bezeugt ja der Balte ſeine deutſche Art. Wie bei uns im Lande, ſo gibt es auch dort eine reiche Fülle von Vereinigungen, die wiſſenſchaftlichen und künſtleriſchen Intereſſen, ſozialen, nationalen und auch rein geſelligen Zwecken dienen. Viele von ihnen, ſo vor allem die hiſtoriſchen, haben ſich auch im deutſchen Mutterlande einen geachteten Namen zu erwerben gewußt. So z. B. die „Geſellſchaft für Geſchichte und Altertumskunde der Oſtſeeprovinzen“ in Riga, die „Gelehrte eſtniſche Geſellſchaft“ in Dorpat, die „Geſellſchaft für Literatur und Kunſt“ in Mitau, die „Geſellſchaft für Genealogie, Heraldik und Sphragiſtik“ ebenda, die „Eſtländiſche literariſche Geſellſchaft“ in Reval uud noch einige andere in den kleineren Städten des Landes. Die Publikationen dieſer Inſtitute, die auf dem reichen Quellenmaterial der baltiſchen Archive fußen (nimmt doch z. B. das Revalſche Stadtarchiv den erſten Platz unter allen Oſtſee-Archiven ein) erfreuen ſich mit Recht des beſten Rufes unter den Fachgelehrten. Die Erforſchung der Geſchichte ihre Landes, das in den Kämpfen des Ordens, Schwedens, Polens und Rußlands um die Vormachtſtellung an der Oſtſee eine ſo hervorragende und verhängnisvolle Rolle ſpielte, hat ſich von jeher einer beſonderen Beliebtheit unter den Balten erfreut. Wie denn überhaupt die ganz abſtrakten Wiſſenſchaften (Philoſophie, Mathematik, Grammatik uſw.) verhältnismäßig wenig Jünger unter ihnen gefunden haben, während ſie der Geſchichte (Politiſche-, Religions-, Rechtsgeſchichte uſw.), der Medizin, den Naturwiſſenſchaften und verwandten Disziplinen eine ganze Anzahl führender Geiſter ſchenkten. Die Urſache hierfür haben wir mit in dem Umſtande zu ſuchen, daß ſo mancher der Balten die wiſſenſchaftliche Laufbahn erwählte, deſſen konkreter Sinn ihn unter anderen Verhältniſſen vielleicht dem Verwaltungs-, dem Juſtizdienſt oder einer politiſchen Tätigkeit

zugeführt hätte. Wie dem auch ſei, die Tatſache bleibt beſtehen, daß die wiſſenſchaftlichen baltiſchen Vereine gerade nach Einſetzen der Ruſſifizierung eine erhöhte Anziehungskraft ausübten und daß in ihnen deutſche Arbeit, deutſches Streben und Denken ſtärkſten Ausdruck fand. Wobei nicht zu vergeſſen iſt, daß die erforderlichen Mittel einzig und allein von der deutſchen Geſellſchaft aufgebracht wurden und daß keine dieſer Vereinigungen ſich irgendwelcher ſtaatlichen Unterſtützung erfreute. Welche Dimenſionen die nationale Opferfreudigkeit der knapp 200000 Deutſch-Balten in der Folge noch annehmen ſollte, werden wir bei der Beſprechung des Dezenniums 1905—1915 noch ſehen. In den Jahren 1885—1905 ſah ſich die deutſche Geſellſchaft auch in dieſem Punkte von der ruſſiſchen Regierung beengt, die mit Argusaugen jede Betätigung deutſchen Weſens verfolgte und — wenn's nicht auf geſetzlichem Wege ging — ſie durch Schikanen lahmzulegen ſuchte. Unter einem dumpfen ſchweren Druck lebten die baltiſchen Deutſchen dahin, und es gab wenige, die noch auf beſſere Zeiten zu hoffen wagten.

Da ſchuf die lettiſch-eſtniſche Revolution von 1905 mit einem Schlage eine ganz neue Situation.

Es wurde bereits darauf hingewieſen, daß ein Gegenſatz zwiſchen Indigenen und Deutſch-Balten in früheren Zeiten nicht exiſtierte. Da das ganze mittlere und höhere Schulweſen und die Univerſität in deutſchen Händen lag und das deutſche Element unter den Schülern und Studenten die überwältigende Mehrzahl ausmachte, ſo wurde jeder Lette, der eine höhere Bildung erwarb, automatiſch germaniſiert. Es gibt eine ganze Reihe heute deutſch-baltiſcher Familien, die ihren Urſprung im Letten- oder Eſtentum haben. Der Bauer aber lebte in patriarchaliſcher Gemeinſchaft mit ſeinem deutſchen Herrn. Mit dem Erſtarken des Nationalismus in Europa erwachte aber auch unter den Letten und Eſten ein ausgeſprochenes Nationalgefühl, das ſich zuerſt noch ganz friedlich gebärdete, dann jedoch immer aggreſſivere Formen annahm — je mehr nämlich die Regierung ſich die Pflege dieſer nationaliſtiſchen Richtung angelegen ſein ließ. Mit klarem Blick hatten die Ruſſen erkannt, daß die Macht der Deutſchen in den Oſtſeeprovinzen von Petersburg her am ſchwierigſten zu brechen ſei. Im eigenen Lande ſollte ihnen der Feind erwachſen, der ihre Stellung erſchütterte. So ging denn, ſeit 1855, mit der Entrechtung der Deutſchen eine Aufhetzung und ſyſtematiſche Bevorzugung der Letten

und Eſten Hand in Hand. Höhere Beamten konnten die Indigenen freilich nicht liefern. Auf dieſe Poſten berief man Nationalruſſen. Die ganze mittlere und niedere Beamtenſchaft aber wurde von den Letten und Eſten geſtellt, und gerade dieſe kleinen Beamtenkreiſe wuchſen ſich zu gefügigen Werkzeugen der Ruſſifizierungspolitik und zu Trägern der antideutſchen Propaganda aus. Allmählich änderte ſich das Bild. Die ruſſiſchen Schmeicheleien bekamen den ſo plötzlich zur Macht gelangten Letten und Eſten nicht. Ihnen ſchwoll der Kamm. Gleichzeitig gewannen die revolutionären Strömungen in ganz Rußland immer mehr an Boden und fanden vor allem unter den ſchlecht beſoldeten und dabei korrumpierten niederen Beamten die meiſten Anhänger; auch in den baltiſchen Provinzen. Größenwahn, Machtgelüſte, nationaliſtiſche Aſpirationen, Deutſchenhaß und Freiheitstaumel — all das zuſammen ſchuf die Spottgeburt einer lettiſchen und eſtniſchen Republik, die Zweck und Ziel der Revolution von 1905 wurde. In ihrem erſten Stadium kam dieſe Tendenz noch wenig zum Ausdruck. Da ſchien ſich die revolutionäre Bewegung mehr gegen die Deutſchen zu richten und wurde infolgedeſſen von der ruſſiſchen Regierung, wenn auch nicht unterſtützt, ſo doch mit erkennbarem Wohlwollen geduldet. Divide et impera! Als ſich die Revolution dann aber als eine nicht national-ſoziale, ſondern politiſche, die ruſſiſche Herrſchaft im Baltikum bekämpfende erwies, da griff die ruſſiſche Regierung ein und warf ſie mit eiſerner Strenge nieder. Die Letten und Eſten hatten verſpielt; ihr Freiheitstraum war in Blut erſtickt; ihre bevorzugte Stellung war verloren. Die Deutſchen aber, die eine Ironie des Schickſals an die Seite der gleichzeitig von den Letten und Eſten bekämpften ruſſiſchen Regierung geſtellt hatte — die wurden nun wieder des zariſchen Wohlwollens gewürdigt und, zum Teil wenigſtens, in ihre alten Rechte eingeſetzt.

Das Jahr 1905 bedeutet einen Wendepunkt für das baltiſche Deutſchtum. Von da datiert eine Zeit neuer Blüte.

Die vom Zaren den baltiſchen Deutſchen gemachten Zugeſtändniſſe waren an ſich nicht allzu groß. Verwaltung und Gericht blieben nach wie vor ruſſiſch, die baltiſchen Deutſchen waren nach wie vor von ihnen ausgeſchloſſen. Aber der Quell deutſchen Lebens in den baltiſchen Provinzen, die deutſche Schule, durfte wieder erſtehen, und ſie, zuſammen mit der dem ganzen Reiche gewährten Verſammlungs- und Vereinsfreiheit, erweckte mit einem Schlage das baltiſche Deutſchtum zu neuer Kraft.

Die erſte Handlung der baltiſchen Deutſchen nach Niederwerfung der Revolution war die Gründung dreier großer Vereine: des „Deutſchen Vereins in Livland“, des „Deutſchen Vereins in Eſtland“ und des „Vereins der Deutſchen in Kurland“. Sie umfaßten das geſamte Deutſchtum der drei Provinzen und ſtellten ſich die Hebung und Erhaltung des kulturellen und wirtſchaftlichen Lebens der Deutſchen im Lande zur Aufgabe. Politiſche Ziele verfolgten die Vereine nicht. Es iſt eine bewußte und tendenziöſe Verleumdung, wenn die ruſſiſche Regierung ihnen jetzt nachträglich geheime politiſche Konſpirationen mit Deutſchland vorwirft. Das Deutſche Reich und die deutſche Geſellſchaft haben ſich in Wahrheit von jeher herzlich wenig um das baltiſche Deutſchtum gekümmert. Mangelte es hier bei uns im Reiche ſchon an jeglichem, auch nur platoniſchem Intereſſe für dieſe „Deutſch-Ruſſen“, ſo kann gar von einer materiellen Förderung der baltiſchen Deutſchen überhaupt nicht die Rede ſein. Wir wiſſen, wie langſam ſich das Intereſſe und das Verſtändnis für die Balten erſt während des Krieges bei uns Bahn gebrochen hat. Vor dem Kriege war das Baltenland uns eine Terra incognita. So ſind denn ſämtliche Schöpfungen der deutſchen Vereine ohne jegliche reichsdeutſche Unterſtützung, einzig und allein mit den in den Oſtſeeprovinzen aufgebrachten Mitteln ins Leben gerufen worden. Die kulturellen Leiſtungen der kaum 200 000 Seelen zählenden Deutſch-Balten ſind aber, wie wir gleich ſehen werden, nach Gründung der Vereine ſo groß, ſetzen eine ſo gewaltige Opferfreudigkeit, einen ſo hohen nationalen Idealismus voraus, daß der Verdacht, da ſteckten reichsdeutſche Kapitalien dahinter, ſchließlich zu verſtehen wäre. Die ruſſiſche Regierung aber, die Einblick in die geſamte Wirtſchaftsführung der Vereine hatte, wußte die Wahrheit ſehr genau. Ihr kam es bei den Verleumdungen nur auf Stimmungsmache gegen alles Deutſche an.

Das erſte, dem ſich die Vereine zuſammen mit den Ritterſchaften des Landes zuwandten, war die Gründung deutſcher Schulen. Auf der deutſchen Bildung, der deutſchen Kultur beruht der Fortbeſtand des Deutſchtums in den Oſtſeeprovinzen. Seit 20 Jahren war dieſer Quell verſchüttet, ſchon machten ſich bei der Jugend die üblen Folgen bemerkbar. Bei der Schule hieß es daher den Hebel anſetzen, um noch zu retten, was zu retten iſt. Wir wollen, um die Leiſtung, um den nationalen Opferwillen und Idealismus der Balten zu charakteriſieren, einige nackte Zahlen ſprechen laſſen. In den Jahren von 1906

bis 1914 haben dieſe knapp 200000 „Ruſſen“, wie die Balten bei uns noch immer oft genannt werden, ausſchließlich durch Selbſtbeſteuerung an deutſchen Schulen gegründet und erhalten: 6 Gymnaſien, 5 Oberrealſchulen, 15 Progymnaſien, Realſchulen und Bürgerſchulen, 15 höhere Töchterſchulen, etwa 50 Elementarſchulen, 1 Lehrerſeminar, 1 Lehrerinnenſeminar, 4 Lehrlingsheime. Hierzu kommt noch eine große Anzahl von deutſchen Privatſchulen, die von den Vereinen bzw. Ritterſchaften nicht voll erhalten, ſondern bloß ſubventioniert wurden. Wie weit dieſer Opferwille ging, beweiſt vielleicht am einwandfreieſten das Beiſpiel des Goldinger Gymnaſiums. Die Goldinger Deutſchen verfügten zumeiſt nicht über die Mittel, ihre Söhne nach Mitau in verhältnismäßig teure Penſionen zu geben, um ſie dort das deutſche Landesgymnaſium beſuchen zu laſſen. Die deutſchen Jungen wären mithin zum Beſuch ruſſiſcher Goldingſcher Schulen gezwungen geweſen. Um dieſes zu verhindern, eröffnete die Kurländiſche Ritterſchaft in der kleinen Kreisſtadt Goldingen ein klaſſiſches Vollgymnaſium, das nie mehr als 82 Schüler zählte! Um dieſen 82 Jungen eine deutſche Bildung zu geben, um ihnen den Verbleib im Elternhauſe zu ermöglichen, dazu brachte man die wahrlich nicht geringen Koſten auf, die mit der Erhaltung einer ſolchen Vollanſtalt verbunden ſind! — Das ſind finanzielle Opfer. Nun aber die ideellen. Der Zar hatte den baltiſchen Deutſchen wohl das Recht verliehen, auf eigene Koſten deutſche Schulen zu gründen. Die Maturitätsprüfung aber mußte nach wie vor in ruſſiſcher Sprache abgelegt werden. Zu dem Zwecke mußte das geſamte, in deutſcher Sprache erlernte Wiſſen ins Ruſſiſche „umgelernt“ werden, d. h. in eine Sprache, die den Schülern ebenſo Fremdſprache war, wie uns das Franzöſiſche oder Engliſche, die ſie außerhalb der Lehrſtunden nie hörten und ſprachen. Dieſes „Umlernen“ koſtete ein, meiſtens zwei Jahre. Und doch — ein Apoſtata, der dieſes Opfer nicht brachte! Um das Deutſchtum ging es, da war man zu jedem Opfer bereit, auch dem ſchwerſten. Ja man jubelte, daß man es überhaupt bringen konnte. Das iſt die Denkweiſe der „Deutſch-Ruſſen“!

Gründung und Erhaltung von Schulen, das war, wie geſagt, der vornehmſte Zweck der deutſchen Vereine. Schnell aber erweiterte ſich ihr Tätigkeitsfeld und umfaßte bald das ganze große Gebiet der Pflege „deutſcher Kultur“. Es würde zu weit führen, hier die Tätigkeit der Vereine im einzelnen zu ſchildern und zu würdigen. Wir beſchränken

uns daher auf kurze Hinweiſe. Vortragszyklen (nicht wenige reichsdeutſche Gelehrte und Künſtler wurden ins Land gerufen) wurden planmäßig alljährlich veranſtaltet, Fortbildungskurſe gegründet, Volksvorſtellungen in den deutſchen Stadttheatern zu billigſten Preiſen abgehalten, Ausſtellungen von Erzeugniſſen deutſcher Kultur (Bücher, Bilder uſw.) arrangiert; Jugendſchriftenkommiſſionen ſorgten für Veredelung des Geſchmackes, für Verbreitung guten Leſeſtoffes; die Pflege des Heimatſchutzes und der Heimatliebe wurde nicht vergeſſen und „Wandergruppen“ (ähnlich dem „Wandervogel“) führten die Jugend hinaus aufs Land; billige Volksbüchereien und Wanderbibliotheken erſchloſſen auch dem Unbemittelten die Schätze deutſchen Geiſtes; Jugendchorgeſang pflegte planmäßig das deutſche Lied; Schülerwerkſtätten regten zur praktiſchen Betätigung an; Volksfeſte und geſellige Zuſammenkünfte brachten die verſchiedenen Stände einander näher; uſw. uſw. Es würde zu weit führen, alles im einzelnen aufzuzählen. Die „Kalender der deutſchen Vereine“ und ihre vielen anderen literariſchen Editionen geben ein Bild von der Fülle von Arbeit und von Erfolgen, die die Balten in dieſen wenigen Jahren von 1906—1914 geleiſtet und erreicht haben. Es war ein Tatendrang, eine Schaffensfreude, wie ſie ſich nicht ſchöner gedacht werden kann. Geſchlummert nur hatten die unterdrückten Kräfte, ſie waren nicht erſtorben. Jetzt gab es ein Aufblühen, reicher und prächtiger, als man es ſelbſt geahnt, — als es die Regierung gewollt hatte. Denn nicht Stärkung des Deutſchtums, ſondern Schwächung des übermütigen Letten- und Eſtentums war ihre Abſicht geweſen. So bauten denn die ruſſiſchen Machthaber allmählich und planmäßig die den Deutſchen geſchenkten Freiheiten ab. D. h. kein einziges der den Balten gewährten Rechte wurde förmlich aufgehoben. Aber es ſetzte eine zielbewußte Schikane ein, eine Verſchleppungs- und Verärgerungstaktik, die den Balten die Schaffensfreude allmählich verleiden und ſie „aus Bequemlichkeit“ wieder den ruſſiſchen Kulturgütern zuführen ſollte. Ob es der ruſſiſchen Regierung mit der Zeit gelungen wäre? Wir wiſſen es nicht. Der Krieg enthob beide Teile aller Zweifel. Mit einem einzigen Schlage vernichtete die ruſſiſche Regierung alles, was in unendlichem Fleiß, mit treueſter Sorgfalt und heißeſter Liebe in all den Jahren aufgerichtet worden war. Nun iſt das deutſche Leben im Baltenlande verſtummt. Wird es wieder erſtehen? Allein das Deutſche Reich kann Antwort geben.

Litauen.

Von Erich Zechlin in Posen.

Der Begriff Litauen ist bis auf den heutigen Tag umstritten; je nach den nationalpolitischen Wünschen und Bestrebungen der im russischen „Westgebiet“ rivalisierenden Völker werden seine Grenzen enger oder weiter gezogen. Das alte selbständige Großfürstentum Litauen füllte den ganzen Raum aus, der von Kurland im Norden, von Ostpreußen (dessen Grenze ja von dem Frieden am Melnosee [1422] bis heute unverändert geblieben ist), vom Oberlauf des nördlichen Bug und vom Dnjestr im Westen, vom Dnjepr und der Düna im Osten eingeschlossen ist; nach Norden und Süden berührte es zeitweilig Ostsee und Schwarzes Meer, und nach Osten griff es um die Mitte des 14. Jahrhunderts weit über die Düna-Dnjepr-Linie, bis über Smolensk und Orel hinaus. Diese östlichsten Distrikte bröckelten bald wieder ab; wichtiger war die erhebliche Verkleinerung, die die Realunion mit Polen (1569) mit sich brachte; damals wurden die Wojwodschaften Podolien, Wolhynien, Kiew und Braclaw (etwa die heutigen Gouvernements Podolien, Wolhynien und Kiew) abgetrennt und Polen einverleibt. Der Rest blieb noch immer ein selbständiger Staat; doch fand, da die Gesetzgebung in der Hauptsache gemeinsam war, eine weitgehende Assimilierung an die Institutionen und sozialen Verhältnisse Polens statt. Die Umrisse des Gebietes der heutigen sechs Gouvernements Kowno, Wilna, Grodno, Minsk, Mohilew und Witebsk spiegeln die Grenzen dieses Großfürstentums Litauen, wie es von 1569 bis zum Untergang der Republik bestand, noch deutlich wieder. Wird heute von „litauischen Gouvernements“ gesprochen, so sind jedoch meist nicht diese sechs gemeint, die zuletzt das historische Litauen bildeten, sondern nur die drei nordwestlichen (Kowno, Wilna, Grodno), die am stärksten mit litauischer Bevölkerung durchsetzt sind. Auch in ihnen ist aber litauisches Volkstum durchaus nicht überall vorhanden, geschweige denn vorherrschend;

Litauiſch-Breſt (Breſt-Litewski) z. B. verdankt ſeinen Namen lediglich der einſtigen Zugehörigkeit zum Großfürſtentum Litauen, Litauer haben in dieſer Gegend nie gewohnt. Trotzdem ſollen im folgenden unter „Litauen“ alle drei Gouvernements verſtanden werden. Außerdem gehört auch Suwalki ethnographiſch überwiegend zu Litauen und ſeine Zukunft wird einheitlich mit der Litauens zu regeln ſein.

I. Die wirtſchaftlichen Verhältniſſe.

Ein exaktes Bild der wirtſchaftlichen Verhältniſſe Litauens zu geben iſt leider nicht möglich; es fehlen heute nicht nur in Deutſchland, ſondern wohl überhaupt durchaus die Unterlagen dazu. Die drei Gouvernements haben einen Umfang von rund 120000 qkm; ſie ſind alſo etwas kleiner als Kongreßpolen und faſt genau ſo groß wie die vier preußiſchen Oſtprovinzen Oſtpreußen, Weſtpreußen, Pommern und Poſen. Es wohnen in ihnen aber nur 5806000 Menſchen (Anfang 1912). Das iſt die knappe Hälfte der Bevölkerung Kongreßpolens (1. Januar 1912: 12776000) und auch noch erheblich weniger, als in den genannten vier preußiſchen Provinzen wohnen (1. Dez. 1910: 7584000). Immerhin ſind dieſe Gouvernements mit einer Bevölkerungsdichte von durchſchnittlich 44 Menſchen auf den Quadratkilometer (Grodno 50) doch erheblich dichter bewohnt als die Oſtſeeprovinzen, in denen durchſchnittlich nirgends über 30 Menſchen auf den Quadratkilometer kommen, und ſie ſind auch dichter bewohnt als die Mehrzahl der innerruſſiſchen Gouvernements.

Weitaus am dichteſten iſt der Kreis Bialyſtok im Gouvernement Grodno beſiedelt (84,6 auf den Quadratkilometer). Das iſt zugleich der einzige Kreis in Litauen, der eine größere Induſtrie, und zwar Textilinduſtrie, hat: ähnlich wie Lodz ſeine Entwickelung zum guten Teil der ruſſiſchen Zollpolitik verdankt, iſt Bialyſtok in der Zeit entſtanden und hochgekommen, als die Einfuhr polniſcher Induſtrieprodukte nach Rußland verboten oder, ſpäter, mit einem erhöhten Zoll belegt war (1831—50). Gegen Lodz iſt Bialyſtok freilich unbedeutend geblieben; es hatte 1909 81000 Einwohner; die Zahl der Spinnereien, Webereien und Tuchfabriken wurde 1907 auf 334 angegeben. Was ſonſt ſich in Litauen an gewerblichen Anlagen findet, iſt im ganzen unbedeutend; nur in Wilna, Kowno und Litauiſch-Breſt gibt es noch größere Fabriken; im übrigen ſind nur Klein-

betriebe vorhanden, die die Produkte des Landes verarbeiten: Mühlen, Brennereien, Brauereien, Gerbereien, Holzgewerbe usw.

So trägt das Land rein landwirtschaftlichen Charakter. Die Grundbesitzverteilung ist, im ganzen gesehen, ziemlich gleichmäßig, der Kleinbesitz überwiegt. Am schwächsten ist er — nach der Grundbesitzverteilungsstatistik von 1905 — noch im Gouvernement Wilna vertreten, wo er 47,7 % der Fläche einnimmt; in den Gouvernements Kowno und Grodno entfallen auf ihn etwa 54 % der Gesamtfläche. In allen drei Gouvernements hat kein Kreis weniger als 40 % der Fläche Kleinbesitz; in fast allen Kreisen nimmt er 40—60 % der Fläche ein; über 60 % haben nur die Kreise Bialystok (62,2 %), Sokolka (69,4 %) und Bielsk (69,7 %). In diesen Kreisen, die zum Teil ja auch noch zum polnischen Sprachgebiet gehören, setzt sich der starke kleinadelige und bäuerliche Besitz fort, der für die angrenzenden kongreßpolnischen Gouvernements Lomza und Siedlce charakteristisch ist. Nach Osten hin nimmt der Kleinbesitz im ganzen ab; in den Kreisen Wilejka, Disna, Slonim, Pruzany usw. ist er verhältnismäßig schwach; die Kreise Nowo-Alekſandrowsk, Kobrin und Lida machen allerdings eine Ausnahme.

Ähnlich, aber mit noch stärkerem Überwiegen des Kleinbesitzes ist die Grundbesitzverteilung im Gouvernement Suwalki; es hat durchschnittlich 57,8 % der Fläche Kleinbesitz; unter 50 % hat nur der Kreis Augustowo (45,6 %); Sejny hat 50 %, Mariampol 53,4 %; die Kreise Wilkowyszki, Kalwarja und Wladyslawow haben 63,6 %—67,8 % und der Kreis Suwalki sogar 70,7 % Kleinbesitz. — Das Kronland ist in den drei litauischen Gouvernements umfangreicher als in Kongreßpolen; während es dort 1904 nur 669966 Deßjatinen (gleich 1,09 ha) oder 5,9 % der Gesamtoberfläche an Kronland gab, werden in Litauen 911891 Deßjatinen davon eingenommen, wozu noch 143714 Deßjatinen Apanageland im Gouvernement Grodno kommen, zusammen also 1055605 Deßjatinen oder 10,5 % der Gesamtfläche. Davon entfällt ungefähr die Hälfte (507960 Deßjatinen) aufs Gouvernement Grodno, wo die östlichen Kreise Pruzany und Slonim — in Pruzany liegt der Urwald von Bialowies — und im Westen die Kreise Grodno und Sokolka besonders reich an Kron- und Apanageland sind. Im Gouvernement Wilna ist der an Suwalki und an den Kreis Grodno angrenzende Kreis Troki weitaus am stärksten mit Kronland durchsetzt (117559 Deßjatinen); mehr als ein Drittel des

in dem Gouvernement vorhandenen Kronlandes (338269 Deßjatinen) entfällt auf ihn. Im Gouvernement Kowno umfaßt das Kronland nur 209276 Deßjatinen; am stärksten ist es noch in dem an Ostpreußen angrenzenden Kreise Rossienny vertreten. Im Gouvernement Suwalki gab es 1904 204248 Deßjatinen Kronland oder 18,2% der Fläche; der große Auguſtowoer Wald gehört mit zu diesem fiskalischen Gebiet. Am stärksten ist es im Kreise Auguſtowo vertreten (32%), am schwächsten in Wilkowyßki (0,8%); in den übrigen Kreisen schwankt es zwischen 7,4% (Kalwarja) und 24,8% (Marjampol). Der Umfang des Kronlandes im Kreise Auguſtowo weist schon darauf hin, daß es fast durchweg aus Wald besteht; das gilt ganz allgemein sowohl für Kongreßpolen wie von Litauen; insbesondere ist der Grundbesitz des Staates an Äckern, Weiden u. dgl. in den Gouvernements Kowno und Wilna verschwindend gering; er besteht zumeist aus kleinen Parzellen, die an Forstbeamte verpachtet sind. Wieviel von dem Waldboden unter Umständen urbar gemacht werden könnte, entzieht sich einstweilen der Kenntnis.

Der Bauer ist in Litauen verhältnismäßig reich mit Land ausgestattet. Am kleinsten ist die Durchschnittsgröße eines Hofes auf Anteilsland — d. h. auf dem Lande, das den Bauern durch den Ukas vom 19. Februar 1864 dauernd zugewiesen ist — im Gouvernement Wilna, wo sie 13,5 Deßjatinen beträgt und zwischen 9,5 Deßjatinen (Kreis Swienciany) und 16,9 Deßjatinen (Kreis Troki) schwankt; in Kowno beträgt sie 14,6 und in Grodno 16,5 Deßjatinen. Die Stellen sind durchschnittlich überall ganz erheblich größer als in Kongreßpolen; dort hat nur das überwiegend litauische Gouvernement Suwalki bei den bäuerlichen und kleinadeligen Stellen eine Durchschnittsgröße von 10,1 Deßjatinen auf den Hof; es steht also auch schon hinter den litauischen Gouvernements zurück. Im übrigen Kongreßpolen ist die Durchschnittsgröße sehr viel geringer; sie sinkt z. B. im Gouvernement Kalisch auf 5,3, in Kielce sogar auf 3,9 Deßjatinen. Das Agrarproblem Polens liegt ja im wesentlichen darin, daß der Bauer mit zu wenig Land ausgestattet ist; die kleinen und kleinsten Stellen, die zum Lebensunterhalt einer Familie nicht ausreichen, sind fast überall in der Majorität. In Litauen liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger; die Stellen über 10 Deßjatinen sind durchaus vorherrschend. Folgende kleine Tabelle zeigt das näher. Von den vorhandenen Stellen hatten 1905 einen Umfang

	unter 1	von 1—3	von 3—5	von 5—7	von 7—10	über 10
	Deßjatinen					
	in Prozent					
Gouvern. Wilna	0,2	0,4	2,4	13,8	17,7	65,5
„ Kowno	—	3,1	1,3	5,2	10,1	80,3
„ Grodno	2,9	0,8	0,9	1,9	8,4	85,1

Danach müßten sich die litauischen Gouvernements durch einen lebensfähigen und wohlhabenden Bauernstand auszeichnen. Er fehlt in ihnen auch keineswegs; namentlich dort, wo wie etwa im Norden des Gouvernements Suwalki die Bodenverhältnisse günstig sind, ist eine gewisse Wohlhabenheit unter den Bauern offenbar vorhanden oder doch vorhanden gewesen; im einzelnen sind freilich diese Verhältnisse noch ganz undurchforscht. Zum guten Teil allerdings wird die günstige Grundbesitzverteilung wieder ausgeglichen durch die sehr geringe Intensität der Landwirtschaft; ihr Betrieb ist viel extensiver als in Kongreßpolen. Ganz roh wird das in den folgenden zusammenfassenden Ziffern dargestellt. — In Doppelzentnern wurden 1912 pro Hektar geerntet an:

	Kongreßpolen		Wilna		Kowno		Grodno	
	Klein- besitz	Groß- besitz	Klein- besitz	Groß- besitz	Klein- besitz	Groß- besitz	Klein- besitz	Groß- besitz
Roggen . . .	11	12	7	9	10	12	9	10
Hafer	9	11	6	7	9	10	7	8
Gerste . . .	12	13	7	8	8	10	9	9
Kartoffeln . .	100	106	68	80	68	75	68	78

Kowno stände danach — abgesehen von den Kartoffeln — am günstigsten da. Im Gouvernement Suwalki ist die Intensität noch größer; es bleibt kaum hinter den übrigen Gouvernements Kongreßpolens zurück. Der Anbau von Hafer und Roggen überwiegt in Litauen stark; doch ist der Kartoffelanbau in den letzten Jahren vor dem Kriege ständig gewachsen. Über die Bodenverhältnisse fehlt es für die litauischen Gouvernements an Material; in Suwalki überwiegen, wenigstens für das Ackerland der der Warschauer Landkreditbank angeschlossenen Güter, die guten Böden stark im Kreise Władysławow, wo sie 64% jener Fläche einnehmen; auch in Wilkowyszki, Kalwarja

und Marjampol nehmen ſie noch 33—41 % ein. Im übrigen dominieren, abgeſehen von Wladyslawow, in allen Kreiſen mehr oder weniger die mittleren Böden; die ſchlechteſten ſind nur in Auguſtowo (20 %) ſowie in Sejny und Suwalki ſtärker vertreten.

II. Die ethnographiſche Gliederung.

Wie ſchon erwähnt, ſind die drei „litauiſchen“ Gouvernements durchaus nicht nur von Litauern bewohnt. Das ethnographiſche Gebiet des litauiſchen Volkes, das aus etwa 2 Millionen Köpfen beſteht, iſt weſentlich kleiner als das Gebiet der drei litauiſchen Gouvernements. Nach Norden hin fällt die Grenze zwiſchen den Gouvernements Kowno und Kurland mit der litauiſch-lettiſchen Sprachgrenze zuſammen; nur die äußerſte Südſpitze Kurlands, Polangen mit dem Berg Birute, einem litauiſchen Nationalheiligtum, gehört zum litauiſchen Sprachgebiet. Von Polangen ſüdlich bis Labiau ſtößt das litauiſche Volkstum ans Meer; als litauiſches Sprachgebiet können in Preußen allerdings eigentlich nur die Kreiſe Heydekrug und höchſtens noch Memel gelten, die 61 % bzw. 47 % Litauer haben; Tilſit hat 38 %; ſüdlich des Niemen iſt das litauiſche Element ſtärker noch in den Kreiſen Labiau und Ragnit (etwa bis zu 30 %) vertreten; nach der Grenze zu wird es ſchwächer, zieht ſich hier aber am weiteſten, wenn auch immer dünner werdend, nach Süden hin und zwar bis in den Kreis Goldap hinein, bis zum Wyſtyterſee. Von dort geht die litauiſche Sprachgrenze zwiſchen Suwalki und Sejny hindurch zum Niemen, der etwa bei Druskienniki erreicht wird. Bei Druskienniki, und nur hier, ſchließt das litauiſche Sprachgebiet ein kleines Stückchen des Gouvernements Grodno ein; dann tritt die Grenze ins Gouvernement Wilna über und verläuft hier, zunächſt in weitem Bogen nach Oſten ausgreifend, durch die Kreiſe Lida und Troki, um dann einen Halbkreis um Wilna zu beſchreiben, ſo, daß die Wilia weſtwärts von Wilna überſchritten wird und die Hauptſtadt Litauens außerhalb des litauiſchen Sprachgebiets bleibt. Nördlich der Wilia geht die Grenze durch die Kreiſe Wilna und Swieciany auf der ungefähren Linie Mejszagola—Lyntupy bis zur Grenze des Kreiſes Disna, tritt dann wieder ins Gouvernement Kowno ein und folgt etwa der Driswjata bis zur livländiſchen Grenze; der öſtlichſte Teil des Kreiſes Nowo-Alekſandrowsk bleibt alſo außer-

halb. An einigen Punkten des Kreises Illurt überschreitet das litauische Sprachgebiet noch die kurländische Grenze, weiter westwärts fallen dann aber, wie gesagt, die Sprach- und die politische Grenze fast genau zusammen. Es gehören also zum ethnographischen Litauen, außer einigen Punkten Kurlands, das ganze Gouvernement Kowno (bis auf seinen östlichsten Zipfel), die Nordspitze Ostpreußens, der größere Teil Suwalkis und Teile der nordwestlichen Kreise Wilnas. Im Süden schließen sich an das litauische Gebiet die Sitze des Weißrussentums; sie reichen (im Kreise Augustowo, Gouvernement Suwalki) ins Zartum Polen hinein, dafür sind die westlichen Teile der Kreise Bialystok und Bielsk im Gouvernement Grodno überwiegend polnisch. Die südliche Grenze des Weißrussentums wird durch den Oberlauf des Narew und den Urwald von Bialowies bezeichnet und folgt dann weiter östlich zunächst dem Pripet, später der Südgrenze des Gouvernements Minsk; nach Osten erstreckt sich das weißrussische Gebiet bis ins Gouvernement Smolensk. An die Weißrussen grenzen weiter nach Süden die Ukrainer, so daß der südlich der bezeichneten Linie gelegene Teil des Gouvernements Grodno zum ukrainischen Sprachgebiet zu rechnen ist.

Gemäß dieser nationalen Zusammensetzung der drei „litauischen Gouvernements“ herrschen nach der Volkszählung von 1897 in Kowno die Litauer (mit 66%) vor, in Grodno die Weißrussen (43,9%) und die Kleinrussen (22,6%), in Wilna die Weißrussen (56%) und daneben die Litauer (17,6%). Die Großrussen erreichten in keinem Gouvernement ganz 5%, die Polen machten in Grodno 10% aus (die Kreise Bialystok und Bielsk sind noch zum polnischen Sprachgebiet zu rechnen), in Kowno 9%, in Wilna 8%. Stark sind überall die Juden vertreten, am stärksten in Grodno (17,3%), am schwächsten in Wilna (12,7%).

III. Geschichtliches.

Litauens ältere Geschichte unterscheidet sich von der der benachbarten und stammverwandten Völker, der Pruzzen oder Preußen und Letten, vor allen Dingen dadurch, daß die Litauer im Unterschiede zu jenen rechtzeitig zur staatlichen Einheit gelangten. Dadurch bewahrten sie ihre Unabhängigkeit, während Preußen und das lettische Gebiet, das heutige Kurland und Livland, vom deutschen Orden unterworfen wurden.

Das 13. Jahrhundert, die Zeit heftiger Kämpfe mit den deutschen Rittern, ist zugleich die Zeit, in der litauische Kleinfürsten unter ein einheitliches Großfürstentum gebeugt wurden. Der Schöpfer des litauischen Staates ist Mindaugas oder Mindowe (1219—63), der die Grenzen seines Reiches schon über das ethnographische Litauen hinaus bis zur Düna, zum Pripet und Bug ausdehnte. Vorübergehend wurde er bereits Christ; endgültig trat Litauen erst über ein Jahrhundert später in die Reihe der christlichen Länder Europas ein.

Mindowes Schöpfung wurde gesichert und ausgebaut erst durch den Großfürsten Gedimin (1315—41), den Gründer von Wilna und Troki; er dehnte den litanischen Staat noch über neue große russische Gebiete, über Podlachien, Polesien und Witebsk aus; bis nach Kiew reichte seine Macht. Die kriegerische Kraft des litauischen Volkes muß außerordentlich groß gewesen sein, da es ihm durch mehr als anderthalb Jahrhunderte gelang, sich gegen den deutschen Orden, der es von zwei Seiten umklammerte, zu behaupten und außerdem ein Stück von Rußland unter ihre Herrschaft zu bringen, das das eigentliche Litauen an Umfang weit übertraf. Die kulturelle Entwickelung des litauischen Volkes ist aber dadurch zweifellos unmöglich gemacht worden; der litauische Staat nahm eine starke weißrussische Färbung an. Das weißrussische Element war, da es sich zum griechisch-orthodoxen Glauben bekannte und mit der kirchlichen Organisation zugleich über ein kirchliches Schriftentum verfügte, kulturell dem Litauertum überlegen, es ist charakteristisch, daß die älteste Druckerei in Wilna, die 1525 in Tätigkeit war — als also die Verbindung Litauens mit Polen schon über 100 Jahre bestand — ausschließlich russische Drucke fertigte. Heiraten litauischer Fürsten mit weißruthenischen Prinzessinnen, nicht zuletzt auch die große zahlenmäßige Überlegenheit des weißrussischen Elements, trugen weiter dazu bei, dem litauischen Staat weißrussischen Charakter zu geben.

Von Gedimins Söhnen erbten Olgerd und Keistut das Reich. Olgerds Sohn war Jagiello, der sich 1386 zur Taufe entschloß, um die Hand der polnischen Erbtochter Hedwig zu gewinnen. Mit ihm wurde Litauen am Ausgang des 14. Jahrhunderts als letztes der europäischen Länder christlich. Jagiello vereinigte zunächst das polnische und das litauische Reich in seiner Hand, doch wurde Witowt, ein Vetter Jagiellos, bald wieder Großfürst von Litauen. Jagiello und Witowt gewannen zusammen 1410 die Schlacht bei Tannenberg

gegen den Orden. Hier kämpften nicht nur Litauer und Polen, sondern auch starke russische Aufgebote aus den Gebieten bis Kijew und Smolensk im litauischen Heere mit. Seit Jagiello ist Litauen dauernd in enger Verbindung mit Polen geblieben, wenn auch Litauen häufig seinen eigenen Großfürsten hatte. Beide Staaten waren zu gegenseitiger Hilfe verpflichtet; auch Zusammenkünfte des polnischen und litauischen Adels waren seit dem Anfang des 15. Jahrhunderts für gemeinsame Staatsangelegenheiten vorgesehen. Der letzte eigene Großfürst von Litauen war Alexander, ein Enkel Jagiellos. Dieser wurde 1501 zum Könige von Polen gewählt. Seitdem waren Polen und Litauen durch Personalunion verbürgt, die der Reichstag von Lublin (1569) in eine Realunion umwandelte.

IV. Das Polentum in Litauen.

Von alters her spielen in Litauen die Polen dank ihrer sozialen und kulturellen Überlegenheit die Hauptrolle; sie nehmen diese Gouvernements, und nicht nur sie, bis auf den heutigen Tag als polnisches Land in Anspruch, obwohl, worauf Bismarck schon 1867 hingewiesen hat[1]), diese Ansprüche wenigstens ethnographisch unberechtigt sind. Aber das Polentum ist in Litauen trotz seiner geringen Zahl doch die bedeutendste Macht; es bildet den größten Teil der städtischen Intelligenz, z. B. in (der Stadt) Wilna, und es ist namentlich im Großgrundbesitz des Landes das dominierende Element. Wie stark der polnische Großgrundbesitz in Litauen ist, darüber fehlt zuverlässiges Material. Bei der Aufnahme der russischen Statistik scheinen in dieser Hinsicht die verschiedensten politischen Erwägungen mitgespielt zu haben; es wäre z. B. denkbar, daß in den letzten Jahren die Frage der Einführung der Semstwoverfassung im Westgebiet und der Wunsch, die Gouvernements Wilna, Kowno und Grodno davon auszunehmen, in schroffem Gegensatz zu früher dahin gewirkt hätte, den polnischen Besitzstand möglichst groß erscheinen zu lassen. Auf polnischer Seite besteht begreiflicherweise, wenn auch aus anderen Motiven, derselbe Wunsch. Immerhin ist die Frage so wichtig, daß doch einige Zahlen angeführt seien; sie geben wenigstens einen ungefähren Anhalt. Für das Gouvernement Wilna, wo das polnische Element doch wohl am

1) Reden III, 209ff.

stärksten ist, liegen für das Jahr 1909 genauere polnische Zahlen vor (bei E. Maliszewski, Polskość i Polacy na Litwie i Rusi, S. 13f.); sie weichen aber stark ab von den Ergebnissen einer Aufnahme, die eine Kommission des Generalgouverneurs v. Frese 1905 aufgenommen hat. Nach Maliszewski sind in den sieben Kreisen des Gouvernements Wilna 1861524 Deßjatinen an größerem Grundbesitz vorhanden, davon sind polnisch 4565 Besitzungen mit 1124122 Deßjatinen, also 60,3%, während die Freseſche Aufnahme 47,7% ergibt.

Für das Gouvernement Grodno gibt Maliszewski die Freseſchen Zahlen von 1905 wieder. Danach gab es 1897 im Gouvernement Grodno 1097 größere polnische Gutsbesitzer, die 519000 Deßjatinen besaßen. Im Jahre 1905 waren im Gouvernement 6886 größere und kleinere polnische Grundbesitzer vorhanden (ausgenommen sind die Bauern auf Anteilsland); sie besaßen 558819 Deßjatinen oder 43,1% des Privateigentums. Für Kowno sind die vorliegenden Zahlen am ungenügendsten; nach den Freseſchen Zahlen von 1905 waren im ganzen Gouvernement 54,2% des Privateigentums polnisch, und zwar im Kreise Kowno 42,8%, in Wilkomir 28%, in Nowo-Alekſandrowsk 62%, in Poniewez 59,8%, in Rossienny 65,2%, in Telsche 69,9% und in Schaulen 51%. Endlich in Suwalki waren 647 Güter mit 308124 Morgen[1]) der Warschauer Landbank angeschlossen. Diese Güter werden, abgesehen von den Majoraten, wohl ausnahmslos in polnischer Hand sein. Wie gesagt, können diese Zahlen auf Exaktheit keinen Anspruch machen, namentlich die für die Gouvernements Wilna, Kowno und Grodno nicht; sie bedürfen offenbar sehr der Berichtigung und Vervollständigung. Aber sie geben immerhin ein eindrucksvolles Bild der polnischen Machtstellung in Litauen: man muß sie sich vor Augen halten, da man sonst, bei dem geringen Anteil des Polentums an der Bevölkerungsziffer, die Stärke der polnischen Ansprüche auf Litauen nicht versteht. Die geschichtlichen Erinnerungen kommen hinzu. Seit 1386, seit der Heirat Jagiellos mit Hedwig von Polen, ergoß sich der polnische Einfluß in breitem Strom über Litauen; Polen siedelten sich dort an; die soziale Verfassung, die Amtsverfassung bildeten sich allmählich nach polnischem Muster um. Der Adel wurde auch hier zu einer rechtlich unter sich gleichen, von der übrigen Bevölkerung streng geschiedenen Schicht; das Land wurde

1) Ein (neupolnischer) Morgen = 0,51 Deßjatinen = etwa ½ ha.

in Wojewodschaften und Starosteien eingeteilt; eine große Agrarreform in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts verwischte auch die Unterschiede in der Agrarverfassung und der landwirtschaftlichen Technik beider Länder; am unberührtesten blieb noch das Gerichtswesen. Als die Personalunion zwischen den beiden Ländern zur Realunion wurde (1569), war die Assimilierung Litauens an Polen schon weit vorgeschritten; nun brachten die vermehrte Einwanderung des polnischen Elements und der gemeinsame Reichstag, der fortan den größten Teil auch der litauischen Gesetzgebung an sich zog, Litauen mit Polen vollends auf gleichen Fuß. Die polnische Sprache machte im Großfürstentum sichtbare Fortschritte; zwar blieb zunächst noch das Weißrussische in der inneren Verwaltung die Amtssprache — Litauisch ist in Litauen niemals Amtssprache gewesen —; aber die litauischen Magnaten bedienten sich schon im 16. Jahrhundert in ihren Schreiben der polnischen Sprache; im nächsten Jahrhundert dringt sie auch in die Gerichts- und Amtsakten ein und durchsetzt das amtliche Weißrussisch mit zahlreichen polnischen Wendungen und Ausdrücken; 1696 wird das Polnische endlich (neben dem Lateinischen) selbst Amtssprache. Daß der litauische Adel und auch der dort (z. B. in Polnisch-Livland) sitzende deutsche Adel mit der Zeit polnisch wurden, ist bekannt. Wie tief die Polonisierung gegangen ist, ist schwer zu sagen; die kleine Schlachta wurde in ihren höherstrebenden Teilen auch von ihr erfaßt, blieb freilich anderseits zum Teil in ihrem Kern litauisch; oft genug rechnete sie sich ohne große Kenntnis der polnischen Sprache zu den Polen, nur um den Unterschied zur litauischen Bauernbevölkerung zu betonen. Auch geographisch zeigen sich Verschiedenheiten: am weitesten ging die Polonisierung im Süden und Osten; am wenigsten wurde Samogitien von ihr berührt; namentlich der Adel im Kreise Telsche genoß den Ruhm, die litauische Tradition verhältnismäßig am meisten bewahrt zu haben. Jedenfalls ist wichtig, daß diese Polonisierung nur den staatlichen Organismus und die Oberschichten der Bevölkerung erfaßte; die Masse des Volkes blieb litauisch, weiß- oder kleinrussisch; national ist das alte Polen nie ein Einheitsstaat, sondern immer nur eine Föderation gewesen. Eine Vormachtstellung aber nahm das Polentum in diesen Gebieten mehrere Jahrhunderte hindurch unzweifelhaft ein. Sie ist auch durch die Teilungen Polens nicht berührt worden, die nach und nach das ganze Land an Rußland brachten: 1772 die ehemals polnischen Bezirke östlich von

Düna und Dnjepr, 1793 das Land zwiſchen dieſen beiden Flüſſen und etwa der heutigen (Weihnachten 1916) Front zwiſchen Dünaburg und Pinsk, 1795 der Reſt von Litauen bis an den Niemen heran, das ganze heutige Gouvernement Kowno eingeſchloſſen, 1807 der Bezirk von Bialyſtok und endlich 1815 Suwalki. Aber Paul I. (1796 bis 1801) wie auch namentlich Alexander I. (1801—1825) waren im ganzen polenfreundlich; nach dem Tode Katharinas II. erhielten die Aufſtändiſchen von 1794, Kosciuszko an der Spitze, die Freiheit zurück; Katharinas Kampf gegen die „unierte“ (dem Dogma nach griechiſche, der Verfaſſung nach aber mit Rom verbundene) Kirche wurde nicht fortgeſetzt; die Beamten blieben, wenigſtens in den weſtlichen Teilen Litauens, faſt ſämtlich Polen; der litauiſche Rechtskodex (das Statut von 1589) blieb in Kraft; der Adel durfte ſich zur Erledigung ſeiner eigenen und gerichtlichen Angelegenheiten auf Kreis- und Gouvernementslandtagen verſammeln; in Gericht und Schule herrſchte die polniſche Sprache und auch in der Verwaltung war ſie neben der offiziellen ruſſiſchen Sprache faſt gleichberechtigt. Am wichtigſten war, daß Alexander I. 1803 ſeinen Jugendfreund, den Fürſten Adam Czartoryski, zum Kurator des Wilnaer Lehrbezirks ernannte; Czartoryski wandelte die alte Wilnaer Jeſuitenhochſchule ſofort in eine Univerſität um und ſchuf damit dem Polentum den kulturellen und politiſchen Mittelpunkt, der ihm in Litauen bisher gefehlt hatte.

Der polniſche Aufſtand von 1830 fand in Litauen teilweiſe Boden, wurde aber ſchnell unterdrückt. Gleich darnach ſetzte der Umſchwung der ruſſiſchen Polenpolitik ein: die Wilnaer Univerſität wurde aufgehoben (1832); ebenſo das litauiſche Statut (1840); mit dem ruſſiſchen Recht wurde auch die ruſſiſche Gerichtsſprache eingeführt; aus der Adelsſelbſtverwaltung wurde die kleine Schlachta beſeitigt; die polniſche Unterrichtsſprache verſchwand (1840); doch blieb das Polniſche in den Schulen Unterrichtsgegenſtand. In der Verwaltung hat die polniſche Sprache, ſoweit ich ſehe, ihre Stellung damals noch behauptet. Am einſchneidendſten waren faſt die Einſchränkungen, denen die römiſch-katholiſche Kirche unterworfen wurde: ein Ukas Katharinas II. aus dem Jahre 1795, nach dem eine Kirche nur in ſolchen Orten ſein durfte, die 160 Rauchfänge oder 400 Perſonen zählten, wurde 1839 auf die römiſch-katholiſche Kirche übertragen, ſo daß eine ganze Reihe von Kirchen geſchloſſen werden mußte; von 291 Klöſtern wurden 202 aufgelöſt; durch Ukas von 1841 wurden alle Güter der

römiſch-katholiſchen Kirche ſäkulariſiert und die Geiſtlichkeit auf Gehalt geſetzt; Ehen zwiſchen Orthodoxen und Nichtorthodoxen waren nur gültig, wenn ſie auch von einem rechtgläubigen Prieſter eingeſegnet wurden; die Kinder aus ſolchen Ehen mußten unter allen Umſtänden orthodox werden (Ukas von 1832). Schon Katharina II. hatte damit begonnen, die Union, das alte Streitobjekt zwiſchen Polen und Rußland, zu beſeitigen; ihre Nachfolger hatten aber dieſe Politik nicht fortgeführt, ſondern durch Schaffung eines Erzbistums in Połock und zweier Bistümer (in Łuck und Breſt-Litewski) die ruthenische Kirche ſogar neu organiſiert. Nikolaus I. ging, da Polen am Dekabriſten-Aufſtande teilgenommen hatten, ſofort nach ſeinem Regierungsantritt gegen die unierte Kirche vor. 1839 erloſch mit dem Übergang der unierten Geiſtlichkeit zur Orthodoxie die Union in Litauen. Einen äußeren Zwang hatte Nikolas gar nicht anzuwenden brauchen; die äußerſt ſchlechte materielle Lage des unierten Klerus, der nach dem Übertritt ein feſtes Gehalt erhielt, ſein niedriges geiſtliches und ſittliches Niveau, nicht zuletzt der Einfluß des Biſchofs Joſef, der zum Erzbiſchof ernannt wurde, hatten der ruſſiſchen Politik dieſen Erfolg leicht gemacht.

Vorübergehend beſſerte ſich die Lage des Polentums in Litauen nach dem Tode Nikolaus' I. (1855); die Bewegungsfreiheit der Polen wurde etwas größer und auch eine Änderung der geſetzlichen und Verwaltungsvorſchriften erfolgte inſofern, als die Großgrundbeſitzer polniſche Landſchulen einrichten durften (1857). Damals erlebte das Polentum in Wilna in geiſtiger Beziehung die Nachblüte der erſten Jahrzehnte des Jahrhunderts. Dann vernichtete wieder ein Aufſtand der von 1863, der auch nach Litauen übergriff, dies nationale Leben und zugleich alles, was den Polen nach 1830 und 1839 noch an Freiheiten geblieben war. Mit dem Wilnaer Generalgouverneur M. N. Murawjëw, 1863 bis 1865, begann ein antipolniſches Syſtem von äußerſter Strenge. Nicht nur, daß — nach ruſſiſcher Angabe — 128 Leute erſchoſſen, 9361 verbannt wurden, Murawjëw ging mit größter Energie daran, die Machtſtellung des Polentums im Nordweſtgebiete dauernd zu brechen. Dabei darf man nicht überſehen, daß er ſich nicht auf Repreſſivmaßnahmen beſchränkte, ſondern poſitiv darauf bedacht war, das ruſſiſche Element in Litauen zu ſtärken; in dieſer Beziehung hat er der ſpäteren ruſſiſchen Politik im Nordweſtgebiet die Richtlinien gewieſen. Die Politik, die ſchon nach 1830 begonnen war, wurde jetzt

in verſchärftem Maße fortgeführt: viele Kirchen und alle noch beſtehenden Klöſter wurden geſchloſſen, die Adelsſelbſtverwaltung und alle polniſchen Beamten wurden beſeitigt; damit war ſchon 1831 in der Verwaltung, 1840 in Schule und Gericht begonnen, jetzt wurde dies konſequent durchgeführt; ſelbſt bei den Eiſenbahnbeamten ſetzte man ihre Zahl 1866 auf 50%, 1887 ſogar auf 33½% feſt. Nicht weniger einſchneidend waren die ruſſiſchen Maßnahmen auf dem Gebiet der Landpolitik. Wie nach dem Aufſtande von 1830 wurden auch jetzt eine größere Anzahl polniſcher Güter konfiszierte; ſie wurden aber nur noch zum kleinſten Teile als Donationen vergeben, ſondern größtenteils zu ſehr günſtigen Bedingungen — gegen zinſenloſe, ratenweiſe Bezahlung des Kaufpreiſes oder gegen eine zu amortiſierende Rente mit einem niedrigen Angelde — an ruſſiſche Beamte und Ruſſen verkauft. Man wollte dadurch die ruſſiſchen Beamten uſw. im Lande feſthalten; auch eine „Geſellſchaft der Güterkäufer“ wurde unter ihnen zu dem gleichen Zwecke gegründet. Ein Teil der Aufſtändiſchen, der nicht zur Konfiskation der Güter verurteilt wurde, mußte ſeine Beſitzungen innerhalb zwei Jahre an Ruſſen veräußern; auch wurde der Geiſtlichkeit und dem polniſchen Adel nach dem Aufſtande eine Kontribution in der Höhe von 10% des Einkommens auferlegt, die 1869 in eine ſtändige Abgabe von „Perſonen polniſcher Herkunft“ umgewandelt wurde. Während ſo der polniſche Landbeſitz in Litauen geſchwächt, der ruſſiſche geſtärkt wurde, wurde der polniſchen Hand auf dem Lande jegliche Möglichkeit genommen, ihren Beſitzſtand zu erweitern: 1865 wurde den Polen jeder Erwerb von Gutsland, außer auf dem Wege der teſtamentsloſen Erbfolge, unterſagt; der Pole konnte nur an eine Perſon nichtpolniſcher Herkunft ſeine Güter verkaufen. Der Ukas betraf Grundeigentum in den Städten und Flecken nicht, auch richtete er ſich nur gegen den Adel und den Großgrundbeſitz; der bäuerliche Beſitz fiel nicht unter das Verbot. Die Bauern erhielten 1863 alles Land, das ſie zum Nutznieß oder durch Vertrag inne gehabt hatten, zum Eigentum; ebenſo konnten ſie das zurückfordern, was ihnen etwa ſeit 1857 verloren gegangen war; weniger als 3 Deßjatinen Anteilsland ſollte kein Bauer haben. Auch eine bäuerliche Selbſtverwaltung wurde, ähnlich wie im Königreich Polen, eingerichtet; ihre Organe waren in der Dorfgemeinde die Gemeindeverſammlung und der (gewählte) Staroſt; ihre Aufgaben waren: Erhebung von Steuern, Vormundſchafts-

pflege usw. Wieweit durch diese Maßnahmen der weißrussische und besonders der litauische Bauer für die Regierung gewonnen wurde, ist schwer zu entscheiden, im ganzen aber konnte die Regierung in Litauen ebenso wie in Polen mit den Erfolgen ihrer Bauernpolitik wohl zufrieden sein; antirussisch war der Bauernstand, wenigstens in seiner Mehrzahl, vor dem Kriege weder in Polen noch in Litauen. Andererseits wurde das Polentum in Litauen durch die Politik Murawjews und seiner Nachfolger naturgemäß nicht vernichtet, dazu war es kulturell dem Russentum viel zu weit überlegen, aber es wurde doch erheblich geschwächt. Die katholische Kirche und die Sphäre des Privatlebens blieben sein Zufluchtsort; nur im stillen suchte man durch geheime Organisationen dort, wo es angängig schien, unter der ländlichen und städtischen Bevölkerung die polnische Sprache zu pflegen und zu verbreiten.

An die Stelle des polnischen Elements trat nun im öffentlichen Leben Litauens das russische. Die Stütze des Großrussentums war zunächst natürlich das Beamtentum; außerdem wurden durch die „Bauernbank“ (seit 1901) großrussische Bauern in Litauen angesetzt; nähere Zahlen darüber liegen mir leider zur Zeit nicht vor; im Gouvernement Kowno, wo sie sich hauptsächlich betätigt, soll sie von 1904—1912 52400 Deßjatinen angekauft haben. Es kam dem Großrussentum aber in Litauen, im Gegensatz zum Zartum Polen, einmal zugute, daß in dem hier herrschenden Nationalitätengewirr das Russische als Staatssprache zur Vermittelung diente, nicht nur im Verkehr von Litauern und Polen mit den Russen, sondern auch zwischen Litauern und Polen; auch hatte die hauptstädtische Presse Rußlands hier lange Zeit das Monopol. Zweitens konnte das Großrussentum sich auf örtliche Elemente stützen, namentlich auf die orthodoxe Bevölkerung, die 1897 im Gouvernement Kowno 45000, in Wilna 415000, in Grodno 919000 betrug. Die orthodoxen Weißrussen besonders stehen stark unter dem russischen Einfluß; in Wilna sind weißrussische Vereine und Zeitschriften entstanden, die für den engsten Anschluß an das Großrussentum eintreten; außerdem wurde in „rechtgläubigen Bruderschaften“ und in den Ortsgruppen des „Verbandes des russischen Volkes“ im Westgebiet russische Propaganda gemacht. Das Polentum war hiergegen zunächst machtlos. Erst nach der Revolution bekam es die Hände frei. Besonderen Nutzen zogen die Polen aus dem Edikt vom Mai 1905, das

die Sprachenfreiheit verkündete, und aus dem Ukas vom Dezember 1904, der in den zweiklassigen Elementarschulen und auch in den Mittelschulen, je nachdem die Mehrheit der Schüler polnischer oder litauischer Nationalität war, die polnische oder litauische Sprache als Unterrichtsgegenstand zuließ. Der Religionsunterricht durfte in der Muttersprache erteilt werden; doch wurde seit 1913 das Urteil über die Nationalität der Schüler den Schulbehörden vorbehalten. Unter der Firma „Oswiata“ (Aufklärung) entstanden in Wilna, Minsk und Nieswiez Vereine, die sich die Einrichtung polnischer Bibliotheken und die Organisierung des polnischen Unterrichts angelegen sein ließen; auch private Elementarschulen entstanden, die polnische Unterrichtssprache haben durften; sie wurden aber schnell wieder geschlossen. 1905 erschien in Wilna nach 40jähriger Unterbrechung wieder eine polnische Zeitung, zusammen wurden Anfang 1912 in Wilna 14 periodische Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben, die den polnischen Interessen dienten. Die nationalistische Reaktion in Rußland machte sich aber bald fühlbar; schon 1906 wurde (außer in Kowno) als Vereins- und Versammlungssprache wieder das Russische vorgeschrieben; im Februar 1908 wurde die Wilnaer „Oswiata“ geschlossen; die in Minsk und Nieswiez traf 1909 dasselbe Los. Sodann wurde das Polentum in Litauen namentlich durch die Vorlage über die Einführung der Semstwoverfassung im Westgebiet betroffen. Bis 1911 wurden die Vertreter dieses Gebiets im Reichsrat nicht, wie sonst, von den Semstwos gewählt, sondern von eigens dazu gebildeten Versammlungen des Großgrundbesitzes; es wurden dann durchweg Polen gewählt. Um das zu verhindern, wollte Stolypin für sechs der Gouvernements des Westgebiets die Semstwoorganisation einführen, doch wurden bei den Wahlen zu den Kreisräten für den Großgrundbesitz besondere Kurien eingerichtet, eine russische und eine polnische. Die polnische Kurie durfte aber nur einen Teil der eigentlich auf sie entfallenden Kreisräte wählen. Die Kreis-Semstworäte wählten wieder zu den Gouvernements-Semstworäten; wieder war aber die Zahl der Polen, die dorthin entsandt werden durften, genau festgesetzt; zahlreiche Kreise durften gar keine Polen in den Gouvernements-Semstworat senden. Auf diese Weise wurde dem russischen Großgrundbesitz der Vorrang in diesen Semstwos gesichert, was denn auch in den Wahlen zum Reichsrat, die von den Gouvernements-Semstwos vorgenommen wurden, zum Ausdruck kam. Die Gouvernements Kowno, Wilna und

Grodno wurden jedoch ausgenommen; in ihnen war die Präponderanz des Polentums auch auf dieſe Weiſe nicht zu brechen; ſie ſind bis heute ohne Selbſtverwaltung geblieben. Für die übrigen ſechs Gouvernements ſetzte Stolypin, wie wohl erinnerlich, nach heftigen Kämpfen ſeinen Willen durch einen Staatsſtreich, auf Grund des § 87, durch. So hat ſich die Stellung des Polentums zwar nach 1904 verbeſſert, aber es unterlag doch manchen und einſchneidenden Beſchränkungen; es war auch längſt nicht mehr ſo abſolut vorherrſchend wie bis 1830. Das ruſſiſche Element, das jüdiſche waren daneben getreten; auch die bodenſtändige Bevölkerung, die Weißruſſen und namentlich die Litauer, kamen allmählich, wie wir noch ſehen werden, empor. Die polniſchen Anſprüche auf dieſes Land ſind trotzdem nicht aufgegeben; Litauen, das Land, aus dem Koſciuzko und Mickiewicz und viele andere Geſtirne der polniſchen Geſchichte und Literatur ſtammen, iſt jedem polniſchen Herzen teuer. Namentlich die Vereinigung von Stadt und Gouvernement Wilna mit dem Königreich Polen iſt das Ziel der polniſchen Wünſche, ſie ſind auch ſeit dem 5. November 1916 ſofort in Warſchau wie in Wilna hervorgetreten. Einen entſchloſſenen politiſchen Verzicht auf Litauen hat in ruſſiſcher Zeit ſelbſt Dmowski, der Führer der polniſchen Verſöhnungsparteiler, nicht auszuſprechen gewagt. Dabei war nicht einzuſehen, wie ohne einen ſolchen polniſchen Verzicht auf Litauen eine Verſöhnung der ruſſiſchen mit den polniſchen Intereſſen möglich ſein ſollte. Rußland konnte dem Zartum Polen wohl zur Not eine weitgehende Autonomie gewähren, das Weſtgebiet aber, ohne das Kurland und Riga im Norden, Odeſſa im Süden nicht zu halten ſind, war für Rußland, ähnlich wie Poſen für Preußen, lebensnotwendig; das mußte es feſt in der Hand zu halten ſuchen. Ob und welche Löſung die Frage in der polniſch-ruſſiſchen Ausgleichskommiſſion im Juli 1915 finden ſollte, iſt nicht bekannt geworden. Um ſo geringer war immer die Geneigtheit Rußlands, den polniſchen Anſprüchen hier nachzugeben, als die ruſſiſche Politik in den kirchlichen und nationalen Verhältniſſen Litauens, wie ſchon geſagt, eine gewiſſe Stütze fand; auch darin ähnelte die Lage der in Poſen und Weſtpreußen; wie ſich dort die preußiſche Politik auf dem deutſchen Element aufbaute, ſo boten hier die Weißruſſen und die Litauer der ruſſiſchen Politik wenigſtens einen gewiſſen Rückhalt.

V. Die Weißruſſen.

Über die Weißruſſen genügen wenige Worte. Sie ſind im Gouvernement Kowno ſo gut wie gar nicht, nur in dem öſtlichſten Kreiſe Nowo-Alekſandrowsk vertreten, herrſchen aber in Grodno und noch mehr in Wilna vor. In Grodno ſind ſie überwiegend orthodox; nur im Kreiſe Sokolka machen — nach der Zählung von 1897 — die katholiſchen 68,2%, die orthodoxen 15,7% der Bevölkerung aus. In den Kreiſen Wolkowyſk, Grodno und Bialyſtok bilden die Katholiken unter den Weißruſſen anſehnliche Minoritäten: in Wolkowyſk ſind von den Weißruſſen 26,9% der Bevölkerung katholiſch, 55,6% orthodox, in Grodno machen die katholiſchen Weißruſſen 20,3% der Bevölkerung aus, die orthodoxen 45,5, in Bialyſtok kommen je 13% der Bevölkerung auf die katholiſchen und orthodoxen Weißruſſen. In den Kreiſen Slonim und Pruzany, in denen über 75% der Bevölkerung weißruſſiſch iſt, gehören bloß 6—8% der Bevölkerung zu den katholiſchen Weißruſſen. Man ſieht, der Katholizismus iſt unter den Weißruſſen im Weſten des Gouvernements erheblich ſtärker verbreitet als im Oſten; der Grund liegt natürlich in der Nähe des polniſchen Einfluſſes, wobei freilich darauf hingewieſen werden muß, daß die an das polniſche Sprachgebiet angrenzenden kleinruſſiſchen Kreiſe, wie Bielsk, Breſt-Litewski und Kobryn, dieſem Einfluß des Katholizismus nicht unterlegen ſind. Noch ſtärker ſind die Weißruſſen im Gouvernement Wilna katholiſiert. In den Kreiſen, die eine ſtark litauiſche, alſo katholiſche, Bevölkerung haben, wie Wilna, Troki, Swieciany, ſind auch die Weißruſſen durchweg katholiſch; aber auch in den Kreiſen Oszmiany und Lida, wo das weißruſſiſche Element mit 80,1% bzw. 73,2% der Bevölkerung allein dominiert, ſind 51,1% bzw. 49,3% der Bevölkerung katholiſche Weißruſſen, während in den beiden übrigen Wilnaer Kreiſen Disna und Wilejka, die beide auch über 80% Weißruſſen haben, etwa 29% der Bevölkerung katholiſche Weißruſſen ſind; auch hier tritt alſo der Katholizismus unter ihnen mit der größeren Entfernung vom Haupteinflußgebiet der katholiſchen Kirche zurück. In den Gouvernements Minsk, Mohilew und Witebsk iſt die Maſſe des Weißruſſentums, die im ganzen etwa 8 Millionen Köpfe beträgt, orthodox. Was die Bezeichnung „Weißrußland“ bedeutet, iſt ſtrittig; ſie wird im Sinne von „unabhängig“ (von der Zarenherrſchaft) erklärt, aber auch mit der Volkstracht; dabei wird — was

an sich richtig ist — darauf hingewiesen, daß die Weißrussen im Vergleich mit den Großrussen den slawischen Charakter ziemlich rein bewahrt haben; blondhaarige und blauäugige Erscheinungen sind bei ihnen in der Tat häufig. Der weißrussische Stamm ist aus russischen Stämmen erwachsen, die das Quellgebiet der Düna, des Dnjepr und Niemen bewohnten; sprachlich steht es zu dem Großrussentum in näherem Verhältnis als das Ukrainische zum Großrussischen. In dem alten litauischen Staat war das Weißrussentum, wie schon erwähnt, ursprünglich kulturell das überlegene Element. Seit dem 16. Jahrhundert wurde es darin von dem Polentum abgelöst; das Weißrussische blieb zwar noch bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts im Großfürstentum Litauen Amtssprache, wurde aber immer mehr zu einer Kanzleisprache, die jede Fühlung mit dem Volke verlor; als sie amtlich nicht mehr benutzt wurde, verschwand sie gänzlich. So mußte ganz von vorn begonnen werden. Als die ersten wurden die polnischen Romantiker auf das weißrussische Volkstum aufmerksam; namentlich Mickiewicz schöpfte aus dieser Quelle einige Volksweisen; auch einige ethnographische Arbeiten über Weißrußland entstanden auf polnischer Seite. Nennt man noch Barszczewski (1790—1851) und Dunin-Marcinkiewicz (1807—1885), die beide neben polnischen Werken auch eine Anzahl Dichtungen in weißrussischer Sprache verfaßten, so ist in der Hauptsache erschöpft, was sich über die ältere weißrussische Literatur sagen läßt. Bis Ende des 19. Jahrhunders waren es namentlich aus Weißrußland stammende studentische Kreise, die sich der Pflege ihrer heimatlichen Sprache annahmen; sie schlossen sich in Petersburg auch zu einem Verein zusammen (1902), um „weißrussische Kultur“ ins Volk zu tragen; eine Anzahl belletristischer Schriften, aber auch einige rein sozialistische Broschüren wurden zu diesem Zweck in weißrussischer Sprache gedruckt. Es war kein Wunder, daß in den stürmischen Jahren 1905/06, als alle Welt in Rußland nach „Autonomie“ rief, auch für Weißrußland die gleiche Losung ausgegeben wurde; Agrarreform und Einführung der weißrussischen Sprache in den Schulunterricht waren die weiteren Programmpunkte. Dauernde Bedeutung von den Gründungen der Revolutionsjahre hatte nur die Wochenschrift „Nasza Niwa“ (Unser Feld) gewonnen, die von 1906 bis 1915 in Wilna für die rechtgläubigen Weißrussen in russischen, für die katholischen Weißrussen in lateinischen Lettern erschien. In diesem kleinen Blatte fand sich seitdem

alles zuſammen, was es an ſelbſtändiger weißruſſiſcher Bewegung gab; es ſtand auf national-weißruſſiſchem Boden und forderte vor allem die Herrſchaft für die weißruſſiſche Sprache in der Schule und in beiden Kirchen. Die „Nasza Niwa“, die für breite Kreiſe beſtimmt war, traf geſchickt einen volkstümlichen Ton, ihre Mitarbeiter waren auch meiſt Leute, die dem Volke naheſtehen, wie Organiſten, Lehrer uſw.; ihre Anhängerſchaft ſcheint nicht ganz gering geweſen zu ſein; konnte ſie doch 1910 über 660 Korreſpondenzen aus 320 Orten veröffentlichen. Immerhin aber war dieſe ganze Bewegung noch außerordentlich beſcheiden; Weißrußland gehört kulturell und wirtſchaftlich zu den rückſtändigſten Teilen Rußlands. Wieweit die ſtammlichen und ſprachlichen Verſchiedenheiten des Weißruſſentums vom Großruſſentum einer politiſchen Trennung dienlich gemacht werden können, wird ſich gegebenenfalls zu zeigen haben. Erſchwert wird das Vordringen der weißruſſiſchen Bewegung durch die konfeſſionelle Spaltung: die katholiſchen Weißruſſen ſtehen ſtark unter polniſchem Einfluß; Katholizismus und polniſche Sprache ſind auch hier gleichbedeutend; ebenſo herrſcht unter den orthodoxen Weißruſſen der ruſſiſche Einfluß vor; wie wir ſchon ſahen, wurde hier zum Teil unter dem Mantel einer weißruſſiſchen Bewegung für offenen und engen Anſchluß an das Großruſſentum Propaganda gemacht. Die Maſſe der Weißruſſen iſt deshalb heute ein Inſtrument der ruſſiſchen oder der polniſchen Politik; beide Mächte hemmen die Entwickelung eines ſelbſtbewußten Weißruſſentums. Die politiſche Neugeſtaltung der Dinge nach dem Kriege kann aber leicht dem Weißruſſentum noch eine erhöhte direkte oder indirekte Bedeutung geben.

VI. Die Litauer.

Unter verhältnismäßig viel günſtigeren Verhältniſſen hat ſich die litauiſche Bewegung entwickelt, und ſie iſt heute auch ſchon ungleich ſtärker als die weißruſſiſche. Sie hat vor der weißruſſiſchen vor allem das voraus, daß es ſich bei den Litauern nicht wie bei den Weißruſſen um mehr oder minder große dialektiſche Abweichungen vom Großruſſentum handelt, vielmehr ſind die Litauer wirklich eine Nationalität für ſich. Sie ſind keine Slawen, ſondern bilden mit den Letten eine beſondere indogermaniſche Völkergruppe, die freilich den Slawen naheſteht. Während die ſlawiſchen Sprachen untereinander doch ſo nahe verwandt ſind, daß eine Verſtändigung,

wenn auch nur zur Not, möglich ist, ist die litauische Sprache für den Slawen ebenso unverständlich wie für den Deutschen. Das ethnographische Litauen zerfällt von altersher in 2 Hauptteile: Nieder-Litauen oder Samogitien, das den westlichen Teil des Gouvernements Kowno bis zur Dubissa und Wenta umfaßt, und Oberlitauen, zu dem der Rest von Kowno und die litauischen Teile der Gouvernements Wilna und Suwalki gehören; beide unterscheiden sich vor allem durch den Dialekt. Das litauische Volk ist ein Bauernvolk, der Adel ist wie gesagt meist polonisiert; auch auf die Städte trifft das mehr oder weniger zu; Wilna ist ja geradezu ein polnisches Zentrum; das Litauertum verschwindet dort ganz; auch Kowno ist einigermaßen polonisiert; in den kleinen Städten dominiert das Judentum. Ein litauisches Bürgertum gibt es einstweilen nicht; die Intelligenz wird vor allem durch den Klerus vertreten; daneben ist freilich in letzter Zeit auch eine — zahlenmäßig nicht sehr große — weltliche Intelligenz entstanden. Dadurch erklärt es sich, daß die kulturelle und nationale Entwicklung des Litauertums zwar ganz erheblich weiter vorgeschritten ist als etwa die des Weißrussentums; absolut betrachtet, ist sie aber einstweilen auch nicht bedeutend. Die litauische Sprache hat weder eine alte noch eine umfangreiche Literatur aufzuweisen; das älteste datierte litauische Sprachdenkmal stammt aus den Jahren vor 1545; es ist die Übersetzung eines Kirchenliedes, und kirchlichen und religiösen Charakter trägt die litauische Literatur fast ausschließlich bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts hinein. Erst von da ab beginnt die weltliche Dichtung; Christian Donalitius, der Pfarrer von Tollmingkehmen (1714—1780), der einige Fabeln und Idyllen dichtete, ist an erster Stelle zu nennen; gleichzeitig fand auch das litauische Volkslied („Daina") Eingang in die Weltliteratur. Im 19. Jahrhundert wurde der Strom der litauischen Dichtung etwas breiter, obwohl er an sich klein genug blieb; sie nahm jetzt durchweg litauisch-nationalen Charakter an im Sinne einer kulturellen Hebung und Bildung des Volkes auf nationaler Grundlage. Dowkont und Wolonczewski, der erstere mehr den reinen Litauer, der zweite mehr den Typ des polonisierten litauischen Adels darstellend, Iwinski nnd Baranowski sind die bekanntesten dieser Schriftsteller; der Inhalt ihrer Schriften ist ethnographisch, geschichtlich, poetisch, zum Teil freilich sind es auch bloße Übersetzungen. Erheblich unterstützt wurde diese kulturelle litauische Bewegung durch das Interesse, das sich dem litauischen Volkstum von seiten der deutschen und polnischen

Wiſſenſchaft zuwandte; auf deutſcher Seite waren es zumeiſt ſprachwiſſenſchaftliche Studien; bei den Polen, die für dieſe Dinge in der Univerſität Wilna zeitweiſe ein Zentrum beſaßen, bemächtigte ſich hauptſächlich die Geſchichtsforſchung des Gegenſtandes; ich erinnere nur an J. Narbutt's große „Geſchichte Litauens". Durch all das wurde das Selbſtgefühl des litauiſchen Volkes geſteigert; der Boden dafür war überhaupt durch das Aufkommen des Nationalitätsgedankens, das hier wie überall ſtattfand, vorbereitet; ſo entwickelte ſich eine immerhin bemerkenswerte kulturell-litauiſche Bewegung, deren Träger im weſentlichen Adel und Geiſtlichkeit waren.

Eine entſcheidende Wendung erfolgte nach dem Aufſtande von 1863. Panſlawiſtiſche Tendenzen, Träumereien von einem allſlawiſchen Alphabet, brachten einen gewiſſen Hilferding auf den Gedanken, auch die litauiſche Sprache in ruſſiſchen Buchſtaben zu ſchreiben. Die Idee kam der Murawjewſchen Politik, das Ruſſentum und die Orthodoxie in Litauen zu ſtärken, ſehr gelegen; zugleich hoffte man den polniſchen und katholiſchen Einfluß auf das litauiſche Volk dadurch einzuſchränken. Außerdem wurde das bisherige litauiſche Schrifttum als ruſſenfeindlich verdächtigt; ſo erging 1865 das Verbot, litauiſche Druckſchriften in lateiniſchen Lettern zu drucken. Damit war der litauiſchen Bewegung ein tödlicher Schlag verſetzt; die literariſche Produktion in Litauen ſelbſt hörte ſo gut wie ganz auf. Nur im Gouvernement Suwalki, das ja nicht zum Generalgouvernement Wilna gehörte, blieb die litaniſche Sprache etwas freier; namentlich wurde für die Litauer in Marjampol ein Gymnaſium und in Weivery ein Seminar für Volksſchullehrer gegründet; auch wurden fortan auf ruſſiſchen Univerſitäten zehn Stipendien an litauiſche Studenten verliehen. Wenn die Regierung dadurch eine litauiſche Intelligenz ſchaffen wollte, die unter ruſſiſchem Einfluß ſtand und gleichzeitig einen Klaſſenhaß gegen den polniſchen Adel in ſich einſog, ſo hat ſie dies Ziel zum guten Teil erreicht. Zum Teil freilich wurde dieſer Erfolg vereitelt durch das Verbot der lateiniſchen Lettern; die Unterdrückung, die darin lag — fürchteten die litauiſchen Bauern doch, daß mit der Einführung der kyrilliſchen Schrift auch die Bekehrung zur Orthodoxie verbunden ſei —, mußte zu antiruſſiſchen Tentenzen führen und hat das auch getan. Die erſte Folge war, daß ſich die litauiſche Bewegung nach Litauiſch-Preußen zurückzog, um von hier aus Litauen mit Schriften in lateiniſchen Lettern zu verſorgen. Daß man den Nord-

zipfel Oſtpreußens zum Schauplatz dieſer Tätigkeit machte, geſchah wohl mehr aus geographiſchen als aus ethnographiſchen Gründen; zwar hatte einſt, unter Herzog Albrecht, von Königsberg das Studium der litauiſchen Sprache ſeinen Ausgang genommen, aber von einer nationalpolitiſchen Bewegung war unter den preußiſchen Litauern nie die Rede geweſen; man hatte ſich auf die Pflege der angeſtammten Sprache beſchränkt, und war und iſt im übrigen unbedingt loyal. Die litauiſche Bewegung, die ſich in der Zeit von 1883—1904 in Oſtpreußen anſiedelte, war denn auch gar nicht auf die preußiſchen Litauer berechnet; ihre Produkte waren für den Export nach „Großlitauen", nach den Gouvernements Suwalki und Kowno beſtimmt und wurden durch einen umfangreichen und gut organiſierten Schmuggel maſſenhaft hinübergebracht. Der preußiſche Staat ſah dieſe Agitation nach damaligen politiſchen Anſchauungen nicht gern, er hat ihr auch manche Schwierigkeit gemacht, entſcheidend aber hat er ſie nicht behindert. In den zwei Jahrzehnten von 1863—1883 ſcheint die litauiſche Bewegung vollſtändig geruht zu haben; dann begann in Ragnit, ſpäter in Tilſit durch die Initiative eines Dr. Baſſanowicz eine Zeitſchrift „Ausra" (Morgenrot) zu erſcheinen, und um ſie ſammelte ſich nun ein Kreis von „Litvomanen", die voller Enthuſiasmus die Gedanken der großen Vergangenheit Litauens, ſeiner individuellen Kultur und ſeines Rechtes auf ein ſelbſtändiges Daſein verkündeten und ins Volk trugen. Die Bewegung war, ebenſo wie die vor 1863, nationalkulturell; man dachte ſie ſich verwirklicht im Rahmen des ruſſiſchen Staates; man bekämpfte, wobei auch ſchon leiſe die wirtſchaftlichen Gegenſätze mitſpielen, die polniſch gewordene litauiſche Schlachta und das Polentum; auch weitergehende politiſche Gegenſätze wurden wach: in einem Briefwechſel zwiſchen den Redaktionen der „Ausra" nnd des „Dziennik Poznanski" trat trotz aller Verſöhnlichkeit auf bei den Seiten deutlich die Differenz der Anſchauungen darüber hervor, ob Litauen politiſch zu Polen gehören ſolle oder nicht (1884). Die „Ausra" fand namentlich gute Aufnahme im Gouvernement Suwalki; nicht nur wegen der räumlichen Nähe, auch der ruſſiſche Druck war hier geringer als im „Nordweſtgebiet", und das Marjampoler Gymnaſium erwies ſich geradezu als Pflanzſtätte dieſer Ideen.

Es war nur natürlich, daß in der Emigration, in die dieſe Litvomanen gezwungen waren, die ruſſophile Tendenz nicht dauernd

herrschend blieb, und es konnte weiter nicht ausbleiben, daß zu den rein kulturellen Bestrebungen auch wirtschaftliche hinzukamen, daß man sich auch die wirtschaftliche Hebung der litauischen Bauern zur Aufgabe machte. Als die „Ausra“ 1886 einging und nach mehrjähriger Pause ein neues national-litauisches Blatt in Tilsit entstand, die „Varpas“ (Glocke, 1889), unterschied sie sich hauptsächlich durch diese beiden Momente von ihrer Vorgängerin; neben der Betonung der wirtschaftlichen Fragen war die „Varpas“ auch zu einem Bündnis mit dem Polentum bereit, unter der Voraussetzung, daß polnischerseits das Recht auf die politische Selbständigkeit der Litauer anerkannt wurde; außerdem forderte sie die Vereinigung des Gouvernements Suwalki mit dem Hauptteil des ethnographischen Litauens. Politisch war diese Gruppe ausgesprochen demokratisch, während die „Ausra“ darin farblos war; diese ganze junge litauische Intelligenz entstammte ja dem wohlhabenderen litauischen Bauernstande; der Gegensatz zum polnischen Adel lag ihr im Blut; auf die Erweckung und Gewinnung der litauischen Volksmasse war die Bewegung eingestellt; sie konnte gar nicht anders als demokratisch sein. Wohl aber schied sich die „Varpas“-Gruppe bald in Radikale und Gemäßigte; es traten zunächst die Sozialisten aus und bildeten eine eigene litauisch-sozialdemokratische Partei (1896); der gemäßigtere Teil des Restes war für eine Kompromiß- und Versöhnungspolitik mit der russischen Regierung; der radikalere, der sich 1902 zu einer litauisch-demokratischen Partei formierte, war schroff antirussisch. Er forderte in seinem Programm ein „freies und unabhängiges Litauen“ und an anderer Stelle „vollständige Autonomie Litauens in den ethnographischen Grenzen“; im Verhältnis zu den Polen faßte man wohl ein Zusammengehen gegen Rußland ins Auge, lehnte aber jede polnische Führung und Vormachtsstellung ab; agrarpolitisch wurde u. a. die Aufteilung des Kronlandes und der konfiszierten Güter (der „Majorate“) an landlose litauische Bauern gefordert; nur durch Kampf sei dieses Ziel zu erreichen. Das Organ dieser Gruppe blieb die „Varpas“.

Wie stand nun der litauische katholische Klerus zu dieser Bewegung? Er hielt sich anfangs abseits: die ältere Geistlichkeit war stark polonisiert und bekam infolgedessen von den nationalen Litauern manche scharfe Kritik zu hören; „Ausra“ sowohl wie „Varpas“ verherrlichten mit der Vergangenheit des Volkes auch das Heidentum

des alten Litauen; dazu wurde, wie wir ſahen, die weltliche litauiſche Bewegung immer radikaler. Das heißt nun aber nicht, daß der litauiſche Klerus dauernd national indifferent blieb oder ſich auf die Seite des Polentums ſchlug; im Gegenteil, die jüngere Geiſtlichkeit fühlte durchaus litauiſch-national; ihr ſchwebte ebenfalls als Ideal die nationale Erweckung und Hebung des Volkes vor. Sie war von dem Beſtreben erfüllt, die Führung in der litauiſchen Bewegung der Kirche zu ſichern. Sie ſchloß ſich deshalb nicht der „Varpas“ an, ſondern gründete eine eigene klerikale Zeitſchrift, die „Zemaicia ir Lieutuvos Apzvalga“ (Schamaitiſche und Litauiſche Rundſchau, Tilſit 1890—1896). Die „Apzvalga“ kämpfte in erſter Linie gegen den Polonismus in der Kirche; ein ſcharfer Nationalismus war für dieſe klerikale litauiſche Aktion von Anfang an bezeichnend; die litauiſche Sprache wurde in der Kirche (außer vielleicht in Schamaiten) in der Tat auch vernachläſſigt, und die Erweiterung ihrer Rechte oder gar ihre Herrſchaft in der Kirche war das Hauptziel dieſer Gruppe. Sie fand, als die radikalen und antiklerikalen Tendenzen in der „Varpas“ mehr und mehr vorzuherrſchen begannen, Zuzug aus dem Teil der jüngeren Geiſtlichkeit, die bisher zur „Varpas“ gehalten hatte; als die „Apzvalga“ einging, wurde ein neues Organ gegründet („Tėvynės Sargas“, Wächter der Heimat), das ebenſo nationaliſtiſch war und natürlich zwar die Ruſſifizierung in der Schule und die Begünſtigung der Orthodoxie auf Koſten des Katholizismus bekämpfte, den Kampf gegen die Regierung aber, den die Demokraten propagierten, ablehnte.

So wurde von Tilſit her zwiſchen 1883 und 1904 von verſchiedenen Gruppen und Seiten an der Nationaliſierung des litauiſchen Volkes gearbeitet; trotz aller Fehden untereinander waren ſie alle entſchloſſen litauiſch und nach Lage der Dinge im Grunde auch alle antipolniſch, mochten da auch, ebenſo wie im Verhältnis zu Rußland, Nuancen beſtehen. Welche Erfolge im Volke erzielt wurden, läßt ſich ſchwer ausmachen; die Agitation mußte ſich ja im geheimen vollziehen. Ganz gering ſind ſie aber wohl nicht geweſen; denn die Verbreitung, die die genannten (und einige andere) Zeitſchriften fanden, war anſcheinend recht bedeutend, namentlich im Gouvernement Suwalki; in vielen Dörfern wurden auf dem Wege der Selbſthilfe Organiſationen gebildet, die die Jugend beſonders im Leſen der lateiniſchen Lettern unterrichteten; auch die Tätigkeit der Geiſtlichkeit wird in Rechnung zu ſtellen ſein. Breitere Volksmaſſen waren aber von der Bewegung

ſchwerlich ſchon erfaßt. Das litauiſche Schrifttum war im ganzen noch ſehr gering; eine litauiſche Bibliographie zählt für die Zeit von 1533—1903 nur 2665 Werke auf, von denen ein ſehr großer Teil religiöſen Inhalts iſt.

Epochemachend war die Aufhebung des Verbots des lateiniſchen Alphabets. Es hatte ſich überlebt; Fürſt Swiatopolk-Mirski hatte ſchon in ſeiner Eigenſchaft als Generalgouverneur von Wilna dafür plädiert: die Verbreitung litauiſcher Schriften in lateiniſchen Lettern ſei doch nicht zu verhindern, und würden ſie im Inlande hergeſtellt, ſo ließe ſich dieſe Literatur beaufſichtigen und durch die Regierung beeinfluſſen. So erfolgte denn die Aufhebung bald nach dem Ausbruch des japaniſchen Krieges, noch ehe die Revolutionsbewegung in Rußland einſetzte (7. Mai 1904). Die Klerikalen ſtellten das Erſcheinen ihrer Zeitſchriften in Preußiſch-Litauen ſofort ein, um nunmehr den Weg der legalen Agitation zu beſchreiten. Die „Varpas“ erſchien noch einige Jahre weiter. Die Vorgänge in Litauen während der ſtürmiſchen Jahre von 1904 und 1905 brauchen hier nicht im einzelnen geſchildert zu werden. In der Revolution ſelbſt kamen begreiflicherweiſe zunächſt die radikalen Elemente obenauf; charakteriſtiſch dafür war der berühmte litauiſche Nationalkongreß in Wilna (21. und 22. November 1905), der unter dem Vorſitz des Dr. Baſſanowicz (der 1883 die „Ausra“ gründete) und unter Teilnahme von 1000 Delegierten aller Parteien und Organiſationen und vieler Gemeinden tagte. Er forderte Autonomie für Litauen, das außer dem ethnographiſchen Litauen auch die Gebiete umfaſſen ſollte, die wirtſchaftlich, national oder ſonſtwie dorthin gravitieren, insbeſondere Suwalki, ferner Herrſchaft der litauiſchen Sprache in Gemeinde, Kirche und Schule, Kampf gegen Rußland. Namentlich der letztere Punkt entſprach aber nicht den Anſichten der Mehrheit der litauiſchen Intelligenz; kurz vor dem Kongreß hatte man Witte ein Memorandum übergeben, das zwar ſachlich ungefähr die gleichen Forderungen aufſtellte, aber doch mit Rußland und innerhalb Rußlands die Autonomie und bürgerliche Freiheiten erſtrebte. Und dieſe im Verhältnis zu Rußland gemäßigte Richtung behielt in den folgenden Jahren die Oberhand; ſie fand von Rußland aus mindeſtens ideelle Unterſtützung; ſie wurde im weſentlichen getragen von der Geiſtlichkeit, die den größten Teil der litauiſchen Intelligenz darſtellte und, wie wir ſahen, von vornherein nicht unter allen Umſtänden antiruſſiſch war. Aber

ſie war nationaliſtiſch und antipolniſch, ſie richtete die Stoßkraft der litauiſchen Bewegung ſo gut wie ausſchließlich gegen das Polentum und war in dieſem Kampfe, in dem ihr übrigens die Radikalen und Demokraten immer mehr Gefolgſchaft leiſteten, unbedingt die Führerin.

Das Hauptkampfgebiet war die Kirche, und zwar die Sprache des ſogenannten „Ergänzungsgottesdienſtes“, d. h. aller Geſänge, Gebete uſw. außerhalb des offiziellen Rituales. Alle drei litauiſchen Diözeſen (Sejny, Kowno und Wilna) ſind von ihm ergriffen, am wenigſten noch die Diözeſen Sejny und Kowno. Sejny umfaßt das Gouvernement Suwalki und die Hälfte von Lomza; die polniſche und litauiſche Bevölkerung ſitzt hier geographiſch ziemlich getrennt; in Kowno iſt das litauiſche Element weitaus in der Mehrzahl; ſo liegen in dieſen beiden Diözeſen die Dinge immerhin noch verhältnismäßig einfach. Viel umſtrittener ſind die öſtlichen Bezirke des litauiſchen Sprachgebiets, die Kreiſe Wilna, Swiencianys, Troki und Lida, namentlich hier hat der Kampf um die Kirchenſprache, der auf litauiſcher Seite von einem beſonderen „Bunde zur Regelung der Rechte der litauiſchen Sprache in den Kirchen“ geführt wird, beſonders erbitterte Formen angenommen und iſt in vielen Fällen zu Tätlichkeiten und recht häßlicher Störung des Gottesdienſtes ausgeartet. Die objektive Feſtſtellung der Nationalitätenverhältniſſe ſtößt auf die größten Schwierigkeiten; es kommt vor, daß die eine Partei eine Gemeinde als „rein polniſch“, die andere Partei dieſelbe Gemeinde als „rein litauiſch“ bezeichnet. Dabei wird man dort, wo die Angaben ſich ſchroff widerſprechen, nicht immer ihre Verfälſchung durch eine oder beide Seiten vermuten dürfen: es iſt in der Tat oft ſchwer, zu entſcheiden, ob jemand „Litauer“ oder „Pole“ oder „Weißruſſe“ oder „Großruſſe“ iſt; es gibt „Litauer“, die kein Wort Litauiſch können, und umgekehrt überzeugte „Polen“ aus kirchlicher oder ſonſtiger Tradition, die nur litauiſch ſprechen; oft rechnen ſich die Glieder einer Familie zu verſchiedenen Nationalitäten. Der niedrige Bildungsſtand der Bevölkerung verſchlimmert das Chaos noch und öffnet der nationalen Agitation jeder Art Tür und Tor. So iſt es verſtändlich, daß die Bemühungen des Wilnaer Diözeſanadminiſtrators, Michalkiewicz, Richtlinien für die Kirchenſprache je nach dem zahlenmäßigen Verhältnis der verſchiedenen Nationalitäten aufzuſtellen und die Streitigkeiten beizulegen, ergebnislos geweſen ſind; der Kampf mit dem Polentum ging in aller Heftigkeit weiter, wobei der litauiſchen Geiſtlichkeit in der ruſſiſchen

Presse eifrig sekundiert wurde. In den knappen zehn Jahren von 1905—1914 hatte die litauische Bewegung nennenswerte Erfolge aufzuweisen; es war bemerkenswert, daß schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1905 auf Bauernversammlungen Ersetzung der russischen Unterrichtssprache durch die litauische gefordert wurde, und auch später hat in der Popularisierung des Wissens und in der Schulfrage stets der Schwerpunkt der litauischen Bewegung gelegen; namentlich in Kowno und Marjampol (das im Gouvernement Suwalki überhaupt das Zentrum des Litauertums ist) ist in der Schulfrage viel geschehen. So besaß der klerikal-kulturelle Verein „Ziburys“ (Aufklärung) in Marjampol 1910: 4150 Mitglieder, er hatte in seinen Bibliotheken und Lesehallen 25000 Bände und unterhielt außer Elementarschulen auch ein Mädchenprogymnasium in Marjampol mit litauischer Unterrichtssprache. Ein entsprechender, ebenfalls klerikaler Verein in Kowno (die „Sonne“) hatte 1910: 2500 Mitglieder; er unterhielt 45 Elementarschulen mit 2564 Schülern, dreijährige Präparandenkurse in Kowno und eine zweiklassige Mädchenschule; die Unterrichtssprache in den Anstalten dieses Vereins war jedoch nur im Litauischen und in Religion litauisch, sonst russisch. Über die landwirtschaftlichen Vereine, Kreditgenossenschaften usw., deren sich die Litauer auch bedienen, liegen mir Zahlen nicht vor. Am wichtigsten ist doch die Presse; in den drei Diözesen Wilna, Kowno und Sejny erschienen 1912: 14 periodische Zeitungen und Zeitschriften; dazu sind allerdings vor allem noch (nach dem Stande von 1910) 17 litauische Zeitschriften in den Vereinigten Staaten (in die seit Jahren eine starke Auswanderung stattfindet) zu rechnen. Außerdem ist noch die Kasimir-Verlagsgesellschaft zu nennen, die bis 1912 Broschüren, Kalender usw. in fast 120000 Exemplaren herausgab. Immerhin ist es für den Umfang der litauischen Bewegung bezeichnend, daß sie noch nicht imstande war, eine Tageszeitung zu tragen; in Wilna erschienen vor dem Kriege zwei litauische Zeitungen („Hoffnung“ und „Litauische Nachrichten“) dreimal bzw. zweimal wöchentlich, alles andere sind Wochen- und Monatsschriften. Die Polen dagegen hatten Anfang 1912 trotz ihrer geringen Zahl, was das Stärkeverhältnis dieser Bewegungen gut beleuchtet, in Wilna zwei täglich erscheinende Zeitungen.

Faßt man zusammen, so erhält die litauische Bewegung offenbar ihre Signatur durch ihre antipolnische Tendenz; antirussische Motive

ſind bis 1905 zweifellos ſtark in ihr vorhanden geweſen; ſie ſind ſeitdem, ſoweit man erkennen kann, auch nicht verſchwunden, obwohl zurückgetreten. Die Ruſſen haben ſich, ihrer polniſchen Politik ſeit 1906 entſprechend, auf die litauiſche Seite geſtellt; ſie haben ſich ja überall auf die Seite der ſchwächeren Nationalität geſtellt, und ſagten ſich auch wohl mit Recht, daß eine Politik, die beiden Parteien gerecht werden will, auf dem heißen Boden des Nationalitätenkampfes meiſt dahin führt, ſich mit beiden zu verfeinden. Was die Zentralmächte tun, wenn ſie an die Löſung der litauiſchen Frage gehen, ſteht dahin. Das deutſch-litauiſche Konto iſt bis jetzt ein ziemlich unbeſchriebenes Blatt; die Erinnerung an die Kämpfe mit dem Deutſchen Orden, der ſich dabei verblutete, iſt zwar im litauiſchen Volke wohl noch lebendig, ſie bilden ja, vom litauiſchen Standpunkte geſehen, ein Ruhmesblatt der litauiſchen Geſchichte; ſie hat aber nur noch hiſtoriſchen und poetiſchen Wert, politiſch fällt ſie ebenſowenig wie einige Reibereien aus den Anfängen der litauiſchen Bewegung neben den litauiſchen Sorgen der Gegenwart ins Gewicht. Die künftige deutſche Politik in Litauen wird vor allem durch den Geſichtspunkt beſtimmt, der für die etwaige Loslöſung dieſer Gebiete von Rußland maßgebend ſein wird, und dabei wird ſich zweifellos ein Weg finden laſſen, der den zukünftigen Dingen nicht zu ſtark präjudiziert, dem Litauertum ein hinreichend großes Feld zur Pflege ſeiner nationalen Eigenart überläßt und doch auch den deutſchen Intereſſen gerecht wird!

Polen.

Von * * *

I. Geographiſches.

Polen iſt ein Beſtandteil jenes „Zwiſcheneuropas“ oder größeren Mitteleuropas, deſſen Begriff Albrecht Penck in einer Arbeit „Politiſch-geographiſche Lehren des Krieges“ (Heft 106 der Sammlung volkstümlicher Vorträge des Muſeums für Meereskunde in Berlin) auf ſehr glückliche Weiſe in den Beſtand unſerer politiſch-geographiſchen Vorſtellungen eingeführt hat. Wir ſetzen das an die Spitze unſerer Ausführungen über Polen im ganzen, weil uns alles darauf ankommt, von vornherein unſeren Standpunkt dahin zu umſchreiben, daß mit der Auffaſſung des polniſchen Gebietes und Volkes als eines Beſtandteils von „Mitteleuropa“ der oberſte und entſcheidende Grundſatz für das Verſtändnis der polniſchen Frage in deutſchem Sinne gegeben iſt. Zu dieſem Zwiſcheneuropa gehören nach Penck auch die Länder rings um die Oſtſee: die Baltiſchen Provinzen, Finnland und Schweden. Auch Litauen gehört dazu. Rußland beſitzt von Zwiſcheneuropa bedeutende Stücke, und das wichtigſte davon iſt Polen. Mit ihm greift Rußland bis in das mittlere Europa hinein. „Mit zwei Zungen ſtreckt es ſich dahin: in Polen bis in das Gebiet der Oder, in Beſſarabien bis zur unteren Donau. Die polniſche Zunge raubt der Weichſel ihre Bedeutung als Waſſerſtraße, ſie entrückt den öſterreichiſchen Oberlauf vom Meere und nimmt dem deutſchen Unterlauf das Hinterland. Sie iſt eine ſchwerbewehrte Baſtion, die ſich zwiſchen die Mittelmächte hineinbaut; im Schutze ihrer Feſtungen ſammelten ſich die ruſſiſchen Heere, die brandſchatzend nach Oſtpreußen eindrangen und faſt ganz Galizien beſetzten. Der Zuſtand iſt auf die Dauer unhaltbar, daß der größte europäiſche Staat zwei große Stromgebiete Mitteleuropas zu ſperren in der Lage iſt, und die Vorteile der Zwiſchenlage von Mitteleuropa zwiſchen den beiden

deutſchen Meeren und dem Schwarzen Meere jeden Augenblick ſtören kann“ (Penck S. 23/24).

Mit dieſen Worten erſcheint das polniſche Problem an die Stelle gerückt, an die es gehört. Indem wir ſie beherzigen und in unſerer weiteren Betrachtung Polens von ihnen ausgehen, werden wir uns darüber klar, wie nahe uns Polen und die polniſchen Dinge in politiſch-praktiſcher Hinſicht angehen.

Eine kurze und ſchnell orientierende Überſicht über die Natur des polniſchen Landes, ſeinen Bau und ſeine Oberflächengeſtalt, ſein Klima, ſeine politiſchen und militäriſch-geographiſchen Grundlinien findet ſich in der Schrift von Max Friedrichſen „Die Grenzmarken des europäiſchen Rußlands“ (S. 46—73). Wir folgen ihr in bezug auf das Phyſikaliſche, indem wir uns trotz der geographiſchen Willkürlichkeit des Verlaufs der Grenzen aus praktiſchen Rückſichten doch auf den ruſſiſchen, in das politiſche Mitteleuropa vorſpringenden Landblock Kongreßpolens beſchränken. Das im Norden mit einem ſchmalen Hals angeſetzte Gouvernement Suwalki muß als zu Litauen gehörig ausgeſchieden werden. Über das polniſche Element in Litauen wird in dem litauiſchen Kapitel dieſes Buches gehandelt.

Polen beſteht, geographiſch betrachtet, aus mehreren verſchieden voneinander gearteten Gebieten. Eine oberflächliche Verwandtſchaft wird dadurch hervorgerufen, daß die eiszeitliche Vergletſcherung und die von ihr zurückgebliebene, ſeitdem vielfach wieder umgeſtaltete Schuttdecke dem größten Teil des Landes gewiſſe gemeinſame Züge aufgeprägt haben. In Südpolen weſtlich der Weichſel haben die höchſten Teile des ſüdpolniſchen Mittelgebirges, die Lyſa Gora, wahrſcheinlich kein Eis getragen. Außerdem beſteht inbezug auf die äußere Geſtaltung und die inneren Eigenſchaften des Bodens ein Unterſchied zwiſchen der bergig-welligen Landſchaft weſtlich der Weichſel und der im ganzen mehr tafelförmigen, ſogenannten ſüdoſtpolniſchen Platte, die mit dem galiziſchen und wolhyniſchen Karpathenvorlande zuſammenhängt. Den Mittelpunkt dieſer Landſchaft bildet Lublin. Weiter gegen Oſten, bereits auf ukrainiſchem Sprachgebiet und nicht mehr weit vom Rande der Poljesje, der großen Sumpfregion zwiſchen der Ukraine und Weißrußland, liegt Cholm, wegen ſeiner nichtpolniſchen Bevölkerung kurz vor dem Kriege adminiſtrativ von Kongreßpolen getrennt und als beſonderes „ruſſiſches“ Gouvernement eingerichtet. Im übrigen wird dieſer Abſchnitt Polens von dem eigent-

lichen Rußland durch den bedeutendſten rechtsſeitigen Nebenfluß der Weichſel, den Bug, getrennt. Daß der Bug kurz vor ſeiner Mündung in den Hauptſtrom ſeinen Namen an den keineswegs ſtärkeren Narew verliert, iſt ein Zufall.

Südweſtpolen, zum Teil waldreich, wird von der Piliza durchſtrömt, die von links her in die Weichſel mündet, und außerdem vom Oberlauf der Warthe. Es hat ſeine große wirtſchaftliche Bedeutung durch die Kohlen- und Eiſenlager im Becken von Dombrowa, das eine Fortſetzung der oberſchleſiſchen Vorkommen bei Kattowitz, Gleiwitz, Königshütte und Beuthen bildet, und durch den Induſtriebezirk von Lodz, dem „polniſchen Manchester“. Auch Tſchenſtochau, nahe der deutſchen Grenze, hat Induſtrie. Über die wirtſchaftliche Bedeutung des Dombrowaer und des Lodzer Bezirks wird noch beſonders gehandelt werden.

Die beiden ſüdpolniſchen Gebiete rechts und links der Weichſel ſind ſowohl unter ſich, als auch von dem nördlichen Teil des Landes verſchieden. Dieſer letztere iſt in charakteriſtiſcher Weiſe gekennzeichnet durch eine Reihe von großen, oſtweſtlich verlaufenden, zum Teil ſumpfigen Talbildungen, in denen die Weichſel abwärts von der Pilizamündung, die mittlere Warthe, der Bug, der Narew und noch einige kleinere Gewäſſer fließen. Dieſe Täler werden Urſtromtäler genannt und ſind dadurch entſtanden, daß bei dem allmählichen Rückgang der eiszeitlichen Vergletſcherung des Landes, entſprechend den periodiſchen Stillſtänden des Eiſes, ſich ungeheure Maſſen von Schmelzwaſſer am Eisrande entlang von Oſten nach Weſten ergoſſen. Dieſe Talbildungen ſetzten ſich auch auf deutſchem Gebiet bis zur Elbe fort.

Nordpolen auf beiden Seiten der Weichſel iſt, mit Ausnahme einzelner beſonders fruchtbarer Landſchaften wie Kujawien (zwiſchen Plozk und Bromberg), im ganzen mit weniger ertragreichen Böden ausgeſtattet als Süd- und namentlich Südoſtpolen. Auf weiten Strecken finden ſich ausgeſpülte Sande, und ebenſo, namentlich im Tale des Narew und ſeines Nebenfluſſes Bobr, ausgedehnte Sümpfe. Die Städte, auch die Hauptſtadt Warſchau, liegen häufig auf den Talrändern oberhalb der breiten Flußauen, in denen die Gewäſſer, vor allem die Weichſel, ihren ungeregelten, in viele Arme geteilten und für die Schiffahrt wenig brauchbaren Verlauf nehmen.

Klimatiſch bildet Polen ein Übergangsgebiet zwiſchen Mittel- und

Osteuropa. Zwischen Warschau und Breslau z. B. besteht der Hauptunterschied in der etwas stärkeren durchschnittlichen Winterkälte in Polen. Die Eisbedeckung der Flüsse dauert meist vom Dezember bis zum März. Der Sommer ist regenreich, der Herbst trocken.

Die durchschnittliche Fruchtbarkeit des Bodens ist von Natur überall dort gut, wo auf weiten Strecken die eiszeitlich aufbereiteten Geschiebemergel und namentlich die Lößdecken an der Südostabdachung des polnischen Mittelgebirges liegen. Rechts der Weichsel haben wir ein reines Ackerbaugebiet, links etwa zur Hälfte Ackerbau, zur Hälfte Industriegegenden. Der Großgüterbetrieb ist fast so gut imstande wie in den östlichen preußischen Provinzen, die Bauernwirtschaft dagegen meist sehr rückständig. Am schlechtesten kultiviert sind die an Deutschland angrenzenden Gebiete nördlich der Weichsel mit ihren unfruchtbaren sandigen Böden. Der Getreideertrag reicht ungefähr für den Bedarf des Landes aus, könnte aber durch Verbesserung der Bauernwirtschaft stark gesteigert werden. Etwas Ausfuhr kann in besseren Jahren schon heute stattfinden. Die Viehzucht ist im ganzen gering entwickelt. An einer geordneten Waldwirtschaft fehlt es. Nach diesen beiden Richtungen hin sind noch so große Verbesserungen möglich und notwendig, daß die Erträge sich vervielfachen können. Bei gesteigerter wirtschaftlicher Intensität könnte Polen trotz seiner starken durchschnittlichen Bevölkerungsdichte auf längere Zeit ein Ausfuhrland für landwirtschaftliche Produkte werden.

Über die Volksdichte herrschen meist falsche Vorstellungen. Kongreßpolen einschließlich Suwalki ist etwa so groß wie Süddeutschland mit Elsaß-Lothringen. Diese zählen zusammen etwa 13½ Mill. Einwohner (1914). Polen besaß nach der Volkszählung 1897 gegen 9½, nach der Berechnung von 1911 12½ Millionen Einwohner, konnte also vor dem Kriege auf ziemlich genau dieselbe Volkszahl veranschlagt werden, wie das gleich große süddeutsche Gebiet. Die mittlere Bevölkerungsdichte liegt zwischen 95 und 100 Menschen auf den Quadratkilometer, also näher bei derjenigen Deutschlands als bei der Frankreichs. Die eigentlichen Industriebezirke um Dombrowa und Lodz haben natürlich eine viel höhere, die rein landwirtschaftlichen Gebiete eine geringere Dichte. Selbst die industrielosen Landesteile rechts der Weichsel übertreffen aber mit der Dichteziffer 75 den gesamten landwirtschaftlichen Norden und Nordosten Deutschlands.

Es ist dies eine Folge des stärkeren Vorwaltens der Bauernwirtschaft gegenüber dem ostelbischen Deutschland.

Von den rund 13 Mill. Bevölkerung vor dem Kriege — die russischen Verschleppungen haben namentlich rechts der Weichsel weite Strecken menschenarm gemacht — waren Polen 72%, Juden 14%, Russen 7%, Deutsche 4%, Litauer und andere 3%. Fast die Hälfte des polnischen Volkstums lebt außerhalb des bisherigen Kongreßpolens. In diesem wohnten 9—9½ Mill., in Preußen etwa 3½ Mill., in Österreich 4½ Mill. und im russischen Reich außerhalb Kongreßpolens etwa ½ Mill. Polen. Das schwierigste bevölkerungspolitische Problem bildet die große Zahl kulturell rückständiger Juden — vergleiche hierüber die Ausführungen in dem Kapitel über die Ostjudenfrage. Die beiden einzigen Großstädte sind Warschau mit nahezu einer und Lodz mit einer halben Mill. Einwohner vor dem Kriege.

II. Geschichtlicher Überblick.

Einen kurzen Blick müssen wir zum Verständnis der polnischen Frage von heute auch auf die Geschichte Polens werfen. Die Zahl und die kriegerische Kraft des polnischen Volkes ist vom Beginn der zweiten Hälfte des Mittelalters an groß genug gewesen, um sich dauernd als selbständiger historisch-politischer Faktor geltend zu machen.

Für die spätere polnische Geschichte sind hauptsächlich zwei Vorgänge entscheidend. Der erste ist die Vereinigung zwischen dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen um die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert, und der zweite die Beseitigung der königlichen Macht durch die Adelsherrschaft, die seit dem Ausgang des Mittelalters immer deutlicher zutage tritt. Polen und Litauen wurden vereinigt durch die Heirat zwischen Jagiello, dem litauischen Großfürsten, und der polnischen Erbtochter Hedwig. Jagiello ließ sich zu dem Zweck taufen und errang infolge der entscheidenden Vergrößerung seiner Macht durch das polnische Königtum den Sieg über den deutschen Orden. Die Schlacht bei Tannenberg, 1410, war die Geburtsstunde der neuen polnisch-litauischen Großmacht im Osten Europas. Das entscheidende Moment dabei lag aber weniger in dem Hinzutritt des räumlich keineswegs umfangreichen eigentlichen Litauens zu Polen, sondern darin, daß die litauischen Großfürsten im Laufe

des 14. Jahrhunderts einen sehr großen Teil vom Gebiet des früheren altrussischen Kiewer Staats erworben hatten. Die Mongolenherrschaft beschränkte sich von der Mitte des 14. Jahrhunderts ab auf das östliche, allmählich von Moskau gesammelte Rußland; Westrußland, das ganze weite Gebiet von den Pripjetsümpfen bis zum Dnjestr und vom San bis zum Dnjepr, kam an Litauen. Längere Zeit hindurch waren Kiew, Smolensk, Wilna, Minsk Bestandteile des litauischen Reiches.

Im 15., 16. und 17. Jahrhundert umfaßte das polnisch-litauische Staatswesen, auch nachdem es seine vorübergehenden Erwerbungen östlich des Dnjepr hatte aufgeben müssen, mehr fremden als polnischen und litauischen Boden. Erst der Zar Alexei Michailowitsch, der Vater Peters des Großen, erwarb Smolensk und Kiew für Moskau. Eine wirkliche Polonisierung des Landes in den von Polen aus beherrschten Gebieten fand nicht einmal im eigentlichen Litauen statt — Litauen blieb übrigens formell ein eigener Staat — und noch viel weniger in den ukrainischen und weißrussischen Gebieten am Fuße der Karpathen, am Dnjepr, am Bug und an der oberen Düna. Polonisiert wurde der litauische Adel, und in Weißrußland wie in der Ukraine wurden Polen überwiegend die Grundherren. Das Volk blieb litauisch, weißrussisch und ukrainisch.

Das Jagiellonische Haus starb 1572 mit Sieg̃mund II. August aus. Unter den letzten Jagiellonen war die Monarchie bereits so weit geschwächt, daß die Kraft des Staates stark beinträchtigt erschien. Äußerlich betrachtet, war Polen Großmacht. Von dem alten deutschen Ordenslande war Westpreußen einverleibt, Ostpreußen ein abhängiges Lehnsherzogtum; ebenso Kurland, nachdem der livländische Ordenszweig unter dem Ansturm Iwans des Schrecklichen gebrochen war. Das eigentliche Livland wurde als polnische Provinz gewonnen. Am Anfang des 17. Jahrhunderts schien sich während der russischen Wirren nach dem Aussterben der Ruriker sogar eine Anwartschaft auf die Vereinigung Moskaus mit Polen zu eröffnen. Verloren an die Germanisierung blieben von dem Gebiet, das Polen im 11. Jahrhundert n. Chr. beherrscht hatte, Schlesien und Pommern.

Dem großen Umfang entsprach aber nicht die innere Kraft. Der Übergang von der tatsächlichen Erblichkeit des Jagiellonischen Königtums zur Wahlmonarchie vollendete den Zerfall. Eine Art von Erbfolge gab es noch unter den Wahlkönigen aus der Dynastie der

schwedischen Wasas, vom Ende des 16. bis nach der Mitte des 17., und unter dem sächsischen Hause, vom Ende des 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts. Von der Zeit Peters des Großen an wird der russische Einfluß immer mächtiger, und unter Katharina II. scheint das Geschick Polens, in Rußland aufzugehen, unabwendbar. Die russische Politik unter Katharina II. nötigte durch ihr gewaltsames Bestreben, ganz Polen in seinem damaligen Umfange mit Moskau zu vereinigen, sowohl Preußen als auch Österreich dazu, um ihrer eigenen Selbsterhaltung willen die Teilung zu verlangen. Rußland wollte durch einfache Einverleibung die Grenzen des einstigen moskowitischen Staats bis nach Danzig und Posen, bis nach Krakau und bis an den Karpathenwall vorschieben. Damit wäre Mitteleuropa schon damals in die Gefahr des Erdrücktwerdens durch Rußland gekommen. Es blieb also Friedrich dem Großen und Maria Theresia nichts anderes übrig, als dann wenigstens so viel polnisches Land zu Preußen und Österreich, d. h. zu Europa, hinzuzunehmen, daß möglichst das Gleichgewicht gewahrt wurde. Die polnischen Teilungen sollten Europa vor Rußland retten, und nach ihrem ursprünglichen Ergebnis, das die Grenze zwischen Rußland und Europa auf die Bug- und Njemenlinie festlegte und nur Litauen, Weißrußland und die polnische Ukraine an Rußland brachte, hätte auch notdürftig von einem solchen Ergebnis die Rede sein können. Die Angliederung des sogenannten Kongreßpolens 1815 an Rußland hob aber das eigentliche Ergebnis und den ursprünglichen Zweck der polnischen Teilung, die Stärkung des mitteleuropäischen Schwergewichts gegenüber der russischen Macht, wieder auf.

Der im Weltkriege gefaßte Entschluß Deutschlands und Österreich-Ungarns, Polen als Königreich dem Block der Mittelmächte anzugliedern, verfolgt mit andern Mitteln denselben Zweck, wie einstmals die Teilungen Polens taten. In der halbamtlichen Erklärung zu dem Manifest der beiden Kaiser über die Wiederherstellung Polens heißt es: „Über allem Für und Wider aber steht beherrschend der Satz, daß wir um unserer eigenen Zukunft willen Polen nicht an Rußland zurückfallen lassen dürfen“. Das ist das Entscheidende. Rußland wächst alljährlich um drei Millionen Menschen, und Kongreßpolen bildet eine Angriffsbasis Rußlands gegen Mitteleuropa, die infolge dieses Wachstums der russischen Kraft unmöglich erhalten bleiben darf. Je fester und unlöslicher der polnische Staat mit Mitteleuropa verbunden wird, je mehr er sich militärisch, politisch und wirtschaftlich insbesondere

auf Deutschland stützt, desto sicherer kann er die ihm zufallende Aufgabe erfüllen, ein Zubehör und Bollwerk Mitteleuropas gegen Rußland zu sein. Die Polen haben hier die Möglichkeit, unter ehrlichem Verzicht auf die staatliche Zusammengehörigkeit mit ihren Volksgenossen in Deutschland und Österreich, ein hohes Maß politischer Selbständigkeit in dem verbleibenden, Rußland abzunehmenden Hauptteil ihres alten Landes zu genießen. Sie dienen ihrem eigenen nationalen Wohle zweifellos am besten, wenn sie diese vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit staatlicher Auferstehung entschlossen ergreifen und nicht länger auf die russische Lockung hören, die ihnen gegen Hinnahme der russischen Herrschaft über ein bloß autonomes Polen vollkommene nationale Einigung auf Kosten Deutschlands und Österreichs verspricht. Was von russischen Freiheitsversprechungen zu halten ist, haben die Polen ja zur Genüge erfahren, und unter den unsicheren Verhältnissen der in ihrem Ausgange gänzlich unabsehbaren Umwälzung in Rußland haben jene Verheißungen keineswegs an Verläßlichkeit gewonnen. Vor allem aber entziehen die durch den Verlauf des Krieges geschaffenen Machtverhältnisse im Osten den Hoffnungen auf Angliederung preußischer und österreichischer Gebietsteile für die Gegenwart jede Grundlage. Unsere Aufgabe in der polnischen Frage ist daher, diese schwer errungene Machtstellung gegen Rußland im Frieden dauernd festzuhalten und auszubauen sowie den Polen innerhalb des hierdurch gezogenen Rahmens die freie Entwicklung ihres völkischen Lebens zu gewährleisten.

III. Kongreßpolen.

Will man die politische Entwicklung in Kongreß- oder Königreich Polen (in der deutschen Presse Russisch-Polen genannt) verstehen, so muß man nicht nur auf den Wiener Kongreß zurückgreifen, sondern auf das Jahr 1807. Nach seinen Siegen bei Jena und Auerstädt schuf Napoleon das Herzogtum Warschau. Ursprünglich umfaßte es ein Gebiet, das von Posen über Kalisch und Bromberg bis Plock, Warschau und Lomscha reichte. Durch den Schönbrunner Vertrag von 1809 wurde das Herzogtum Warschau noch um Neu-Galizien vergrößert. Verkehrt ist es aber zu glauben, daß Napoleon wirkliches Interesse für die Polen besaß. Dieses Land war ihm immer nur ein Mittel zur Beschaffung von Soldaten und zur Herstellung von Verpflegungs- und Operationsbasen gegen Rußland. Sich

ernsthaft für die polnische Sache einzusetzen, hat Napoleon nie gedacht. A. Brückner bemerkt hierzu mit Recht: „Das Kaiserreich ist der Friede — dieses Programm, das erst sein kleiner Neffe formulierte, war des großen Oheims Ideal, das aber nur im Bündnis mit Rußland zu verwirklichen war, und diesem Bündnisse opferte der erste Märtyrer des franko-russischen Alliancegedankens Polen stets und unbedenklich auf. Hatte nun Napoleon niemals Polen gegenüber Verheißungen und Verpflichtungen übernommen, so faßten trotzdem die Polen ihr Verhältnis zu ihm so auf, als wäre er Bürge und Schöpfer ihrer politischen Selbständigkeit."

Trotzdem die nach französischem Muster verliehene Verfassung und der Code civil sich nicht recht in die historischen Verhältnisse Polens hineinfügen wollten, nahm das Land dennoch einen nicht geringen Aufschwung. Jedoch bereits 1812, als die russische Armee den geschlagenen Heeren Napoleons folgte, brach das künstliche Gebilde des Herzogtums Warschau wieder zusammen. Während der Neffe des Königs Poniatowski mit seinem Tode bei Leipzig seine Treue für Napoleon besiegelte, schwenkte der Hochadel unter Führung von Adam Czartoryski zu Alexander I. von Rußland ab. Für den Augenblick wurde dadurch nicht wenig erreicht. Auf dem Wiener Kongreß erstand, wenn auch unter russischer Oberherrschaft, ein neues Polen, eben das sogenannte Kongreß-Polen. Bereits am 25. Mai 1815 verlieh Alexander I. dem Lande eine neue Verfassung. Sie war freilich nicht so demokratisch wie die des Herzogtums Warschau, doch war sie nationaler, da sie vielfach an die herkömmlichen Verhältnisse im Lande anknüpfte. Sie brachte eine so gut wie völlige Unabhängigkeit in Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtswesen, sogar eine Zollgrenze gegen Rußland wurde aufgerichtet. Die russische Regierung behielt sich nur den Oberbefehl über das polnische Heer und die Führung der auswärtigen Politik vor. Auf dem Papier war demnach für alles Mögliche gesorgt, in der Wirklichkeit sah die Sache wesentlich anders aus. Mußte schon die Verbindung des konstitutionellen Polens mit dem absolutistischen Rußland immer wieder Reibungen hervorrufen, so wurde der Haderstoff noch dadurch vermehrt, daß die heilige Allianz dieses „revolutionäre" Gebilde innerhalb ihrer Grenzen nur mit größtem Mißtrauen betrachtete. Unter solchen Umständen war es nicht verwunderlich, daß bald die 1819 eingesetzte Zensur die in der Verfassung gewährleistete Preßfreiheit

so gut wie zunichte machte. Das Wort eines Zeitgenossen M. Badeni: „Alexander I. schenkte zwar Polen eine Konstitution, hat aber zugleich eine Peitsche hineingelegt“ — bestand daher sehr zu Recht. Vor allem aber rief das Verhalten des Statthalters Konstantin, eines Bruders des Zaren, große Erbitterung hervor. Diesem ausgesprochenen Psychopathen war schon das Wort Konstitution ein Greuel, das er als „Despotismus nach Schema“ zu bezeichnen pflegte. Der Fürst Czartoryski versuchte mehrfach, freilich vergeblich, dem zarischen Jugendfreunde die Augen über das Treiben seines Bruders und der Kreaturen an dessen Hofe zu öffnen. Trotzdem hielt man sich in Polen, solange Alexander I. lebte, zurück, weil man dem Zaren trotz aller Ein- und Mißgriffe für die Wiedererrichtung des Staates eine gewisse Dankbarkeit entgegenbrachte.

Der Tod Alexanders I. zerriß um so rascher solche Bedenken, als Nikolaus I. sofort in Polen mit eiserner Faust zu regieren begann. Damit wurde der schon zu Lebzeiten Alexanders gehegte Gedanke einer Vereinigung Polens mit Litauen völlig vernichtet. Als in Paris die Julirevolution begann, sprang auch nach Kongreß-Polen der Funke des Aufstandes hinüber. Der Aufstand setzte hier am 29. November 1830 so plötzlich ein, daß es dem Großfürsten Konstantin nur mit größter Mühe gelang, sein Leben zu retten. Dennoch war der Zeitpunkt zur Revolution so ungünstig wie nur möglich gewählt. Während man nämlich die Zeit des russisch-türkischen Krieges, wo Rußlands Heere beschäftigt waren, ruhig hatte verstreichen lassen, schlug man in dem Augenblick los, wo Nikolaus I. seine Truppen zum Feldzug gegen den revolutionären Westen gerüstet hatte. Die Leitung des Aufstandes hatten zwei Aristokraten, die Fürsten Czartoryski und Lubecki, und zwei Demokraten, Lelewel und Ostrowski, in Händen, wodurch sich weder Einheit noch Raschheit des Handelns ermöglichen ließ. Am 25. Januar 1831 wurde zwar von der Nationalversammlung das Haus Romanow des polnischen Thrones für verlustig erklärt und Fürst Adam Czartoryski zum Präsidenten der nationalen Regierung ernannt. Trotzdem war die Partei der Konservativen niemals recht mit dem Herzen an der Sache des Aufstandes beteiligt, der ihnen von den Demokraten durch den Putsch der Fahnenjunker, die den Großfürsten Konstantin in Belvedere überfallen hatten, aufgezwungen war. Ein heutiger polnischer Schriftsteller hat mit der Behauptung Recht, daß die Konservativen die Revolution in reaktionärem Geiste führten, weil sie sich davor fürchteten, die Massen zu revolutionie-

ren. Diese Politik des Zauderns wurde Kongreß-Polen verhängnisvoll. Schon November 1831 war der polnische Aufstand durch den russischen General Paskiewitsch niedergeschlagen. Am 26. Februar 1832 erließ Nikolaus I. das sogenannte organische Statut, wodurch das bisherige Kongreßpolen jeden Schatten einer Autonomie verlor und gleich dem übrigen russischen Reich in Gouvernements eingeteilt wurde. Mit furchtbarer Brutalität ging Nikolaus daran, den revolutionären Geist Polens zu bändigen. Dieses sinnlose Wüten trieb ganze Scharen von Polen ins Ausland, vor allem nach Frankreich, wohin die napoleonische Überlieferung wies.

Während sich in Polen nach dem furchtbaren Blutvergießen und der Flucht der besten und tatkräftigsten Elemente eine allgemeine politische Teilnahmlosigkeit ausbreitete, begann im Lager der Auswanderer ein unablässiges Konspirieren und Verschwören. Überall, wo eine freiheitliche Bewegung in Europa entstand, pflegte auch eine polnische Legion aufzutauchen, in der Hoffnung, daß jede Umwälzung in freiheitlichem Sinne der polnischen Sache förderlich sein müßte. Der Druck in Kongreß-Polen war aber so furchtbar, daß nicht einmal das „tolle Jahr" dort irgendwelche größere Kreise zu ziehen vermochte; sogar der Krimkrieg, der Nikolaus' I. Macht jählings zusammenbrechen ließ, rief keine Bewegung hervor. Unter der Oberfläche freilich hatte es in den letzten Jahren Nikolaus' I. wohl zu gären begonnen, woran schließlich auch die großzügige Reformpolitik in Polen unter Alexander II. scheitern sollte. Als Nikolaus' I. Nachfolger sein großes Werk der Erneuerung in Rußland begann, wollte er auch eine Liquidierung der Polenpolitik seines Vaters vornehmen. Der Mann, der ihm dazu behilflich sein sollte, war der polnische Graf Wielopolski. Dieser knüpfte in seinen Reformplänen an die Verfassung von 1815 an, aber auch an einzelne Bestimmungen des organischen Statuts von 1832. Abgesehen vom Militärwesen und der auswärtigen Politik sollte Polen wieder so gut wie ganz von Rußland getrennt werden. Eine weitgehende Selbstverwaltung in Stadt und Land wurde geplant und im Schulwesen der polnischen Sprache wieder zu ihrem Rechte verholfen. Den Juden wurde Gleichberechtigung erteilt und den Bauern Erleichterung gewährt. Aber der Magnat war nicht zu bewegen, die Bauern auch mit Land auszustatten, was sich später, da es Rußland sofort nach dem Aufstande tat, als schwerer Mißgriff

rächte. Trotz all dieser großen Zugeständnisse brach 1863 nach Attentaten auf den Statthalter (Großfürsten Konstantin, einen Bruder Alexanders II.) und den Leiter der Zivilgewalt (Grafen Wielopolski) der Aufstand los. Die demokratischen Elemente in Polen, die von einer Aussöhnung mit Rußland nichts wissen wollten und schon 1833 die treibende Kraft der Revolution gewesen waren, hatten nämlich mit Schrecken erkannt, daß die Politik der Zugeständnisse bei den „Weißen" nicht ohne Wirkung geblieben war. Mit Weißen wurden die Konservativen, mit Roten die Demokraten bezeichnet. Der diesmalige Aufstand war aber noch schlechter vorbereitet als der vom Jahre 1830, zumal sich der Adel so gut wie ganz von der Bewegung fernhielt. Wenn auch der Aufstand schnell niedergeschlagen wurde, so war doch seine Folge das völlige Fiasko der Wielopolskischen Versöhnungspolitik. Es setzte wieder ein Schreckensregiment ein, das sogar noch dasjenige unter Nikolaus I. übertraf. Zuerst bekamen die Polen die harte, aber wenigstens nicht sinnlos brutale Hand des Grafen Berg zu fühlen, später wüteten dort aufs brutalste Miljutin und als sein Berater der Slawophilen-Apostel Tscherkaski. Das gesamte Vermögen der katholischen Kirche wurde bereits 1864 eingezogen und sämtliche Klöster aufgehoben. Bald darauf wurde auch das Konkordat mit dem Vatikan gekündigt. Der Name Kongreß- oder Königreich Polen wurde beseitigt und an seine Stelle trat das „Weichselgebiet". Gleich nach dem Aufstande erhielten die polnischen Bauern, denen von der provisorischen polnischen Regierung eine Agrarreform versprochen war, von der russischen Regierung Grundbesitz verliehen. Mit dieser Reform wurden nicht wirtschaftliche, sondern politische Ziele verfolgt. Einesteils sollten die Bauern dafür belohnt werden, daß sie sich am Aufstande wenig beteiligt hatten, noch mehr freilich sollten sie „einen Schild bilden gegen zukünftige revolutionäre Umtriebe der Schlachta". Die polnische Sprache wurde aus Hoch- und Mittelschulen verbannt. Diese Politik steigerte sich noch unter Alexander III., der die Niederkämpfung aller Fremdvölker unter das Großrussentum mit allen Mitteln betrieb. Auch in den Volksschulen wurde die polnische Sprache verboten. Der Generalgouverneur Gurko und der Kurator des Lehrbezirks Apuchtin hausten aufs schlimmste in Polen. Zu welchen Mitteln die russische Bürokratie dabei griff, beweist die geheime Instruktion in Warschau, in keiner Weise gegen

die pornographische Literatur einzuschreiten, weil sie die Jugend vom Konspirieren fernhalte. Selbst einem so nationalistisch gesinnten Manne wie dem Fürsten Meschtscherski war des Wüten solcher Satrapen zu viel, und er fällte über sie in seinem Blatte „Graschdanin“ das scharfe Urteil: „Generalgouverneure sähen ihren einzigen Lebenszweck in der Erregung von Unruhen und Revolten, denn wo es solche nicht gäbe, seien Generalgouverneure überhaupt ganz unnütz“.

An irgendeine Erhebung wurde seitdem in Polen nicht mehr gedacht; weder der Türkenkrieg 1877/78 noch der japanische Krieg hat irgendwelche Bewegung hervorgerufen. Erst die russische Revolution von 1905 brachte die polnische Frage wieder an die Oberfläche. Wenn sich auch der damalige Aufstand noch eng an die russische Freiheitsbewegung anlehnte, so wäre es doch gänzlich verkehrt, sie nicht auch als national-polnische Erhebung zu bewerten. Das zeigt schon allein die Tatsache, daß über tausend polnische Bauergemeinden sofort die polnische Sprache in ihren bäuerlichen Selbstverwaltungen gewaltsam einführten. Diese bäuerliche Tat ist um so bedeutsamer, weil, wie wir oben gesehen haben, die russische Regierung seit Einführung der Agrarreform die Hoffnung hegen durfte, die polnische bäuerliche Bevölkerung dauernd von nationalen Fragen abgesprengt zu haben. Trotzdem ist nicht zu leugnen, daß von einer nachhaltigen Wirkung der damaligen Revolution in dieser Richtung keine Rede sein kann, sondern die eigentliche Aufrollung der russisch-polnischen Frage dem Weltkriege vorbehalten blieb.

IV. Die Parteien in Kongreß-Polen.

Wenn hier vom Parteiwesen in Kongreß-Polen gesprochen wird, so soll damit nicht eine Übersicht all der vielen Parteien gegeben werden, sondern einesteils die drei politischen Orientierungen — die französische, die russische und die österreichische — charakterisiert und andererseits das Wesen der beiden Hauptströmungen der konservativen (früher „Weißen“ genannt) und der demokratischen (früher „Roten“) aufgezeigt werden.

Die französische Orientierung ergibt sich aus der Geschichte des Herzogtums Warschau ganz von selbst. Das zwölf Jahre vorher durch die dritte Teilung vernichtete polnische Staatswesen hatte durch

Napoleon I. ſeine Auferſtehung erlebt, und wenn es auch nur wenige Jahre Beſtand hatte, ſo blieb es doch wie ein ſchöner Traum im Bewußtſein der Polen haften. Dazu kam, daß Frankreich für all die Generationen von Emigranten von 1794, 1812, 1830 und 1863 der gegebene Zufluchtsort war, wo ſie nicht nur Sicherheit vor den ruſſiſchen Häſchern fanden, ſondern von wo aus die Pläne zu neuen Erhebungen ausgingen. Selbſt das Abſchwenken der franzöſiſchen Republik zum abſolutiſtiſchen Rußland hat die franzöſiſche Orientierung unter den Polen nicht vernichten können. Zum Teil hoffen ſie, beſonders die polniſchen Emigranten, in völliger Verkennung des franzöſiſchen Weſens noch immer darauf, daß die Republik ihren Bundesgenoſſen veranlaſſen werde, Polen, wenn auch nicht die Freiheit, ſo doch eine weitgehende Autonomie zu ſchenken. Zum anderen Teil mag das daran liegen, daß die Nachkommen der polniſchen Emigranten in zweiter und dritter Generation unbewußt zu halben Franzoſen geworden ſind, denen das Wohl und Wehe des franzöſiſchen Staates nicht weniger ans Herz gewachſen iſt als die nie geſehene alte Heimat.

Auch die ruſſiſche Orientierung hat natürlich ihre hiſtoriſche Begründung. Es iſt erſt neuerdings wieder von polniſcher Seite darauf hingewieſen worden, daß die Kämpfe zwiſchen dem alten polniſchen Staate und Rußland in den Nachkommen nicht den Grad von Erbitterung hervorgerufen haben, wie man bisher anzunehmen geneigt war. Handelte es ſich doch dabei nicht ſo ſehr um polniſche Gebiete im ethnographiſchen Sinne, ſondern um Kolonialland mit oft nur poloniſierter Oberſchicht. Die großmütige Geſte Alexanders I., der den eben erſt feindlichen Polen einen eigenen Staat, wenn auch unter ruſſiſcher Oberherrſchaft, wiedergab, hat namentlich auf die polniſche Ariſtokratie tiefen Eindruck gemacht. Schon beim Aufſtand 1830 trat ſie daher ſtark in den Hintergrund und 1863 hat ſie ſich ſo gut wie gar nicht an der Revolution beteiligt. Sie hatte ſich damals um den Grafen Wielopolſki geſchart, der auf eine Ausſöhnung der beiden ſlawiſchen Brudernationen hinarbeitete. Schon im Jahre 1846 nach der Niederwerfung des Adelsaufſtandes in Galizien veröffentlichte er einen Brief, worin er panſlawiſtiſche Ideen äußerte, wie ſie jetzt R. Dmowſki, der Führer der Ruſſophilen in Polen, vertritt. Der Graf führte damals unter anderem aus:

„Eine neue Zukunft bereitet sich vor, darum gilt es irgendeinen Entschluß zu fassen ... Statt uns damit aufzureiben, die Neigung des Westens zu erbetteln, können wir in uns gehend uns eine Zukunft am entgegengesetzten Ende schaffen ... In der Anerkennung der slawischen Einheit muß unsere Feindschaft verlöschen. An der Strenge des uns unterdrückenden Rußlands sind wir zur Hälfte selbst schuld ... Dem polnischen Adel (!) ist es vorteilhafter, zusammen mit den Russen an der Spitze einer neuen starken und zukunftsreichen slawischen Zivilisation zu stehen, als gestoßen, beargwohnt, mißachtet Ihrer (Metternichs) Zivilisation nachgeschleppt zu werden. Mit unserer Hilfe würden die Kräfte des russischen Reichs einen gewaltigen Zuwachs erhalten. Es würde sich innerlich festigen durch die Befreiung aus dem Fieberzustande, den ihm unser Widerstand bereitet. Es könnte sich durch all die geistigen und moralischen Anlagen unseres Stammes bereichern, deren Einfluß sich sofort bemerkbar machen würde ... Schließlich würde das Reich durch unsere Vermittlung überall in den Ländern an Einfluß gewinnen, in denen unsere Brüder wohnen, und unwiderstehlich wäre sein Einfluß auf die slawische Bevölkerung des Südens und Westens (!)."

Zum Schluß läßt er den polnischen Adel geschlossen vor den Thron des russischen Selbstherrschers treten und ihn folgende Worte sprechen:

„Wir unterwerfen uns dir vollständig, dir dem großherzigsten aller Feinde. Wir waren deine Sklaven nach Kriegsrecht ... den aufgezwungenen Eid achteten wir nicht. Jetzt ändert sich die Grundlage deines Rechts, wir unterwerfen uns dir als freie Männer, aus freiem Willen und aus Überzeugung, nicht aus Berechnung, um zu demonstrieren ... Wir stellen keinerlei Bedingungen, machen keinerlei Einschränkungen; du selbst entscheide, wann es möglich sein wird, die Strenge deiner gegen uns gerichteten Gesetze zu mildern. In unseren Herzen ist nur eine Bitte mit feurigen Buchstaben eingegraben: strafe das Verbrechen, denke an das vergossene slawische Blut unserer Brüder (des Adels) in Galizien, das nach Rache schreit."

Bis auf den heutigen Tag hat diese Strömung in Kongreß-Polen bestanden. Sie ist durch die Partei der Versöhnler (Ugodowzy) oder des Ausgleiches und zuletzt mehr noch durch die der Nationaldemokraten, unter R. Dmowski, vertreten. Die Wurzel ihrer Russophilie bildete der Verlust des Glaubens, jemals wieder von Rußland freikommen zu können. Daher wollten sie durch Aufgabe jeglicher Konspirationstätigkeit und Anpassung an Rußland nicht nur eine kulturelle Besserstellung Polens erlangen, sondern sie hegten auch die Hoffnung, mit Rußlands Hilfe zu einer Wiedervereinigung der Preußen und Österreich einverleibten polnischen Gebiete zu gelangen. Der Hauptfehler dieses Gedankenganges war das

völlige Beiseiteschieben der Tatsache, daß Polen schon durch die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche mit Europa eng verbunden ist, während Rußland durch die byzantinische Kirche nach Südosteuropa und durch seinen starken tatarischen Einschlag nach Asien tendiert. Solange keine Aussicht bestand, von Rußland freizukommen, konnte die russische Orientierung, ganz abgesehen von den Verzagten, unpolitischen Köpfen und Opportunisten, die immer geneigt sind, sich mit der Entwickelung in der Richtung der geringsten Schwierigkeiten treiben zu lassen, auch auf die Zustimmung derjenigen Nationalisten rechnen, die über und durch die mit Rußlands Hilfe erreichbare Einigung des polnischen Volkes in späterer Zukunft auch zur völligen politischen Freiheit dieses geeinten Volkes zu kommen hoffen.

Am spätesten ist die dritte Orientierung, die österreichische, entstanden. Erst seit der Mitte der sechziger Jahre, wo der jüngst verstorbene Kaiser Franz Joseph es den Polen in Galizien überließ, die Verwaltung nach ihren Wünschen einzurichten, hat nicht nur unter den dortigen Polen, sondern auch in Kongreß-Polen die österreichische Orientierung eingesetzt. Je mehr seit der Russifizierung der Universität Warschau das Zentrum des polnischen Bildungswesens nach Krakau verschoben wurde, um so häufiger begann auch die polnische Jugend aus Kongreß-Polen nicht mehr in Paris, sondern in Krakau ihren Studien obzuliegen. Diese Tendenz wurde noch verstärkt, als die französische Republik, wie wir oben gesehen haben, ihre traditionelle Polenpolitik zugunsten des Bündnisses mit Rußland aufzugeben begann. Das ist auch der Grund, weswegen die polnische Bewegung für eine aktive Teilnahme am Kriege an der Seite der Mittelmächte zuerst bei den Polen in Österreich-Ungarn einsetzte. Wenn auch Pilsudski selbst, der Begründer der Legionen, aus Russisch-Polen stammt, so arbeitete er doch seit dem Jahre 1907 in Österreich für die Befreiung von Kongreß-Polen.

So viel über die drei Orientierungen im politischen Leben Kongreß-Polens, die historisch begründet, es verständlich erscheinen lassen, daß das polnische Volk auf den Ausbruch des Krieges nicht einheitlich reagierte, sondern im allgemeinen eine abwartende, jede Festlegung sorglichst vermeidende Stellung einnahm. Erst allmählich begannen sich neue Strömungen deutlicher hervorzuheben und — den militärischen Entscheidungen folgend — Gewicht zu erlangen, wie das nächste Kapitel dies noch näher zeigen wird.

Im alten polnischen Staate hatte der Kampf zwischen Magnaten und Schlachta die entscheidende Rolle gespielt, während Städter und Bauern daran so gut wie unbeteiligt waren. Erst in letzter Stunde begannen polnische Patrioten den Versuch zu unternehmen, durch Zusammenfassung aller Bevölkerungskreise den Staat zu stützen. Das polnische Reich, das zudem sein Heerwesen sträflich vernachlässigt hatte, konnte aber nicht mehr gerettet werden. Immerhin hatten die Träger des Unabhängigkeitswillens für die Zukunft die Losung von der Demokratisierung der polnischen Gesellschaft als Vorbedingung zur Befreiung von Volk und Staat geprägt. Bis auf den heutigen Tag vertraten die demokratischen Elemente den Unabhängigkeitsgedanken mit Entschiedenheit weiter, während im Hochadel immer stärker die Idee der Aussöhnung mit Rußland, dem stärksten Gegner, um sich griff.

Als im Jahre 1863 der zweite polnische Aufstand völlig gescheitert war, setzte in Kongreß-Polen eine starke politische Apathie ein. Das Schlagwort von der „organischen Arbeit", die unter Verzicht auf jedwedes politische Wirken die polnische Industrie, Wissenschaft, Literatur und Kunst entwickelt sehen wollte, begann damals sogar im Bürgertum festen Fuß zu fassen. Der polnische Adel und Großgrundbesitz erachtete es für klug, die Stellungnahme der galizischen Polen zum Hause Habsburg nachzuahmen. Er hoffte durch einen völligen Verzicht auf jede separatistische Tendenz die zarische Regierung zu bewegen, die Russifizierungspolitik fallen zu lassen. Ihm schloß sich ein Teil der Großindustrie und Finanz an. Diese Kreise bildeten die oben erwähnte Partei der Versöhnler (Ugodowzy), die den Ausgleich mit Rußland in den Mittelpunkt ihres Programms setzten. Vor der breiten Öffentlichkeit traten sie zum ersten Male beim Tode Alexanders III. auf, an dessen Sarge sie ostentativ einen Kranz niederlegen ließen; ebenso nahmen sie demonstrativ an der Krönung Nikolaus' II. teil. Dieses polnische Liebeswerben fand jedoch bei der russischen Bürokratie keine Gegenliebe, und dadurch hatte diese Partei in Kongreß-Polen bald völlig abgewirtschaftet. Den Gegenpol zu ihnen bildeten die sozialistischen Elemente, die dank dem Aufblühen der Industrie in Kongreß-Polen eine immer größere Bedeutung gewannen. Bei ihnen spielten nationale und revolutionäre Tendenzen eine viel größere Rolle als bei den sozialistischen Parteien im übrigen Europa. Im Jahre 1886 schloß sich dann noch

ein Teil der Emigranten unter dem Namen Liga narodowa (nationale Liga) zusammen, um unter Bauern und Kleinbürgern Propaganda für die Unabhängigkeit Polens zu treiben. Aus dieser Organisation sind später die Nationaldemokraten hervorgegangen. Als in den neunziger Jahren der Druck der Russifizierung immer stärker wurde, rief er als Gegenwirkung eine Wiederbelebung des Unabhängigkeitsgedankens hervor. 1892 wurde die Partei der Polnischen Sozialisten, nach ihren Anfangsbuchstaben P. P. S. genannt, begründet. Sie gewann namentlich, seit Pilsudski an ihre Spitze trat, immer größere Bedeutung, da sie durch Betonen des nationalen Moments auch unter den bürgerlichen Elementen viele Anhänger warb. Kurze Zeit darauf fand auch die Verwandlung der Liga narodowa in die Partei der Nationaldemokraten statt. Diese beiden Parteien waren anfänglich ausgesprochene Kampforganisationen gegen Rußland. Da der Führer der Nationaldemokraten R. Dmowski vor der russischen Revolution in Galizien lebte, so zählte diese Partei auch dort nicht wenig Anhänger. Als die Partei der Versöhnler völlig Schiffbruch erlitten hatte, trat ein großer Teil ihrer Mitglieder zu den Nationaldemokraten über. Dadurch wurde nicht nur ihr Charakter als Kleinbürgerpartei völlig verwischt, sondern auch ihre politische Richtung einem starken Wandel unterworfen. Die zahlreichen gemäßigten Elemente, die damit hineinströmten, stumpften nicht nur den gesellschaftlichen Radikalismus der Partei ab, sondern die Partei verlor auch den ausgesprochenen antirussischen Kampfcharakter. Als Bindemittel für die sehr verschiedenen Elemente galt ihr jetzt der Kampf gegen Juden, Ruthenen und Litauer. In wenigen Jahren hat sie sich, nicht zuletzt unter dem Einflusse des radikalen preußischen Polentums, völlig gewandelt, so daß sie zuletzt die Hauptvertreterin der Aussöhnung mit Rußland geworden war. Zum Jubel aller Slawen tauchten 1908 zum ersten Male auf dem Slawenkongreß in Prag einige Nationaldemokraten als „polnische Vertreter“ auf, wodurch die geschlossene „slawische Front“ gegen das Germanentum vordemonstriert werden konnte. Auf dem nächsten Kongreß in Moskau blieb freilich schon R. Dmowski allein von seiner Partei übrig. Die anderen hatten inzwischen erkannt, daß der Neoslawismus nichts anderes sei als das Allrussentum in einem neuen Gewande, nachdem sich dessen bisheriges panslawistisches Kleid als nicht mehr modern genug erwiesen hatte. Dem nächsten Slawenkongreß in Sofia hielt sich aber selbst R. Dmowski wieder

fern, weil das neoſlawiſche Intermezzo nicht günſtig auf die Zugkraft der Partei eingewirkt hatte.

Bei Ausbruch des japaniſchen Krieges gab es im politiſchen Leben Polens nur zwei große Parteien, die Nationaldemokraten und die Partei der polniſchen Sozialiſten, neben denen die Reſte der Verſöhnler, die Fortſchrittler und die von Roſa Luxemburg gegründeten internationalen Sozialiſten nur eine geringe Rolle zu ſpielen vermochten. Nach Einführung der Verfaſſung ſtanden die Nationaldemokraten, weil ſie allein öffentlich auftreten durften, ſtark im Vordergrund. Sie wurden von der ruſſiſchen Regierung aufs eifrigſte unterſtützt, da ſie den Gegenſatz zum Germanentum ſtark betonten. Für den Preis einer polniſchen Autonomie bot R. Dmowſki ſogar dem Grafen Witte ſeine Unterſtützung zur Niederwerfung der revolutionären Bewegung in Polen an. Die zariſche Regierung lehnte jedoch dieſes Angebot ab und begann nach alter Weiſe ein furchtbares Strafgericht, das unter der P. P. S. ſtark aufräumte. Nur zu bald wurde auch gegen die polniſche Sprache in der Schule, die das Jahr 1905 errungen hatte, wieder brutal vorgegangen. Kaum hatte ſich die ruſſiſche Regierung vom Schrecken über die Revolution erholt, ſo begann ſie unter dem Beifall der nationaliſtiſchen ruſſiſchen Oberſchicht (Oktobriſten und Nationaliſten), die den Fremdvölkern bei Erlaß der Verfaſſung verliehenen Freiheiten wieder abzubauen. Den Nationaldemokraten gelang es trotz der Begünſtigung durch die ruſſiſche Regierung bei dem recht demokratiſchen Wahlrecht zur erſten und zweiten Duma nicht allzu viele Mandate zu erringen. Nicht einmal ihrem Führer Dmowſki vermochten ſie einen Sitz zu erobern. Die rund 40 polniſchen Abgeordneten in den beiden erſten Dumen, die meiſtenteils mit der kadettiſchen Oppoſition zuſammenzugehen pflegten, bildeten bei Abſtimmungen oft das Zünglein an der Wage. Da das polniſche Zünglein dem ruſſiſchen Chauvinismus in Bürokratie und Duma nicht behagte, ſo wurde bei dem von Stolypin durch Staatsſtreich aufoktroyierten gemäßigten Wahlrecht die Zahl der Mandate für Polen von 36 auf etwa ein Dutzend herabgeſetzt. In die zweite Duma war es R. Dmowſki gelungen hineinzugelangen; er ſah ſich aber bald gezwungen, ſein Mandat niederzulegen, weil ſeine Teilnahme am Slawenkongreß in Polen große Erbitterung hervorgerufen hatte. Die P. P. S. dagegen nahm ihre revolutionäre Taktik um ſo ſchärfer wieder auf: Rückſichtsloſer

Kampf mit Rußland um die Unabhängigkeit Polens — wurde das Losungswort dieser Partei. Während diese ausgesprochene Kampfloſung der P. P. S. immer neue Anhänger warb, begannen seit 1907 bei den Nationaldemokraten immer wieder Absplitterungen vorzukommen. Dabei hatte der Verzicht auf die antirussischen revolutionären Tendenzen ihr nicht nur die Jugend, sondern vor allem die Arbeiter abspenstig gemacht. Im russophilen Lager sammelten sich die Magnaten, der Großgrundbesitz, die Finanz und die Industrie, soweit sie speziell für den russischen Markt arbeitete, sowie das Kleinbürgertum, soweit seine Stellung durch den Gegensatz zum Judentum bestimmt war. Auf der linken Seite standen alle Elemente, die nach wie vor die Unabhängigkeit von Rußland an die Spitze ihres Programms stellten, vor allem Arbeiterschaft und Intelligenz. Aus diesen Elementen erhielt Pilsudski auch die Rekruten für die polnischen Legionen. Der Krieg, der die Möglichkeit gezeigt hat, daß ein polnisches Staatswesen entstehen könnte, hat natürlich wieder den Selbständigkeitsgedanken in Kongreß-Polen mächtig gestärkt, so daß die Partei der Nationaldemokraten selbst stark zusammengeschmolzen ist. Sie wird zum großen Teil von den nach Rußland geflüchteten Elementen getragen. Aber auch dort finden R. Dmowskis bescheidene Autonomiewünsche immer weniger Anhänger. Allerdings braucht dieser Selbständigkeitsgedanke, der Polen zunächst von Rußland trennt, nicht ohne Weiteres gleichbedeutend mit der Überzeugung von der Notwendigkeit eines dauernden engen Anschlusses an die Mittelmächte zu sein.

V. Kongreß-Polen während des Krieges.

Nirgendwo in Europa hat man mit einem Weltkriege so viel gerechnet, und von ihm so viel erhofft, wie in Kongreß-Polen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Vor allem war es die Partei der Polnischen Sozialdemokraten (P. P. S.), deren Führer Pilsudski eine von Österreich ausgehende Organisation von Schützenvereinen gründete. Trotzdem traf der Weltkrieg Kongreß-Polen durchaus nicht geschlossen. Das wird begreiflich, wenn wir uns daran erinnern, daß die Russenfreundlichkeit der Nationaldemokraten sogar nach Galizien hinübergegriffen hatte. Ostgalizische Konservative, die sich vor allem vor einem Hochkommen der ruthenischen Unterschicht fürchteten, hatten

hin und wieder ihre Blicke sogar nach Rußland gerichtet, weil dort die Ruthenen unter schwerem Druck gehalten wurden.

Als am 14. August 1914 der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch sein Manifest an die Polen veröffentlichte, in dem ihnen Freiheit der Religionsübung, der Sprache und autonome Selbstverwaltung versprochen wurde, schuf das in ganz Polen, nicht nur bei den Nationaldemokraten, einen Freudentaumel. Wenn trotzdem der wahre Wert dieser Verheißung von vielen Polen richtig erkannt wurde, so trug dazu nicht wenig der Umstand bei, daß selbst die russischen Liberalen sich zu diesen großfürstlichen Versprechungen sehr zweifelnd verhielten. So fällte in einem Gespräche mit dem Korrespondenten des „Messagero" (18. April 1915) der Führer der Kadetten, Professor Miljukow, ein scharfes Urteil über diesen ganzen Plan: „Es scheint mir, daß das Projekt nicht übermäßig großmütig sein wird, jedenfalls wird die Regierung nicht viel zugestehen."

Wie wenig ernst es der Regierung mit diesem Versprechen war, nagelte kurze Zeit darauf ein anderer Kadettenführer, Maklakow, fest. Er konstatierte in einer Dumarede, wie die „Rjetsch" vom 25. Februar 1916 mitteilt, daß die russische Regierung durch ein besonderes Zirkular den Beamten erklärt habe, daß die Autonomie Polens nicht Russisch-Polen, sondern nur die zu erobernden Gebiete beträfe, und gleichzeitig der Presse verboten habe, über die Autonomie Polens zu sprechen.

Alle Versuche der Polen, eine Bestätigung des großfürstlichen Versprechens durch die Regierung zu erhalten, schlugen daher auch fehl. Erst am 1. August 1915, als Polen schon erobert war, teilte Ministerpräsident Goremykin mit, der Zar habe die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes befohlen, der den Polen eine Autonomie unter Beibehaltung der staatlichen Gemeinsamkeit bringen sollte.

Im Anschluß daran wurde eine russisch-polnische Kommission eingesetzt. Trotzdem darin lauter ausgesprochene Russophile saßen, wurde der von ihr ausgearbeitete zahme Entwurf im Dezember 1915 durch ein Schreiben des Senators Litwinow abgelehnt.

Mit dem Regierungsantritt Stürmers kam die polnische Frage wieder in Fluß. Der Minister des Äußeren Ssasanow war bestrebt, diesen Stein des Anstoßes zwischen der Entente und Ruß-

land fortzuräumen, um bei politischen Verhandlungen mit ihnen nicht immer wieder durch das Berühren dieses Kapitels gehemmt zu werden. Anfang Juli reichte er dem Zaren eine Denkschrift mit einem weitgehenden Autonomie-Plane für Kongreß-Polen ein. Dieses Projekt fand zuerst im Hauptquartier günstige Aufnahme, und Ssasonow wurde beauftragt, zu seiner Verkündigung ein Manifest an die Polen zu entwerfen. Während er mit seiner Ausarbeitung beschäftigt war, gelang es aber dem Ministerpräsidenten Stürmer den Zaren umzustimmen, trotzdem gerade damals der Führer der Polen, Haruszewicz, in der Duma die Forderung aufgestellt hatte: „Entweder sofortige Lösung durch Rußland oder internationale Entscheidung".

Gegen die Behauptungen, daß die Polen in Rußland den Mittelmächten zuneigten, erhoben die Führer der russischen Polen heftigen Widerspruch. Andererseits benutzten sie die Gelegenheit, um die Notwendigkeit, Polen endlich die Freiheit zu geben, zu betonen. So schrieb z. B. der Vorsitzende des polnischen Flüchtlingsausschusses in Moskau Lednicki: „Nach tiefster und allgemeiner Überzeugung der Polen ist die Knechtung Polens durch die russische Regierung ein verhängnisvoller Fehler, während die Verfolgung der Polen in Deutschland die Grundbedingung des Bestehens deutscher Macht ist." Im „Djen" veröffentlichte Professor Baudouin de Courtenay einen Artikel, worin er für das neu erstehende Polen völlige Freiheit des Handelns verlangt: „Vor dem Kriege habe ich, als Pazifist, oft erklärt, daß die ganze Unabhängigkeit Polens nicht das Leben eines Menschen wert sei, jetzt aber, wo so viel Blut schon geflossen ist, nachdem ganz Polen von Freunden und Feinden zerstört ist, ist es verständlich, wenn die Polen sich freimachen wollen von der Vormundschaft, sowohl der Feinde und Unterdrücker, als auch der Freunde und Beschützer. Ebenso müssen die Polen selbst entscheiden, mit wem sie sich später verbinden wollen, sei es in Form einer Föderation, sei es in irgend einer anderen Form."

Diese Sätze sind bezeichnend für die Grundstimmung des gesamten Polentums. Es wäre ganz verfehlt, an eine grundsätzliche, tiefwurzelnde „Orientierung" des Polentums nach einer Seite zu glauben. Die Russenfreundschaft der Polen war rein opportunistischer Art und kühlte sich in dem Maße ab, wie Rußland die Macht über Polen und dessen Schicksal verlor.

Die Stimmung in Kongreß-Polen zu Anfang des Krieges wurde von einem so polenfreundlichen Beurteiler wie Dr. Richard Bahr in einem Berichte aus Warschau im November 1915 so geschildert: Trotz der russischen Unterdrückungspolitik „war die Stimmung bei Kriegsbeginn überwiegend deutschfeindlich, ward an den Sieg der Russen geglaubt und, was schlimmer ist, vielfach sogar auf ihn gehofft ... Man rechnete: Der Sieg Rußlands würde die Wiedervereinigung aller Polen unter einem Zepter bringen, und dann müßte ihnen, wie man in Österreich zu sagen pflegt, schon „via facti" eine einflußreiche, schier ausschlaggebende Stellung zufallen. Hier ist in der Tat der wichtigste Gesichtspunkt für eine richtige Beurteilung des Verhaltens der Polen gegeben. Man vergißt so häufig in Deutschland, daß Kongreß-Polen nur wenig mehr als die Hälfte aller in geschlossenem Siedlungsgebiete wohnenden Polen umfaßt und für sich zu klein ist, um als Grundlage für ein in dem Maße unabhängiges Reich zu dienen, wie es den meisten Polen vorschwebt, so daß ihnen daher die nationalstaatliche Einigung mindestens ebenso wichtig ist wie die staatliche Unabhängigkeit.

In der Haltung der Polen trat bis zur Besetzung des Landes durch die Deutschen keine Änderung ein. Anfang Oktober 1915 veröffentlichte die Ofenpester Zeitung „Az Est" eine Unterredung ihres Warschauer Berichterstatters mit dem Stadtpräsidenten Fürsten Lubomirski. Dieser äußerte sich dahin: „Die Gefühle der Polen waren, wie Sie sich überzeugen konnten, vor dem Abzuge der Russen nicht deutschfreundlich, wir hielten die Preußen für die Feinde Polens und wünschten den Sieg der Ententewaffen. Mit den kriegerischen Erfolgen der Deutschen und namentlich, als wir deren organisatorische Arbeit sahen, trat ein Gesinnungswechsel ein. ... Die Aufgabe der Polen ist, nüchtern und geduldig auf die Entwicklung der Ereignisse zu warten." Hier wird also der „Gesinnungswechsel" ausdrücklich und in erster Linie auf die kriegerischen Erfolge der Deutschen zurückgeführt. Seine Stärke und Nachhaltigkeit ist daher abhängig von dem Glauben an die Dauer dieser Erfolge und an die Unmöglichkeit einer Rückkehr der Russen. Dieser Glaube gewann nur sehr allmählich Boden.

Natürlich blieb die Festigkeit der militärischen Lage nicht ohne Wirkung. Auch die Errichtung der polnischen Universität und technischen Hochschule zu Warschau durch die deutschen

Behörden (eingeweiht am 15. November 1915) unterstützte die Abwendung von der russenfreundlichen Gesinnung. Die von Dmowski geschaffene „Gazeta Poranna“ erklärte, die Zeit der Trennung von Rußland habe eine Lage geschaffen, die es den Polen nicht mehr gestatte, von ihren früheren Anschauungen in den russisch-polnischen Beziehungen auszugehen. Man erstrebt jetzt nicht mehr eine bloße Autonomie innerhalb des russischen Reiches, sondern völlige Unabhängigkeit nach allen Seiten. Das ging soweit, daß die nationaldemokratischen und konservativen Parteien sogar gegen die Proklamation des Königreichs Polen am 5. November protestierten und ihre Beteiligung an dem Provisorischen Staatsrat ablehnten.

Die große Veränderung in der Lage Kongreß-Polens mußte selbstverständlich parteibildend wirken. Der frühere Dumaabgeordnete Lempicki, der sein Mandat niedergelegt und übrigens von jeher der russenfeindlichen Richtung angehört hatte, begründete die „Liga des polnischen Staatswesens“, die von Anfang an zu Österreich-Ungarn neigte und dem polnischen Nationalkomitee in Krakau nahestand. Links von der Liga entstand der „Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens“ unter Führung von Studnicki und Makowiecki, die am entschiedensten ihre Gegnerschaft gegen Rußland betonen. Zuletzt ist das „Zentrale Nationalkomitee“ unter Pilsudski zu nennen, das von der P.P.S., radikaler Bourgeoisie und der bäuerlichen Volkspartei gebildet wurde. Die gesamten drei Parteien bilden die sogenannte aktivistische Gruppe, die den Eintritt in den Kampf gegen Rußland befürwortet. Ihnen stehen gegenüber die Neutralisten oder Passivisten, die es für richtiger halten, daß Polen sich Rußland gegenüber nicht kompromittiere, sondern seine Handlungsfreiheit nach allen Seiten wahre. Ihre wichtigsten Gruppen sind die Partei der nationalen Arbeit unter Führung des Grafen Ronikier, und die Realisten unter dem Prälaten Chelmnicki. Sie beherrschen mehr das Land, während die Aktivisten hauptsächlich in Warschau hervortreten.

Im übrigen bildet das polnische Parteiwesen zurzeit das Bild eines brodelnden Kessels — eine Klärung und Festigung kann erst die Zeit bringen. Einig sind alle Parteien zweifellos in dem Wunsche, möglichst bald der deutschen Bevormundung ledig zu werden, einen eigenen König, eine unabhängige Verfassung und möglichst weit ge-

steckte Grenzen, vor allem mit Einschluß ganz Litauens und Weißrußlands zu erhalten — ohne Rücksicht darauf, wie dann Deutschland die nötige Sicherheit nach Osten und eine genügende Landentschädigung für seine ungeheuren Opfer erhalten könnte.

Die derzeitigen Zustände werden in einem Warschauer Briefe des Krakauer „Naprzod“ aus dem Frühjahr 1917 zutreffend geschildert:

„Das Chaos, das die Verhältnisse in Warschau und überhaupt im Königreich charakterisiert, wird durch äußere Ereignisse und innere Faktoren des polnischen Volkes verstärkt. Gegenwärtig lebt alles unter dem Eindruck des deutsch-amerikanischen Konflikts und dessen möglicher Folgen, die in der Meinung der breiten Massen ungeheuer phantastische Gestalten annehmen. — Gerüchte, Klatschereien und die gewöhnlichsten Märchen, die aus den Fingern gesogen sind, fallen auf einen sehr dankbaren, weil desorientierten Boden, der auch in dem weiteren Verlauf durch eine Agitation, die sich gegenwärtig „neutralistisch“ nennt, desorientiert wird. Diese letztere benutzt jede Gelegenheit, um ihre Stellung zu befestigen. Die Friedensbotschaft Wilsons war für sie ein ebenso guter Vorwand zur Empfehlung der Passivität und Untätigkeit, wie der gegenwärtig drohende Krieg mit dem Staate, der durch denselben Wilson vertreten wird. Alles wird für uns so gut als möglich getan werden, wenn wir nur ausharren und uns nach keiner Seite hin engagieren — das ist die Losung, unter der gegenwärtig der Kampf mit dem aktivistischen Lager geführt wird. Es versteht sich von selbst, daß die Beweisführung zur Unterstützung dieser Losung die verschiedenartigsten Formen annimmt, je nach der Schicht, auf die sie einwirken soll. Sie operiert mit wirtschaftlichen Gründen, nützt den Rassenhaß aus und wendet sich vor allem gegen die Bildung des polnischen Heeres, wobei sie vor keiner Demagogie zurückschreckt.“

In einem Aufsatze des „Glos Lubelski“ (Lublin) vom Februar 1917 wird behauptet, daß, obwohl den Akt vom 5. November bloß die eine der kriegführenden Parteien vollzogen hat, doch die „Gestaltung Polens nicht einseitig erfolgen, daß sie vielmehr das Resultat des Willens sowie des Interesses beider kämpfenden Seiten“ sein werde. Daraus folge die Pflicht eines solchen Aufbaues des polnischen Staates, daß man nicht vorzeitig alles auf eine Karte stelle. Diese Arbeit sei schwer, aber nicht aussichtslos. Vor allem liege nicht im Interesse der Westmächte der Entente ein Staat, in dessen Ge-

biete die Einflüsse der Nachbarn schalten und walten könnten. Dann lehre die polnische Geschichte, daß ein polnischer Staat, der sich nicht auf seine natürlichen geographischen und ethnographischen Grenzen stützt, nur ein momentanes Gebilde sei, vor dem auch fernerhin die ungelösten Probleme der der Teilung nachfolgenden Epoche stehen. Das Blatt zitiert einen Artikel aus der in Krakau erscheinenden Monatsschrift „Rok Polski“ (Das polnische Jahr), der von den natürlichen Grenzen des polnischen Staates handelt und die für den Bestand des Staates vitale Bedeutung der westlichen Provinzen, besonders des preußischen Anteils, betont. Nach der ersten Teilung Polens — heißt es — war eine vorsichtige Politik nötig, aber die Polen vermochten der Diplomatie der Teilungsstaaten keine entsprechend befähigten Diplomaten entgegenzustellen. Dann wird auf die Lebensunfähigkeit des Warschauer Herzogtums und des künstlichen Polen hingewiesen. Trotz dieser fünf Teilungen habe sich die nationale Kraft der urpolnischen Länder von Danzig und Bialystok bis zu den Karpathen erwiesen. Diese natürlich zusammenhängenden Territorien dürfen nicht auseinandergeschnitten werden. Die polnische Nation dürfe jetzt eine solche Lösung der polnischen Frage erwarten, die sich nicht in Grenzen einschließt, wie sie von Napoleon oder dem Wiener Kongreß vom Jahre 1815 festgestellt wurden.

Nach alledem kann es nicht zweifelhaft sein, daß unter deutschen Gesichtspunkten bisher die an die Ausrufung des polnischen Staates geknüpfte Erwartung, ganz abgesehen von der Heeresfrage, die hier übergangen werden soll, zwischen Enttäuschung und Hoffnung stark geschwankt hat. Bei Einräumung weitestgehender, nationaler, kultureller und innerstaatlicher Entwicklungsfreiheit für Polen verlangt Deutschlands Selbsterhaltung doch auch hinreichende Sicherheiten dafür, daß sich nicht dieses von Deutschland geschaffene Polen wieder auf die russische Seite schlägt, um sich mit Rußlands Hilfe später einmal die unerlösten polnischen Gebietsteile Preußens anzugliedern. Daß unter voller Wahrung dieses Gesichtspunktes auch für die Polen ein außerordentlich vorteilhafter und namentlich wirtschaftlich befriedigender Zustand geschaffen werden kann, unterliegt keinem Zweifel. Im Hinblick auf mancherlei umlaufende Irrtümer mag aber gerade die Frage des wirtschaftlichen Verhältnisses Polens zu Rußland zum Schlusse noch einer Betrachtung unterzogen werden.

VI. Iſt Kongreß-Polen wirtſchaftlich von Rußland abhängig?

In der deutſchen Preſſe taucht häufig die Anſicht auf, Kongreß-Polen ſei von Rußland wirtſchaftlich völlig abhängig und hierin ſei auch die ruſſiſche Orientierung unabänderlich begründet. Da dieſe Begründung auf den erſten Blick viel Beſtechendes hat, ſo muß auf dieſe Frage hier näher eingegangen werden.

Vor allem wird von den Verfechtern dieſer Theorie überſehen, daß Kongreß-Polen in erſter Linie ein Ackerbauland iſt, deſſen landwirtſchaftliche Produktion vom Nationalökonomen St. A. Kempner auf eine Milliarde Rubel geſchätzt wird. Sie litt aber ſchwer unter der ruſſiſchen Konkurrenz, die nicht nur bei billigeren Bodenpreiſen wirtſchaften konnte, ſondern noch durch günſtige Eiſenbahntarife aufs einſeitigſte gefördert wurde. Der angeſehene polniſche Statiſtiker Grabſki, faßt ſein Urteil dahin zuſammen: „Es gibt kein ökonomiſches Mittel, das in ſo hohem Grade die Intereſſen ſämtlicher Dorfbewohner ſolidariſieren würde — der Bauern mit größerem und kleinerem Grundbeſitze und der Arbeiter — als die Gewährung natürlicher ſelbſtändiger Bedingungen für unſeren landwirtſchaftlichen Markt, durch Beſeitigung des Druckes durch die Einfuhr ruſſiſchen Viehes und Getreides.“ Und weiter heißt es: „Inſoweit wir mit Rußland ökonomiſch verbunden ſind, werden wir, einzig wir im ganzen kulturellen Europa (England ausgenommen) auf unſerem Getreidemarkte die Konkurrenz aus Gegenden von primitiver Kultur ertragen müſſen.“ ... „Bei uns werden ſtärker als in ganz Europa noch für lange Zeit die fatalen Folgen der Einwirkung der öſtlichen Nachbarſchaft auf unſere landwirtſchaftlichen Verhältniſſe zu ſpüren ſein.“

Die Folgen dieſer ungünſtigen Produktionsbedingungen ſind auch nicht ausgeblieben. Während 1882 Kongreß-Polen noch einen Überſchuß an Getreide aufwies, iſt dies ſeit 1895, da die Anbaufläche für Getreide zurückgegangen iſt, ins Gegenteil umgeſchlagen. Wie ſollte auch eine landwirtſchaftliche Produktion in Polen gedeihen, wenn für den Transport aus dem Königreich nach den Abſatzmärkten im übrigen Rußland doppelt ſo hohe Tarifgebühren zu entrichten waren, wie in umgekehrter Richtung. Noch ausſchlaggeben-

der für den Rückgang sind indessen, wie St. A. Kempner angibt (Polnische Blätter 1915, Heft 17), die zu hohen Produktionskosten. Laut einer Statistik aus dem Jahre 1895 betrugen letztere für 1 Pud (= 50 deutsche Pfund) Roggen 59,9 Kopeken für Polen, dagegen 46,8 Kopeken in sechs russischen Gouvernements, für Hafer 48,8 Kopeken resp. 32,4 Kopeken und für Weizen 66,4 Kopeken resp. 46,8 Kopeken. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Butter, Gemüse und Sämereien und anderen landwirtschaftlichen Produkten. Eine Folge dieser höchst ungesunden landwirtschaftlichen Zustände war die Sachsengängerei.[1]) Wird durch einen Zollschutz die polnische Landwirtschaft von der billigen russischen Konkurrenz befreit, so werden die Agrarverhältnisse Polens rasch gesunden.

Eine blühende Landwirtschaft würde durch Bildung eines inneren Marktes erst den richtigen Nährboden für die polnische Industrie abgeben, die jetzt nach Innerrußland exportieren mußte, nicht nur weil die polnische Landwirtschaft Not litt, sondern auch weil die städtische Entwicklung künstlich niedergehalten wurde. Bekanntlich war die Selbstverwaltung in Kongreß-Polen seit dem letzten Aufstande völlig ausgeschaltet, und die russischen Beamten zeigten gar kein Interesse, die schlechten sanitären und wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern. Im Gegenteil war es Regierungsparole, jegliche wirtschaftliche Entwicklung im Lande möglichst zurückzuhalten. Es sollte unter allen Umständen verhindert werden, durch einen wirtschaftlichen Aufschwung die kulturellen Bestrebungen der Polen zu fördern. Ebenso wie man in den meisten polnischen Städten keine Kanalisation, Wasserleitung und elektrische Beleuchtung kennt, ist auch das Eisenbahnnetz gänzlich vernachlässigt. Rußland hat eben in Polen nur strategische Bahnen gebaut, die auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes keinerlei Rücksicht nehmen. Das Nachholen all dieser großen Versäumnisse wird die polnische Industrie für lange Zeit hinaus vor so große Aufgaben stellen, daß sie nach der gewiß nötigen Zeit der Umstellung den russischen Markt verschmerzen können wird. Diese Ansicht wurde jedenfalls von zahlreichen polnischen Industriellen bei

1) Es kann hier nur darauf hingewiesen werden, daß bei Aufrichtung einer polnischen Zollgrenze gegen Rußland Deutschland mit einer starken Einschränkung, wenn nicht einem völligen Aufhören der Sachsengängerei rechnen müssen wird.

einer Rundfrage vertreten, die im Februar 1915 die Warschauer Zeitung „Swiat“ veranstaltet hatte. Trotzdem Kongreß-Polen damals noch in russischem Besitz war, haben sich sämtliche Beantworter der Umfrage nicht gescheut, ihr zollpolitisches „Los von Rußland“ auszusprechen.

Ing. Bakowski z. B. führte dabei aus: „Was die Landwirtschaft betrifft, so zieht das Königreich den kürzeren aus der Verbindung mit dem Kaiserreich, da letzteres durch einen speziellen Bahntarif begünstigt ist. Bezüglich der Industrie sind die Meinungen geteilt: jedenfalls glaube ich, daß wir auch in dieser Hinsicht eher verlieren als gewinnen und mit jedem Jahr wird sich dieser Verlust vergrößern. Überdies hatte unsere Ausfuhr nach dem Kaiserreiche den Charakter einer Ausschußproduktion. Dieses Niveau verringerte die Leistungsfähigkeit unserer Technik im Vergleich mit der westlichen.“

Ing. Kontkiewicz, Senior des polnischen Bergwesens, wies auf das überaus mangelhafte Straßennetz hin, sowohl zu Lande wie zu Wasser. Nur Serbien hat noch weniger Bahnlinien, als das Königreich; sogar Rußland hat ihrer mehr; auf 100000 Einwohner entfallen im eigentlichen Rußland 39,6 km, während im Königreich bloß 25,8 km kommen. Im Jahre 1911 hat das Königreich der russischen Regierung 288 Millionen Rbl. eingebracht, während die Gesamtausgaben für Schulwesen, Administration, Eisenbahnen und Staatsbedürfnisse nur 125 Millionen betrugen. Das Königreich besitzt kolossalen Kohlenreichtum und die Dessauer Gesellschaft z. B. versendet nach Deutschland Steinkohlenteere zur Verwertung.

Ing. Wolski behauptet: „Die polnische Metall-Industriebranche hat den Verlust des auswärtigen Absatzgebietes nicht zu befürchten, da ihr nur zu viele einheimische offen ständen. Wir haben keine Eisenbahnen, unsere Städte warten noch auf Wasserleitungen, Kanalisierung usw.“

Roman Mielczarski und St. Wojciechowski, die Begründer des polnischen Kooperativwesens, beschweren sich über den hohen russischen Tarif, welcher u. a. verhinderte, aus Schweden und England über Danzig die vielprozentigen Erze zum Vermischen mit den polnischen herbeizuschaffen, infolgedessen man auf die Erze aus Krzywy Rog, angewiesen ist, die um 100% teurer sind.

Bei eingehender Prüfung zeigt sich allerdings, daß allen russischen Zollschranken zum Trotz auch bisher schon über Danzig, die Weichsel entlang, und auf dem Wege über sieben die Grenze Deutschlands und Polens überquerende Bahnen eine starke Verquickung des deutschen und des polnischen Wirtschaftslebens stattgefunden hat. Charakteristisch ist übrigens, daß zwischen Polen und Österreich die Verbindung nur auf eine einzige Bahnlinie beschränkt geblieben ist, wie dies dem hier sehr viel geringeren wirtschaftlichen Austausch ent-

ſpricht. Zu bedenken iſt bei dem bisherigen Zuſtand der Dinge, daß die Weichſel als Handelsſtraße nicht entfernt in dem Maße ausgenutzt worden iſt, wie bei ordnungsmäßiger Stromregulierung im Falle eines wirtſchaftlichen Anſchluſſes an Deutſchland möglich ſein würde. Das Bett der Weichſel ſteht mittels des Bromberger Kanals mit dem mitteleuropäiſchen Stromnetz in Verbindung, mittels des Dnjepr-Bug-Kanals mit Mittel- und Südrußland und dem Schwarzen Meer. Der Hauptſtrom Polens könnte mithin bei richtigem Ausbau die Verbindungsader zwiſchen den großen Strömen Europas werden: der Elbe, dem Rhein, der Donau einerſeits, dem Dnjeſtr und dem Dnjepr andrerſeits.

Die bedeutendſte der polniſchen Induſtrien, die Textilinduſtrie — ſie beſchäftigte vor dem Kriege 150000 Arbeiter gegen 62000 in der Metallverarbeitung, 45000 in der Berg- und Hüttenindustrie, 42000 in den Nahrungsmittelgewerben — war ſeit je auf die Rohſtoffzufuhr aus Deutſchland angewieſen. Nur 45 % der in Polen verſponnenen Baumwolle kamen aus Turkeſtan, 55 % über die deutſchen Grenzſtationen, nur 34 % der verarbeiteten Wolle ſtammten aus Rußland, 66 % kamen über die deutſchen Häfen. Selbſt die Häute, deren die Gerbereien und die Lederinduſtrie bedurften, wurden überwiegend aus Südamerika über die deutſchen Küſten bezogen. Rußland ſtand nur in der Lieferung von Naphtha und Schmierölen, reichen Eiſenerzen und Holz voran; Baſtfaſern (Flachs und Hanf) kamen aus Kurland und Litauen. Auch die für die Ausgeſtaltung und Leiſtungsfähigkeit aller Induſtrien wichtigſten Produktivmittel, die Maſchinen, wurden, ſoweit ſie nicht in Polen ſelbſt hergeſtellt werden konnten, zu 90 % aus dem Auslande, nur zu 10 % aus Rußland bezogen. Schwer abzuwägen iſt, in welchem Umfange im Laufe des letzten Jahrhunderts deutſches Kapital in Polen eingewandert iſt und, was noch wichtiger iſt, wieviel die polniſche Induſtrie deutſchen Unternehmern, Kaufleuten und Ingenieuren in Aufbau und Entwicklung zu verdanken hat. Bekannt iſt, daß Lodz, das „polniſche Manchester“, vor 100 Jahren von deutſchen Tuchmachern aus Schleſien, Sachſen und Deutſch-Böhmen begründet worden iſt. Aus einer Anſiedlung von wenigen tauſend Seelen hat es ſich heute zu einer Halbmillionenſtadt entwickelt, in der allein ein Zehntel der geſamten textilen Produktion Rußlands vor dem Kriege erzeugt wurde. Der Baumwollverbrauch dieſer Stadt betrug im Jahre 1913 mehr als 50 Millionen kg Rohmaterial; auch an Deutſchland

gemeſſen, das insgeſamt etwas über 480 Millionen kg verbrauchte, eine achtenswerte Leiſtung. Aus den beſcheidenen Handwerksbetrieben jener Tuchweber hat ſich, genährt von weiterem deutſchen Zuzug, deutſchem Kapital, Fleiß und Unternehmungsgeiſt dieſe rieſige Induſtrie entwickelt. Noch heute befindet ſich ein guter Teil derſelben in deutſchen Händen; auch von der Bevölkerung iſt noch nahezu ein Viertel deutſcher Abſtammung, rund 100 000 Seelen. Ähnlich wie mit der Lodzer Textilinduſtrie liegen die Verhältniſſe auf dem Gebiete der Warſchauer Maſchineninduſtrie und des Berg- und Hüttenweſens, das ſeinen Hauptſitz in Südpolen, insbeſondere im Kreiſe Bendzin hat. Die erſte Anlage von Kohlengruben erfolgte hier, als letzterer Kreis preußiſches Gebiet war. Graf Reden, der auch in Oberſchleſien die erſten Kohlengruben ſchuf, hat ſie ins Leben gerufen. Aber auch nach 1807, nachdem Preußen den Kreis an das Großherzogtum Warſchau hatte abtreten müſſen, iſt der Zuſammenhang zwiſchen der oberſchleſiſchen und Bendziner Berg- und Hüttenindustrie beſtehen geblieben, wie ja auch geologiſch ein Gebiet nur der Ausläufer des andern iſt. Erſt als die ruſſiſche Politik mehr und mehr deutſchlandfeindliche Wege einſchlug, haben die deutſchen Beſitzer ihre polniſchen Gruben, Eiſen- und Zinkhütten aufgegeben; franzöſiſches und belgiſches Kapital iſt in größerem Maße an die Stelle des deutſchen getreten. Den ſtarken inneren Zuſammenhang der deutſchen und polniſchen Induſtrien hat indeſſen auch dieſe Entwicklung nicht zu ſprengen vermocht, weil die beiderſeitigen Wechſelbeziehungen zu ſehr in den natürlichen Produktionsbedingungen hüben und drüben verankert ſind: Oberſchleſien iſt auf die polniſchen Erze ebenſo angewieſen wie die polniſchen Eiſen- und Zinkerzreviere auf die oberſchleſiſchen Kohlenlager. Die polniſchen Kohlenlager, die von dem Geologen Czarnocki auf mehr als 2 Milliarden Tonnen geſchätzt werden, ſtehen in der Güte ihres Erzeugniſſes erheblich hinter den ſchleſiſchen zurück. Die polniſche Kohle eignet ſich im weſentlichen nur zur Keſſelheizung; zur Verhüttung, Koks- und Leuchtgasbereitung iſt ſie unbrauchbar. Die glückliche Wechſelwirkung zwiſchen Kohle und Eiſen, wie in Oberſchleſien und Weſtfalen, iſt mithin in Polen nicht gegeben, über eine Million Tonnen Kohlen mußte daher 1913 über die deutſche Grenze nach Polen ausgeführt werden, abgeſehen von einerhalben Million nach dem ſonſtigen Rußland. Umgekehrt: in Oberſchleſien ſind die Brauneiſenſteine abgebaut, die Eiſenerzvorräte von Südpolen aber werden

auf 300 Millionen (von anderer Seite ſogar auf 600 Millionen) Tonnen geſchätzt mit einem reinen Eiſengehalt von 122 Millionen Tonnen. Wird die Jahresförderung von jetzt 300 000 auf 1 Million Tonnen geſteigert, ſo reicht der Vorrat auf 300 Jahre. Daß bisher nicht mehr gefördert worden iſt, hatte ſeinen einfachen Grund darin, daß infolge Ausfuhrverbotes der ruſſiſchen Regierung eine Lieferung nach Oberſchleſien unmöglich gemacht war, die polniſchen Eiſenhütten mithin an der Produktion über ihren eigenen Bedarf hinaus kein Intereſſe hatten. Tritt mit Deutſchland erleichterter Verkehr ein, und werden die Zollſchranken beſeitigt oder, wo ein gewiſſer Übergangsſchutz polniſcher Induſtrien notwendig erſcheint, wenigſtens erniedrigt, ſo wird der Austauſch hin und herüber ſich den natürlichen Bedürfniſſen entſprechend ſchnell ſteigern, die Eiſeninduſtrie wird in kürzeſter Zeit in ungeahnter Weiſe aufblühen, weil ſie in Deutſchland ein ſehr aufnahmefähiges Abſatzgebiet gewinnt. Nicht minder ſtellt die Nutzbarmachung der polniſchen Zinkerze und die Kohlenproduktion eine große und vielſeitige Entwicklung in Ausſicht. Die polniſche Kohle eignet ſich zur Herſtellung von ſchwefelſaurem Ammoniak, Toluol, Benzol, ſie beſitzt demnach für die Landwirtſchaft und die Sprengſtoffinduſtrie große Bedeutung. Manche polniſche Induſtrielle werden die Konkurrenz der deutſchen Eiſeninduſtrie und ihrer Nebenzweige fürchten. Aber was will dieſe Konkurrenz bedeuten, wenn auf der andern Seite ſchnell der polniſche Eiſenverbrauch, der jetzt 23,6 kg auf den Kopf beträgt (nicht mehr als in Rußland oder Spanien) ſich auf den deutſchen Durchſchnitt von 200—250 kg ſteigern wird. Jede dauerhaft und ſicher fundierte Induſtrie muß ihre Hauptgrundlage im inneren Markte erblicken; die Entwicklungsfähigkeit des polniſchen bietet, wie aus dieſem einen Beiſpiel erſichtlich, noch weite Möglichkeiten. Er bietet ſie allerdings nur dann, wenn ſich ein leiſtungsfähiger Kreditgeber findet, der die zur Entwicklung notwendigen Milliarden zur Verfügung ſtellt. Es liegt auf der Hand, daß dieſer Kreditgeber nicht das wirtſchaftlich niedergebrochene Rußland, ſondern nur Deutſchland ſein kann.

Daß die Ablöſung Polens vom ruſſiſchen Wirtſchaftskörper in anderer Beziehung auch große Umſchaltungen bedingt und damit in der Übergangszeit Verluſte ſich nicht ganz vermeiden laſſen, kann natürlich nicht geleugnet werden. Die Verfeinerungsinduſtrie hat ihr Abſatzgebiet bislang ganz überwiegend auf dem ruſſiſchen Markte ge-

funden. Tennenbaum schätzt den Jahresexport von Fabrikaten nach Rußland auf 500 Millionen Rubel, ins Ausland dagegen gingen nur 10 Millionen. Besonders drei Gesichtspunkte werden indessen die hier notwendige Umschaltung erheblich erleichtern: einmal bedingt die durch den Krieg eingetretene Erschöpfung an Rohstoffen in der Textilindustrie sowieso einen nur langsam durchführbaren Wiederaufbau der Produktion. Es ist deshalb genügend Zeit zur Aufsuchung und Anpassung an neue Absatzmärkte und Produktionsrichtungen. Zum zweiten bleibt Rußland nach wie vor auf einen guten Teil der polnischen Lieferungen angewiesen, weil es seinem eigenen Gebiet an Kammwollindustrie fehlt, die Kammgarnspinnerei aber ein schwieriges Gewerbe darstellt, das sich nicht über Nacht aus dem Boden stampfen läßt. Drittens sind die Bedingungen für den Ersatz des russischen Absatzgebietes durch überseeische Märkte deshalb so günstig, weil Polen innerhalb des mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiets über die Weichsel eine sehr bequeme und billige Verbindung zur Ostsee hat. Schließlich ist andrerseits zu bedenken, daß nur dann, wenn das Königreich Polen von der Macht der russischen Wirtschaftspolitik, die Innerrußland vor Kongreßpolen in allen Fragen ganz einseitig bevorzugte, befreit wird, es endlich die Bahn frei bekommt zu einer selbständigen Wirtschaftsentwicklung und damit zur vollen Ausnutzung seiner günstigen Lage als natürliches Durchfuhrland zwischen West- und Osteuropa.

Selbstverständlich werden einzelne Industrien wie die Lodzer Textil- und die Warschauer Galanteriewaren-Branche, längere Zeit zur vollen Umgestaltung ihrer Produktion brauchen. Erstere wird dabei durch Umstellung ihrer Produktion auf den inneren Markt — den Wegfall der schweren Moskauer Konkurrenz —, einen Ersatz finden. Zudem litt auch sie nicht wenig unter der fiskalischen Politik der russischen Regierung, die nicht nur die Rohstoffe, sondern auch die Weberei- und Spinnerei-Maschinen durch ungebührlich hohe Zölle verteuerte. Die Warschauer Galanteriewaren-Branche allerdings wird wohl zum Teil auswandern müssen, da sie fast ganz auf den russischen innern Markt eingestellt war.

Daß aber der Vorteil der Zolltrennung jedenfalls viel größer für Polen sein wird, als der Schaden einzelner Industriezweige, geht unzweideutig aus einem Beschluß der polnischen Mitglieder der von Goremykin eingesetzten Kommission zur Ausarbeitung der polnischen

Autonomie hervor. Die sechs polnischen Glieder dieser Kommission, die alle ausgesprochene Russophilen waren, haben sich einstimmig für die Errichtung einer Zollgrenze zwischen Kongreß-Polen und Rußland ausgesprochen. Nicht weniger überzeugend wirken die Ausführungen des kürzlich verstorbenen polnischen Großindustriellen Zukowski, der durchaus der russischen Orientierung zuzurechnen ist und noch während des Krieges in der russischen Kriegsindustrie eine bedeutende Rolle spielte. Auf einer in Petersburg abgehaltenen Besprechung polnischer Wirtschaftspolitiker machte er folgende Ausführungen, die von der gesamten Versammlung, mit Ausnahme ihres Einberufers, Professor Petrazycki, gut geheißen wurden:

„Es ist eine Eigentümlichkeit der Polen, daß sie nicht imstande sind, ausschließlich in ökonomischen Kategorien zu denken. Letzteres sei aber eine Notwendigkeit. Die Vergangenheit kann für die Zukunft nicht maßgebend sein. Die russische Zollpolitik hatte keine politische, sondern eine fiskalische Tendenz. So z. B. waren die hohen Zollsätze für Rohstoffe, sowohl für die polnische, wie für die russische Industrie schädlich. Die Rohstoffe und Industrieerzeugnisse müssen individualisiert werden, um zu einer klaren Übersicht der Sachlage zu gelangen.“ Der Redner gibt hier eine kurze Übersicht der russischen und polnischen Handelsbilanzen, die mit einem Überschuß von 125 Millionen zugunsten Polens ausfällt ... „Unsere Volkswirtschaft weist den größten Mangel an freien Kapitalien auf. Diese Macht, die beispielsweise Frankreich und Deutschland durch den Zusammenfluß der kleinen Ersparnisse, zum großen Teil der Landbevölkerung, in ein Bett erreicht haben, besitzen wir nicht. Die Haupteigenschaft des polnischen Bauers ist Landhunger. Alle seine Ersparnisse sind auf Bodenankauf gerichtet; 40—50 Millionen jährlich von dem Erwerb in Amerika gebraucht die heimkehrende Bauernschaft zum Ankauf größeren parzellierten Grundbesitzes. Zwei Millionen Morgen wurden parzelliert und dieser Prozeß bewirkte, trotz der Abnahme der Erträgnisse des Bodens, eine unerhörte Zunahme der Preise. Dem Königreich droht zweifelsohne eine fukzessive Verarmung, wenn die rechtlichen und politischen Verhältnisse sich nicht ändern werden. Nur der Besitz einer Regierung, die imstande wäre, eine eigene Wirtschaftspolitik, unter anderem auch eine Zollpolitik zu treiben, kann das Land vor dem Ruin bewahren. Eine eigene Regierung, das ist unser kategorischer Imperativ; das Streben nach ihr muß im Vordergrund unserer Interessen stehen. Es wird gewiß eine schwere Stellung sein, vielleicht wird sie zu außerordentlichen Mitteln greifen müssen, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Aber kommt sie nicht zustande — so droht uns Ruin und Verarmung der Bevölkerung.“

Also auch dieser ausgesprochen deutschfeindliche Pole — der zur Zeit, als Delcassé in Petersburg Botschafter war, dessen Ver-

trauensmann war, — ist in Wort und Schrift energisch für die Notwendigkeit eingetreten, Kongreß-Polen wirtschaftlich von Rußland zu trennen. Damit dürfte sich die in Deutschland so viele Anhänger zählende Ansicht von der notwendigen wirtschaftlichen Bedingtheit der Russophilie der Polen als falsch erwiesen haben. Der Hinweis Grabskis und auch Zukowskis auf die wirtschaftlich schlechte Lage der Bauern entzieht auch der Befürchtung, daß die Bauern an der russischen Orientierung festhalten werde, einen Teil ihrer wirtschaftlichen Begründung. Gewiß ist die Tatsache, daß dem polnischen Bauer der Grund und Boden von der russischen Regierung verliehen ist, nicht ohne Einfluß auf seine politische Haltung geblieben. Sobald er bei der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Kongreß-Polen den Druck der russischen Konkurrenz los wird, wird er sich wenigstens zum energischen Anhänger seines eigenen Staatswesens entwickeln.

Bisher ist bei dieser gedrängten Übersicht der Entwicklung Kongreß-Polens die kulturelle Seite der Frage nur gestreift worden. Zum Schluß sei daher darauf hingewiesen, daß Polen seiner ganzen Entwickelung nach zweifellos durch die katholische Kirche enger mit Europa verbunden ist. Aber auch in Literatur, Kunst und Wissenschaft ist es eigene von Rußland völlig getrennte Wege gewandelt. Es sind deshalb nicht nur, wie wir gesehen haben, die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen, sondern auch die kulturellen gegeben, um einen eigenen Staat zu bilden und zur Blüte zu bringen. Vorbedingung dazu freilich ist, daß Polen auch wirklich von der Notwendigkeit eines ehrlichen, vorbehaltslosen und unauflöslichen Anschlusses an die Mittelmächte und insbesondere an ein militärisch und politisch starkes Deutsches Reich durchdrungen ist, dessen Führung ihm allein eine von halbasiatischer Barbarei unabhängige, gedeihliche Entfaltung seines eigenvölkischen Lebens verbürgt.

Die Ukraine.

Von Axel Schmidt in Berlin.

I. Die geographiſchen und wirtſchaftlichen Grundlagen.[1])

Die geographiſchen Verhältniſſe.

Der geographiſche Begriff der Ukraine umfaßt den ganzen Süden von Oſteuropa, annähernd vom 52° parallel bis an die Geſtade des Schwarzen Meeres — im Oſten bis an die Kaſpiſchen Weſtſteppen. Im Weſten reicht die Ukraine bis an die Oſtgrenze des polniſchen Schollenlandes und der polniſchen Ebene und an die Oſtkarpathen. Das geographiſche Gebiet der Ukraine deckt ſich, wenn auch nicht ganz mit dem ethnographiſchen Gebiet des ukrainiſchen Volkes, deſſen Anzahl für 1915 auf 38 Millionen geſchätzt werden kann. An einigen Stellen, z. B. in den Oſtkarpathen, den ſüdlichen Ausläufern der zentralruſſiſchen Platte, im weſtlichen Kaukaſus, dringt das ethnographiſche Gebiet der Ukrainer über die geographiſchen Grenzen der Ukraine. Dafür iſt der ſüdweſtliche Winkel der Ukraine von Rumänen (Beſſarabien) beſiedelt. Taurien weiſt nur eine relative Mehrheit von Ukrainern auf, längs dem Don iſt das ruſſiſche Element (Donkoſaken) tief nach dem Süden vorgedrungen.

Was die Größe betrifft, ſo verleugnet die Ukraine hierin ebenſowenig den oſteuropäiſchen Charakter, wie in ihrer Lage. Die Ukraine zeichnet ſich durch Großräumigkeit aus. Der Flächeninhalt des geſchloſſenen ukrainiſchen ethnographiſchen Territoriums beläuft ſich auf 850000 qkm. Die Ukraine übertrifft damit an Größe jede europäiſche Großmacht (mit Ausnahme Rußlands).

Das Gewäſſernetz der Ukraine iſt im Schwarzen Meere konzentriert. Die Ukraine kann man ſchlechterdings als den nördlichen Teil des pontiſchen Einzugsgebietes auffaſſen, obgleich die Quellen-

1) Das Material zu dem erſten Abſchnitt iſt mir liebenswürdigerweiſe von Profeſſor Rudnickyj-Wien zur Verfügung geſtellt.

gebiete des Dnjepr und Don in Weißrußland liegen und das ukrainische Gebiet im äußersten Westen und Osten in die baltische und kaspische Abdachung hinüberreicht. Die Hauptflüsse der Ukraine Dniester, Bobr, Dnieper, Don und Kuban wenden sich mit ihren schiffbaren Läufen dem Schwarzen Meere zu. Die hydrographische Hauptader des Landes ist der Dnieper, der drittgrößte Fluß Europas.

Die Ukraine liegt ganz innerhalb der osteuropäischen Klimaprovinz und nimmt ihren ganzen Süden ein. Ihr Klima ist kontinental mit einer jährlichen Amplitude von 20°—30°, einer mittleren Jahrestemperatur von +6°—12°, einem Julimittel von +19°—24° und einem Januarmittel von 0°—8°, bei vorherrschenden Sommerregen und einer im allgemeinen unbedeutenden Schneedecke.

Die Kontinentalität des ukrainischen Klimas ist geringer als die des russischen, die Jahresmittel sind beträchtlich höher, der Winter viel milder und kürzer, die Wolga ist 160 Tage gefroren, der Dnieper 80—100, der Dniester nur 70. Der Frühling ist infolge der geringen winterlichen Schneedecke sehr warm, im Gegensatz zu allen anderen Gebieten Osteuropas. Der Sommer und der Herbst haben einen vollkommen südländischen Charakter, sind lang, warm und vom August an zumeist regelmäßig trocken. Das Sommer- und Herbstleben des ukrainischen Volkes hat viele südländischen Züge, die strenge Winterkälte läßt jedoch den Körper nicht erschlaffen und die Verweichlichung nicht aufkommen.

Die ethnographischen Verhältnisse.

Die Wurzeln der Entwickelung des ukrainischen Volkes stecken ebenso im frühen Mittelalter, wie diejenigen der anderen großen Völker Europas. Die anthropologischen Merkmale (hoher Wuchs, starke Brachykephalie, dunkle Haar- und Augenfarbe) lassen uns in den Ukrainern einen Volksstamm erkennen, welcher mit den echten Nordslawen (Russen, Weißrussen, Polen) körperlich sehr wenig Gemeinsames hat, dafür unverkennbare Verwandtschaft mit den Südslawen, Serbokroaten, zeigt und der sogenannten adriatischen oder dinarischen Rasse zugezählt werden muß.

Die körperliche Verschiedenheit der Ukrainer und Russen ist den Reisenden längst aufgefallen, bevor noch die Anthropologie angefangen hat, ihre Messungen anzustellen. Die Ukrainer sind viel höher an Wuchs, langbeinig, von größerem Brustumfang und kürzeren

Armen wie die Ruſſen, erſcheinen daher immer viel ſchlanker. Sie ſind rundköpfiger als die Ruſſen, das Geſicht iſt aber länglicher, die Naſe auffallend dünner und länger, die Ohren beſonders klein. Dazu kommt noch bei den Ukrainern die ſtärker pigmentierte Hautfarbe, vorherrſchend dunkle Haare und dunkle Augen, während die Ruſſen im allgemeinen hellfarbiger und blonder ſind. Ohne jegliche Übertreibung kann man ſagen, daß jemand, der die beiden Hauptvölker Oſteuropas aus eigener langjähriger Erfahrung kennt, Ukrainer und Ruſſen, auch wenn ſie uniformiert ſind, leicht zu erkennen vermag.

Die Stellung der ukrainiſchen Sprache zur ruſſiſchen iſt innerhalb der ſlawiſchen Sprachen dieſelbe, wie die Stellung der deutſchen Sprache zu der engliſchen innerhalb der germaniſchen Sprachen (natürlich mutatis mutandis). Das Ruſſiſche iſt ebenſo eine ſlawiſche Koloniſtenſprache, wie das Engliſche eine germaniſche Koloniſtenſprache iſt, nur ſind die mongoliſch-finniſchen Einflüſſe im Ruſſiſchen unvergleichlich ſchwächer, als die keltiſch-romaniſchen im Engliſchen, und zwar aus einem leicht erklärlichen Grunde. Standen doch die Bewohner Britanniens zur Zeit der angelſächſiſchen Einwanderung kulturell unvergleichlich höher als die Finnen zur Zeit der ſlawiſchen Einwanderung. Die Koloniſierung Britanniens erfolgte durch germaniſche Stämme, welche am äußerſten Rande und zum Teil außerhalb des heutigen deutſchen Gebietes ſaßen (Angeln, Sachſen, Jüten uſw.), die Koloniſierung des heutigen Großrußlands erfolgte durch ſlawiſche Stämme, welche im Norden des heutigen ukrainiſchen Gebietes (Seweriſanen) oder außerhalb desſelben wohnten (Radimitſchen, Wjatitſchen, Nowgoroder Slowenen). Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß in dem viel höheren kulturellen und politiſchen Milieu Weſt- und Mitteleuropas ſowie infolge der inſularen Abgeſchiedenheit Englands die Sprachverſchiedenheiten zwiſchen dem Deutſchen und dem Engliſchen viel weiter gediehen ſind, als diejenigen zwiſchen dem Ukrainiſchen und dem Ruſſiſchen. Der Unterſchied zwiſchen dem Ruſſiſchen und Ukrainiſchen iſt aber doch ſo groß, daß ein Ukrainer einen Ruſſen, und ebenſo ein Ruſſe einen Ukrainer nicht verſteht. Nur einzelne Wörter ſind hie und da beiderſeitig verſtändlich, aber das iſt bei allen ſlawiſchen Sprachen ſo.

Ein Gutachten der Petersburger Akademie vom Jahre 1905 hat ſich denn auch für die vollkommene Selbſtändigkeit des Ukrainiſchen gegenüber dem Ruſſiſchen ausgeſprochen.

Die ethnologischen Unterschiede im engeren Sinne bilden eigentlich das stärkste Unterscheidungsmerkmal der Ukrainer und der Russen. Die ethnologische Kultur dieser beiden Nachbarvölker weist so große Unterschiede auf, daß manche gänzlich stammfremde Völker, z. B. Serben, Bulgaren, Rumänen, sogar Magyaren in mancher Hinsicht ethnologisch den Ukrainern näher stehen, als die Russen. Die Ukrainer gehören zur balkankarpathischen ethnologischen Kulturprovinz, während die Russen einer nord-osteuropäischen Kulturprovinz zuzuzählen wären. Sowohl in der materiellen als auch in der geistigen Kultur ergeben sich die tiefgehendsten Unterschiede.

Die Ukrainer haben seit den Uranfängen ihrer Geschichte die Ränder der Waldzone und die natürliche Parklandschaft des südlichen Osteuropa bewohnt, und sich erst im letztverflossenen Jahrhundert über die pontische Steppe ausgebreitet, über die sie jedoch schon einmal vor den Tatarenkriegen geherrscht haben. Infolge der geographischen Lage des Landes begegneten und kreuzten sich in der Ukraine seit dem grauen Altertume verschiedene Kultureinflüsse: orientalische, griechische, gotische, byzantinische, nordgermanische (warjägische), arabisch-persische usw. Aus dem urslawischen Kulturgut ist unter Mitwirkung dieser Einflüsse die alte ukrainische Kultur des Reiches von Kiew entstanden. Diese altukrainische Kultur bildet die Grundlage der ethnologischen Kultur des ukrainischen Volkes.

Von späteren Einflüssen ist der westeuropäische Einfluß vor allem hervorzuheben. Dieser ist 1. unmittelbar durch die zahlreichen deutschen Kolonien (15. und 16. Jahrhundert) und durch die zahlreichen ukrainischen Studierenden an den westeuropäischen Universitäten (dieselbe Zeit), sowie 2. mittelbar durch den Einfluß der Polen gekommen.

Die russische ethnologische Kultur dagegen setzt sich zu fast gleichen Teilen aus urslawischen Grundlagen, den altukrainischen Einflüssen, dem urfinnischen Kulturgut und dem sehr starken mongolisch-tatarischen Kultureinschlag zusammen. Das russische Volk ist ein ausgesprochenes Kolonistenvolk, welches aus seinem ursprünglichen Heimatlande (Quellengebiete des Dnieper, der Desna, der Oka) nur wenig Kultur mitgebracht hat. Die politische und kulturelle Trennung der Russen von den Ukrainern vollzog sich so schnell, daß im ethnologischen Kulturgut die Russen fast nichts mit den Ukrainern gemeinsam haben. Sogar die kirchliche und staatliche Organisation, die von den Ukrainern in Großrußland eingeführt wurde, ver-

änderte ihr eigenes Antlitz so gründlich, daß bereits im 13. Jahrhundert die Unterschiede zu direkten Gegensätzen gediehen sind. Dann ist die Tatarenherrschaft gekommen, deren Einwirkungen ein Viertel Jahrtausend dauerten und das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben durchgreifend umgestalteten (Leroy Beaulieu, L'empire des Tsars S. 72 ff.). In der Ukraine hat die Tatarennot 500 Jahre gedauert, aber hier sind die Tataren nicht als Herrscher, sondern immer als Zerstörer und Sklavenjäger aufgetreten, die Ukrainer haben von ihnen nur den Steppenkrieg gelernt, was zur Anpassung an das Steppenleben führte. Das Studium der tatarischen Lehnwörter im Ukrainischen beweist, daß die ukrainisch-tatarischen Beziehungen sich eben nur auf den Krieg beschränkten, dagegen ist das analoge Studium der russischen Sprache sehr lehrreich, da es beweist, wie viele Kulturentlehnungen das russische Volk den Tataren verdankt.

Die Hauptbeschäftigung der Ukrainer ist seit den Anfängen ihrer Geschichte der Ackerbau, die ganze ethnologische Kultur ist darauf eingestellt. Bei den Russen ist der Ackerbau weniger wichtig, die Viehzucht, Waldnutzung, Jagd und Fischerei, sowie Hausindustrie und Kleinhandel überwiegen bis heutzutage den Ackerbau an Bedeutung.

Die Siedelungen der Ukrainer und Russen sind in ihrem Charakter und der ganzen Anlage grundverschieden. Die beiden Völker sind hauptsächlich Dorfbewohner, sogar ihre Städte haben, soweit der westeuropäische Einfluß den Tatbestand noch nicht geändert hat, eine bedeutende Ähnlichkeit mit großen Dörfern. Aber das ukrainische Dorf ist in seinem Haupttypus ein Haufen- oder Runddorf von bedeutender Größe, während ein russisches Dorf in seinem Haupttypus meistens ein langgezogenes Straßendorf ist, von geringer Größe und Bevölkerung. Sämtliche Anwesen der Ukrainer sind von Obst- und Gemüsegärten umgeben; die russischen entbehren des Baumschmuckes vollkommen. Infolgedessen sind die russischen Hütten aneinander gedrängt, die ukrainischen liegen weit auseinander. Auch der ukrainische Baustil ist von dem russischen vollkommen verschieden, was besonders in dem Kirchenstil zum Ausdruck kommt.

Noch größere Unterschiede sehen wir in der geistigen Kultur des ukrainischen und russischen Volkes. Der Ukrainer ist ernst, schwerfällig, melancholisch, gründlich, der Russe lustig, rührig, cholerisch, oberflächlich. Der Ukrainer ist ein extremer Individualist, der Russe

ein Kollektivist. Der Ukrainer ist ein geborener Demokrat, der Russe Despot oder Sklave.

Die väterliche Gewalt ist bei den Ukrainern gering, bei den Russen despotisch. Die Stellung der Frau ist bei den Ukrainern eine gute, bei den Russen ist sie die Sklavin des Mannes. Ebenso werden die Töchter bei den Ukrainern nie gegen ihren Willen verheiratet, bei den Russen gewissermaßen verkauft (Kladka). Die erwachsenen Kinder werden bei den Ukrainern gleich selbständig gemacht, bei den Russen bleiben sie in der Großfamilie. Heiraten zwischen Ukrainern und Russen sind daher höchst selten!

Die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Ukraine ist ein Land, das die besten Naturbedingungen für den Ackerbau besitzt und denselben seit Jahrhunderten betreibt. Schon im klassischen Altertum spielte die Ukraine als Getreideland eine Rolle. Heutzutage besitzt die Ukraine über 45 Millionen ha Anbaufläche und ihr Ernteertrag (1910) beträgt 215 Millionen q (mit den Grenzgebieten über 300 Millionen q), d. i. ein Drittel vom Ertrage des gesamten russischen Weltreiches. An zwei Drittel des russischen Getreideexportes kommen aus der Ukraine. Besonders für Weizen und Gerste ist die Ukraine ein Hauptproduktionsgebiet. Die Zuckerrübenproduktion ergibt im Jahresdurchschnitt 50 Millionen q (5/6 der gesamtrussischen Produktion), der Tabakbau 660000 q (über 2/3 der gesamtrussischen Produktion). Für Obst- und Gemüsebau, Bienen- und Seidenraupenzucht bietet die Ukraine die besten Bedingungen. Die Viehzucht verfügt über 30 Millionen Stück Vieh, die Federviehzucht liefert die Hälfte der gesamtrussischen Produktion.

Während der Ackerbau und die Viehzucht ursprüngliche, seit Jahrhunderte ausgenützte Hilfsquellen der Ukraine sind, bilden Industrie und Handel eigentlich sehr junge Erwerbszweige der Bevölkerung, wenn man von der alten übrigens hochentwickelten Hausindustrie und dem veralteten Jahrmarkthandel der Ukraine absieht. Daher besteht die ackerbauende bodenständige Bevölkerung der Ukraine fast nur aus Ukrainern — die fremdsprachigen Großgrundbesitzer sind ja nur Erben der alten Beherrscher der Ukraine — der Polen und Russen. In Industrie und Handel finden wir das ukrainische Element dagegen nur schwach vertreten — infolgedessen sind auch die Städte der Ukraine zum größten Teil fremdsprachig.

Der politische, nationale und soziale Druck erlauben dem ukrainischen Elemente eine nur langsame Entwickelung auf diesem Gebiete. Aber der immerwährende Zuzug der ukrainischen Landbevölkerung in die Städte und das schnell wachsende Nationalbewußtsein der ukrainischen Volksmassen bieten sichere Gewähr, daß die Städte der Ukraine in verhältnismäßig kurzer Zeit ukrainisiert werden.

Die ukrainische Industrie und der Handel stecken, mit westeuropäischem Maßstabe gemessen, noch in den Kinderschuhen. Die Industrie hat in der Ukraine viel ungünstigere Entwickelungsbedingungen als der Ackerbau. Obgleich die Mineralschätze der Ukraine an sich nicht unbedeutend sind, so ist doch ihre Bedeutung im Hinblick auf die Größe und Bevölkerungszahl relativ nicht groß. Zwar liefert das ukrainische Gebiet 90 % Silber, 81 % Blei, 100 % Quecksilber, 31 % Kupfer, 32 % Manganerz, 74 % Eisenerz, 70 % Kohle, 53 % Salz usw. der gesamtrussischen Produktion, aber wenn wir bedenken, daß z. B. die Kohlenproduktion der 850000 qkm großen Ukraine diejenige des nicht ganz 30000 qkm großen Belgiens kaum erreicht, müssen wir zur Einsicht kommen, daß die Großindustrie der Ukraine schwerlich jemals mehr als den eigenen Bedarf decken wird. Denn auch die Wasserkräfte sind bei dem vorwiegenden Ebenencharakter des Landes verhältnismäßig nicht hoch anzuschlagen. Bei der Rückständigkeit der russischen Industrie überhaupt erscheint es ganz natürlich, daß z. B. die südliche Ukraine sich zu einem der bedeutendsten Industriegebiete des russischen Reiches emporgeschwungen hat und z. B. 76 % Rohzucker, 67 % Roheisen uad 55 % Stahl der gesamtrussischen Produktion liefert, aber an und für sich sind die absoluten Zahlen der Produktion zu klein, um jemanden glauben machen zu können, daß die Ukraine auf industriellem Gebiete es jemals weiter als zur Autarkie bringen wird. (Vgl. Prof. Ballods Artikel in Prof. Serings Sammelband „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft".)

Dafür sind die Entwickelungsmöglichkeiten für den Handel der Ukraine sehr bedeutend. Das schnelle fast amerikanische Wachstum der Städte am Schwarzen Meer im 19. Jahrhundert hat einen guten Beweis dafür erbracht. Trotz der Weitmaschigkeit des ukrainischen Eisenbahnnetzes, trotz seiner ganzen Anlage und Tarifpolitik, welche darauf abzielt, die Entwickelung des zentralrussischen und baltischen Handels zu fördern, trotz der Verwahrlosung der natürlichen

und künstlichen Wasserstraßen der Ukraine, ist der Einfluß der günstigen geographischen Lage des Landes bereits jetzt zu spüren. Die Erschließung des näheren Orients kann nicht ohne gehörige Ausnutzung der Ukraine gedeihen. Die engere Verbindung Mitteleuropas mit Vorderasien und dem Indischen Ozean ist ohne Einbeziehung der Ukraine schwer denkbar.

II. Die Geschichte des Ukrainischen Staates.

Über die ukrainische Frage in Deutschland zu schreiben, ist eine höchst undankbare Aufgabe. Immer wieder tauchen im Publikum Zweifel auf, ob es wirklich ein Volk geben kann, dessen Existenz dem übrigen Europa völlig unbekannt geblieben ist. Wie soll ein 30 Millionen Volk dem deutschen Gelehrtenblick entgangen sein, wo doch sonst deutsche Wissenschaft jeden kleinsten Volkssplitter aus der Zeit der Völkerwanderung sorgsam notiert und registriert hat. Und doch ist die Existenz des ukrainischen Volkes unbestreitbar und früher selbst auch nicht einmal in Deutschland bestritten worden. Vor mir liegt z. B. das 1796 in der „Allgemeinen Welthistorie“ erschienene Werk von Engel über die Ukraine.

In diesem Werk wird u. a. mitgeteilt, daß der französische Gesandte am Moskauer Hofe gegen die Annahme des Titels „Kaiser von Rußland“ durch Peter I. protestierte, weil es nicht angehe, den Namen eines noch existierenden Staates einem fremden beizulegen. Hierzu ist zu bemerken, daß der ukrainische Staat von seinem ersten nordgermanischen Fürstengeschlechte, den Namen „Rußj“ übernommen hatte. Mit diesem Namen wurde seitdem das von Peter des Großen Vater angegliederte ukrainische Gebiet bezeichnet, und da dieses Land damals nur durch Personalunion mit Moskowien verbunden war, erschien es Frankreich nicht möglich, daß Peter der Große diesen Namen dem Gesamtstaate beilegte.

Noch bis vor kurzem haben einzelne französische Gelehrte den Beweis erbracht, daß das ukrainische Volk nicht nur einen eigenen Staat in früheren Jahrhunderten besessen habe, sondern daß es auch nach Ursprung, Sprache, Religion und Gebräuchen völlig verschieden sei von dem groß-russischen Volke, das den Moskowiterstaat begründet hat. So schreibt z. B. V. Bérard in seinem Werke „Le grand Russien et le petit Russien“: „Die Großrussen und die

Kleinruſſen ſind phyſiſch und intellektuell untereinander mehr unterſchieden, als ein Pikarde vom Katalonier oder ein Bretone vom Florentiner."

Ähnlich urteilen die franzöſiſchen Gelehrten L. Leger, Erneſte Laviſſe und A. Rambaud. Auch eine engliſche Stimme ſei hier angeführt: Bedvin-Sands, Sekretär der engliſchen Geſellſchaft zum Studium der Ukrainer hat noch kurz vor Ausbruch des Weltkriegs an das Gutachten der Akademie der Wiſſenſchaften in Petersburg vom Jahre 1905 erinnert, wonach die ukrainiſche Sprache — oder wie ſie offiziell in Rußland „die kleinruſſiſche" genannt wird — kein Dialekt, ſondern eine eigene ſlawiſche Sprache wie die bulgariſche oder ſerbiſche ſei. Hiermit kommen wir ſchon mitten in die wichtigſte Frage hinein, wie ſieht die ruſſiſche Regierung und wie das groß-ruſſiſche Volk die ukrainiſche Frage an? Die Beantwortung dieſer Frage gibt den Schlüſſel zum ukrainiſchen Rätſel. Rußland hat nämlich das größte Intereſſe daran, ſich das ukrainiſche Element zu aſſimilieren, um ſeine ſchwache Stelle möglichſt ſchnell unkenntlich zu machen. Dazu wurde nicht nur von Peter dem Großen bis zum heutigen Tage dieſes Volk auf das unerhörteſte unterdrückt, ſondern auch der unglaubliche Verſuch unternommen — und er iſt im großen und ganzen auch geglückt —, das Beſtehen eines 30 Millionen-Volkes aus dem Bewußtſein Europas verſchwinden zu machen; ſelbſt in den Köpfen der Gelehrten hat dieſes Volk meiſtenteils nur unklare Vorſtellungen zu erwecken verſtanden. Wie zielbewußt die ruſſiſche Regierung dabei vorging, zeigt der Ausſpruch des Miniſters des Innern Walujew unter Kaiſer Alexander II. Im Jahre 1863 prägte dieſer Staatsmann das Wort: „Eine ukrainiſche Sprache hat es nie gegeben, gibt es nicht und darf es nicht geben." Wenn ſolch eine Parole in der liberalſten Zeit Rußlands ausgegeben werden konnte, wie mag es da erſt unter Nikolai I. oder Alexander III. zugegangen ſein! Ebenſo wie die moskowitiſche Regierung — denn um eine ſolche handelt es ſich im Grund auch heutzutage noch, trotzdem der Regierungsſitz nach Petersburg verlegt iſt — die ukrainiſche Sprache leugnet, ſo iſt von der ruſſiſchen Geſchichtswiſſenſchaft das ukrainiſche Volk um ſeine Geſchichte beſtohlen worden. Die Kiewſche Periode — die ſich bekanntlich vom Einzug der Warjäger bis zum Einfall der Tataren erſtreckte — hat nämlich mit der Geſchichte Moskowiens oder Großrußlands nichts zu

tun, sondern ist die Entstehungsgeschichte des ukrainischen Volkes und Staates. Nur wenn man für die Geschichte Osteuropas drei Völker und drei Staatswesen annimmt: Ukraine, Polen und Moskau, löst sich das undurchdringliche Rätsel, wie unter Peter dem Großen plötzlich die vermeintlichen alten Stammlande des großrussischen Volkes und Staates (Kiew) in offenem Aufruhr stehen und Mazeppa mit Karl XII. von Schweden gemeinsame Sache machen konnte. Wenn man sich dagegen sagt, daß die Ukraine damals erst seit 40 Jahren mit Moskowien vereinigt war und wieder von diesem Staate freikommen wollte, so hellen sich alle Dunkelheiten der bisherigen offiziellen russischen Geschichtschreibung auf.

Das Volk der Ukrainer bewohnt bereits seit dem 5. Jahrhundert das Gebiet, wo es noch heutzutage siedelt. Sein Zentrum bildet Kiew. Aber erst seit dem 9. Jahrhundert entsteht dort ein starkes Staatswesen. Der Anstoß zu dieser Entwickelung ist unzweifelhaft auf germanischen Einfluß zurückzuführen. Den schwedischen Normannen oder, wie sie in der russischen Geschichte genannt werden, Warjägern war der Westweg nach Byzanz um Europa herum zu beschwerlich und sie nahmen daher den Ostweg wieder auf: Newa, Ladogasee, Wolchow, Ilmensee und Dnieper. Nachdem sich diese normannischen Abenteurer zuerst kurze Zeit in Nowgorod: (Holmgadr) estgesetzt hatten (860) (Rjurick schwedisch: Hrorekr), zogen sie unter Oleg (schwedisch: Helge) weiter nach Süden und gründeten den Kiewer Staat (880). Daß es sich dabei nicht um „eine friedliche Berufung der Warjäger" gehandelt hat, wie die russische Sage meldet, zeigt die Ermordung des Fürsten Igor (schwedisch: Ingvar) im Jahre 945. Dieser Fürst wurde nämlich von den Slawen beim Einsammeln von Tribut erschlagen. Die germanischen Herrscher mit ihren germanischen Gefolgsmannen haben in der ersten Zeit mit starker Faust die widerspenstigen slawischen Volksstämme beherrscht. Sie gaben auch, wie schon erwähnt, dem Staatswesen den Namen „Rußj", der aller Wahrscheinlichkeit nach von dem schwedischen Wort „Ruodsläger" herstammt, das Rudergenossenschaft bedeutet. Nennen doch bis auf den heutigen Tag die Esten (die Ureinwohner Nordlivlands und Esthlands), Schweden „Rossima" (Ma-Land), während sie Rußland mit den Worte Wennema (Wendenland) bezeichnen. Zum mindesten ein Jahrhundert, wahrscheinlich aber noch länger haben sich diese Kiewer Fürsten durchaus als Germanen gefühlt und auch wohl schwedisch

gesprochen; allmählich ist dann der Zusammenhang mit dem Mutterlande immer lockerer geworden; jedoch Wladimir der Große und Heilige, der das orthodoxe Christentum aus Byzanz 989 annahm, ist als junger Teilfürst von Nowgorod noch in Schweden gewesen, wo er neue Gefolgsmannen für sich anwarb. Auch Jaroslaw (1019—54), der erobernd bis zum Balkan vordrang, hat sich als Germane gefühlt. Sogar im 12. Jahrhundert hat Wladimir Monomach in seinem Testament an seine Kinder ganz germanische Denkungsweise offenbart: „Feldzüge habe ich im ganzen 83 geführt, ich liebte die Jagd und habe oft wilde Tiere gefangen; mit einer Hand habe ich im Dickicht des Waldes mehrere wilde Pferde zugleich gebunden. Zweimal hat der Ur mich auf seine Hörner genommen; der Hirsch hat mich gestoßen; das Elen hat mich mit Füßen getreten; ein Eber riß mir das Schwert von der Hüfte; ein Bär hat mir den Sattel zerrissen; er warf sich auf mich, daß mein Pferd unter mir zusammenbrach. Wie oft bin ich gestürzt, aber der Herr hat mich bewahrt. Darum liebe Kinder, fürchtet weder Tod noch wilde Tiere; seid Männer, was auch Gott über Euch verhängen mag".

Mit Recht bemerkt A. Ripke dazu: „Fürwahr, der so spricht, ist kein Slawe, dessen weichliche Art damals wie heute sein hervorstechendster Charakterzug ist, sondern ein Germane, dessen höchste Lust und Freude immer noch der Kampf und die Gefahr bleiben werden".

Kaum hatte sich der Kiewer Staat konsolidiert, so setzten die schweren Kämpfe ein, die ihn bald ganz vernichten sollten. Im 12. und 13. Jahrhundert drangen aus dem Osten wilde Stämme Petschenegen und Kumanen ein, die das Land schwer verwüsteten und die Herrscher zwangen, ihre Hauptstadt von Kiew nach Westen, nach Halytsch (dem heutigen Galizien) zu verlegen.

Inzwischen war ein neues staatliches Zentrum im Entstehen begriffen. Der alte Kiewer Staat war nämlich niemals ein straffer Einheitsstaat, sondern stets nur ein loser Staatenbund gewesen. Die jedesmaligen Söhne der Großfürsten von Kiew wurden von ihnen mit sogenannten Teilfürstentümern ausgestattet. Diese Teilfürstentümer, die zwar alle unter der Oberhoheit des Großfürsten von Kiew standen, versuchten durch Neuerwerbungen und Kolonisation ihre Macht zu vergrößern. So drangen besonders im 12. Jahrhundert die Fürsten von Perejaslawl nach Norden vor und unterwarfen sich die dort lebenden finnischen Stämme.

War der Kiewer Staat demnach eine germanische Gründung auf slawischer (ukrainischer) Grundlage, so stellt der großrussische Staat, dessen Zentrum bald Moskau wurde, eine slawische Gründung auf finnisch-mongolischer Unterlage dar. Die Einfälle der Tataren gaben dem alten Kiewer Staat den Rest. 1199 wurde durch Vereinigung der Fürstentümer Halytsch und Wladimir in Wolhynien unter den Fürsten Roman aus der älteren Kiewer Linie das Fürstentum Halytsch-Wladimir gegründet. Sein Sohn versuchte durch Anlehnung an den Westen von dorther Hilfe gegen die Tataren zu erhalten. Er nahm zu diesem Zwecke sogar die Königskrone aus der Hand des Papstes an. Aber schon 1336 wurde auch diesem ukrainischen Reststaate durch ein Bündnis zwischen Polen und Ungarn ein Ende bereitet, wobei Halytsch und Cholmland von Polen annektiert wurden. Die alten Stammlande des Kiewer Staates fielen an Litauen, wo die Dynastie Gedimins herrschte. Da in der Zeit die ukrainischen Gebiete kulturell viel höher standen, so blieb fürs erste nicht nur die ukrainische Wesensart völlig unberührt, sondern die Litauer nahmen mit dem orthodoxen Glauben auch manche ukrainische Sitten und Gebräuche, ja zum Teil auch die Sprache an. Das wurde erst anders, als 1386 Litauen und Polen vereinigt wurden. Wenn auch die beiden Staaten nur durch eine Union verbunden waren, so wurde doch von da an das kulturell höherstehende Polen für Litauen maßgebend, und auch in der Ukraine begann in den Oberschichten polnische Art sich auszubreiten. Das rief hier mancherlei Unzufriedenheit hervor, die von der Moskauer Regierung mit dem Hinweis auf den gemeinsamen orthodoxen Glauben geschickt ausgenutzt wurde. Damals wurden von Moskau einige ukrainische Grenzgebiete, wie Tschernyhiw (Tschernigow) und Smolensk annektiert und die Besetzung von Kiew vorbereitet. Als dann durch die Lubliner Union Litauen ganz in Polen aufging (1569), begann für die ukrainischen Gebiete eine schwere Zeit der politischen und nationalen Unterdrückung. Die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts zeigt denn auch den Tiefstand der ukrainischen Entwickelung. Die Aristokratie erlag zuerst der Polonisierung. Das Bürgertum war vielen Drangsalierungen ausgesetzt und wurde wie in ganz Polen zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt und dem Bauer ging das Recht auf Freizügigkeit und auf Erwerb von Grundbesitz verloren. In all den Polen einverleibten ukrainischen Gebieten: Wolhynien, Podolien, Podlaßje

und im Kiewer Land ſiedelten ſich Polen als Großgrundbeſitzer an und trugen das Ihre zur Poloniſierung bei.

Gegen dieſe Auffaugung des ukrainiſchen Volkes lehnen ſich zuerſt die ſogenannten Brüderſchaften auf. Beſonders die 1540 gegründete Lemberger Brüderſchaft, die ſich unter das Patriarchat von Konſtantinopel ſtellte, hat hierbei eine Rolle geſpielt. Viel größere Bedeutung als dieſe Beſtrebungen kultureller und geiſtlicher Kreiſe hatte jedoch die Bildung des Koſakentums. Der polniſche Staat war zu ſchwach, um die im Süden gelegenen Gebiete der Ukraine gegen die Raubzüge der von Oſten immer wieder hervorbrechenden Nomadenſtämme zu ſchützen. Hier ſiedelten ſich flüchtig gewordene ukrainiſche Bauern an, die zuerſt ein echtes Grenzerleben führten. Bald ſchloſſen ſie ſich aber zu beſſerem Widerſtande zu beſonderen Kampforganiſationen zuſammen. Um es gleich vorweg zu nehmen, haben dieſe Koſaken nichts mit den jetzt im ruſſiſchen Heere ſtehenden Banden gleichen Namens zu tun. Wir werden ſehen, daß die ruſſiſche Regierung nach der völligen Einverleibung der Ukrainer bald daran ging, die alte Organiſation der Koſaken zu beſeitigen, weil ſie der Träger des Unabhängigkeitsgedankens in der Ukraine war. Wenn ich mich auch nicht dem Urteil von Engel anſchließen möchte, der ſie mit den deutſchen Ritterorden vergleicht, ſo ſei ſeine Anſicht doch hier wenigſtens erwähnt.

Bald kam zum Kampfe gegen die Türken und Tataren auch das hartnäckige Ringen der Koſaken mit Polen und Moskau zur Wiedererlangung der Selbſtändigkeit. Dieſe Kämpfe dauerten faſt zwei Jahrhunderte und endeten ſchließlich mit dem völligen Siege Moskaus. Es gelang dieſem Staate hierbei, Polen die ganze Ukraine zu entreißen. Damit ſetzte ſich Moskau als Vormacht in Europa feſt. Denn letztere Stellung iſt infolge der geographiſchen Lage (Zugang zum Schwarzen Meere und ſeiner Bodenreichtümer; Schwarzerde und Kohlen- und Erzbecken am Donezfluſſe) untrennbar mit der Ukraine verbunden. Das Zentrum des Koſakentums war die Feſtung an den Dnieperſtromſchnellen, die ſogenannte Saporoger Siſtſch. Dieſe zuerſt rein militäriſche Organiſation warf ſich immer mehr zum Vorkämpfer des geſamten ukrainiſchen Volkes auf. Sie nimmt Fühlung mit den Reſten des ukrainiſchen Adels und mit der griechiſch-orthodoxen Geiſtlichkeit (ein großer Teil der Ukrainer war katholiſch geworden oder gehörte zur ſogenannten unierten Kirche: griechiſch-katho-

lischer Ritus bei Anerkennung des Papstes). Der zuerst nur als Führer im Kriege ausersehene Hetman wurde mit der Zeit zum Leiter der ukrainischen Republik in allen politischen Fragen. Auch kolonisatorisch trat dieses Kosakentum auf, indem sich die aus der polnischen Leibeigenschaft fliehenden ukrainischen Bauern unter Führung von Kosaken in den seit den Tatareneinfällen brach liegenden Gebieten am Donez und Don ansiedelten. Die polnische Regierung wollte jedoch diesen neuen Machtfaktor nicht anerkennen. Es kommt daher zu immer neuen Zusammenstößen zwischen der polnischen Regierung und den von den Hetmanen geführten Kosaken. Der von Polen in den Jahren 1638 bis 1647 gemachte Versuch, durch Repressalien wieder starken Einfluß auf die Kosaken zu gewinnen, rief schließlich den großen Kosakenaufstand unter Bohdan Chmelnyzkyj hervor. Dieser Führer der Kosaken erwies sich zwar als bedeutender Feldherr, jedoch als schlechter Politiker. Die polnischen Heere wurden von ihm mehrfach geschlagen und der Aufstand breitete sich bis weit in die westliche Ukraine hinein. Trotz der Siege hielt sich aber Chmelnyzkyj nicht für stark genug, um den Kampf gegen Polen allein auszufechten. Lange hat er zwischen den beiden möglichen Kombinationen geschwankt. Staatenbündnisse der orthodoxen Völker: Großrussen, Ukrainer, Moldauer und Balkanslawen oder Anschluß an die Türkei. Erstere Kombination hätte naturgemäß die Front gegen Polen und die Türkei gerichtet, letztere gegen Polen und Moskau. Endlich entschied sich Chmelnyzkyj für Moskau, erstens weil dieser Staat den größeren Schutz zu gewähren schien und zweitens weil die kirchlichen Elemente unter den Kosaken für einen Kampf gegen die Türkei waren. Im März 1654 wurde der Vertrag von Perejaslawl abgeschlossen. Die ukrainischen Gelehrten sind sich nicht einig, wie sie diese Angliederung der Ukraine an Moskau zu bezeichnen haben. Lewicky-Wien nennt sie eine Personalunion, Rudnyckyj bezeichnet sie als vollkommene Autonomie mit Beibehaltung der Kosakenverfassung unter Lehnsherrschaft des Zaren. Professor Hruschewskyj-Lemberg läßt die Frage offen, ob es eine Personalunion, ein Vasallenverhältnis oder nur eine weitgehende Landesautonomie gewesen sei. Wie dem aber auch sei, fest steht jedenfalls, daß die freie Wahl des Hetmans als Staatsoberhauptes, das Recht, fremde Gesandte zu empfangen, Unabhängigkeit des Gerichtes, eigenes Kosakenheer unter dem Befehl des Het-

mans und Unabhängigkeit der ukrainischen Kirche, die direkt dem Patriarchen von Konstantinopel und nicht dem von Moskau unterstehen sollte, gewährt wurde. Wie man sieht, sind die Freiheiten sehr groß, wenn auch die Frage der Zivilverwaltung und der Finanzen ungeregelt blieb. Noch zu Lebzeiten Chmelnyzkyjs kam es zu den ersten Reibereien mit Moskau. Denn auch dieses Mal blieb dieser Staat seinem Prinzipe getreu, gegebene Versprechungen nicht zu halten. Chmelnyzkyj selbst begann sich nach neuen Bundesgenossen — Schweden — umzusehen; es kam sogar zur Aufsetzung eines Vertrages. All diesen Plänen setzte jedoch der Tod dieses Hetmans ein Ende.

Seitdem ging Moskau immer zielbewußter vor, sich die ukrainischen Gebiete völlig einzuverleiben. Aus diesem Grunde versuchte schon der nächste Hetmann Wyhowskyj Chmelnyzkyjs Fehler, den Anschluß der Ukraine an Moskau wieder gutzumachen. Er schloß im Jahre 1658 einen Vertrag mit Polen ab, wonach die Ukraine als drittes Glied der polnischen Union beitreten sollte. In diesem Vertrag von Hadjatsch wird, nebenbei bemerkt, die Ukraine als Großfürstentum „Rußj“ bezeichnet, was einen weiteren Beweis dafür erbringt, daß nicht Moskau als Erbe des Kiewerstaates gleichen Namens angesehen wurde, sondern, wie wir früher ausführten, die Ukraine. Doch dieser Plan, der anfänglich in Moskau große Unruhe hervorrief, erwies sich als nicht durchführbar. Sowohl in Polen als in der Ukraine war das Mißtrauen zu groß. Die Polen hielten die der Ukraine gewährten Konzessionen für zu groß und die Ukrainer wiederum befürchteten polnische Übergriffe wie in früheren Zeiten. Der Hetmann wurde gezwungen zurückzutreten und sein Nachfolger nahm die Beziehungen zu Moskau wieder auf. Bald darauf teilten im Jahre 1667 im Vertrage von Andrussow Polen und Moskau die ukrainischen Gebiete unter sich auf. Ersteres erhielt dabei die Länder rechts des Dniepers und letzteres die links dieses Flusses gelegenen, wobei aber Kiew bei Moskau verblieb. Diese Teilung rief eine furchtbare Empörung in der gesamten Ukraine hervor. Es kam zu einem blutigen Aufstande, dessen Führer der Hetmann Doroschenko war (1665—76). Er suchte nach neuen Bundesgenossen, zu welchem Zwecke er sich zuerst an den Kurfürsten von Brandenburg wandte und als diese Kombination fehl schlägt, kommt er auf den Plan Chmelnyzkyjs zurück, Anschluß an die Türkei zu nehmen. Im Feldzug von

1673 wurde in der Tat mit türkiſcher Hilfe die Ukraine links des Dniepers von Polen befreit (Vertrag von Butſchatſch), und für das nächſte Jahr ſollte der Kampf gegen Moskau aufgenommen werden. Dazu kam es aber nicht, weil die türkenfreundliche Politik des Hetmans eine ſtarke Auswanderung der Ukrainer rechts des Dniepers zur Folge hatte. Doroſchenko mußte ſich zum Paktieren mit Moskau verſtehen und hierdurch verlor die Ukraine wieder einige Vorrechte: vor allem die Autonomie der ukrainiſchen Kirche. Seit dieſer Zeit begann die Moskauer Regierung in der Ukraine immer feſteren Fuß zu faſſen. Noch einmal verſuchte ſie es, die immer enger werdenden Feſſeln abzuſchütteln. Als Karl XII. von Schweden, der letzte Politiker, der die moskowitiſche Gefahr für Europa nicht nur richtig eingeſchätzt, ſondern auch die verwundbare Stelle — die Ukraine — richtig erkannt hatte, den Kampf gegen Peter den Großen aufnahm, ſchloß ſich ihm der damalige Hetman Mazeppa an. Das Scheitern dieſes Planes iſt bekannt. Bei Poltawa brach nicht nur Schwedens Großmachtſtellung zuſammen, ſondern auch der Ukraine wurde das Todesurteil geſprochen. Seitdem ging es rapid mit der ukrainiſchen Selbſtändigkeit bergab. Die Saporoger Koſaken waren Mazeppa nach der Türkei gefolgt; als ſie 1734 wieder die Erlaubnis bekamen, zurückzukehren, war ihr Einfluß dahin. In allen wichtigen ukrainiſchen Städten wurden jetzt moskowitiſche Garniſonen eingeſetzt. Das Recht des Hetmans, Geſandte zu empfangen, wurde beſeitigt. Die Kirche wurde unter den Moskauer Patriarchen geſtellt. Unter den Nachfolgern Peters wurde zwar noch einigemal eine Hetmanswahl vorgenommen. Aber es war meiſtenteils eine reine Komödie, denn es mußten von der moskowitiſchen Regierung vorausbeſtimmte Männer gewählt werden. Gelang es einmal einen aufrechten Mann zu wählen, ſo pflegte nur zu bald ſeine Verbannung zu erfolgen. So wurde z. B. der letzte Oberbefehlshaber der Saporoger Sſitſch 25 Jahre lang im Kerker gehalten. Katharina II. vernichtete den letzten Reſt der ukrainiſchen Freiheiten und teilte das Gebiet, wie das übrige Rußland in Gouvernements ein. Noch aber lebte im ukrainiſchen Volke der Wunſch nach Freiheit. 1791 reiſte der ukrainiſche Adlige Kapniſt nach Berlin, wo er mit dem Miniſter Hertzberg längere Verhandlungen führte. Die erbetene Hilfe wurde zwar dem Grafen Kapniſt nicht völlig verſagt, aber bindende Zuſagen ebenfalls nicht gegeben. Friedrich Wilhelm II. ſoll, wie Dr. Rudolf Stübe im „Leipziger

Tageblatt" meldet, als sich Rußland in der polnischen Frage gegen jede Vergrößerung Preußens wandte, dem Sultan Selim III. brieflich die Absicht mitgeteilt haben, den Krieg an Rußland zu erklären. Sollte es mit Rußland zum Kriege kommen, so sei es Sache der Ukraine, das Notwendige zu tun. Der Vertreter der Ukraine habe damals das Ziel eines unabhängigen ukrainischen Staates ins Auge gefaßt.

Die Teilung Polens brachte dann den größten Teil der Ukraine an Rußland. Nur Galizien fiel bei der ersten Teilung infolge alter Ansprüche an Österreich-Ungarn und einige Jahre später auch die Bukowina. Nach anfänglicher Vernachlässigung, die noch bis auf den heutigen Tag in den zu Ungarn gehörigen Teilen schlimme Früchte getragen hat, erlangten die Ukrainer trotz des polnischen Druckes in Ostgalizien eine günstige Entwickelung. Nicht mit Unrecht trägt jetzt das Land den Namen eines ukrainischen Piemont, und von hier aus hat auch die ukrainische Renaissancebewegung ihre stärksten Impulse erhalten.

War auch die Zeit der Aufstände vorüber, so war deswegen die nationale Bewegung in der Ukraine nicht tot. Am Anfang des 19. Jahrhunderts gründete z. B. der Führer des ukrainischen Adels einen geheimen Bund zur Befreiung der Ukraine und auch bei dem Dekabristenaufstand waren ukrainische Patrioten beteiligt. 1846 wurde in Kiew die sogenannte Kyrylo-methodische Bruderschaft gegründet, an der u. a. der größte Dichter der Ukraine Taras Schewtschenko beteiligt war. Ihm trug diese Zugehörigkeit eine zehnjährige Verbannung nach Sibirien ein, von der er als gebrochener Mann zurückkehrte. In den 60er Jahren drang diese Bewegung in die Tiefe und Breite des Volkes. Es wurden überall freie Gemeinden (Hromady) gegründet. Aber nur zu bald mußten die Führer dieser Bewegung, vor allem Drahomanow ins Ausland flüchten, um dort für ihre Ideale weiter wirken zu können. Im Jahre 1905 standen die Ukrainer in der ersten Reihe der russischen Revolution, weil sie erhofften, daß ein freieres Rußland auch ihnen bessere Lebensbedingungen schaffen würde. Als sich diese ukrainischen Kreise hierin getäuscht sahen, erstarkte die revolutionäre Bewegung, die die Unabhängigkeit der Ukrainer auf ihre Fahne geschrieben hatte.

III. Moskaus Russifizierungspolitik in der Ukraine.

Im vorigen Abschnitt habe ich versucht, einen knappen Abriß der äußeren Geschichte der Ukraine zu geben, jetzt seien kurz die Versuche skizziert, welche Moskau unternahm, um das ukrainische Volk zu russifizieren. Als Peter I. die letzte ukrainische Erhebung bei Poltawa blutig niedergeschlagen hatte, begann er sofort mit der Russifizierung „Kleinrußlands". Diesen Namen legte er der Ukraine bei, um sie als einen Bestandteil Rußlands zu bezeichnen, welchen Namen er, wie vorher schon erwähnt, dem Moskowiterstaate beilegte. Schon 1720 erließ er ein Verbot, ukrainische Schriften zu drucken und zu verbreiten; und dieses Verbot hat mit geringen Konzessionen bis zur Revolution im Jahre 1905 bestanden. Ferner wurde systematisch die Unterstellung der orthodoxen ukrainischen Kirche unter den Synod betrieben. Zwischen der orthodoxen Kirche der Ukraine und der Moskaus bestanden weniger dogmatische Unterschiede, als rituelle. Vor allem wurde hier die Geistlichkeit von der Gemeinde gewählt und stand somit den Gemeindegliedern, deren Sprache sie sprach, viel näher als die später von Moskau hingesandte Geistlichkeit, die nur großrussisch verstand. Letztere Elemente benutzten in der Kirche auch nicht das dem ukrainischen angenäherte Kirchenslawonische, sondern eine mit großrussischen Brocken vermischte kirchenslawische Liturgie. Aus demselben Grunde wurde auch die Hochburg der ukrainischen Bildung, die Mohylanische Akademie in Kiew, die enge Beziehungen zu Europa pflegte, in ein russisch-theologisches Seminar umgewandelt. Noch schlimmer hauste die russische Regierung gegen die unierte Kirche. Obgleich bei der zweiten Teilung Polens Katharina II. der katholischen Religion beider Riten (d. h. also auch der unierten Kirche) freie Ausübung ihrer Kulten versprochen hatte, wurden zwei Jahre später die unierten Bistümer in den einverleibten Provinzen abgeschafft und dafür vier russische orthodoxe Bistümer errichtet. 1832 wurde das gesamte unierte Klostergut eingezogen und 1839 die Aufhebung der unierten Kirche verhängt. Die Gemeinden wurden damals gewaltsam zum Übertritt zur orthodoxen Kirche gezwungen. Nicht viel besser ging es dem ukrainischen Schulwesen. Die von den Brüderschaften zahlreich errichteten und geleiteten Volksschulen wurden von Moskau kurzerhand aufgelöst, und noch heutzutage ist es mit dem Volksschulwesen in der Ukraine viel schlimmer

beſtellt, als zur Zeit, wo die Ukrainer ſelbſt dafür ſorgen konnten. Dieſe brutale Entrechtungspolitik, die auch in Moskau ihresgleichen nicht hat, trug natürlich zum Teil Früchte; zumal ſie mit der von jeher von Moskau befolgten Politik Hand in Hand ging, Renegaten ſchnell Karriere machen zu laſſen. Um dem großruſſiſchen Element größeren Einfluß in der Ukraine zu gewähren, wurde in der Oſtukraine ein zahlreicher großruſſiſcher Großgrundbeſitz angeſiedelt. Selbſt einzelne ukrainiſche Schriftſteller ſind dem Ruſſifizierungsprozeß unterlegen. Vor allem iſt Gogol zu nennen und von der letzten Generation Potapenko und Korolenko. Es blieb aber trotzdem noch ein Reſt von Gebildeten der ukrainiſchen Sache treu. Zu welchen Mitteln die ruſſiſche Regierung griff, um jede Eigenart dieſes Volkes zu beſeitigen, beweiſt auch die Tatſache, daß Katharina II., um dieſes Gebiet dem alten Moskowien anzunähern, die Leibeigenſchaft in der Ukraine einführte. Trotzdem blieben die Agrarverhältniſſe doch völlig andere als in Großrußland. Vor allem gibt es bis auf den heutigen Tag in der Weſtukraine nicht das Inſtitut des Gemeindebeſitzes, das in Großrußland erſt Stolypin unternommen hat zu beſeitigen. Der „Landhunger“ der Bauern machte ſich aber in der Ukraine beſonders bemerkbar, weil bei der Aufhebung der Leibeigenſchaft durch Alexander II. die Landanteile der ukrainiſchen Bauern am kleinſten ausfielen.

Eins ſteht jedenfalls feſt: die Gefahr, daß der ukrainiſche Volksſtamm völlig im großruſſiſchen aufgehen werde, iſt jetzt, oder richtiger geſagt, ſchon ſeit einem Menſchenalter vorüber. Während früher nämlich die ukrainiſche Jugend auf den ruſſiſchen Univerſitäten zwar für die ukrainiſche Sache ſchwärmte, ging ſie meiſtenteils im ſpäteren Berufsleben im Großruſſentume auf; nicht einmal im eigenen Hauſe pflegten die vielen in Großrußland lebenden ukrainiſchen Beamten und Vertreter der freien Berufe ihre Mutterſprache zu benutzen. Das iſt jetzt vielfach anders geworden. Überall in Rußland, bis nach Sibirien hinein, findet man ukrainiſche Beamte, Ingenieure, Ärzte und Rechtsanwälte, die nicht nur zu Hauſe ukrainiſch ſprechen, ſondern auch, wenn es irgend angeht, ihre Kinder zur Erziehung nach Lemberg ſchicken. Hier muß mit einigen Worten auf die Ukrainer in Galizien (nach der latiniſierten Form für Ruſſen „Ruthenen“ genannt) eingegangen werden. Urſprünglich iſt die ukrainiſche Renaiſſance nicht, wie man annehmen ſollte, in Galizien entſtanden, ſon-

dern in der ruſſiſchen Ukraine. Die Ruthenen in Galizien befanden ſich nämlich lange Zeit unter einem ſo ſtarken Druck der polniſchen Oberſchicht und im ungariſchen Teile noch bis auf den heutigen Tag unter der Bevormundung der Ungarn, daß jegliches nationale Leben dort ſo gut wie erſtickt war. Flüchtige Ukrainer aus Rußland haben den erſten Anſtoß gegeben, um die ukrainiſche Bewegung in Galizien zu entfachen, und ſeit den 80er Jahren hat dann die öſterreichiſche Regierung einen ruthenenfreundlichen Kurs eingeſchlagen. Oſtgalizien konnte ſich nun mit Recht als „ukrainiſches Piemont“ bezeichnen. Es wurde nicht nur dort ein blühendes ukrainiſches Volks- und Mittelſchulnetz errichtet, ſondern auch durch aufklärende Schriften und Agitation in Rußland für die ukrainiſche Sache gewirkt. Die ruſſiſche Regierung hat gegen dieſe eingeſchmuggelten ukrainiſchen Bücher einen erbitterten, aber vergeblichen Kampf geführt. Damit war auch für Rußland der tote Punkt in der ukrainiſchen Bewegung überwunden, und von Jahr zu Jahr zieht ſie immer weitere Kreiſe.

Für die Außenwelt machte ſich dieſer nationale Aufſchwung zuerſt in den Bauernunruhen, in den Gouvernements Poltawa, Charkow, Tſchernyhiw und Kiew in den Jahren 1901—1906 bemerkbar. Der Grund, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland hier am früheſten und am ſtärkſten auftrat, hatte ſeine Urſache darin, daß hier nicht nur ſoziale Schäden (Landmangel), ſondern auch nationale Momente (Gegenſatz der ukrainiſchen Bauern zum polniſchen und großruſſiſchen Großgrundbeſitz) den Ausſchlag gaben. Auch an der großen ruſſiſchen Revolution waren die ukrainiſchen Elemente in hervorragendem Maße beteiligt. Damals erhofften die ukrainiſchen Maſſen von einer Vernichtung des Zarismus auch eine Löſung der ukrainiſchen Frage innerhalb des ruſſiſchen Staatsweſens. Inzwiſchen haben ſie aber erkannt, daß die großruſſiſchen Revolutionäre Plechanow, Burzew, Axelrode, Fürſt Krapotkin u. a. nicht geringere Chauviniſten ſind wie die reaktionäre Regierung und die ruſſiſchen liberalen Parteien.

Trotz der Bauernrevolten zu Anfang des Jahrhunderts war die ruſſiſche Regierung völlig blind gegen die ſoziale Gefahr, die für ſie heranzog. Das hatte ſeinen Grund darin, daß die Regierung wie hypnotiſiert auf die liberalen Frondeure in Adel und Bürgertum hinſtarrte, die konſtitutionelle Konzeſſionen verlangten. Das war auch der Grund, weswegen das erſte Wahlrecht zur Duma das Schwergewicht auf die Bauernſchaft legte. Man hoffte eben vermittels der

„zarentreuen“ Bauernſchaft die „revolutionären“ Träumereien der Gebildeten im Zaume halten zu können. Die große Enttäuſchung blieb nicht aus — die erſte Duma wies eine radikale Mehrheit auf, in der die bäuerlichen Vertreter am revolutionärſten geſinnt waren. Die Ukraine bereitete der Regierung noch eine beſondere Überraſchung; nicht weniger wie 44 bewußte Ukrainer fanden ſich trotz des indirekten Wahlrechts in der erſten Duma zuſammen. Fürs erſte gründeten ſie zwar keine eigene Partei, wohl aber zur Beſprechung der ukrainiſchen Angelegenheiten einen eigenen Klub. Letzterer trat energiſch für eine Autonomie der Ukraine ein. Die Ukrainer verlangten: Lokale Selbſtverwaltung, die ukrainiſche Sprache in Schule, Gericht und Kirche, Regelung der Landarbeiterfrage u.a.m. In der Agrarfrage traten ſie beſonders ein für Parzellierung des nicht ukrainiſchen Großgrundbeſitzes unter die ukrainiſchen Bauern. Wie feſt die Agrarreform mit der Forderung einer ukrainiſchen Autonomie im Bewußtſein dieſer Dumadeputierten verbunden war, zeigt u. a. die Erklärung eines ukrainiſchen bäuerlichen Abgeordneten in der erſten Duma, der u. a. ſagte: „Wenn wir die Autonomie mit eigenem Landtage haben werden, werden wir auch imſtande ſein, uns betreffs des Bodens, den die Duma den Großgrundbeſitzern abgerungen und dem Volke übergeben haben wird, Rat zu ſchaffen.“

Die ukrainiſche Bewegung nahm jetzt einen ſtarken Aufſchwung, nicht nur weil die Revolution für ganz Rußland eine Beſſerung der Preſſeverhältniſſe hervorgerufen hatte, ſondern auch weil, wie zu Anfang erwähnt, die Akademie der Wiſſenſchaften in Petersburg damals ihr Gutachten dahin abgab, daß die ukrainiſche Sprache kein Dialekt des Großruſſiſchen ſei, ſondern wie das Serbiſche oder Bulgariſche, eine eigene ſlawiſche Sprache. Sofort entſtand eine eigene ukrainiſche Tagespreſſe. Desgleichen wurden die ſtark aufblühenden wirtſchaftlichen Genoſſenſchaften Träger der ukrainiſchen Bewegung, indem ſie Geld für Bildungszwecke hergaben. In die zweite Duma waren noch mehr ukrainiſche Vertreter hineingelangt, die immer energiſcher die Rechte des ukrainiſchen Volkes zu vertreten ſuchten. In der zweiten Duma ging denn auch der Prozeß der Entwickelung des ukrainiſchen Klubs zu einer Fraktion mächtig voran. Kurz vor Auflöſung der zweiten Duma geſchah der entſcheidende Schritt und der Klub bildete ſich zu einer Fraktion um. Wie Prof. Uebersberger

hervorhebt, war die Bildung einer eigenen Fraktion vor allem von den bäuerlichen Vertretern der Ukraine angeregt worden. Den Zusammentritt der ukrainischen Deputierten zu einer eigenen Fraktion gaben sie durch folgende Erklärung ihren Wählern bekannt:

„Das russische Reich nimmt seinen Ursprung im Moskowiterstaat, der durch mehr oder minder brutale Besitzergreifungen politischer Einheiten oder nachbarlicher Gebiete gebildet ist. Das Reich, das durch derartige Methoden ausgedehnt und befestigt worden ist, besteht gegenwärtig aus vielen fremdstämmigen Elementen, die oft nur durch die Heeresmacht zusammengehalten werden und die ihre Unterwerfung unter das herrschende großrussische Volk und unter die Zentralregierung sehr schmerzlich empfinden. Diese Unterwerfung ist um so schwerer erträglich, als jeder Versuch eines dieser fremdstämmigen Elemente, seinen Charakter und seine nationalen Sitten nachdrücklich zu wahren, von der Zentralregierung als eine separatistische Tendenz angesehen wird, welche die Integrität und Einheit des russischen Reiches bedroht. Nach der Verwandlung des russischen Reiches in eine konstitutionelle Monarchie, deren Grundgesetze allen russischen Bürgern, ohne Rücksicht auf Nationalität und Religion, eine freie Entwickelung sicher stellen, sehen wir nicht nur keine Änderung im Verhalten der Regierung gegenüber den fremdstämmigen Völkern, wir sehen sogar in der offiziösen Presse das alte Klischee vom Separatismus wieder auftauchen, eine Idee, die augenscheinlich von einigen, im Schoße der Duma entstandenen politischen Parteien geteilt wird. Dabei halten wir weder die Abtrennung irgendeiner der rechtlosen Nationalitäten, noch die Abtrennung der Ukraine vom russischen Reich für praktisch und erstrebenswert.

Es handelt sich nicht um Gründung von neuzuorganisierenden Staaten nach der alten Formel, daß die bedrückten Völker sich zusammenschließen müssen, sondern um eine Reorganisation des russischen Staates, durch welche jeder Nationalität innerhalb ihres Gebietes die volle Freiheit ihrer autonomen Entwickelung und ihres nationalen Lebens sichergestellt werden müßte. Das erklären wir hier fest und deutlich, da wir eine Bedrohung der Integrität und Einheit des russischen Reiches weder für realisierbar noch für wünschenswert halten, sondern im Gegenteil in dieser Einheit eine unumgängliche Bedingung der Stärke, die Zukunft aller Völker Rußlands sichern zu können, erblicken. Wenn also die Solidität dieser Einheit und Integrität nicht bezweifelt werden kann, so ist es möglich, daß diese Völkerschaften, deren gemeinsame Form Rußland ist, nicht durch die Gewalt der Waffen oder durch eine zentralistische Organisation, sondern durch eine Einsicht aller in die Gemeinsamkeit ihrer Interessen zusammengehalten werden können. Die Anwendung fast aller wirtschaftlichen und militärischen Kräfte des Landes, um die fremdstämmigen Elemente in Gehorsam zu erhalten und die Zentralregierung zu unterstützen, hat zu großen und gefährlichen Beunruhigungen im Innern geführt und gefährdet zugleich die auswärtige Sicherheit des Landes. Der einzige Ausweg aus dieser Situation kann, davon sind wir

überzeugt, nur eine tiefgehende und feste Reorganisation der Administration im Sinne einer nationalen und territorialen Autonomie aller russischen Gebiete sein, deren Einwohner das Recht haben, von ihrem eigenen Schicksal abzuhängen.

In Anbetracht dessen, daß bisher keine der oben erwähnten politischen Parteien der Duma mit einer genügenden Genauigkeit der Frage der Gebietsautonomie für alle Völkerschaften, insbesondere für unsere Heimat, die Ukraine, verfolgt hat; in Anbetracht dessen, daß es nicht durch eine platonische Resolution oder durch bedingte Bestimmungen oder politische Parteiprogramme gelingen kann, unser Ziel zu erreichen, sondern nur durch eine Art ständiger Institution zum Schutze der ukrainischen Sonderinteressen in den gesetzgebenden Körperschaften — haben wir beschlossen, uns in einer eigenen ukrainischen parlamentarischen Gruppe zu vereinigen, und aus denjenigen Parteien, denen wir bisher angehört hatten, auszutreten."

Dieses offene Eintreten der ukrainischen Dumadeputierten für eine weitgehende Autonomie ihres Landes, war einer der Hauptbeweggründe für die Regierung, nicht nur die zweite Duma aufzulösen, sondern auch das demokratische Wahlrecht durch einen Staatsstreich umzuändern. Ministerpräsident Stolypin verschob das Schwergewicht bei den indirekten Wahlen auf den Großgrundbesitz. Hierdurch wurde in der Tat erreicht, daß in der ganzen Ukraine kein einziger ukrainischer Abgeordneter mehr gewählt wurde. Die ukrainische Bewegung war wieder, wie man es in Rußland nennt, „unter die Erde" verbannt worden. Verschwunden ist sie damit natürlich nicht. Diese brutale Vergewaltigung der ukrainischen Wünsche, die sich bisher auf eine Autonomie innerhalb des russischen Reiches beschränkt hatten, gab jetzt der radikalen Strömung Oberwasser. Die Losung: Los von Rußland, die bisher nur von der national-radikalen Gruppe vertreten war, fand immer mehr Anhänger. Nicht wenig hat dazu beigetragen, daß Stolypin immer unverhüllter die während der Revolution gemachten Konzessionen zurücknahm. Der über das ganze Land verbreitete Bildungsverein „Proswita" wurde geschlossen, die ukrainischen Blätter scharf gemaßregelt, und viele der bisherigen ukrainischen Dumadeputierten administrativ nach Sibirien verbannt. Im Jahre 1911 erklärte dieser Staatsmann rundweg: „Rußland hat vom 17. Jahrhundert angefangen gegen die ukrainische Bewegung beständig gekämpft und wird dieselbe auch weiterhin bekämpfen, da sie die Einheitlichkeit und Unteilbarkeit des Staates gefährdet."

All diese Maßregeln riefen natürlich eine scharfe Opposition hervor,

und weitere Anhänger der Autonomie unter ruſſiſcher Oberherrſchaft wurden immer mehr ins Lager der unverſöhnlichen Politiker gedrängt. Dazu kam, daß auch die ruſſiſchen Liberalen, ja ſogar die Arbeitsgruppe immer chauviniſtiſchere Anſichten verlautbarten. Wenn auch die Ukrainer nach dem neuen Wahlgeſetz zu ſchwach waren, eigene Kandidaten durchzubringen, ſo bildeten ſie doch oftmals das Zünglein an der Wage zwiſchen den reaktionären und liberalen Wahlmännern. Letztere begannen daher oftmals um dieſe ukrainiſchen Stimmen zu werben. So gab z. B. der Führer der Kadetten, Prof. Miljukow, im Jahre 1912 zu, daß die Politik der Repreſſalien gegen die ſelbſtändige ukrainiſche Kultur völlig geſcheitert iſt. Er wies auf die Gefahr hin, die für Rußland aus der Nichtbeachtung der Forderungen der ukrainiſchen Intelligenz erwächſt, während im benachbarten Galizien den Ukrainern nationale Zugeſtändniſſe gemacht werden, und er forderte im Intereſſe der Integrität Rußlands nationale Rechte für die ruſſiſchen Ukrainer.

Schon damals traten gegen dieſe Miljukowſche Taktik hervorragende Liberale, wie Struwe und Pogodin, auf, indem ſie die Notwendigkeit der völligen Ruſſifizierung der Ukraine predigten und ſich damit ganz auf den Boden der Regierung ſtellten. Peter Struwe, der ſich immer mehr zum Führer der ruſſiſchen Imperialiſten auswächſt, erklärte z. B. während des Krieges: „Das ukrainiſche Volk iſt eine träge Maſſe, welche nie zu einer Nation werden kann und nie als eine ſolche behandelt werden darf. Die ukrainiſche Sprache darf nicht in der Volksſchule in der Ukraine eingeführt werden, da die Kleinruſſen eine Mundart ſprechen, welche der 'allgemein ruſſiſchen' Sprache (es gibt bekanntlich keine allgemein ruſſiſche, ſondern eine großruſſiſche) immer untergeordnet bleiben muß. Die ukrainiſche Kultur in Galizien konnte ſich nur dank der künſtlichen Trennung von dem großen Rußland entwickeln. Nachdem aber jetzt die Trennung aufhören wird, ſollen auch die galiziſchen Ukrainer als eine 'träge ethnographiſche Maſſe' behandelt werden und ſich ſchleunigſt mit den Ruſſen aſſimilieren."

Im Hinblick auf ſeine Stellung zur ukrainiſchen Sprache leitet Struwe folgende Theorie für die Kadettenpartei ab: „Die Nationaliſierung des ruſſiſchen Liberalismus iſt eine hiſtoriſche Notwendigkeit. Nur der Liberalismus, welcher in ſich das nationale

Element aufnimmt und zum nationalen Liberalismus wird, kann mächtig sein."

Die Kadettenpartei lehnte zwar diese äußersten Konsequenzen in der ukrainischen Frage ab, aber auch sie hat lange schon aufgehört, mit mehr als mit Worten für die ukrainische Sache einzutreten.

IV. Die Ukraine und der Krieg.

Rußlands diesmaliger Kriegsgrund entspringt doppelter Wurzel: Konstantinopel und Galizien. Ersteres hielt Rußland durch die deutsch-türkische Annäherung für bedroht, letzterem schob es alle Schuld dafür zu, daß die ukrainische Bewegung in Rußland immer weitere Kreise zog. Diese beiden Wurzeln der russischen Kriegsbegeisterung hat Graf Witte kurz vor seinem Tode in einem Gespräche mit dem Vorsitzenden des galizisch-russischen Vereines in Petersburg Wergun selbst zugegeben:

„Früher interessierte ich mich nicht für die galizische Frage. Diese bildete als solche einen Teil der slawischen Frage in Österreich-Ungarn. Jetzt ist's etwas anderes. Jetzt bildet das galizische Problem eines unserer wesentlichsten Grenzprobleme und von seiner richtigen Lösung hängt unser zukünftiges Prestige im Slawentum, ja unsere Stellung im ganzen nahen Orient ab. Die Deutschen wußten, was sie taten, als sie uns den Zugang zu den Karpathen verwehrten. Wer mit festem Fuß auf den Karpathen stand, dessen Einfluß offenbarte sich sowohl auf dem Balkan, als auch im ganzen nahen Orient. Die Karpathen und die Meerengen — dies sind gleichwertige Ideen."

Wie alt diese Spekulation auf die Einverleibung Galiziens ist, um damit den revolutionären Herd für die mazeppistische Bewegung zu vernichten, geht schon daraus hervor, daß im Jahre 1840 ein Graf Murawjew in einer Denkschrift „Ansichten über Österreich" die Notwendigkeit der Eroberung Galiziens nachweist. Es ist damals nicht nur bei dieser Denkschrift geblieben, sondern wenige Jahre darauf hat der bekannte panslawistische Agitator Professor Pogodin seine Reise nach Böhmen und Galizien angetreten, wo er für den Anschluß der Ruthenen agitierte. Diese Agitation fiel in Galizien auf nicht ganz unfruchtbaren Boden, weil dort damals die Polen ihre harte Hand auf den Ukrainern liegen hatten. Wie bekannt, sind da-

mals in der Tat einzelne Kreise ungebildeter ukrainischer Bauern aus Polenhaß auf diese Lockrufe hineingefallen. Seitdem hat die russische Wühlarbeit in Galizien nicht aufgehört und sie hat es dort zuwege gebracht, daß eine russophile Partei entstand, die freilich mit Ausbreitung der Kultur in der Ukraine immer mehr an Bedeutung einbüßt. Auch im Teile von Ostungarn, wo Ruthenen wohnen, war der rollende russische Rubel in einzelnen Gebieten nicht unwirksam geblieben. Wie Rußland in dieser Beziehung zu arbeiten pflegt, darauf wirft der kurz vor dem Kriege in Marmaros-Sziget verhandelte Hochverratsprozeß ein grelles Licht. Graf Bobrinski, der während der russischen Okkupation Galiziens den allmächtigen Zivilgouverneur spielte, hatte seit Jahren diese von Ruthenen bewohnten Gebiete bereist, um dort „Altertumsforschungen" vorzunehmen. Der Prozeß ergab dann, daß er sich mit weit prosaischeren Dingen befaßt hatte — mit der Aufwiegelung der dortigen ruthenischen Bauern.

Schon mehrere Jahre vor dem Kriege sprach die russische reaktionäre Presse ganz offen davon, daß Rußland die aus Galizien betriebene ukrainische Agitation nicht lange mehr dulden könne. Sehr bezeichnend für diese Stimmung ist ein im Jahre 1911 erschienener Artikel des nationalistischen Abgeordneten Sawenko, der in den „Mosk. Wjed." die Ziele der inneren und auswärtigen russischen Politik folgendermaßen aufzeigte:

„Man glaubt, daß die deutsch-französische Feindschaft, zu der sich (später) der deutsch-englische Antagonismus gesellte, die Gründe zur jetzigen europäischen Spannung und zum Anwachsen des Militarismus, der die europäische Kultur zu ersticken droht, abgaben. Zu diesen Gründen kommt aber jetzt noch ein Umstand, der den Frieden Europas sehr bedroht. Und das ist die galizische Frage. Diese brennende Frage berührt unsere großen, nationalen und staatlichen Interessen. Kramarsch hatte recht, als er sagte, daß es Galiziens halber zu einem Kampfe zwischen Österreich und Rußland kommen könne. Die galizische Frage harrt tatsächlich einer Entscheidung. Es handelt sich nicht darum, daß das moskowitische Ideal, nämlich die Vereinigung der russischen Länder, noch nicht verwirklicht worden ist. Die Hauptgefahr liegt darin, daß die Feinde Rußlands in Ostgalizien ein mazeppinisches[1]) Piemont geschaffen haben. Daß in Westgalizien ein polnisches Piemont geschaffen wurde, ist kaum erwähnenswert, da die polnische Frage im Vergleich mit den mazeppinischen Fragen für uns von ganz unter-

1) Von der russischen Presse wird die ukrainische Irredenta Mazeppismus genannt.

geordneter Bedeutung ist. Der Verlust des Weichselgebietes würde für uns keine Schwächung, sondern sogar eine Stärkung bedeuten. Die Losreißung ganz Kleinrußlands dagegen, womit uns das von den Feinden Rußlands unterstützte Mazeppinertum bedroht, würde Rußland als Großmacht einen tötlichen Stoß versetzen. Daher haben die Feinde Rußlands aus dem Mazeppinertum ein Zerstörungswerkzeug zur Vernichtung der Integrität des russischen Reiches gemacht.

Daraus folgt, daß der Grundsatz sowohl unserer inneren als auch unserer auswärtigen Politik der hartnäckige, systematische und entschiedene Kampf gegen das Mazeppinertum sein muß. Wenn es sich da um die Integrität Rußlands handelt, darf man sich durch nichts zurückhalten lassen. Wir müssen trachten, den gefährlichen mazeppinischen Brand an seinem Entstehungsherd (d. h. in Galizien) zu ersticken. Das soll die Grundlage unserer ganzen auswärtigen Politik bilden.

Die Ereignisse haben die Frage der Verteilung der türkischen Erbschaft an die Tagesordnung gebracht. Österreich richtet wohl auch seine begehrlichen Blicke auf diese Erbschaft, ist sich aber der Unmöglichkeit einer Teilung der Türkei ohne Mitwirkung Rußlands bewußt. Wir müssen auch auf unserem Recht bestehen. Diesen Standpunkt müssen wir auch unerschütterlich und fest behaupten. Ist aber eine Verständigung mit Österreich in bezug auf die türkische Frage überhaupt möglich? Ja, sie ist möglich. Es ist für uns sogar wünschenswert, wenn Bulgarien Mazedonien an sich reißt, wir können Österreich auch bewilligen, daß es seine Hand auf zwei weitere türkische Provinzen legt. Aber nur gegen eine entsprechende Kompensation. Und das kann nur Ostgalizien sein, dieses urrussische Gebiet, das Erbe Wladimirs des Heiligen.

Die Habsburger Monarchie soll uns das Land überlassen. Dann werden wir die 'Vereinigung' der russischen Länder vollenden, werden unsere natürliche ethnographische Grenze erreichen, und den mazeppinischen Brandherd vernichten."

Und im Jahre 1914 schrieb das „Now. Wr." zur Nachricht, daß in Österreich der Plan einer ukrainischen Universität erwogen werde, kurz und bündig: „Die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg wäre der casus belli."

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der russische Minister des Äußern Ssasonow offen zu Beginn des Krieges zugab, daß eine der Aufgaben des Krieges für Rußland die Vernichtung des ukrainischen Volkes in Galizien bilde. Bei dieser Gelegenheit prägte er auch den klassischen Satz, daß die ganze ukrainische Frage eine Erfindung deutschen Geldes sei. Und der Führer der Opposition, Prof. Miljukow, der mit der Zeit immer mehr zum Führer der expansionslüsternen Liberalen geworden ist,

ſtimmte Sſaſonow mit den Worten zu: „Die Duma hat ſoeben die Rede des Miniſters des Äußern mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.“ Hiermit hatte er alſo auch den Vernichtungsplan gegen die letzte Zufluchtsſtätte der Ukrainer gutgeheißen. Alle ſchönen Worte und Reden, die Miljukow bisher den Ukrainern gewidmet hatte, erwieſen ſich damit als nichts anderes, als eitel Wahlmache, um im Süden Rußlands gegen die Reaktion die Stimmen der Ukrainer zu erhalten.

Naturgemäß ſind die Nachrichten aus der Ukraine während des Krieges nur ſehr lückenhaft. Wenn in Deutſchland an einen Aufſtand der Ukrainer gedacht worden, ſo beweiſt das nur dieſelbe Unkenntnis, wie die Erwartung einer allgemeinen Revolution in Rußland. Wer aber ſollte in der Ukraine einen Aufſtand machen, da doch gleich zu Anfang des Krieges die geſamte männliche Bevölkerung bis zum 45. Jahre zu den Fahnen gerufen war! Vor allem wäre es aber völlig verkehrt, anzunehmen, daß dort bereits in den breiten Maſſen des Volkes der zielbewußte Wille „Los von Rußland“ lebt. Die Unzufriedenheit mit dem großruſſiſchen Regiment iſt, wie die ſtarke Beteiligung der Ukrainer an allen Revolutionen beweiſt, zwar nicht gering; von da aber bis zur klaren Erkenntnis, daß das einzige Heil des ukrainiſchen Volkes in einer Trennung von Rußland liegt, iſt noch ein weiter Weg.

Aber trotz des ſchweren Druckes, der während des Krieges noch zugenommen hat, ſind doch mancherlei Anzeichen bekannt geworden, die beweiſen, daß die ukrainiſche Idee auch jetzt Fortſchritte gemacht hat. In vielen Kreislandſchafts-Verſammlungen (Semſtwo) in der Ukraine wurde während des Krieges die Forderung angenommen, daß die Unterrichtsſprache in der Volksſchule das Ukrainiſche ſein müſſe, weil die Kinder das Großruſſiſche überhaupt nicht verſtänden. Dieſe Beſchlüſſe beweiſen, daß das nationale Bewußtſein durch den Krieg aufgerüttelt iſt, denn bisher war von ſolchen Anträgen nichts zu hören geweſen. Welch troſtloſe Folgen das Ruſſifizierungsſyſtem in der Ukraine gezeigt hat, geht aus einer Statiſtik hervor, die Prof. Hruſchewskyj aufgeſtellt hat.

Auf dem Territorium der heutigen Bezirke Tſchernihiw, Sſumy u. a. m. gab es im Jahre 1768 134 Schulen, wobei eine Schule auf 746 Perſonen kam; im Jahre 1878 dagegen beſtanden auf demſelben Territorium nur 52 Schulen, d. h. eine Schule auf 6730 Perſonen.

Aber auch zu Demonstrationen für die ukrainische nationale Sache ist es während des Krieges gekommen. Besonders den Geburtstag des Nationaldichters Taras Schewtschenko nahm die ukrainische Studentenschaft in Kiew zum Anlaß, um durch Proklamationen und einen eintägigen Streik für ihre Sache zu demonstrieren.

Dieses Ereignis gab der ganzen reaktionären Presse, darunter dem „Nowoje Wrjemja", Veranlassung, noch einmal gegen die Ukrainer aufzutreten. In der Nummer vom 18. März 1915 veröffentlicht Menschikow einen Hetzartikel gegen die „niederträchtige politische Sekte der Mazeppiner", die einen dazu zwingt, sogar in dieser ernsten Zeit des Weltkrieges über sie zu reden:

„In den letzten Jahrzehnten entstand eine sehr schlimme, bösartige Abart der 'Inorodzen' (Nichtrussen), das sind jene, die als Russen zur Welt kamen, sich aber von ihrer Geschichte und Nationalität lossagten und nun in niederträchtigster Weise unser mächtiges Staatsgebäude unterwühlen."

Nachdem er „den offensichtlich revolutionären und in gegenwärtigen Verhältnissen doppelt ins Gewicht fallenden Hochverrat" dieser Gruppe unterstrichen, sagt Menschikow:

„Die Aufforderung des Bundes zur Befreiung der Ukraine in Wien zum Aufstand gegen den Staat ist ein so großes Verbrechen, daß gegen dasselbe die ganze Strenge, die das Gesetz zuläßt, angewendet werden muß. Mag es eine große oder kleine Gruppe von Verschwörern der Mazeppiner, eine große oder kleine Gruppe von Verbrechern sein, sie alle müssen festgenommen werden und ein für allemal aus der russischen Gesellschaft ausgestoßen werden. Dies ist die Sache der Staatspolizei, der es obliegt, über die innere Sicherheit zu wachen ... Nur eine völlige Entartung des Gewissens und der Vernunft kann die übermenschliche Häßlichkeit des Verleitens zum Verrat an Rußland und zu einem Bündnis mit Österreich erklären, dazu in einer Zeit, wo Rußland blutig tragische Anstrengungen unternimmt, um sein Territorium und seine Unabhängigkeit zu wahren."

Welch eine Bedeutung nicht nur die Regierung, sondern auch die Öffentlichkeit in Rußland der ukrainischen Frage beilegt, geht aus den leidenschaftlichen Debatten hervor, die über die Mazeppiner und den Bund zur Befreiung der Ukraine (1913 in Lemberg von russischen Ukrainern gegründet) von der russischen Presse geführt wird. So schreibt z. B. der Nationalist Sawenko, der gegen die Ansicht Miljukows polemisiert, man müsse die kulturellen Forderungen der Ukrainer erfüllen:

„Die ukrainische Bewegung ist rein politisch. Die 'Ukrainer' haben sich vom russischen Namen losgesagt. Sie behaupten, daß sie gar keine Russen sind und mit dem russischen Volk nichts gemein haben. Sie scharten sich um das Banner Mazeppas, und seinen Geboten folgend, strebten sie die Losreißung Kleinrußlands von Großrußland an.

Selbstverständlich wird man uns nach einer gewissen Zeit zu überzeugen trachten, daß dies nur ein nichtiger Haufen von Verrätern sei, für deren Verrat man die ganze 'ukrainische' Bewegung nicht verantwortlich machen kann. Aber diesen Versicherungen zuzuhören und um so mehr ihnen Glauben zu schenken — würde schon nicht bloß naiv, sondern sogar ein Verbrechen sein. Es ist nötig, endlich zu begreifen, daß es nur eine 'ukrainische' Bewegung gibt, die eine kulturelle und politische Trennung Kleinrußlands von Rußland anstrebt, und daß alle 'Ukrainer' Abtrünnige und überhaupt Verräter sind."

Und der führende Journalist des „Nowoje Wrjemja" Menschikow sieht in seiner Wut in den Mazeppinern die Nachkommen der russifizierten Polowzer und Petschenegen und fordert die russische Regierung auf, sie soll schonungslos das Ukrainertum vernichten:

„Wir erinnern hier lediglich an die 'Ukrainische revolutionäre Partei' (R. U. P.), die in den Jahren 1900—1905 mit Hilfe ihrer Organisation in allen größeren Ortschaften der russischen Ukraine eine energische Agitation unter dem ukrainischen Volke eingeleitet, eine riesige illegale politische Literatur verbreitet und unter ihren Erfolgen solche Ereignisse zu verzeichnen hatte, wie die Bauernunruhen im Gouvernement Poltawa im Jahre 1902, ganze Reihen von Streiks und Teilnahme an der großen Revolution. Als erste Publikation dieser Partei erschien im Jahre 1900 ein Buch unter dem Titel 'Die unabhängige Ukraine' (Ssamostijna Ukraina), in dem die historischen Rechte der ukrainischen Nation auf ein selbständiges Dasein hervorgehoben wurden und das sich einer außerordentlichen Popularität in der russischen Ukraine erfreute. In dieser eminent separatistischen, also antirussischen Richtung wurde auch die weitere Arbeit dieser Partei geführt. Wir erwähnen ferner, daß auch alle anderen ukrainischen politischen Parteien entweder direkt das Postulat der unabhängigen Ukraine aufgestellt haben (z. B. ukrainische Volkspartei 1902, ukrainische sozial-revolutionäre Partei) oder das Postulat einer Autonomie der Ukraine, diese jedoch nur für eine Etappe zur Verwirklichung ihres Ideals hielten. Daß die separatistischen Bestrebungen der Ukraine in Rußland in die Volksmassen durchdrangen, beweisen aus der letzten Zeit vor dem Kriege die großen antirussischen, eigentlich direkt austrophilen Demonstrationen in Kiew und Charkow wegen des Verbotes der Schewtschenkofeier im März vorigen Jahres. Dasselbe beweist schließlich die Tätigkeit des 'Bundes zur Befreiung der Ukraine', der, obwohl durch lauter Emigranten aus der russischen Ukraine ins Leben gerufen, als seine Devise die unabhängige Ukraine auf den Trümmern des jetzigen Zarenreiches aufgestellt hat."

Nun könnte man einwenden, daß diese extremen Nationalisten und Chauvinisten übertreiben und daß die ukrainische Gefahr, die sie an die Wand malen, nicht so groß sei. Dagegen spricht, daß selbst Prof. Miljukow, der vor dem Kriege einesteils der Wahlhilfe wegen, andernteils aus Opposition gegen die Nationalisten es liebte, für die Ukrainer einzutreten, schon am 21. Mai 1915 in der „Rjetsch" davor warnte, die Arbeit des Bundes zur Befreiung der Ukraine auf die leichte Schulter zu nehmen. Vor allem empfahl Prof. Miljukow, die Mitglieder des Bundes und ihre Arbeit ernster zu nehmen, als dies die russischen Hurrapatrioten tun, und sie nicht als irgendwelche Abenteurer anzusehen, die sich bereit erklärten, in Österreich die „angenehme, ungefährliche und lustige Rolle der k. k. Revolutionäre" zu spielen:

„Es handelt sich ihnen keineswegs darum, fürs österreichische Geld ein angenehmes Privatleben zu führen. Nein, ihre Pläne gehen bedeutend weiter, und daher ist auch ihre Schuld (Rußland gegenüber) viel komplizierter." „Die russische Gesellschaft hat im gegenwärtigen Moment das volle Recht, ihre Freunde und Feinde zu kennen und braucht nicht die Zahl ihrer Feinde unnötig zu mehren — sie braucht es besonders nicht bewußt und absichtlich zu tun — anderseits aber darf sie die offen zum Vorschein kommende Feindseligkeit und offen geäußerte Drohungen nicht ignorieren."

Und kürzlich hat Prof. Miljukow während eines Aufenthalts in der Schweiz der in Lausanne erscheinenden Zeitschrift „Ucraine" folgende Ausführungen gemacht, die aufs schlagendste beweisen, wie hoch er die ukrainische Gefahr für die Zukunft Rußlands einschätzt:

a) Bei Beginn des Krieges, als die Stellungnahme der Ukrainer dem Kriege und den kriegführenden Mächtegruppen gegenüber noch nicht klar war, hat die konstitutionell-demokratische Partei ein Projekt einer breiten, kulturellen und administrativen Autonomie der Länder ausgearbeitet, die von den Ukrainern bewohnt sind.

b) Sogar damals, als die Hauptströmungen unter den Ukrainern bestimmte Formen annahmen, sogar nachdem die offiziellen ukrainischen Delegierten aus Galizien Konstantinopel und Sofia besuchten und dort mehrere Erklärungen in dem Sinne abgegeben haben, daß die ukrainische Nation von Rußland nichts erwartet und nichts verlangt, sondern vielmehr den Sieg der Zentralmächte wünscht, — sogar in diesem Moment habe ich in der Rjetsch einige Artikel über die ukrainische Frage veröffentlicht, in welchen ich den Standpunkt der Kadetten verteidigt und wichtige Konzessionen zugunsten der Ukraine verlangt habe.

Inzwischen hat sich die ukrainische Öffentlichkeit nicht nur in Galizien, sondern auch in Rußland während des Verlaufes des Krieges als mehr und

mehr unversöhnlich gezeigt. Das hat nicht nur für die Propaganda der Partei, sondern für meine persönliche fast unüberwindliche Schwierigkeiten geschaffen. Nichtsdestoweniger, nachdem sich der progressive Block in der Duma gebildet hat, und nachdem er sich mit der Nationalitätenfrage überhaupt und mit der ukrainischen Frage insbesondere zu beschäftigen begann, hat sich dieser Block im großen und ganzen auf den Standpunkt der Kadettenpartei gestellt und auch beschlossen, einige Zugeständnisse zugunsten der Ukraine zu verlangen.

c) Aber das Verhalten der Ukrainer sowohl in ihrer Politik wie auch in der Presse hat mit der Entwickelung der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz wie auch im Innern des Reiches die Politik der reaktionären Parteien ihnen gegenüber nur verstärkt, statt den der ukrainischen Frage günstig gesinnten russischen Parteien Argumente zu liefern.

Und die rechten Parteien waren immer gegen jedes Zugeständnis an die Ukraine. Sie haben auch die Regierung terrorisiert, indem sie ihr eine ukrainische Verschwörung vorspiegelten und auf die ukrainischen Sympathien für die Zentralmächte hinwiesen, ebenso wie auf ihre Vorbereitungen zu einem Aufstande.

d) Diese politischen Parteien Rußlands (der Bund des russischen Volkes, die rechten Nationalisten usw.) stützten sich auf die Äußerungen der ukrainischen, und zwar nicht nur galizischen, sondern auch der russisch-ukrainischen Presse. Die fortschrittliche Partei mußte sich jedoch entweder auf die Erklärungen allgemeinen Charakters beschränken, oder auf die Versicherungen, daß es unter den Ukrainern auch Gruppen gebe, welche ihren Glauben an Rußland noch nicht verloren haben und daß diese Gruppen mit Rußland zu gehen geneigt sind. — Ungeachtet alles dessen hat der fortschrittliche Block nie auf seine Hauptprinzipien verzichtet, welche ihm als Grundlage bei der Lösung der ukrainischen Frage gedient haben.

e) Aber bei allen diesen Argumenten, deren sich die raktionären Parteien bedienten, sahen sich der fortschrittliche Block sowohl als die Kadettenpartei genötigt, von jeder öffentlichen Erklärung über die ukrainische Frage in der Duma Abstand zu nehmen. Eine solche Erklärung wurde nicht nur als unnütz, sondern für die Ukrainer eventuell auch als schädlich angesehen.

Der Sinn dieser langen Ausführungen ist, daß die unversöhnliche Richtung unter den ukrainischen Politikern während des Krieges so stark zugenommen habe, daß sich der fortschrittliche Dumablock nicht mehr in der Lage sieht, für die Ukrainer einzutreten, weil er sonst in Gefahr geriete, in den Verdacht zu kommen, Landesverräter zu unterstützen.

V. Kann die Ukraine einen eigenen Staat bilden?

Um dieſe Frage beantworten zu können, iſt es nötig, ſich kurz folgende Tatſachen ins Gedächtnis zu rufen:

1. Die Ukrainer in Rußland beſiedeln geſchloſſen das Gebiet des untern Dnieperſtromes. Im Norden bildet etwa der 52. Breitengrad, im Weſten der 23. Längen- und im Oſten der 42. Längengrad die Grenze, wobei der Kern dieſes Gebietes eine Dichtigkeit von 69—93% der ukrainiſchen Bevölkerung und die Grenzgebiete eine ſolche von 42—60% aufweiſen.

2. Auf die Tatſache, daß nach Anſicht der Petersburger Akademie der Wiſſenſchaften die ukrainiſche Sprache keinen Dialekt des Großruſſiſchen darſtellt, ſondern eine eigene ſlawiſche Sprache gleich dem Bulgariſchen oder Serbiſchen, iſt bereits mehrfach hingewieſen worden. Wie ſchwer es dem ukrainiſchen Bauernkinde fällt, in der Volksſchule das Großruſſiſche zu erlernen, geht auch aus der Tatſache hervor, daß laut Volkszählung vom Jahre 1897 in den großruſſiſchen Gebieten die Durchſchnittszahl der Leſe- und Schreibkundigen 23,3% beträgt, während ſie für die Ukrainer auf 16,4% herabſinkt. Daher kommt es auch, daß faſt alle großruſſiſchen Rekruten ſchreiben und leſen können, während es von den Ukrainern nur 55% verſtehen.

3. Die kirchlichen Verhältniſſe liegen in der Ukraine ſehr verwickelt. Urſprünglich herrſchte dort, wie ſchon mehrfach erwähnt, die griechiſch-orthodoxe Kirche, deren Oberhaupt — der Metropolit von Kiew — dem Patriarchen von Konſtantinopel unterſtellt war. Nicht nur im Ritus hatten ſich mancherlei Verſchiedenheiten mit der moskowitiſchen Kirche herausgebildet, ſondern auch die Liturgie wurde nicht im Kirchenſlawiſchen Moskaus vorgetragen. Vor allem war aber die Kirchenverwaltung im Gegenſatz zu Moskau völlig demokratiſch angelegt. Als letzter Reſt dieſer Verhältniſſe hatte ſich noch bis zum Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Wahl der Geiſtlichen durch die Gemeinde erhalten.

In den Teilen, die lange Zeit zu Polen (die ſogenannte rechtsſeitige oder Weſtukraine) gehört haben, iſt die katholiſche Kirche ſtark verbreitet. Drittens gibt es noch die uniierte Kirche. Im Jahre 1434 kam es auf dem Florentiner Konzil zur kirchlichen Union der zu Polen gehörigen griechiſch-katholiſchen Gebiete (Beibehaltung des

griechiſchen Ritus bei Anerkennung des Papſtes), die in der Weſtukraine große Fortſchritte machte. Als 1793 und 1795 dieſes Gebiet mit Ausnahme von Galizien an Rußland fiel, begann ſofort die ſyſtematiſche Unterdrückung der uniierten Kirche einzuſetzen. Bereits 1839 wurde die Union durch einen Ukas des Zaren Nikolai I. einfach für abgeſchafft erklärt. Deshalb war auch das erſte, daß bei der Okkupation Galiziens durch die ruſſiſchen Truppen während dieſes Krieges der Synod (die oberſte Verwaltung der ruſſiſchen Kirche) eine Schar orthodoxer Geiſtlichen nach Galizien ſandte, die dort mit Gewalt das Werk der Vernichtung der uniierten Kirche vollenden ſollten. Dieſe fanatiſchen Geiſtlichen haben dort derartig gehauſt, daß ſelbſt von liberaler Seite in der Duma und in der Preſſe dagegen Proteſt eingelegt wurde.

4. Die Agrarverhältniſſe der Ukrainer ſind, und das iſt bei dem vorwiegend agrariſchen Charakter des Landes (84% der Bevölkerung treiben Ackerbau) von größter Bedeutung, ſtark verſchieden von denen in Großrußland. Zuerſt in Deutſchland darauf hingewieſen zu haben, iſt das Verdienſt des Freiherrn von Haxthauſen, der in den 40er Jahren nach einer Reiſe durch Rußland darüber ein noch immer höchſt intereſſantes Buch geſchrieben hat.

Bis auf den heutigen Tag iſt in der Weſtukraine das Inſtitut des Gemeindebeſitzes völlig unbekannt. Prof. Weber charakteriſiert die dortige Beſitzform als Erbhufenſyſtem. Er macht auch darauf aufmerkſam, daß es in der erſten Duma wegen der Agrarfrage in der Kadettenpartei zwiſchen den Großruſſen und Ukrainern zu heftigen Auseinanderſetzungen gekommen ſei. So proteſtierte z. B. auf einem der erſten Parteitage (Januar 1906) der Führer der Weſtukrainer, Prof. Lutſchizkyj, gegen den Plan, den geſamten vom Großgrundbeſitz zu enteignenden Grund und Boden zu nationaliſieren, weil die Bauern des Südens und Südweſtens unter ſolchen Umſtänden ſofort der Partei den Rücken kehren würden.

Auch der großruſſiſche Schriftſteller Nowikow konſtatiert, daß der ukrainiſche Bauer bis auf den heutigen Tag mit dem großruſſiſchen nicht in einem Dorfe zuſammen zu wohnen pflegt, ſondern ſich auch völlig abgeſondert von ihm hält. Deswegen ſind auch bis auf den heutigen Tag Ehen zwiſchen den Großruſſen (Moscal = Moskauer) und Ukrainern (Chochol) ſo gut wie ausgeſchloſſen.

5. Die Ukraine iſt aber nicht nur Rußlands Korn- und Fleiſch-

kammer (33% der Getreideproduktion und 39% der Viehproduktion), sondern auch das Industriegebiet. Stammt doch 75% der Kohle aus dem Donezgebiet und mit Erz liegt das Verhältnis ähnlich (70%).

Faßt man das Gesagte zusammen, so wird es klar, daß in der Ukraine alle die Vorbedingungen zu einem eigenen Staatswesen vorhanden sind. Geschlossenes Siedelungsgebiet, eigene Sprache, gesonderte Kirchenverhältnisse, besondere Agrarverhältnisse, vor allem aber gesunde wirtschaftliche Grundlagen. Wenn trotzdem dieses Gebiet kulturell und wirtschaftlich stark darniederliegt, so ist das dadurch begründet, daß die russische Regierung nicht nur nichts für die kulturelle Hebung der Ukraine tut, sondern es zudem noch systematisch aussaugt. Ein ukrainischer Nationalökonom, Nikolaus Stasjuk, hat versucht, die passive Bilanz der Ukraine aufzustellen. Nach seinen Berechnungen stellt sich das jährliche Abströmen der Kapitalien aus der Ukraine folgendermaßen dar: Steuerüberschuß 208 Millionen Rubel, Zinsen an Hypothekarbanken 54 Millionen Rubel, die im Ausland angebrachten Einkünfte der Grundbesitzer 25 Millionen Rubel, Dividenden der ausländischen Kapitalisten 25 Millionen Rubel, zusammen 312 Millionen Rubel. Dabei blieben allerdings die Zahlungen für die Industrieerzeugnisse, die aus Zentralrußland bezogen werden, unberücksichtigt. Die Schätzung des Kapitalienabganges auf 130 Millionen Rubel jährlich dürfte daher eher zu niedrig gegriffen sein.

Nach einer anderen Berechnung hat die russische Regierung in den Jahren 1898 bis 1906 3,5 Milliarden Rubel Einnahmen aus der Ukraine herausgeholt, während nur 1,8 Milliarden Rubel während dieser Zeit für die Bedürfnisse der Ukraine verausgabt wurden.

Aus der Tatsache aber, daß alle Voraussetzungen für einen eigenen Staat vorhanden sind, darf man jedoch nicht schließen, daß dieser Gedanke schon Gemeingut der ukrainischen bäuerlichen Masse ist. Ein Bauernvolk und zumal ein solches, das von der Regierung absichtlich in Unwissenheit gehalten wird, kann solche Pläne nicht fassen. Da muß es genügen, zu wissen, daß eine einmal abgetrennte Ukraine, sobald ihr freie Entwickelungsmöglichkeiten in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung geboten werden, niemals Sehnsucht empfinden wird, wieder unter die moskowitische Faust zu kommen. Die Bulgaren haben bewiesen, daß eine Generation genügt, um nicht nur einen Staat, sondern ein Staatsbewußtsein zu bilden. In der Ukraine

liegen die Dinge dazu noch günstiger, weil in Ostgalizien bereits ein reiches politisches Leben herrscht, das natürlich den Kern für einen ukrainischen Staat abgeben müßte. Das würde um so leichter gehen, als selbst im ukrainischen Bauern in Rußland noch Reste vom früheren Staatsideal schlummern. Nicht umsonst verfolgt die russische Regierung die dortigen Volkssänger (Kobsaren) so unerbittlich. Erzählen doch letztere nicht nur von den Herrlichkeiten des alten Kiewer Staates, sondern sie singen auch gerne Lieder von der „Hundetochter“ (Kaiserin Katharina II.), die die Saporoger Sitsch, den Sitz der Kosakenrepublik, durch Verrat vernichtet hat.

Wir kommen jetzt zur wichtigsten Frage. Hat Deutschland ein Interesse an der Abtrennung der Ukraine von Rußland und an der Bildung eines eigenen ukrainischen Staatswesens? Auch hier sei zuerst eine historische Bemerkung vorausgeschickt.

Während des Krimkrieges hatte sich in Preußen eine politische Gruppe gebildet, an deren Spitze Moritz August von Bethmann-Hollweg stand, die Preußens Politik antirussisch orientiert wissen wollte. Zu ihr gehörten vor allem der preußische Gesandte in London, Bunsen, Graf Albert Pourtalès, Legationsrat von Goltz u. a. m. Ihre theoretischen Grundlagen hatte der schon genannte Rußlandkenner von Haxthausen geliefert.

In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ nennt Bismarck diese Gruppe „gescheite Köpfe“, wenn er auch ihre Politik damals bekämpfte. Ihre Ansichten gipfelten in einer Denkschrift, die von Bunsen verfaßt war. In ihr weist er in geradezu prophetischer Weise hin, daß einmal die orientalische Frage das deutsch-russische Verhältnis beherrschen werde. Als einziges Mittel, Rußlands orientalische Pläne zum Scheitern zu bringen, sieht Bunsen schon damals, die Lostrennung der am Schwarzen Meer gelegenen Teile Rußlands, also der Ukraine, an. Damals war bekanntlich Bismarck gegen ein Aufrollen des deutsch-russischen Gegensatzes, weil er diesen Staat als Rückendeckung brauchte, um die deutsch-österreichische Frage regeln zu können. Später jedoch hat er sich ähnlichen Gedankengängen weniger verschlossen gezeigt. Daß er das österreichische Bündnis schuf, zeigt doch, daß er je länger, je mehr, russische Übergriffe fürchtete. Das zeigt auch die oftmals zitierte Stelle aus seinem Brief an König Ludwig, daß „der Friede durch Rußland, und zwar nur durch Rußland bedroht sei.“ Und in seiner großen Rede

am 8. Februar 1888 gab er dieſer ſeiner Befürchtung offenen Ausdruck. In dieſe Zeit (1887) fallen auch einige Artikel des Philoſophen von Hartmann in der Zeitſchrift „Gegenwart“, die das Bunſenſche Projekt eines ukrainiſchen Staates wieder aufnehmen. Von einigen Seiten werden dieſe Artikel auf Bismarcks Initiative zurückgeführt. Sie gipfelten in dem Gedanken, daß es für Deutſchland vorteilhaft wäre, den ewigen ruſſiſchen Druck nach Weſten und Süden durch Bildung eines ukrainiſchen Staates zu beſeitigen. Dem großruſſiſchen Staate ſollte die Wolga, dem ukrainiſchen der Dnieper das Rückgrat abgeben.

Wie man ſieht, iſt dieſer Gedanke durch den Weltkrieg wieder auf die Tagesordnung geſetzt worden. Alle anderen Löſungen (Abtrennung von Finnland, den Oſtſeeprovinzen, Litauen, Polen) verſuchen nur, Rußlands Expanſionsdrang nach Weſten einzudämmen, nicht aber einen Riegel den ruſſiſchen Hauptzielen: Galizien und Konſtantinopel, vorzuſchieben. Man wird daher folgenden Ausführungen des ukrainiſchen Reichsratsabgeordneten Dr. L. Cehelskyj, ſo ſehr ſonſt viele ſeiner Anſichten beſtreitbar ſind, nur beiſtimmen können:

„Die ruſſiſche Expanſionspolitik bewegt ſich in Europa in zwei Richtungen: In der Linie Kiew—Lemberg—Budapeſt—Trieſt und in der Linie Kiew—Sebaſtopol—Konſtantinopel—Dardanellen. Die erſte Linie führt zur Adria, und berührt unterwegs Galizien—Slowakei und die adriatiſchen Südſlawenländer, die zweite hat den Ausgang ins Mittelmeer und noch mehr die Beherrſchung Vorderaſiens bis zum perſiſchen Meerbuſen im Auge. Und für beide Linien iſt nur Kiew der Ausgangspunkt und nur die Ukraine iſt die Ausgangsbaſis für beide. Die Abtrennung Finnlands, Kurlands, Litauens und Polens, ja ſogar eines Teils der Nordweſtukraine beiderſeits des Bug kann an dieſem Expanſionsdrang Rußlands nach Süden gar nichts ändern und gar nichts gefährden, da die Baſis dieſes Expanſionsdranges unverſehrt in den Händen Rußlands bleibt, ein ruſſiſcher Vorſtoß gegen Oſtgalizien ebenſo wie im Auguſt 1914 von Kiew aus ausführbar iſt und über den Balkanſtaaten, wie auch über Konſtantinopel ebenſo die ruſſiſche Gefahr hängt, wie es bis jetzt der Fall iſt.“

Dazu kommt, daß alle andern Abtrennungen von Fremdvölkern zuſammengenommen nicht ſo viel ausmachen würden, wie die Loslöſung der Ukraine allein. Über 30 Millionen könnten dadurch zugunſten der Mittelmächte gebucht werden. Das wäre aber von größter Bedeutung, weil, wie kürzlich die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung“

darauf hinwies, die ruſſiſche Gefahr gerade darin beruht, daß Rußland jährlich einen Zuwachs von 3 Millionen Menſchen aufweiſt.

Dieſer bedeutſame Hinweis erfolgte im Zuſammenhange mit der Proklamation Polens als unabhängiger Staat, um die Notwendigkeit zu begründen, daß eine Schwächung der ruſſiſchen Maſſe erfolgen müſſe. Die Schwächung, die durch die Fortnahme Polens erfolgt, wird für Rußland zunächſt ſicher ſpürbar ſein, aber ſie wird gerade wegen der immenſen Wachstumsverhältniſſe des heutigen Rußland nicht dauernd und daher auch nicht entſcheidend wirken. Dazu wiegt Polen allein zu wenig.

Wer alſo Deutſchland auf die Dauer von der ruſſiſchen Gefahr befreien will, der muß ſeine Gedanken auf die Ukraine richten, um ſie zu einem ſelbſtändigen Leben wieder zu erwecken. Eines freilich iſt Vorbedingung, daß die Ukraine nicht in irgendeiner Form mit Polen verbunden werde. Das würde nicht nur den Grund für innere Konflikte abgeben, ſondern auch ruſſophile Tendenzen um ſo mehr erwecken, als der politiſch fortgeſchrittenſte Teil der Ukrainer — in Oſtgalizien — bis heutzutage in ſtarkem politiſchem Gegenſatz zu den dort lebenden polniſchen Großgrundbeſitzern ſteht.

Das deutsche Kolonistentum in Rußland.

Von Alexander Faure in Seebach.

I. Allgemeines.

In einer ganzen Reihe von russischen Gebieten stoßen wir auf einen starken Einschlag eingesessener deutscher Bevölkerung. Zum Teil hat Rußland die in Frage kommenden Landesteile schon deutsch durchsetzt übernommen (Ostseeprovinzen, Königreich Polen), zum Teil aber hat es die Besiedelung mit Deutschen selbst veranlaßt oder gefördert, indem es deutsche Bauern als Kulturpioniere nach neu zu erschließenden Länderstrecken zog. Das gab dann die deutschen „Kolonien" Rußlands, wie sie nach und nach mit ihren zahlreichen Ablegern große Flächenräume vor allem am Rande der Südhälfte des europäischen Rußlands einnahmen: geschlossen deutsche bäuerliche Siedelungen auf „zugewiesenem" Neuland, oft auch zu zusammenhängenden deutschen Gebieten vereinigt. So kamen deutsche Bauern nach den Sümpfen und Urwäldern Wolhyniens, konnten deutsche Dörfer an den Hängen des Kaukasus haften und an den Ufern der Wolga sich breiten, so sind heute von den 170 Millionen der buntscheckigen Bevölkerung des Zarenreiches 2 Millionen deutsche Bauern. Und über dem allen bildete sich ein bestimmter Typus: kerndeutsch und doch voller Eigenart; nicht ohne Unterschied im einzelnen und doch mit unverkennbaren gemeinsamen Merkmalen: der deutsche Kolonist, das deutsche Kolonistentum, das bäuerliche Deutschtum Rußlands.

Drei Hauptgruppen deutscher Kolonien lassen sich unterscheiden:

1. Die Wolgakolonien, die ältesten und vom Mutterland am weitesten entfernten Ansiedelungen, — mehr als alle anderen ein richtiges deutsches Gebietsganzes, aber auch wieder in vielem ungünstiger gestellt als die übrigen, in ihrer Entwickelung empfindlich gehemmt.

2. Die Kolonien in Südrußland, in den Gouvernements am Schwarzen Meere hin (Bessarabien, Cherson, Jekaterinoslaw, Taurien, Kuban- und Dongebiet) von der rumänischen Grenze bis dahin, wo der Kaukasus ans Schwarze Meer tritt: dies die reichsten und wirtschaftlich am besten entwickelten Siedelungen, mit den am höchsten stehenden Vertretern des Kolonistentums.

3. Die Ansiedelungen in Wolhynien und den Nachbargouvernements, der deutschen bzw. österreichischen Grenze am nächsten, jetzt mitten im Kampfgebiet, von der Kriegsnot am härtesten und am unmittelbarsten betroffen, — aber auch zuvor besonders hart um ihre Existenz ringend und durch Maßnahmen der russischen Regierung schon früh in ihrem Bestand bedroht.

Die Gesamtzahl der deutschen Kolonisten ist mit 2 Millionen eher zu niedrig als zu hoch angesetzt. Mitgerechnet sind dabei allerdings die deutschen Bauern in Polen, die in diesem Aufsatz nur gestreift werden können, da die Entstehungs- und Existenzbedingungen des dortigen, in allen Schichten der Bevölkerung vertretenen Deutschtums, von dem die Kolonisten nur einen Teil ausmachen, besonderer Art sind. Wenn man mit Keup (Schrift. zur Förd. der inn. Kol. H. 22) jetzt im ganzen 600000 Deutsche für Russisch-Polen annimmt, so würde man mit 400000 Bauern ungefähr das Richtige treffen. Die Deutschen an der Wolga veranschlagt Pater Keller (bei Keup) neuerdings auf etwa 550000. Für die südrussischen Deutschen wird man auf eine erheblich höhere Ziffer kommen können, mindestens auf 6—700000, besonders wenn man die etwa 40000 Deutschen im Kaukasus mit einrechnet. Schmidt (Osteurop. Zuk. 1916) nimmt allein für die Schwarz-Meer-Gouvernements 700000—750000 Deutsche an. Die Deutschen in Wolhynien können auf 2—300000 beziffert werden. Der Rest entfiele auf die in verschiedenen anderen Teilen des Europäischen Rußlands, sowie in Sibirien und Mittelasien verstreuten Dörfer.

Niedrigere Schätzungen pflegen auf die letzte russische Volkszählung vom Jahre 1897 zurückzugehn. Aber — auch von der Zuverlässigkeit amtlicher russischer Angaben ganz abgesehn — sind diese 20 Jahre zurückliegenden Zahlen natürlich längst veraltet, — zumal bei dem großen Kinderreichtum der Kolonisten (mag man den Abgang durch Auswanderung und Rückwanderung dabei noch so hoch ansetzen). Auch die neueren Angaben für die evangelischen Gemeinden in den Veröffentlichungen der „Unterstützungskasse“ (Die ev.-luther. Gemeinden Rußlands Bd. I 1909) bleiben gewiß als überholt und unvollständig hinter der Wirklichkeit zurück. Waren doch die Erhebungen da schon 1905 im wesentlichen abgeschlossen und wurden nach eigenem Eingeständnis die außerhalb der eigentlichen Dörfer zerstreut wohnenden Deutschen nur sehr teilweise erfaßt. Nach den Berechnungen der Unterstützungskasse ergibt sich für die evangelisch-lutherischen Kolonisten des Südens eine Zahl

von wenig mehr als 180000. Rechnet man (im Verhältnis reichlich) die Katholiken mit 130000 Köpfen sowie die paar reformierten Dörfer, die Mennoniten und sonstige Sekten dazu, so kommt man allerhöchstens auf 400000. Demgegenüber wird auch in „Kennen Sie Rußland“ (von zwölf russ. Untertanen 1916) bestimmt angegeben, daß die Zahl der südrussischen Kolonisten — ohne die kaukasischen — eine halbe Million überschritten habe. —

II. Entstehung der deutschen Kolonien in Rußland.

Mit den drei oben genannten Hauptgruppen sind zugleich im großen und ganzen die Hauptepochen der deutschen bäuerlichen Einwanderung nach Rußland gegeben. Wie ein letztes Nachwellen längst getaner deutscher Pionierarbeit, wie ein letztes Sichauswirken uralten deutschen Siedelungsdranges nach Osten kann diese Kolonisation uns anmuten. Aber während in früheren Jahrhunderten das deutsche Schwert dem deutschen Pfluge Raum schaffte, kam hier der deutsche Bauer, ähnlich wie in Böhmen, Polen, Ungarn, als friedlicher Einwanderer, von den fremden Machthabern herbeigerufen zur Urbarmachung öder Landesteile an den Marken des Reiches ... bis dahin menschenleer oder der Tummelplatz zeltender Nomaden und ihrer Herden.

Das zeigt sich besonders deutlich gleich zu Anfang, bei der Erstlingsgründung an der Wolga. Sie ist der Gedanke und das Werk einer deutschen Prinzessin, der freilich bald nur allzu russisch gewordenen großen Kaiserin Katharina II. Dabei hat offenbar ihr größerer Zeitgenosse auf dem Preußenthron, Friedrich II., mit seiner Siedelungsarbeit und seinen Siedelungsgrundsätzen Pate gestanden.

Die Zeitumstände — der eben zu Ende gegangene Siebenjährige Krieg — waren dem Unternehmen teils günstig, teils verhängnisvoll. Die Nachwirkungen des Krieges verliehen den Aufrufen der Kaiserin in Deutschland besondere Anziehungskraft, führten ihren Werbern stattliche Scharen aus allen möglichen deutschen Gauen zu, — man spricht von 7000 Familien mit 27000 Köpfen. Andererseits war es ebendarum eine bunt zusammengewürfelte Menge durch den Krieg entwurzelter Existenzen: Friseure, Offiziere und Gelehrte waren darunter, wie mancher hatte nie ein Ackergerät in der Hand gehabt.

Und doch brachen deutsche Organisationskraft und deutsche Tüchtigkeit auch unter diesem Volke durch. Die wirren, wilden Haufen ordneten sich zu wohlgefügten großen Dorfgemeinschaften. Aus den ver-

wegenen Geſellen wurde ein Schlag friedlicher Bauern; nur hier und da taucht heute noch zwiſchen den gerade an der Wolga verblüffend echten deutſchen Bauernköpfen ein feiner geſchnittenes Geſicht auf, das an eines Urvaters Stand zu mahnen ſcheint... Und mannigfacher Schwierigkeiten wird man Herr: von der echt ruſſiſchen mangelhaften erſten Vorbereitung bis zu den mancherlei Landnöten ſpäterer Zeit. Ja ſelbſt daß etwa 50 Jahre nach ihrer Begründung der Eigenbeſitz in den Wolgakolonien nach ruſſiſchem Seelenland-Syſtem in Gemeindeland umgewandelt wurde, hat das Aufblühen dieſer Kolonien wenigſtens in gewiſſen Grenzen nicht zu verhindern vermocht, wenn ſich auch die älteren Dörfer — deren Zahl um 1840 durch Neugründungen auf dem öſtlichen Wolgaufer vermehrt wurde — mit denen der ſpäter zugezogenen Mennoniten nicht meſſen können.

Bei dieſem erſten Siedelungsunternehmen fielen einige Splitter ab: die livländiſche Kolonie Hirſchenhof, die deutſchen Dörfer um Petersburg, endlich einige Sondergründungen mehr im Innern des Reiches: das Heſſendorf Bjelowerſch im Tſchernigowſchen und die Schwabenkolonie Riebensdorf im Gouvernement Woroneſch. Die Anſiedelungen im Innern gewannen Bedeutung auch als Kerndörfer für ſpätere Koloniſation im Süden.

Im Süden Rußlands entſtand der deutſchen Einwanderung etwa 20 Jahre ſpäter ein neues Ziel durch den Erwerb „Neurußlands“, der ruſſiſchen Schwarzmeergebiete. Das blieb zunächſt in beſcheidenen Grenzen. Bedeutſam iſt dieſer Zeitabſchnitt jedoch dadurch, daß damals die Züge der Mennoniten ihren Anfang nahmen, die Rußland die blühendſten deutſchen Siedelungen geſchaffen haben. Der ihnen in Preußen drohende Heeresdienſt trieb ſie von dort nach Rußland, wo ihnen gleich den übrigen Koloniſten Militärfreiheit gewährt wurde (nach Aufhebung der Koloniſtenvorrechte durften die Mennoniten doch noch den Militärdienſt durch andere Leiſtungen ablöſen). Die Hauptmittelpunkte der mennonitiſchen Siedelungen — im Gouvernement Jekaterinoslaw und in Taurien — wurden zum Teil bereits damals erreicht. Immer neue Glaubensgenoſſen folgten (nach Keup haben ſich die Mennonitenzüge bis zum Jahre 1870 fortgeſetzt). Um die Mitte des 19. Jahrhunderts ſchoben ſie ihre Siedelungen weit nach Oſten, ins Gebiet der Wolgakolonien vor.

Einen Aufſchwung im großen auf neuer Grundlage nahm im Süden die Heranziehung deutſcher Anſiedler in den erſten Jahren des 19. Jahr-

hunderts, bald nach dem Regierungsantritt Alexanders I. Nun erst begann die planmäßige Besiedelung der neurussischen Gebiete, zu denen nach der Abtretung Bessarabiens durch die Türken auch dieses trat. Hier in Bessarabien erinnern noch die Namen der deutschen Dörfer (Leipzig, Borodino u. a.) an die großen Ereignisse zur Zeit ihrer Begründung. Man sucht die früher begangenen Fehler zu vermeiden. Nur berufserfahrene und vermögende Acker- und Weinbauern sollen zugelassen werden. Die zu besiedelnden Landflächen werden sorgfältig ausgesucht, die Größe der Landstücke bestimmt. Das gibt dem Ganzen von vornherein einen anderen Anstrich, wenn auch das Angestrebte — zumal was das Ansiedlermaterial betraf — keineswegs überall erreicht werden konnte. Bemerkenswert ist, daß die Dörfer nicht nur — wie in allen Ansiedelungsgebieten — nach dem (evangelischen oder katholischen) Bekenntnis, sondern verschiedentlich auch nach der Herkunft der Ansiedler, als nord- und süddeutsche, gesondert bleiben. Um dieselbe Zeit ziehen württembergische Bauern — aus wirtschaftlichen wie religiösen Gründen der Heimat müde — nach dem Kaukasus und gründen in Transkaukasien die später so behäbigen dortigen deutschen Acker- und Weindörfer.

Die heute im Süden Rußlands vorhandenen deutschen Dörfer stammen jedoch bei weitem nicht alle aus dieser ersten Zeit. Vielmehr sind es großenteils Ableger: Tochterkolonien älterer Nachbardörfer wie Neugründungen vielleicht von weit her zugezogener Kolonisten. Andererseits wurden von südrussischen wie auch von anderen Kolonien aus neue Ansiedelungsgebiete in verschiedenen Teilen des Reiches in Angriff genommen. Auf diese Weise sind die Siedelungen nördlich vom Kaukasus entstanden, als eine Mischung von bessarabischen und Wolgadeutschen, — allerdings eine der am wenigsten gelungenen Gründungen. Ebenso bildeten sich deutsche Ansiedelungen und Ansiedelungsgruppen im Orenburgischen und bis weit nach Sibirien und Mittelasien hinein, so daß auch die Siedelungsarbeit Rußlands dort zum guten Teil deutsche Arbeit ist.

Eine Gründung aus zweiter Hand sind im wesentlichen auch die Ansiedelungen in Wolhynien. Dorthin wie nach dem Gouvernement Kiew sind die Deutschen zu allermeist aus Russisch-Polen gekommen. Hier waren deutsche Bauern während der kurzen preußischen Herrschaft um die Wende des 19. Jahrhunderts angesiedelt worden, aber auch noch aus früherer Zeit her seßhaft. Wegen Nicht-

beteiligung an den polnischen Aufständen in den 30er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts von den Nationalpolen bedrängt, wanderten viele aus. 17000 sollen den Weg nach Wolhynien genommen haben, wo die staatstreuen und arbeitsamen Deutschen der Regierung doppelt willkommen waren. Ein Teil von ihnen kaufte sich als Eigentümer an, andere nahmen Apanagenländereien oder Land von polnischen Gutsbesitzern in Pacht, — für die Zukunft verhängnisvoll genug.

Die Kolonisten in Südrußland und an der Wolga erhielten auf Grund der ihnen beim Zuzug gemachten Zusicherungen eine Sonderstellung innerhalb des russischen Staatsganzen. Sie wurden ein bevorrechteter Stand gegenüber der sonstigen Bevölkerung, waren vom Militärdienst befreit, unterstanden besonderen Gesetzen. Ja es wurden für sie — bei weitgehender örtlicher Selbstverwaltung nach deutschem Zuschnitt — eigene, dem Ministerium unmittelbar unterstellte oberste Verwaltungsbehörden geschaffen (das Fürsorgekomitee in Odessa, die Tutelkanzlei in Saratow). Die bis ins kleinste gehende Aufsicht dieser, häufig mit geborenen Deutschen besetzten Behörden hat viel zum Gedeihen der Kolonien beigetragen. — Freilich hatte dies andererseits zur Folge, daß die Kolonien — als dann die russische Regierung die Hand von ihnen abzog — des gewohnten Haltes beraubt, zu verfallen oder doch zurückzugehn anfingen.

Die Kolonien in Wolhynien stehen von vornherein auf anderer Grundlage, außerhalb dieser Vorrechte. Die veränderte Haltung der Regierung, die auch hier eine blühende Entwickelung abbrach, hat sich in Wolhynien in anderer Weise geäußert.

Der Kampf der russischen Regierung gegen ihre eigenen Schöpfungen wird in seinen einzelnen Stufen noch im Zusammenhang zu behandeln sein. Zunächst werden wir ein Bild von den deutschen Siedelungen der verschiedenen Gebiete zu entwerfen haben.

III. Die Wolgakolonien.

Am eigenartigsten liegen die Verhältnisse an der Wolga. Hier ziehen sich in der Gegend der Stadt Saratow die deutschen Ansiedelungen in zwei aneinder stoßenden zusammenhängenden Gebieten an beiden Ufern des Stromes hin, auf der — westlichen — „Berg-“ und der — östlichen — „Wiesenseite“, wie man dort sagt: Ein Dorf nach dem andern, eine Dorfgemarkung an der andern, auf einem Flächenraum etwa in der Größe des Königreichs Sachsen.

Man ſollte meinen, das wäre Platz genug für etwa 170 Dörfer und eine halbe Million Menſchen, zumal auf ergiebigſtem Steppenboden, der heute noch ebenſo ſeine Schuldigkeit tut wie vor 150 Jahren. Und doch kann man mit Fug und Recht von einer Übervölkerung dieſer Kolonien reden, und mehr als anderswo begegnet man dort ärmlichen Verhältniſſen und dauernden Notſtänden, deren Druck auch auf die Beſchaffenheit der Bevölkerung nicht ohne Einfluß geblieben iſt.

Es liegt das ſehr weſentlich an der Geſtaltung des Landbeſitzes. Dieſer iſt hier nach ruſſiſchem Muſter zugeſchnitten, nach der in den meiſten ruſſiſchen Gouvernements herrſchenden kommuniſtiſchen Wirtſchaftsform des „Mir“. Danach gehört das Land nicht dem Einzelnen, ſondern der ganzen Gemeinde und wird in beſtimmten Zwiſchenräumen, an der Wolga jetzt meiſt in dem noch verhältnismäßig weiten Abſtand von je 12 Jahren, umgeteilt. Jede männliche „Seele“ (daher „Seelenlandſyſtem“!) hat Anſpruch auf ein gleich großes Stück. Das Mißliche der Lage wurde noch dadurch geſteigert, daß die Dörfer ins Rieſenhafte wuchſen (ſolche mit über 10000 Einwohnern ſind darunter) und infolgedeſſen — eine Möglichkeit, das Dorfland zu erweitern, war kaum vorhanden — die Landanteile immer mehr zuſammenſchrumpften: nicht mehr als 2 oder 3 ha betragen ſie in manchen Dörfern, bei den dortigen Wirtſchaftsbedingungen wenig genug. Endlich aber wird das Land auch nach Güte und Eignung gleichmäßig verteilt. Da konnte es denn vorkommen, daß die Landanteile in winzigen Fetzen weit auseinander lagen, daß jemand an einer Stelle ſeinen Weizen hatte und 40 km weiter ſeine Kartoffeln. Die Folgen für die Bewirtſchaftung kann man ſich denken. Aber zugleich mußte das damit gegebene wochenlange Nomadiſieren auf der Steppe auch verwildernd auf die Bevölkerung wirken.

In neueſter Zeit, nach Einführung der ruſſiſchen Agrarreform, ſind auch viele deutſche Dörfer an der Wolga wieder zum Einzelbeſitz übergegangen. Ob das freilich jetzt ohne weiteres von Segen ſein wird, iſt fraglich. Es beſteht vielmehr die Gefahr, daß ſo das Land in den Händen weniger vereinigt die an der Wolga ſo wie ſo im Gang befindliche Scheidung in Kapitaliſten und Proletarier nur noch beſchleunigen wird.

Wie ſehr das Landſyſtem den Wolgakolonien geſchadet hat, zeigt ein Blick auf die blühenden Siedelungen der Mennoniten, die das

Seelenland nicht kennen. Allerdings ſpielt ihre von vornherein größere wirtſchaftliche Tüchtigkeit dabei mit.

Zu den ungeſunden Landverhältniſſen traten die an der Wolga — als Folge der großen Unregelmäßigkeit der Steppen-Niederſchläge — häufigen Mißjahre, oft mehrere Mißernten der Reihe nach! Hungersnöte ſuchten die Kolonien immer wieder heim (ſie haben die deutſchen Anſiedelungen Rußlands mit zuerſt in Deutſchland bekannt gemacht).

Das alles hat gewiß zum Verarmen eines großen Teils der Bevölkerung und zur Bildung minderwertiger Schichten geführt. Es wäre jedoch verkehrt, wollte man deshalb über die Wolgakolonien in Bauſch und Bogen ein abſprechendes Urteil fällen. Unter den gleichen Verhältniſſen haben es andere Koloniſten zu Beſitz und zu wohlgeordneten Betrieben gebracht. Und auch an der Wolga findet man (wenn auch nicht ſo zahlreich wie in Südrußland) ſogenannte „Gutsbeſitzer“: Koloniſten, die aus der Dorfgemeinſchaft ausgeſchieden, ſich eigenes Land gekauft haben und nun gleichſam ein gehobenes Koloniſtendaſein führen, auf größerem Fuße und in Bearbeitung des Bodens nach neuzeitlichen Methoden. Auch Großkaufleute und Fabrikanten, Mühlenbeſitzer, die in der Stadt Saratow große Betriebe haben, ſind aus den Wolgakolonien hervorgegangen.

Man ſuchte den Nachteilen der kleinen Landteile auf verſchiedene Weiſe zu begegnen. Eine beſſere Ausnutzung der kleinen Flächen erzielte man durch Tabakbau. Für dieſen hat der Wolgakoloniſt ausgeſprochen Vorliebe und Geſchick. Man kann ihn, der ſonſt nur extenſivſte Bewirtſchaftung kennt, ſeine Tabakpflanzen aufs ſorgfältigſte wäſſern oder ſonſt pflegen ſehn, auch zeigt der Bauer wohl ſein Lager von „Tubbak“-Blättern mit beſonderem Stolz. Der Tabakbau hätte an der Wolga noch viel ergiebiger ſein können, wenn nicht die ruſſiſche Regierung mit dem Verbot beſtimmter Sorten und anderen Einſchränkungen dazwiſchen gekommen wäre. Die jetzt gebauten Sorten ſind deutſchen Fabrikanten angeboten, aber von ihnen abgelehnt worden. Rückwanderungsluſtige Wolgakoloniſten haben mich immer wieder gefragt, ob man in Deutſchland denn nicht auch in den Anſiedelungsgebieten Tabak bauen könne. Die Anſiedelungskommiſſion war ſeiner Zeit nicht abgeneigt, Verſuche mit Stellen für Tabakbauer zu machen. Es iſt dann aber doch nicht dazu gekommen. — Ferner verpachten vielfach die Koloniſten ihren Anteil im Dorf und gehen ſelbſt auf Arbeit, nicht wenige als Fabrikarbeiter, etwa nach den großen

Mühlen in Saratow. (Das Mühlenweſen iſt bei den Deutſchen an der Wolga überhaupt ſtark entwickelt, außer zahlreichen Windmühlen findet man auch in den Kolonien nicht wenige Dampfmühlen, Feuermühlen nennen ſie die Koloniſten.) Damit haben dann zugleich die Pächter die Möglichkeit, ihre Wirtſchaftsfläche zu vergrößern, was ſonſt vielleicht nur dort noch geſchehen kann, wo Koſaken in der Nähe wohnen, die von eigener Bearbeitung ihres Landes gern abſehn! — Endlich hat ſich in den Kolonien auf der Bergſeite eifrig betriebene Heimarbeit einbürgern können. Man findet dort vor allem Handweber, die für geringen Lohn für große Webereien arbeiten, — die von ihnen gefertigte „Sarpinka“ iſt in Rußland weithin bekannt. —

Vom Tabakbau abgeſehn, herrſcht freilich bei der Bewirtſchaftung des Landes ausgeſprochener Raubbau. Jahraus jahrein auf demſelben Boden dieſelbe Frucht! Und vom Düngen weiß man ebenſowenig etwas wie von einer Fruchtfolge. Der Dünger wird vielmehr — wie das ebenſo im Süden, aber auch in anderen Steppengegenden, etwa Südamerikas, üblich — mit Stroh vermengt als Heizſtoff verwandt. Zu Bewäſſerungsanlagen — die nahe waſſerreiche Wolga ſollte ſie nahelegen — verſteigt man ſich meines Wiſſens höchſtens im Intereſſe von Obſtpflanzungen.

Die Dörfer der Wolgakoloniſten können auf den erſten Blick befremdlich anmuten, ſo ſehr weicht ihr Bild zunächſt von dem ab, was man ſich ſonſt unter einem deutſchen Dorfe vorſtellt. Die breiten, geraden unchauſſierten Straßen entlang ſtehen niedrige ungeſtrichene Holzhäuſer, die ſich in Bauart und Verzierungen nicht ſehr von den ruſſiſchen Häuſern, etwa in einer Vorſtadt Saratows, unterſcheiden. Das Holz zum Bau mag eins der Rieſenflöße, wie ſie die Wolga auf ihrem breiten Rücken trägt, herangebracht haben; denn die nach alten Berichten früher an der Wolga vorhandenen Wälder hat der Koloniſt — auch hierin Raubbau treibend — längſt bis auf kümmerliche, krüppelige Reſtbeſtände abgeholzt. Die, in der letzten Zeit häufiger angelegten Obſtgärten kommen im Geſamtbild wenig zur Geltung, ſo daß — zumal des Sommers, im Staube liegend grau in grau — ſo ein Dorf ſchon einen ziemlich troſtloſen Eindruck machen kann. Sieht man aber näher zu, öffnen ſich Türen und Tore, ſo ändert ſich das Bild. Zwar ſind die Häuſer vielleicht klein im Verhältnis zu der Zahl der Inſaſſen. Sind doch die Familien hier wie bei allen Koloniſten überaus kinderreich. Ich traf einmal in einem Koloniſten-

hauſe an der Wolga auf die ſtattliche Kinderzahl von zehn Köpfen. Auf meine Bemerkung, das wäre ja ein ſchöner Kinderreichtum, erhielt ich zur Antwort: „Ja, und acht ſind uns geſtorben“. Dazu kommt, daß auch die erwachſenen Söhne nach ihrer Verheiratung beim Vater wohnen zu bleiben pflegen, der dann eine Art Patriarchat über die ganze Familie ausübt. Jedoch wenn auch nicht auf den Raum, ſo wird doch auf die Ausſtattung der Wohnung erſtaunlich viel Wert gelegt. Geſtrichene Fußböden und ſaubere Tapeten an den Wänden findet man und viel behaglichen Hausrat nach alter deutſcher Art ſowie allerlei Schmuck an Decken und Bildern, auch in einem beſcheidenen Koloniſtenhäuschen; mitten darin den großen ruſſiſchen Ofen, den der Koloniſt wie manches andere für Gegend und Klima Paſſende vom Ruſſen übernommen hat. Dazu ein ſauberer Wirtſchaftshof, auf dem ſich uns vielleicht beim größeren Bauern als ungewohnter Anblick ein Stand zeigt mit einer Anzahl von Kamelen in Reih und Glied (man braucht ſie nicht nur als Reit- und Laſttier, ſondern auch zum Ackern und Fahren).

Und auch im Dorfbild: die Kirchen am weiten Platz — die älteren aus Holz, die neueren vielfach ſtilgerechte Steinbauten, — ſie zeigen ebenſo wie die anſehnlichen Schulgebäude, daß die Wolgakoloniſten für dieſe Zwecke nicht geizen. Und es ſprechen auch da, wo keine beſonderen Wohltätigkeitsanſtalten vorhanden ſind, die großen überall zu findenden Gemeindeſpeicher von dem Gemeinſinn der Wolgakoloniſten (in dieſen Speichern wird nach Joſephs Rezept in den guten Jahren Korn geſammelt, um in den mageren Jahren an Bedürftige verteilt zu werden — eine Maßnahme, die freilich bei den ſchlechteren Elementen den Hang zum Faulenzen und zum Sichverſorgen- und Beſchenkenlaſſen ſtärkt).

In dieſen Dörfern geht nun nach Koloniſtenweiſe das Leben ſeinen alten, beſchaulichen Gang, wie zu Väter und Großväter Zeiten. „Wie es immer war, ſoll es bleiben“ und „was die Gemaan (Gemeinde) beſchließt, das muß ſo ſein“, — das ſind die Hauptgrundſätze, nach denen dieſe Bauernrepubliken (wie man ſie nicht ſo ganz mit Unrecht genannt hat) ſich regieren. Von der großen Welt dringt kaum ein Klang hinein. Höchſtens inſoweit, als die Verbindung mit der Stadt Saratow, die einen gewiſſen wirtſchaftlichen Mittelpunkt der Kolonien darſtellt, es mit ſich bringt. Und neuerdings das Hin- und Herziehen der Auswandrer und Rückwandrer. Denn ſelbſt wen die Hunger-

jahre oder die ruſſiſchen Zuſtände aus der Heimat trieben, wer nach Amerika oder nach Deutſchland ging — auch wenn es ihm draußen gut geht, kehrt er doch gern, und ſei es nur zeitweilig, nach Hauſe zurück. „Wo der Has geheckt iſt, da iſt er daheem," ſagt der Koloniſt.

Die Beſchaulichkeit des Lebens wird — das gilt ähnlich auch von den übrigen Kolonien — durch die Arbeit nicht allzu ſehr beeinträchtigt, wenn darin auch der Koloniſt turmhoch über dem Ruſſen ſteht. Gewiß gibt es Zeiten harter Arbeit vom früheſten Morgen bis ſpät in der Nacht: während der Beſtellung und mehr noch in der Ernte. Da iſt es an der Wolga ein eigenartiges Bild, wenn man in der glühenden Steppenſonne etwa im roten ruſſiſchen Hemd und mit dem Netz gegen die läſtigen Stechmücken auf dem Kopf all die Geſtalten auf dem Felde ſchaffen ſieht.

Aber das ſind doch nur vorübergehende Kraftanſtrengungen. Und vor allem folgt auf die wärmere Jahreszeit mit ihren Arbeitsperioden der lange, ſtille Winter. Da gibt es eigentlich nur das Vieh zu verſorgen, ſonſt iſt's im Grunde ein langer Sonntag, die Zeit zum „Spiellegehn" (etwa unſeren Spinnſtuben zu vergleichen), und für allerlei Zuſammenkünfte.

Wie allen Koloniſten, ſo iſt auch denen an der Wolga ein Grundzug ihres Weſens ihre Frömmigkeit — väterliches Erbgut, das die Eindrücke der Steppe (anderwärts des Urwalds) und das abgeſchiedene Leben doppelt gut erhalten ließen. Freilich iſt dieſe Koloniſtenfrömmigkeit darin nur allzuſehr deutſche Bauernfrömmigkeit, daß ſie vielfach nur wie eine Art des Klebens am Hergebrachten erſcheint. Religiöſe Sitte wird ſtreng eingehalten, auf Erneuerung des Herzens und Wandels weniger Wert gelegt. Dementſprechend bewegt ſich dieſe Frömmigkeit im allgemeinen in den hergebrachten kirchlichen Bahnen. Sonntäglicher Kirchenbeſuch iſt ſelbſtverſtändlich, und zu den Kirchenfeſten drängt man ſich von nah und fern. Willig trägt man auch im allgemeinen die ausſchließlich auf den Gemeinden ruhenden Laſten für Pfarrer und kirchliche Gebäude. — An der Wolga iſt die gottesdienſtliche Verſorgung der bei der Größe der Dörfer überſichtlichen Kirchſpiele unſchwer durchzuführen, dagegen iſt in den großen Gemeinden die Seelſorge ungemein erſchwert. In anderen Gebieten beſtehen andere Schwierigkeiten. So ſind die außergottesdienſtlichen Zuſammenkünfte mit gleichgeſinnten „Brüdern", wie ſie — vom württemberger Pietismus ausgehend und etwa unſerer

Gemeinſchaftsbewegung zu vergleichen — ſich in allen Koloniſtengebieten findet, vielleicht als eine Art religiöſer Selbſthilfe zu beurteilen, ſo unliebſame Blüten dieſe Bewegung bisweilen treiben mag. Von den Pfarrern ſtammen eine ganze Reihe ſelbſt aus den Kolonien und können dann mit ihren Heimatgenoſſen natürlich beſonders eng in Fühlung kommen.

Die Bedeutung der Schule wird von den Koloniſten nach Bauernart im allgemeinen nicht voll gewürdigt, wenn ſie auch überall Schulen haben und die Koſten dafür aufbringen. Daher hat die Aufhebung des früheren Schulzwanges, wie ſie die Beſeitigung der Sonderrechte für den Süden und das Wolgagebiet mit ſich brachte, hier ebenſo verderblich gewirkt, wie die nachfolgende Ruſſifizierung der Schulen. In der ruſſiſch gewordenen Koloniſtenſchule iſt der deutſchen Mutterſprache nur ein beſcheidenes Plätzchen geblieben. An der Wolga mußten dabei beſondere ruſſiſche Lehrer (wenn auch meiſt geborene Koloniſten) neben den anderen angeſtellt werden, dazu werden hier zahlreiche ruſſiſche „Miniſterſchulen“ zu Ruſſifizierungszwecken in die Dörfer geſetzt. Ich habe in einem Dorfe an der Wolga dreierlei Schulen nacheinander beſucht. Zunächſt die richtige Koloniſtenſchule, in der ein alter Schulmeiſter — und wie es den Anſchein hatte, nach uralter Methode, nach der Bibel — einer Rieſenſchar von Kindern das Leſen beibrachte (in früheren Zeiten ſollen auf einen Lehrer bis 1000 Kinder gekommen ſein!). Dann kam die ruſſiſche Schule, in der hier allerdings ein Nationalruſſe unterrichtete, und endlich eine von einem jungen Lehrer geleitete Privatſchule, in der bei kleiner Kinderzahl natürlich ganz anderes geleiſtet werden konnte. Hier durfte, ſoweit mir erinnerlich, auch mehr in deutſcher Sprache unterrichtet werden.

Die Lehrer werden an der Wolga wie im Süden auf ſogenannten „Zentralſchulen“ vorgebildet, einer (ſehr beſcheidenen) Art Seminarien. Sie machen dann wohl noch einen pädagogiſchen Kurſus durch, was freilich inſofern ſeine großen Schattenſeiten hat, als manchen dabei auch etwas von ruſſiſcher Art und unklaren ruſſiſchen Freiheitsideen eingeimpft wird. Beſonders unter den jüngeren Lehrern ſind ſolche, die ſich von dieſen Einflüſſen nicht freigehalten haben — was dann unter anderem zu bedauernswerten Spannungen zwiſchen ihnen und den Geiſtlichen führt.

Die Leiſtungen der Schule ſind bei den vorhandenen Schwierigkeiten, vor allem bei der großen Zahl der Kinder, im Verhältnis er-

ſtaunlich. Auch die Tätigkeit der alten, wenig gebildeten Dorfſchullehrer wird von berufener Seite anerkannt.

Außer in Kirche und Schule kommt das geiſtige Leben der Wolgakoloniſten zur Erſcheinung in einem, wenngleich ſpärlichen einheimiſchen Schrifttum, in dem ſich kirchliche Veröffentlichungen (Kalender, die Monatsſchrift der „Friedensbote“) und die — bei allem Willen zur Vertretung des einheimiſchen Deutſchtums — in Haltung und Ton oft unerfreulich maßloſe „Deutſche Volkszeitung“ gegenüberſtehen.

Es iſt ſchwer, ein abſchließendes Urteil über die Wolgakolonien zu fällen. Die Verſchiedenheiten ſind zu groß. Aber bewundern müſſen wir gerade an dieſen älteſten Kolonien ihre Lebenskraft. Iſt es denn nicht etwas Großes, daß dort am äußerſten Ende Europas ein deutſcher Baum — vor $1\frac{1}{2}$ Jahrhunderten gepflanzt — noch heute ſteht und gedeiht und Frucht bringt, ausdauernd in Steppenſand und ruſſiſchem Winterſchnee, daß an der Wolga — umgeben von Fremden und an eine fremde Stadt gelehnt — noch heute „deutſche Leute“ wohnen und ſchaffen wie zur Zeit der Kaiſerin Katharina?

IV. Die Kolonien in Südrußland.

Mit den Wolgakolonien haben die ſüdruſſiſchen Anſiedelungen manches gemeinſam. Schon weil es beidemal Steppenkolonien ſind und das ſich in Arbeits- und Lebensweiſe bemerkbar machen muß. Auch iſt ja ihre Begründung unter ähnlichen Bedingungen erfolgt.

Andererſeits beſtehen aber doch tiefgreifende Unterſchiede. Den mancherlei Miß- und Notſtänden an der Wolga gegenüber ſtößt man im Süden auf breite, behäbige Verhältniſſe, die einen Vergleich mit den Buren oder mit den nordamerikaniſchen Farmern aushalten. Es hat das ſeinen Grund mit in den von Anfang an viel geſünderen Beſitzverhältniſſen. Hier hat ſich richtiges Landeigentum erhalten, wenn auch nicht ohne einen Anflug von Gemeinwirtſchaft. Aber der beſchränkt ſich in den Stammkolonien auf ein gewiſſes Mitbeſtimmungsrecht der Gemeinde bei Kauf und Erbteilung — eine gewiß nur ſegensreiche Sicherung gegen zu ſtarke Zerſtückelung des Landes und gegen unliebſamen Zuzug. Wo aber bei Neugründungen die gemeinwirtſchaftliche Note ſchärfer hervortrat, iſt es doch kein Hindernis für die gedeihliche Entwickelung auch dieſer Dörfer geweſen.

Bei Neugründungen iſt das Verfahren wohl ſo, daß das Land unter die Teilnehmer nach Maßgabe der von jedem bereitgeſtellten

Mittel verteilt wird und daß nach Ablauf einer gewisser Zeit eine Umteilung stattfinden kann. Das den Stammkolonien zugewiesene Land ist in gleich große Wirtschaften zerlegt.

Neue Dörfer — Land ist dazu genug zur Verfügung — werden fortgesetzt angelegt, vor allem zwecks Ansiedelung des jungen Nachwuchses. Nur ein Sohn, höchstens zwei erbten nach altem Brauch das väterliche Grundstück, die übrigen wurden abgefunden. Durch diesen ständigen Abfluß des Überschusses wird sowohl dem übermäßigen Anwachsen der Dörfer als auch dem Zusammenschrumpfen der Landstücke ein Riegel vorgeschoben. Auch die allergrößten Dörfer, wie Großliebenthal bei Odessa, zählen kaum mehr als 3000 Einwohner. Dazu gibt es eine nicht geringe Zahl von ganz kleinen Ansiedelungen — die sogenannten „Chutors" — in denen sich oft besonders begüterte Kolonisten zusammengefunden haben. Ich habe einmal auf einem Steppenchutor gepredigt, dessen sämtliche Einwohner von einem, noch vorhandenen, Patriarchen herstammten, dabei übrigens eine ganz stattliche Gemeinde bildeten. Die durchschnittliche Größe eines Bauerngutes wird man im Süden auf 100 ha veranschlagen dürfen. Die Urwirtschaften in den Stammsiedelungen sind freilich kleiner (in der Gegend von Odessa betragen sie 50—60, anderwärts 65 ha). Jedoch hat auch der einzelne Gelegenheit genug, Land zuzukaufen oder zuzupachten. Es gibt auch Dörfer (wie Siebenbrunn in der Krim), in denen kein Bauer weniger als 1000 ha Land besitzt, gar nicht zu reden von den hier im Süden — zumal in bestimmten Gouvernements — besonders stark vertretenen „Gutsbesitzern".

Die Gesamtfläche des deutschen Ackerbesitzes in Südrußland ist neulich, unter Ausschluß des Kubangebiets und überhaupt des Steppenstrichs nördlich vom Kaukasus, auf etwa 5 Millionen Deßjatinen berechnet worden (ungefähr ebensoviel Hektar, also eine Landmenge so groß wie Elsaß-Lothringen, Baden und Württemberg zusammengenommen). Den verhältnismäßigen Anteil der Deutschen an Landbesitz bestimmt Schmidt (a. a. O.) für das Gouvernement Cherson und Jekaterinoslaw auf 25 %, für Taurien auf 35 %, für Beßarabien auf 38 %. Nach einer Angabe der „Heimkehr", der Kriegszeitschrift des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer (Nr. 13, S. 204) schätzt das russische Ministerium des Innern den Anteil der deutschen Kolonisten am Kleingrundbesitz: für einige Kreise Tauriens auf 20,34, 20,67, 22,87, 34,31 %, für bestimmte Kreise des Gouvernements Cherson auf

60,5 (?) und 28,12 %. — Man wird also sagen können, daß die Deutschen in bestimmten Gebieten etwa ein Viertel der ganzen Ackerfläche in der Hand haben.

Von dem Umfang des deutschen Landbesitzes und der ständig fortschreitenden Siedelungsarbeit kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß die Kolonisten allein in der Krim in einem Jahre gegen 80000 ha Land erworben haben. Natürlich darf man bei dem allen nicht etwa mit reichsdeutschem Maße messen. Bei der herrschenden Wirtschaftsweise bleibt der Ertrag auch auf der fruchtbaren „Schwarzerde" hinter den bei uns gewohnten Ergebnissen zurück. 120 Pud auf die Deßjatine, also 10 Zentner auf den Morgen, wurde mir für Weizen als eine ganz besonders glückliche Ausnahmeernte bezeichnet. Auch sind die Ernten wegen der auch hier oft genug eintretenden Witterungskatastrophen (Dürre, Hagel) sehr ungleich. Wir pflegen im Fürsorgeverein unseren Rückwanderern wohl vorzurechnen, daß sie in Rußland von einer Deßjatine nicht mehr hätten, als in Deutschland der Bauer von einem Morgen. —

Unter den gegebenen Bedingungen hat sich hier viel Wohlstand entwickelt. Vermögen von mehreren 100000 Mark zählen nicht zu den Seltenheiten. Allerdings kann das nicht ohne Einschränkung gesagt werden. Unter den neueren Kolonien gibt es eine größere Zahl von Pachtdörfern, die — durch ständig steigenden Pachtzins gedrückt — in einer viel weniger günstigen Lage sich befinden. Noch schlimmer daran sind die in russischen Dörfern oder Weilern vereinzelt sitzenden Pächter (auch in ihrem Deutschtum gefährdet genug). Endlich aber finden sich auch in den Eigentümerdörfern schlechter gestellte, die sogenannten „Landlosen" — nicht ausgesiedelte abgefundene Söhne oder später (als Handwerker od. dgl.) Zugezogene, in ihrem kümmerlichen Dasein auch den Gemeinden oft eine große Last.

Jedoch fällt dieses alles bei dem Gesamturteil nicht allzu sehr ins Gewicht. Schon äußerlich machen südrussische Kolonistendörfer den Eindruck großer Wohlhabenheit: Ansehnliche Steinhäuser (oft samt der Treppe in grellsten Bauernfarben gestrichen) stehen hinter schnurgerade fortlaufenden brusthohen Mauern zu beiden Seiten der auch hier riesenbreiten Steppenstraße — vielleicht halbverborgen unter den hohen Bäumen eines wohlgepflegten Vorgartens. Der sehr geräumige Wirtschaftshof zeigt außer weitläufigen Stallungen, Vorratshäusern und Schuppen einen offenen Sommerstand für die Pferde,

eine Sommerküche (ein richtiges zweites kleines Wohnhaus) zum Sommeraufenthalt für die Koloniſten ſelbſt. Hinter dem Wirtſchaftshof türmen ſich mächtige Strohhaufen im „Strohhof“. Im Wohnhaus aber fehlt auch bei ärmeren Koloniſten nie die nur dem Ehrengaſt geöffnete Staatsſtube mit den hochgetürmten Paradebetten.

Auch die Wirtſchaftsweiſe dieſer Koloniſten zeigt einen richtig amerikaniſchen Zug ins Große und Breite. Es wird viel mit Maſchinen gearbeitet (freilich findet man neben der modernſten Dreſchmaſchine ganz harmlos die uralte gerillte ſteinerne Dreſchwalze im Gebrauch).

Ebenſo bedient man ſich in manchen Gebieten ausgiebig fremder Arbeitskräfte, ruſſiſcher Knechte, die — oft von weither zuziehend — zahlreich zu haben ſind. An anderen Orten geht wieder auch der ärmere Deutſche zum reicheren auf Arbeit und verdient dabei während der kurzen Zeiten drängender Arbeit ſoviel, daß er zur Not das ganze Jahr hindurch ſein Leben friſten kann. Oder es kommen von der Wolga verarmte Koloniſten als zeitweilige Arbeiter.

Auch die Lebenshaltung der Koloniſten entſpricht dem allgemeinen Zuſchnitt. In einem wohlhabenden Bauernhauſe werden zehn bis zwölf Schweine geſchlachtet. Und es mochte auch wörtlich gemeint ſein, als mich eine Koloniſtenfrau im Cherſonſchen einmal mit den Worten begrüßte: „Nun, wie gefällt es Ihne im dreckigen Rußland? aber Brot eſſen wir hier guet“.

Gewirtſchaftet wird im übrigen auch im Süden ſo extenſiv wie möglich. Von Düngen will auch da niemand etwas wiſſen. Nur vereinzelt fand ich das Düngen in bergigen Gegenden, ſo in Neuſatz in der ſüdlichen Krim, im Gebrauch. „Das Land verbrennt dabei,“ ſagt der Koloniſt, und knetet weiter ſeinen Dünger zu Miſtholz. Auch Verſuche mit künſtlichem Dünger hat man nach einigen, wohl durch mangelhafte Bodenunterſuchungen veranlaßten, Fehlſchlägen wieder eingeſtellt. Dagegen kennt man ſchon ſeit geraumer Zeit (am früheſten bei den ja überhaupt wirtſchaftlich am fortgeſchrittenſten Mennoniten) ein Drei- oder Vierfelderſyſtem mit Grünbrache oder der beſonders beliebten Schwarzbrache. Die große Fruchtbarkeit des Landes läßt den Koloniſten damit auskommen, wenn auch die Ertragsfähigkeit des Bodens neuerdings ſich vermindern ſoll. Der einträgliche Weizenbau drängt alle andere Frucht immer mehr in den Hintergrund. Auch die Viehzucht geht darüber zurück. Mit Mais und den als Nahrung für

Menſchen und Vieh beliebten Waſſermelonen (Arbuſen) trägt der Wirtſchaftsplan des Koloniſten dem ſüdlichen Himmelsſtrich Rechnung. Weinbau wird in einer ganzen Reihe von Gebieten, vor allem im Kaukaſus und in Beßarabien von den Deutſchen eifrig betrieben. Da iſt dann auch auf der Steppe hinter jedem Haus ein Weingarten zu finden und geht im Keller des Koloniſten (Gaſtwirtſchaften gibt es kaum) der Wein nie aus.

Die günſtige wirtſchaftliche Lage läßt aber den ſüdruſſiſchen Koloniſten, bei allem nüchtern rechnenden Bauernſinn, nicht etwa im Äußeren aufgehen. Das kirchliche und religiöſe Leben ſteht auf hoher Stufe. Jedes Dorf, auch der kleinſte Chutor will ſein Gotteshaus haben, und kann es keine Kirche ſein, ſo iſt es ein oft recht würdiges Bethaus. Außer den Brüderverſammlungen deutet in den evangeliſchen Kolonien eine lebhafte Sektenbildung (Separatiſten, Baptiſten — die Mennoniten und Herrnhuter mit ihren beſonderen Kolonien ſtehen auf einem anderen Blatt) auf reges religiöſes Leben hin. Dieſes erweiſt ſich auch praktiſch in zahlreichen Anſtalten für Kranke und Bedürftige.

Die pfarramtliche Verſorgung der vielfach aus einer großen Zahl von Siedelungen beſtehenden Kirchſpiele iſt nicht leicht. Die Pfarrer ſind einen großen Teil des Jahres von einer Gemeinde zur anderen unterwegs, ſo daß einer mir ſagen konnte: „Mein Wagen iſt meine Studierſtube und mein Heim mein Abſteigequartier.“ Unter den Geiſtlichen trifft man auch aus Deutſchland insbeſondere Württemberg ſtammende ebenſo unter Pfarrern und Mennonitenlehrern Koloniſtenſöhne, die auf reichsdeutſchen, bzw. ſchweizeriſchen Seminarien oder Univerſitäten ausgebildet ſind, beide Male ein gewiſſes Band mit dem Mutterland. — Die Schule hat bei der geringen Kinderzahl leichtere Arbeit, als an der Wolga. Die zum Teil ſelbſterworbene Pädagogik der Koloniſtenlehrer im Süden könnte ſich vielfach auch bei uns ſehen laſſen. Eine zeitlang ſchien es, als ob von der Schule her das deutſche Bauerntum hier im Süden einen gewaltigen Aufſchwung nehmen wollte, ſo daß es auch die anderen Schichten deutſchen Volkstums aus ſich hätte hervorbringen können. Man plante ein groß gedachtes Schulſyſtem, als nach der Revolution für die deutſche Schule eine beſſere Zeit gekommen zu ſein ſchien. Es iſt aber dann wenig genug daraus geworden. Einige gehobene Mädchenſchulen und eine allerdings blühende Ackerbauſchule in der Molotſchna waren der ganze Ertrag. — Einen

altbewährten Mittelpunkt für ihre Intereſſen haben die ſüdruſſiſchen Koloniſten an der deutſchen „Odeſſaer Zeitung“.

Auch im Süden gibt es Unterſchiede genug. Und auch hier brachte die letzte Zeit Verfallserſcheinungen: da nimmt man es in einem Dorf mit dem Pflügen nicht mehr recht genau, da haut man die von den Voreltern ſorgſam gepflanzten Chauſſeebäume nieder, oder läßt aus Bequemlichkeit die Hoftore einfach weg. Auch vom Einreißen ſittlicher Schäden hört man.

Bei alledem bleibt der ſüdruſſiſche Koloniſt der wirtſchaftlich und perſönlich am höchſten ſtehende ...

Wenn, etwa in der Krim, ein ſechs- bis achtköpfiges Geſpann der langgehörnten Zugochſen — vielleicht noch mit ein paar Pferden zuſammengeſpannt — den ſchweren Boden pflügend daher kommt; wenn der Koloniſt im Sitzwagen mit zwei ſtattlichen Braunen davor zu ſeinen Arbeitern auf den Acker fährt (auch wenn es 100 Schritte nur wären, ginge er doch nicht zu Fuß, ſagte mir einmal einer), oder wenn man am Koloniſtentiſch in allerlei Geſpräch zu Gaſte ſaß; da drängt es ſich einem ſchon auf, daß hier ſich eine deutſche Herrenraſſe hochgearbeitet hat. Und doch wollen auch dieſe Deutſchen trotz alledem nichts anderes ſein, als was die Väter waren: Ein deutſcher Bauer, ein deutſcher Koloniſt.

V. Die Kolonien in Wolhynien.

Ein weſentlich anderes Bild zeigen die deutſchen Anſiedelungen im Wolhyniſchen. Sie waren von Anfang an weit mehr auf ſich ſelbſt geſtellt und hatten mit Natur und Verhältniſſen einen weit härteren Daſeinskampf zu kämpfen. Keine Vorrechte und Sondergeſetze zogen um ſie einen ſchützenden Zaun, und ihren Ackerboden mußten ſie ſich erſt mühſam aus Sumpf und Urwald hervor ſchaffen.

So wurde es ein hartes Brot, das die Deutſchen hier aßen. Und dabei war ihnen nicht einmal der Boden unter den Füßen ſicher. Vor allem den Pächtern nicht. Die Apanagenländereien wurden den Koloniſten wider Erwarten nach jahrzehntelanger Bearbeitung entzogen. Von vornherein aber zu unſtetem Wanderleben verdammt waren die Pächter auf Gutsland, — die Pachtverträge waren da kurzfriſtig; die Gutsbeſitzer konnten beliebig ſteigern oder kündigen. Und dann hieß es weiter ziehen und von vorn anfangen. Am ſchärfſten zugeſpitzt ſind dieſe Verhältniſſe im Nachbargouvernement Kiew, wo

man wohl auf die Frage nach einem Dorf zur Antwort erhalten kann: „Ja, im vorigen Jahr lag das Dorf noch da und da, aber wo es jetzt liegt, wissen wir nicht“; und wo solche fliegende Dörfer, selbst recht behelfsmäßig angelegt, wohl ein zerlegbares Kirchen- und Schulhaus mit sich führen.

Man kann in Wolhynien die verschiedenen Entwickelungsstufen der Kolonien nebeneinander sehen: vom schmucken Eigentümerdorf auf längst geholzter Fläche bis zu den Häuschen im kaum gelichteten Wald oder gar zur Erdhütte im Dickicht oder am Sumpfrand, noch so wie damals, als die Großväter der Heutigen zum erstenmal den Fuß auf diesen Boden setzten. Aber überall kann man auch hier es merken, daß deutsche Hände angefaßt, daß Deutsche hier wohnen. Die Giebel der Häuser recken sich, wie im Gefühl deutscher Kraft, hoch über die Russenhäuser; und selbst der russische Kutscher sagt im Vorüberfahren: „Hier fängt das deutsche Dorf an, man merkt es dran, wie das Land bearbeitet ist.“ Eigen kann es gerade hier uns berühren, wenn wir in tiefer fremder Waldeinsamkeit auf ein behagliches deutsches Heim stoßen, vielleicht durch eigene Handfertigkeit gar wohnlich ausgestattet; auf eine saubere deutsche Häuslichkeit, neben der die russische Bauernstube wie eine andere Welt erscheint.

Die deutschen Dörfer in Wolhynien sind klein, nur wenige hundert Seelen stark. Viele von ihnen liegen in der Nähe der großen Straßen, andere in unzugänglichem Wald versteckt. Die Gehöfte ziehen sich in gemessener Entfernung die Straße entlang, oder aber sie sind unregelmäßig verstreut, so daß von einem Hof zum anderen ein ordentlicher Weg sein kann. Einfache, vielleicht weiß getünchte Holzhäuser, ein aus Weiden geflochtener Zaun um Hof und Obstgarten, — so kann man sie vielfach sehn.

Auch die Landstücke sind nicht groß, selbst ein besser gestellter Eigentümer hat vielleicht noch keine 20 ha Land, und es gibt unter den Besitzern solche mit nicht mehr als 5—6 ha. Aber das Land wird mit viel Sorgfalt bearbeitet, auch gedüngt. — Man kann wohl sagen, daß die Wirtschaftsweise und die sonstigen Verhältnisse dem bäuerlichen Kleinbetrieb in unserem Osten verhältnismäßig angenähert erscheint. Kein Wunder, wenn die Wolhynier wohl am leichtesten von allen Kolonisten sich als Rückwanderer in unsere reichsdeutschen Verhältnisse schicken.

Der Landbesitz der verhältnismäßig wenigen Deutschen mit ihren kleinen Wirtschaften kann sich mit dem der übrigen Kolonistengebiete

nicht messen. Nach amtlichen Angaben betrug er im Jahre 1910 für Wolhynien 626786 ha, für Wolhynien und die Nachbargouvernements Kiew und Podolien nicht viel mehr (685258 ha); also etwa ein Zehntel des Kolonistenbesitzes in Südrußland, allerdings in Wolhynien auch fast ein Zehntel des gesamten Flächeninhalts (also nicht etwa bloß des Ackerbodens) des Gouvernements.

Auch in den Städten und Flecken finden sich Deutsche, die aber weniger in Betracht kommen.

Ein besonders wunder Punkt ist in Wolhynien die Schule. Richtig ausgebildete Lehrer sind kaum, soviel ich weiß, überhaupt nicht vorhanden. In der Regel ernennen die Bauern einen geeignet erscheinenden aus ihrer Mitte zum Lehrer, bewilligen ihm ein kleines Stück Land und ein noch kleineres Stück Geld als Gehalt und die Schule wird eröffnet. Es ist dann natürlich mancher darunter, von dem die Kollegen selbst sagen, „er ist im Schreibwerk nicht stark". Auch ist das Dasein so eines wolhynischen Waldschulmeisters keineswegs rosig zu nennen — er lebt in der Hauptsache doch von seiner Hände Arbeit. Und doch hat sich wunderbarerweise mancher gar nicht schlecht in sein Amt gefunden: die Kinder lernen bei ihm wirklich lesen, zum Teil sogar schreiben und das Wichtigste für ihre Frömmigkeit. Und obwohl auch die wolhynische Waldschule, diese eigenste Notschöpfung der deutschen Bauern, russifiziert wurde, hat sie doch weiter das Ihrige zur Erhaltung des dortigen Deutschtums getan.

Dabei ist so ein „Küsterlehrer" zugleich auch noch die Stütze des kirchlichen Lebens in den kleinen Gemeinden. Denn bei der großen Zahl der weit verstreut liegenden Dörfer ist hier an eine geordnete geistliche Versorgung allein durch die auch so überlasteten Pfarrer (es kommt hier noch öfter vor, als im Süden, daß ein Geistlicher über 100 Predigtorte im Jahr hat) überhaupt nicht zu denken. So müssen denn die Lehrer Lesegottesdienste halten, Kirchenbücher führen, Taufen und Beerdigungen vollziehen.

In neuester Zeit ist eine Art Küsterschule in der Kolonie Heimtal errichtet worden, die aber mit ihren 13 Zöglingen und mit ihren geringen Ansprüchen an die Leistung nur wenig Abhilfe schaffen dürfte.

Kirchen gibt es nur an den Hauptorten. Aber ein gottesdienstlicher Raum steht überall zur Verfügung; ein Bethaus oder wenigstens ein Betraum im Schulhause. Das ist nun einmal untrennbar von einer deutschen Kolonie.

Die wolhyniſchen Deutſchen ſind durchweg evangeliſch. Große Verbreitung unter ihnen hat der Baptismus, der eine ganze Anzahl eigener Dörfer zählt, aber auch in die unter ſolchen Verhältniſſen theologiſch natürlich wenig gerüſteten evangeliſchen Dörfer eindringt. Die alten Mennoniten-Kolonien ſind wohl vollſtändig eingegangen.

Man wird ſich denken können, was für ein Menſchenſchlag auf dieſem Boden, unter dieſen Verhältniſſen wachſen mußte! Sie haben das Arbeiten gelernt, und das Entbehren, und gelernt zäh und unverdroſſen zu ſein. — Vielleicht iſt hier und da eine gewiſſe Verwilderung eingedrungen, iſt die den Koloniſten (bei ruſſiſchen Verhältniſſen erklärlich genug!) überhaupt eignende Neigung zur Selbſthilfe hier beſonders ſtark. Auch mag der wolhyniſche Deutſche in ſeiner Art und ſelbſt in der Übernahme beſtimmter Unſitten der Gefahr des Verpolens ſtrichweiſe nicht ganz entgangen ſein. Als Ganzes angeſehen, iſt es eine wetterharte, tüchtige Art deutſcher Menſchen; ſchon wert, daß man ſie nicht vergißt, vor allem jetzt in ihrer ſonderlichen Kriegsnot nicht.

VI. Rußlands Kampf gegen die deutſchen Bauern und ſeine Folgen.

Man kann es gar nicht genug hervorheben, wie deutſch dieſe Koloniſten alleſamt ſind. Schon rein der Sprache nach. Mögen auch hier und da ein paar ruſſiſche Brocken ſich eingeſchlichen haben, oder mag ſelbſt da, wo Wolgadeutſche ruſſiſche Bauern zu Nachbarn haben, vereinzelt ein charakterloſes Gemiſch von Deutſch und Ruſſiſch ſich gebildet haben, — es iſt doch alte deutſche Sprache, die Koloniſtenſprache, treu (in den ſüdruſſiſchen Schwabendörfern bis zur feinſten mundartlichen Tönung) bewahrt. Ja, altes deutſches Sprachgut hat ſich darin erhalten, und altertümlichen deutſchen Briefſtil nach bibliſcher Art hat man in den vielfach ſo wunderlichen Koloniſtenbriefen: Mit den Namen des Briefſchreibers beginnend und mit Gruß und Segenswunſch an den Empfänger an der Spitze.

Zu bedauern iſt es, daß das deutſche Volkslied, obwohl in der Schule gepflegt, immer mehr verſchwindet. Zum Teil ſind engherzige religiöſe Erwägungen daran ſchuld, die neben dem geiſtlichen Geſang nichts Weltliches gelten laſſen wollen. Immerhin hat ſich der deutſche Sangestrieb doch nicht ganz erſticken laſſen. Und an der Wolga gibt es noch ein mündlich überliefertes Volkslied. Auch die alten Trachten ſind faſt durchweg verſchwunden.

Deutſche Art und deutſche Sitte ſind trotz alledem geblieben. Und wir wollen ſie nicht bloß darin finden, daß auch im ſüdruſſiſchen Koloniſtendorf an Pfingſten die bebänderte Maie unter Böllerſchüſſen aufgerichtet wird, oder daß alte deutſche Hochzeitsgebräuche ſich erhalten haben. Auch wo im kinderreichen Haus die Hausfrau unermüdlich putzt und kocht (wenn ſie auch faſt nirgends mit zur Feldarbeit zu gehen gewohnt iſt), iſt das ſo echt deutſch. Und deutſch iſt auch die Arbeitstüchtigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Männer, ſowie der Koloniſten Frömmigkeit. Selbſt ihre Fehler, wie etwa Eigenſinn oder Langſamkeit oder Verſchlagenheit ſind uns darum nicht gar ſo arg, weil auch ſie uns wie ein Abbild des heimatlichen deutſchen Bauern erſcheinen. Und wo Fremdes eindrang, hat es das Weſen doch nicht zu verderben vermocht.

Ja ſogar Proben ſeiner Germaniſierungskraft hat dieſes Deutſchtum im fremden Lande gegeben. Ruſſiſche Arbeiter gründen ſich bisweilen nach Ablauf ihres Dienſtes ein Dorf auf der Steppe nach deutſchem Muſter (es ſollen ſogar Fälle dageweſen ſein, daß ſie auch die deutſche Sprache übernahmen). Auch die Stundiſtenbewegung gehört hierher, die Übertragung ſpezifiſch württemberger Frömmigkeit auf die ruſſiſchen Nachbarn (denen dies dann die furchtbaren Verfolgungen von ſeiten der ruſſiſchen Regierung eintrug).

Deutſch ſind ſie geblieben, dieſe Koloniſten, wenn auch vielleicht ohne viel Überlegung und Bewußtſein, — ſo wie ein Baum ſeine Rinde behält und der Stein ſeine Härte.

Trotzdem waren es ruſſiſche Kolonien, die deutſchen Dörfer. Den Zuſammenhang mit dem deutſchen Mutterland hatten ſie längſt verloren. In unerreichbarer Ferne, unter fremder Herrſchaft, verſtreut über einen Flächenraum, der das Vielfache des Stammlandes ausmachte, hatte ſich das Band zwiſchen ihnen und der Heimat je mehr und mehr gelockert. Gelegentlich ein Pfarrer aus dem Reich oder ein ſchwäbiſches Sonntagsblatt, ein paar Ackergeräte deutſcher Herkunft — das etwa war das Wenige, was ſie noch mit Deutſchland verknüpfte. Aber ſonſt? Wer wußte denn in Deutſchland etwas von den Stammesbrüdern dort in der ſlawiſchen Zerſtreuung? Und wieder: was wußten denn die Koloniſten von Deutſchland? Höchſtens daß man ihnen in der Schule und von der Kanzel davon erzählte. Auch wirtſchaftlich fehlte jede Verbindung. Die deutſche Arbeit kam dem fremden Lande zugute. In der ruſſiſchen Erde, mochte ſie auch im Umkreis des Dorfes einen deutſchen Anſtrich haben, wurzelten

die Koloniſten feſter und feſter. Der Zar war ihnen doch aufrichtig der Landesherr, mochten auch in manchen Bauernhäuſern deutſche und ruſſiſche Kaiſerbilder nebeneinander hängen. Auch war klar, daß ſchließlich doch nicht für ewig ihre Abgeſchloſſenheit dauern würde, daß einſt der Tag kommen mußte, da auch das mit ganzer Bauernzähigkeit Feſtgehaltene in Sprache, Art und Glauben dahingegeben würde, da das deutſche Koloniſtentum untergehen würde im anſchwellenden ruſſiſchen Bauerntum.

Kurzſichtiger ruſſiſcher Politik war es vorbehalten, die deutſchen Koloniſten von der ruſſiſchen Scholle zu löſen, ihre Maſſen auch über die Grenzen des ruſſiſchen Reiches hinaus in Bewegung zu bringen und damit ſchließlich auch die Annäherung mit der alten Heimat anzubahnen, noch in ganz anderer Weiſe als vorher gelegentlich eine Hungersnot an der Wolga oder auch die (wenigſtens in den deutſchen Dörfern kaum geſpürte) Revolution die Aufmerkſamkeit des Mutterlandes auf ſie zu lenken.

Während das ältere Rußland mit ſeinen Zaren und Beamten faſt ausnamslos den Koloniſten freundlich geſinnt war, ja ein beſonderes Wohlwollen für ſie gezeigt hatte, brachte das Aufkommen der neuen nationaliſtiſchen Strömung eine den Koloniſten feindſelige Stimmung. Man begann ſie in Volks- und Regierungskreiſen als läſtige Eindringlinge, ja als Schmarotzer zu empfinden. Es wurde das Schlagwort geprägt, das man dann immer wieder unter den Ruſſen hörte, ſobald auf die Koloniſten die Rede kam: Sie hätten die ihnen zugedachte Lehrmeiſterrolle ſchlecht geſpielt und ſich vielmehr zum Schaden der Einheimiſchen bereichert (als ob es nicht auch an den Ruſſen lag, wenn ſie von den muſtergültigen deutſchen Siedlern nicht mehr lernten, als was etwa einige ruſſiſche Arbeiter ihnen abſahen).

Nationaliſtiſche Leidenſchaft machte blind gegen die von den Koloniſten geſchaffenen wirtſchaftlichen wie auch gegen die in ihnen dargeſtellten ſittlichen und kulturellen Werte. Es galt nur das Eine: Rußland den Ruſſen, die ruſſiſche Erde den ruſſiſchen Bauern (und dieſe lernten in ihrem Landhunger nun neidiſch auf den Beſitz der Deutſchen ſehn). In den Augen der Nationaliſten blieb der deutſche Koloniſt — auch wo er bereits durch mehrere Geſchlechter ruſſiſcher Untertan, treueſter ruſſiſcher Untertan war — „Ausländer“; ein Ausländer, dem man mißtrauen mußte, und der beſonders in der Nähe der Grenze verdächtig und gefährlich war. Da wurden die

aberwitzigen Fabeln erdacht und geglaubt, Deutſchland hätte die Koloniſten an der großen wolhyniſchen Heerſtraße auf Staatskoſten angeſiedelt, um ſich im Kriegsfall auf ſie ſtützen zu können! Und an dem allen änderte es nichts, daß die Koloniſten ihre Treue während der ruſſiſchen Revolution aufs glänzendſte bewährten.

All dies lief zuſammen in eine Reihe über Jahrzehnte verteilter ſich ſtetig ſteigernder Maßnahmen, deren Höhepunkt jetzt der Krieg brachte, und die darauf aus waren, einerſeits die Kolonien in ihrem wirtſchaftlichen Daſein zu beſchränken, andererſeits aber ihr völkiſches Sonderdaſein nach Möglichkeit einzuſchränken, ihre Verſchmelzung mit dem ruſſiſchen Volkstum zu fördern.

Es war gleich nach der Gründung des Deutſchen Reiches (ob ein urſächlicher Zuſammenhang mit dieſer beſteht, möchte ich nicht entſcheiden), da wurden — noch im Jahre 1871 — die Koloniſtengeſetze, die Vorrechte der Koloniſten, aufgehoben, die Koloniſten grundſätzlich den ruſſiſchen Bauern gleichgeſtellt. Auch „deutſche Leute“ ſollten nun — das traf beſonders empfindlich — „zu den Soldaten“, und mußten ſich die ruſſiſchen Behörden gefallen laſſen. Das war von nachhaltiger Wirkung für die bevorrechteten Koloniſten an der Wolga und in Südrußland. Das Wegfallen der Fürſorgebehörden brachte, wie bereits angedeutet, die ſchädlichſten Folgen mit ſich. Dann aber fühlten viele ſchon jetzt den Boden unter den Füßen wanken. Obgleich zunächſt in den Dörfern äußerlich ſo ziemlich noch alles beim Alten blieb (die Ruſſifizierung in Schule und örtlicher Verwaltung ſetzte erſt ſpäter ein), ſo war ihnen das Geſchehene genug, um Rußland den Rücken zu kehren, nicht mehr bloß neues *Land*, ſondern ein neues *Heimat*land zu ſuchen. Für die Wolgakoloniſten kamen die immer drückender werdenden Landverhältniſſe hinzu. So begann ſich dann aus dieſen Kolonien ein Auswandererſtrom zu ergießen, der ſeitdem nicht mehr verſiegt iſt. Und die Blicke richteten ſich in erſter Reihe dorthin, wohin um dieſelbe Zeit auch im Mutterlande ſo vieler Augen ſich richteten: nach Amerika, nach den Vereinigten Staaten, dann nach Kanada. Aber bald auch nach allen möglichen Erdteilen und Ländern, nach Südamerika und Südafrika, nach Argentinien und Braſilien. Deutſchland kann zunächſt nicht in Frage kommen, es galt ja für übervölkert. Wenn man da überhaupt von dieſen Wanderungen der deutſchen Koloniſten über See wußte, ſo wurden ſie womöglich von Deutſchland aus noch begünſtigt, und das nicht nur von Agenten der Schiffahrtsgeſellſchaften.

Wieviel wertvollſtes deutſches Menſchenmaterial iſt dabei durch planloſes in den Tag Hineinwandern, infolge gewiſſenloſer Ausbeutung zugrunde gegangen. Unzählige ſind verdorben und geſtorben, verarmt und verkommen, ohne daß jemand danach fragte. Ich habe ſelbſt während mehrjähriger pfarramtlicher Tätigkeit in Libau (über dieſen Hafen ging ein großer Teil der Auswandererzüge) Gelegenheit genug gehabt, aus nächſter Nähe das Elend mit anzuſehn, das dieſe unberatenen oder übel beratenen Auswanderer traf. Ich habe Fälle erlebt, in denen die Koloniſten — um ihren letzten Pfennig gebracht — einfach ſitzen blieben. Und insbeſondere für engliſche Häfen iſt mir ſpäter Ähnliches beſtätigt worden. Und wenn es anderen glückte — ſie waren dem Deutſchtum leicht noch mehr verloren, als vorher in Rußland, wo ſie in ihrer Dorfgemeinſchaft und auch in ihrer beſtimmten deutſchen Artgemeinſchaft, dem Koloniſtentum, völkiſch Halt und Stütze hatten; — auf den Heimſtätten Kanadas, wie etwa auf einer Stuhlfabrik in Wisconſin, — wenn ſie unter den Buren ſich verloren, ebenſo, wie wenn ſie in Braſilien abenteuerten.

Nach Wisconſin (übrigens auch nach Dakota, Texas) zogen beſonders viele Wolgakoloniſten. Ich lernte an der Wolga einmal einen amerikaniſchen Pfarrer kennen, deſſen Gemeinde drüben faſt durchweg aus früheren Wolgadeutſchen beſtand. Ein intereſſantes Beiſpiel für mißglückte Auswanderung nach Braſilien, das auch Kaerger in ſeinen Braſilianiſchen Wirtſchaftsbildern (Berlin 1889, S. 28, vgl. desſelben Verfaſſers „Wirtſchaft und Koloniſation im Spaniſchen Amerika“, Leipzig 1901) behandelt, bietet die Auswanderung von 4000 Wolgakoloniſten nach dem ſüdbraſilianiſchen Staat Parana, bald nach Aufhebung des Koloniſtengeſetzes. Auch ſonſt von den Regierungsbeamten übers Ohr gehauen, kauften dieſe unfruchtbares Moorland in der Meinung, es ſei Schwarzerde, — und mußten nach wenigen Monaten alles aufgeben: ein Teil kehrte nach Hauſe zurück, die übrigen verloren ſich in Argentinien und St. Catharina. — Den ſüdlichſten braſilianiſchen Staaten mit ihrem deutſchen Koloniſtentum konnte man übrigens von ganz Amerika die deutſch-ruſſiſchen Koloniſten noch am eheſten gönnen.

In Wolhynien ſetzen etwas ſpäter — um 1885 — ungleich ſchärfere Maßnahmen ein. Hier werden nicht bloß Sondergeſetze aufgehoben, vielmehr beſondere Geſetze gegen die Deutſchen erlaſſen. Und während man ſonſt überall den wirtſchaftlichen Beſtand der Kolonien bei allen

staatsrechtlichen oder kulturellen Assimilierungsversuchen unangetastet ließ, trifft man hier die Kolonien wirtschaftlich an der Wurzel. Bemerkenswert genug bewegen sich diese Gesetze und Vorlagen (vor allem die Dumavorlage vom Jahre 1910) in Gedankengängen, in denen die jetzigen Kriegsgesetze wie im Keime vorgebildet erscheinen. Die Kolonisten sollen kein Land mehr kaufen oder pachten. Besonders die Pachtverbote mußten, bei dem großen Umfang des Pachtwesens, die wolhynischen Kolonien auf das empfindlichste treffen. Dazu übernahm — auch hierin werfen die Kriegsgesetze ihren Schatten voraus — bei Beginn der Agrarreform die russische Bauern-Agrarbank die Apanagenländereien. Nun meldete sich auch die nationalistische Landpolitik. Die gerade ablaufenden, noch beim ersten Zuzug abgeschlossenen Pachtverträge wurden mit den Deutschen nicht erneuert (geschweige denn, daß man ihnen das erhoffte Eigentumsrecht darauf gab). Vielmehr jagte man die deutschen Pächter mit rücksichtsloser Härte vom Lande und setzte Russen an ihre Stelle, — in ihre Häuser, auf ihre Felder.

Noch mehr als die anderen Kolonisten sahen sich die wolhynischen Deutschen durch Regierungsmaßnahmen einfach aus dem Lande gedrängt. Ein Teil von ihnen hat es aber doch wieder mit Rußland versucht: im benachbarten Gouvernement Minsk bot man ihnen Sumpfland zu neuer Pionierarbeit (um sie dann vielleicht ebenso wieder zu verjagen), in Sibirien fanden manche neue Wohnsitze. Große Scharen aber wanderten doch aus (die Russifizierung der Schulen mochte mitsprechen), und für diese hatten die Waldgebiete Südbrasiliens besondere Anziehungskraft.

Die Deutschen aus Wolhynien haben aber auch am frühesten und am zahlreichsten den Heimweg nach Deutschland gefunden. Dieser war inzwischen von verschiedenen Händen bereitet worden. Endlich begann man in Deutschland für diese Stammesbrüder Raum zu finden und ein Herz für sie zu haben, sie als „Rückwandrer" aufzunehmen. Am frühesten bei der Ansiedelungskommission. Aus älteren Ansätzen, zumal der Witzenhäuser Kreise, organisierte sich dann in den Jahren 1908 und 1909 der Fürsorgeverein für deutsche Rückwandrer in Berlin als Einheitsstelle für die Wiedergewinnung und Wiederseßhaftmachung der Kolonisten. Seine immer weiter greifende Tätigkeit ist bekannt. Für die Auslandsorganisation und für die Unterbringung und Eingewöhnung der Rückwandrer auf Ar-

beiterſtellen iſt eine ſo gut wie reſtloſe Einheitlichkeit erzielt worden. Die einheitliche Regelung der Anſetzung von Anſiedlern iſt noch nicht voll durchgeführt.

So iſt es gelungen, wenigſtens einen Teil des ſonſt über Deutſchland hinweggehenden Auswandererſtroms aufzufangen. Bis zum Kriegsbeginn hatte die Anſiedelungskommiſſion gegen 5400 Familien angeſetzt, der Fürſorgeverein 3320 Familien und 846 Ledige, im ganzen 17593 Perſonen untergebracht. — Alles in allem hat es vielleicht 50—60000 Rückwandrer gegeben. Aber was iſt das gegenüber den Hunderttauſenden, die in den letzten 30—40 Jahren die Kolonien verließen!

VII. Die Koloniſten und der Krieg.

Die Rückwanderung wurde durch den Krieg zunächſt unterbrochen. Dann aber warf der Krieg ſelbſt erneut Koloniſten über die Grenze: Kriegsgefangene (bis jetzt etwa 14000), Kriegsflüchtlinge (gegen 4000 Familien). Das Sammeln und die Unterbringung dieſer Gefangenen und Flüchtlinge ſtellte der Fürſorgetätigkeit beſondere, weitreichende Aufgaben. Aber über dies alles hinaus weiſt der Krieg auf kommende größere Bewegungen und größere Aufgaben.

Für die Koloniſten hat der Krieg die Entſcheidungsſtunde gebracht. Es kann nicht ohne Einfluß auf das weitere Geſchick der Koloniſten bleiben, daß das Schwerſte, was ſie in dieſem Krieg getroffen hat, ihnen durch ruſſiſche Hände und durch die ruſſiſche Regierung zugefügt wurde, ſo daß das viel angeführte Wort des ruſſiſchen Miniſterpräſidenten: „Wir führen Krieg nicht nur gegen Deutſchland, ſondern auch gegen das Deutſchtum“ am deutſchen Koloniſtentum im Übermaß zur Wahrheit wurde. Es war ja nicht nur dies, daß der Krieg — wie in Wolhynien — in die deutſchen Dörfer drang. Wo ruſſiſche Heere ſtanden, vorrückten, zurückgingen, da führten ihn ruſſiſche Feldherrn auf ihre Art und hauſten ruſſiſche Soldaten auf ihre Weiſe, zum Schaden und Schrecken auch der eigenen Untertanen. Beim „Räumen“ aber und beim Abtransportieren war man gegen die deutſchen Koloniſten doppelt hart und grauſam. Nun irrten Unzählige, geflüchtet und verſchleppt, kaum mit dem Nötigſten verſehen, durchs weite Rußland — viele von ihnen ſind unterwegs umgekommen oder doch die Kinder ihnen geſtorben. Und auf der Flucht verweigerte man ihnen Unterkunft und Hilfe, ja

durch die Popen aufgehetzte Bauern sollen in russischen Dörfern durchziehende Kolonisten erschlagen haben.

Es blieb indessen nicht bei diesen Ausschreitungen, ebensowenig bei den Zwangsmaßnahmen gegen die Reichsdeutschen unter den Kolonisten oder dem in den Kolonien stellenweise bis zum Einstellen der deutschen Predigt gesteigerten Verbot des Deutschsprechens. Unter den harten Kriegsgesetzen Rußlands gegen die Angehörigen der feindlichen Staaten stehen an besonderer Stelle die Verordnungen vom 2./15. Februar 1915, die dann im Dezember desselben Jahres eine weitere Verschärfung erfuhren. In diese Gesetze nun (eine Zusammenstellung der Gesetze vgl. bei Klibanski, „Rußlands Kriegsgesetze gegen die feindlichen Ausländer", Breslau 1916) hat man Bestimmungen gegen die Kolonisten gebracht, im Geist der früheren wolhynischen Kolonistengesetze und -vorlagen, aber über diese weit hinausgreifend. Als „gewesene deutsche und österreichische oder ungarische Untertanen" verlieren die Kolonisten mit den feindlichen Ausländern das Recht, Land zu kaufen oder zu pachten. Ihre Pachtverträge werden ungültig. Und innerhalb einer bestimmten Grenzzone (nach Westen auf 150, im Süden und nach dem Schwarzen Meer hin auf 100 km festgesetzt) wird die Liquidation ihres gesamten Grundbesitzes vorgesehen. Damit ist das Kolonistentum recht- und heimatlos geworden. Die unmittelbare Folge der Gesetze aber mußte die Vertreibung der Kolonisten aus den noch von den Russen gehaltenen Teilen Wolhyniens, sowie aus Südrußland sein.

Klar tritt dabei das letzte russische Ziel — das agrarpolitische Interesse — zutage in der Rolle, die der Bauernagrarbank zugewiesen wird, so weit, daß nicht nur bei Zwangsverkäufen, sondern auch bei jedem Verkauf an Privatpersonen sie das Vorkaufsrecht hat, ja sogar den Preis, wenn er ihr zu hoch erscheint, herabdrücken kann. Unter einem erbärmlichen Schein des Rechtes und des Staatsinteresses wird also nicht nur dem blindesten Deutschenhasse freier Lauf gelassen, sondern auch nach dem sauer erworbenen Besitz des Kolonisten gegriffen. Man benutzt die durch den Krieg gebotene Gelegenheit, um — in kaum verhülltem Landraub — das lange angestrebte Ziel zu erreichen: die Kolonisten von ihrem kultivierten Land und aus ihren Dörfern zu verdrängen und sie wieder auf Unland zu versetzen, ihr Land aber den russischen Bauern (oder wie es heißt, auch russischen

Edelleuten und Exzellenzen) zu möglichſt günſtigen Bedingungen zuzuſchieben.

Die unerhört kurz bemeſſenen Liquidationsfriſten ſind längſt verſtrichen und wenn die Geſetze auch nur halbwegs ſtreng durchgeführt worden ſind, was muß das für die Koloniſten im Weſten und Süden zu bedeuten gehabt haben. Wir wiſſen ja nicht alles, was hinter dem eiſernen Vorhang drüben vorgeht. Nur vereinzelte Notſchreie dringen zu uns. Aber wir können uns die entſtandene Not (wie das ganze Maß der Kriegsnot der deutſchen Koloniſten) gar nicht groß genug vorſtellen, mag auch nach den vorliegenden Nachrichten das Schickſal nicht für alle Koloniegebiete und nicht für alle Koloniſtenklaſſen dasſelbe ſein. Wie wird da auch durch die Enteigneten die Zahl der ins Elend Geſtoßenen, der heimatlos Umherirrenden, vielleicht der Zugrundegegangenen vermehrt worden ſein. Im beſten Falle wurden ſie nach entlegenen Teilen Rußlands zur Anſiedelung abgeſchoben, viele nach Sibirien — und auch dort will man ſie neuerdings nicht dulden. —

Im Krieg hat Rußland den Koloniſten ſein wahres Geſicht gezeigt. Kann man nach alledem noch annehmen, daß je das Koloniſtentum wieder ſeinen Frieden machen könnte mit dem ruſſiſchen Zaren und dem ruſſiſchen Slawentum? Daß nicht je eher je lieber die Koloniſten alle den Staub von ihren Füßen ſchütteln möchten und das Land verlaſſen, das ihre und ihrer Väter Arbeit und Treue mit Undank lohnte? Daß nicht auch ſie jetzt ebenſo fühlen, wie jener Balte, der mir ſchrieb: „Man kann jetzt nicht mehr Deutſcher ſein und ruſſiſcher Untertan.“ Und wenn ſich jemand unter ihnen auch jetzt noch dem vollen Ernſt der Lage verſchließen ſollte im Gedanken, „es ſind Kriegsmaßnahmen und Kriegsgeſetze, und nach dem Kriege wird es wieder anders ſein“, die Zukunft wird ihn eines anderen belehren. Waren es doch von ruſſiſcher Seite nicht Übergriffe in der Leidenſchaft des Krieges, ſondern es war der letzte Schritt auf längſt betretener Bahn, der Schlußſtein Jahrzehnte alter ruſſiſcher Koloniſtenpolitik.

Es iſt nicht daran zu zweifeln, daß nach dem Kriege unter den Koloniſten eine gewaltige Auswanderung einſetzen wird, die die Auswanderungsbewegung der letzten Jahrzehnte weit in den Schatten ſtellen wird.

Und nun darf es uns nicht zum zweitenmal geſchehen, daß der Auswanderungszug der Koloniſten — diesmal gewiß nicht bloß ein

noch so großer Prozentsatz, sondern die Mehrzahl, vielleicht die Gesamtheit — in der Hauptsache über uns hinweggeht, etwa wieder nach der neuen Welt zu den Engländern und Anglo-Amerikanern. (Rußland macht jetzt schon Anstrengungen, um die verjagten und enteigneten Kolonisten nach Kanada zu schieben).

Es muß dafür gesorgt werden, daß zugleich mit der Erbitterung über das Ausgestandene und mit der Erbitterung gegen Rußland auch das Gefühl in ihnen wach und übermächtig werde, dem einst noch mitten im Frieden ein bestgestellter Kolonist im Süden mir gegenüber mit den Worten Ausdruck gab: „Ein deutscher Mann gehört nach Deutschland", daß ihr Entschluß zur Auswanderung ein solcher zur Rückwanderung werde. Schon die Kriegsfürsorge jetzt wird viel dazu beitragen.

Aber wir müssen auch gerüstet sein, sie bei uns aufzunehmen und ihnen die Brücken herüber bauen, soviel es irgend in unserer Macht steht. Es ist nicht genug, wenn vielleicht in unseren Herzen Zorn und Empörung auflodern über das, was unseren deutschen Volksgenossen durch russische Gewalttat zugefügt ward. Wir müssen uns darüber klar werden, daß hier für uns Deutsche ein „Kriegsziel" liegt und Friedensziele für die Zukunft nach dem Kriege. Es wird unsere Aufgabe beim Friedensschluß mit Rußland sein, den Kolonisten durch besondere Vereinbarungen den Fortgang von Rußland und den Übergang nach Deutschland zu erleichtern, sie vor Verlusten und vor weiterer Vergewaltigung zu schützen. Wie eine Antwort auf die herausfordernde Rede des russischen Ministers muß es da von unserer Seite heißen: „Wir verteidigen nicht nur Deutschland, sondern auch das Deutschtum". Hierzu sind bereits bestimmte, ins einzelne gehende Vorschläge gemacht worden, die wohl als Grundlage für künftige Verhandlungen geeignet erscheinen können. (Borchardt in den „Preuß. Jahrbüchern" 1915 Heft 1, v. Gayl im „Archiv für innere Kolonisation" 1915 Heft 10).

Wir werden aber auch nach dem Krieg innerhalb der — wie wir hoffen — dann erweiterten Grenzen mehr Platz haben für die Kolonisten; neue Siedelungsmöglichkeiten (und dabei Land nach der Kolonisten Sinn: weite Flächen, Neuland) und mehr Arbeitsgelegenheit. Vor allem, wenn das alte deutsche Land ohne deutsche Bauern, wenn die Ostseeprovinzen wieder in unsere Hand fallen oder davon auch nur das besetzte Kurland in unserer Hand bleibt. Dem Reiche

angegliedert und von den hieſigen Organiſationen mit umfaßt, werden dieſe Gebiete für die Koloniſten und die ganze Frage eine noch ungleich größere Bedeutung gewinnen können als bisher.

Es handelt ſich für uns bei alledem jetzt weniger denn je ausſchließlich um wirtſchaftliche Augenblicksintereſſen; nicht nur um Gewinnung von Arbeitskraft oder Kapitalkraft für Gutsbetrieb oder Anſiedelung — vielmehr vor allem um die Gewinnung oder Wiedergewinnung deutſcher Volkskraft, auch für die Zukunft. Darum wird es auch nach dem Kriege doppelt gelten, was weiter Blickende ſchon vorher ſagten: Das Wertvollſte, was uns die Koloniſten zubringen, ſind ihre vielen deutſchen Kinder. Um ihretwillen wird auch ein ſelbſt wenig Brauchbarer nicht umſonſt zu uns kommen, aber auch des Tüchtigſten Wert für uns geſteigert werden. Die kinderreichen deutſchen Koloniſtenfamilien ſollen uns mit dazu helfen, daß unſer Volkstum ſich nach den Rieſenverluſten des Krieges wieder erholt und ergänzt, ſie ſollen die geſchaffenen Lücken füllen — gewiß vornehmlich in den vom Krieg geſchädigten Gebieten, aber auch im ganzen Deutſchen Reich — das iſt die Kriegsbedeutung der Rückwanderung der Koloniſten für das Vaterland.

Wie wir die Heimkehr unſerer Heere nach dem Krieg erwarten, ſo wollen wir auch — von dem jetzt feindlichen Lande her — erwarten die Heimkehr der längſt ausgeſandten Oſtlandpioniere. Damit dann das deutſche Koloniſtentum mit ſeinem Sonderſchickſal und ſeiner Sonderart ein Ende nimmt, wiederaufgenommen vom Mutterland, wiederaufgegangen in dem zum Staat gefügten Deutſchtum — und damit als Ganzes wohl geborgen. Mögen die Koloniſten alle den Heimweg finden, ſich retten aus dem Slawenland, mitzuſchaffen an Deutſchlands großer Zukunft, die nun auch ihre und ihrer Kinder Zukunft ſein ſoll.

Nachtrag. Der vorſtehende Aufſatz iſt vor mehr als einem halben Jahr geſchrieben. Unter dem alten Regime hatte man zuletzt die Zügel noch ſtraffer angezogen, die Enteignungsgeſetze auf ganz Rußland ausgedehnt. Die Umwälzung aber ſcheint keine Änderung der Lage zu verſprechen. Schon wird gemeldet, bei der geplanten Aufhebung aller Beſchränkungen für die „Fremdſtammigen“ ſollten die „naturaliſierten Deutſchen“ ausgenommen ſein: Das neue Rußland tritt den Koloniſten gegenüber genau in die Fußſtapfen des alten!

Die kulturpolitische Bedeutung der Deutschen in Rußland.

Von Alexander Hermann in Berlin.

Bis vor wenigen Jahrzehnten waren die Deutschen in Rußland auch ein politischer Faktor ersten Ranges, sie wirkten mitbestimmend und nicht selten ausschlaggebend auf die innere und äußere Politik des Reiches ein. Schon Peter der Große, der den Prozeß der „Europäisierung Rußlands“ mit der ihm eigenen Gewaltsamkeit einleitete, zog viele Deutsche in seine nächste Umgebung und weilte mit Vorliebe unter den Balten der von ihm eroberten Ostseeprovinzen. Ebenso haben seine Nachfolger häufig die verantwortlichsten Posten in Diplomatie, Verwaltung und Heer mit Deutschen besetzt, selbst wenn die Gesamtrichtung ihrer Regierung keineswegs deutschfreundlich oder überhaupt westeuropäisch orientiert war. Katharina II. betonte trotz ihrer deutschen Herkunft (sie war bekanntlich eine geborene Prinzessin von Anhalt-Zerbst) sehr stark die national-russische Tendenz ihrer Regierung; ebenso war ihr Enkel Nikolaus I. durchaus russischer Despot und ein fanatischer Anhänger der griechisch-orthodoxen Kirche. Beide Herrscher haben die Rechte ihrer Untertanen deutscher Nationalität vielfach beschränkt und eingeengt, aber dennoch im weitesten Umfange Deutsche zur Mitarbeit an ihrer Regierung oder zur Verwirklichung ihrer Pläne herangezogen. So hat sich Katharina nicht nur häufig von deutschen Ratgebern leiten lassen (es sei hier beispielsweise der sehr einflußreiche Graf Sievers erwähnt), sondern auch in großer Zahl deutsche Bauern zur Kultivierung des Landes herangezogen — dieselben „Kolonisten“, deren Nachkommen jetzt von den Nationalrussen als Pfahl im Fleische des russischen Staatskörpers angesehen werden; und unter Nikolaus I. waren Hof, Zivilverwaltung und Offizierskorps so stark mit deutschen, besonders baltischen Elementen durchsetzt, wie nie vorher. Diese auffallende Erscheinung findet ihre Erklärung in der Tatsache, daß damals

nationale Gegensätze zwar nicht ganz fehlten, aber bei weitem nicht die Schärfe besaßen, wie in unserem schroff nationalistischen Zeitalter. Die russischen Zaren brauchten arbeitsame, pflichttreue und ehrliche Beamte, und die gewünschten Eigenschaften fanden sie mehr bei ihren Untertanen deutscher Nationalität als bei den Kernrussen; sie brauchten für das Heer, das ganz nach preußisch-deutschem Vorbilde geschaffen wurde, höhere und niedere Offiziere, denen dieser militärische Geist nicht erst künstlich eingeimpft werden mußte, sondern schon im Blute lag, und naturgemäß entsprachen wiederum die Deutschen, unter ihnen vorwiegend baltische Edelleute, am vollkommensten solchen Ansprüchen. Endlich ist es sicher nicht ohne Bedeutung gewesen, daß die russische Herrscherfamilie selbst deutscher Herkunft war. Seit Peter III. hatte die Dynastie der Holstein-Gottorp den russischen Thron bestiegen und wie Peters Gattin und Nachfolgerin Katharina II. waren alle späteren Zarinnen deutsche Prinzessinnen, wodurch die Prädisposition für deutsches Wesen am Hofe noch erhöht wurde. Erst Alexander III. heiratete eine dänische Prinzessin, die noch jetzt als „Kaiserin-Mutter“ eine sehr einflußreiche Persönlichkeit ist, und es ist allbekannt, daß sie auf den schroff deutschfeindlichen Regierungskurs ihres Gatten und später ihres Sohnes Nikolaus II. stark eingewirkt hat.

Bis zu den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts wehte in den höheren Sphären Rußlands ein den Deutschen günstiger Wind. In diesem Zeitraume finden wir zahlreiche Deutsche als Vertreter der Zentralregierung in Petersburg, in den verschiedensten wichtigen Posten bis zu den Ministern hinauf, ebenso aber auch unter den Gouverneuren und anderen höheren Provinzialbeamten im ganzen weiten Reich. Gleichzeitig konnte man im Militär dieselbe Erscheinung beobachten: fast sämtliche Regimentskommandeure und oft die Hälfte aller Offiziere in den privilegierten Garderegimentern waren Deutsche, Heerführer wie Barclay de Tolly und Totleben, beide Livländer von Geburt, gehören zu den gefeiertsten Namen der russischen Kriegsgeschichte des 19. Jahrhunderts. Und dabei handelte es sich in den allermeisten Fällen um wirkliche Deutsche, nicht etwa um verrußte Träger deutscher Namen. Wer damals als Deutscher in den russischen Staats- oder Militärdienst trat, geriet durch seinen Beruf keineswegs in eine „Kollision der Pflichten“, in einen Widerspruch zu den Traditionen seines Volkstums. Niemand verlangte

von ihm die Verleugnung ſeines deutſchen Weſens oder ſeines religiöſen Glaubensbekenntniſſes, und in ſeinem Pflichtenkreis brauchte er nirgends mit „inneren Hemmungen“ zu kämpfen. Seit dem ſiebenjährigen Kriege hatten die Ruſſen mit den Deutſchen nie mehr die Waffen gekreuzt, auf dem Gebiete der hohen Politik herrſchte zwiſchen Rußland und Preußen-Deutſchland ein nur ſelten getrübtes Einvernehmen, und in der inneren Politik wurden den Staatsbeamten deutſcher Herkunft ſtets ſolche Aufgaben übertragen, bei denen die zweckmäßige Organiſierung der Kräfte des Landes, nicht aber ſpeziell nationale Tendenzen zu verwirklichen waren. Wie wenig der jahrzehntelange Aufenthalt im Innern des Reiches und der ſtändige Umgang mit Ruſſen das Weſen dieſer Deutſchen umzugeſtalten vermochte, wird durch die Tatſache erhärtet, daß viele Balten als penſionierte Staatsbeamte und Offiziere a. D. ihren Lebensabend im Baltenlande verbrachten, ohne ſich von ihren deutſchen Heimatgenoſſen durch Lebensanſchauungen und Gewohnheiten weſentlich zu unterſcheiden.

Ausnahmen gab es freilich auch damals: Deutſche von minder entwickelter völkiſcher Widerſtandskraft, die ſich in der ruſſiſchen Umgebung dauernd wohl fühlten und deren Nachwuchs, aus Mangel an Anſchluß, ſchon ganz dem Deutſchtum verloren ging. Solche *verrußte Deutſche* fand man übrigens häufiger in den Kreiſen, die unmittelbar aus Deutſchland eingewandert waren, als unter den Balten. Aus leicht erklärlichen Gründen. Der in Rußland eingewanderte Reichsdeutſche *ſuchte* in der Regel gerade den Anſchluß an die ruſſiſche Umwelt, weil die Erlernung der Landesſprache für ihn eine wichtige Exiſtenzfrage war. Hatte er dieſes nächſte Ziel erreicht (oft erſt nach Jahren, denn das Ruſſiſche gehört bekanntlich zu den ſchwierigſten europäiſchen Sprachen), ſo hielt ihn die Macht der Gewöhnung oft in den alten Verkehrskreiſen feſt. Dazu kam noch die weite räumliche Entfernung vom Mutterlande und die bekannte Anpaſſungsfähigkeit des Deutſchen. Oft plätſcherte die nächſte Generation ſchon ganz fröhlich und ſelbſtverſtändlich im Fahrwaſſer des Ruſſentums. Hielt eine ſolche Familie trotzdem noch gewiſſe Beziehungen zur deutſchen Heimat aufrecht, ſo wurde die Umbildung ihres Weſens dort ſelten als völkiſcher Verrat gebrandmarkt: für den Deutſchen iſt ein gewiſſer „exotiſcher Duft“ meiſt ein pikantes Parfüm. Unter anderen Verhältniſſen kam der Balte nach Rußland.

Auch ihm war das Ruſſiſche eine Fremdſprache, aber er brachte doch durch die Schule ſchon gewiſſe Sprachkenntniſſe mit, und auf dieſer Grundlage ließ ſich dann leicht weiter bauen. Ferner beſaß er als Kolonialdeutſcher einen ſcharf ausgeprägten Raſſeninſtinkt. In jahrhundertelangem zähem Kampf hatte ſich ſein Stamm in fremdvölkiſcher Umwelt behauptet — durch die Überlegenheit der deutſchen Kultur. Nicht nur die Eſten und Letten, auch die Ruſſen betrachtete er als Vertreter einer niederen Raſſe, denen man ſich nicht aſſimilieren könne, ohne ſein Beſtes preiszugeben.

Echte und verrußte Deutſche bildeten jedenfalls längere Zeit hindurch einen ſo ſtarken und wichtigen Beſtandteil des ruſſiſchen Regierungsapparats, daß man mit gewiſſem Recht von einer „Deutſchenherrſchaft“ in Rußland reden durfte. Dagegen empörte ſich das erſtarkende Selbſtbewußtſein im ruſſiſchen Volke. Etwa ſeit der Mitte des 19. Jahrhunderts eröffneten die mächtigen Parteien der Altmoskoviter und der Panſlawiſten in ihrer Preſſe eine erbitterte Fehde gegen den verderblichen Einfluß der „privilegierten Fremdlinge“ im Lande. Dieſe Angriffe richteten ſich zunächſt gegen die Balten und die deutſche Landesverfaſſung ihres Gebiets, erweiterten ſich aber allmählich zu einem ſyſtematiſchen Feldzug gegen das geſamte Deutſchtum in Rußland. Die Bewegung fand leidenſchaftliche Anhänger in weiten Kreiſen des Volkes und gewann auch Boden unter den ruſſiſchen Mitgliedern des Hofes. Aber noch widerſtanden die Zaren. Neue Nahrung und ein ſehr effektvolles Propagandamaterial erhielt der Deutſchenhaß durch den Krieg von 1870/71 und die ihm folgenden Ereigniſſe. In dieſem Kriege waren bekanntlich die Sympathien der Ruſſen ausgeſprochen auf franzöſiſcher Seite, während die Balten und auch viele hohe deutſche Würdenträger in Petersburg aus ihrer deutſchfreundlichen Geſinnung kein Hehl machten, ja ſogar die deutſchen Siege und die Gründung des neuen deutſchen Kaiſerreichs mit Jubel begrüßten. Dieſer Umſtand wurde natürlich von den ruſſiſchen Nationaliſten nach Kräften ausgenutzt, und je mehr das Deutſche Reich unter Bismarcks genialer Leitung an weltgebietendem Anſehen gewann, deſto erbitterter wurden die Angriffe gegen die deutſchen Machthaber in Rußland, die geradezu des verräteriſchen Einverſtändniſſes mit dem mächtigen, eroberungsgierigen Nachbar geziehen wurden. Als nun gar nach dem ruſſiſch-

türkiſchen Kriege von 1877/78 der Berliner Kongreß unter Bismarcks Vorſitz eine Entſcheidung fällte, welche alle ruſſiſchen Patrioten tief enttäuſchte, nahm die deutſchfeindliche Stimmung in Rußland ſolche Dimenſionen an, daß an ihrem endgültigen Siege nicht mehr zu zweifeln war. Immerhin hat der humane und gerechte Zar Alexander II. die Entwickelung noch etwas aufgehalten. Er begnügte ſich mit gewiſſen Konzeſſionen an die erregten Volksleidenſchaften, machte aber gegen den Verleumdungsfeldzug entſchieden Front. Schon 1867 hatte er den Vertretern der baltiſchen Ritterſchaften über die Hetzereien der ruſſiſchen Preſſe wörtlich geſagt: „Je comprends parfaitement que vous soyez blessés par les menées de la presse. Aussi ai-je toujours blamé, moi, cette presse infame, qui, au lieu de nous unir, tache de nous désunir. Je crache sur cette presse ..... j'estime votre nationalité et j'en serais fier comme vous.“ Dieſen Worten getreu hat er ſich auch ſpäter nie zu einem entſchieden deutſch-feindlichen Regierungskurs beſtimmen laſſen.

Im Jahre 1881 beſtieg aber mit Zar Alexander III. ein entſchiedener ruſſiſcher Nationaliſt den Zarenthron, und jetzt entwickelten ſich die Verhältniſſe in der vom Volk gewünſchten Richtung mit der äußerſten Schnelligkeit. Durch ein Revirement in den hohen Staatsämtern wurden überall die Deutſchen durch Nationalruſſen erſetzt, und dieſe neuen Würdenträger ſorgten dann weiter für eine Beſetzung der anderen Ämter mit ihren Geſinnungsgenoſſen. Etwas länger hielt ſich noch eine deutſche Partei am Hofe, aber ſie verlor ſichtlich an Einfluß und wurde endlich ganz bedeutungslos. Denſelben Kurs verfolgte Alexanders III. Sohn und Nachfolger, der jetzt regierende Zar Nikolaus II. Wenn man in dieſem Zeitraum noch deutſche Namen unter den Vertretern hoher Staats- und Hofämter findet, ſo ſind es faſt ausnahmslos verrußte Deutſche, die ſchon durch ihr griechiſch-orthodoxes Glaubenbekenntnis den Stempel echten Ruſſentums tragen. Als Beiſpiel diene einer der bekannteſten ruſſiſchen Politiker der letzten Jahrzehnte, der Finanzminiſter und ſpätere Miniſterpräſident Witte. Aus einer urſprünglich reichsdeutſchen Familie ſtammend, war er nach Geſinnung und Konfeſſion Kernruſſe. Wenn er trotzdem in der inneren und äußeren Politik einen mehr deutſchfreundlichen oder wenigſtens national-neutralen Kurs verfolgte und ſogar beim Ausbruch des Weltkrieges in dem Sinne einer

Verſtändigung mit Deutſchland gewirkt haben ſoll, ſo entſprang ſein Verhalten ausſchließlich ſachlichen Motiven und hatte mit ſeiner deutſchen Abſtammung nichts zu ſchaffen. Nebenbei bemerkt unterſchied er ſich dadurch von den meiſten anderen verrußten Deutſchen, die den „Makel ihrer Geburt“ nach Renegatenart gerade durch eine ausgeſprochen aggreſſive Tendenz gegen ihr ehemaliges Volkstum zu verdecken pflegen. Ein typiſcher Vertreter dieſer Gattung iſt z. B. der ſpätere Miniſterpräſident Stürmer, von dem die Blätter ſogar zu berichten wußten, daß er ſeinen „fatalen“ deutſchen Familiennamen mit einem „echtruſſiſchen“ vertauſchen wolle.

Etwas langſamer vollzog ſich der Prozeß der „Entdeutſchung“ im Militär. Die Zahl der höheren Offiziere deutſcher Herkunft war dort ſo groß, daß ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit von verhängnisvollen Folgen geweſen wäre. Seit Alexander III. wurde aber ſehr deutlich der Grundſatz durchgeführt, bei Beförderungen nicht die militäriſche Tüchtigkeit, ſondern die Nationalität der Aſpiranten als ausſchlaggebend anzuſehen, und die höheren Poſten wurden bei eintretender Vakanz faſt ausſchließlich mit Vollruſſen oder notoriſch ruſſifizierten Deutſchen beſetzt. Infolgedeſſen verminderte ſich auch der Zudrang der Deutſchen zur militäriſchen Karriere, beſonders da auch ein Zukunftskrieg mit Deutſchland im Bereich der Möglichkeit lag — wenn auch zunächſt noch niemand im Ernſt daran glauben mochte. Nur in der Marine blieben die Balten noch verhältnismäßig ſtark vertreten. Als Anwohner der Küſte ſind ſie begeiſterte Seeleute, und ſie wurden als Seeoffiziere nach Gebühr geſchätzt und „vorurteilslos“ behandelt; die Regierung mußte auf dieſem Gebiete Konzeſſionen machen, denn der binnenländiſche Ruſſe beſitzt in der Regel weder Neigung noch Geſchick für den ſeemänniſchen Beruf. Immerhin wird man es auch in der Marine ſelten finden, daß unter dem ruſſiſchen Uniformrock ein deutſches Herz ſchlägt. Früher war das keine außergewöhnliche Erſcheinung, jetzt iſt der Geſamtgeiſt des ruſſiſchen Offizierskorps in Heer und Marine ſtreng national; wer ihm angehört, muß auf die Dauer ſein deutſches Nationalbewußtſein einbüßen.

Auffallend groß iſt die Zahl der Deutſchen im diplomatiſchen und Auslandsdienſt geblieben. Nach jüngſt angeſtellten Berechnungen eines ruſſiſchen Blattes waren noch während dieſes Krieges im ruſſiſchen Miniſterium des Äußeren unter 133 Beamten 44 deut-

ſcher Herkunft und unter den 694 Konſuln trugen gar 350, alſo über die Hälfte, deutſche Namen. Trotzdem kann natürlich auch in dieſem Reſſort von deutſchem Einfluß nicht die Rede ſein. Dieſe „ruſſiſchen Diplomaten deutſcher Herkunft“ ſind tatſächlich weder Ruſſen noch Deutſche, ſondern Glieder der internationalen Ariſtokratie mit den dieſer Menſchenklaſſe eigenen Anſchauungen und Lebensformen. Sie treiben die Politik ihres Staates, der nationale Faktor ſpielt in ihrem Leben keine Rolle. Was endlich die Konſuln anlangt, ſo iſt ihre Stellung an manchen Orten von nicht zu unterſchätzender politiſcher Bedeutung; dort wird die Regierung ſicher für Vertreter mit unzweifelhaft ruſſiſcher Geſinnung ſorgen. In allen übrigen Fällen haben die Konſuln nur gewiſſenhafte Bureauarbeit nach genau angegebenen Direktiven zu leiſten; daß dabei die Wahl meiſt auf Deutſche fällt, weil man ſich auf ihre Zuverläſſigkeit am meiſten verlaſſen kann, iſt bei den ruſſiſchen Verhältniſſen ſelbſtverſtändlich. In dieſem Zuſammenhange ſei auch als Kurioſum erwähnt, daß ein ruſſiſches Hetzblatt zu Beginn des Krieges die Liſte ſämtlicher Beamten des Petersburger Zollamts veröffentlichte; es waren, wie ſchaudernd feſtgeſtellt wurde, faſt ausſchließlich deutſche Namen; ſogar ein — Hindenburg war darunter, glücklicherweiſe in ganz untergeordneter Stellung. Der Grund dieſer auffallenden Erſcheinung, die erprobte Ehrlichkeit der Deutſchen, wurde natürlich verſchwiegen, dagegen von allerhand geheimnisvollen Beziehungen zum Landesfeind gefabelt ...

Seit über drei Jahrzehnten iſt alſo der politiſche Einfluß der Deutſchen in Rußland endgültig gebrochen, aber ihre Bedeutung im Geſamtorganismus des ruſſiſchen Reiches iſt immer noch ungeheuer groß geblieben. In dem buntſcheckigen Nationalitätengemiſch der ſogenannten „Fremdvölker“ Rußlands ſind die Deutſchen zweifellos das Volk, das auf allen Gebieten des wirtſchaftlichen und kulturellen Lebens am ſtärkſten hervortritt. Das iſt um ſo auffälliger, als ſie an Zahl (2—2½ Millionen) nur einen kleinen Bruchteil der Geſamtbevölkerung bilden und darin auch durch andere Kulturvölker unter den „Fremdſtämmigen“ Rußlands übertroffen werden. Aber während beiſpielsweiſe die Polen (ungefähr zehn Millionen ſtark) nur ihrem Stammlande ſein charakteriſtiſches Gepräge verleihen und im übrigen Rußland vorwiegend in beſtimmten Berufsarten (als Akademiker, Ingenieure und Techniker, beſonders im Eiſenbahn-

weſen) merklich hervortreten, haben die Deutſchen nicht nur dem baltiſchen Land, ſondern auch weiten Gebieten im Innern des ruſſiſchen Reiches den Stempel ihres Volkstums aufgedrückt, und auch ſonſt allerorten trifft man tiefe Spuren ihrer Wirkſamkeit. Wer Liv-, Eſt- und Kurland beſucht, findet in Riga, Reval und Mitau charakteriſtiſche deutſche Städtebilder; wer das dortige Land durchſtreift, ſieht bei den deutſch-baltiſchen Gutsherren ebenſo wie bei den lettiſchen oder eſtniſchen Bauern dieſelben Wirtſchaftsprinzipien angewandt, wie im oſtelbiſchen Deutſchland. Aber auch der Reiſende auf dem Wolgadampfer fährt tagelang an wogenden Kornfeldern und fruchtſtrotzenden Obſtgärten vorüber, die deutſchen Bauern gehören und von ihnen nach deutſcher Art kultiviert werden; allenthalben tönt ihm dort aus dem Munde der mitreiſenden Landleute ein unverfälſchter deutſcher Dialekt entgegen. Und dieſe deutſchen Bauernkolonien umfaſſen noch andere Rieſengebiete Rußlands: im Kaukaſus und in der Krim, in Beßarabien, Wolhynien und Polen, ja ſogar einzelne verſtreute Anſiedelungen bis tief nach Aſien hinein, in Sibirien und Turkeſtan. Beim Beſuch von Fabriken und anderen induſtriellen Anlagen wird man überall im weiten Reiche Deutſche auf den verantwortlichſten Poſten finden, als Ingenieure und Techniker, als Meiſter und Vorarbeiter. Überraſchend groß iſt auch die Zahl der deutſchen Großkaufleute, beſonders in den Hauptſtädten und wichtigſten Handelsplätzen des Reichs. Die charakteriſtiſche Geſtalt des deutſchen Apothekers fehlt wohl in keiner ruſſiſchen Stadt, und faſt ebenſo verbreitet iſt der deutſche Arzt; beide erfreuen ſich beim ruſſiſchen Publikum eines ſehr guten Rufes, denn die ſonſt ſo verſpottete deutſche Pedanterie und Gründlichkeit wird von den Ruſſen ſehr geſchätzt, wenn ſie ſie für die Erhaltung der eigenen Geſundheit nutzbar machen können — wie ja auch die Heilbäder Deutſchlands ſelbſt von den verbiſſenſten ruſſiſchen Chauviniſten gern beſucht werden.

Die weite Verbreitung der Deutſchen wiederſpricht nur ſcheinbar ihrer verhältnismäßig geringen Zahl. Wir dürfen nicht vergeſſen, daß Rußland das klaſſiſche Land der Analphabeten iſt. Den Grundſtock der Bevölkerung bilden die Bauern, die zu 80—90 % des Leſens und Schreibens unkundig ſind, und unter den ſtädtiſchen Fabrikarbeitern ſind die Bildungsverhältniſſe nur wenig günſtiger. In einem ſolchen Lande hat jeder Gebildete zehnfache Geltung — und die Deutſchen Rußlands gehören durchweg den gebil-

deten Gesellschaftsklassen an. In ihrer Art auch die Kolonistenbauern. Zwar sind die geistigen Bedürfnisse dieser Leute nicht sehr stark, aber neben Bibel und Gesangbuch findet man Volkskalender und Schriften ähnlichen Inhalts sowie eine deutsche Kolonistenzeitung jetzt wohl bei jedem deutschen Bauernwirt Rußlands. Und die führenden Männer der Gemeinde geben sich damit nicht zufrieden. Sie sind sich des hohen Vorzugs bewußt, durch ihre Muttersprache den Zugang zu den geistigen und wirtschaftlichen Errungenschaften eines der größten Kulturvölker zu besitzen; sie lesen deutsche Bücher und Fachzeitschriften, verfolgen aufmerksam den Gang der Welt da draußen und verbreiten — oft langsam, aber mit sichtlichem Erfolge — fortschrittliche Ideen unter der schwerfälligen, von Natur konservativen Bauernschaft. Dagegen lebt der russische Muschik noch immer gleichsam im Urzustande, und die Regierung hält ihn bewußt im Banne der „Macht der Finsternis".

Ferner sind die Deutschen Rußlands reich an ausgesprochenen Herrennaturen, und das erklärt sich durch ihre Vergangenheit. Die baltischen Deutschen sind als Eroberer und Kolonisatoren ins Land gekommen, und wenn sie auch in späteren Jahrhunderten ihre politische Selbständigkeit eingebüßt haben, so sind sie doch in sozialer Hinsicht die führende Oberschicht des Landes geblieben. Diese Vormachtstellung der Deutschen im Baltenlande ist während der letzten Jahrzehnte stark angefochten, stellenweise (besonders in einigen Städten) erschüttert, aber noch keineswegs gebrochen worden. Die Tradition der Jahrhunderte wirkt in jenem Gebiete noch mächtig nach, gestützt durch die kulturelle und wirtschaftliche Überlegenheit des Deutschtums; „Herr" und „Deutscher" sind dort noch immer nahezu identische Begriffe. — Ähnlich betätigen die deutschen Kolonistenbauern ihre Herrennatur. Auch sie sind als Kolonisatoren ins Land gekommen, als Pioniere der Kultur unter einer halbwilden oder wenigstens gänzlich unzivilisierten Bevölkerung. Ganz auf sich selbst gestellt, von derselben Regierung, die sie einst ins Land gerufen, angefeindet und auf Schritt und Tritt gehemmt, haben sie sich doch überwiegend zu Wohlstand emporgearbeitet. Der Vergleich mit der andersstämmigen Umwelt, die in dumpfer Stagnation weiter verharrt, läßt sie erkennen, daß sie die Erfolge einzig der Kraft ihres deutschen Volkstums verdanken. Daher betrachten sie den Russen als Vertreter einer minderwertigen Rasse, der wohl als Knecht in ihren Diensten arbeiten

kann, aber ihnen nicht ebenbürtig an die Seite treten darf. Verschwägerungen mit ruſſiſcher Sippe gelten dort ſtets als Mißheiraten, denn ſie tragen zur Verſchlechterung der Raſſe bei. Bäuerlicher Herrenſtolz auf Grundlage der Raſſenüberlegenheit: ſo könnte man dieſen Standpunkt definieren — und die übrigen Hunderttauſende von Deutſchen, die im weiten ruſſiſchen Reiche zerſtreut wirken, ohne zu den Balten oder Koloniſten zu gehören, finden wir deswegen ſo häufig in verantwortungsvollen Stellungen, weil auch ihnen die Gabe zu leiten, zu organiſieren im Blute ſteckt. Sie verſtehen zu befehlen, daher finden ſie auch überall willigen Gehorſam, und der Ruſſe iſt, richtig geleitet, nicht ſelten ein vortrefflicher Diener, aber meiſt ein ſchlechter Herr. Dieſe auffällige Theſe zu begründen, iſt hier nicht der Ort. Wer aber die Verhältniſſe in Rußland aus eigener Anſchauung kennt, wird die Richtigkeit des Satzes beſtätigen können.

Vor allem aber verdankt der Deutſche ſeine hervorragenden Erfolge in Rußland dem Umſtande, daß er gerade die Eigenſchaften beſitzt, die dem Ruſſen fehlen. Der gebildete Ruſſe iſt intelligent, phantaſie- und ideenreich; aber ſeine Intelligenz bleibt unfruchtbar, weil er ſie nicht in ſtetiger Arbeit zur Erreichung eines beſtimmten Zieles anwendet; ſeine Ideen reichen nur zum Aufbau theoretiſcher Konſtruktionen, verſagen aber bei der Ausführung. Er iſt Gefühls- und nicht Willensmenſch. Oratoriſch ſtark begabt, verſteht er in Wort und Schrift ſich und andere zu begeiſtern, — aber den Worten folgen keine Taten. Treue Pflichterfüllung iſt ſeinem Weſen fremd, ebenſo Ordnungsliebe und Gerechtigkeitsgefühl. Rußland iſt kein Rechtsſtaat und wird auch nicht ſo bald einer werden, weil die Regierung ſich über die Geſetze nach Belieben hinwegſetzt und ihre Wirkſamkeit ſtändig durch „Ausnahmebeſtimmungen“ aufhebt, und weil das Volk die Geſetze nur als drückende Feſſeln empfindet, zu deren Beſeitigung alle Mittel erlaubt ſind; das iſt auch der Hauptgrund für die ungeheuer verbreitete Beſtechlichkeit. Die Korruption erſtreckt ſich aber nicht nur auf die Regierungs-, ſondern auch auf die Selbſtverwaltungsorgane, beſonders in den Städten, wodurch die Unfähigkeit der Ruſſen zu ſelbſtloſer kommunaler Arbeit erwieſen wird, — trotz allen ſchönen volksbeglückenden Phraſen der ruſſiſchen Patrioten. Und auch im eigenen Hauſe iſt der Ruſſe meiſt ein ſchlechter Wirt, ſelten verſteht er Einnahmen und Ausgaben in das richtige Gleichgewicht zu bringen. Wohl in keinem

anderen Lande Europas wird ſo leicht Geld verdient und auch ſo leichtſinnig wieder ausgegeben, wie in Rußland. Sparſamkeit wird dort geradezu verſpottet und der Ruſſe rühmt ſich ſeiner „breiten Natur“ (schirokaja natura), die allerdings in der ſchrankenloſen Gaſtlichkeit und Freigebigkeit ſympathiſche Züge aufweiſt, aber im Grunde nur auf ungeſunden wirtſchaftlichen Prinzipien beruht. Wenn außerdem das ruſſiſche Haus, trotz ſeiner berühmten Gaſtfreiheit, auf den Weſteuropäer einen wenig behaglichen Eindruck macht, wenn dort Unordnung und Unſauberkeit ſelbſt in höheren ſozialen Schichten herrſchen, ſo zeigt ſich darin der Einfluß der ruſſiſchen Frau. Die gebildete Ruſſin iſt eine intereſſante und pikante Erſcheinung; ſehr welt- und redegewandt, geiſtig regſam und beleſen, lebt ſie vor allem der Geſelligkeit, aber die Pflichten der Hausfrau und der mütterlichen Erzieherin „liegen“ ihr nicht, wenn ſie auch über wirtſchaftliche und pädagogiſche Fragen, ganz beſonders aber über ihr Lieblingsthema, die „Frauenrechte“, ſehr „anregend“ zu plaudern verſteht. Daß die ruſſiſche Frau die wahren Frauenpflichten nicht kennt, iſt ſicher ein Hauptgrund für die Verlotterung der ruſſiſchen Jugend, über die allgemein geklagt wird und der man durch alle möglichen pädagogiſchen Experimente im Schulweſen zu ſteuern ſucht, während die Wurzel des Übels im Hauſe ſteckt.

Etwas anders als die gebildete „Oberſchicht“ erſcheint der ruſſiſche Bauer, aber der tiefer dringende Blick erkennt auch bei ihm dieſelben Grundeigenſchaften, die ſich nur unter den verſchiedenen Exiſtenzbedingungen anders entwickelt haben. Der ruſſiſche Bauer iſt ein Menſch von guten Anlagen, bei richtiger Leitung ſehr geſchickt und anſtellig, aber mit ſehr wenig eigener Initiative begabt. Von der Regierung grundſätzlich im Zuſtande gänzlicher Unbildung gelaſſen, durch die Inſtitution der „Gemeindewirtſchaft“ bisher vom wirtſchaftlichen Dauererwerb abgeſchloſſen, lebt er im weſentlichen noch unter denſelben Verhältniſſen, wie vor tauſend Jahren. Ihm fehlt der mächtig vorwärtsdrängende Wille, der die Widerſtände niederzwingt; fataliſtiſch nimmt er ſein Schickſal hin und ſchöpft Troſt aus einer entſagungsvollen, myſtiſch gefärbten Religioſität. Seine Willensſchwäche beweiſt er auch im Alkoholgenuß, dem er bei jeder ſich bietenden Gelegenheit ſchrankenlos fröhnt. Überhaupt iſt die, auch in den gebildeten Schichten weit verbreitete Trunkſucht das typiſche ruſſiſche Nationallaſter, ohne daß der Alkoholkonſum quantitativ größer wäre als in

den anderen europäiſchen Ländern. Beim Ruſſen wird aber das an ſich geringe Pflichtgefühl durch den Rauſch und ſeine Folgeerſcheinungen ſtärker beeinträchtigt, weil die ſittlichen Hemmungen ſchwächer ſind. So kommt es, daß der ruſſiſche Bauer auf gutem, zum Teil vortrefflichem Boden nicht zu geſichertem Wohlſtand gelangt. Der Ertrag guter Erntejahre wird reſtlos verausgabt, bei Mißernten muß die Regierung aushelfen und darüber hinaus werden noch überall im Reich Sammlungen für die „armen Bauern“ veranſtaltet. Erſt ſeit einigen Jahren hat die Regierung den Verſuch gemacht, den „Gemeindebeſitz“ allmählich durch den „Individualbeſitz“ zu erſetzen und dadurch der Bauernſchaft eine geſundere wirtſchaftliche Grundlage zu ſchaffen. Aus den Bauern rekrutiert ſich auch die Arbeiterſchaft in den Induſtriegegenden, da bei der Jugend der ruſſiſchen Induſtrie ein Arbeiterſtand mit feſten Traditionen ſich noch nicht entwickelt hat. Mehr als in anderen Ländern herrſchen daher hier die „ungelernten“ Arbeiter vor. Wegen ihrer Unbildung und Stumpfheit vermögen ſie ſich nur ſelten zu „Qualitätsleiſtungen“ emporzuarbeiten und müſſen ſich daher ihr Leben lang mit Minimallöhnen begnügen, die nur beim abſoluten Verzicht auf alle Kulturbedürfniſſe zum Unterhalt ausreichen. Aus den tüchtigeren, aufwärts ſtrebenden Elementen entwickelt ſich aber ſelten ein ſolider, leiſtungsfähiger Stamm, weil der „gebildete“ ruſſiſche Arbeiter ſich mit Feuereifer der ſozialpolitiſchen Tätigkeit widmet, durch ſeine Maßloſigkeit und ſeinen Mangel an Organiſationstalent der von ihm vertretenen Sache wenig nützt, aber die eigene Arbeit vernachläſſigt.

In ſolcher Umwelt lebt der Deutſche Rußlands, und es iſt ohne weiteres klar, daß er durch die Überlegenheit ſeiner alten Kultur und die Geſamtheit ſeiner völkiſchen Eigenſchaften auf dieſem Boden die günſtigſten Exiſtenzbedingungen finden muß. Wenn der Deutſche im Reich durch Arbeitſamkeit und Pflichttreue, durch ſolide geſchäftliche Grundſätze, durch Organiſationstalent, durch glückliche Verbindung wiſſenſchaftlicher und praktiſcher Tüchtigkeit ſich auf dem Weltmarkt, in zähem Wettbewerb mit den alteingeſeſſenen Kulturvölkern, eine führende Stellung erworben hat, ſo hat der Deutſche in Rußland durch dieſelben Eigenſchaften — mögen ſie bei ihm auch weniger „herausgearbeitet“ ſein — infolge der Untüchtigkeit ſeiner Mitbewerber ein verhältnismäßig leichtes Spiel. Mit Entſetzen ſieht der Ruſſe den verhaßten Fremdling, den er als politiſchen Faktor in

seinem Lande glücklich ausgeschaltet hat, wirtschaftlich immer mehr an Boden gewinnen, denn dieselbe Summe von Arbeitskraft und Energie, die der Deutsche früher im russischen Staats- und Militärdienst anwandte, betätigt sich jetzt in den verschiedensten „freien" Berufen. Seitdem ertönt durch die russische Gesellschaft und Presse das ständige Wehgeschrei von der „deutschen Gewaltherrschaft" auf wirtschaftlichem Gebiet, doch diese Erscheinung konnte durch Regierungsmaßregeln nicht so einfach beseitigt werden, weil es sich um schwer zu formulierende Rechtseingriffe in private Verhältnisse gehandelt hätte. Erst der Krieg mit Deutschland bot den willkommenen Anlaß, alle Bedenken fallen zu lassen und mit brutaler Faust zuzuschlagen. Seitdem ist der Deutsche in Rußland ein recht- und schutzloses Freiwild. Nicht nur die deutschen Staatsangehörigen (was an sich begreiflich wäre), sondern auch die russischen Untertanen deutscher Nationalität werden allenthalben rücksichtslos aus ihren Stellungen verdrängt, ihr Grundbesitz wird versteigert, Tausende von ihnen schmachten als angebliche Staatsverräter im Gefängnis oder sind in die Einöden Sibiriens verbannt. Daß für alle diese zwangsweise ausgeschalteten Kräfte des Wirtschaftslebens kein auch nur halbwegs geeigneter Ersatz zu finden ist, verkümmert zunächst noch nicht den Triumph der russischen Nationalisten. Erst wenn die Kriegshypnose verflüchtigt ist, wird ihnen die selbstmörderische Wirkung ihrer Tätigkeit klar werden.

Aber schon lange vor dem Ausbruch des Krieges befanden sich die Deutschen dem Russentum gegenüber in einer ausgesprochenen Defensivstellung. Nicht wegen der Angriffe gegen ihre wirtschaftliche Vormacht, denn in der Friedenszeit blieb das chauvinistische Wutgeschrei im wesentlichen ohne sachliche Folgen. Viel wichtiger war der Selbstschutz der Deutschen gegen den Einbruch des Russentums in ihre eigenen Reihen. Im russischen Wesen liegen viele bestechende Züge von werbender Kraft, und manche jener Eigenschaften, die wir im wirtschaftlichen Minuskonto gebucht haben, üben eine starke Anziehungskraft auf ungefestigte Charaktere aus. Die „breite Natur" des Russen mit allem, was drum und dran hängt, wirkt ansteckend auf die Umgebung und vermag selbst die anererbten Eigenschaften des Deutschen durch die Macht der Gewöhnung umzumodeln. Stark wirkt auch der prickelnde Reiz der russischen Frau, besonders auf das heiße Blut der Jugend, und bei Mischehen zwischen

Deutschen und Russinnen siegt in der zweiten Generation meist das russische Element, weil die Frau den Geist des Hauses bestimmt. Aus demselben Grunde wirken die Ehen von Russen mit deutschen Frauen durchaus als Rassenverbesserung, denn die Mutter bringt in ihren Kindern das ererbte deutsche Blut durch die Macht der häuslichen Erziehung zum Siege. Wer den Stammbaum leistungsfähiger Männer mit echtrussischen Familiennamen daraufhin untersucht, wird sicher oft auf deutsche Mütter und Großmütter stoßen. Auch das ist ein Beitrag zum traurigen Kapitel des Auslandsdeutschen als „Kulturdünger" für fremde Völker, denn hier geht das deutsche Blut nicht nur dem eigenen Volksstamm verloren, sondern stählt oft noch die Kräfte des Gegners im Kampfe gegen dasselbe Deutschtum. Gegen diese Gefahr des Ertrinkens im Russentum haben die Deutschen schon längst, rein instinktiv oder in sicherer Erkenntnis der Gefahr, Schutzwehren errichtet. Es sind Organisationen verschiedener Art; manche von ihnen sind nicht mit dieser Zweckbestimmung geschaffen, sondern aus anderen Bedürfnissen organisch emporgewachsen, — letzten Endes dienen sie aber der Erhaltung des deutschen Volkstums.

Eine trennende Scheidewand zwischen Russen und Nichtrussen bildet die Kirche. Wer als „Fremdstämmiger" zur griechisch-orthodoxen Staatskirche übertritt, dokumentiert damit öffentlich den Abfall von seinem Volkstum, denn die russische Staatskirche hat eine ausgesprochen nationale Tendenz. Ein solcher Konfessionswechsel kommt bei den Deutschen Rußlands verhältnismäßig selten vor, fast nur bei niedrigen Strebernaturen, deren Verlust der deutschen Gesamtheit nur willkommen sein kann. Viel häufiger und gefährlicher sind die schon erwähnten „Mischehen", weil nach russischem Staatsgesetz (das seit 1906 formell aufgehoben, tatsächlich aber immer noch in Wirksamkeit ist) die Kinder aus solchen Ehen der griechisch-orthodoxen Kirche angehören müssen. Daher betrachtet es die evangelische Kirche, der die größte Mehrzahl der Deutschen Rußlands angehört, als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, den engen Zusammenschluß ihrer Gemeindeglieder zu fördern und sie dadurch vor der kirchlichen Absplitterung möglichst zu bewahren. Durch ganz Rußland bis an seine äußersten asiatischen Grenzgebiete zieht sich ein Netz von evangelischen Gemeinden. Ihren Grundstock bilden Deutsche, und die wenigen andersstämmigen Evangelischen treten gegen sie gänzlich zurück. Das Deutsche ist die evangelische Amtssprache und wird im ganzen kirchlichen Schrift-

wechsel ebenso angewandt wie in den Predigten und auf den Gemeindeversammlungen. Deutsche sind auch die allermeisten Pastoren. Die wenigen Letten und Esten, die im Innern des russischen Reichs als Geistliche tätig sind, stammen aus den baltischen Provinzen, also aus ganz deutscher Kulturatmosphäre, und sind ausnahmslos auf der Universität Dorpat, der einzigen russischen Hochschule mit einer evangelischen Fakultät, von deutschen Professoren für ihren geistlichen Beruf vorgebildet worden. Wenn nun diese evangelischen Pastoren ihre Gemeindeglieder vor dem Aufgehen im Russentum schützen wollen, ist das einzige wirksame Mittel dazu die Pflege der deutschen Kultur; kirchliche und nationale Bestrebungen fallen hier zusammen. Die Geistlichen finden dabei in ihren Gemeinden meist verständnisvolle Unterstützung, und die Glieder des „Kirchenrats", dessen Zusammensetzung gerade aus diesen Gesichtspunkten erfolgt, wirken gern und opferwillig in demselben Sinne, indem sie vor allem die dazu nötigen, oft recht beträchtlichen Mittel durch Selbstbesteuerung und freiwillige Spenden aufzubringen haben. Neben der Pflege der Geselligkeit und der Gründung deutscher Gemeindebibliotheken und Journallesezirkel handelt es sich besonders um die zweckmäßige Gestaltung des Schulwesens, denn die Beeinflussung der Jugend ist richtunggebend für das ganze spätere Leben. Bis vor wenigen Jahrzehnten gab es im Innern des russischen Reichs zahlreiche evangelische Kirchenschulen mit deutscher Unterrichtssprache, die ausschließlich aus Gemeindemitteln unterhalten wurden und eine Bildung im deutsch-evangelischen Geiste vermittelten. Seit dem Regierungsantritt Alexanders III. wurde überall (außer den Petersburger und Moskauer Kirchenschulen, von denen später noch die Rede sein wird) das Deutsche als Unterrichtssprache verboten, doch die meisten Gemeinden hielten es für zweckmäßig, diese Schulen auch unter den veränderten Verhältnissen weiter bestehen zu lassen. Auch die russifizierten evangelischen Schulen haben durch die Persönlichkeit des Schulleiters, durch die starke Betonung des evangelischen Religions- und deutschen Sprachunterrichts, endlich durch sorgfältige Auswahl des Lehrpersonals der Verbreitung des russischen Geistes erfolgreich entgegengewirkt. Sehr wichtig ist auch der Umstand, daß die evangelische Jugend durch ihre isolierte Erziehung in eigenen Schulen dem Einfluß der russischen Altersgenossen entrückt wurde, denn Schulkameraden sind bekanntlich „geheime Miterzieher" von nicht zu unterschätzender Be-

deutung. Nach der Revolution von 1905 wurde zwar durch ein neues liberales Schulgesetz die Eröffnung deutscher Privatschulen im ganzen Reich wieder gestattet, aber die Kirchenschulen in der Diaspora haben tatsächlich von dieser Vergünstigung nichts gespürt, da sie durch willkürliche Gesetzesinterpretationen und die Chikanen der Unterbehörden an der Rückkehr zum alten Zustande behindert wurden. Seit dem Ausbruch des Krieges haben sich dort die Verhältnisse natürlich noch verschlimmert, und viele dieser Schulen sind „wegen ihrer schädlichen Richtung" von der Regierung einfach geschlossen worden.

Eine besondere Betrachtung erfordern die deutschen Kirchenschulen in Petersburg und Moskau, weil sie sich aus bescheidenen Anfängen (sie bestehen teilweise schon seit dem 18. Jahrhundert) zu Riesenorganisationen entwickelt und ihren deutschen Charakter am längsten rein erhalten haben. Es gibt ihrer in Petersburg vier und in Moskau zwei, aber jede dieser Anstalten umfaßt unter einheitlicher Oberleitung klassische Gymnasien, Realschulen (mit technischen und Handelsabteilungen) und höhere Mädchenschulen, außerdem meist noch Elementar- und Volksschulen für die niederen sozialen Schichten der Gemeinden. Die Unterrichtssprache ist mit Ausnahme weniger Fächer (russische Sprache und Literatur, Geographie und Geschichte Rußlands) die deutsche, sogar die Schlußprüfungen werden in dieser Sprache abgehalten, und die von der Schule ausgestellten Reifezeugnisse gewähren alle Rechte der entsprechenden staatlichen Lehranstalten. Diese privilegierte Stellung ist durch ein Spezialgesetz gesichert, und alle wütenden Anstürme der antideutschen Propaganda gegen diese „Hochburgen des Deutschtums" in den beiden Hauptstädten des russischen Reichs sind immer siegreich zurückgeschlagen worden — bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Dann allerdings wurde von der Regierung die sofortige Russifizierung verlangt und schonungslos durchgeführt. Damit ist ein sehr bedeutender Kulturfaktor Rußlands wohl für immer zerstört worden, denn die Aussichten für eine Rückbildung in den früheren Zustand sind sehr gering. — Den Grundstock der nach Tausenden zählenden Zöglinge dieser Anstalten bildeten Deutsche aus den betreffenden evangelischen Gemeinden, dazu kamen deutsche Katholiken (da diese keine entsprechenden eigenen Anstalten besaßen), Vertreter aller anderen evangelischen Völkerschaften, wie Schweden, Dänen, Norweger, Finnländer, Letten, Esten, Holländer,

Schweizer uſw., endlich auch Ruſſen in recht beträchtlicher Anzahl. Der Religionsunterricht wurde natürlich den Bekennern der verſchiedenen Konfeſſionen getrennt erteilt, aber alle übrigen Lehrſtunden waren gemeinſam. Deutſche Unterrichtsſprache und deutſche Lehrbücher, nicht zum wenigſten auch der Geiſt der deutſchen Pädagogen prägte der bunt zuſammengewürfelten jugendlichen Schar den einheitlichen Stempel deutſcher Kultur auf. Die Erfolge waren vortrefflich und ſtanden in kraſſem Gegenſatz zu den Reſultaten der ſtaatlichen Schulen, denn der Ruſſe iſt bekanntlich in Schule und Haus ein ſpottſchlechter Erzieher: ſelbſt eine haltloſe Natur, vermag er auch der Jugend keinen ſicheren Halt zu geben. So erklärt ſich der ſtarke Andrang der griechiſch-orthodoxen Ruſſen zu den evangeliſchen deutſchen Schulen. Sogar fanatiſche ruſſiſche Chauviniſten waren oft einſichtig genug, ihre Kinder den verhaßten Deutſchen anzuvertrauen, denn ſie erhielten dadurch außer einer guten Erziehung auch infolge ihrer Beherrſchung des Deutſchen, alſo einer weit verbreiteten Kulturſprache, erhebliche Vorteile für ihr ſpäteres Berufsleben auf den verſchiedenſten Gebieten. Wohl mögen manche ruſſiſche Väter daran gedacht haben, daß ihre Söhne die von den Deutſchen geſchmiedeten Bildungswaffen einſt zum Kampfe gegen ihre eigenen Lehrmeiſter gebrauchen ſollten, aber ſolche theoretiſche Zukunftskonſtruktionen laſſen ſich nicht leicht in die Praxis des Lebens umſetzen. Tatſächlich haben viele Ruſſen als ehemalige Zöglinge der Kirchenſchulen der Stätte ihrer Jugendbildung eine pietätvolle Erinnerung bewahrt, die dort angeknüpften kameradſchaftlichen Beziehungen auch im ſpäteren Leben aufrecht erhalten und ſich vor allem nicht in das breite Fahrwaſſer des deutſchfeindlichen Kurſes hineinziehen laſſen. Daß manche von ihnen hohe Staatsämter, ſogar Miniſterpoſten, bekleidet haben, iſt auch nicht ohne Einfluß auf die dauernde Erhaltung der privilegierten Stellung dieſer Schulen geweſen. Noch ſtärker war die Dauerwirkung der Kirchenſchulen auf ihre Zöglinge unter den nichtdeutſchen Evangeliſchen. Man trifft in Petersburg und Moskau manche Familien nichtdeutſcher Herkunft, etwa Skandinavier und Holländer, ja ſogar franzöſiſche Schweizer, die durch ihre deutſche Schulbildung in der deutſchen Kulturwelt dauernd heimiſch geworden ſind und das Deutſche als ſtändige Umgangsſprache verwenden, — alſo recht eigentlich auf ruſſiſchem Boden germaniſiert worden ſind! Eine der Petersburger Kirchenſchulen, die „Schule der reformierten Gemeinden“, iſt

gemeinsamer Besitz von drei reformierten Kirchen: der deutschen, holländischen und französischen, — und hat die deutsche Unterrichtssprache. Hier haben also Nationalitäten, die sich sonst fremd oder feindselig gegenüberstehen, eine gemeinsame Kulturarbeit unter deutscher Hegemonie friedlich geleistet. Hier sehen wir das Deutschtum durch eine geschickte Schulpolitik über die Defensive hinausgehn. Es gewinnt an Boden auf fremdem Gebiet, — freilich nur unter solchen Nationalitäten, deren Volkscharakter dem deutschen Wesen verwandte Züge aufweist.

Ähnliche friedliche Eroberungen hat auch das baltische Deutschtum gemacht. In Liv-, Est- und Kurland, diesem alten deutschen Kolonialgebiet, fielen bekanntlich Jahrhunderte hindurch soziale und nationale Schichten zusammen. Alle Gebildeten und Besitzenden waren Deutsche, das Landvolk und die Vertreter der niederen Berufsstände waren Esten und Letten, die Nachkommen der unterworfenen Urbevölkerung des Landes. Der Aufstieg auf der sozialen Leiter war den unteren Volksschichten nicht verwehrt, aber an die Germanisierung gebunden, die auch hier zunächst durch die Schule erfolgte. Die den Bedürfnissen der Landbevölkerung dienenden Volksschulen hatten nämlich die lettische und estnische Unterrichtssprache, in allen städtischen Lehranstalten, — Bürgerschulen, Gymnasien, Realschulen, mittleren und höheren Töchterschulen usw. — wurde der gesamte Lehrstoff (mit Ausnahme des von der Regierung verlangten russischen Sprachunterrichts) deutsch vermittelt. Diese letzteren Schulen mußte nun der emporstrebende Lette und Este besuchen, dort erhielt er eine Bildung von rein deutscher Prägung, und trat er dann ins Berufsleben ein, so wurde seine endgültige Germanisierung durch den ständigen Verkehr in deutschen Kreisen rasch vollendet. So sind Tausende und Abertausende von ihnen im Laufe der Zeit gleichsam automatisch zu Deutschen geworden, und das Bewußtsein der undeutschen Abstammung ging in den folgenden Generationen meist ganz verloren. Derselbe Prozeß vollzog sich übrigens auch oft an den nicht zahlreichen Russen, die in dem Gebiet dauernd ansässig waren. Wir finden dort jetzt manche Träger echt russischer Namen, die sich ganz als Deutsche fühlen und den Zusammenhang mit ihrem ursprünglichen Volkstum restlos eingebüßt haben. So waren die Verhältnisse bis zu den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die dann einsetzende Zwangsrussifizierung der baltischen Schulen trieb sehr erfolgreich einen Keil

zwischen die Deutschen und die anderen Völkerschaften des Landes. Die Waffe der Jugendbildung war den Deutschen entwunden, denn die andersstämmigen Kinder wurden durch die Schule der russischen Kultursphäre zugeführt, und gleichzeitig verstand die Regierung durch eine geschickt geschürte Hetzpolitik die sozialen Unterschiede der Bevölkerung zu nationalen Gegensätzen zuzuspitzen. Seitdem mußten die baltischen Deutschen ihre Eroberungen auf dem Gebiete fremden Volkstums aufgeben und sich auf die völkische Defensive beschränken. Diesen Kampf führten sie mit einer Zähigkeit und Überzeugungstreue, die sich nur durch ihre geschichtlichen Traditionen erklären läßt. Die Nachkommen der kolonialen Eroberer des Landes hätten es als eine Schmach angesehen, auf den Kulturzustand eines niedriger stehenden Volkes — in diesem Falle des russischen — hinabzusinken. In jedem echt baltischen Hause war dieser Geist so lebendig, daß die heranwachsende Jugend trotz dem Gegendruck russischer Schul- und Hochschulbildung ihr Deutschtum rein bewahrte, — während zweier Jahrzehnte (1885—1905). Als die Regierung nach der Revolution von 1905 wieder die Eröffnung von Privatschulen mit deutscher Unterrichtssprache gestattete, überzogen die Balten in unglaublich kurzer Zeit ihr gesamtes Land mit einem engmaschigen Netz deutscher Lehranstalten. Dabei wurde der Grundsatz durchgeführt, daß in jedem baltischen Städtchen oder Flecken wenigstens eine deutsche Schule vorhanden sein müsse, um allen deutschen Kindern der örtlichen Bevölkerung und näheren Umgebung den Unterricht in ihrer Muttersprache zu sichern, während in den mittleren und größeren Städten mehrere Schulen verschiedener Bildungstypen konzentriert wurden. Auf diese Weise entstanden dort im Laufe weniger Jahre 94 deutsche Schulen, und zwar: 8 klassische Gymnasien, 4 Oberrealschulen, 18 höhere Mädchenschulen, 14 Progymnasien, 3 Bürgerschulen, 37 Elementarschulen, 6 „Winterschulen“ für die in Kurland angesiedelten deutschen Kolonisten und 4 Lehrlingsheime. Wenn man nun bedenkt, daß die Gesamtzahl der baltischen Deutschen nur etwa 200000 beträgt, daß diese vielen Schulen daher nur schwach besucht waren und zu ihrem Unterhalt gewaltiger Zuschüsse bedurften, daß alle diese Summen ausschließlich von den baltischen Ritterschaften und durch freiwillige Selbstbesteuerung der übrigen baltischen Bevölkerung aufgebracht wurden, — so erhält man einen Maßstab für den hohen Grad völkischen Idealismus, der sich in dieser großzügigen Schul-

politik dokumentierte. Die Früchte blieben auch nicht aus. Ganz allmählich, aber in sichtlich wachsender Zahl begannen auch Kinder der andersstämmigen Bevölkerungsgruppen, sogar Russen, in diese Schulen einzutreten, denn die Werbekraft deutscher Pädagogik siegte über die nationalen Gegensätze, und sicher hätte das Deutschtum im Laufe der Zeit auf dieser Grundlage wieder seine kulturelle Einflußsphäre erweitert, — wenn nicht der Krieg alle diese verheißungsvollen Keime mit einem Schlage vernichtet und der russischen Regierung den willkommenen Anlaß zur vollständigen Zertrümmerung des deutsch-baltischen Schulwesens gegeben hätte.

Seit dem Jahre 1905, das den Balten ihre deutsche Schule wiedergeschenkt hatte, richteten sich die glühendsten Wünsche der deutsch-baltischen Patrioten auf das Wiedererstehen ihrer edelsten Kulturstätte, der deutschen Universität Dorpat, die seit 1890 in die russische Dressuranstalt „Jurjew" verwandelt worden war. Die Wünsche blieben unerfüllt. Diese Position gaben die Russen nicht wieder aus den Händen. Von ihrem Standpunkt aus mit Recht, denn in der Dorpater Hochschule hatte die deutsch-baltische Kultur ihre schönste Verkörperung, der „deutsche Gedanke" in Rußland seine festeste Stütze gefunden. „Nirgends," sagt Engelhardt[1]), „war studentisches Leben stärker mit allen Idealen unseres Volkstums verwachsen als in Dorpat, nirgends wurden Vaterlands- und Burschenlieder mit größerer Inbrunst gesungen, nirgends klirrte der Schläger stolzer, war der Bursch mannhafter, fühlte er deutscher als hier. Wahrlich, wer das alte Dorpat gekannt hat, mußte es lieben, konnte es nie vergessen, es blieb ihm eine geistige Heimat, blieb verwachsen mit seinem Herzen." Adolf Wagner, selbst ein ehemaliger Dorpater Universitätslehrer, hat einmal diese Hochschule „die deutscheste aller Universitäten" genannt, und dieses paradoxe Wort trifft den Nagel auf den Kopf. Bei den Universitäten im Deutschen Reiche ist das Deutschtum die selbstverständliche, von niemand bestrittene Voraussetzung; sie sind in erster Linie Stätten der Wissenschaft, und nebenher sucht die akademische Jugend in Korps, Landsmannschaften und Burschenschaften, in schlagenden und nichtschlagenden Verbindungen, in Turner- und Sängervereinen usw. ihre Jugendideale zu verwirklichen. Anders

1) A. v. Engelhardt, „Die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands". 2. Aufl. München 1916, Georg Müller. S. 223.

war es in Dorpat. Auch dort wurde echte deutſche Wiſſenſchaft hingebend gepflegt und manche wiſſenſchaftliche Höchſtleiſtung erzielt; auch dort lebten ſich die Jugendideale, nach deutſcher Art, hauptſächlich im korporativen Zuſammenſchluß von Geſinnungsgenoſſen aus. Aber alle verſchiedenen und oft auseinander wirkenden Einzelbeſtrebungen mündeten in das eine, der geſamten deutſchen Studentenſchaft gemeinſame Ideal: die Pflege mannhafter deutſcher Geſinnung. In dieſem Sinne wirkten auch die Dorpater Studentenverbindungen. Nicht die ſcharfe Klinge oder die trinkfeſte Kehle, nicht die elegante Umgangsform oder der große Geldbeutel, nicht einmal hohe geiſtige Fähigkeiten — ſo ſehr ſie an ſich geſchätzt wurden — gaben dort den Ausſchlag; Einfluß und Anſehen errang ſich nur die gefeſtigte, charaktervolle Perſönlichkeit. So wurde in Dorpat eine feſte Lebensanſchauung geſchmiedet zum Kampfe für das Deutſchtum in einer fremden und zum großen Teil feindlich geſinnten Umwelt. Die gewaltige Stoßkraft dieſer männlichen Jugenderziehung wirkte fort durch das ganze ſpätere Leben hindurch und zog ihre Wellenringe über das ganze ruſſiſche Reich hin. Denn die Jünger Dorpats bekleideten nicht nur alle wichtigen Ämter in der baltiſchen Heimat, an der Spitze der Landesverwaltungen und in den ſtädtiſchen Kommunen, ſie waren nicht nur das Salz der dortigen gebildeten Geſellſchaft, ſondern ſie waren auch als Profeſſoren, Ärzte, Paſtoren, Oberlehrer und in unzähligen anderen Berufen über ganz Rußland verbreitet und bildeten dort eine große, durch gemeinſame Traditionen und Ideale verbundene Gemeinde, eine ecclesia militans des Deutſchtums. Wer irgendwo im weiten Reiche, in Petersburg oder Moskau, in Odeſſa oder Tiflis, in Irkutsk oder Taſchkent ein Haus betrat, wo im Zimmer des Hausherrn Dorpater Burſchenbilder an den Wänden hingen, vielleicht noch mit der verblichenen Farbenmütze und den gekreuzten Schlägern darüber — der wußte, daß er auf deutſchem Boden war, wie der Reiſende, der in fremden Zonen die Planken eines deutſchen Schiffes betritt. In dieſen Häuſern blieb der Zuſammenhang mit der baltiſchen Heimat immer lebendig, die Jugend wurde in der Väter Geiſt erzogen, und nicht ſelten beſuchten die Söhne, ſelbſt wenn ſie ihre Schulbildung in echtruſſiſchen Gymnaſien erhalten hatten, die Dorpater Univerſität und ſtreiften dort alles, was ſich ihrem äußeren und inneren Weſen aus der ſlawiſchen Umwelt angeheftet haben mochte, bald völlig ab. So hat der Dorpater Geiſt

unendlich viel zur Stärkung und Erhaltung des Deutschtums beigetragen, er hat aber auch darüber hinaus völkische Eroberungen gemacht. Manche Russen, die auf der baltischen Hochschule studierten, gewannen dort Achtung und Verständnis für deutsches Wesen, wie z. B. der berühmteste russische Chirurg Pirogow, in dessen Selbstbiographie das Kapitel über seine Dorpater Erinnerungen sich durch besondere Wärme auszeichnet. Viele Letten und Esten wurden durch das Studium in Dorpat endgültig für das Deutschtum gewonnen und traten sogar den deutschen Studentenverbindungen bei. An der Petersburger Universität schlossen sich die dort studierenden Deutschen nach dem Dorpater Vorbild korporativ zusammen, und wenn auch die meisten dieser Verbindungen auf dem ungeeigneten Boden verkümmerten und bald wieder eingingen, so hat doch eine von ihnen, die „Nevania", sich als lebenskräftig erwiesen und jetzt schon viele Jahrzehnte hindurch ein Stück deutschen Studententums auf dem Boden der russischen Hauptstadt lebendig zu erhalten verstanden. Das Wichtigste aber war, daß auch in der jüngeren Schwester Dorpats, der 1863 begründeten technischen Hochschule in Riga, die Dorpater Traditionen aufgenommen und sehr erfolgreich gepflegt wurden. Je mehr das zum russischen „Jurjew" degradierte Dorpat an Ansehen verlor, desto stärker wuchs die Anziehungskraft Rigas, teilweise gewiß wegen der höheren Bedeutung der technischen Wissenschaften in unserem Zeitalter, vor allem aber weil diese Hochschule von der Regierung unabhängiger war und daher noch eine große Anzahl tüchtiger deutscher Professoren, trotz der aufgezwungenen russischen Lehrsprache, bewahren konnte. Auch hier war die Bedeutung der deutschen Studentenverbindungen sehr groß; sie haben ihre Dorpater Vorbilder nicht sklavisch nachgeahmt, sondern das korporelle Leben auch durch manche wertvolle, den Forderungen der Zeit angepaßte Reformen bereichert. Schon seit Jahrzehnten bewähren sich die Rigaer Polytechniker in ganz Rußland; als Ingenieure, Baumeister, Landwirte, Industrielle und Kaufleute verstärken sie die ecclesia militans ihrer Dorpater Kollegen.

Im Kampfe für das Deutschtum hat auch die deutsche Presse Rußlands nicht geringe Verdienste. In den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die deutschfeindliche Stimmung im russischen Volke mächtig anschwoll, haben die baltischen Blätter und die deutsche Petersburger Zeitung die Rechte ihres Volkstums mann-

haft verteidigt und in erbitterten Polemiken mit den nationaliſtiſchen ruſſiſchen Zeitungen ſchneidig die Klingen gekreuzt. Das war auch die Glanzzeit der „Baltiſchen Monatsſchrift“, in der Gelehrte und Publiziſten erſten Ranges, wie Hehn, Schirren, Berkholz, Eckardt u. a. ſtiliſtiſch und inhaltlich meiſterhafte Beiträge zur Zeitgeſchichte veröffentlichten. Als mit Alexander III. (1881) der ruſſiſche Nationalismus zum Siege gelangte und die gleichzeitig einſetzende Reaktion durch ſtrengſte Zenſur alle freie Meinungsäußerung erdroſſelte, war die deutſche Preſſe zu einer faſt ganz paſſiven Rolle verdammt. Sie mußte ſich darauf beſchränken, das Weltbild in deutſcher Beleuchtung widerzuſpiegeln, ihre Leſer im Zuſammenhang mit den politiſchen und geiſtigen Strömungen im deutſchen Mutterlande zu erhalten. An dem Exiſtenzkampf für das Deutſchtum in Rußland vermochte ſie kaum mehr teilzunehmen; was ſich darauf bezog, mußte verſchwiegen oder ohne Kommentar regiſtriert werden, die eigene Stellungnahme konnte nur hin und wieder in halb verſchleierten Wendungen zu Worte kommen. Erſt das Sturmjahr 1905 löſt die Feſſeln der Zenſur und haucht dadurch auch der deutſchen Preſſe neues Leben ein. Die Neuorientierung der inneren Politik mit ihren Folgen für das Deutſchtum Rußlands wird leidenſchaftlich diskutiert. Die großen Tageszeitungen Rigas und Petersburgs wachſen an Umfang und Bedeutung; die kleineren baltiſchen Blätter werden zum belebten Tummelplatz bei der Beſprechung lokaler Fragen und finden viele freiwillige Mitarbeiter aus dem Leſerkreiſe. Beſonders ſtark macht ſich die neue Zeit bei den Koloniſten bemerkbar. Dort beſtand bisher eigentlich nur eine kirchliche deutſche Preſſe; ſie war ſehr verbreitet und hatte bei dem engen Zuſammenhang zwiſchen Kirche und Volkstum auch nationale Bedeutung, räumte aber „weltlichen“ Fragen naturgemäß einen beſcheidenen Platz ein. Nur die in den 60er Jahren begründete „Odeſſaer Zeitung“ nahm auch Rückſicht auf den Intereſſenkreis der umwohnenden Koloniſten. Nach 1905 entwickelte ſich aber eine richtige deutſche „Koloniſtenpreſſe“, die ſich die kräftige Vertretung der einzelnen deutſchen Koloniſtengebiete Rußlands zur Aufgabe machte. In dieſem Sinne wirkten z. B. die „Volkszeitung“ im Wolgagebiet, die „Bürgerzeitung“ im Dnjeprgebiet, die „Kaukaſiſche Poſt“ im Kaukaſus und neben der evangeliſchen „Odeſſaer Zeitung“ die katholiſche „Deutſche Rundſchau“ im Schwarzmeergebiet. Alle dieſe Zeitungen betonten ihren deutſchen Standpunkt, traten kräftig für

kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt ein und strebten darüber hinaus nach dem engeren Zusammenschluß aller Deutschen Rußlands, indem sie vor allem Anschluß an die Balten suchten als die Vertreter der ihnen fehlenden „Oberschicht". Die Ansiedelung deutscher Kolonisten in Liv- und Kurland, die Gründung der aus Kolonisten bestehenden Studentenverbindung „Teutonia" in Dorpat und noch manche andere Wechselbeziehungen zwischen den Stammesgenossen im Norden und Süden sind großenteils der aufklärenden Arbeit der Presse zuzuschreiben. Ihr Hauptverdienst erwarb sich aber die gesamte deutsche Presse Rußlands als Sprachrohr der wichtigsten Neuschöpfung dieses Zeitraums, der „Deutschen Vereine".

Das Vereinswesen steht unter den Deutschen der ganzen Welt in hoher Blüte, besonders im Auslande bietet ihnen diese, mit ihrem Volkscharakter eng verwachsene Art des Zusammenwirkens gleichstrebender Kräfte einen starken nationalen Halt. Auch in Rußland trat das zutage, obgleich die Angst der absolutistischen russischen Regierung vor allen Vereinigungen, die nur irgendwie „politische" Ziele verfolgen könnten, die Betätigung dieses Triebes stark eindämmte. Immerhin haben in den baltischen Provinzen die wissenschaftlichen und literarischen Vereine, deren Mitglieder ein gutes Stück ehrlicher Arbeit leisteten, in den Zeiten der schwersten Reaktion viel zur Belebung des Heimatgefühls und zur Vertiefung der baltischen Sonderart beigetragen, während die zahlreichen Gesangvereine durch die Pflege des deutschen Liedes auch die andersstämmigen Bevölkerungsschichten in den Bannkreis deutscher Kunst zogen. Außerdem gab und gibt es dort noch eine Unzahl von Vereinen auf geselliger oder fachgenossenschaftlicher Grundlage. Auch in den Kulturzentren Innerrußlands, wo Deutsche in größerer Zahl zusammen lebten, waren dieselben Kräfte am Werk, nur trat dort die Pflege der Wissenschaft hinter der Kunst zurück. Die großen deutschen Gesangvereine Petersburgs und Moskaus hatten eine imponierende Mitgliederzahl und spielten im Musikleben der beiden Hauptstädte eine nicht unwesentliche Rolle; die Petersburger „Deutsche dramatische Gesellschaft" suchte mit einem gewissen Erfolge die Lücke auszufüllen, die seit Alexander III. durch die Schließung des deutschen Hoftheaters entstanden war, und hat manches neuere deutsche Drama in nahezu künstlerischer Vollendung auf ihrer kleinen Bühne zur Darstellung gebracht. Daß durch die enge gesellschaftliche Fühlung der Mitglieder und die gemeinsame

künſtleriſche Arbeit auch der nationale Zuſammenhalt gefördert wurde, war eine erfreuliche Tatſache. Anders lagen die Verhältniſſe bei den Koloniſten. Ihre Vereine waren faſt ausſchließlich wirtſchaftlicher Art; nur hin und wieder bildete ſich ein deutſcher „Schulverein“, wenn die landesübliche Zentrale für Schulangelegenheiten, der kirchliche Gemeindevorſtand, aus irgendwelchen Gründen verſagte. Als aber im Jahre 1905 die Gründung von Vereinen aller Art, ſelbſt mit ausgeſprochen politiſcher oder nationaler Tendenz, von der Regierung geſtattet wurde, beginnt für die Deutſchen Rußlands eine neue Ära des Vereinslebens. Allenthalben im Reich bildeten ſich deutſche nationale Schutzvereine, meiſt ſchlechtweg „Deutſche Vereine“ genannt, zur Pflege und Erhaltung des Deutſchtums in allen ſeinen verſchiedenen Erſcheinungsformen. Die Idee entſtand auf baltiſchem Boden, in der nördlichſten Provinz Eſtland, während der lettiſch-eſtniſchen Revolution, als die fanatiſierten Volksmaſſen, von ruſſiſchen Demagogen aufgehetzt und von der ruſſiſchen Regierung zunächſt nicht gehindert, mit einem Schlage die ganze deutſche Oberſchicht hinwegfegen und ſich zu den Herren des Landes machen wollten. In dieſer hochkritiſchen Zeit, während rings umher die deutſchen Gutshöfe in Flammen aufgingen, trat in Reval am 30. September 1905 ein kleiner Kreis weitblickender deutſcher Männer und Frauen zuſammen und gründete den erſten „Deutſchen Verein“. Seine Aufgabe ſollte ſein, alle deutſchen Volksgenoſſen zu einer Geſamtorganiſation zu verbinden, um mit vereinten Kräften die bedrohten Volksgüter zu verteidigen und die ſeit ſieben Jahrhunderten in dieſem Lande herrſchende deutſche Kultur vor dem Untergang zu bewahren. Der Gedanke wirkte zündend, Mitarbeiter und Geldmittel ſtrömten dem neuen Verein von allen Seiten zu, Livland und Kurland folgten bald nach, und die „Deutſchen Vereine“ der drei Provinzen — in manchen Einzelgeſtaltungen verſchieden, aber in der Grundrichtung einig — bildeten ſchon nach wenigen Jahren einen kulturpolitiſchen Faktor erſten Ranges. Ihre nächſte und wichtigſte Aufgabe ſahen die „Deutſchen Vereine“ in dem Wiederaufbau des deutſchen Schulweſens, und die bereits geſchilderte Rieſenarbeit auf dieſem Gebiet iſt hauptſächlich von ihnen geleiſtet worden. Darüber hinaus wirkten die Vereine für die Stärkung deutſcher Kultur durch Fortbildungskurſe, Gründung von Büchereien, Veranſtaltung von Volksvorträgen und billigen deutſchen Theatervorſtellungen, endlich durch geſellige

Abende, an denen Vertreter aller Berufsklassen und sozialen Schichten in persönliche Berührung kamen. Besonders das letzte Moment war von großer Wichtigkeit, da während der letzten Jahrzehnte, begünstigt durch das Eingehen der deutschen Schulen, in den unteren Schichten des Bürgertums die Entnationalisierung deutscher Elemente zugunsten der Letten und Esten bedenkliche Fortschritte gemacht hatte. Von den baltischen Provinzen sprang der Gedanke auch ins Innere des russischen Reiches über und allmählich entstanden überall, wo Deutsche in größerer Zahl zusammenlebten, Vereine mit ähnlicher Tendenz, von dem lebhaften Interesse der Bevölkerung getragen und von der deutschen Presse mit allen Kräften gefördert. Natürlich wurde diese ganze Bewegung von der russischen Regierung mißtrauisch beobachtet und nach Möglichkeit gehemmt, denn sie witterte dahinter eine „politische“ Gefahr. Völlig mit Unrecht. Die Deutschen waren stets loyale Staatsbürger und hatten das noch zuletzt während der Revolution deutlich bewiesen. Daß sie ihre völkische und kulturelle Eigenart zu wahren suchten, lag — kühl erwogen — sogar im Interesse des russischen Reichs, denn durch Preisgabe ihres Volkstums und Aufgehen in ihrer russischen Umgebung konnten sie nur auf eine kulturell niedrigere Stufe hinabsinken und zugleich wirtschaftlich untüchtiger werden — also die Gesamtheit des Reichsorganismus schädigen. In derselben Lage waren die meisten anderen „Fremdvölker“ des Landes. Rußland mit seinem bunten Völkergemisch, in dem die herrschende Rasse der Großrussen nicht einmal numerisch — geschweige denn kulturell — das Übergewicht hat, ist tatsächlich ein „Nationalitätenstaat“, wie etwa Österreich-Ungarn. Die ganze russische Regierungspolitik ist aber auf der fiktiven Voraussetzung des einheitlichen „Nationalstaats“ aufgebaut und sucht das, was dem Russentum an werbender kultureller Kraft und wirtschaftlicher Tüchtigkeit fehlt, durch brutale Vergewaltigung der andersstämmigen Völker zu ersetzen. Deswegen wurde auch die, durch die Revolution erzwungene liberale Ära mit ihren weitgehenden Zugeständnissen an die „Fremdvölker“ sehr bald wieder durch die Rückkehr zum alten Gewaltregime abgelöst. Schon nach wenigen Jahren spürten die Deutschen und vor allem ihre nationalen Schutzverbände den wiederkehrenden alten Kurs. Er fand seinen Ausdruck, nach bewährtem russischem Brauch, nicht in Gesetzesänderungen, sondern in den berüchtigten „Gesetzeserläuterungen“ und „administrativen Verfügungen“. Zuerst

kamen die wehrloſeren Deutſchen in der Diaſpora an die Reihe — großes Aufſehen erregte z. B. die gänzlich unmotivierte Auflöſung des „Deutſchen Vereins“ in Odeſſa — dann ging man langſam den mächtigen Organiſationen der Balten zu Leibe. Noch war es ein verſteckter Kampf — offiziell blieb alles beim Alten — aber die bis aufs Blut peinigenden Chikanen der Unterbeamten zeigten deutlich, welche „Direktiven von oben“ ſie erhalten hatten. Die Balten, durch jahrhundertelange Erfahrung im völkiſchen Defenſivkampf geübt, hielten zäh aus, verteidigten jeden Fuß breit Boden im Kampf um ihr Recht, ſahen aber dennoch den Zeitpunkt ihrer völligen nationalen Entrechtung immer näher heranrücken. Der Weltkrieg brachte die unerwartete ſchnelle Entſcheidung. Durch ihn ſind die deutſchen Vereine, die deutſchen Schulen, die deutſche Preſſe wie von einem Sturmwind hinweggefegt, alle Äußerungen nationalen deutſchen Lebens vernichtet; ſelbſt der öffentliche Gebrauch der deutſchen Mutterſprache gilt als ſtrafwürdiges Vergehen!

Todesſtille lagert ſich jetzt über den Millionen Deutſchen in Rußland. Reden dürfen ſie nicht mehr, aber über die ſchmachvolle Gegenwart hinaus ſchweifen ihre Gedanken in eine ungewiſſe Zukunft. Immer klarer wird ihnen die Erkenntnis, daß ſie als *echte Deutſche* in Rußland nicht mehr leben können. Der Krieg hat die Kluft zwiſchen Ruſſen und Deutſchen noch mehr vertieft, und je länger er dauert, deſto mehr wird der Deutſchenhaß zu einem unerſchütterlichen Dogma des ruſſiſchen Volkes. Wie ſollte es auch anders ſein, wenn dieſes Gefühl jahrelang, Tag für Tag, durch Regierung und Preſſe immer wieder dem Volksbewußtſein eingehämmert wird? Bei dieſer einmütigen Stellung von Regierung, Volk und Preſſe haben die Deutſchen Rußlands ſicherlich nicht die geringſte Ausſicht, die im Kriege verlorenen Poſitionen ſpäter wieder zu gewinnen. Die freie Betätigung ihres Volkstums in Schule, Preſſe und Vereinsweſen wird ihnen dauernd verwehrt bleiben. Selbſt ihr letzter Hort, die evangeliſche Kirche, ſoll ihres deutſchen Charakters gewaltſam entkleidet werden; der erſte Schritt in dieſer Richtung iſt bereits getan, indem die evangeliſche Fakultät in Dorpat zur Einführung der ruſſiſchen Lehrſprache gezwungen worden iſt. Nun ſtehen die Deutſchen vor der Zukunftswahl: entweder auf ihre kulturelle und nationale Sonderentwickelung endgültig zu verzichten und dadurch allmählich im Ruſſentum aufzugehen, oder — das Land zu verlaſſen. Die Entſcheidung

wird nicht einheitlich ausfallen. Außer den bereits verrußten Deutſchen ſind viele ſchwankende Elemente ſchon jetzt während des Krieges, unter dem gewaltigen Druck der öffentlichen Meinung oder auch aus rein materiellen Intereſſen, dem Ruſſentum in die Arme getrieben worden. Andere werden einen ſchweren inneren Konflikt durchkämpfen, und die Wagſchale wird ſich bald auf die eine, bald auf die andere Seite ſenken. Wie in früheren, vorwiegend religiös orientierten Jahrhunderten ſich die erſchütternde Tragödie von "Glaube und Heimat" abgeſpielt hat, ſo wird in unſerem nationaliſtiſchen Zeitalter gerade auf dem Boden Rußlands die erzwungene Wahl zwiſchen „Volkstum und Heimat" ſchwere tragiſche Konflikte erzeugen. Bei den wurzelfeſteſten deutſchen Bevölkerungsgruppen Rußlands, den Balten und den Koloniſten, iſt aber dieſer Kampf ſchon jetzt im weſentlichen entſchieden — zugunſten ihres Volkstums. Nie werden die Balten die Schmach vergeſſen, daß ſie, die ehemaligen Herren des Landes, als Deutſche von jedem Gaſſenbuben ſtraflos beſchimpft und beſpieen werden durften; nie werden ſie auf die Dauer ein Leben ertragen können, in dem ihr teuerſtes Gut, ihr Deutſchtum, überhaupt nicht mehr öffentlich in die Erſcheinung treten darf. Eine Zukunft können ſie ſich nur denken als Glieder des Deutſchen Reichs. Geht ihr heißeſter Wunſch, daß das Baltenland durch dieſen Krieg deutſcher Boden wird, nicht in Erfüllung, ſo werden ſie in das alte Mutterland zurückſtreben — wohl kaum in ihrer Geſamtheit, aber ſicherlich alle maßgebenden, führenden Elemente unter ihnen, die das echte Baltentum repräſentieren. Und man wird ſie in Deutſchland brauchen können: nicht nur die gewaltigen Lücken zu füllen, die der Krieg geriſſen, ſondern vor allem als Vorkämpfer des Deutſchtums auf dem erweiterten Territorium „Neudeutſchlands", denn deutſche Kulturarbeit in undeutſcher Umwelt gehört zu ihren traditionellen Aufgaben. Noch klarer liegen die Verhältniſſe bei den Koloniſten. Hunderttauſenden von ihnen iſt buchſtäblich der Boden unter den Füßen weggeriſſen worden. Für ihr Deutſchtum haben ſie gelitten, das Land, in dem ſie ein neues Leben beginnen und von neuem Wurzel faſſen können, darf nur deutſcher Boden ſein. Und Deutſchland wird auch dieſe verſprengten Söhne von kernigem Bauernſtamm ſicher brauchen können!

Aus der Geſamtheit der Deutſchen in Rußland heben ſich die Angehörigen des Deutſchen Reichs nach verſchiedenen Rich-

tungen hin besonders hervor.[1]) Nach der letzten russischen Volkszählung von 1897 gab es in Rußland 158103 deutsche Reichsangehörige, sie umfaßten weniger als $^1/_{10}$ aller in Rußland lebenden Deutschen (nach derselben Zählung: 1719000). Unter den Ausländern Rußlands bildeten sie einen recht bedeutenden Bestandteil, nämlich 26,1 % der Gesamtzahl, während Franzosen (9421) mit 1,6 % und Engländer (7481) mit 1,2 % sehr viel schwächer vertreten waren. Von diesen Reichsdeutschen waren die Erwerbstätigen in den Hauptberufsklassen folgendermaßen verteilt:

		Prozentuales Verhältnis der Gesamtbevölkerung Rußlands
1. Landwirtschaft, Fischerei usw.	22,6 %	69,7 %
2. Industrie, Bergbau usw.	52,1 %	11,8 %
3. Handel, Verkehr usw.	11,3 %	5,5 %

Deutlich springt hier die starke industrielle Betätigung der Reichsdeutschen in dem vorwiegend agrarischen Rußland hervor. Auch am Handel und Verkehr sind sie verhältnismäßig doppelt so stark beteiligt, als die übrige Bevölkerung Rußlands.

Wie die Berufsstellung der Reichsdeutschen sich auf diesen Gebieten der russischen Volkswirtschaft gliedert, zeigt uns die folgende statistische Tabelle:

	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
1. Landwirtschaft	35,2 %	4,5 %	60,3 %
2. Industrie	22,4 %	6,8 %	70,8 %
3. Handel	40,7 %	24,8 %	34,5 %
4. Verkehr	30,3 %	8,8 %	60,9 %

Bedeutsam ist in dieser Statistik die sehr große Zahl der selbständigen Elemente, — ein Beweis dafür, daß unter den Reichsdeutschen Rußlands die erwerbstätige gebildete Oberschicht stark hervortritt.

Beide Tatsachen zusammen — das Überwiegen der Industriellen und der starke Prozentsatz der selbständigen Berufstätigen — weisen darauf hin, daß der industrielle Unternehmer unter ihnen eine wichtige Rolle spielen muß. Die Richtigkeit dieser Annahme wird

---

1) Die folgenden Daten größtenteils nach B. Ischchanian, Die ausländischen Elemente in der russischen Volkswirtschaft. Berlin 1913. Das kurz vor dem Kriege erschienene Buch bietet ein sehr reichhaltiges Material für die einschlägigen Fragen.

auch durch die Geſchichte der ruſſiſchen Volkswirtſchaft im vorigen Jahrhundert beſtätigt, denn eingewanderte Reichsdeutſche ſind in der Induſtrie Rußlands die Bahnbrecher und Lehrmeiſter geweſen, — nicht nur für die eigentlichen Ruſſen, ſondern auch für die dortigen „Fremdvölker“; alſo auch für die bodenſtändigen deutſchen Elemente (Balten uſw.).

Beſonders die Induſtrialiſierung Polens iſt zum größten Teil reichsdeutſchem Kapital und Unternehmertum zu verdanken. Dadurch hat dort am Ende des vorigen Jahrhunderts „in nicht ganz zwei Dezennien die Eiſengießerei rund 400 % und die Kohlenindustrie gar 1025 % Zuwachs zu verzeichnen gehabt“ (Iſchchanian a. a. O. S. 144). Allein in dem Sosnowitz-Dombrowo-Becken ſind auf zwei großen Landgütern, welche Reichsdeutſchen (dem Grafen Renard und dem Major von Kramſta) gehörten, etwa ein Dutzend leiſtungsfähiger induſtrieller Großbetriebe entſtanden, faſt ausſchließlich durch reichsdeutſche Initiative. L. Geyer aus Zittau in Sachſen und K. Scheibler aus dem Rheinland ſind die Schöpfer der modernen Textilinduſtrie in Ruſſiſch-Polen. Geyer hat (1835) „die erſte Dampfmaſchine aus England in Polen eingeführt und damit das Fundament des fabrikmäßigen Großbetriebes gelegt“ (a. a. O. S. 163). Scheibler war ein großzügiger Organiſator. Er gründete in Lodz zahlreiche Fabriken, die er ſpäter alle in eine Aktiengeſellſchaft mit einem Grundkapital von 9 Millionen Rubel verwandelte. „Der Betrieb von Scheibler, der 1897 einen Produktionswert von 13290600 Rubel, einer Arbeiterzahl von 6487 Perſonen und einen Geſamtwert der ganzen Unternehmung (Aktiva) von 27127827 Rubel hatte, bildet gegenwärtig einen der rieſigſten Betriebe auf dem Kontinent überhaupt. Die Scheiblerſche Unternehmung wurde aber zugleich eine techniſch-praktiſche Schule; ſehr viele von den Angeſtellten wurden ſpäter ſelbſtändige Fabrikanten“ (a. a. O. S. 162). Außer in Lodz entwickelte ſich im ſelben Induſtrierayon die Textilmanufaktur auch in vielen kleinen Städten und Dörfern, die dadurch einen gewaltigen Aufſchwung nahmen. „Kruſche und Ender (aus Sachſen) ſpielten mit ihren Gründungen in Pabianitzi beinahe dieſelbe techniſch-induſtrielle Rolle wie einſt K. Scheibler in Lodz. Die Baumwollſpinnerei von Kruſche und Ender hatte im Jahre 1897 einen Produktionswert von 3627000 Rubel und beſchäftigte eine Arbeiterzahl von 2640“ (a. a. O. S. 163). Die von Deutſchen geleitete polniſche Induſtrie wurde allmählich ſo

mächtig, daß die Moskauer Fabrikanten in einer Bittschrift an den Zaren um eine schützende Zollgrenze gegen Polen baten,.— freilich vergeblich, da die russische Regierung, von ihrem Standpunkt aus mit Recht, die ganze Bewegung begünstigte und von dem schärferen Wettbewerb und dem Vorbilde westeuropäischer Produktionsmethoden eine Belebung der Gesamtindustrie Rußlands erwartete. Prof. J. Janschul, ein guter Kenner der Industrieverhältnisse Innerrußlands, der als Kommissionsmitglied zur Untersuchung der Produktionsbedingungen in Polen abdelegiert worden war, charakterisierte die Tätigkeit der Ausländer in diesem Gebiet mit folgenden Worten: „Versorgt mit großen Kapitalien, mitunter Aktiengesellschaften für die Unternehmungen in den Grenzen des russischen Reiches bildend, gründen und eröffnen diese Ausländer in Polen außerordentlich rasch, bisweilen in einigen Monaten, solche ungeheure Einrichtungen, für deren Organisation und allmähliche Entwickelung im Innern Rußlands man vielleicht ganze Jahre nur für die Vorbereitung brauchen würde“ (a. a. O. S. 173).

Aber auch an der Entwickelung der innerrussischen Industrie sind Reichsdeutsche in hervorragendem Maße beteiligt. Ein besonders charakteristisches Beispiel bietet die Tätigkeit des Bremers Ludwig Knoop, der als Organisator allergrößten Stils gewirkt hat. Als in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von der russischen Regierung die Einfuhr englischer Maschinen gestattet wurde, vermittelte Knoop, damals Vertreter einer englischen Firma, den Ankauf einer größeren Partie englischer Spinnmaschinen für die große Baumwollmanufaktur von Morosow in Moskau. Die Neueinrichtung erzielte glänzende Resultate, und daraufhin wandten sich zahlreiche andere russische Fabrikanten mit Maschinenbestellungen an Knoop. Er nutzte die Konjunktur sehr geschickt aus, gründete nun eigene Kontore in verschiedenen Städten Rußlands und erwarb sich bald eine Art von Monopol für die Lieferung englischer Spinn- und Webemaschinen, da er in England unbegrenztes Vertrauen genoß und die russischen Fabriken seine Kreditvermittelung brauchten. Gleichzeitig gründete er selbst eine geradezu unwahrscheinlich große Zahl von Fabriken (es sollen im ganzen 122 gewesen sein!), so daß in Rußland das geflügelte Wort entstand: „Keine Kirche ohne Pop, keine Fabrik ohne Knoop“ (Gde zerkow — tam pop, a gde fabrika — tam Knoop). „Ludwig Knoop war also im blühenden Zentrum der russischen Textilindustrie

Fabrikant, Organisator, Kreditvermittler und Monopollieferant. Er verfolgte gewiß seine eigenen Interessen und häufte große Reichtümer auf, aber er ist zugleich ein organisatorischer Faktor für die russische Textilindustrie geworden, deren Entwickelungstempo durch ihn um ein paar Jahrzehnte beschleunigt wurde" (a. a. O. S. 179). Knoops großartigste Schöpfung ist übrigens nicht in Zentralrußland entstanden, sondern auf baltischem Boden, in Estland: es ist die Fabrik Kränholm am Narvafluß. Sie beschäftigt etwa 10000 Arbeiter an über ½ Million Spindeln und gilt als eine der leistungsfähigsten und besteingerichteten Baumwollmanufakturen der Welt.

Diese Stichproben mögen genügen, um die Bedeutung der Reichsdeutschen als „Geburtshelfer" der modernen russischen Industrie zu beleuchten. Erwähnt sei nur noch, daß in den letzten Jahrzehnten das reichsdeutsche Unternehmertum in Rußland besonders auf den Gebieten der Elektrizitäts- und chemischen Industrie die Führung gehabt hat.

Nun erhebt sich aber die weitere Frage, ob diese Reichsdeutschen mit ihrer erfolgreichen Pionierarbeit auch die Interessen ihres Volkstums und ihres Staats mit entsprechendem Erfolge gefördert haben. Bekanntlich machen sich die Folgen des Exportkapitalismus und Exportindustrialismus immer in zwei verschiedenen Richtungen geltend. Einerseits fließt ein Teil der im fremden Lande erworbenen Summen als Zinsen ins Stammland zurück und trägt zu dessen Bereicherung bei; auch die ausgewanderten Menschen kehren teilweise nach getaner Arbeit als Rentner wieder zurück und verzehren das im Ausland Erworbene daheim in einem otium cum dignitate. Anderseits hat das Exportkapital die Neigung, im fremden Lande zu bleiben und seine Überschüsse zur Erweiterung der dort begonnenen Unternehmungen zu verwenden; ebenso faßt ein Teil der ausgewanderten Menschen in dem neuen Boden feste Wurzeln und geht — manchmal schon in der ersten Generation, häufiger in der Deszendenz — zusammen mit dem erworbenen Besitz dem Mutterlande verloren. Beide Erscheinungen laufen stets nebeneinander her, verschieden ist nur das Übergewicht der einen oder anderen, je nach der Eigenart der einzelnen Völker.

Das stärkste staatliche und nationale Selbstbewußtsein besitzt der Engländer. Alle Länder der Welt, auch die anderen europäischen

Kulturſtaaten, betrachtet er gleichſam als Kolonialgebiete, die durch geſchickte Ausnutzung England tributpflichtig gemacht werden ſollen. Nie wird ein Engländer ſeine Staatszugehörigkeit aufgeben, nie wird er dem fremden Lande, in dem er ſeine Kapitalien inveſtiert hat oder durch eigene Arbeit wirkt, mehr pekuniäre Vorteile zufließen laſſen, als das geſchäftliche oder politiſche Intereſſe unbedingt erfordern. Alle entbehrlichen Überſchüſſe ſeiner Unternehmungen fließen reſtlos nach England zurück. — Etwas ſchmiegſamer iſt der Franzoſe. Im Gegenſatz zum Engländer, der überall in der Welt feſt an eigener Sprache und Art haftet, paßt er ſich leichter den fremden Sitten und Bräuchen an, ſucht auch nach beſtem Vermögen die Landesſprache ſich anzueignen. Aber in ſeinen geſchäftlichen Auslandunternehmungen tritt der politiſch-nationale Geſichtspunkt deutlich hervor; in dieſem Sinne wird er auch von der Regierung und den führenden Finanzkreiſen ſeines Vaterlandes beraten und beeinflußt. — Ganz anders der Deutſche. Er ſucht im Auslande für ſein Kapital und ſeine Arbeitskraft ein weiteres Betätigungsfeld; das Ziel feſt im Auge, läßt er ſich auf nationale und politiſche Sonderbeſtrebungen ungern ein. Seine Fähigkeit, dem Geſchmack und den Bedürfniſſen fremder Völker Rechnung zu tragen, ſowie ſeine zähe Arbeitsenergie ſichern ihm oft glänzende geſchäftliche Erfolge. Und je mehr er im fremden Lande ſchafft und arbeitet, je mehr Kraft und Liebe er in ſein Werk hineingelegt hat, deſto feſter verwächſt er mit dem Boden der Fremde, — ſie wird ihm zur zweiten Heimat. Daher koſtet es ihn meiſt keine beſondere Überwindung, wenn es durch äußere Anläſſe geboten erſcheint, endlich auch den letzten entſcheidenden Schritt zu tun und durch den Akt der Naturaliſation zum Vollbürger des fremden Landes zu werden oder wenigſtens für ſeine Kinder dieſes Recht zu erwerben. Dadurch iſt aber das Geſamtreſultat eines Menſchenlebens — Gut und Blut — dem heimiſchen Staatsorganismus dauernd entzogen und zirkuliert nun im Kreislauf eines fremden, vielleicht dem Mutterlande feindlichen Staates.

Alle dieſe Erſcheinungen ſind in Rußland ganz beſonders charakteriſtiſch ausgeprägt. Die Engländer haben dort in der Montaninduſtrie des Ural und Altai große Summen angelegt, die Ausbeutung der gewaltigen Petroleumquellen des Kaukaſusgebiets liegt großenteils in ihren Händen und auch in der ſüdruſſiſchen Eiſen- und Kohleninduſtrie arbeitet viel engliſches Kapital. Aber alle dieſe Unter-

nehmungen werden vom Mutterlande aus planmäßig geleitet, das in Rußland lebende englische Fabrikpersonal hält sich streng abgesondert von der einheimischen Bevölkerung, und steht ihren Interessen völlig gleichgültig gegenüber.[1]) Sie sind deshalb sehr „unbeliebt", genießen aber doch großen „Respekt". Von der Beteiligung an den russischen Anleihen hat sich das englische Kapital Jahrzehnte lang grundsätzlich fern gehalten, weil sich die russischen und englischen Interessen in Asien kreuzten. Erst als eine politische Verständigung zwischen den beiden Reichen erzielt war und die geplante Niederringung Deutschlands eine Stärkung des neugewonnenen „Ententegenossen" forderte, haben die russischen Staatsanleihen den Londoner Markt offen gefunden. — Noch viel stärker dienten die französischen Kapitalanlagen in Rußland der aktiven Reichspolitik Frankreichs. Es ist allbekannt, daß die großen russischen Staatsanleihen zum allergrößten Teil auf dem Pariser Markt untergebracht worden sind. Auch andere russische Werte haben in Frankreich stets willige Abnehmer gefunden, viel französisches Kapital steckt in der russischen Industrie, und stets wurde der große Strom der anlagebedürftigen Summen des „Rentnervolkes" ganz bewußt von den führenden Regierungs- und Finanzkreisen nach Rußland geleitet, um den Alliierten für die große Abrechnung im künftigen „Revanchekrieg" gegen Deutschland zu stärken. Im Verhältnis zur Kapitalmenge ist die Menschenkraft, die die Franzosen zur aktiven Mitarbeit in Rußland gestellt haben, auffallend gering. Unter den in Rußland ansässigen Franzosen überwiegen Pädagogen, Friseure, Köche, Modistinnen usw., deren Tätigkeit wirtschaftlich nicht sonderlich ins Gewicht fällt. Daneben sind natürlich auch manche wichtige Posten in Banken und industriellen Unternehmungen mit ihnen besetzt, aber immerhin nur in beschränkter Zahl. Persönlich erfreuen sie sich, im Gegensatz zu den Engländern, überall der größten

1) Schreiber dieser Zeilen hatte einmal Gelegenheit, auf einer Eisenbahnfahrt in Rußland einem Engländer als Dolmetscher zu dienen, weil er sich mit dem Schaffner nicht verständigen konnte. Aus einem späteren Gespräch ergab sich, daß der Mann als Werkmeister an einer Fabrik schon ein Jahrzehnt in Rußland lebte. „Es geht auch so", meinte er lakonisch. Als bezeichnendes Kuriosum sei ferner erwähnt, daß manche Angehörige der englischen Kolonie in Petersburg sogar ihre Wäsche in London waschen lassen, denn nur dort werde solche Arbeit „richtig" gemacht und außerdem solle man den Ausländern keinen „unnötigen" Verdienst zukommen lassen.

Beliebtheit, ſie betonen oſtentativ die großen Sympathien, die ſie mit dem wahlverwandten Ruſſenvolk verbinden, ſtehen aber innerlich ihm doch ſo fern, daß eine wirkliche Verſchmelzung mit dem ruſſiſchen Volkstum, die zur Verruſſung und zur Naturaliſation führt, nur äußerſt ſelten vorkommt.

Charakteriſtiſch für die Reichsdeutſchen iſt es, daß ſie ihr Kapital und ihre perſönliche Arbeitskraft reichlich Rußland zur Verfügung geſtellt haben, und zwar meiſt ohne irgendwelche „politiſche Orientierung“. Ruſſiſche Staatsanleihen ſind beſonders in den 90er Jahren des vorigen und im Anfang dieſes Jahrhunderts in Deutſchland ſehr ſtark gekauft worden. Ebenſo fanden die von der ruſſiſchen Regierung garantierten Eiſenbahnobligationen bei uns ſtets — bis in die allerletzte Zeit hinein — willige Abnehmer. In beiden Fällen wurde der ruſſiſche Staat, deſſen deutſchfeindliche Außenpolitik immer klarer hervortrat, durch deutſches Kapital für ſeine aggreſſiven Zwecke geſtärkt, denn die Staatsanleihen dienten vorwiegend den Kriegsrüſtungen des ewig expanſivlüſternen Zarenreiches und auch die Eiſenbahnen wurden in Rußland faſt ausſchließlich nach ſtrategiſchen Geſichtspunkten erbaut. Dieſe Tatſache hat ſogar Graf Witte, der langjährige Leiter der ruſſiſchen Finanzpolitik, offen zugegeben. Im Jahre 1910 veröffentlichte er im offiziellen „Weſtnik Finanſow“ (Nr. 6) einen Aufſatz: „Die Urſachen der Unrentabilität der ruſſiſchen Eiſenbahnen“, in dem er ausführlich darlegt, daß die meiſten ruſſiſchen Eiſenbahnen nicht zu wirtſchaftlichen, ſondern zu militäriſchen Zwecken erbaut ſeien und daß ſich dadurch ihre mangelhafte Ertragsfähigkeit erkläre. (Vgl. Iſchchanian a. a. O. S. 219.) Dabei wurde natürlich — außer den aſiatiſchen Bahnen — nur ein Krieg gegen Deutſchland und ſeinen öſterreichiſch-ungariſchen Bundesgenoſſen ins Auge gefaßt. — Wie groß das in privaten Unternehmungen angelegte reichsdeutſche Kapital iſt, läßt ſich nicht einmal annähernd ſchätzen. Die letzte amtliche Zuſammenſtellung (Sonderheft der Marine-Rundſchau 1905) beſchränkt ſich auf die inhaltſchwere allgemeine Bemerkung: „In Rußland ſteckt eine größere Menge deutſcher Kapitalintereſſen als in irgend einem anderen Lande“ und gibt dann einige Stichproben, z. B. ſeien in Odeſſa in fünf Betrieben über 50 Millionen Mark und in Warſchau in verſchiedenen Unternehmungen über 150 Millionen Mark deutſches Kapital inveſtiert. Wenn es dann zum Schluß heißt: „In den der Grenze benachbarten Induſtrie-

bezirken, vor allem Lodz, finden sich ferner Dutzende von Millionen Mark ausmachende deutsche Interessen", — so ist die hier angedeutete Summe im folgenden Jahrzehnt jedenfalls noch sehr bedeutend überschritten worden. — Die während des Krieges angestellten amtlichen Erhebungen, deren Ergebnis zunächst natürlich noch nicht veröffentlicht wird, werden der Regierung einen tiefen Einblick in diese Verhältnisse erschließen und sicherlich der äußeren Reichsfinanzpolitik der Zukunft neue Richtlinien geben.

Die gefährlichen Folgen des deutschen Exportkapitalismus sind schon öfter von fachmännischer Seite beleuchtet worden, besonders im Hinblick auf Rußland. Auf Grund eingehender Untersuchung der Frage schrieb Sartorius[1]) vor etwa einem Jahrzehnt: „Es ist das Wesen einer großzügigen Politik, daß sie einheitlich das ganze Wirtschaftsleben umfaßt, indem sie den Zielen des nationalen Gesamtwohles folgt. Demgemäß sollte die Kapitalanlage in fremdstaatlichen Finanzwirtschaften ..... auch diesem Gedanken mit vollem Bewußtsein unterstellt werden. Wie die Dinge heute bei uns in Deutschland liegen, ist das Verständnis für eine solche Aufgabe bisher keineswegs Gemeingut der besitzenden Klassen geworden, und was in Harmonie mit der auswärtigen und der Handelspolitik hier und da erreicht worden ist, ist mehr den glücklichen Instinkten einzelner unternehmender Männer zu danken gewesen, welche das Geschäft in der Hand gehabt haben. Die fremden Anleihen kommen überwiegend auf den Markt lediglich gemäß den Bedürfnissen der borgenden, ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgenden Staaten, die möglicherweise den unseren, wenn auch zur Zeit verdeckt, feindlich entgegenstehen ..... Die deutschen Geldgeber müssen erst nach englischem Muster erzogen werden, und da vorderhand auf sicheren nationalen Takt bei uns nicht zu rechnen ist, so können wir des Führers nicht entbehren" (S. 313, 314). Eine solche nationalpolitische „Führung" verlangt Sartorius von der Regierung, besonders aber von den Banken, die sich bei der Beratung ihrer Klienten des nationalen und staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls bewußt sein müßten.

Wie die großen deutschen Kapitalanlagen in Rußland dem Zu-

1) A. Sartorius Freiherr von Waltershausen, Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande. Berlin 1907.

kunftsfeinde Deutſchlands die Waffen ſchmieden halfen, ſo haben auch nicht wenige Reichsdeutſche, die perſönlich ihre Arbeitskraft und Intelligenz auf ruſſiſchem Boden betätigten, durch ihren Mangel an nationaler Widerſtandskraft mittelbar zur Stärkung unſerer Gegner beigetragen. Warum der eingewanderte Reichsdeutſche im allgemeinen der Gefahr der Verruſſung mehr ausgeſetzt iſt, als der in langer Geſchlechterfolge dort anſäſſige Balte oder Koloniſt, iſt bereits früher dargelegt worden. Hier ſei nur noch beſonders darauf hingewieſen, daß die berühmte „Anpaſſungsfähigkeit“ des Deutſchen, die ihm ſo reiche wirtſchaftliche Früchte getragen hat, gerade von den Vertretern des Handels und der Induſtrie unwillkürlich auch auf das nationale Gebiet übertragen worden iſt. Dieſe kapitalkräftigen Kreiſe opferten oft große Summen für Wohltätigkeits- und Wohlfahrtszwecke, die der Geſamtheit des Landes zugute kamen; es braucht nur beiſpielsweiſe an die muſterhaft eingerichteten deutſchen Krankenhäuſer erinnert zu werden, welche ihre Entſtehung und ihren Unterhalt zum großen Teil reichsdeutſchen Kapitaliſten verdanken. Als aber ſeit dem Jahre 1906 die „Deutſchen Vereine“ entſtanden, um für die Erhaltung und Stärkung des deutſchen Volkstums zu wirken, beobachteten dieſelben Kreiſe dieſer nationalen Bewegung gegenüber eine deutliche Zurückhaltung. Nicht wenige Reichsdeutſche lehnten ihren Beitritt mit der Begründung ab, ſie dürften ſich als Ausländer nicht in die innerpolitiſchen Angelegenheiten des Staates miſchen, in dem ſie Gaſtfreundſchaft genöſſen, und ſeien zu einer ſtreng neutralen Haltung verpflichtet. Daß eine ſolche neutral-nationale Stellung auf die Dauer unhaltbar iſt, haben viele Reichsdeutſche — gewiß oft mit Schmerz, aber zu ſpät — in ihren eigenen Familien erfahren, wenn die in national-indifferenter Umgebung aufgewachſenen Kinder ſich ſpäter rückhaltlos zum Ruſſentum bekannten und die entſprechenden Folgerungen daraus zogen. Für die ſtark betonte „Korrektheit“ und „Loyalität“ der Deutſchen hat dem Ruſſen ſicherlich jedes Verſtändnis gemangelt, Anerkennung oder gar Dank haben ſie ſich dadurch nicht erworben. Im Gegenteil. Das Wehgeſchrei über die „deutſche Gewaltherrſchaft in Rußland“ hat ſich von Jahr zu Jahr verſtärkt, — nicht zu reden von den wilden Ausbrüchen des Deutſchenhaſſes während des Krieges!

Da es ſich bei dieſer „nationalen Anpaſſungsfähigkeit“ des Deutſchen offenbar um eine tief eingewurzelte Eigenart des Volkscharak-

ters handelt, war ein raſcher Wandel nicht vorauszuſehen. Wie auf vielen anderen Gebieten, wird auch hierin der Weltkrieg mit ſeinen bitteren Lehren die Wendung zum Beſſeren beſchleunigen. Der Deutſche wird jetzt einſehen, daß er auf dieſem Wege nicht weiter fortfahren kann und darf. Die gewaltige Kraftentfaltung des Deutſchen Reiches, die nicht nur für die ganze übrige Welt, ſondern auch für viele ſeiner eigenen Bürger eine Überraſchung war, wird auch den Auslanddeutſchen das nationale Rückgrat ſteifen. Erfreuliche Anzeichen dafür ſind ſchon vorhanden!

Die Oſtjudenfrage.

Von G. Fritz, Berlin-Friedenau.

Der Goluth, das Leben in der Fremde, iſt das Schickſal der Mehrheit des hebräiſchen Volkes nicht erſt ſeit der Zerſtörung Jeruſalems durch die Römer (70 n. Chr.), ſondern ſeit dem Beginn ſeiner nomadenhaften Geſchichte, welche nur für größere oder geringere Teile, die im Ackerbau ihren Unterhalt ſuchten, von Perioden der Seßhaftigkeit unterbrochen wurde. Seit Eſra und Nehemia das Volk Zions unter das ſtrenge Raſſengeſetz der Thora ſtellten, iſt damit der Grund gelegt für den Ewigkeitsbeſtand dieſes merkwürdigen Volkes, das entwurzelt und in alle Welt zerſtreut, verbunden und vergründet iſt im Glauben und in der Raſſe, deſſen Heimat eine Sehnſucht ohne Wirklichkeit, deſſen Nährboden nicht die Erde iſt, ſondern die Völker, unter denen es fortan hauſte, rechtlos infolge ſeiner hartnäckig bewahrten Sonderſtellung, gehaßt wegen der Art ſeines Erwerbes von den werteſchaffenden und verachtet von den heldenhaften Söhnen der Wirtsvölker, allgemein gefürchtet und beneidet um ſeinen Reichtum, von den Mächtigen heute benutzt und geſchützt, morgen verfolgt und vertrieben: ein einzigartiges Volk, das man mit Unrecht einen bloßen Schmarotzer auf der Kultur und dem Wirtſchaftsleben nennt. Denn vielfach haben die Juden aus dem Untergang der Völker, unter denen ſie wohnten, deren Kulturgüter gerettet, ſie — in Babylon, Ägypten, Cordoba — eigenartig weitergebildet und der Menſchheit vermittelt; ſie haben durch ihren Handel friedliche Beziehungen zwiſchen den Nationen geſchaffen, das Wirtſchaftsleben durch ihre Vermittelungstätigkeit und ſcharfen Wettbewerb angeregt und befruchtet. Sie waren aber andrerſeits ein Keim der Zerſetzung für alles Bodenſtändige und Erhaltende, Zerſtörer und Auflöſer völkiſcher Eigenart und Entwicklung; durch die von ihnen geförderte Unterwühlung des Wirtſchaftsbodens Veranlaſſer der wirtſchaftlichen und durch ihre Skepſis, ihre Beeinfluſſung der Politik

und des Kulturlebens, deſſen Erzeugniſſe ſie monopoliſierten und zur Handelsware machten, die Vernichter heimiſcher Kultur; Feinde jeder Autorität, Schürer in den Klaſſenkämpfen, Parteigänger und Führer des Umſturzes.

Dieſe zerſetzende Wirkung des jüdiſchen Elements muß bei ihrer, von der jeweiligen Lage der Judenheit unabhängigen Allgemeingeltung als eine Raſſeneigentümlichkeit angeſprochen werden. Die perſönliche Rechtſchaffenheit und Achtbarkeit des Juden ſei hierbei nicht in Frage geſtellt. Seine den Durchſchnitt überſteigende Kriminalität in Eigentumsvergehen iſt ſeiner Berufstätigkeit zuzuſchreiben. So müſſen wir die Juden hinnehmen als ein Schickſal, als ein Rad im Getriebe der Entwickelung und, nicht tatenlos, aber ohne Haß und Eifer, unſere Stellung zu ihnen ſuchen je nach den Umſtänden des Ortes und der Zeit, nach den Bedürfniſſen und Geboten des Volkswohles.

Nun iſt es eine beſondere, in der Geſchichte der Juden ſtets wiederkehrende Erſcheinung, daß ſie überall da, wo ihrem wirtſchaftlichen und geſellſchaftlichen Aufſtieg keine Hinderniſſe gelegt werden, zumal in den Kulturländern, wo ſie die leidenſchaftlich erſtrebte politiſche Gleichberechtigung erlangt haben, nach den Brennpunkten des wirtſchaftlichen und Kulturlebens, vom Lande und aus der Kleinſtadt nach den Induſtriebezirken und in die Großſtädte ziehen, daß ſie dort mit ihrem orthodoxen Glaubensleben auch die Eigenart ihrer Raſſe abzuſtreifen und ſich den höheren Schichten des fremden Volkes anzupaſſen, ſich, wenn möglich, mit ihnen zu vermiſchen ſuchen; ohne Zweifel in dem aufrichtigen Beſtreben, alle Gegenſätze zu überwinden, die ſich aus Raſſe und Religion trennend erhoben und aufzugehen in dem Volke, unter das ſie ihr Schickſal geſtellt hat. Dieſes Aufgehen bedeutet aber ein Untergehen. Untergegangen ſind die Juden Babylons, verſickert im mittelländiſchen Völkergemiſch die zwei Millionen ägyptiſcher Juden, verſchwunden bis auf ſpärliche Reſte die ſpaniſchen Juden.

Wie Ägypten der Mittelpunkt der weſtlichen Diaſpora und das Ausfalltor für die Sephardim, den weſtlichen Zweig des Judentums, ſo war Babylon und Meſopotamien der Brenn- und Ausgangspunkt für die Aſchkenazim, den oſtjüdiſchen Wanderſtrom, der ſich ſchon in vorchriſtlicher Zeit über Kleinaſien, die Länder am Schwarzen Meere bis nach Rußland ergoß. Dort wäre er wie im meſopotamiſchen und kleinaſiatiſchen Quellgebiet im fremden Volkstum verſickert,

wenn nicht beſondere Umſtände in der Ukraine geradezu ein Sammelbecken für das Oſtjudentum geſchaffen hätten. Denn dort traf es auf Völkerſchaften, die ihm an Kultur unterlegen waren, alſo zur Angleichung nicht reizten. Umgekehrt aber muß es den Juden gelungen ſein, die Raſſefremden wirtſchaftlich und politiſch zu unterwerfen und religiös zu bekehren, um ſie dann — vermöge ihrer ſtärkeren Raſſenkraft — ihrem Volkstum einzuſchmelzen; ein Vorgang, der ſich trotz Eſra nicht nur in der vorexiliſchen Geſchichte, ſondern beſonders auch in der ägyptiſchen, römiſchen und ſpaniſchen Diaſpora zeigte. Die auf dieſe Weiſe in das Judentum Aufgenommenen waren von nun an den Lebensbedingungen, dem geiſtigen und — durch die Blutmiſchung — dem körperlichen Einfluß der Juden ausgeliefert, deren Raſſekraft auch dem Fremden die jüdiſchen Merkmale aufprägte und ſie durch fortgeſetzte Inzucht feſtigte. So wurde jüdiſches Raſſentum der fremden Unterlage aufgepfropft, und es erklärt ſich die Erſcheinung, daß die Juden neben den eigenen, ſtets und überall unverkennbaren Eigentümlichkeiten des Körpers und Charakters auch Raſſenmerkmale ihrer Wirtsvölker tragen: germaniſche in Deutſchland und England, romaniſche in den Ländern des Mittelmeeres, arabiſche in Yemen, äthiopiſche in Abeſſynien, indiſche in Indien, mongoliſche und ſlawiſche in Oſteuropa. Im 8. nachchriſtlichen Jahrhundert trat nachweisbar der Tatarenſtamm der Chaſaren zum Judentum über und gab mit die Grundlage für das heute auf über 7 Millionen angewachſene Volk der Oſtjuden. Es dehnte ſich über Polen aus, erhielt dort einen ſtarken Zuwachs von weſteuropäiſchen Juden, die im 12., 13. und 14. Jahrhundert infolge der Verfolgungen beſonders aus Deutſchland nach Polen wanderten, wo ſie große Begünſtigungen und Vorrechte genoſſen: ſie ſtanden unter dem Schutze des Königs und gewannen eine immer größere Autonomie in Rechtſprechung und Verwaltung, die ſchließlich in der Vierländerſynode (1580—1764) zu einer feſten rechtlichen Organiſation aller Juden Polens führte. Dieſe Autonomie ſicherte dem polniſchen Judentum ſeine Sonderſtellung im Staate, die ungeſtörte Entwickelung ſeiner Kultur und bewahrte es vor der Anpaſſung und dem Aufgehen in das polniſche Volk. Selbſt die Landesſprache blieb ihnen fremd; ſie ſprechen vielmehr bis zum heutigen Tage die deutſche Sprache in einer eigentümlichen Mundart, dem „Jiddiſch“, die im Laufe der Zeit zur Umgangsſprache aller Oſtjuden wurde. Die Bevölkerungszahl dieſes „Judenpara-

dieſes“ ſtieg erheblich, ſowohl durch die eigene ſtarke Vermehrung unter der Zucht des Religionsgeſetzes, als auch durch fortgeſetzte Zuwanderung aus der Ukraine. Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Polen an 900000 Juden, faſt der geſamte Handel und die Hälfte des Handwerks lag in ihren Händen, Schänken und Wirtshäuſer ſtanden in ihrer Pachtung. Mit dem Verfall Polens als Staat begann der Niedergang. Der Chaſſidismus, eine Sekte, die ſtatt des Thora- und Talmudſtudiums und der Werkgerechtigkeit die lebendige Gemeinſchaft mit Gott verlangt, welche durch die Zaddikim (Prieſter) vermittelt wird, brachte die religiöſe Spaltung, die Einzelgemeinden brachen wirtſchaftlich und mit ihnen die Autonomie politiſch zuſammen. Die Polen verſuchten die Juden zu aſſimilieren und forderten, daß ſie ſtatt des Jiddiſch die polniſche Sprache annähmen. Dieſe Verſuche ſcheiterten jedoch an dem national-jüdiſchen Bewußtſein, das ein mehrhundertjähriges Sonderleben gefeſtigt hatte. Ende des 19. Jahrhunderts entſtand in dem erſtarkenden polniſchen Bürgertum eine antiſemitiſche Bewegung mit dem Ziel, die Juden aus Handel und Induſtrie zu verdrängen; ſie bediente ſich nicht nach ruſſiſchem Vorbilde der Pogrome, ſondern beſchränkte ſich auf den organiſierten geſellſchaftlichen und wirtſchaftlichen Boykott. In den 80er Jahren trat die ruſſiſche Judengeſetzgebung in Kraft, nach welcher Polen und 15 andere weſtruſſiſche (d. h. fremdvölkiſche) Gouvernements als ſogenannte „Rayons“ den Juden Rußlands zum Aufenthalt beſtimmt wurden mit der weiteren Beſchränkung, daß ſie auch dort nur in den Städten, nicht auf dem Lande wohnen dürfen. Land können ſie weder erwerben noch pachten. Die Zahl der jüdiſchen Schüler an Mittelſchulen iſt auf 5—15 %, in den Rayonſtädten, wo ſie zum Teil 60—80 % der Bevölkerung ausmachen, auf 15%, ihre Zahl auf den Hochſchulen auf 3—5 % beſchränkt. Daher wurden deutſche, franzöſiſche und ſchweizeriſche Univerſitäten von ruſſiſch-jüdiſchen Studenten überſchwemmt. Ruſſiſche Miniſter (Plehwe, Bobrinsky) bezeichneten als Zweck dieſer judenfeindlichen Geſetzgebung, man wolle ſie durch Beſchränkung der Erwerbsmöglichkeit zur Auswanderung oder zur Taufe zwingen. Der Umſtand jedoch, daß man ihnen (mit geringen Ausnahmen, Kaufleute erſter Gilde, akademiſche Berufe uſw.) das eigentliche Rußland verſchloß und ſie in den Städten der fremdvölkiſchen Provinzen zuſammenpferchte, läßt vermuten, daß eine vorſorgliche Regierung vor allem den ruſſiſchen Bauernſtand vor der geſchäftlichen Überlegenheit der

Juden bewahren wollte, während sie in ihnen andererseits ein Mittel erblickte und benutzte, den polnischen, litauischen und ukrainischen Mittelstand durch die jüdische Überschwemmung des Wirtschaftslebens niederzuhalten. In Polen aber ist trotz dem jüdischen Wettbewerb ein starker polnischer Mittelstand herangewachsen, der die Juden aus dem Handwerk in die Hausindustrie hinabdrückte, während nur verhältnismäßig wenige in den Fabriken arbeiten. Das Bekleidungs- (Konfektions-)gewerbe und die Tabakverarbeitung liegen fast ganz in ihrer Hand; vor allem natürlich auch der Zwischenhandel und der Beruf der Reisenden, Agenten und Handlungsgehilfen.

1913 gab es in Kongreßpolen 1957000 Juden = 15 % der Gesamtbevölkerung.

(Nach Friedemann, Bedeutung der Ostjuden für Deutschland. Südd. Monatshefte Februar 1916.)

1912 gab es in	Warschau	298000 Juden	= 36,3 %
1915 „ „ „	Lodz	196000 „	= 35,8 %
1908 „ „ „	Lublin	31721 „	= 50,8 %

(Nach Hirsch, Die wirtschaftliche Lage in Polen, ebendort.)

In mittleren und kleinen Städten steigen die Verhältniszahlen der Juden zur Gesamtbevölkerung, z. B. in Wodislaw auf 75 %, in Zscholkewka auf 89,2 %, in Edwabno auf 92,5 %.

In Litauen (d. h. den Gouvernements Kowno, Grodno, Wilna, Minsk, Witebsk und Mohilew) leben 473000 Juden = 12,6 %, die nach der Angliederung des Landes an Polen von dort zuwanderten. Sie sind religiös liberaler gesinnt und der Assimilation geneigter, als ihre polnischen Volksgenossen, Kaftan und Paiies (Schläfenlocken) haben sie abgelegt und sind vielfach als Agenten und Angestellte in die polnischen Industriebezirke eingedrungen, daher bei den Juden Polens wenig beliebt. Im übrigen ist ihre Bedrängnis die gleiche, wenn es auch in Litauen keinen politischen und wirtschaftlichen Antisemitismus gibt.

In Kurland gab es vor dem Krieg (nach Broedrich, Sdd. M.) 40 000, nach Friedemann (ebda) 51 000 Juden, von denen etwa 30 000 durch die Russen auf ihrem Rückzug verschleppt wurden. Sie sind ursprünglich aus Litauen eingewandert und „deutsch kultiviert"; politisch schlossen sie sich fest an die Deutschen an und förderten die vom Großgrundbesitz 1908—1913 tatkräftig angebahnte Besiedelung Kurlands mit deutschen Kolonisten nach Kräften. Einen Antisemitismus gab es in Kurland nicht, aber, bei der orthodoxen

Richtung der Juden, auch keine Miſchehen. Als Libau durch ſeine Bahnverbindung zu einem bedeutenden Handelshafen heranwuchs, wanderten zahlreiche ruſſiſche Juden dorthin, die zu den kurländiſchen in einen gewiſſen Gegenſatz traten. Broedrich erwartet, daß dieſe ebenfalls verſchleppten ruſſiſchen Juden nicht in das befreite Kurland zurückkehren werden, wünſcht aber die Heimkehr der kurländiſchen Juden.

Hier ſei zur Ergänzung des Bildes auf die Bewegung des Judentums in den deutſchen Oſtmarken hingewieſen; denn es iſt ein Zweig des polniſch-jüdiſchen Stammes, der ſich nur durch die politiſche Losſtrennung und den größeren Lichtraum, den ihm die Emanzipation von 1812 gewährte, anders entwickelte. „Mit der 1847 gewährten Freizügigkeit ſetzte eine ſtarke Abwanderung nach dem Weſten ein, die einen auffallenden Geburtenrückgang zur natürlichen Folge hatte; denn die Abwandernden waren meiſt Handwerker, die ihr unlohnend gewordenes Gewerbe den Polen überließen. Der arme, kinderreiche Jude verſchwand, und im deutſchen Bürgertum ſtanden die Juden bald an erſter Stelle und vertraten den politiſchen Liberalismus. In den 70er Jahren nahm die Auswanderung ab, während Einwanderer aus Rußland angelockt wurden. Seitdem iſt aber, mit dem Erſtarken des preußiſchen Polentums, eine neue Wendung eingetreten: auf der einen Seite erhebt ſich das polniſche Gemeinweſen und Wirtſchaftsleben, polniſche Banken, Genoſſenſchaften, Berufsvereine; immer neue Zweige des Handels und Geldverkehrs werden von den Polen in Beſchlag genommen. Auch der gegen dieſe national-polniſchen Beſtrebungen ſich richtende Widerſtand der Regierung und der Deutſchen, die Siedelungspolitik und das Genoſſenſchaftsweſen ſchädigt zugleich die Juden, ſo daß heute eine bürgerliche Auswanderung an die Stelle der proletariſchen getreten iſt. In den Landgemeinden iſt bald kein Jude mehr, in den Städten treten die Polen an ihre Stelle. 1846 waren in der Provinz Poſen 81000 Juden, 1905 nur noch 30000 (nach Waſſermann, Ztſchr. f. Politik 1909, S. 608). Von 1880—1910 hat ſich ihre Zahl in den öſtlichen Provinzen Preußens um 60000 vermindert, während Brandenburg (Groß-Berlin) 85000, Heſſen-Naſſau (Frankfurt a. M.) 10500, Rheinland-Weſtfalen (Induſtriebezirke) 16000, das ganze Königreich Preußen 52000 gewannen.“[1]) In der ruſſiſchen Ukraine leben 2½ Millionen Juden, und zwar

1) Fritz, Die Oſtjudenfrage, Zionismus und Grenzſchluß. München 1915.

bilden sie im Lande westlich des Dnjepr 12%, östlich nur 4% der Bevölkerung; in Cholm 14% neben 53% Ukrainern und 6% Deutschen, Wolhynien 13% Juden, 6% Deutsche, 6% Polen, Kiew 12% Juden neben 79% Ukrainern, 2% Polen, Podolien 12% neben 82% Ukrainern. Den Rest bildet eine sehr dünne, zwischen 2% und 6% schwankende Schicht von Großrussen. Die wirtschaftliche Lage der Juden ist kaum anders als in Polen, trotzdem von einem Antisemitismus des ukrainischen Bürgertums nicht die Rede sein kann. Die von den Russen durch Aufstachelung der untersten Volksschichten veranstalteten Pogrome haben tausende ukrainischer Juden zur Auswanderung nach Polen (jährlich i. D. 24000), vor allem aber nach Amerika veranlaßt.

In Österreich-Ungarn gibt es 2163000 Juden (4% der Bevölkerung), die wohl durchweg osteuropäischer Herkunft sind. Nach Kultur, völkischem Bewußtsein, Sprache und Lebensweise sind jedoch nur die 1 Million galizischer und bukowiner Juden dem Ostjudentum zuzurechnen, soweit es mit dem russisch-polnischen zusammen als ein Volkskörper mit gleichgerichtetem Streben zwischen den übrigen Völkern sich geltend macht. Von der ansässigen Bevölkerung Galiziens und der Bukowina machen sie 12½% aus, ihre Beschäftigung ist Handel, Handwerk und Schankgewerbe. Trotz ihrer politischen Gleichstellung hat die gesetzliche Einschränkung des Wanderhandels und Schankbetriebes ihre wirtschaftliche Lage so ungünstig gestaltet, daß eine sich verstärkende Wanderung in Fluß kam. Schon 1902—1909, noch vor jenen Gewerbebeschränkungen betrug der Jahresdurchschnitt der österreichisch-jüdischen Zuwanderung in die Vereinigten Staaten 16000, von 1902 bis 1913 übersteigt ihre Gesamtzahl 200000 = 10% der österreichisch-ungarischen Judenheit. Die Freiheit des Studiums und der Berufswahl hat eine jüdische Überfüllung des Ärzte- und Anwaltstandes bewirkt und ein gebildetes Judenproletariat geschaffen. Der russische Einbruch in Galizien und der Bukowina hat natürlich weitere, noch viel bedeutendere Verschiebungen gebracht; trotz der behördlich angeordneten Rückkehr werden zahllose Flüchtlinge im Westen, besonders in Wien haften bleiben, wo einzelne Stadtteile bereits ein ostjüdisches Gepräge tragen.

In der folgenden Übersicht sind als „Ostjuden" nur die geschlossen in Osteuropa wohnenden und als solche politisch für uns in Betracht kommenden Juden, nicht aber ihre Abkömmlinge in Westeuropa,

Amerika und der übrigen Welt bezeichnet. Auch ist zu bedenken, daß der Krieg unter den Juden Rußlands sehr bedeutende Verschiebungen bewirkt hat, die aber das Gesamtbild kaum verändern. Die Zahlen geben im allgemeinen den Stand von 1911. Die Prozente beziehen sich auf das Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

		%			%
Deutsches Reich . . .	615000	0,95	1913 Kongreßpolen	1975000	15
Großbritannien . . .	258000	0,55	russische Ukraine . .	2500000	12
Niederlande	106000	2,00	Litauen . .	473000	12,6
Frankreich	95000	0,24	Außerhalb der Ansiedelungsbezirke	177000	—
Italien	50000	0,15			
Österreich-Ungarn . . (ohne Galizien und Bukowina)	1163000	2,28	Rußland	5125000	4,23
			Galizien und Bukowina	1000000	12,5
Sonstiges Europa . .	133000	—	Rumänien . . .	250000	5,3
			Balkan	350000	2,00
Westeuropa	2400000	0,98	Ostjuden	6725000	
Amerika	2250000	1,24			
Afrika (Südafrika und Mittelmeerländer) .	355000	1,00	alle Juden der Erde	12125000	
Australien	20000	0,3			
Asien	375000	0,04			
Gesamteuropa . . .	9125000	2,1	Davon Ostjuden .		55,5

Seit jeher hatten natürlich Beziehungen dieser Ostjuden zu ihren Glaubensgenossen in Deutschland bestanden, waren jährlich Familien aus den immer drückender werdenden Verhältnissen nach Westeuropa und Amerika gewandert. Sehr viele, wenn nicht die Mehrzahl unserer deutschen Juden stammen aus den Ghetti des Ostens. Diese Auswanderung verstärkte sich in dem Maße, wie die russische Gesetzgebung und Verwaltung judenfeindlicher wurde. Besonders seit Mitte der 90er Jahre vorigen Jahrhunderts wuchs die Abwanderung und erreichte ihren Höhepunkt 1906 nach der Niederwerfung der Revolution, als deren Schürer mit Recht oder Unrecht die Juden bezeichnet wurden; jedenfalls entlud sich die Rache der Reaktion gegen sie und die Judenstädte der Ukraine wurden zum Schauplatz der Pogrome. In Polen äußerte sich die Judenfeindschaft entsprechend ihrer nicht politischen, sondern wirtschaftlichen Ursache nur in wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Boykott. Ja Tausende ukrainischer Juden wanderten jährlich in Polen zu und trugen — neben der hohen Geburtenziffer — bei zu dem Anwachsen des polnischen Judentums, das von

11,4% der Bevölkerung im Jahre 1850, auf 16% im Jahre 1913 anwuchs. Der Hauptstrom der ostjüdischen Auswanderung ergoß sich jedoch nach den Vereinigten Staaten von Amerika; von 1880 bis 1912 sind dort 2258000 Juden eingewandert, von 1898—1912 allein 1246000 Juden aus Rußland, von 1902—1909 126000 österreichische (galizische) Juden. In New-York wohnen heute über 1 Million meist östliche Juden und zwar zusammengedrängt in freiwilligen Ghettobezirken. Ihr religiöses, gesellschaftliches und Wirtschaftsleben setzen sie zunächst in der gewohnten Weise fort, sind arm und fromm, handeln und monopolisieren einzelne Berufe. Ihre Kinder aber füllen zu 75% die Seminare und Colleges und überschwemmen das Gewerbe der Ärzte und Rechtsanwälte. Auch Kanada, Südafrika, Argentinien und Australien sind Ziele der ostjüdischen Auswanderung, London und Paris haben ihre Ghetti, von wo indessen in den letzten Jahren Tausende nach Amerika abströmten.

Gegen diese Masseneinwanderung bedürfnisarmer und daher lohndrückender, auch gesundheitlich und sittlich nicht einwandfreier Elemente erhob nun die Arbeiterschaft der Einwanderungsländer Widerspruch. Insgeheim mögen bei vielen Amerikanern auch rassenhygienische Bedenken mitspielen, die W. Sombart in die Worte faßt: „Wenn die Zuwachsziffern der verschiedenen Völker dieselben bleiben, so erscheinen die Vereinigten Staaten nach 50 bis 100 Jahren als ein Land, das nur noch von Negern, Slawen und Juden bewohnt ist und in dem die Juden natürlich die wirtschaftliche Hegemonie an sich gerissen haben werden." Man könnte unter Anerkennung dieses Satzes auch den weiteren Schluß ziehen, daß ein starker jüdischer Einschlag, der in seinen rassenhaften Anlagen dem Amerikanertum in Wirtschaft und Politik kongenial ist, vorzüglich geeignet wäre, unter seiner Hegemonie das Völkergemisch zu vereinigen und zu einer bisher nicht vorhandenen Volkseinheit zu verschmelzen. Bei dem raschen Aufstieg und der anders gerichteten Erwerbsbetätigung der ostjüdischen Einwanderer sind die Löhne der Arbeiterschaft dauernd nicht so sehr gefährdet, wie die Spekulationsgewinne und — infolge ihrer Kinderarmut — die Zukunft der heute noch herrschenden Geldaristokratie. — Welcher Art diese Bedenken auch sein mögen, jedenfalls haben sie zu einer Verschärfung der Einwanderungsgesetze geführt, die auf eine Eindämmung des ostjüdischen Wanderstromes abzielten. Es wurden ausgeschlossen: Menschen von gesellschaftsfeindlichem oder unsittlichem

Lebenswandel, solche, die mit einer ansteckenden oder abstoßenden Krankheit behaftet sind; Arme und Erwerbsunfähige, die voraussichtlich der öffentlichen Armenpflege anheimfallen würden, Vertragsarbeiter. Als Mindestbesitz müssen 200 Mark und als Mindestbildung Schreib- und Lesekunde einer europäischen Sprache nachgewiesen werden. Diese Bestimmungen sind zumeist leicht zu umgehen und erwiesen sich als unwirksam, die ostjüdische Zuwanderung wesentlich einzuschränken. Das australische Gemeinwesen hat unter der Regierung der Arbeiterpartei den Grundsatz „Australien für die Weißen" aufgestellt und alle Farbigen von der Einwanderung ausgeschlossen. In Wahrheit ist aber der Rassengedanke nur ein Vorwand, um Chinesen, Japaner und andere Menschen niedrigerer Lebenshaltung vom Arbeitsmarkt fern und die Löhne hoch zu halten. Folgerichtig wird darum seit einigen Jahren auch dunkelhäutigen Südeuropäern und den Ostjuden der Eintritt verwehrt. Auch in Australien wird die Schreiblesekenntnis einer europäischen Sprache verlangt, „Jiddisch" aber nicht als solche anerkannt. Übrigens war bisher die ostjüdische Auswanderung nach Australien unbedeutend.

Diese Einwanderungserschwerungen werden, auch wenn sie bei der Art ihrer Ausführung die gewollte Wirkung nicht erzielten, immerhin dazu beitragen, den ostjüdischen Wanderstrom auf das Deutsche Reich abzulenken. Der Krieg wird über die politische Gestaltung des Ostens und damit auch über das Schicksal der Ostjuden entscheiden. Es ist selbstverständlich, daß wir auch bei dieser Frage nur das deutsche Interesse zu vertreten haben.

Mindestens die Hälfte, nämlich die litauischen und polnischen Juden, werden unter eine andere politische Herrschaft kommen. Auch in Kongreßpolen hat sich, wie einst in Posen, ein kräftiger polnischer Mittelstand gebildet, Genossenschafts- und Kassenwesen hat den jüdischen Geldleiher und Mittler ausgeschaltet, im scharfen wirtschaftlichen Boykott sucht das Bürgertum das jüdische Monopol in Handel und Handwerk zu brechen. Die politische Stellungnahme des durchweg sozialistisch oder zionistisch gesinnten Judentums zu dem nationalen Polentum hat diesen Gegensatz verschärft, der nach der vorübergehenden Räumung Polens durch die deutschen Truppen sich in häßlicher Weise äußerte: die Juden wurden von polnischer Seite als Begünstiger der Deutschen hingestellt und der Rache der Russen ausgeliefert. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß dieser wirtschaftliche und poli-

tische Antisemitismus in einem politisch selbständigen Polen zunehmen wird. Der Verlust des russischen Absatzgebietes für die Lodzer Textilindustrie wird ferner viele Tausende jüdischer Angestellter, Agenten und Heimarbeiter brotlos machen und zur Auswanderung drängen; wenn nicht den Juden andere, seither verschlossene Erwerbsmöglichkeiten geöffnet werden. Die Aufhebung des Wohnzwanges in Städten, die Freizügigkeit in Polen, das Recht des Grunderwerbes würde solche Möglichkeiten schaffen. Nur müßten diese Maßnahmen schon von der vorläufigen deutschen Verwaltung getroffen und dem polnischen Gemeinwesen bindend auferlegt werden, da von ihm freiwillige Einräumungen dieser Art nicht zu erwarten wären.

Von jüdischer Seite wird allgemein die nationale oder kulturelle Autonomie der Ostjuden verlangt. (Dr. Fr. Oppenheimer im Ostjudenheft der Sdd. M., Dr. Bodmer „Ein neuer Staatenbund und das Ostjudenproblem", Stuttgart 1915 u. a. m.) Die Ostjuden haben sich in ihrer freiwilligen oder erzwungenen Abgeschlossenheit das Bewußtsein ihrer Volksgemeinschaft erhalten und sich kulturell eigenartig entwickelt. Sie lehnen das Aufgehen im Polentum ab und beanspruchen — im Rahmen des polnischen Staatswesens — die autonome Ordnung ihrer Kulturangelegenheiten. Ebenso wie heute in allen Kulturstaaten das religiöse Bekenntnis und die Kirchenzugehörigkeit, so soll in nationalgemischten Staaten — hier in Polen — die nationale Zugehörigkeit in die freie Wahl jedes Erwachsenen gestellt werden. Auf Grund dieser freiwilligen Erklärung werden alle wahlberechtigten Bürger in die Matrikel ihrer Sprach- und Kulturgemeinschaft eingetragen. Diese bildet eine Wahlkurie, die ihre eigenen Abgeordneten in die Vertretungskörper, den Stadtrat oder das Parlament wählt. — Diese Grundsätze, die sich in der Bukowina und in Mähren bewährt haben, beseitigen die nationalen Reibungsflächen auf den Gebieten, auf denen sie am gefährlichsten sind, und schaffen die Möglichkeit einer sachlichen, aus wirtschaftlichen und sozialen Beweggründen entspringenden Auseinandersetzung in den Parlamenten. Dadurch, daß jede Volksgemeinschaft gesondert wählt, ist beim Wahlkampf die nationale Parole ausgeschaltet. Dadurch, daß jede Nationalität ihre kulturellen Einrichtungen aus ihren eigenen Mitteln und Steuerquellen zu schaffen hat, wird das Bestreben nach kultureller Unterdrückung der Minderheiten verschwinden. An ihre Stelle tritt ein friedlicher Wettbewerb um kulturelle Hebung. Dieses System der

nationalen Matriken und Kurien ist von dem bekannten (sozialdemokratischen) Nationalökonomen Renner wissenschaftlich begründet worden. Der Rektor der Wiener Universität, Professor Bernartzick sagt in seiner Inaugurationsrede: Maßgebend für die Nationalität kann nur das Bekenntnis sein. Die Nationalmatriken sind mit jeder Volkszählung aufzustellen. Alle nationalen Rechte und Pflichten wären von der Eintragung in die Matriken abhängig, das Recht auf den Verkehr in einer bestimmten Sprache, die nationale Ämterfähigkeit, das nationale Wahlrecht und das Recht, nicht aber die Pflicht, die nationalen Anstalten zu benutzen. (Bodmer a. a. O.) Die nationalen Körperschaften regeln ihre Sprach- und Kulturangelegenheiten autonom nach den vom Staat allgemein erlassenen Vorschriften, insbesondere das Schulwesen von den Volks- bis zu den Hochschulen, die Unterhaltung von Museen und Theatern, die Rechtshilfe bei Prozessen vor Gerichten mit anderer Sprache. Sie haben für die Erfüllung ihrer Kulturzwecke Steuerhoheit innerhalb ihrer nationalen Gemeinschaft. (Oppenheimer a. a. O.) Also nicht die Religion oder Rasse sondern der freie Wille entscheidet über die Zugehörigkeit zu einer bestimmten nationalen Kurie. Polnisch assimilierte Juden sollen nicht in die jüdische Kurie gezwungen werden. Da in Kongreßpolen 697000 Deutsche wohnen, so gäbe es außer der polnischen und jüdischen auch eine deutsche Kurie, in die nach den angegebenen Grundsätzen auch Juden lediglich auf Grund ihrer Erklärung eintreten könnten. Das wäre insofern nicht unbedenklich, als durch einen Masseneintritt von Juden das Wesen und die Ziele der deutschen Körperschaft verändert und in den Dienst fremder Interessen gestellt würden. Auch könnten sich auf diesem Weg über die deutsch-polnische Kurie die Juden den Eintritt in das Deutsche Reich öffnen, von dem sie ja gerade durch diese wirtschaftliche und politische Besserstellung in Polen abgelenkt werden sollen. Daher wäre ein Mitbestimmungsrecht der Korporation über den Eintritt völkisch fremder Elemente nicht zu entbehren.

Jene Vorschläge der nationalen Autonomie haben vieles für sich. Der gewaltsamen Polonisierung, etwa durch eine polnische Zwangsvolksschule, der Deutschland schon mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und militärische Bedeutung des jiddischen Dialektes nicht zustimmen könnte, wäre vorgebeugt.

Sowohl in den jiddischen als den deutschen Schulen kann unter diesen Umständen das Polnische zum Unterrichtsgegenstand gemacht

werden, als Unterrichtssprache dürfte es nicht in Betracht kommen. — Die Autonomie bei sonstiger Gleichberechtigung würde die Ostjuden als Volk erhalten, ihnen die wirtschaftliche und nationale Entwickelung sichern und die aufstrebenden Elemente unter ihnen an ihre polnische Heimat fesseln. Gegen ein übermächtiges, ihnen unfreundliches Polentum würden sie — wie in Kurland — Anlehnung an das Deutschtum suchen, andererseits aber durch ihre Beziehungen zu dem ukrainischen Judentum und zu dem russischen Wirtschaftsleben die Brücke schlagen, deren wir für die Ausdehnung unsres Handels nach dem Osten bedürfen. In ähnlicher Weise wäre auch das Verhältnis der Judenschaft in den feindlichen Landesteilen zu regeln, die wie Litauen dem Reiche enger angegliedert werden. Die nichtdeutschen Bewohner treten hier zum Reich in das Verhältnis von Schutzbefohlenen, nicht von Reichsangehörigen. Eine weitgehende Autonomie könnte ihnen für die Regelung ihrer kulturellen Angelegenheiten zugebilligt, die Freizügigkeit im Deutschen Reiche müßte ihnen aber versagt werden.

Von nicht minderer Wichtigkeit für eine Lösung der Ostjudenfrage im deutschen Sinne ist neben der Verhinderung eines Abströmens der zusammengepreßten jüdischen Massen nach Westen, gerade die Erleichterung einer Abwanderung und Verteilung derselben nach Osten. Der jüdischen Zusammenballung so nahe der deutschen Grenze muß, wenn sie nicht eine schwere Gefahr für die Zukunft bleiben soll, ein Abfluß nach Osten ermöglicht werden. Die zukünftige Lage der unter russischer Herrschaft verbleibenden Ostjuden wird einen wichtigen Gegenstand der Friedensverhandlungen bilden müssen. Schon früh während des Krieges mußte Rußland unter dem Zwang der Verhältnisse und dem Druck der in England und Frankreich einflußreichen Kreise eine freiere Behandlung seiner Juden zusichern. Die Revolution berechtigt zu noch größeren Hoffnungen und das Interesse des deutschen Volkes verlangt eine Verbesserung der Lage des Ostjudentums und Aufhebung der Beschränkungen auch dort, wo dieses nicht unter die Botmäßigkeit oder den Einfluß des Deutschen Reiches gelangt. Daher muß in Rußland das Rayongesetz fallen, Freizügigkeit und freie Berufswahl und das Recht des Grunderwerbes für die Juden eingeführt werden. Wenn unhaltbare Zustände im Nachbarland das Wohl des eigenen Volkes und Staates bedrohen, muß von dem Grundsatz der Nichteinmischung abgewichen werden. Zumal dem Sieger steht es wohl zu, dem Besiegten

ſolche Bedingungen aufzuerlegen und eine Gefahr künftiger Verwickelungen zu beſeitigen. Die Forderung kann ſich ſtützen auf die Zuſtimmung aller, auch der heute feindlichen Mächte und auf die im Kriege bereits erteilte Zuſage des ruſſiſchen Kaiſers. Dabei iſt nicht notwendig, daß der Juden wegen Ausnahmeabmachungen mit Rußland vereinbart werden, ſondern es wird genügen, wenn ſämtlichen früheren ruſſiſchen Staatsangehörigen, alſo auch den Juden, auf eine längere Friſt, vielleicht zehn Jahre, das Recht der Option für ihren alten Staat eingeräumt wird. Nach dem auch für den Abfluß von Menſchen geltenden Geſetz, daß der Strom ſich ſtets nach der Richtung geringſten Widerſtandes bewegt, wird ein ſehr großer Teil der Juden, denen es in Polen-Litauen an dem nötigen Lebensraum fehlt, dieſe Möglichkeiten, das noch völlig brach liegende Feld Großrußlands in Angriff zu nehmen, benutzen. Die ungeſtörte Ausübung jeder Erwerbstätigkeit im ganzen ruſſiſchen Reiche muß ihnen zu dieſem Zwecke geſichert werden. Auch das Verbot des Erwerbes und der Pachtung von Land in Rußland iſt aufzuheben. Hiermit würde nicht nur der Überfluß der litauiſchen und der vom wirtſchaftlichen Antiſemitismus bedrängten polniſchen Juden ſeine Blicke auf Rußland ſtatt auf Weſteuropa richten, ſondern auch den unter ruſſiſcher Herrſchaft verbleibenden Juden die Lebens- und Ausdehnungsmöglichkeit geſichert, und die Urſache ihrer Auswanderung nach dem Weſten beſeitigt. Rußland mit ſeiner unbegrenzten Entwickelungsmöglichkeit bedarf ſolcher rührigen Vermittler, um die Volkswirtſchaft zu heben und ſie dem Kreislauf europäiſchen Wirtſchaftslebens anzuſchließen. Auch nach Aſien werden die gegebenen Vermittler und Wegebahner deutſchen Handels infolge mannigfacher Beziehungen und Fähigkeiten, vor allem auch vermöge ihrer vielverſpotteten „jiddiſchen“ Sprache, die Juden ſein. Dieſe auf fremder Grundlage fortentwickelte und deshalb ſeltſam wirkende deutſche Mundart wird von jedem Deutſchen ohne weiteres verſtanden; ſie iſt die Mutterſprache faſt aller Juden in Polen, Rußland, Galizien, Rumänien, auf dem Balkan bis nach Vorderaſien, der nach England, Amerika, Auſtralien ausgewanderten, im ganzen von über 10 Millionen Juden. Es gibt zahlloſe jiddiſche, mit hebräiſchen Schriftzeichen gedruckte Zeitungen und eine nicht unbedeutende Literatur; jiddiſche Überſetzungen vermitteln der Judenheit die Erzeugniſſe deutſchen Geiſteslebens. Hiermit ſei nicht geſagt, daß die Oſtjuden „deutſch kultiviert“ ſeien, ſie haben — als ſelbſtändiges, in ſich

geſchloſſenes Volk ihre eigene, in ihrer Raſſe begründete Kultur. Aber es wäre Torheit, ſie als Helfer und ihre Sprache als Vermittlerin bei der notwendigen Ausdehnung unſeres wirtſchaftlichen und politiſchen Einfluſſes abzulehnen. Auch das jedem Überſeereiſenden bekannte, ebenſo komiſch wirkende „Pitchin-Engliſch“ der Neger, Inder, Chineſen, Ozeanier hat engliſchen Handel und Einfluß in der Welt geſtützt und verbreitet. — Vielleicht wird, nach einer Aufhebung des Grundbeſitzverbotes, ein Teil der Oſtjuden ſich der Landwirtſchaft zuwenden. Die geſchichtliche Erfahrung im nachbibliſchen Zeitalter ſcheint allerdings dieſe Hoffnung nur wenig zu rechtfertigen, aber in neueſter Zeit haben die jüdiſchen Ackerbaukolonien in Paläſtina doch beſſeren Erfolg gehabt. Auch in Rußland verſuchte Nikolaus I., einen Teil der Juden zur Landwirtſchaft zurückzuführen; er gründete 327 dörfliche Niederlaſſungen in Litauen und der Ukraine, indem er Staatsländereien unter jüdiſche Anſiedler verteilen ließ. Der teilweiſe Mißerfolg dieſer Koloniſation iſt in der Hauptſache nicht den Juden, ſondern der ruſſiſchen Verwaltung und veränderten Judenpolitik zuzuſchreiben.

Das deutſche Intereſſe erfordert, daß für die Juden in Polen und Rußland erträgliche Lebensbedingungen geſchaffen werden. Auch der Zionismus verdient aus denſelben Gründen reindeutſchen Intereſſes unſere Aufmerkſamkeit und Förderung. Er erſtrebt für das jüdiſche Volk eine öffentlich rechtlich geſicherte Heimſtätte in Paläſtina als freies, allen übrigen ottomaniſchen Völkern gleichgeſtelltes Volk unter türkiſcher Oberhoheit, eine zuſammenhängende jüdiſche Bevölkerung mit der Landwirtſchaft als Grundlage und dem Hebräiſchen als nationale Sprache.

Es iſt nicht wahrſcheinlich, daß dieſes Programm in abſehbarer Zeit zur Erfüllung gelange; möglich aber immerhin, daß ſich aus den kleinen Anfängen jüdiſcher Koloniſation mit Hilfe der großen zur Verfügung ſtehenden Mittel und bei geſchickter Ausnutzung der politiſchen Umſtände ein autonomes Gemeinweſen beſcheidenen Umfanges in Paläſtina bilde, gewiſſermaßen als ein Rom des Judentums. Die Mehrzahl der Oſtjuden iſt zioniſtiſch geſinnt und einem neuerſtandenen Judäa würden ohne Zweifel Tauſende begeiſterter Bürger zuſtrömen. Die Lebensfähigkeit des Gemeinweſens hinge freilich von der Zahl und Tüchtigkeit ſeiner Ackerbauer ab. Für die Türkei könnte die Zuwanderung einiger Hunderttauſende rühriger und ſtrebſamer

Bürger und Bauern nur vorteilhaft sein; auch politische Bedenken könnten im Ernst nicht erhoben werden. Wohl aber wäre es für die Türkei von großer Bedeutung, wenn die Teilnahme des internationalen Judentums mittelbar an das Gedeihen des Osmanischen Reiches gebunden würde.

Wie auch immer man sich als Mensch zum Judentum stellen möge — auf jeden Fall bedingt das deutsche Interesse möglichste Fernhaltung des ostjüdischen Zuflusses von unserem Wirtschafts- und Kulturleben. Wenn Nachum Goldmann (Sdd. M. S. 821) sagt: „Man braucht bloß an die Rolle zu denken, die die Juden in Westeuropa seit ihrer Emanzipation spielen, um sich vergegenwärtigen zu können, von welcher Bedeutung diese Millionen Juden besonders für Deutschland werden können", so dürfte er bei sehr vielen Deutschen Vorstellungen erwecken, die zu dem festen Entschluß führen, diese Millionen von unserem Vaterlande fernzuhalten. Unter Wehen und Kämpfen ist eine notdürftige Angleichung der 615000 Juden an unser deutsches Volk erreicht worden. Beide Teile haben dabei Schaden erlitten an ihrer Seele, und die Juden haben in ihrer Mehrheit mit dem gewollten Aufgehen im deutschen Volk den Weg ihrer westjüdischen Vorfahren beschritten. Theilhaber und Wassermann haben nachgewiesen, daß die deutschen Juden mit ihrem Zuge vom Lande zur Stadt, vom Osten nach dem Westen, mit ihrem wachsenden Wohlstand, ihrer Abkehr vom religiösen Leben der Rassenentartung, dem Maltusianismus, dem allmählichen Untergang verfallen sind. Nur dem Zuzuge aus dem Ostjudentum verdanken sie eine geringe absolute Zunahme (1871—1910: 97000). Ihr Anteil an der Einwohnerzahl des Deutschen Reiches ist von 1,25% in 1871 auf 0,95% in 1910 gesunken. Der jüdische Geburtenüberschuß in Preußen, Bayern und Hessen sank stetig von 13,8‰ in 1876/80 auf 9,3‰ in 1881/90, 6,4‰ in 1891/1900, 4,4‰ in 1901/05, 3,7‰ in 1906/10. Der Geburtenüberschuß der deutschen Gesamtbevölkerung schwankt von 1885—1907 zwischen 13 und 15‰ und betrug 1910: 13,6‰. (Fritz, Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzschluß. München bei Lehmann 1915.) Anpassung an und Aufgehen in das deutsche Volk bedeutet also für die deutschen Juden als besondere Rasse ein allmähliches Verschwinden. Eine Massenzufuhr ostjüdischen Blutes würde diesen Vorgang hemmen, sehr zum Schaden der angesessenen Judenheit ihre Eindeutschung unterbrechen, für das deutsche Volk die Judenfrage zu

neuem Leben anfachen und ihre Löſung nur im Sinne einer Ausnahmegeſetzgebung ermöglichen. Unſere deutſchen Aſſimilationsjuden ſind ſich dieſer Gefahr wohl bewußt, und zahlreiche Stimmen, jüdiſche wie nichtjüdiſche, verlangen, daß rechtzeitig, d. h. noch vor dem Friedensſchluß, Vorkehrungen, wenn auch vorläufiger Art, getroffen werden, um der zu erwartenden Maſſeneinwanderung von Oſtjuden vorzubeugen.

Seitdem dies geſchrieben wurde, iſt die Revolution in Rußland ausgebrochen und hat mit der Zwingherrſchaft des Zaren auch die Ghettomauern geſtürzt. Selbſt eine ſiegreiche Reaktion könnte ſie dauernd nicht wieder aufrichten. Wahrſcheinlich aber werden aus dem Umſturz die befreiten Völker Rußlands ſich mehr oder weniger ſelbſtändige Einzelſtaaten aufbauen, in denen auch die Juden wirtſchaftliche Bewegungsfreiheit, in Weſtrußland vielleicht auch die politiſche und kulturelle Autonomie erlangen werden. Wir würden eine ſolche Entwicklung begrüßen; denn jede Beſſerſtellung der Oſtjuden, beſonders ihre Freizügigkeit in Rußland und Polen, vermindert die durch ihre Zuſammenpferchung bewirkte elementare Spannung, die trotz des — in jedem Falle erforderlichen — Grenzſchluſſes die Gefahr erzeugt, daß dieſe Millionen von Oſtjuden ſich auf heimlichen Schleichwegen oder bei einem politiſchen Dammbruch als Maſſenflut über unſer Vaterland ergießen.

Agrarfrage und Agrarreform in Rußland.[1])

Von W. D. Preyer in Straßburg i. E., z. Z. in Bukarest.

Die Agrarfrage in Rußland, die in den letzten Jahrzehnten sich immer mehr zuspitzte, bis die Revolution 1905—1906 mit erschreckender Deutlichkeit den tatsächlich bestehenden gefährlichen Zustand enthüllte, war rein bäuerlicher Natur. Ihre Ursachen reichen bis zur Bauernbefreiung vom 19. Februar 1861 zurück: diese brachte die persönliche Freiheit, blieb im übrigen aber auf halbem Wege stehen, da die Eigentumsverhältnisse am Grund und Boden keine zweckmäßige Regelung fanden. Die sachliche Grundlage der Produktion war damals nicht genügend festgelegt worden; mit diesem Punkte ausschließlich beschäftigt sich die 1906 eingeleitete Reform. Die Regelung der Eigentums- und Nutzungsverhältnisse am Grund und Boden ist ihre einzige Aufgabe.

Daher ist hier zuerst die Entstehung der Bauernfrage klarzulegen: aus welchen Ursachen ist die Lage der Bauern so geworden, daß die große, umwälzende Reform unabweislich wurde? Die Gründe liegen in den bei der persönlichen Befreiung begangenen Fehlern und in der Agrarverfassung, der eigentümlichen Feldgemeinschaft, ganz besonders aber in der Gemengelage und den von ihr verursachten Folgen. Eine Reihe von Momenten, teils ökonomischer, teils rechtlicher Art, haben zusammengewirkt, um eine derart schlechte Lage der Bauern zu schaffen, daß sie schlechter überhaupt kaum gedacht werden kann.

I. Die historischen Grundlagen.

Drei Kategorien von Bauern gab es zur Zeit der Leibeigenschaft: die gutsherrlichen, die Apanage- und die Domänenbauern.

1) Auf dem kurzen, zur Verfügung stehenden Raume können nur auszugsweise die wichtigsten Punkte knapp hervorgehoben werden. Ausführliche Darstellung in: W. D. Preyer, Die russische Agrarreform. Jena 1914, Gustav Fischer, XIV u. 415 S.

Bei der Befreiung schnitten die ersten am schlechtesten ab: die Abgrenzung des ihnen zugewiesenen Landes fiel durchweg zugunsten der Gutsbesitzer aus, so daß die den Bauern als Gegenleistung für die Befreiung auferlegten Lasten für ihre Leistungsfähigkeit zu hoch waren. Die Apanage- und Domänenbauern waren nicht so schlecht gestellt: ihr Landanteil war größer und das ihnen zugewiesene Land von besserer Qualität. Im ganzen erhielten in den Jahren 1861—63 die Freiheit: 22,4 Millionen Bauern, die mit 116,9 Millionen Deßjatinen Land ausgestattet wurden. Die gutsherrlichen Bauern, die an Zahl 45% ausmachten, erhielten nur 29% des Landes; bei den Domänenbauern sind die Zahlen 43 und 49, woraus der erwähnte Unterschied klar erhellt; der Rest verteilt sich auf die Apanagebauern und sonstige Kategorien.

Die Bewirtschaftung des den Bauern bei der Befreiung überwiesenen Landes fand auf Grund der Feldgemeinschaft statt, die, schon vorher in ganz Groß- und einem Teil von Kleinrußland bestehend, durch die neue Gesetzgebung nicht berührt wurde, obwohl diese unverkennbar zeigt, daß die Verfasser von ihrem allmählichen Absterben überzeugt waren.

Das Gesetz vom 19. Februar 1861 unterscheidet: Feldgemeinschaft mit Gemeindebesitz und mit Einzelbesitz, wobei unter der ersteren nach dem Text jenes Gesetzes zu verstehen ist: „diejenige althergebrachte Nutzungsart, bei welcher das Land durch Gemeindebeschluß unter die Bauern nach Seelen oder einem anderen Modus umgeteilt oder verteilt wird, die für den Nießbrauch des Landes auferlegten Verpflichtungen aber unter solidarischer Haft getragen werden."

Von den beiden früheren Hauptarten der Bauernschaft, staatlichen und gutsherrlichen, bevorzugten die Staatsbauern, besser gestellt, mit höheren Erträgen als Zahlungen, fast ausschließlich die Feldgemeinschaft mit Umteilungen; bei den Gutsbauern dagegen zeigte sich eine mindestens gleich starke Tendenz zum Einzelbesitz ohne periodische Umteilungen. Trotz dieses Hauptunterschiedes und einer Reihe weniger wichtiger war doch im allgemeinen durch die Befreiung ein im ganzen einheitliches Fundament geschaffen worden, auf dem die nunmehr persönlich freien Bauern ihr wirtschaftliches und soziales Leben aufbauen sollten. Für die gesamte weitere Entwicklung bis zur Revolution ist neben der grundlegenden Bedeutung der Feldgemeinschaft

eine Reihe von treibenden Momenten ausſchlaggebend geweſen, deren Einflüſſe kurz anzudeuten ſind.

1. Landverſorgung. Das Anteilland (Nadjel), d. h. das durch die Befreiung überwieſene, feldgemeinſchaftlich zu nutzende — im Gegenſatz zum käuflich erworbenen und in Privateigentum ſtehendem oder gepachtetem Land — betrug im Durchſchnitt des europäiſchen Rußlands:

6,7 Deßjatinen bei den Staatsbauern,
4,9 „ „ „ Apanagebauern,
3,2 „ „ „ Gutsbauern.

Die abſolute Zahl der Ausdehnung des Anteillandes gibt aber keine genügende Vorſtellung über die Landverſorgung der Bevölkerung; man muß ſie in Verbindung bringen mit dem Bedarf, der ihr gegenüberſteht, und den Arbeitskräften, die zur Verfügung ſind, d. h. man muß ſie unter dem Geſichtspunkt der Konſumtions- und Produktionsnorm betrachten. Seit dem Beginne der 70er Jahre kehrt in allen Schriften die Angabe wieder, daß das Anteilland nach beiden Geſichtspunkten hin nicht ausreicht; in der letzten Zeit heißt es ſogar, daß in der Mehrzahl der Fälle auf ihm nicht einmal das Exiſtenzminimum erzielt werde, das in Rußland mit 19 Pud = etwa 316 kg Getreide pro Kopf angegeben wird. Alſo erſte Tatſache: viel zu geringe Landverſorgung der Bauern.

Die Grundlage einer geſicherten Wirtſchaft, die ausreichende Verſorgung mit Land, hat dem Bauern von vornherein gefehlt und konnte trotz alles Beſtrebens der Bauern weder durch Zukauf noch durch Pacht hinreichend vergrößert werden. Namentlich hielt die erreichte Vergrößerung — bei gleichbleibender Produktivität — nicht Schritt mit der Bevölkerungszunahme.

Die durch das Leibeigenenrecht zurückgehaltene natürliche Volksvermehrung zeigte ſich nach der Emanzipation in normalem Umfange: in 40 Jahren hat die bäuerliche Bevölkerung um etwa 90 % zugenommen: ſie wuchs von 45 auf 85 Millionen. Hier liegt der Kernpunkt des Problems und der letzte Grund der Bauernfrage: Bevölkerungszunahme um das Doppelte — Landvermehrung nur um Geringes, ein Fünftel etwa, wie die Berechnungen ergeben. Ganz natürlich, daß die Lage äußerſt empfindlich wurde, und daß im Landmangel der weſentlichſte, wenn nicht einzige Grund der ländlichen Not erblickt wurde.

2. Ein sehr wichtiges Moment war ferner der Mangel der landwirtschaftlichen Technik. Zugegeben, daß ein absoluter Landbedarf bestand — konnte nicht durch Anwendung verbesserter Anbaumethoden, durch Intensivierung des Betriebs das Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszahl und vorhandenem Lande ausgeglichen werden? Hier tritt als unüberwindliches Hindernis die eigenartige Dorfverfassung, die Feldgemeinschaft, entgegen: die Versammlung der männlichen Mitglieder, der „Mir", verfügt über den Grund und Boden und der einzelne ist nur zeitweiliger Nutznießer der ihm zugewiesenen Parzelle. Mannigfaltig sind die Folgen dieses Zustandes.

1) Der einzelne gerät in völlige Abhängigkeit vom Mir; da er sein Land nur zeitweise besitzt, fehlt der Anreiz zu sorgfältiger Bearbeitung; persönliche Initiative und Unternehmungslust fehlen völlig. 2) Da absolute Gleichheit in Größe und Güte des Bodens den Hauptgrundsatz bei der Zuteilung bildeten, war die nächste Folge eine außerordentlich zersplitterte Gemengelage. Oft zerfiel der Anteil eines Bauern in 100 und mehr Teile. Mit der Gemengelage sind natürlich zahlreiche gegenseitige Servituten verbunden, wie Weide, Viehtrieb, Wegegerechtigkeiten u. dgl. Besonders schädlich ist die gegenseitige Brachweide, deren Bestehen jede Intensivierung der Landwirtschaft ausschließt. 3) Da die einzelnen Siedelungen in der Mehrzahl sehr volkreich waren, hatte ihr Land einen großen Umfang, oft tausende von Deßjatinen. Die Gemengelage führte daher bei solcher Ausdehnung zu übermäßiger Entfernung der Anteile von der Wohnung: 3—5 Werst galten als normal, häufig stieg sie aber auf 10, ja 20 und noch mehr. Sachgemäße Bearbeitung so entfernten Bodens ist natürlich ausgeschlossen. 4) Die Feldgemeinschaft mit den Folgen der Dreifelderwirtschaft und der allgemeinen Viehweide auf der Brache verursachte naturgemäß strengsten Flurzwang: es mußte überall das Gleiche und zur selben Zeit angebaut werden; die Pflege von Handelsgewächsen und höheren Kulturen war unmöglich. Jahr für Jahr werden durch die Brache 30% dem Anbau entzogen. Trotz des Landbedarfs und der ewig wiederholten Klagen über Landmangel vergrößert sich andauernd das unbebaut gelassene Land dadurch, daß der Bauer im Raubbau aus den entferntesten Teilen herauszieht, was sie hergeben und sie dann liegen läßt. So geht Mangel an Land mit Nichtausnutzung des zur Verfügung stehenden Hand in Hand.

Infolge dieſer Zuſtände befindet ſich die *techniſche Leiſtungsfähigkeit* der Bauernwirtſchaft auf einem ſehr niedrigen Niveau. Die Erträge des bäuerlichen Landes ſtehen weit hinter denen von Gutsländereien zurück, ein Unterſchied, der im allgemeinen auf 20% geſchätzt wird. Im Vergleich zu Weſteuropa erreichen die meiſten Ernten noch nicht die Hälfte der dort erzielten: der Hektarertrag an Roggen betrug im Durchſchnitt der Jahre 1901—1905 in Rußland 7,4 dz, gegen 15,6 in Deutſchland, 17,0 in England und 21,3 in Belgien.

3. Ein weiterer Fehler entſtand aus der *Agrargeſetzgebung*. Durch die Emanzipationsgeſetze hatte der *Mir* nicht nur in wirtſchaftlicher, ſondern auch in adminiſtrativer Hinſicht *unbeſchränkte Gewalt* über die Gemeindemitglieder erhalten. Dies führte bei der völligen Autonomie der Dorfgemeinde natürlich zu vielen Mißbräuchen. Die erſte Beſchränkung trat im Jahre 1889 (Periode der allgemeinen Reaktion unter Alexander III.) ein, und zwar durch die Schaffung des Landhauptmanns. Er hatte alle Beſchlüſſe des Mir zu beſtätigen, ehe ſie rechtskräftig wurden. Während aber bei den leitenden Stellen der Regierung die Anſicht herrſchte, daß die Überführung des Gemeindebeſitzes in Privateigentum trotz aller Schwierigkeiten erforderlich ſei, ſtanden die ausführenden Organe, eben die Landhauptleute, größtenteils auf entgegengeſetztem Standpunkt. Dieſem Gegenſatz der Meinungen entſprechend, iſt auch die *neuere Geſetzgebung* für die Bauern vom Jahre 1893 von völlig ſich widerſprechenden Tendenzen beherrſcht: das erſte Geſetz, vom 8. Juni 1893, bedeutet einen großen Fortſchritt in der Richtung des Einzeleigentums, während das zweite, nur ein halbes Jahr ſpäter, am 14. Dezember erlaſſene, das gegenteilige Ziel verfolgt.

4. Von unheilvoller Bedeutung endlich war die ſich mehrfach diametral gegenüberſtehende ſchwankende *Auswanderungspolitik*, die von beſonderem Einfluß auf die Lage der Bauern geweſen iſt. Unter Nikolai I. wurde planmäßig die Auswanderung aus übervölkerten in wenig angeſiedelte Gouvernements gefördert; ſie kam aber, der Lage der Dinge entſprechend, nur für die Staatsbauern in Frage. Mit der Emanzipation tritt ein völliger Umſchwung ein: die Auswanderung liegt nicht im Intereſſe des grundbeſitzenden Adels, dem vor allem daran lag, billige Arbeitskräfte und ſolche Pächter zu haben, die wegen ihrer Landnot unter allen Bedingungen Land zu pachten geneigt waren. Daher wurde die Auswanderung

ſyſtematiſch unterdrückt. Trotz dieſes Verhaltens nahm ſie einen großen Umfang an, ſo daß ſie ſchließlich (1885) geſetzlich geregelt und durch das Geſetz von 1904 und den Ukas von 1906 nach Sibirien völlig freigegeben werden mußte. Es ergoß ſich ein ſtarker Strom in den Oſten, dem aber ein erhebliches Rückfluten folgte; denn Sibirien iſt zwar unermeßlich groß, aber der größte Teil ſeines Territoriums unwirtlich und unbebaubar.

Verſuchen wir nunmehr, uns zu vergegenwärtigen, wie ſich die wirtſchaftliche und ſoziale Lage der Bauern geſtaltet hat: auf der Grundlage der Befreiungsgeſetzgebung, ſowie der ſo mannigfache Formen aufweiſenden Feldgemeinſchaft und unter dem Einfluß der vier erwähnten Momente: Landverſorgung und Bevölkerungszunahme; Technik der Wirtſchaftsführung; Geſetzgebung; Auswanderungspolitik der Regierung.

a) Differenzierung des Bauernſtandes. Trotz des angeblich durch die Feldgemeinſchaft einem jeden zugeſicherten Anrechts auf ein Stück Land zeigt ſich eine ſtarke, deutlich bemerkbare Differenzierung: eine kleine vermögende Minorität arbeitet ſich in die Höhe (im Durchſchnitt über 15 Deßjatinen Beſitz); es folgt ein breiter Mittelſchlag, der Kern der Dorfbevölkerung, die ihren Boden zwar ſelbſt beſtellt, aus ihm aber nicht ihren ganzen Unterhalt ziehen kann; ſchließlich entſteht eine Rieſenſchicht ländlichen Proletariats, die ihren Anteil in der Regel nicht mehr ſelbſt beſtellt und ihr kümmerliches Daſein nur durch Lohnarbeit friſtet. Iſt es auch als ein wirtſchaftlicher Fortſchritt zu bezeichnen, daß eine Anzahl von Bauern durch Tatkraft und Umſicht ihren Landbeſitz vergrößern können, ſo war infolge der rechtlichen Hemmniſſe, die von der Feldgemeinſchaft ausgehen, doch nur eine verhältnismäßig geringe Zahl dazu in der Lage. Ein großer Teil mußte immer ärmer werden, verließ aber trotzdem die Gemeinde nicht, da er durch etwaige Neuumteilung wieder in den Beſitz zu gelangen hoffte und friſtete ſo ein kümmerliches Daſein, anſtatt zu einem lohnenden Erwerb in anderen Berufsarten überzugehen. Das durch die Feldgemeinſchaft gewährte Recht auf einen gleichen Landanteil „wird ſchließlich nur zum gleichen Anrecht aller auf den Hungertod“.

Mit der ſozialen Differenzierung, die ſonſt den Beginn des wirtſchaftlichen und ſozialen Fortſchritts bedeutet, ſind alſo große Gefahren verbunden: die wohlhabenderen Bauern nutzen oft die Not-

lage der ärmeren in ſchamloſer Weiſe aus und die Exiſtenz von Millionen, die dem Namen nach Grundbeſitzer, tatſächlich aber völlig beſitzloſe Proletarier ſind, nur durch die Dorfverfaſſung an die Gemeinde gefeſſelt, bildet eine große, bei Mißernten und Notſtänden ſich ſtets ſteigernde Gefahr für den Staat.

b) Verarmung. Infolge der Differenzierung verliert der Gemeindebeſitz als ſolcher ſeine Bedeutung und die Umteilungen werden ſeltener; es iſt klar, daß die wohlhabenderen Bauern auf das energiſchſte gegen ſie kämpfen; denn bei unverändertem Landbeſitz und zunehmender Bevölkerung muß einmal der Moment eintreten, in dem eine Umteilung keinen Nutzen, ſondern nur Schaden bringt. Wo aber der Gemeindebeſitz mit Umteilungen beibehalten worden iſt, und die differenzierenden Tendenzen ſich nicht merkbar entwickeln konnten, da war allgemeine Verarmung die Folge der Feldgemeinſchaft, beſonders der Solidarhaftpflicht. Ein tüchtiger Bauer hat keinen Vorteil von geſteigerter Tätigkeit, denn die Solidarität macht den Mir erbarmungslos. Bleibt jemand mit ſeinen Steuern oder ſonſtigen Zahlungen im Rückſtand, ſo kann der Mir auf jede Weiſe verſuchen, die geſchuldeten Gelder einzutreiben.

Aus der Geſamtzahl der Bauern waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts nur 62% imſtande, ihren Landanteil ſelbſtändig zu bebauen; 38% haben teilweiſe ſchon die landwirtſchaftliche Tätigkeit aufgegeben. Berechnet nach der obenerwähnten Norm des durchſchnittlichen Getreidekonſums der bäuerlichen Bevölkerung von 19 Pud auf den Kopf und 7½ Pud für Viehfutter, erzielen 45,4 Millionen Bauern, oder 70,7% der geſamten Bauernſchaft von ihrem Anteilland einen Ertrag, der unter dem Exiſtenzminimum bleibt; 13,1 Millionen oder 20,4% können ſich ſelbſt, aber kein Arbeitsvieh ernähren; nur 5,7 Millionen oder 8,9% erzeugen auf ihrem Anteilland mehr als 26½ Pud, ſind alſo imſtande, über den Selbſtverbrauch hinaus Getreide auf den Markt zu bringen. Die erwähnten 70,7% repräſentieren etwa die bäuerliche Bevölkerung von 40 Gouvernements. Von Anteilland und privatem hinzugekauften oder gepachteten erzielen ſie in etwa 22 Gouvernements einen Ertrag, der imſtande iſt, ihren Konſum zu decken, in 28 Gouvernements dagegen beſteht ein erheblicher Fehlbetrag.

c) Gewerbliche Beſchäftigung. Da die Auswanderung nach Sibirien dem Lande eine wirkliche Erleichterung nicht ſchaffte, könnte man

vielleicht annehmen, daß die Bauern durch Übergang zu gewerblicher Tätigkeit jeder Art versucht hätten, zum Teil ihrer Not zu steuern, insofern als dadurch weniger „Esser" von der Landwirtschaft zu ernähren gewesen wären. Zwei Arten der Beschäftigung kommen hier in Betracht: Hausindustrie im heimatlichen Dorf und Übergang zur Fabrikarbeit. Die erstere trat regelmäßig als Abhilfe dort ein, wo die Bauern von ihrer Parzelle nicht das Existenzminimum erzielen konnten. Aber auch sie verschärfte wieder in hohem Maße die Differenzierung; denn sowie die Hausindustriellen sich auf ein Gewerbe konzentrieren, spezialisiert sich auch die Landwirtschaft. Eine Abwanderung in die Großindustrie hat hier auch keinen Wandel schaffen können; zwischen Bauer und Fabrikarbeiter besteht noch vielfach Personalunion: der Arbeiter hat das Band mit dem Lande noch nicht zerrissen. Er bleibt in erster Linie Bauer und sucht den industriellen Nebenerwerb nur vorübergehend.

Es ist verständlich, daß die Bauern, die sich mehr oder weniger stets der bittersten Not gegenüber sahen, mit allen Mitteln darnach strebten, ihre traurige Lage zu verbessern. Den einzigen Ausweg aus ihrer Lage sahen sie in neuen Landzuteilungen, und der Ruf nach mehr Land wurde immer allgemeiner und erfaßte schließlich das ganze Reich. Die Lage besserte sich aber nicht, und das zeigte sich in besonders erschreckender Weise in den fortgesetzt steigenden Rückständen der Steuern und Ablösungszahlungen, die 1892 bereits 62% der schuldigen Jahressumme betrugen, und im Jahre 1901, infolge der mehrfachen Mißernten, auf 122% im ganzen Reich und auf 232% in einzelnen Gouvernements anwuchsen. Die Wurzel alles Unglücks suchten die Bauern ausschließlich im Landmangel, und die Frage nach der erforderlichen Abhilfe konzentrierte sich nur darauf, wie und woher das nötige Land beschaffen?

In den Jahren 1901 und 1902 brachen die ersten Unruhen, besonders im Schwarzerdedistrikt aus. Sie waren leichterer Natur und wurden von der Regierung ohne Schwierigkeit unterdrückt, riefen aber doch bei ihr die Überzeugung wach, daß die bisher zur Sicherung des Bauernstandes angewandten Mittel unzureichend waren und daß in seinem Organismus Fehler sich befinden mußten, deren Beseitigung unerläßlich erschien.

Um die Bauernrevolution der Jahre 1905 und 1906 richtig zu würdigen, ist zu berücksichtigen, daß sie keine bewußte, planmäßige Er-

hebung darstellt, die ein bestimmtes Ziel verfolgt, sondern den spontanen, leidenschaftlichen Ausbruch eines durch Jahrzehnte hindurch angesammelten Druckes bildet. Eine planmäßige Erhebung war schon deshalb ausgeschlossen, weil die erforderliche psychologische Grundlage fehlte. Die bäuerlichen Unruhen zeitigten eine außerordentliche Wirkung auf die öffentliche Meinung; viel mehr, als die Aufstände in den Städten. Die ersten und nachhaltigsten Eindrücke wurden hervorgerufen durch die überall hervortretenden Klagen über den Landmangel, und daher glaubten die meisten, der Anlaß der Aufstände und damit der Not liege nur in der zu geringen Landversorgung der Bauern. Die Ursachen der bäuerlichen Bewegung liegen aber nicht nur in diesem Grunde: sie sind verankert in der ganzen, fehlerhaften Organisation der bäuerlichen Wirtschaft, wie sie sich unter den geschilderten Umständen entwickelt hat. Es kommt noch besonders hinzu, daß die Bauernpolitik der Regierung in ihrem Kern nicht auf die tatsächliche Hebung des Wohlstandes der Hauptmasse der Bevölkerung gerichtet war, sondern neben dem Interesse des Großgrundbesitzes nur fiskalisch-finanzielle Ziele und die Erhaltung des bestehenden politischen Regimes verfolgte und dadurch schon bei der Befreiung die Grundlage zur Zersetzung der Bauernwirtschaft legte.

Der Charakter der bäuerlichen Unruhen ist nicht überall der gleiche. Im Schwarzerdegebiet trat die wirtschaftliche Seite durchaus in den Vordergrund: „mehr Land“ war die einzige Losung. In dem anderen Gebiet ist dagegen die politische Seite der Aufstände mehr bemerkbar: die reine Agrarfrage drängt hier nicht in gleichem Maße die sonstigen Ursachen der Bewegung zurück. Und zwar tritt in dem Teil des Gebiets, in dem die gewerbliche Arbeit besonders entwickelt ist, das politische mehr hervor als dort, wo die Landwirtschaft noch eine wesentliche Rolle spielt. Hiermit soll natürlich nicht gesagt werden, daß dort nur wirtschaftliche, hier nur politische Gründe dem Aufstande seinen Charakter verliehen; im Gegenteil, beide machen sich überall bemerkbar und gehen in einander über. Seit 1901 waren jährlich, bald an der einen, bald an der anderen Stelle Unruhen ausgebrochen; im Sommer 1905 zeigten sie sich fast überall und äußerten sich in der schlimmsten Zerstörungswut. Weniger ausgeprägte Formen nahm die Agrarbewegung in den Gouvernements an, in denen der Haupterwerb auf die Fabrikarbeit entfällt, oder auf diese in Verbindung mit sommerlicher Wanderarbeit, Gebiete, in

denen daher nur der kleinere Teil der Bevölkerung sich mit Landwirtschaft beschäftigt. Daß in den industriellen Gouvernements die Agrarrevolten einen verhältnismäßig ruhigeren Verlauf nahmen, liegt vor allen Dingen daran, daß für die Bauern hier der Landbesitz eine geringere Bedeutung hat, daß ferner die männliche Bevölkerung weniger zahlreich ist, und dazu in vorgeschrittenem Alter steht — die jüngeren sind in den Fabriken oder auf Wanderarbeit — und schließlich, daß hier die revolutionäre Stimmung hauptsächlich in industriellen Streiks zum Ausdruck gekommen ist.

Bei einem allgemeinen Urteil über die Agrarbewegungen der Jahre 1905 und 1906 ist zunächst ein großer Unterschied gegenüber den früheren ähnlichen Erscheinungen zur Zeit der Leibeigenschaft festzustellen, insofern, als die verhältnismäßige Selbständigkeit der Bauernrevolution der jüngsten Jahre den Beweis eines merkbaren politischen Fortschritts erbringt. Wie niedrig und gedrückt auch die Lage der eben befreiten Bauern im Vergleich zu der ihrer Standesgenossen in den westeuropäischen Staaten sein mochte, sie war auf jeden Fall bei weitem besser, als die Rechtlosigkeit zur Zeit der Leibeigenschaft. Dazu kam die äußere Gleichstellung mit den bisher privilegierten Schichten, ferner die stets wachsende Unzufriedenheit mit den bestehenden wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnissen und der geradezu volksfeindlichen und durchaus reaktionären Politik der Regierung. Die zunehmende Verarmung brachte die Veranlassung, über die Gründe nachzudenken und Mittel zur Abhilfe ausfindig zu machen. Das Verhalten der Regierung ließ aber jeden Glauben schwinden, bei ihr eine Abhilfe zu finden, und bereitete daher den Boden vor, andere Wege zum gleichen Ziele zu suchen, was psychologisch dadurch sehr erleichtert wurde, daß die Weltanschauung der Bauern keine feste Grundlage hatte. Wo aber auch die letzten Ursachen zu suchen sein mögen, welche die rudis indigestaque moles der russischen Bauernschaft in Bewegung setzten: das ist jedenfalls sicher, daß der Aufstand von nachhaltigem, dauerndem Erfolg begleitet war; denn ohne ihn würde die Regierung niemals so energisch eine derart umwälzende Agrarreform begonnen haben, wie sie es tat.

II. Die Agrarreform.

Die bäuerlichen Unruhen mit ihren zahlreichen Greueltaten und ihrer blutigen Unterdrückung hatten in Rußland die öffentliche Meinung aller Schattierungen auf das lebhafteſte beſchäftigt. Die Überzeugung wurde allgemein, daß die Agrarfrage die wichtigſte Lebensfrage für den Staat ſei. Nichts natürlicher, als daß ſich alle intereſſierten und unintereſſierten Kreiſe auf das eingehendſte mit ihr beſchäftigten. Eine Unzahl von Löſungen dieſes wichtigſten Problems wurde vorgebracht, die alle auch nur flüchtig zu ſtreifen hier unmöglich iſt.

Lediglich die Hauptpunkte der Löſung in den wichtigſten Ideenrichtungen Rußlands ſeien angedeutet, alle Einzelheiten dagegen beiſeitegelaſſen, um nur die großen, grundlegenden Prinzipien klarzuſtellen. Überall wird der Kernpunkt der Agrarfrage im Landmangel erblickt, der aber nicht der einzige, ja nicht einmal der wichtigſte Grund des Problems iſt. Zu allen Fragen, die aus der einen Tatſache: Gemeindebeſitz mit der durch ihn verurſachten Gemengelage ſich ergeben, wird kaum Stellung genommen; mechaniſche Vergrößerung des bäuerlichen Landes erſcheint als Hauptſache.

Hinſichtlich dieſes einen Punktes entſtehen die Verſchiedenheiten in der Auffaſſung der Agrarfrage. Vier hauptſächliche Strömungen laſſen ſich erkennen:

1. Die konſervative: Löſung der Bauernfrage unter weſentlicher Schonung des grundbeſitzenden Adels, deſſen Intereſſen ſtets vorangeſtellt werden.

2. Die liberale: Ausgedehnte Enteignung privaten Grundbeſitzes zu Gunſten der Bauern auf Grundlage der kapitaliſtiſchen Wirtſchaftsordnung und des heutigen Rechtsſtaates.

3. Die ſozialiſtiſche: Keine organiſche Agrarreform; Förderung des Klaſſenkampfes auf dem Lande durch Maßregeln des ſtrengſten Marxismus.

4. Die Narodniki: Spezifiſch ruſſiſche Welt- und Wirtſchaftsanſchauung; in deren Mittelpunkt: Bauer und Gemeindebeſitz; daher Sozialiſierung des geſamten Landes.

Die Hauptſtreitfrage für die Reform war: hie Gemeindebeſitz — hie Einzeleigentum! Bei dieſem Punkt treten faſt durchweg Weltanſchauung und theoretiſche Betrachtung hindernd in den Weg. Der Gemeindebeſitz iſt einmal die „nationale Inſtitution“, dann der „Über-

gang zu einer künftigen höheren Gesellschaftsordnung"; selten geht man aber seiner tatsächlichen, leicht erkennbaren Wirkung auf den Grund. Regierung und Adel halten ihn für die „Wurzel alles Übels", aber nicht, weil er die wirtschaftliche Entwicklung hemmt, sondern weil er die Brutstätte des „Sozialismus" und der „Revolution" ist.

Das Ergebnis der bloßen Gedankenkonstruktion und des absoluten Mangels an Rücksichtnahme auf praktische Durchführbarkeit hat sich folgerichtig darin gezeigt, daß von allen prinzipiellen Gedanken der Hauptströmungen nichts in die tatsächliche Reform übergegangen ist; kleinere Vorschläge, Einzelheiten, sind wohl benutzt worden, allein die großen Richtlinien und Grundlagen sind völlig andere und bringen etwas durchaus Neues in das Bestehende herein.

Auf das Zustandekommen der Reform, die Kämpfe der Interessenten, die parlamentarischen Schwierigkeiten usw. ist hier nicht einzugehen; es soll nur kurz die tatsächliche Reform geschildert werden, wie sie durch den Ukas vom 9. November 1906 eingeleitet und durch die Gesetze vom 14. November 1910 und 29. Mai 1911 festgelegt worden ist.

Der Grundgedanke der großen Reform ist: Begründung des persönlichen Einzeleigentums.

Um das Ziel zu erreichen, ist eine doppelte Tätigkeit zu entfalten; die Besitz- und Betriebsverhältnisse auf dem Anteilande sind zu reformieren: Auflösung des Gemeindebesitzes und Verkoppelung der Grundstücke. Beides zusammen bezeichne ich als Agrarreform im engeren Sinne. Ergänzt wird sie durch das Streben, den bäuerlichen Landbesitz zu vergrößern, was durch lebhafte innere Kolonisation in unserem Sinne geschieht, nämlich durch Ankauf von Gütern in größtem Maßstabe, ihre Parzellierung und das Ansetzen von Bauern. Das Wichtigste vom Ganzen ist der erste Teil. Man hatte endlich erkannt, daß zur Lösung der Bauernfrage die bisher angewandten Mittel nichts taugten. So führte der Zwang der Verhältnisse dazu, den in der Bauernbefreiung enthaltenen, aber in Vergessenheit geratenen Gedanken wieder aufzunehmen, nämlich daß der Feldgemeinschaft nur vorübergehende Bedeutung inne wohnen solle, und daß privates Eigentum der Bauern an ihrem Lande das zu erstrebende Ziel sein müsse. Die vielfachen, hieraus sich ergebenden Probleme machen den Inhalt der russischen Agrarreform im weiteren Sinne aus; ihre Durchführung stellt eine außerordent-

lich große Leistung dar. Dabei waren im einzelnen folgende Punkte zu berücksichtigen.

1. Bei Auflösung der Feldgemeinschaft besteht ein Hauptunterschied zwischen Gemeinden mit und ohne Umteilung. Bei den Gemeinden mit Umteilung wurde jedem Einzelnen gestattet, ohne weiteres aus der Gemeinschaft auszuscheiden und die Überführung seines Landanteils in privates Eigentum zu verlangen. Außerdem können die Gemeinden auf Mehrheitsbeschluß im Ganzen die Gemeinschaft auflösen und zum Eigentum übergehen; es ist ihnen aber freigestellt, bei der alten Nutzungsweise zu bleiben.

Ganz anders ist die Regelung bei den Dörfern ohne Umteilung: hier erlischt der Gemeindebesitz im Augenblick des Inkrafttretens des Gesetzes und die Bauern werden sofort Eigentümer ihrer bisher nur genutzten Landanteile. Diese Regelung ist von großer Bedeutung für den Verlauf der Reform: es entstehen sofort viele Tausende von kleinen Eigentümern, deren Beispiel auf die anderen anregend wirkt; das private Eigentum weckt das persönliche Interesse und damit den wirtschaftlichen Fortschritt; in politischer Hinsicht ist es schließlich günstig, eine Menge kleiner Eigentümer zu haben, denn diese sind mehr oder weniger konservativ. In die beiden ersten Parlamente hatten die Bauern nur Vertreter der radikalsten Richtungen entsandt.

2. Als Rechtssubjekt für das neu begründete Eigentum wurde der einzelne Bauer bestimmt. Es erschien zwar zunächst schwierig, auch nicht unbedenklich wegen der vielen wirtschaftlichen Gefahren, denen ein kleines Bauerngut ausgesetzt ist; es war aber unbedingt erforderlich, hier eine absolute Klarheit zu schaffen, da die bisherige Gesetzgebung über diesen Punkt sehr widerspruchsvoll war. Trotz vieler, namentlich auf dem ideologischen Gebiet liegenden Widersprüche wurde das persönliche Eigentum des einzelnen Bauern eingeführt.

3. Wieviel Anteilland sollte aber der einzelne erhalten? Diese Frage war um so schwieriger zu lösen, als im Laufe der Zeit — wie oben bereits angedeutet — erhebliche Verschiebungen in der Landversorgung eingetreten waren. Die Entscheidung war deshalb so wichtig, weil jetzt ein für alle Mal die zukünftigen Grundbesitzverhältnisse der Bauernschaft festgelegt werden sollten. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Verschiedenheit der Feldgemeinschaften: ihrer Stellung zur Umteilung. In den Gemeinden, in denen nie

oder verhältnismäßig lange keine Umteilungen ſtattgefunden hatten, war die Lage verhältnismäßig einfach, da ſich bereits ein gewiſſes eigentumsähnliches Verhältnis herausgebildet hatte. In dieſen Dörfern erhielten die Bauern die Menge Landes zu Eigentum, die ſie zur Zeit im tatſächlichen unbeſtrittenen Beſitz hatten. Undenkbar, weil zu kraſſeſter Ungerechtigkeit führend, wäre die Anwendung dieſes Prinzips auf die andere Kategorie von Gemeinden. Hier wurden ſehr eingehende Erwägungen angeſtellt, deren Reſultat darin gipfelte, daß die Zuteilung von der letzten Umteilungseinheit abhängig gemacht wurde. War ſie gleich geblieben, erhielt der Bauer das bei der letzten Umteilung überwieſene Land; war ſie dagegen vermindert, dann mußte er für den Überſchuß an den Mir eine Zahlung leiſten oder ihn an die Gemeinde zurückgeben.

4. Das letzte, aber nicht unwichtigſte Problem war die Frage der wirtſchaftlichen Freiheit. Sollten irgendwelche Beſchränkungen eingeführt werden oder nicht? Sie konnten ſich einmal auf den Erwerb beziehen, d. h. ſollte eine Maximalgrenze für das Bauerngut eingeführt werden? Ferner auf die Verfügung, d. h. ſollten dem Bauern alle ſonſt mit dem Eigentum verbundenen Rechte — Verkauf, Verpfändung uſw. — zugeſtanden werden?

Das wichtigſte war, die Exiſtenz der eben geſchaffenen kleinen Bauerngüter auch zu ſchützen, ſie davor zu bewahren, von kapitalkräftigen Leuten zuſammengekauft zu werden. Eine einheitliche Norm für die Maximalgrenze war bei den großen Verſchiedenheiten innerhalb des Reichs unmöglich feſtzuſetzen. So beſchränkte man ſich darauf, den Erwerb von Anteilland zu begrenzen: niemand durfte mehr Anteilland eigentümlich beſitzen als ein beſtimmtes Mehrfaches der 1861 feſtgeſetzten Maximalanteile, während dem Erwerb privaten Landes in keiner Weiſe eine Schranke geſetzt wurde. Ähnlich wurde die Frage der Verfügungsfreiheit geregelt: neues Eigentum, das aus früherem privaten oder aus dieſem und Anteilland beſtand, wurde keiner Beſchränkung irgendwelcher Art unterworfen; neues Eigentum dagegen, das nur aus früherem Anteilland zuſammengeſetzt war, unterlag auch weiter den früheren geſetzlichen Beſchränkungen.

Dies iſt der Hauptinhalt des erſten Teiles der großen Reform, der die verwickelten Beſitzverhältniſſe der Gemeinden auflöſt und ſie auf klare, ſichere Grundlagen ſtellt. Allein hiermit war noch nicht viel erreicht: der bäuerliche Betrieb wäre bei ſeinen archaiſchen Me-

thoden geblieben. Es handelte sich noch um die Verbesserung der technisch-wirtschaftlichen Seite, in erster Linie um die Beseitigung der entwickelungsfeindlichen Streulage. Während für den ersten Teil der Reform keine Vorbilder vorhanden waren, da es sich um die Auflösung eines Zustandes handelte, der in seiner Eigenart und Kompliziertheit nur in Rußland bestand, konnten für den zweiten Teil die Erfahrungen westeuropäischer Staaten, wenn auch nicht direkt zum Muster, so doch zum Anhaltspunkt für die zu erlassenden Vorschriften dienen.

1. Die wichtigste Frage bestand in der Schaffung der rechtlichen Grundlage: der Vereinheitlichung der Verschiedenheiten im Rechte des Landes und der Rechte Dritter am Lande. Ursprünglich wollte die Regierung nur das frühere Anteilland und das mit Hilfe der Bauernbank käuflich erworbene der Zusammenlegung unterwerfen; anderes dagegen sollte ausgeschlossen sein. Diese Absicht war undurchführbar; denn es gab in Rußland eine Menge Land, das in seinem Charakter und seiner Ausdehnung sich vom bäuerlichen nicht unterschied, dabei kein Anteilland war, aber ebenso durch die Gemengelage litt. Es wurde hier ganz radikal alles bäuerliche und seiner Größe nach dem bäuerlichen ähnliche Land der Reform unterworfen, Land von Gutsbesitzern indessen nur dann einbezogen, wenn es in Streulage mit bäuerlichem sich befand. Wie sollten aber Hypothekengläubiger, Pächter und sonstwie Berechtigte abgefunden werden? Die Hypothekarschuld eines einzelnen folgt dem Subjekt, d. h. sie ging vom alten Land auf das neue über, wogegen der Gläubiger nicht protestieren konnte. War aber die Schuld von der Dorfgemeinde als ganzer aufgenommen worden, dann war eine Verkoppelung nur mit Zustimmung des Gläubigers zulässig. Bei bestehenden Pachtverträgen ging die Pacht auf das neue Grundstück über, der Pächter konnte aber vom Vertrage zurücktreten; auf keinen Fall aber durfte eine Verpachtung ein Hindernis der Zusammenlegung bilden. So wurde stellenweise zwar etwas gewalttätig, im ganzen aber recht zweckmäßig eine einheitliche Grundlage für die Reform gelegt.

2. Die Zusammenlegung selbst schließt sich vielfach an das preußische Muster an, bietet aber infolge der Besonderheiten des bisherigen bäuerlichen Lebens manches Eigenartige. Zur Beseitigung der durch die frühere Wirtschaftsart entstandenen Schäden boten sich für die neu zu schaffenden Formen vier Möglichkeiten, die alle in verschiedenen Ländern bereits erprobt waren.

a) *Feldbereinigung* im engeren Sinne: Anlage von Wegen, aber keine Änderung der Parzellenlage; b) *Konsolidation*: Verringerung der Parzellenzahl; c) *Verkoppelung*: Zusammenlegung aller Grundstücke oder doch wenigstens jeder Kulturart in ein Ganzes; das Wohnhaus bleibt aber im Dorfe; d) *Abbau, Vereinödung*: dasselbe wie zu c), verbunden mit Übersiedlung des Eigentümers auf sein Land, Hofsystem. Trotz aller Schwierigkeiten geht die Reform sehr radikal vor: nur Verkoppelung und Vereinödung ist gestattet; die Vereinigung im engeren Sinne ist gänzlich ausgeschlossen.

Die sofortige *Durchführung* des *Einzeleigentums* unter Anwendung nur der beiden letzten Formen erweist sich aber verschiedentlich von vornherein als *unmöglich*, und zwar hauptsächlich in zwei Fällen. In erster Linie bei den *einplanigen Dörfern*, das sind solche Fälle, wo bei der Emanzipation mehrere Dörfer durch einen Akt (Plan) die Freiheit erhielten und bei denen daher nicht nur Gemengelage der einzelnen, sondern auch der Dörfer stattfand. In zweiter Linie bei den sehr volkreichen Dörfern, die — besonders in den östlichen und südlichen Gouvernements — oft viele Tausende von Einwohnern haben und über einen dementsprechenden Landbesitz verfügen. Infolge der komplizierten Verhältnisse ist es natürlich in beiden Fällen ausgeschlossen, sofort zum Hofsystem überzugehen. Hier ist eine Zwischenstufe erforderlich, die zunächst einen Übergangspunkt erreichen will.

Entsprechend den beiden zu erreichenden verschiedenen Zielen wird daher die Reform in zwei große Gruppen geteilt. Die *erste* will, dem Hauptzweck entsprechend, sofort lebensfähige Einzelbauernwirtschaften gründen, was auf doppelte Weise geschieht: durch Ausscheiden einzelner Wirte aus der Feldgemeinschaft, verbunden mit Zusammenlegung ihres Landes oder durch völlige Auflösung des Gemeindebesitzes und dessen Aufteilung in Einzelhöfe; diese Reformen nenne ich, der russischen Bezeichnung entsprechend, *Einzelorganisation*. Die *zweite* Gruppe dagegen kann wegen der besonderen Verhältnisse das Hauptziel nicht direkt erreichen; es sind erst neue kleinere Gemeinschaften zu gründen, um einen späteren Übergang zur Einzelwirtschaft zu ermöglichen. Die in der zweiten Gruppe enthaltenen Reformen nenne ich *Gruppenorganisation*.

Nachdem die einzuführenden Formen festgestellt sind, handelt es sich darum: soll die Reform von Staatswegen durchgeführt werden oder der Initiative der Interessenten überlassen bleiben? Unter An-

paſſung an die beſonderen Verhältniſſe des Landes folgte man dem Muſter Preußens: die Vornahme der Reform wurde von einem Geſuch der Bauern abhängig gemacht und unter beſtimmten Bedingungen zwangsweiſe durchgeführt, um zu verhindern, daß die Hartnäckigkeit einzelner Mitglieder den landwirtſchaftlichen Fortſchritt des ganzen Dorfes unmöglich mache. Bei der Landausgleichung war neben der quantitativen eine qualitative und ſogar pekuniäre zugelaſſen.

Für die Bildung des Einzeleigentums werden fünf Formen als anwendbar bezeichnet, die ſich in zwei Gruppen zuſammenfaſſen laſſen, je nach dem, ob das Haus des Bauern ſich auf ſeinem Lande befindet oder von ihm getrennt iſt.

1. Chutor: a) Wohnhaus und alle zu ihm gehörigen Felder in einem Stücke, das nach Möglichkeit ein Quadrat iſt, und in deſſen Mitte ſich das Haus befindet; b) dasſelbe, nur in Form eines Rechtecks, bei dem die ſchmale Seite nicht kleiner als ein Fünftel der langen ſein darf; c) Beſitzung in mehreren Stücken, aber Wohnhaus und Ackerland vereinigt.

2. Otrub: a) Alle Felder in einem Stück, aber das Wohnhaus von ihm getrennt, noch im Dorfe, jedoch nach Möglichkeit genähert; b) Ackerland in einem Stück, die anderen Nutzländereien von ihm getrennt und das Wohnhaus auch für ſich, in der Regel im Dorfe.

Von den fünf verſchiedenen Arten der Flurverfaſſung ſucht man die geſchloſſenen Höfe am meiſten zu verwenden, aber die natürlichen Bedingungen, namentlich die Frage der Waſſerverſorgung, zwingen oft zur Annahme der weniger vollkommenen, und man muß ſich mit Otrubs begnügen.

Faſſen wir die grundlegenden Prinzipien der großen Beſitz- und Betriebsreform kurz zuſammen: für das Ausſcheiden aus der Feldgemeinſchaft wurde ein Unterſchied gemacht hinſichtlich der Stellung der Dörfer zu dem ihnen verliehenen Recht periodiſcher Landumteilung. In ſolchen mit Einzelbeſitz und denen, die nie eine Umteilung vorgenommen hatten, erloſch die Feldgemeinſchaft ſofort; alle Bauern wurden ipso jure Eigentümer. In den anderen dagegen durften die Bauern zu jeder Zeit ausſcheiden und ihr Anteilland zu Eigentum erklären laſſen; auch war es ganzen Dörfern erlaubt, mit Mehrheitsbeſchluß zum Eigentum überzugehen. Der Charakter des Eigentums war grundſätzlich perſönliches — ausſchließliches — des Bauernwirts; gemeinſames Eigentum mehrerer

war nur in genau bestimmten Ausnahmefällen zulässig. In den Dörfern ohne Umteilung erhielt der Bauer das in seiner tatsächlichen Nutzung befindliche Land; bei denen mit Umteilung fand eine Ausgleichung statt. Ferner wurde eine Maximalgrenze für die neuen Bauerngüter eingeführt und die früher auf dem Anteilland ruhenden Beschränkungen für dieses beibehalten.

Das so in Eigentum überführte, in zersplitterter Streulage befindliche Land wird nunmehr zusammengelegt, und zwar nach folgenden Prinzipien: die Reform wird nicht zwangsweise vom Staate durchgeführt, sondern nur auf Antrag der Interessenten eingeleitet. Hier ist indessen das Majoritätsprinzip eingeführt, d. h. eine widerstrebende Minderheit kann unter gewissen Bedingungen gezwungen werden, die Reform vorzunehmen. Die Majoritäten sind für die verschiedenen vorzunehmenden Reformakte verschieden festgesetzt. Beim Austausch soll jeder nach Möglichkeit gleich gutes und großes Land erhalten, wie er vorher gehabt hat; wenn erforderlich, tritt aber quantitative, selbst Geldausgleichung ein.

Bei der Einzelorganisation wird nach Möglichkeit alles umgeteilt: nicht nur das Ackerland, sondern auch die bisherigen Gemeindewiesen und andere in gemeinsamer Nutzung befindliche Kulturen. Fünf verschiedene Formen der neuen Höfe sind zulässig, indessen die geschlossenen Arten zu bevorzugen. Bei der Gruppenorganisation ist für die Trennung einplaniger Dörfer die scharfe Scheidung des jedem Dorfe zukommenden Landes vom andern zu erstreben; bei der Teilung großer Dörfer sollen die Ausscheidenden möglichst am Rande der Feldmark angesiedelt werden. Beides ist bewußt nur als Vorstufe für den späteren Übergang zum Hofsystem gedacht. —

Diese Reform, so großartig sie auch angelegt war, half aber dem so stark empfundenen bäuerlichen Landmangel in keiner Weise ab: ihr Besitz vermehrte sich auch nicht um eine Deßjatine. Daher bedurfte die Agrarreform einer Ergänzung, der Zuführung neuen Landes. Eine solche geschah durch die gleichzeitig auf breitester Grundlage ins Werk gesetzte innere Kolonisation in unserem Sinne.

1. Für diese erhoben sich keine besonderen Schwierigkeiten, da — wenn auch in kleinerem Maßstabe — früher von der Bauernbank Güter erworben und parzelliert weiter verkauft worden waren, man also über eine gewisse Summe von Erfahrungen verfügte. Die einzige

prinzipielle Frage von Bedeutung, die es zu entſcheiden galt, beſtand darin, auf welche Weiſe das erforderliche Land zu beſchaffen war: durch *Enteignung* oder freihändigen *Ankauf*? Ein Problem von ganz außerordentlicher grundſätzlicher Bedeutung! Die erſte und zweite Duma, die öffentliche Meinung, die Agrarpolitiker — alles befand ſich auf dem Standpunkte, der private Großgrundbeſitz müſſe enteignet werden! Die Betroffenen ſelbſt waren von der Durchführung der Maßregel feſt überzeugt; die Konſequenz war ein überaus großes Angebot von Gütern an die Bauernbank, und gerade deshalb konnte man — von der Enteignung abſehen. Nicht eine Deßjatine Landes iſt für Zwecke der inneren Koloniſation expropriiert worden; freihändiger Ankauf von Gutsländereien und entgeltliche Überweiſungen aus den Domänen und Apanagegütern lieferten mehr als ausreichendes Gebiet.

2. Bei der Feſtſetzung der für die innere Koloniſation maßgebenden ſachlichen und perſönlichen Grundſätze hat das preußiſche Beiſpiel wiederum verſchiedentlich als Muſter gedient — allerdings mehr für die Art der vorzunehmenden Reform, als für das Tempo der Durchführung. In *ſachlicher* Hinſicht, d. h. bei *Geſtaltung des neuen Bauerngutes*, iſt das zu erſtrebende Ziel der Verkauf der vermeſſenen Ländereien in *einem* einheitlichen Stück. Die zugrunde zu legenden *Formen* ſind die gleichen, wie ſie für die Zuſammenlegung angewendet werden. Wenn auch nach Möglichkeit das Hofſyſtem durchzuführen iſt, ſo wird jede theoretiſche Gleichmacherei verworfen; Abweichungen ſind ſtets geſtattet, ſowie ſie der Hauptforderung Genüge tun, nämlich eine ſelbſtändige lebensfähige Bauernſtelle ſchaffen.

Die Bildung von Einzelhöfen in perſönlichem Eigentum der Bauern war der Hauptinhalt der inneren Koloniſation, genau wie bei der Reform der Nutzung des Anteillandes.

Mit der gleichen Sorgfalt, mit der die ſachlichen Bedingungen zu erfüllen ſind, iſt die *Perſon der anzuſetzenden Bauern* auszuwählen. Hierbei war doppelte Vorſicht geboten. Denn es kam darauf an, die verkauften Parzellen nicht durch ſchlechte Wirtſchaft ruinieren zu laſſen, damit ſie nicht ſpäter, infolge Zahlungsunfähigkeit der Bauern, in ihrem Wert vermindert, an die Bank zurückfielen, die ſie dann erneut hätte verkaufen müſſen. Über die Auswahl der Käufer wurde vorgeſchrieben, daß in erſter Linie ſolche berückſichtigt werden ſollten, die bisher nur über wenig Land verfügten, die dauernd den land-

wirtſchaftlichen Beruf ausübten und ſo die Gewähr dafür boten, eine tatſächlich leiſtungsfähige Bauernwirtſchaft bilden und leiten zu können.

Die Bewertung des Landes für den Verkauf geſchah bei Zerſchlagung eines Gutes entſprechend dem Ertragswerte der einzelnen Teile. Die Zahlungsbedingungen wurden nach Möglichkeit erleichtert, aber für ſie feſte und beſtimmte Regeln aufgeſtellt, von denen nicht abgewichen werden durfte. Als Hauptgrundſatz wurde immer von neuem der Kauf betont: jeder, der Eigentümer werden will, hat ſein Stück zu erwerben. Um dies beſonders zu unterſtreichen, wurde ſtets eine Anzahlung verlangt oder wenigſtens, daß der Käufer ſelbſt die Koſten des Hausbaus und der Einrichtung trug.

Die innere Koloniſation ſchließt ſich alſo eng an die Ziele der Agrarreform im engeren Sinne an: auf gleiche Weiſe ſoll auch ſie kleine ſelbſtändige Eigentümer auf abgerundeten, möglichſt in einem Stück zuſammengefaßten Höfen ſchaffen. Die beiden Teile der großen einheitlichen Aufgabe — der landwirtſchaftlichen Neuſchaffung Rußlands — ſind durchaus ſelbſtändig, haben aber zugleich manchen gemeinſamen Berührungspunkt. Daher wurde ihre Durchführung zwei verſchiedenen, von einander unabhängigen, ſelbſtändigen Behördenorganiſationen übertragen, die ſich aber in ihren Arbeiten gegenſeitig zu unterſtützen haben.

Die Zuſammenlegung und Auseinanderſetzung des bäuerlichen Anteillandes war eine völlig neue Aufgabe; für ſie wurde ein neuer Behördenkreis in mehrfacher Gliederung ins Leben gerufen, die Agrarkommiſſionen. Die innere Koloniſation dagegen, Erweiterung einer bereits ausgeübten Tätigkeit, wurde dem mit ihr ſchon betrauten ſtaatlichen Inſtitute: der Bauernbank, auch weiter belaſſen.

III. Die Ergebniſſe der Reform.

Um der Reform eine einheitliche Richtung zu verleihen, wurde bei der Miniſterialinſtanz ein „Zentralkomitee für landwirtſchaftliche Angelegenheiten“ geſchaffen, das den Mittelpunkt aller Reformarbeiten bildete. Deren Ausführung ſelbſt blieb dezentraliſiert. Die Agrarkommiſſionen (zerfallend in Kreis- und Gouvernementskommiſſionen) weiſen den gemiſchten Typus von beamteten und gewählten Mitgliedern auf (wie Bayern, Heſſen, Norwegen). Je nach der Dringlichkeit

der vorzunehmenden Reformen wurden die Kommissionen gebildet. Es traten zusammen:

1906	188 Kreiskommissionen	1910	11 Kreiskommissionen
1907	186 „	1911	15 „
1908	36 „	1912	17 „
1909	10 „		

Die mannigfachen, den verschiedenen Kommissionen überwiesenen Aufgaben können in drei Gruppen zusammengefaßt werden:

1. Reform der Bauernwirtschaft auf dem bereits in ihrem Besitz befindlichen Anteilande (Zusammenlegung, Auseinandersetzung); 2. Verkauf und Verpachtung der staatlichen Domänen und Unterstützung der Bauernbank bei An- und Verkauf ihrer Ländereien; 3. Materielle und agronomische Unterstützung der Bauern bei ihrer Einrichtung.

1. Die Haupttätigkeit der Kommissionen lag in der ersten Gruppe; hier ist eine geradezu erstaunliche Arbeitsmenge geleistet worden:

Gesamte Reformtätigkeit bis zum 1. Januar 1912.

Jahr	Eingelaufene Gesuche		Angefertigte Pläne		
	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen
1907	4522	221679	1244	51984	616330
1908	8786	385810	3266	119861	1105684
1909	23826	711553	9143	329392	3004650
1910	26804	651011	12188	419044	3936296
1911	—	683149	11034	407041	3739965
Zusammen	—	**2653202**	**36875**	**1327322**	**12402925**

Jahr	Ausgeführte Vermessungsarbeiten			Von der Bevölkerung angenommene Arbeiten		
	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen
1907	895	27449	287683	700	14613	148834
1908	2573	94087	863787	1949	63126	588507
1909	6704	274830	2567412	5546	212300	1913948
1910	9595	376162	3447297	7583	271676	2372005
1911	10664	397766	3609796	9381	330315	3043745
Zusammen	**30431**	**1170299**	**10775975**	**25159**	**891030**	**8067039**

Es wurden also im ganzen von 2653202 Bauernwirten Gesuche eingereicht und für 891030 ein Gebiet von 8067039 Deßjatinen in Eigentum überführt und zusammengelegt — und das von 1907 bis 1911, also in nur 5 Jahren!

Die von den Kommissionen auf diesem Gebiete geleistete Arbeit zerfällt nach dem oben gegebenen Schema in Einzelorganisation und Gruppenorganisation.

a) Die Einzelorganisation.

Das in den fünf Jahren 1907—1912 hier erzielte Resultat geht aus der folgenden Tabelle hervor:

Einzelorganisation bis zum 1. Januar 1912.

Jahr	Eingelaufene Gesuche		Angefertigte Pläne		
	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen
1907	2546	81291	895	20999	272707
1908	6040	194144	2330	64914	637904
1909	18603	343014	6959	170696	1685887
1910	21920	344745	8932	217766	2254761
1911	—	411326	8128	220380	2296073
Zusammen	—	**1374520**	**27244**	**694755**	**7147332**

Jahr	Ausgeführte Vermessungsarbeiten			Von der Bevölkerung angenommene Arbeiten		
	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen
1907	657	14088	155471	562	8241	88942
1908	1886	55918	574380	1528	42110	436522
1909	4931	140286	1436407	4150	118529	1222444
1910	7196	197383	1977967	5819	150268	1459389
1911	7834	220936	2252276	7106	204260	2050873
Zusammen	**22504**	**628611**	**6396501**	**19165**	**523408**	**5258170**

Der relative Anteil der einzeln ausgeschiedenen Höfe an der Gesamtzahl der Einzelorganisation beträgt 28,9%, das zu ihnen gehörende Land 30,4%. Das Prozentverhältnis ist von großer Bedeutung für die Reform. Zunächst dienen die Einzelausscheidungen

als Mittel, der Bevölkerung die neuen Formen vor Augen zu führen, und der mit ihnen erzielte Erfolg läßt andere nachfolgen. Wie wertvoll sie auch für den Beginn sind, so ist ihre Verminderung doch erwünscht; denn bei ihnen ist jedesmal eine Neuumteilung der in der Feldgemeinschaft Verbliebenen erforderlich, wodurch eine große Beunruhigung des Dorfes hervorgerufen wird. Gesamtverkoppelungen sind erwünschter.

Welchen Umfang in der Einzelorganisation die verschiedenen Arten der Verteilung in den Jahren 1907—1911 annehmen, ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Einzelorganisation nach Arten.

Art der Arbeit	Eingelaufene Gesuche		Angefertigte Pläne		
	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen
Zerlegung ganzer Dörfer	14271	703472	11199	506860	5209671
davon:					
a) mit Gemeindebesitz	8440	469881	6804	339385	3785747
b) mit Einzelbesitz .	5831	233591	4395	167475	1423924
Ausscheiden einzelner Anteile	34838	259722	16045	187895	1937661
Zusammen	**49109**	**963194**	**27244**	**694755**	**7147332**

Art der Arbeit	Ausgeführte Vermessungsarbeiten			Von der Bevölkerung angenommene Arbeiten		
	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen
Zerlegung ganzer Dörfer .	9939	458824	4608883	8905	394155	3874007
davon:						
a) mit Gemeindebesitz	5979	305070	3336392	5450	265569	2843780
b) mit Einzelbesitz . . .	3960	153754	1272491	3455	128586	1030227
Ausscheiden einzelner Anteile	12565	169787	1787618	10260	129253	1384163
Zusammen	**22504**	**628611**	**6396501**	**19165**	**523408**	**5258170**

Aus der Tabelle geht hervor, daß, auf die Gesamtzahl der beteiligten Bauernwirte bezogen, in den fünf Jahren 78,4% auf Verteilung ganzer Dörfer entfallen und nur 21,6% auf das Ausscheiden einzelner Genossen. Bei der Auflösung ganzer Dörfer entfallen wiederum 72,3% auf solche mit Gemeinde- und nur 27,7% auf solche mit Einzelbesitz.

b) Die Gruppenorganisation.

Die hier geleistete Arbeit geht aus der folgenden Tabelle hervor:

Gruppenorganisation bis zum 1. Januar 1912.

Jahr	Eingelaufene Gesuche		Angefertigte Pläne		
	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen
1907	1976	140388	349	30985	343623
1908	2746	191666	936	54947	467780
1909	5223	368539	2184	158696	1318763
1910	4884	306266	3256	201278	1681535
1911	—	271823	2906	186661	1443892
Zusammen	—	**1278682**	**9631**	**632567**	**5255593**

Jahr	Ausgeführte Vermessungsarbeiten			Von der Bevölkerung angenommene Arbeiten		
	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen	Zahl der Gemeinden	Zahl der Wirte	Fläche in Deßjatinen
1907	238	13361	132212	138	6372	59892
1908	687	38169	289407	421	20016	151985
1909	1773	134544	1131005	1396	93771	691504
1910	2399	178779	1469330	1764	121408	912616
1911	2830	176830	1357520	2275	126055	992872
Zusammen	**7927**	**541683**	**4379474**	**5994**	**367622**	**2808869**

Die Bedeutung der Gruppenorganisation liegt, wie bereits erwähnt, darin, daß sie den späteren Übergang zur Schaffung von Einzeleigentum dort vorbereitet, wo es noch nicht sofort eingerichtet werden kann.

Den weitaus größten Teil aller hier ausgeführten Arbeiten, nämlich ungefähr 90%, nimmt die Auflösung einplaniger Dörfer ein, während die anderen sehr dahinter zurückstehen.

Das am 15. Oktober 1911 in Kraft getretene Gesetz vom 29. Mai desselben Jahres erweiterte die Tätigkeit der Kommissionen in erheblichem Maße. Es macht sich von nun an eine Verschiebung gegen

die früheren Jahre insofern geltend, als die Einzel- und Gruppenorganisation, soweit sie die Auflösung ganzer Dörfer betreffen, nicht mehr einen solchen Unterschied aufweisen, sondern sich ziemlich nahekommen.

2. Das Gebiet, das im Jahre 1912 der Reform unterzogen wurde, übertrifft alle vorhergehenden Jahre um ein bedeutendes; die verschiedenen Arten gehen aus der folgenden Tabelle hervor:

Gesamte Reformtätigkeit des Jahres 1912.

Art der Reform	Zahl der Bauernwirte	Fläche in Deßjatinen
A. Einzelorganisation:		
Zerlegung ganzer Dörfer	126193	1242058
Ausscheiden einzelner Anteile	72501	782756
Zusammen	198694	2024814
B. Gruppenorganisation:		
Trennung einplaniger Dörfer	151331	1223266
Teilung zu großer Dörfer	9795	100042
Aufhebung gegenseitiger Gemengelage.	23692	51460
Teilung gemeinsamer Nutzungen. . .	4713	6357
Sonstige	45296	299623
Zusammen	234827	1680748
Gesamtsumme	433521	3705562

Neben der Überführung in Eigentum und Zusammenlegung fand außerdem die Ausstellung von Beglaubigungen für die Angehörigen der Feldgemeinschaften mit Einzelbesitz statt, die ohne weiteres Eigentümer wurden. Hiervon wurden bis zum 1. Januar 1913 im ganzen 284112 Bauernwirte mit 1715336 Deßjatinen ergriffen.

2. Neben dieser gewaltigen Arbeit hatten die Kommissionen noch Verkauf und Verpachtung der staatlichen Domänen ins Werk zu setzen und der Bauernbank Unterstützung zu erweisen. Die durch Vermittelung der Kommissionen an Bauern verpachteten Domänen weisen folgenden Umfang auf:

Verpachtete Domänen.

Jahr	Deßjatinen
1907	853231
1908	745122
1909	888515
1910	1287405
1911	757410
Zusammen	4531683

Der Umfang der Domänenverkäufe betrug bis 1912 rund 329000 Deßjatinen.

Die der Bauernbank geleistete Unterstützung bestand hauptsächlich darin, daß die der Bank von privaten Besitzern zum Ankauf angebotenen Güter begutachtet wurden. Von 7,3 Millionen Deß-

jatinen bis zum 1. Januar 1912 angebotener Ländereien wurden auf diese Weise 5,1 Millionen angekauft und 2,0 Millionen abgewiesen, während der Rest noch unentschieden blieb. Wenn wir das Gesamtgebiet zusammenfassen, auf das sich die Tätigkeit der Agrarkommissionen bis zum 1. Januar 1913 erstreckte, so ergibt sich folgendes:

Gesamtgebiet aller Reformtätigkeit.

Art der Tätigkeit	Zahl der Bauernwirte	Fläche in Deßjatinen
1. Überführung in Eigentum und Zusammenlegung in der Einzelorganisation	827305	8421315
2. Zusammenlegung in der Gruppenorganisation mit geringfügiger Überführung in Eigentum	776510	6060222
3. Ausstellung von Eigentumsbeglaubigungen, teilweise verbunden mit Zusammenlegung.	284142	1715336
4. Verkauf staatlicher Domänen	58293	329005
5. Verpachtung desgleichen	—	4531683
Zusammen	1945250	21057561

Das Gesamtgebiet des in der einen oder anderen Weise der Reform unterworfenen Landes übersteigt also bei weitem zwanzig Millionen Deßjatinen.

Die wichtigsten Zweige der Kommissionstätigkeit, die auch zugleich die meiste Arbeit verursachen, sind die beiden ersten. Allerdings ist das ganze, 14,4 Millionen Deßjatinen umfassende Gebiet noch nicht völlig zusammengelegt worden.

Definitiv beendet wurden bis zum 1. Januar 1913 die Arbeiten auf

7413064 Deßjatinen, im Besitz von 738980 Bauernhöfen in Einzelorganisation; und auf

4359537 Deßjatinen, im Besitz von 585571 Bauernhöfen in Gruppenorganisation; im ganzen also auf

11772601 Deßjatinen.

Umfang und Erfolg der hier geleisteten Arbeiten übertrafen nicht nur alle Erwartungen in Rußland, sondern auch alles, was bisher auf gleichem Gebiete in anderen Staaten geleistet worden war. Die Gründe für solche Ergebnisse sind mannigfaltig. Als wichtigsten darf

man wohl den betrachten, daß die Art der Reform den Bedürfnissen entsprach, und daß die angewandten Maßnahmen das beste Mittel darstellten, die Bauernfrage ihrer Lösung entgegenzuführen. Dazu kommen neben der Energie der Regierung bei der Durchführung noch zwei Punkte, welche die Arbeiten wesentlich erleichterten: die einfachen Anbauverhältnisse der bäuerlichen Landwirtschaft und das große, durch die häufigen Umteilungen ausgebildete Geschick der Bauern in praktischer Bonitierung des Bodens und seiner gerechten Verteilung.

3. Von besonderer Bedeutung für das Gelingen des Reformwerkes ist schließlich die Sorge für die materielle und agronomische Unterstützung der neuangesiedelten Bauern. Bis zum 1. Januar 1913 wurden 21 Millionen Rubel an Darlehen und Beiträgen gewährt; vielfach wurden die nötigen Meliorationsarbeiten von den Kommissionen vorgenommen; das zum Hausbau erforderliche Holz wurde aus den staatlichen Waldungen zu ermäßigtem Preise oder gar umsonst abgegeben; schließlich aber, und das ist das wichtigste, es wurden umfassende Maßregeln getroffen, um die Technik des Betriebes zu heben. Versuchsfelder und Musterwirtschaften wurden in beträchtlicher Anzahl angelegt; landwirtschaftliche Unterweisung durch Agronomen, Wanderlehrer u. a. zweckmäßig organisiert; verbessertes Saatgut eingeführt, kurz in größtem Stile auf dem gesamten landwirtschaftlichen Gebiete gearbeitet. Die ländlichen Selbstverwaltungsorgane (Semstwos) traten vielfach mit den Kommissionen in Verbindung und unterstützten sie in erfolgreicher Weise. —

Die gesamte, durch die innere Kolonisation veranlaßte Tätigkeit wurde, abgesehen von der Domänenparzellierung, der Bauernbank überwiesen. Gegründet am 18. Mai 1882, ist sie ein Staatsinstitut und ressortiert vom Finanzministerium. Ein Jahr vor Beginn der großen Reform wurde sie ermächtigt, in unbegrenztem Umfange, ohne Rücksicht auf das eigene Vermögen, Land anzukaufen und zu dem Zweck, entsprechend den für die Ankäufe erforderlichen Summen, Pfandbriefe auszugeben. Der Ukas erging zur Zeit der Revolution, als die Frage über die zwangsweise ja sogar unentgeltliche Enteignung der privaten Güter anscheinend im bejahenden Sinne entschieden war; denn die Agrarunruhen hatten viele Besitzer von ihrem Lande vertrieben, und die Dauer der bestehenden Regierung erschien höchst unsicher.

Zur Erleichterung der Ankäufe wurde die Barzahlung der Darlehen sistiert und die Bank ermächtigt, den Verkäufern als Kaufpreis wie den Bauern als Darlehn 5%ige Pfandbriefe eigener Emission zum Nennwerte auszugeben. Sie wurde jetzt in den Händen der Regierung ein machtvolles Instrument zur Durchführung der neuen Agrarpolitik. Wenn man ihre Tätigkeit mit der der entsprechenden preußischen Behörden zu vergleichen sucht, so ist sie:

1. — und hauptsächlich — Ansiedlungskommission: sie kauft Güter, parzelliert sie und setzt Bauern an. 2. Generalkommission — und zugleich Rentenbank: sie unterstützt Bauern beim direkten Erwerb des Landes von Großgrundbesitzern, denen sie den Kaufpreis auf einmal in Pfandbriefen auszahlt. Die Güter werden parzelliert, die Teilstücke nach Möglichkeit arrondiert und mit dem Anteilland zusammengelegt. 3. Außerdem Hypothekenbank: sie beleiht das in Eigentum übergegangene bisherige Anteilland oder früher bereits freihändig angekauftes; schließlich gewährt sie, wenn man — nicht ganz zutreffend — so sagen will, Meliorationskredit. Ihre Aufgaben haben gegen früher eine erhebliche Erweiterung erfahren; mit großer Energie ging sie an ihre Lösung und hat glänzende Erfolge aufzuweisen. Der Landerwerb der Bank nahm in den Jahren seit 1906 einen außerordentlichen Umfang an und betrug bis 1911 nicht weniger als 5 760 254 Deßjatinen. Der Gesamtpreis, den die Bank hierfür zu zahlen hatte, betrug 505 746 560 Rubel, oder im Durchschnitt 87 Rubel pro Deßjatine. Die Preise bei den verschiedenen Arten des Erwerbs sind aber sehr ungleichartig.

Die Überweisungen der Apanageverwaltung begannen erst im Jahre 1907 und machten bis 1912 rund 1 220 800 Deßjatinen aus, zum Kaufpreise von 68 381 740 Rubel.

Jahr	Fläche	Kaufpreis	
	Deßjatinen	im ganzen Rubel	pro Deßj. Rubel
1907	353 713	17 167 529	49
1908	784 122	44 522 918	57
1909	57 627	5 067 170	88
1910	7 562	763 844	101
1911	17 798	860 279	48
Zus.	1 220 822	68 381 740	56

Der bei weitem überwiegende Teil der Verkäufe der Bank geschah mit gleichzeitiger Darlehnsgewährung an Bauern; nur ein geringer Bruchteil wurde gegen bar veräußert, früheren Eigentümern zurückgegeben oder für gemeinnützige Einrichtungen — Kirchen, Schulen und dgl. — umsonst abgetreten:

Gesamter Landverkauf der Bank:

Jahr	Verkauft insgesamt	Verkauft an Bauern mit gleichzeitiger Darlehnsgewährung		Verkauft gegen Barzahlung, früheren Eigentümern zurückerstattet, umgetauscht, unentgeltlich abgetreten	
	Deßjatinen	Deßjatinen	%	Deßjatinen	%
1906	39 634	39 244	99,0	390	1,0
1907	190 799	180 148	94,4	10 651	5,6
1908	331 757	324 956	98,0	6 801	2,0
1909	562 983	551 307	97,9	11 676	2,1
1910	791 646	764 771	96,7	26 875	3,3
1911	721 034	679 658	94,3	41 376	5,7
Zusammen	**2 637 853**	**2 540 084**	**96,4**	**97 769**	**3,6**

Neben ihrem neuen Tätigkeitszweig, dem Verkauf ihres eigenen Besitzes, pflegte die Bank auch weiter durch Darlehnsgewährung die Unterstützung der Bauern beim direkten Ankauf von Gutsbesitzern. Auch hier ging Land in bedeutendem Umfang in die Hände der Bauern über.

Fassen wir die ziffernmäßigen Resultate der Tätigkeit der Bank von Beginn der Reform bis zum 1. Januar 1912 zusammen, so ergibt sich:

Ihr eigener Landerwerb betrug 5760254 Deßjatinen, für die sie 505746560 Rubel zahlte. Aus dem kolossalen Gebiete verkaufte sie an Bauern 2540084 für 309224758 Rubel, wobei Darlehen im Betrage von 292124277 Rubel gewährt wurden; außerdem veräußerte sie noch 97769 Deßjatinen. Im gleichen Zeitraum vermittelte sie durch Darlehnsgewährung von 447683745 Rubel den direkten Ankauf von 4109101 Deßjatinen, deren Kaufpreis 567135773 Rubel betrug. Im ganzen vergrößerte sich also der bäuerliche Besitzstand unter Mitwirkung der Bank um 6649185 Deßjatinen im Werte von 876360531 Rubel. Außerdem gewährte sie Darlehn: auf 367513 Deßjatinen privaten Landes 27858910 Rubel und auf 191351 früheren Anteillandes 4688110. Insgesamt erreichten also ihre Darlehnsgewährungen 772355042 Rubel.

Vom Beginn ihrer Tätigkeit im Jahre 1883 bis zum 1. Januar 1912, also im Laufe von 29 Jahren, hat sich der bäuerliche Besitzstand durch Ankauf von Gütern der Bank oder von Privaten mit ihrer Vermitt-

lung um 14925280 Deßjatinen vergrößert, und zwar bis zur Reform, d. h. in 23 Jahren um 8276095; seit der Reform, d. h. in 6 Jahren um 6649185. Die hierfür zu zahlende Summe betrug 1521039928 Rubel; die von der Bank gewährten Darlehen beliefen sich auf 1227178867 Rubel oder 81,0% des Kaufpreises.

Die ungeheuren Zahlen sprechen für sich selbst. Wie die Agrarkommissionen, so ging auch die Bank mit außerordentlicher Energie an die Lösung ihrer Aufgabe heran: in den wenigen Jahren der großen Reform ist ein Territorium in Eigentum der Bauern überführt worden, ausgedehnter als ein Zehntel des Deutschen Reichs!

Schließlich drängt sich von selbst die Frage auf: wie sind die große Agrarreform und die von ihr erzielten *Resultate* zu *beurteilen*? Die Agrarfrage bestand, wie dargestellt, darin, daß die Bauern nicht imstande waren, vermittelst der aus ihrem Anteillande gezogenen Erträge die stark sich vermehrende Bevölkerung zu ernähren, ja daß sie häufig nicht einmal das Existenzminimum herauswirtschaften konnten. Eine zweifache Möglichkeit bot sich, diesem Zustande abzuhelfen: entweder man vergrößerte das von ihnen genutzte Land, oder man versuchte seine Erträge zu steigern, die Wirtschaft intensiver zu gestalten. Der einzig gangbare Weg war der zweite. Die wirtschaftspolitischen Gründe waren aber nicht allein maßgebend; rein politische Erwägungen spielten eine große Rolle bei Anlage und Durchführung der Reform. Die neu zu bildende Schicht mußte vor allen Dingen politisch konservativ sein. Konservativ ist aber nur der Besitzende; also war es unbedingt nötig, ihnen Besitz zu verschaffen. Damit schließlich der für das Reich und die Nation unbedingt nötige landwirtschaftliche Aufschwung in größtem Umfange erzielt würde, war erforderlich, daß die neue Schicht nicht nach Tausenden, sondern nach Millionen zählte; gleichzeitig konnte sie dann eine zuverlässige Stütze der Regierung bilden. Es erhebt sich also die Frage: hatte bei der Anlage der Reform der von der Regierung gegen das Bestehen des Mir begonnene Kampf Aussicht auf Erfolg? War es wahrscheinlich, daß die Bauern von ihrer sozialen Verfassung abließen, um in das Fahrwasser des Individualismus einzulenken?

Die *Anlage* der Reform schließt einen *Zwang* zum *Auflösen* der Feldgemeinschaft in sich: einen *direkten*, formal-juristischen für die Dörfer mit Einzelbesitz und einen *indirekten*, auf die wirtschaftliche Lage einwirkenden für die Dörfer mit Gemeindebesitz. Beide

müſſen natürlich einen erheblichen Einfluß auf die Austrittsbewegung aus der Feldgemeinſchaft ausüben. Der Grundgedanke der Reform, die Auflöſung des veralteten Agrarkommunismus und die Einführung des Individualeigentums, iſt richtig. Es iſt nicht möglich, zum mindeſten ſehr unwahrſcheinlich, eine Entwickelungsſtufe, die in allen anderen Ländern ſich gezeigt hat, überſpringen zu können. Die ſo vielfach verbreitete Vorſtellung, aus dem Mir der Vergangenheit in eine ſozialiſtiſche Produktionsorganiſation der Zukunft direkt übergehen zu können, iſt phantaſtiſch. Letzten Endes beruht aber die Stellungnahme zu dieſem Problem auf Geſichtspunkten der Weltanſchauung: wer von der Eigenart der ruſſiſchen wirtſchaftlichen Entwicklung und ihrer Verſchiedenheit von der in den Ländern Weſteuropas im Innern durchdrungen iſt, der wird die Auflöſung des Mir und die Einführung des Agrarkapitalismus für ſchädlich und verderblich halten und den Grundgedanken der Reform verurteilen.

Die Reform ſtützt ſich auf die Starken und nimmt dabei auf die wirtſchaftlich Schwachen keine große Rückſicht. Man könnte das als ein anti-ethiſch wirkendes Prinzip verurteilen. Allein vom Standpunkt des wirtſchaftlichen Fortſchritts — und der iſt augenblicklich das Wichtigſte! — iſt der Grundſatz richtig.

Dagegen die ſoziale Gefahr! Es iſt ſicher ein Riſiko, Millionen bisher mit dem Boden verknüpfter Menſchen völlig zu entwurzeln, aber — für viele war der Boden nur eine Feſſel. Jetzt bildet ſich eine kräftige Bauernſchicht und daneben eine Landarbeiterklaſſe im weſteuropäiſchen Sinne. Ihre wirtſchaftliche Lage wird vorausſichtlich ſogar günſtiger ſein als früher, da ſie die Gegend der höchſten Löhne aufſuchen können, während ſie bisher — durch ihren Landanteil an die Heimat gebunden — die gebotenen niedrigen Löhne der benachbarten Gutsbeſitzer annehmen mußten und dadurch zu einem proletariſchen Daſein verurteilt waren. Die zu erwartende Intenſivierung der Wirtſchaft auch der bäuerlichen Betriebe wird die Nachfrage nach Arbeitskraft erhöhen und einer großen Zahl von Landarbeitern, die bisher Jahr für Jahr das Ausland aufſuchten, lohnende Beſchäftigung verſchaffen.

Von dieſem Standpunkte aus kann die Anlage der ruſſiſchen Agrarreform — trotz mancher Bedenken im einzelnen — als großzügig und durchaus richtig und zweckentſprechend bezeichnet werden.

Die Hauptaufgabe fiel den Agrarkommissionen zu. Absolut betrachtet, ist eine außerordentliche Arbeitsmenge von ihnen geleistet, aber das eigentliche Ziel noch nicht erreicht worden. Das Ausscheiden aus der Feldgemeinschaft hat den größten Umfang in den extensiv bewirtschafteten Gouvernements angenommen und geht mit der Auswanderungsbewegung parallel: beide steigen bis Mitte 1909, um dann merkbar nachzulassen. Die Erwartung, daß vor allem die wirtschaftlich stärkeren Bauern von der Möglichkeit des Ausscheidens Gebrauch machen würden, ist nicht voll eingetroffen; es sind im Gegenteil vorzugsweise die mittleren ausgeschieden. Weiter ist zu bemerken, daß 53% aller eingelaufenen Gesuche nicht die Einzelorganisation bezwecken, sondern daß die Antragsteller bei der alten gemeinsamen Nutzung bleiben wollen; die von der Bevölkerung angenommenen und daraufhin ausgeführten Arbeiten sind allerdings bei der Einzelorganisation ausgedehnter.

Das Hauptziel: die Vereinödung, Bildung von Chutors, ist bis jetzt nur in kleinerem Maßstab verwirklicht, da die natürlichen Bedingungen in großen Gebieten ungünstig dafür liegen. In weit überwiegender Anzahl sind die neuen Höfe als Otrubs entstanden und in kleinen dorfähnlichen Siedlungen zusammengefaßt. Auf jeden Fall ist ein vielversprechender Anfang gemacht worden. Die größten Schwierigkeiten waren zu überwinden, aber mit unbeirrbarer Energie haben die Agrarkommissionen ihres Amtes gewaltet und den sicheren Grundstein für die Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft gelegt. Ein ähnlich günstiges Urteil läßt sich über die Tätigkeit der Bauernbank fällen. Zwar zeigt sich auch bei ihr, daß weit weniger Einzelhöfe als Weiler und Dörfer gebildet werden, das eigentliche Ziel also nicht erreicht wird. Die Gründe hierfür werden nicht angegeben; vielleicht liegen sie in den bestehenden natürlichen Bedingungen. Die Hauptschwierigkeit bildet die Wasserversorgung. Was nützt die schönste Vereinödung, wenn man zur nächsten Wasserstelle mehrere Werst gehen muß? Bis zum 1. Januar 1912 hat man nur etwa 50000 bis 60000 Chutors, dagegen 130000 bis 140000 Höfe in Form der Otrubs, im ganzen also etwa 200000 neue Bauernstellen, geschaffen, wobei Ansiedelungen von 60 bis 70 Höfen die Regel bilden.

Wie beim Verlassen der Feldgemeinschaft die landärmeren das größere Kontingent stellen und die wohlhabenderen in geringerer Zahl

ausſcheiden, ſo zeigt ſich beim Landerwerb von der Bank die gleiche Erſcheinung: die Mehrzahl der Käufer gehört zu den Landarmen. In der folgenden Tabelle ſind die Käufer des Banklandes in den Jahren 1909—1911 nach ihrer früheren und jetzigen Landverſorgung zuſammengeſtellt:

Landverſorgung der Käufer vor und nach dem Ankauf.

Kategorien:	1909			
	Vor Ankauf		Nach Ankauf	
	Zahl	%	Zahl	%
Ohne Land	13616	19,4	—	—
Unter 1,5 Deßjatinen .	11113	15,9	1276	1,8
Von 1,5—3 „ .	13257	18,9	3623	5,2
„ 3—6 „ .	15514	22,1	9959	14,2
„ 6—9 „ .	6567	9,4	11627	16,6
„ 9—15 „ .	5225	7,5	20008	28,5
Über 15 „ .	1685	2,2	17231	24,6
Zuſammen	**70088**	**100,0**	**70088**	**100,0**
	1910			
Ohne Land	17968	13,4	—	—
Unter 1,5 Deßjatinen .	13905	10,4	3207	2,4
Von 1,5—3 „ .	24220	18,1	9067	6,8
„ 3—6 „ .	36451	27,2	26540	19,8
„ 6—9 „ .	20963	15,7	28776	21,5
„ 9—15 „ .	14529	10,9	39831	29,8
Über 15 „ .	5839	4,3	26454	19,7
Zuſammen	**133875**	**100,0**	**133875**	**100,0**
	1910			
Ohne Land	13773	25,1	—	—
Unter 1,5 Deßjatinen .	7110	12,9	1141	2,1
Von 1,5—3 „ .	8942	16,3	1562	2,8
„ 3—6 „ .	12173	22,2	5166	9,4
„ 6—9 „ .	6091	11,1	6816	12,4
„ 9—15 „ .	4702	8,5	13599	24,8
Über 15 „ .	2124	3,9	26631	48,5
Zuſammen	**54915**	**100,0**	**54915**	**100,0**

Die Hauptaufgabe der Bauernbank beſtand aber gerade in der Vergrößerung des bäuerlichen Landbeſitzes, und dieſe Aufgabe hat ſie glänzend gelöſt.

So ſtanden die Dinge, als der Krieg ausbrach. Die Anhänger der Reform erwarteten mit Recht von ihr mächtige Wirkungen für

Rußlands wirtschaftliche und soziale Entwicklung, für seine politische Machtstellung.

Der auf eigener Scholle wirtschaftende Bauer wird ihr größere Erträge abgewinnen, der heimischen Industrie den bisher fehlenden ergiebigen Binnenabsatz darbieten und durch Steigerung der Ausfuhr die Zahlungsbilanz der russischen Volkswirtschaft stärken. Aus der ländlichen Bevölkerung wird sich eine industrielle Arbeiterschaft aussondern, die sich mehr als bisher auf ihre gewerbliche Arbeit spezialisiert und Höheres leistet. Kein Zweifel, daß nach Durchführung der Reform Rußland für viele Jahrzehnte die Möglichkeit bietet, einen ähnlich starken Bevölkerungszuwachs aufzunehmen, wie in den letzten 20 oder 30 Jahren.

Was das in politischer Beziehung bedeuten, welch ein Druck auf die Umwelt, zumal gegen Westen, die Folge davon sein kann, das bedarf nach den Erfahrungen, die wir schon mit dem bisherigen Rußland gemacht haben, keiner Ausmalung.

Aber der Krieg und die Revolution haben die Reformarbeiten unterbrochen, und es ist nicht abzusehen, wie namentlich die Wirkungen der Revolution die russischen Agrarverhältnisse noch beeinflussen werden.

Literaturverzeichnis.

Finnland.

Atlas de Finlande. Helsingfors 1910 (1 Band Karten und 2 Bände Text).

Schybergson, Geschichte Finnlands. Gotha 1896.

Erich, Das Staatsrecht des Großfürstentums Finnland. Tübingen 1912.

Annuaire statistique de Finlande. XII. Helsingfors 1914.

Finnland im 19. Jahrhundert. Helsingfors 1899.

Oehquist, Das politische Leben Finnlands. Leipzig 1916, Hirzel.

Wir aus Finnland. Preußische Jahrbücher 1916, Heft 3.

Zilliacus, Revolution und Gegenrevolution in Rußland und Finnland. München 1912.

Finnland und Rußland. Leipzig 1911, Duncker & Humblot.

Habermann, Finnland und die öffentliche Meinung Europas. Ebenda 1910.

Die finnländische Frage im Jahre 1911. Ebenda 1911.

Penck, Politisch-geographische Lehren des Krieges. Berlin 1915, Mittler & Sohn. (Meereskunde, Heft 106.)

Grotenfelt, Sockerbetan och dess Odlingsmöjlighet i Finland. Helsingfors 1915.

Die baltischen Provinzen.

Rathleff, Skizze der orographischen und hydrographischen Verhältnisse von Liv-, Est- und Kurland. Reval 1852.

Kupfer, Baltische Landeskunde, Band I Text, Band II Atlas. Riga 1911.

Th. Schiemann, Rußland, Polen und Livland bis ins 17. Jahrhundert. Berlin 1887.

O. Harnack, Livland als Glied des Deutschen Reichs vom 13. bis 16. Jahrhundert. Berlin 1891.

E. Seraphim, Livländische Geschichte. II. Aufl. Reval 1897—1904.

Paul Rohrbach, Der Kampf um Livland. München 1917.

Tobien, Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert. Berlin 1899.

Litauen.[1])

L. Wasilewski, Litwa i Bialorus (Litauen und Weißrußland). Krakau o. J.

M. Römer, Litwa. Lemberg 1908.

E. Czynski, Etnograficzno-statystyczny zarys liczebosci i rozsiedlenia ludnosci Polskiego (Ethn.-stat. Abriß der Zahl und Ausbreitung des polnischen Volkes). Warschau 1909.

1) Während des Druckes erschien: Werbelis, Russisch-Litauen. Statistisch-ethnographische Betrachtungen. J. Schrader, Stuttgart.

E. Maliszewski, Polacy i Polskosc na Litwie i Rusi (Polen und Polentum in Litauen und Ruthenien). Warschau 1914.
Studnicki, Stosunki spoleczne i ekonomiczne na Litwie i Rusi (Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse) in Polska, Obrazy i opisy II., 733ff., und die einschlägigen Aufsätze in der Wielka Encyklopedya Powszechna Illustrowana und im Slownik geograficzny.
In deutscher Sprache die allerdings nur knappen Bemerkungen von Hoetzsch, Rußland S. 452ff., und im „Ostland", Jahrb. f. ostdeutsche Interessen 1912 und 1913, ferner Bezzenberger, die litauische Literatur in „Die osteuropäischen Literaturen usw." Leipzig 1908.
Gaigalat, Baltisch-litauische Frage. Berlin 1914. In russischer Sprache: Arbeiten des Zentralstatistischen Komitees. Statistik des Grundeigentums, Heft 29 (Kowno), Heft 11 (Grodno), Heft 34 (Wilna). St. Petersburg 1906.

Polen.

A. v. Guttry, Die Polen und der Weltkrieg. München 1915, Georg Müller.
R. F. Kaindl, Polen. Leipzig 1916, B. G. Teubner.
Feldman, Deutschland, Polen und die russische Gefahr. Berlin 1915, Curtius.
Fr. Graf v. Kwilecki, Polen und Deutsche gegen Rußland. Berlin 1916, Germann.
W. von Massow, Wie steht es mit Polen? Stuttgart 1916, Deutsche Verlagsbuchhandlung.
H. v. Revelstein, Die Not der Fremdvölker unter russischem Joch. Berlin 1916, Georg Reimer.
Dm. Donzow, Groß-Polen und die Zentralmächte. Berlin 1915, E. Kroll.
Dr. M. v. Straszewski, Die polnische Frage. Wien 1916, H. Goldschmidt.
Dr. E. Zechlin, Die Bevölkerungs- und Grundbesitzerverteilung im Zartum Polen. Berlin 1916, Georg Reimer.
H. Tennenbaum, Polens Handelsbilanz. Separatabdruck aus dem Jahrb. für Nat.-Ökonomie u. Statistik.
Lewinski, Bilans handlowy królestwa polskiego. Warschau 1916.
Dr. Z. Daszynska-Golinska, Die wirtschaftliche und politische Lage Polens. Separatabdruck aus Archiv für Sozialwissenschaft.

Ukraine.

St. Rudnickyj, Ukraina. Wien 1916, Wilhelm Freick.
Dr. E. Lewicky, Ukraine, Ukrainer und die Interessen Deutschlands. Berlin 1915, K. Curtius.
Dr. Karl Nötzel, Die Ukraine als einzige Rettung vor der russischen Gefahr, München u. Leipzig 1915, Hans Sachs-Verlag.
Kriegspolitische Einzelschriften Nr. 12, die Ukraine. Berlin 1916, Schwetschke & Sohn.

Professor M. Hruschewskyj, Die ukrainische Frage in historischer Entwicklung. Wien 1915, Verlag des Bundes zur Befreiung der Ukraine.

Dr. L. Cehelskyj, Die großen Aufgaben des Krieges im Osten und die ukrainische Frage. 1915. Manuskript.

Der Koloß auf tönernen Füßen. Herausgegeben von Axel Ripke. München 1916, J. F. Lehmann.

Dmytro Donzow, Die ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Rußland. Berlin 1915, C. Kroll.

Das deutsche Kolonistentum in Rußland.

Die wichtigste Literatur über die deutschen Kolonien in Rußland hat Dr. Keup-Frankfurt a. O. im Anschluß an seinen Aufsatz „Die deutsch-russischen Kolonisten im Wandel der russischen Politik“ zusammengestellt (Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation. Berlin 1916, D. Landbuchhandlung, Heft 22, vgl. 5. 53f.). Dazu wäre u. a. nachzutragen: 1. „Kennen Sie Rußland?“ von „zwölf russischen Untertanen“. Berlin 1916, Puttkammer & Mühlbrecht. S. 187—195. 2. Die sehr interessante, auf gründlichsten Forschungen beruhende Aufsatzreihe von E. Schmid in der Osteuropäischen Zukunft 1916 (Nr. 5, 6, 9, 10, 12, 13): „Das wirtschaftliche Zentrum der deutschen Bauernschaft in Rußland“ und die Schrift desselben Verfassers „Die deutschen Bauern in Südrußland“. Berlin 1917, Dtsche Landbuchhandlung. 50 S. mit 1 Karte,) — Viel Aufschluß im einzelnen gibt das im Auftrag des „Zentralkomitees der Unterstützungskasse für evangelisch-lutherische Gemeinden in Rußland“ herausgegebene Werk „Die evangelisch-lutherischen Gemeinden in Rußland“ (über die Kolonien vgl. Bd. I, St. Petersburg 1909). Über die Kolonie Riebensdorf handelt Bruno Adler im Globus 1905, Nr. 2 u. 5. — Ich selbst habe außer dem von Keup angeführten sowie einigen Veröffentlichungen im „Auswanderer“ (Vereinsblatt des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen) geschrieben: „Die Lage der Rückwanderer in der alten und in der neuen Heimat“ („Deutschtum im Ausland 1913“, Heft 15) und (ohne Namensnennung), „Das Gesetz gegen die deutschen Ansiedler in den russischen Gouvernements Wolhynien, Kiew und Podolien“ (Allg. Blätter 1911, Nr. 7—11).

Die meisten Werke über die deutschen Kolonisten sind in Rußland, oft im Selbstverlage, erschienen und in Deutschland schwer zu beschaffen. Über die einzelnen Kolonistengruppen unterrichtet eine Reihe von Aufsätzen in der Zeitschrift „Deutsche Erde“ (Gotha): Über die Wolgadeutschen H. Pokorny (VIII, 138ff.), A. Faure (VIII, 53ff.), A. Lane (IX, 18ff. u. 53ff.), K. Keller (IX, 184ff.); über die deutschen Kolonien in Südrußland K. Keller (VII, 213ff.; VIII, 206ff.; IX, 104ff.); H. Hauff (VIII, 107ff.); J. Stach (VIII, 122); F. Isaak (VIII, 188); E. Gleye (IX, 24); A. Lane (X, 50f., 91f., 102f.); über die deutschen Ansiedler in Turkestan E. E. Gleye (X, 142f.) und derselbe über die Deutschen in Sibirien (XI, 22ff.)

Die kulturpolitische Bedeutung der Deutschen in Rußland.

Die Abschnitte über Rußland in den Werken über das Auslanddeutschtum, z. B.:

A. Geiser, Deutsches Reich und Volk. Ein nationales Handbuch. 2. Aufl. München 1910, J. F. Lehmann.

Handbuch des Deutschtums im Auslande. Herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande. 2. Aufl. Berlin 1906, D. Reimer.

R. Hoeniger, Das Deutschtum im Auslande. (Bd. 402 der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt".) Leipzig-Berlin 1913, B. G. Teubner.

R. F. Kaindl, Die Deutschen in Osteuropa. (Bd. 1 der „Bibliothek des Ostens".) Leipzig 1916, Werner Klinkhardt.

H. Wrek, Das Deutschtum im Ausland. 2. Aufl. München 1916, Georg Müller.

Die Literatur über die Balten ist sehr umfangreich. Eine Übersicht über die wichtigsten älteren Werke findet sich in der Schrift: „Zur baltischen Frage". Ein Bücherverzeichnis aus dem Verlag von Duncker & Humblot in München und Leipzig 1916 (vom Verlag kostenfrei zu beziehen). — Einen Sammelbericht über die bedeutendsten Neuerscheinungen während des Weltkrieges bietet M. H. Boehm in einem Aufsatz der „Grenzboten" („Zur baltischen Frage" Nr. 16. 18. April 1917).

Die Ostjudenfrage.

Süddeutsche Monatshefte (Ostjudenheft) Februar 1916.

Ekkehard Ostmann, Rußlands Fremdvölker. München 1915, Lehmann.

Benjamin Segel, Der Weltkrieg und das Schicksal der Juden. Berlin 1915, Georg Stilke.

Hermann Cohen, Deutschtum und Judentum. Gießen 1915, Töpelmann.

Dr. Nathan Birnbaum, Den Ostjuden ihr Recht. Wien 1915, Löwit.

Dr. M. J. Bodmer, Ein neuer Staatenbund und das Ostjudenproblem. Stuttgart 1916, Deutsche Verlagsanstalt.

Georg Fritz, Die Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzschluß. München 1915, Lehmann.

Dr. W. Heinze, Ostjüdische Einwanderung. Preußische Jahrbücher 1915, Bd. 162, Heft 1.

Dr. E. Bischoff, Klarheit in der Ostjudenfrage. Dresden 1916, „Globus".

Leon Wasilewski, Judenfrage in Kongreßpolen. Wien 1915.

Jüdische Organisationen in Deutschland:

Deutsche Vereinigung für die Interessen der osteuropäischen Juden zu Berlin.

Deutsch-Israelitisch-Osmanische Union in Berlin.

Komitee für den Osten in Berlin. Es besteht aus leitenden Miigliedern großer jüdischer Organisationen in Deutschland und will die Interessen der Juden im Rahmen der Interessen des deutschen Vaterlandes wahrnehmen.

Agrarfrage und Agrarreform in Rußland.

I. In deutſcher Sprache.

Auhagen, Zur Beurteilung der ruſſiſchen Agrarreform. In Rußlands Kultur und Volkswirtſchaft. Aufſätze u. Vorträge, herausgegeben von Sering. Berlin 1913.

Claus, Die Grundbeſitzverteilung in Rußland. In Schmollers Jahrbuch 1909, IV.

Hollmann, Die Agrarreform und innere Koloniſation in Rußland.

— Fortſchritte der ruſſ. Agrarreform. Beides im Archiv für innere Koloniſation 1913 Nr. 10.

Oganowsky, Die Agrarfrage in Rußland ſeit 1905. Im Archiv für Sozialwiſſenſchaft XXXVII, 1913.

Preyer, Die ruſſiſche Agrarreform. Jena 1914.

Stolypin u. Kriwoſchein, Die Koloniſation Sibiriens. Berlin 1912.

v. Wrangell, Die agrare Neugeſtaltung Rußlands. In Schmollers Jahrbuch 1912, I.

II. In ruſſiſcher Sprache.

Die Agrarbewegung der Jahre 1905 u. 1906. Enquete der Kaiſ. freien ökon. Geſellſchaft. 2 Bände. Petersburg 1908.

Die Agrarfrage. Aufſätze u. Vorträge, herausgegeben von Dolgorukoff u. Petremkeritſch. 3 Bände. Moskau 1906 u. 1907.

Baſchajeff, Die bäuerliche Pacht in Rußland. Moskau 1910.

Bilimowitſch, Die Aufgaben der Agrarorganiſation und die Geſetzgebung. Kiew 1907.

— Die geſetzlichen Grundlagen der Agrarorganiſation. Kiew 1910.

Bruskuß, Agrarorganiſation und Anſiedlung in Rußland und im Ausland. Petersburg 1909.

Bſjelskij, Das neue ländliche Rußland. Petersburg 1910.

Weniaminoff, Die bäuerliche Feldgemeinſchaft. Petersburg 1909.

Witte, Denkſchrift zur Bauernfrage. Petersburg 1904.

Wolkoff, Das Geſetz über das Ausſcheiden aus der Feldgemeinſchaft. Moskau 1910.

— Die neuen Geſetze über die Agrarorganiſation. Moskau 1912.

Hermann, Die Neuordnung der Bauernfrage. Moskau 1909.

Heymſtein, Die Agrarfrage in den Programmen der verſchiedenen Parteien. Moskau 1907.

Drosdoff, Ums Land. Skizzen zur Agrarorganiſation. Moskau 1909.

Jermoloff, Unſere Landfrage. Petersburg 1905.

Sack, Die Bauernbank von 1883—1910. Moskau 1910.

Snoßko-Boroffskij, Die geſetzliche Grundlage der Agrarorganiſation. Petersburg 1912.

Isgojeff, Das Recht der Feldgemeinſchaft. Petersburg 1906.

Kablukoff, Die Bedingungen der Entwicklung der bäuerlichen Wirtſchaft in Rußland. Moskau 1908.

Kaufmann, Entstehen und Wachstum der russ. Feldgemeinschaft. Moskau 1907.
— Die Agrarfrage in Rußland. 2 Bände. Moskau 1908.
Katschoroffskij, Die russische Feldgemeinschaft. Petersburg 1900.
Kofod, Die russ. Agrarorganisation. Petersburg 1914.
Krassik, Die Bauernbank und ihre Tätigkeit von 1883—1905. Jureff 1910.
Lesitzkij, Die Agrarfrage in Rußland. Charkoff 1906.
Ljaschtschenko, Die agrarische Entwicklung Rußlands. Petersburg 1908.
Maßloff, Die Agrarfrage. 2 Bände. Petersburg 1908.
Matwjejeff, Das bäuerliche Erbrecht. Petersburg 1911.
Migulin, Die Agrarfrage. Charkoff 1906.
Mißlaffskij, Die Feldgemeinschaft in Rußland. Moskau 1912.
Oganaffskij, Die Gesetzmäßigkeit der Agrarentwicklung. Saratoff 1909.
Die Bauernfrage. 2 Bände. Aufsätze, herausgegeben von Manniloff. Moskau 1905.
Prokopowitsch, Die Agrarkrisis u. die Maßnahmen der Regierung. Moskau 1912.
Pjeschschonaff, Das Agrarproblem in Verbindung mit der Bauernbewegung. Petersburg 1906.
Rittell, Die Abhängigkeit des Bauern von Feldgemeinschaft und Mir. Petersburg 1908.
Ssyromjatnikoff u. Jureffskij, Umschau auf dem Gebiet der Agrarorganisation. Petersburg 1912.
Ssfroryoff, Agrarfrage und Duma. Petersburg 1906.
Tugan-Baronoffskij, Die Nationalisierung des Landes. Peterburg 1906.
Chauke, Die Gesetzgebung über die Agrarorganisation. Moskau 1910.
Tschuproff, Die Bauernfrage. Moskau 1905.
— Reden und Aufsätze. 2 Bände. Moskau 1909.

Die hier angeführten Werke sind die wichtigsten privaten Publikationen wissenschaftlichen Charakters, die für die Agrarreform in Frage kommen. Außerdem sind noch zu erwähnen:

1. Die sehr zahl- und umfangreichen amtlichen Veröffentlichungen: Ministerium für Landwirtschaft, Denkschriften und Statistiken über die Tätigkeit der Agrarkommissionen. Regelmäßige Übersichten der Bauernbank über ihre Geschäftsführung, namentlich Ankauf von Land und Ansiedlung von Bauern. Tätigkeitsberichte und Enqueten vieler Kommissionen. Erläuterungen des Landwirtschaftsministeriums zu den Gesetzen über die Agrarorganisation und Entscheidungen des Senats (als obersten Gerichtshofs) über strittige Fragen. Die amtliche (besonders Semstwo-)Statistik im weitesten Umfang: Grundbesitzveränderung, Auswanderung (nach Sibirien), Steuern usw.

2. Die fast unübersehbar angeschwollene Aufsatzliteratur. Hier einige namentlich anzuführen hat keinen Zweck: ihre Anzahl ist Legion. Unter sehr vielen pamphletartigen, tendenziösen, daher für die wissenschaftliche Erkenntnis mehr oder weniger wertlosen, findet man aber einzelne, die vorzüglichen Aufschluß bringen. In den Aufsätzen machen sich alle Richtungen geltend,

von der äußersten rechten bis zur sozialrevolutionären — die radikalen überwiegen aber am meisten, dem Charakter der Zeitschriften entsprechend. Diese sind die sogenannten „dicken Journale“: monatlich im Umfang von 20 oder mehr Bogen erscheinende Zeitschriften belletristischen, politischen, wissenschaftlichen und kritischen Inhalts. Die wichtigsten sind:

Europäischer Bote (liberal im westlichen Sinne);
Verheißungen (sozialrevolutionär; Standpunkt der Monarodniki);
Russischer Reichtum (sozialdemokratisch);
Russischer Gedanke (Standpunkt der Kadetten);
Zeitgenössische Welt (sozialdemokratisch);
Zeitgenosse (gemäßigt liberal);
Bildung.

Rußland. Eine geograph. Betrachtung von Volk, Staat u. Kultur. Von Professor Dr. A. Hettner. 3., erweiterte Auflage des Werkes: Das europäische Rußland. Mit 23 Karten. Geheftet M. 4.80, gebunden M. 5.20.

Auch die Neubearbeitung will in erster Linie eine Darstellung der Geographie des Menschen und seiner Kultur geben, ihr sind neu angeschlossen interessante Betrachtungen über die geogr. Bedingtheit der allgemeinen kulturellen Grundlagen des russischen Reiches und seiner inneren wie äußeren Politik, die es uns verständlich machen, inwiefern und warum es „der zum Kriege treibende Faktor" gewesen.

„Es ist unmöglich, in wenigen Zeilen den Reichtum des Gedankengehaltes dieses Werkes wiederzugeben. Die Untersuchungen der geographischen Ursachen für die russische Sonderart, die Betrachtung des Staates, bieten für jeden Deutschen so viel des Notwendigen an Wissen über unsere Stellung zu den russischen Fragen, daß das Werk auf das dringendste zu empfehlen ist." **(Deutsche Politik.)**

Rußland. 1. Band. **Land, Volk u. Wirtschaft.** Von Syndikus Dr. Wallroth. Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 562. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50.

Nach einer einleitenden Übersicht über den gewaltigen Umfang und die Kraft der „russischen Erde" schildert das Bändchen anschaulich das russische Volk, seine nationale Zusammensetzung, seinen sozialen Aufbau, seine Wohn- und Wirtschaftsweise, insbesondere den russischen Bauern als Träger des russischen Volkstums. Anschließend hieran wird die Entwicklung Rußlands zur Industrie, sein Handel und Verkehr sowie die russische innere und äußere Wirtschaftspolitik behandelt.

Rußland. 2. Band. **Geschichte, Staat und Kultur.** Von Dr. A. Luther. Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 563. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50.

Dieser Band gibt eine knappe zuverlässige Zusammenfassung alles Wissenswerten über die geschichtliche Entwicklung Rußlands und seine staatlichen und kulturellen Verhältnisse, über Sprache, Volkskunde, Religion, Unterrichtswesen, Literatur, Musik, bildende Kunst, Theater, über das Verhältnis Rußlands zu Westeuropa, sowie über das Deutschtum in Rußland.

Bulgarien und Rußland. Von Professor Dr. H. Uebersberger. Geh. M. -.80

Geschichte des ukrainischen (ruthenischen) Volkes. Von Prof. M. Hruszewskỳ.

I. Band: Urgeschichte des Landes und des Volkes. - Anfänge des Kiever Staates. Autorisierte Übersetzung aus der 2. ukrain. Ausg. Mit 1 Karte. Geh. M. 18.-

Englands Weltherrschaft und ihre Krisis. Von Professor Dr. A. Hettner. 3., umgearb. Aufl. des Werkes: Englands Weltherrschaft und der Krieg. Geheftet M. 4.20, gebunden M. 5.-

„Nur das Wichtige, das Entscheidende ist gegeben. Grundlage der Betrachtung ist die Geographie, darüber hinaus beherrscht der Verfasser geschichtliche, politische, wirtschaftliche Fragen vollkommen, kennt und wägt die Imponderabilien der Politik, Rasse, Kulturgemeinschaft, Lebenshaltung, Zivilisation. Referent möchte seiner Freude an dem Buche lebhaft Ausdruck verleihen." **(Lit. Zentralblatt.)**

Deutschland und der Weltkrieg

hrsg. von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. O. Hintze-Berlin, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Fr. Meinecke-Berlin, Prof. Dr. H. Oncken-Heidelberg, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. H. Schumacher-Bonn. 2., erweit. Aufl. (10.-14. Tauf.) 2 Bände. Geh. M. 12.-, in Halbl. geb. M. 14.-. Feldpostausg. M. 12.-. (Nicht einz. käufl.)

I. Deutschlands Stellung in der Welt. II. Deutschlands Bundesgenossen. III. Die Machtpolitik unserer Gegner. IV. Vorgeschichte, Ausbruch und Ausdehnung des Weltkrieges. V. Der Geist des Krieges.

„Eine von großer Kenntnis aller Tatsachen in jedem Aufsatze zeugende Zusammenfassung der zu behandelnden Probleme . . . Hervorgehoben sei der die ganzen Darstellungen durchdringende hohe Geist der Auffassung, die Vertiefung der Erfassung der politischen und staatsrechtlichen Tatsachen durch Zurückgehen auf die letzten geistigen und realen Kräfte. Die Darstellungen werden dadurch auf eine geistige Höhe gehoben, die auf jeden Leser einen starken Eindruck machen muß."
(Dr. Eugen v. Philippovich i. d. Zeitschr. f. Volkswirtsch., Sozialpolitik u. Verwaltung.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Die Großmächte der Gegenwart

Von Prof. Dr. R. Kjellén. 15. u. 16. Aufl. 29.–32. Tauf. M. 2.80, geb. M. 3.80

„Gerade zur rechten Stunde ist dieser Versuch des schwedischen Historikers erschienen, ein Bild von ähnlich großer Linienführung für die Gegenwart zu entwerfen, wie es Ranke in seinem klassischen Essay über die großen Mächte einst für die Vergangenheit entwarf. Er schreibt kraftvoll, prägnant und anschaulich und ist Meister der bündigen Formulierung. Das schöne und gedankenreiche Buch des schwedischen Forschers sei wärmstens empfohlen." (Fr. Meinecke in der Historischen Zeitschrift.)

Die politischen Probleme des Weltkrieges

Von Prof. Dr. R. Kjellén. Übersetzt von Dr. Fr. Stieve. Mit 5 Karten.
5. Aufl. 20.–23. Tausend. Geheftet M. 2.40, gebunden M. 3.40

Verf. will in diesem neuen Werk „das mächtige Schicksal, das über Europa hereingebrochen", verständlich machen, indem er die treibenden Kräfte in der Entwicklung der Staaten aufzeigt, ein großartiges Gesamtbild der weltpolitischen Lage und der geographischen, nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Momente entrollt, die Leben und Schicksal der Staaten bestimmen. Daß der ernste und unbestechliche Forscher und Bürger eines neutralen Staates dabei zu Ergebnissen gelangt, die unserer innersten Auffassung entsprechen, wird auch dieses Werk zu einem Buche der Erhebung für das deutsche Volk in schwerer Zeit werden lassen.

Die Kriegsschauplätze

Herausgegeben von Professor Dr. Alfred Hettner

Der französisch-belgische Kriegsschauplatz

Eine geographische Skizze von Geh. Reg.-Rat Professor Dr. A. Philippson. Mit 1 geologischen Karte, 1 Profiltafel u. 1 Formationstabelle. Geh. M. 1.80. (2. Heft.)

„Wer diesen uralten Kriegsschauplatz in allen Beziehungen seiner natürlichen Verhältnisse zu Siedelung und Wirtschaft, Verkehr und Krieg kennen lernen und einen zuverlässigen Einblick gewinnen will in die Abhängigkeit der Kriegsvorgänge von den geographischen Bedingungen des Landes, in dem sie sich abspielen, dem wird das vorliegende kleine Buch ein zuverlässiger Führer sein." (Petermanns Mitteilungen.)

Der östliche Kriegsschauplatz

Von Geh. Hof- und Reg.-Rat Prof. Dr. J. Partsch. Geheftet M. 2.– (3. Heft.)

„Das Beste, was ich an eigentlich kriegsgeographischer Literatur bisher gelesen habe, war diese Abhandlung des Meisters der geographischen Darstellung. Das Problem der organischen und lebensvollen Verknüpfung der geographischen Wissenschaft mit den Geschehnissen und den Aufgaben der Kriegführung scheint mit hier restlos gelöst. Wer dieses Werkchen wirklich studiert an der Hand guter Karten, der hat einen vielfachen, dauernden Gewinn." (Albr. Dühr in den „Grenzboten".)

Die Kriegsschauplätze auf der Balkanhalbinsel

V. Prof. Dr. N. Krebs u. Prof. Dr. Fr. Braun. M. 2 Kart. Geh. M. 2.40. (4. Heft.)

Die Verf. entwerfen ein anschauliches Bild dieser Gebiete u. ihrer Bewohner u. lehren uns sowohl die großen Ereignisse, die sich auf diesem Boden abgespielt, in ihrer Abhängigkeit von der geographischen Unterlage als auch die politischen Bestrebungen der einzelnen Balkanstaaten u. ihre Bedeutung für die Zentralmächte verstehen.

Der Kriegsschauplatz in Armenien und Mesopotamien

V. Geh. Bergr. Prof. Dr. Fr. Frech. M. 13 Abb. u. 3 Kartenskr. M. 2.40. (5. Heft.)

Auf Grund eigener Anschauung schildert der Verf. das Gebirgsland Hocharmeniens. Das Völkergemisch der Georgier, Armenier, Tataren, Kurden u. seine Einwirkung auf die kriegerischen Ereignisse findet ebenso Berücksichtigung wie die Schwierigkeit des Geländes. In Mesopotamien wird der Gegensatz des Hochlands des alten Assyrien u. des subtropischen Irak Arabi besprochen. Eingehendere Berücksichtigung finden dann der Reichtum an Erdöl sowie die glücklichen Operationen des verflossenen Frühjahrs und Sommers.

In Kürze wird erscheinen: **Übersicht** von A. Hettner. **Der Kriegsschauplatz des Seekrieges in der Nordsee und im Kanal.** Von L. Mecking. (Heft 1.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Der britiſche Imperialismus

Ein geſchichtlicher Überblick über den Werdegang des britiſch. Reiches vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. F. Salomon. Geh. M. 3.–, geb. M. 3.60

Das Buch zeigt, wie die Strömungen, die im modernen Imperialismus ausmünden, die ganze engliſche Geſchichte durchziehen, von den Verſuchen im Mittelalter, ſich in Frankreich feſtzuſetzen, an, während in der Folgezeit England von den beiden Möglichkeiten der Ausdehnung über das kleine Inſelgebiet hinaus Gebrauch macht, der weiteſter Ausdehnung des Welthandels und der der Erwerbung reichen Kolonialbeſitzes. Indem ſo das Wachstum des Reiches aus den Schickſalen des Mutterlandes abgeleitet wird, wird ein Verſtändnis gewonnen für das Weſen des brit. Imperialismus als einer Macht, die mit klaren Blicken betrachten zu lehren eine vaterländiſche Aufgabe iſt, die das Buch zu erfüllen ſucht.

Der Imperialismus und der Weltkrieg

Von Geh. Rat Profeſſor Erich Marcks. Geheftet M. —.60

Verf. ſieht in dem Weltkrieg eine folgerichtige Fortſetzung des uralten Daſeinskampfes von Mitteleuropa, einen Kampf der Flanken gegen die Mitte, der unter dem Einfluß des Gegenſatzes zwiſchen dem angreifenden univerſalen Imperialismus Englands u. dem verteidigenden nationalen Deutſchlands ſteht.

Die Zukunft des Völkerrechts

Von Geh. Juſtizrat Prof. Dr. H. Triepel. Geheftet M. 1.–

Verf. begründet die Anſicht, daß das Völkerrecht nicht zuſammengebrochen iſt, ſondern ſich in den Bahnen ſeiner Entwicklung ſeit der Franzöſiſchen Revolution, die kurz gekennzeichnet werden, weiterbewegen wird. Bez. der Zukunft des Kriegsrechtes ſtellt Verf. Forderungen auf, die ſich auf die Form der kriegsrechtlichen Kodifikation wie auf die Grundgedanken des Kriegsrechtes als ſolches beziehen.

Der Weltkrieg und die Judenfrage

Von Dr. M. Simon. Geheftet M. 1.20

In drei Kapiteln, die die Frage der jüdiſchen Gleichberechtigung, die vielerörterte Oſtjudenfrage und die jüdiſche Emigrationsfrage, insbeſondere die Frage der Beſiedelung Paläſtinas, unter Benutzung einer großen Fülle tatſächlichen Materials behandeln, ſucht der Verfaſſer die verſchiedenen Seiten des jüdiſchen Problems, wie ſie der Weltkrieg offenbart hat, darzuſtellen. Er gelangt zu dem Schluſſe, daß das Intereſſe des Judentums einen Sieg der Zentralmächte erfordert.

Schwediſche Stimmen zum Weltkrieg

Überſetzt von Dr. Fr. Stieve. 2. Aufl. Geheftet M. 2.40, gebunden M. 3.40

Dieſes von maßgebenden Perſönlichkeiten Schwedens verfaßte Buch beweiſt nicht nur zwingend die Gemeinſamkeit der Intereſſen Schwedens und Deutſchlands, ſondern es behandelt von durchaus unabhängigem Standpunkte aus, mit genaueſter Kenntnis aller Verhältniſſe verfaßt, die politiſche und kulturelle Geſamtlage Europas und Deutſchlands Stellung in ihr.

Teubners Kriegstaſchenbuch

Ein Handlexikon über den Weltkrieg

Hrsg. von U. Steindorff. VI u. 346 S. Mit 5 Karten. Geh. M. 3.–, geb. M. 3.50

Gibt raſche und zuverläſſige Auskunft in mehr als 5000 Stichworten über alle politiſchen und militäriſchen Ereigniſſe des Krieges, über alle zu ihrem Verſtändnis notwendigen Fachausdrücke, über alle die Perſönlichkeiten, die in ihm hervorgetreten ſind, über alle irgendwie mit dem Kriege in Zuſammenhang ſtehenden wirtſchaftlichen und kulturellen Ereigniſſe und Maßnahmen im Deutſchen Reiche, bei den Bundesgenoſſen und bei den Gegnern.

Der Krieg
als Lehrmeiſter auf dem Gebiete des Rechts

Von Prof. Dr. J. W. Hedemann. Geh. M. –.80

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Indien

Von Prof. Dr. Sten Konow. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

Behandelt in großen Zügen die für das Verständnis der Stellung und Bedeutung Indiens wesentlichen Momente, unterrichtet über Klima und Bodenbeschaffenheit, über die wirtschaftlichen, politischen, religiösen und kulturellen Verhältnisse des heutigen Indien. Eine Übersicht über die geschichtliche Entwicklung zeigt, wie sich allmählich die notwendigen Voraussetzungen für ein selbständiges nationales Indien einstellen.

Polen

Mit einem geschichtl. Überblick über die polnisch-ruthenische Frage

Von Prof. Dr. R. F. Kaindl. 2. Aufl. Mit 6 Karten. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

Das Bändchen entwirft zunächst ein anschauliches Bild von Land und Leuten u. gibt danach einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des einst so mächtigen, durch Selbstsucht und Kurzsichtigkeit der herrschenden Kreise dem Untergang verfallenen Reiches. Nach einer Schilderung der Deutschen u. ihrer Kulturarbeit, der Ruthenen u. ihres Verhältnisses zu den Polen, der Vernichtung des Städtewesens u. Bauernstandes durch den polnischen Adel folgt eine Darstellung der gegenwärtigen wirtschaftl. u. kulturellen Zustände u. der Bestrebungen der Polen u. Ruthenen in den letzten Jahrzehnten, endlich der panslawistischen Bewegung, um unter Berücksichtigung der neuen Lage, die durch die Erklärung Polens zu einem selbständigen Staate geschaffen wurde, mit einem Ausblick in die Zukunft zu schließen. Der reiche Literaturanhang bringt eine bisher nicht vorhandene Zusammenstellung von Schriften über die polnisch-ruth. Frage.

Die Baltischen Provinzen

Von Dr. V. Tornius. Mit 8 Abb. u. 2 Kartenskz. 2. Aufl. M. 1.20, geb. M. 1.50

Das Buch gibt nach einem kurzen Überblick über die Geschichte des alten Ordenslandes in ihrer geographischen und ethnographischen Bedingtheit eine Darstellung der heutigen Bevölkerung der Ostseeprovinzen, der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie lebt, und ihrer Kultur in materieller und geistiger Hinsicht. Der Verfasser läßt uns einen tiefen Blick tun in das Wesen dieser ältesten deutschen Kolonie, für die das Interesse infolge der Kriegsereignisse besonders lebendig geworden ist und deren Zukunft wir als ein wichtiges Problem der deutschen Kultur empfinden.

Belgien

Von Dr. P. Oßwald. 2., verb. Aufl. Mit 5 Karten. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

Das Buch gibt zum erstenmal ein zusammenfassendes Bild von Belgien und den belgischen Verhältnissen. Der Verfasser behandelt nach einem Überblick über die geographische Lage als Grundlage der historischen und wirtschaftlichen Entwicklung die verschiedenen Bevölkerungsprobleme und erörtert sodann die politische Geschichte, Rechtspflege, Verwaltung, Finanzen und Heerwesen sowie die wirtschaftliche und geistige Kultur des heutigen Belgien. Die Darstellung soll, ohne Leidenschaft, unbekümmert um die Kriegsereignisse geschrieben, ein Bild aller belgischen Verhältnisse geben, um jedem ein ruhiges und objektives Urteil zu ermöglichen.

Belgiens Vergangenheit und Gegenwart

Von Geh. Hofrat Prof. K. Hampe. 2., umgearb. u. erweit. Aufl. Geh 2.—

Das Büchlein ist allseitig als weitaus die beste historische Einführung in das moderne Problem Belgiens gerühmt worden. Durch längeren Aufenthalt in Brüssel und Arbeit in den dortigen Archiven war Vers. in der Lage, in der 2. Auflage die Darstellung in vieler Beziehung zu ergänzen und so ihren Wert als historische Einführung in die Fragen der Gegenwart zu erhöhen.

Der Orient

Eine Länderkunde von Ewald Banse. 3 Bde. Mit zahlr. Abb., Kartenskizzen, Diagrammen u. 1 Tafel. Geh. je M. 1.20, geb. je M. 1.50, in 1 Bd. geb. M. 4.50

„Vers., ein genauer Kenner und begeisterter Freund des Orients, entwirft in dem vorliegenden reich ausgestatteten Bändchen eine geistvoll aufgefaßte und durchgeführte, trotz gedrängter Kürze lebensvoll geschriebene Schilderung der mohammedanischen Welt." (Kölnische Zeitung.)

Bulgarien

Von Otto Müller-Neudorf. Geheftet M. 1.20, gebunden M. 1.50.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Auskunftsbuch

für den Handel mit der Türkei

Kurzgefaßtes Nachschlagebuch für Handel und Industrie

Von H. W. Schmidt, Konstantinopel.

Mit 3 Karten. Geb. M. 3.50

In der handlichen Form eines Taschenbuches gibt das Auskunftsbuch in gedrängter Weise Auskunft über die türkischen Verhältnisse im allgemeinen, wie über die Handelsbedingungen im besonderen.

Es bringt die Gesetzes-, Zoll-, Post- und Telegraphenbestimmungen wie wertvolle Zusammenstellungen und Adressenverzeichnisse von den größeren Städten des Reiches, seinen Behörden usw., wie auch der einheimischen und ausländischen Handels- und Industrieunternehmungen, Ausfuhr- und Einfuhrartikel u. a. m. Die vielseitigen Bedürfnisse des Importeurs wie Exporteurs, des Fabrikanten wie des Geschäftsreisenden sind dabei in gleicher Weise berücksichtigt. Als Anhang sind an die 30 aus unmittelbarer Erfahrung gewonnene Berichte über die verschiedensten Zeitfragen des türkischen Handels beigegeben. So hofft das auch mit Übersichtskarten ausgestattete Buch ein nützlicher Führer zu sein für alle, die jetzt schon für die hoffentlich nicht mehr ferne Zeit des Friedens „ihre Fühler ausstrecken" und praktische Vorbereitungen für den Handel mit der Türkei treffen wollen.

Die Türkei

Von Reg.-Rat P. R. Krause. Mit 2 Karten. Geb. M. 1.20, geb. M. 1.50

Der Verfasser, der 23 Jahre in der Türkei und von diesen 6 Jahre in türkischen Staatsdiensten zugebracht hat, darf, zumal er als Ingenieur das Land nach allen Richtungen durchquerte, wohl als einer der besten Kenner von Land und Leuten angesprochen werden. Er ist daher in der Lage, auf Grund seiner aus eigener Anschauung gewonnenen Kenntnisse eine durchaus zuverlässige Orientierung über die geographischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse des Landes zu geben und im Zusammenhang mit seiner Geschichte für die Verschiedenheit der Weltanschauung, die zwischen Orient und Okzident besteht, bei dem Leser Verständnis zu erwecken. Bei aller Knappheit darf die Darstellung den Anspruch erheben, ein umfassender Beitrag zur Behandlung einer im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens stehenden Zeitfrage zu sein.

Türkisches Sprachbuch

Von Konsul W. Padel. Mit einer Karte. Geb. M. 3.60

Dieser Sprachführer, der nach langer sorgfältiger Vorbereitung erscheint, entwickelt die türkische Sprache in ihrem logischen Aufbau so, wie sie für die Anforderungen des Lebens gebraucht wird.

Der Verfasser, als hervorragender Kenner der Sprache bekannt, benimmt auf dem Wege, den er aus langjährigen, während seines Aufenthaltes in der Türkei im praktischen und beruflichen Leben gewonnenen Erfahrungen beschreitet, die Schwierigkeiten, die gerade zu Beginn des Studiums leicht entmutigen. Die Mischung der türkischen Sprache insbesondere mit dem Arabischen vermehrt diese, der Verfasser hat aber mit besonderem Geschick verstanden, den Ursprung der übernommenen Wendungen kurz zu erklären und auch hierbei alles Überflüssige in der Behandlung zu vermeiden. Ein reiches, ebenfalls nach praktischen Gesichtspunkten zusammengestelltes Wörterbuch beschließt den Sprachführer. Gleicher Wert wie auf die „innere" ist auf die „äußere" Ausgestaltung des Buches gelegt. Die Schrift ist aus der Türkei bezogen, die arische Umschrift wie die Anordnung des Satzes erleichtern die Erlernung der Aussprache wie das Einprägen der grammatischen Regeln wesentlich.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Deutſche Volkskraft nach zwei Kriegsjahren

Vier Vorträge, herausg. vom Bund deutſcher Gelehrter und Künſtler (Kulturbund) Geh. Med.-Rat Prof. Dr. M. Rubner: **Unſere Ernährung.** Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. W. Nernſt: **Unſere Induſtrie.** Dr. W. Bloem: **Der Geiſt im Heere.** Geh. Rat Prof. Dr. R. Eucken: **Der Geiſt im Lande.** Geheftet M. –.60

Vier Männer, deren Namen auf den von ihnen behandelten Gebieten beſten Klang haben, entwerfen hier ein Bild der deutſchen Volkskraft, wie ſie ſich in zwei Kriegsjahren bewährte, ein Bild, das in ſeiner Sachlichkeit und Ehrlichkeit, die jede Schönfärberei vermeidet, doppelt eindrucksvoll iſt und, ohne mit Phraſen zu berauſchen, durch die mitgeteilten Tatſachen mit Stolz und Zuverſicht erfüllen darf, daß wir auch ferner „durchhalten".

Krieg und Sozialpolitik

Von Geh. Hofrat Prof. Dr. W. Stieda. Geh. M. –.80.

Behandelt die Sozialverſicherung und ihre Anpaſſung an die durch den Krieg veränderten Verhältniſſe, den Arbeits- wie den Arbeitermangel und ſeine Abſtellung im Zuſammenhang mit der Forderung einer Zentraliſation der Arbeitsnachweiſe und gibt einen Überblick über das Gebiet der ſozialen Fürſorge.

Von Kriegsnot und -hilfe

und der Jugend Zukunft. Von Dr. Alice Salomon. Geh. M. 2.40, geb. M. 3.–

Dieſe Aufſätze, gleichviel ob ſie ſich mit den ſozialen Aufgaben beſchäftigen, die durch den Krieg verurſacht ſind, oder mit den Problemen, die ſich für die weibliche Jugend ergeben, ſtehen unter einem Geſichtspunkt. Sie alle ſuchen nach Wegen, auf denen das deutſche Volk zu einer inneren Erneuerung gelangen kann.

Das Weſen und die Aufgaben der

Kriegshinterbliebenenfürſorge

im Dtſch. Reiche. In Verb. mit Dr. Groſſe, Dr. Kraus u. Geh. Kirchenrat D. Schloſſer hrsg. v. Bürgerm. Dr. Luppe. M. Formularanh. Geh. M. 1.50

Das Buch iſt die erſte ſyſtematiſche Darſtellung des Geſamtgebietes der Kriegshinterbliebenenfürſorge des Reiches. Die Rentenfürſorge des Reiches, die Geſundheitsfürſorge, die Erwerbsfürſorge für erwachſene Hinterbliebene (Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeſchaffung) und ſchließlich die Erziehungsfürſorge für Kriegerwaiſen werden ausführlich behandelt. Einige wichtigere Formulare des Städtiſchen Fürſorgeamtes für Kriegshinterbliebene zu Frankfurt a. M. ſind beigegeben.

Frauenberufsfrage und Bevölkerungspolitik

Verhandlungen der Kriegstagung des Bundes Deutſcher Frauenvereine zu Weimar im Juni 1916. Im Auftrage des Bundes Deutſcher Frauenvereine hrsg. u. bearb. v. Dr. Eliſabeth Altmann-Gottheiner. Geb. M. 4.–

Ein Teil des Ertrages iſt für den nationalen Frauendienſt beſtimmt.

Das dritte Kriegsjahrbuch des Bundes Deutſcher Frauenvereine enthält in ſeinem literariſchen Teil Vorträge von Dr. M. E. Lüders, E. Boehm-Lamgarden, J. Levy-Rathenau, Dr. E. Altmann-Gottheiner, M. L. Klausberger-Wien, A. Lindemann, Dr. G. Bäumer, Dr. M. Bernays, Dr. M. Baum und iſt gedacht als ein Buch der Erinnerung für alle, die der Weimarer Tagung beiwohnen konnten, zugleich aber auch als ein Erſatz des geſprochenen Wortes für die, welche an der Teilnahme verhindert waren.

Als 2. Kriegsjahrb. (Jahrgang 1916) erſchien: **Heimatdienſt im 1. Kriegsjahr.** Ermäßigter Preis: Geb. M. 2.–

Der Erlaß d. Kgl. Miniſteriums d. Innern im Königr. Sachſen vom 10. Nov. 1913 über

Erleichterungen im Kleinwohnungsbau

in ſeiner Bedeutung f. d. Wohnungsfürſorge n. d. Kriege. V. P. Booth. Geh. M. –.40

Die Schrift bringt wichtige Vorſchläge und Anregungen zur Löſung einer Frage, die für die Volkswohlfahrt nach dem Kriege von allergrößter Bedeutung iſt. Von beſonders aktuellem Intereſſe iſt die genaue Beſchreibung des Kleinen Heims für kriegsverletzte Offiziere, für kriegsverletzte Arbeiter mit ihrer Familie und für die Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Rubners Nährwerttafel

für Schulen u. Haushaltungsschulen sowie für den praktischen Gebrauch. Unt. Mitwirk. von Dr. K. Thomas-Berlin herausg. vom Geh. Medizinalrat Prof. Dr. M. Rubner.
Preis der vielfarbigen Tafel (98:149 cm) auf Papyrolin mit Stäben einschließlich Erläuterungsschrift M. 6.80, auf Papier einschließlich Erläuterungsschrift M. 6.—
Erläuterungsschrift mit verklein. farb. Wiedergabe der Tafel (90:45 cm) M. 1.50

„Die Tafel ist übersichtlich und leicht verständlich zusammengestellt. Als Ergänzung dazu hat Rubners Mitarbeiter, Thomas, die wissenschaftlichen Grundlagen der Ernährungslehre ganz im Sinne seines großen Meisters in dem zugehörigen Beihefte niedergelegt. In der jetzigen Zeit, wo die Ernährungsfragen brennender sind, wäre der Inhalt dieses Buches für jeden aus dem Volke wünschenswert zu wissen."
(Münchener Medizinische Wochenschrift.)

Über Pflanzenkost in Krieg und Frieden

Ein Vortrag von Professor Dr. G. Haberlandt. Geh. M. –.75

Der Verfasser beleuchtet die für das „Durchhalten" so wichtige Ernährungsfrage erstmalig von dem Gesichtspunkte des Botanikers, insbesondere des Pflanzenanatomen und -physiologen aus. Da die vegetarische Ernährungsweise, der wir uns jetzt mehr und mehr zuzuwenden genötigt sind, auf diese Weise in ihren Eigentümlichkeiten gegenüber der tierischen Kost schärfer charakterisiert werden kann als vom Standpunkte des Hygienikers und Nahrungsmittelchemikers aus, werden seine Ausführungen nicht geringem Interesse begegnen.

Ernährungsfragen

behandelt i. d. Sammlung „Aus Natur u. Geisteswelt". Geh. je M. 1.20, geb. je 1.50

Ernährung und Volksnahrungsmittel. V. weil. Prof. Dr. J. Frentzel. 3. A. neu bearb. v. Geh. Reg.-R. Prof. Dr. Zuntz. 7 Abb. u. 2 Taf. (Bd. 19.)

Die Schrift behandelt die Körper- wie die Nährstoffe, die Zubereitung der Nahrung, den Verdauungsvorgang u. d. chem. Wirkung der verschiedenen Verdauungssäfte sow. d. Frage d. Nahrungsbedarfs.

Die Milch und ihre Produkte. Von Dr. A. Reitz. 16 Abb. (Bd. 362.)

„Der Verfasser schildert eine mustergültige moderne Molkerei; zur Behebung der noch vielfach vorhandenen Mißstände gibt er durchaus praktische Anleitungen. Die Milchprodukte und ihre Surrogate sind trefflich besprochen." **(Soziale Kultur.)**

Arzneimittel und Genußmittel. Von Prof. Dr. O. Schmiedeberg. (Bd. 363.)

„Dem Laien wird hier eine Zusammenstellung der hervorragendsten und für das tägliche Leben wichtigsten Tatsachen der Pharmakologie gegeben. Das Bändchen sollte in keiner Familie fehlen."
(Zeitschrift für öffentliche Chemie.)

Der Kleingarten. Von Redakteur J. Schneider. Mit 80 Abb. (Bd. 498.)

Gibt nicht nur Anleitung zu Gartenarbeiten, sondern macht vor allem mit sachgemäßer Anlage und Bewirtschaftung bekannt. Bei der Behandlung des Stoffes: Bodenbearbeitung, Düngung, Bestellung des Landes, Gemüse- und Obstbau sowie Blumenpflege sind die neuesten Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis berücksichtigt.

Kaffee, Tee, Kakao und die übrigen narkotischen Aufgußgetränke. Von Prof. Dr. A. Wieler. . . . . (Bd. 132.)

Behandelt Kaffee, Tee und Kakao, Mate und Kola in bezug auf botanische Abstammung, natürl. Verbreitung der Stammpflanzen, Verbreitung ihrer Kultur, Wachstumsbedingungen u. Kulturmethoden, Ernte, endlich Gewinnung der fertigen Ware.

Die Pilze. Von Dr. A. Eichinger. Mit 54 Abb. im Text. . . (Bd. 394.)

„Schildert Bau und Leben der Pilze, vor allem ihre große Bedeutung in ihrer direkten Verwendung als Nahrungsmittel im menschlichen Haushalt als auch die volkswirtschaftliche Wichtigkeit der Kultur.

Was ist Kriegswucher und wie bekämpfen wir ihn? Von Prof. Dr. G. Obst. Geheftet . . . . M. 1.—

Gibt unter Heranziehung einer großen Zahl von Beispielen eine Darstellung der verschiedenen Arten des Kriegswuchers und des Kettenhandels und weist die Mittel uud Wege zu seiner Bekämpfung. Es werden die Möglichkeiten der Kontrolle und Ahndung des Wuchers wie auch die Berechnung der Gestehungskosten, von der jene Ausgehen, behandelt.

Organisation und Tätigkeit der Preisprüfungsstellen. Vortrag geh. i. d. Schles. Gesellsch. f. vaterländ. Kultur. Von Prof. Dr. G. Obst. Geheftet 60 Pf.

Der durch seine wissenschaftlichen und gemeinverständlichen Abhandlungen über Bank- und Börsenwesen in weiten Kreisen bekannte Verfasser gibt auf Grund praktischer Erfahrungen einen interessanten Einblick in die weitverzweigte Tätigkeit der Preisprüfungsstellen.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Politiſche Geographie

Von Oberlehrer Dr. Emil Schöne. Mit 7 Kart. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

Gibt eine Darſtellung der politiſch-geograph. Auffaſſung Fr. Ratzels, indem es die Hauptmachtquellen des Staates aus ſeiner Bodengrundlage, die Probleme des Raumes und der Raumbewältig. durch den Verkehr, die geographiſche Lage in ihrer Bedeutung als politiſcher Machtfaktor behandelt.

Kairo-Bagdad-Konſtantinopel

Von E. v. Hoffmeiſter, Generalleutn. z. D. Mit 11 Vollbildern u. 157 Abb. ſowie einer Kartenbeilage. Geb. M. 8.–

„‚Wanderungen und Stimmungen‘ hat Hoffmeiſter ſein Buch genannt. Aber es gibt mehr. Es gibt ein Volks- und Kulturbild der Länder, die er bereiſte, und gibt ſie in friſcher Erzählungsweiſe." (Deutſche Rundſchau.)

Durch Armenien und Der Zug Xenophons bis zum Schwarzen Meere

Eine militär-geographiſche Studie. Von E. v. Hoffmeiſter, Generalleutn. z. D. Mit zahlreichen Abbild. Geb. M. 8.–

„Ich kann das Buch, welches außer den militäriſchen Betrachtungen noch durch feſſelnde Schilderungen des Volks- und Kulturlebens der durchwanderten Länder vielſeitige Anregung gibt, zum Studium nur warm empfehlen." (Mil.-Wochenbl.)

Englands Weltmacht

in ihrer Entwicklung vom 17. Jahrhundert bis auf unſere Tage. Von Prof. Dr. W. Langenbeck. 2. Auflage. Mit 19 Bildn. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

„Das Leſen dieſes Bändchens hat mir tatſächlich einen großen Genuß bereitet. Jede Neuerſcheinung in der Entwicklung des engliſchen Volkes belegt Langenbeck durch hiſtoriſche Quellen. Klar abwägend zieht er ſein Fazit über die Zukunft des britiſchen Weltreiches." (D. Kol.-Ztg.)

Geſchichte der Vereinigten Staaten von Amerika

Von Prof. Dr. E. Daenell, 2. Aufl. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

Gibt in großen Zügen, die Hauptlinien der Entwicklung (beſonders der neueſten Zeit) betonend, eine überſichtliche Darſtellung der geſchichtlichen, kulturellen und wirtſchaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten von den erſten Koloniſationsverſuchen bis zur jüngſten Gegenwart.

Island,

das Land und das Volk. Von Prof. Dr. P. Herrmann. Mit 9 Abb. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

„Wir finden eine reiche Fülle zuverläſſigen Materials mit wiſſenſchaftlicher Gründlichkeit in überſichtlicher Zuſammenſtellung geboten. Jeder, der ſich für Island intereſſiert, kann ein anſchauliches Bild v. Land u. Leuten gewinnen." (Mitt. d. Islandfr.)

Die geograph. Grundlagen der öſterr.-ungar. Monarchie und ihrer Außenpolitik

V. Prof. Dr. R. Sieger. 2. Aufl. M. 1.–

Oſterreich-Ungarn iſt nicht, wie rein phyſiſch-geogr. Betrachtung gerne annimmt, ein rein hiſtoriſch zu erklärendes Staatswesen ohne geogr. Einheit. Die natürl. Grundlagen, die einen Großſtaat in dem behandelten Raume geradezu verlangen, werden auch in ihren Wirkungen auf die Außenpolitik verfolgt.

Die Schweiz

Land, Volk, Staat u. Wirtſchaft Von Reg.-Rat Dr. O. Wettſtein. Mit 1 Karte. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

Das Buch gibt ein Bild des nach Lage, Geſchichte, Verfaſſung und Raſſenmiſchung ſo eigenartigen Landes, ſeiner Bewohner, ihrer ſtaatlichen Einrichtungen und ihrer geiſtigen und wirtſchaftlichen Tätigkeit, ſucht das Land auch geographiſch und geologiſch darzuſtellen und die Geſchichte und das Leben ſeiner Bewohner in allen ſeinen Ausſtrahlungen zuſammenzufaſſen.

Das Oſtſeegebiet

Von Prof. Dr. G. Braun. Mit 21 Abb. u. einer mehrfarbigen Karte. Geheftet M. 1.20, gebunden M. 1.50

„Eine ſehr geſchickte Schilderung des Oſtſeegebietes auf ſtreng wiſſenſchaftlicher Grundlage. Vorbildlich iſt vor allem die weitgehende Berückſichtigung der Bevölkerungsgeographie und die reiche Literaturangabe. Daß bei dem billigen Preiſe ſogar noch eine Karte beigegeben iſt, ſei beſonders rühmend hervorgehoben."
(Liter. Jahresbericht des Dürerbundes.)

Paläſtina u. ſeine Geſchichte

Von weil. Prof. Dr. H. Freih. v. Soden. 3. Aufl. Mit 2 Karten, 1 Plan u. 6 Anſichten. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

„Auf Grund einer Reiſe durch Paläſtina hat der Verfaſſer uns hier ein Bild gezeichnet nicht nur von dem Lande ſelbſt, ſondern auch von all dem, was aus demſelben hervor- oder über es hingegangen iſt im Laufe der Jahrtauſende – ein wechſelvolles, farbenreiches Bild." (National-Zeitung.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Umriſſe der Weltpolitik

Von Prof. Dr. J. Hashagen. 2 Bde. I. 1871 bis 1907. II. 1908 bis 1914. Geh. je M. 1.20, geb. je M. 1.50

Die allgemeinen Anſchauungen über das Weſen und die Pflichten der äußeren Politik will dieſe Darſtellung fördern. Darum ſucht ſie die großen Zuſammenhänge herauszuarbeiten und die Wendepunkte ſcharf zu beleuchten durch ſorgfältige Gruppierung und Periodiſierung, wobei zugleich eine lesbare u. allgemeinverſtändliche Darſtellung angeſtrebt iſt. Ein drittes Bändchen ſoll eine Überſicht über die politiſche Geſchichte d. Weltkrieges bringen.

Brandenb.-Preuß. Geſchichte

Von Dr. Fr. Iſraël. 2 Bde. I. Von den erſten Anfängen b. z. Tode König Friedr. Wilhelms I. 1740. II. Von d. Regierung Friedr. d. Gr. bis zum Ausbruch des Weltkriegs. Geh. je M. 1.20, geb. je M. 1.50

Das Buch will einen Überblick über die wichtigſten Ereigniſſe in der Entwicklung des preußiſchen Staates bis in die unmittelbare Gegenwart in knappſter Form geben und ſo zur tieferen Erfaſſung des Werdeganges Preußens hinleiten.

Politiſche Hauptſtrömungen in Europa im 19. Jahrh.

V. weil. Geh. Rat Dr. K. Th. v. Heigel. 3. Aufl. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

„... Die großzügige, gründliche Überſicht über die Grundlinien der europ. Politik des 19. Jahrh. iſt jedem zu empfehlen, der ſich über die Geſchichte des 19. Jahrh. unterrichten will." (Die Warth.)

Bismarck und ſeine Zeit

Von Profeſſor Dr. Veit Valentin. 13.–15. Tauſ. M. 1 Bildn. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50, in Halbperg. M. 2.25

„Es iſt mir ſelten ein Buch begegnet, in dem auf ſo engem Raume eine ſolche Fülle von Stoff zuſammengedrängt iſt mit ſeltener Meiſterſchaft." (Monatſchrift für höhere Schulen.)

Öſterreichs innere Geſchichte von 1848 bis 1907

Von R. Charmatz. 2 Bde. Geh. je M. 1.20, geb. M. 1.50. In 1 Bd. M. 3.–

„... Charmatz' Buch ſtellt zweifellos eine ſehr verdienſtvolle Leiſtung dar, es faßt zum erſtenmal die Geſchichte dieſes Zeitraums in geſchloſſener Darſtellung zuſammen." (Hiſt. Vierteljahrsſchr.)

Geſchichte der neueſten Zeit

Vom Weſtfäliſchen Frieden bis zur Gegenwart. Von Dr. J. Koch. 3. Aufl. Gebunden M. 3.40

„In ausgezeichneter Weiſe bereitet das Buch auf das Verſtändnis aller Fragen der Gegenwart vor u. ſteht auf der Höhe der Anſprüche unſerer Zeit. Echt nationaler Stolz, ein edler Freimut in der Charakteriſtik der markanten Perſönlichkeiten der neuen preußiſch-deutſchen Geſchichte machen das Werk zu einem vortrefflichen geſchichtlichen Leſe- und Nachſchlagebuch für jeden Gebildeten." (Päd. Archiv.)

Vom deutſchen Volk zum deutſchen Staat

Eine Geſchichte d. dtſch. Nationalbewußtſeins. Von Prof. Dr. P. Joachimſen. Geheftet M. 1.20, gebunden M. 1.50

Von der im Weltkriege ſich offenbarenden Einheit von Staat und Volk ausgehend, zeigt der Verfaſſer, die Entwicklung des deutſchen Nationalbewußtſeins vom Mittelalter an bis zu dem deutſchen Machtſtaat Bismarcks verfolgend, den Weg, den wir von der Volkseinheit zur Staatseinheit zurückgelegt haben.

Deutſche Geſchichte im 19. Jahrh. b. zur Reichseinheit

Von Prof. Dr. R. Schwemer. 3 Bde. I. Reſtauration und Revolution. 3. Aufl. II. Reaktion und neue Ära. 2. Aufl. III. V. Bund z. Reich. 2. Aufl. Geh. je M. 1.20, geb. M. 1.50, in 1 Bd. M. 4.50

Moltke

Von Major a. D. F. C. Endres. Mit 1 Bildn. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

„Ein treffliches Buch. Mit viel Geſchick zeichnet der Verf. in knappſter Form ein charakteriſtiſches, ſcharf umriſſenes Bild des großen Schweigers. Auch der Hiſtoriker muß ſich darüber freuen. (Mitt. a. d. hiſtor. Literatur.)

Geſchichte der ausw. Politik Öſterreichs im 19. Jahrh.

Von R. Charmatz. 2 Bde. Geh. je M. 1.20, geb. M. 1.50. In 1 Bd. M. 3.–

Die erſte zuſammenhängende Darſtellung der öſterr. ausw. Politik auf Grund d. Akten, Briefe u. quellenmäßigen Darſtellungen, in der auch die leit. Perſönlichkeiten charakteriſiert u. gewürdigt werden.

Für die Sammlung "Aus Natur und Geiſteswelt" (Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50) ſind in Vorb. bzw. u. d. Pr.: Heiderich: Öſterr.-Ung. Bd. I. Weber: Öſterr.-Ung. Bd. II (Bd. 551/552.) Langenbeck: England u. Deutſchland i. ihr. Beziehg. v. Mittelalt. b. z. Gegenw. (Bd. 543.) Dibelius: Englnd. (Bd. 446/447.) Müller-Neudorf: Bulgarien. (Bd. 597.) Heiſenberg: Neugriechenland. (Bd. 613.) Frhr. v. Reitzenſtein: Mexiko. (Bd. 588.) Dove: Afrika. (Bd. 505.) Conrady: China. (Bd. 557.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Technik des Kriegsweſens

Unter Redaktion von Generalmajor M. Schwarte

(Die Kultur der Gegenwart. Hrsg. von Prof. Paul Hinneberg. Teil IV, Bd. 12.)
Mit 91 Abb. Geh. M. 24.–, in Leinw. geb. M. 26.–, in Halbfranz geb. M. 28.–

Inhaltsverzeichnis: Kriegsvorbereitung, Kriegsführung: M. Schwarte. — Waffentechnik. a) Die Waffentechnik in ihren Beziehungen zur Chemie: O. Poppenberg. b) zur Metallurgie: W. Schwinning. c) zur Konſtruktionslehre: W. Schwinning. d) zur optiſchen Technik: O. v. Eberhard. e) zur Phyſik und Mathematik: K. Becker. — Technik des Befeſtigungsweſens: J. Schroeter. — Kriegsſchiffbau: O. Kretſchmer. — Vorbereitung für den Seekrieg und Seekriegsführung: L. Glatzel. — Einfluß des Kriegsweſens auf die Geſamtkultur: A. Kerſting.

„... Als ſtärkſten Einfluß aber empfängt man, abgeſondert von der reichen ſtofflichen Belehrung, aus dieſem Buche die Überzeugung, daß die Wehrmacht eines Volkes unlöslich mit deſſen Geſamtkultur verknüpft iſt und daher unter dem Geſichtspunkt eines allererſten Kulturfaktors zu ſchätzen iſt.“
(München-Augsburger Abendzeitung.)

In der Sammlung Aus Natur und Geiſteswelt ſind folgende „Kriegsbändchen“ erſchienen:

Krieg u. Sieg. Eine kurze Darſtell. mod. Kriegskunſt. V. Kaiſ. ottom. Major a. D. F. C. Endres. . . . . (Bd. 519.)

Der Krieg im Zeitalter des Verkehrs u. d. Technik. Von Major A. Meyer. Mit 3 Abb. . . (Bd. 271.)

Vom Kriegsweſen im 19. Jahrhundert. Von Oberſt O. v. Sothen. Mit 9 Überſichtskärtchen. . . (Bd. 59.)

Chemie u. Technologie der Sprengſtoffe. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. R. Biedermann. M. 15 Abb. (Bd. 286.)

Das Kriegsſchiff. Von Geh. Marinebaurat Krieger. Mit 60 Abb. (Bd. 389.)

Die Geſchütze. V. Generalmajor a. D. K. Bahn. Mit Abb. 3. Vorb. (Bd. 365.)

Das Eiſenbahnweſen. V. Eiſenbahnbau- u. Betriebsinſpekt. a. D. E. Biedermann. 2. Aufl. Mit zahlr. Abb. (Bd. 144.)

Das Automobil. Von Obering. K. Blau. 3. Aufl. Mit 98 Abb. (Bd. 166.)

Die Luftfahrt, ihre wiſſenſchaftlichen Grundlagen und techniſche Entwicklung. Von Dr. R. Nimführ. 3. Auflage von Dr. Huth. Mit Abbildungen. (Bd. 300.)

Die Telegraphen- u. Fernſprechtechnik i. ihr. Entwicklg. V. Telegraphenінſp. H. Brick. Mit 58 Abb. (Bd. 233.)

Die Telegraphie in ihrer Entwicklung und Bedeutung. Von Poſtrat J. Bruns. Mit 4 Fig. (Bd. 183.)

Die Funkentelegraphie. Von Telegrapheninſpektor H. Thurn. 3. Aufl. Mit 51 Abbildungen . . (Bd. 167.)

Drähte und Kabel, ihre Anfertig. u. Anwend. i. d. Elektrotechnik. Von Telegr.-Inſp. H. Brick. Mit 43 Abb. (Bd. 285.)

Der Luftſtickſtoff u. ſ. Verwertung. V. Pr. Dr. K. Kaiſer. 13 Abb. (Bd. 313.)

Agrikulturchemie. Von Dr. P. Kriſche. Mit 22 Abb. (Bd. 314.)

Die Abwehrkräfte des Körpers. Einführ. i. d. Immunitätslehre. V. Priv.-Doz. Dr. H. Kämmerer. 32 Abb. (Bd. 479.)

Die Chirurgie unſerer Zeit. Von Prof. J. Feßler. Mit 52 Abb. (Bd. 339.)

Kriegsbeſchädigten-Fürſorge. Von Med.-R. Dr. Rebentiſch, Dir. d. Städt. Arb.-Amt. Dr. Schlotter, Gewerbeſchuldir. Back u. Dr. S. Kraus. (Bd. 523.)

Jeder Band geheftet M. 1.20, gebunden M. 1.50

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Von deutſcher Art und Arbeit

Schaffen und Schauen, Band I. 3. Auflage. In Leinwand geb. M. 5.-

Dies Buch will zeigen, was auf deutſchem Boden deutſche Arbeit in deutſcher Art geſchaffen und geſtaltet, worum unſere Heere draußen kämpfen und was, wie wir hoffen, nach ſiegreichem Kriege ſich in neuer Blüte und Kraft entfalten ſoll.

„Ein Buch, das in den Reichtum politiſchen, wirtſchaftlichen, kulturellen Lebens einführt, warmherzig und doch beſonnen, freiheitlich und doch ohne Phraſen und Schlagworte, eingehend und doch die großen Geſichtspunkte nie aus den Augen verlierend, und tief von der hohen Kulturmiſſion unſeres Volkes durchdrungen." (Neue Jahrbücher für Pädagogik.)

„Es handelt ſich um ein ganz eigentümliches Werk, wie es mit dem Erwachen des nationalen Sinns zuſammenhängt. Es ſteckt viel Studium drin und wird viel Wiſſen geboten; und doch hat es ſo gar nichts an ſich vom Lexikon. Es wird auf die Bildung einer kernhaften, auf wirklicher Kenntnis des politiſchen und wirtſchaftlichen Lebens und ſeiner Ideale aufgebauten ſtaatsbürgerlichen Erziehung hingearbeitet. Freie Menſchen ſollen gewonnen werden für die moderne Kultur. Darum wird ihnen das Beſte mitgegeben an Werten des Wiſſens und Wollens. Es weht etwas wie Frühlingsbegeiſterung durch dies große Werk." (Chriſtliche Freiheit.)

In der Sammlung Aus Natur und Geiſteswelt ſind zur „Wirtſchaftspolitik" erſchienen:

Deutſchlands Stellung in der Weltwirtſchaft. Von Profeſſor Dr. Paul Arndt. 2. Aufl. . . . . (Bd. 179.)

Das Buch will die Erkenntnis der volkswirtſchaftlichen Bedeutung Deutſchlands fördern und behandelt eingehend ſeine Beziehungen zum Auslande, die Vorteile und Gefahren, die ſich aus der gegenwärtigen hervorragenden Stellung Deutſchlands in der Weltwirtſchaft ergeben.

Die Entwicklung des deutſchen Wirtſchaftslebens im letzten Jahrhundert. Fünf Vorträge. Von Prof. Dr. Ludwig Pohle. 3. Aufl. (Bd. 57.)

„In ausgezeichneter Weiſe wird uns hier ein Kapitel deutſcher Geſchichte vorgeführt, das ſo recht geeignet iſt, uns das Verſtändnis der Wandlungen zu erſchließen, deren Anfänge in eine Zeit zurückreichen, aus welcher noch lebende Zeugen vorhanden ſind." (Sonntagsbl. d. NewYork. Staatsztg.)

Deutſches Wirtſchaftsleben. Auf geographiſch. Grundlage geſchildert. Von weil. Prof. Dr. Chr. Gruber. 3. Aufl. von Dr. Hans Reinlein. (Bd. 42.)

„. . . Der Fachmann wie der Laie wird ſich ſeiner ebenſo ſachkundigen als feſſelnd geſchriebenen Führung durch die Fülle der Ereigniſſe mit großem Nutzen anvertrauen. Zahlreiche konkrete Beiſpiele erläutern die Entwicklungstendenzen der wirtſchaftlichen Strömung im abgelaufenen Jahrhundert. Wir bezeichnen das Buch als eine ausgezeichnete, engbegrenzte und doch vollauf erſchöpfende wirtſchaftsgeographiſche Beſchreibung Deutſchlands." (Literariſcher Handweiſer.)

Die Oſtmark. Eine Einführ. in die Probleme ihrer Wirtſchaftsgeſchichte. Hrsg. v. Prof. Dr. W. Mitſcherlich. (Bd. 351.)

Bietet in einer Reihe von Aufſätzen der beſten Kenner der oſtmärkiſchen Verhältniſſe eine unparteiiſche, ſtreng ſachliche Darſtellung der Entwicklung des oſtmärkiſchen Wirtſchaftslebens und ſeiner wichtigſten gegenwärtigen Probleme.

Geſchichte d. dtſch. Handels. V. Dir. Prof. Dr. W. Langenbeck. (Bd. 237.)

„Das gegebene Material iſt ſehr reichhaltig. Das Buch iſt klar und gefällig geſchrieben und eignet ſich zur Lektüre für jeden Gebildeten." (Deutſche Handelsſchullehrer-Zeitung.)

Geſchichte des Welthandels. Von Direktor Profeſſor Dr. Max Georg Schmidt. 3. Aufl. . . . (Bd. 118.)

„. . . Als tüchtiger Geograph und Hiſtoriker hat er aus der gewaltigen Fülle des Stoffes in zweckmäßiger Gliederung ein Ganzes geſtaltet, das, verbunden mit geſunder Kritik, den Eindruck nicht verfehlen wird." (Geographiſche Zeitſchrift.)

Deutſche Schiffahrt u. Schiffahrtspolitik der Gegenwart. Von Prof. Dr. K. Thieß. . . . . (Bd. 169.)

Eine allgemeine Überſicht über die großen volkswirtſchaftlichen Geſichtspunkte und Entwicklungstendenzen der deutſchen Schiffahrt in neueſter Zeit iſt vielfach vermißt worden. Das Werk ermöglicht eine allgemeine Überſicht über dieſes wichtige Gebiet unſeres nationalen Wirtſchaftslebens und erſchließt weiteren Kreiſen eine genauere Kenntnis unſerer Schiffahrt.

Jeder Band geheftet M. 1.20, gebunden M. 1.50

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Kulturgeſchichte des Krieges

Von Prof. Dr. K. Weule, Geh. Hofrat Prof. Dr. E. Bethe, Prof. Dr. B. Schmeidler, Prof. Dr. C. Doren, Prof. Dr. P. Herre. Geh. M. 1.20, geb. M. 1.50

Krieg und Kultur werden hier in ihrer gegenſeitigen Verflechtung und Bedingtheit von der Urzeit durch Altertum, Mittelalter und Neuzeit verfolgt bis zur Gegenwart, in der Staat, Heer und Volk immer enger und unlöslicher verbunden werden. So erſcheint auch vom Standpunkt der Kultur aus der Krieg nicht nur als Zerſtörer, ſondern auch als Erwecker und Erneuerer.

Die Urſachen des Weltkrieges

in geſchichtlicher Beleuchtung. Von Prof. Dr. Fritz Friedrich. Geh. M. -.60

Die Schrift ſucht in eigenartiger politiſch-pſychologiſcher Betrachtungsweiſe die treibenden Kräfte, die zum Krieg geführt haben, ausfindig zu machen, mit dem Ergebnis, daß auch bei ſachlicher Beurteilung der gegneriſchen Standpunkte die Gerechtigkeit unſeres Krieges klar hervortritt.

Das deutſche Volk und der Oſten

Von Geh. Reg.-Rat Profeſſor Dr. Dietrich Schäfer. Geheftet M. 1.-

Die Schrift gibt einen wertvollen Beitrag zu der bedeutſamen Frage unſeres künftigen Verhältniſſes zu Rußland, indem ſie zeigt, welche Bedeutung die Ausbreitung deutſcher Kultur nach Oſten hat.

Die Staatsauffaſſung der Franzoſen. Von Prof. Dr. F. Fleiner. Geheftet M. -.80

Der Vortrag legt dar, wie in Frankreich nach der Zertrümmerung des ancien régime die Revolutionsgeſetzgebung unter Berufung auf das Naturrecht auf mechaniſchem Wege die öffentlichen Gewalten neu aufbaute.

Die Staatsauffaſſung der Engländer. Von Prof. Dr. J. Hatſchek. Geheftet M. -.80

Die auf ſtreng hiſtoriſcher Grundlage durchgeführte Unterſuchung ergibt einen ſchneidenden Gegenſatz zwiſchen dem inneren engliſchen Staatsideal und dem äußeren, das auf dem Polizeiſtaatsgedanken beruht u. die engliſche Seepolizei erſtrebt.

Hefte zum Weltkrieg

aus der Quellenſammlung zur Geſchichte

herausgegeben von Lambeck, †Kurze und Rühlmann.

Jedes Heft von 32 Seiten 40 Pf. Proſpekte unentgeltlich und poſtfrei vom Verlag

Heft 151. **Die Entwicklung zum Krieg.** Von Geh. Reg.-Rat G. Lambeck.

Heft 152. **Der Ausbruch des Weltkrieges.** Von Privatdoz. Dr. L. Bergſträßer.

Heft 153. **Mobilmachung und Aufmarſch der Heere auf dem weſtlichen Kriegsſchauplatz Auguſt 1914.** Von Lyzealdirektor Dr. H. Strunk.

Heft 154. **Der Bewegungskrieg.** Vom 20. Aug. bis Mitte Nov. 1914. Von Lyzealdirektor Dr. H. Strunk.

Heft 155. **Der Stellungskrieg im Weſten.** Von Lyzealdir. Dr. H. Strunk.

Heft 161/163. **Die Ereigniſſe im Oſten mit Einſchluß der Karpathenkämpfe.** Von Dr. H. Deiters.

Heft 164. **Die Offenſive der Verbündeten im Sommer 1915.** Von Dr. H. Deiters.

Heft 174. **Der deutſche Geiſt im Weltkrieg.** Von Geh. Reg.-Rat G. Lambeck.

Heft 175. **Deutſche Kriegslieder aus den Jahren 1914/16.** Ausgewählt von Lyzeallehrer W. Peper.

Heft 176. **Die Politik während des Krieges.** Von Geh. Reg.-Rat G. Lambeck.

Heft 88/89. **Das preuß. u. deutſche Heer.** 2 Hefte. Von Dir. Prof. Dr. E. Evers.

Heft 130. **„Vaterland“.** Von Dr. E. Neuſtadt und Profeſſor Dr. H. Küchling.

Heft 131. **„Krieg“.** Von Dr. E. Neuſtadt und Profeſſor Dr. H. Küchling.

Heft 131. **Britiſcher Imperialismus von 1871 bis zur Gegenwart.** Von Prof. Dr. Felix Salomon.

Heft 134. **Italien.** Von Dr. Th. Bohner.

Heft 135. **Öſterreich-Ungarn.** I. Teil: **Das Mittelalter.** Von Prof. Dr. K. Beer.

Heft 136/137. **Öſterreich-Ungarn.** II. Teil: **Von 1526 bis 1790.** III. Teil: **Von 1790 bis zur Gegenwart.** Von Prof. Dr. Landwehr v. Pragenau.

Heft 140. **Die Oſtſeeprovinzen.** Von Dr. J. Girgenſohn.

Heft 141/42. **Belgien.** Von Dr. Fr. Baethgen.

Heft 143. **Die Kämpfe um die deutſch-italieniſchen Grenzgebiete.** Von Prof. Dr. M. Wutte.

Heft 144. **Polen.** Von Prof. Dr. R. F. Kaindl.

Weitere Hefte ſind in Vorbereitung.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Druck von B. G. Teubner in Leipzig.